

**Vom Ordoliberalismus zum substantiellen Liberalismus –  
Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung**

DISSERTATION  
der Universität St. Gallen,  
Hochschule für Wirtschafts-,  
Rechts- und Sozialwissenschaften  
sowie Internationale Beziehungen (HSG)  
zur Erlangung der Würde eines  
Doktors der Sozialwissenschaften

vorgelegt von

**Alexander Lorch**

aus  
Deutschland

Genehmigt auf Antrag der Herren

**Prof. Dr. Peter Ulrich**

und

**Prof. Dr. Florian Wettstein**

Dissertation Nr. 4161

Difo-Druck GmbH, Bamberg 2013

Die Universität St. Gallen, Hochschule für Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften sowie internationale Beziehungen (HSG), gestattet hiermit die Drucklegung der vorliegenden Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

St. Gallen, den 08. Mai 2013

Der Rektor:

Prof. Dr. Thomas Bieger

## **Vorwort**

Eine Doktorarbeit zu schreiben ist eine große Herausforderung, die ich nur dank der Unterstützung und Hilfe meiner Familie, meiner Partnerin, meiner Freunde und der beiden Referenten, die die Arbeit betreut haben, annehmen und meistern konnte. Ihnen und den vielen anderen, die meinen Weg zum fertigen Manuskript begleitet haben, möchte ich meinen Dank aussprechen.

Zunächst danke ich meinem Doktorvater Prof. em. Dr. Peter Ulrich, der mich im Jahr 2008 trotz bevorstehender Emeritierung noch an das St. Galler Institut für Wirtschaftsethik einlud. Peter Ulrich war mir der wichtigste akademische Lehrer und seine Arbeit eine Quelle der Inspiration. Die Zusammenarbeit mit ihm war geprägt von seiner großen Hilfsbereitschaft und immerzu konstruktiven Kritik. Er hat mich in jedem Schritt des Forschungsvorhabens maßgeblich unterstützt und mir stets sehr wertvolle Ratschläge gegeben.

Ebenso dankbar bin ich für die Unterstützung von Prof. Dr. Florian Wettstein, der als Korreferent ebenfalls jederzeit für klärende Gespräche zur Verfügung stand und mir viele wichtige Hinweise gegeben hat.

Weiterhin danken möchte ich Prof. Dr. Thomas Beschorner, der als einer der Nachfolger von Prof. Ulrich am Institut für Wirtschaftsethik meine Stelle als wissenschaftlicher Assistent erhalten und mich weiter gefördert und unterstützt hat.

Ich bedanke mich für die vielen guten Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen am Institut und an der Universität. Bedanken möchte ich mich vor allem bei Thorsten Busch und Yves Partschefeld, die mir als Mitstreiter bei meinem Vorhaben auch in schwierigeren Zeiten mit Rat und Tat zur Seite standen.

Bedanken möchte ich mich vor allem auch bei Anne Schreiter und Eric Patry, die sich die Mühe gemacht haben und das gesamte Manuskript von Beginn an gelesen und seine Entstehung intensiv begleitet haben. Ohne ihre ausgezeichneten inhaltlichen und redaktionellen Hinweise wäre die Arbeit eine andere und mit Sicherheit weniger ausgewogenere geworden.

Ich danke weiterhin den zahlreichen GesprächspartnerInnen, die mir bei Konferenzen, Workshops, Kolloquien, Vorträgen oder Mittagessen Feedback zu meiner Arbeit gegeben und sie damit ganz wesentlich beeinflusst haben.

Vor allem aber bedanke ich mich bei meinen Eltern Maria und Wolf-Dieter Lorch, die mir seit jeher so Vieles möglich gemacht haben. Ohne ihre Unterstützung wäre ich nie dort angekommen, wo ich heute bin. Gleiches gilt für meine Schwester Katharina, die mich stets in vielen guten Gesprächen unterstützt hat.

Dank gilt auch all meinen Freunden, Bekannten und Verwandten, die mich auf meinem Weg begleitet haben.

St. Gallen, im Sommer 2013

*Alexander Lorch*

## Zusammenfassung

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat in den vergangenen Jahren eine intensive Debatte über die angemessene Funktionsweise der Weltwirtschaft ausgelöst. Der Neoliberalismus, der in den vergangenen drei Jahrzehnten das Denken und Handeln der Politik und der Wirtschaftsakteure maßgeblich prägte, hat an Rückhalt verloren, da er bei der Gestaltung einer freiheitlichen und gerechten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung versagt hat. Die Exzesse der Finanzwirtschaft, die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich und die zunehmende Belastung der Umwelt durch wirtschaftliche Akteure sind nur einige beispielhafte Zeichen für eine Entwicklung, die für viele Bürger nicht mehr akzeptabel ist. Der Ruf nach einer Alternative zur neoliberalen Politik wird zunehmend lauter, und so fordern Politiker aller Couleur in Deutschland in regelmäßigen Abständen eine Rückbesinnung auf die Idee einer *Sozialen Marktwirtschaft*, die dem Verlangen nach einer Verbindung von individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit entsprechen soll. Vor allem seit der Finanzkrise ist dieser Ruf wieder vermehrt zu hören.

Die vorliegende Arbeit macht es sich zum Ziel, auf der Suche nach einer gesellschaftlichen Fortschrittsperspektive, die den Neoliberalismus ablösen soll, zweierlei zu leisten:

Zum einen widmet sie sich dem beinahe instinktiven Rückgriff auf die Idee einer Sozialen Marktwirtschaft und der ihr zugrundeliegenden Theorie des Ordoliberalismus und untersucht, was inhaltlich mit diesen Begriffen eigentlich tatsächlich verbunden ist. Dazu wird der normative Kern dieser Konzepte kritisch beleuchtet und die Prämissen der ihnen zugrundeliegenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgedeckt, um zu untersuchen, ob und inwiefern sie noch zur Orientierung in gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen beitragen können.

Wie sich herausstellen wird, ist dies nur noch bedingt der Fall. Darum wird zum anderen – im Anschluss an den Ordoliberalismus – eine zeitgemäße liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung konstruiert und ausgestaltet. Diese soll auf einem tragfähigen Verständnis *substantieller Freiheit* beruhen. Die Arbeit zeigt auf, wie, ausgehend von der regulativen Idee substantieller Freiheit, eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gestaltet sein kann, die dem Anspruch eines modernen politischen Liberalismus und einem umfassenden Verständnis mündiger Bürger tatsächlich gerecht wird. Abschließend wird noch gezeigt, was die Perspektive dieses gehaltvollen, *substantiellen Liberalismus* für Auswirkungen auf ganz konkrete Problembereiche der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik haben kann.

## Abstract

In the wake of the global economic and financial crisis, the neoliberal ideology has been under increasing scrutiny. It has lost much of its support as it has failed to realize a just and free socio-economic order. The disintegration of the financial markets, the deepening gap between the rich and the poor or the growing environmental problems caused by businesses are only a few examples of a development that leaves many people questioning the status quo and the sustainability of the western societies and economies. Consequently, many politicians of all stripes in Germany have postulated the return to the idea of a *Social Market Economy* (as the manifestation of ordoliberal theory) that promises to realize both individual freedom and social justice.

The study at hand tries to achieve two things: First of all, the almost instinctive regress to the concepts of the Social Market Economy and Ordoliberalism in Germany needs to be assessed. Therefore, the first part of the study examines the normative core of the concepts in order to understand the premises of their proposed social and economic order. This allows to evaluate whether these concepts still offer any orientation for the solution to the social and economic problems of the early 21<sup>st</sup> century.

The further analysis will show that this is not sufficiently the case. Therefore, the second and third part of the study tries to formulate a new perspective for a liberal socio-economic order. Combining the insights of modern political philosophy with the ordoliberal ideas, this concept will be based on the conception of freedom as *substantial freedom* (as opposed to the restricted view of freedom as mere *economic freedom*). The study shows, starting from the regulative principle of substantial freedom, how a social and economic order can be sketched that lives up to the demands of a modern understanding of political liberalism and critical, responsible citizens. Furthermore, possible consequences of the perspective of this *substantial liberalism* will be shown when connecting the theoretical implications with empirical challenges of current German social and economic policy.

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	xiii
-----------------------	------

<u>1 – Einleitung: Die Orientierungskrise des Liberalismus</u>	<u>1</u>
1.1 – Problemstellung	1
1.2 – Gegenstand der Untersuchung	5
1.2.1 – Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft als Ausgangspunkt der Suche nach einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ....	5
1.2.2 – Weiterentwicklung der ordoliberalen Ideen zu einem politischen Liberalismus	8
1.3 – Ziel und Gang der Untersuchung	9
1.4 – Methodische Leitgedanken	14
1.4.1 – Der Beitrag der politischen Philosophie	14
1.4.2 – Der Anspruch eines prinzipiengeleiteten Pragmatismus	15
<u>2 – Ordoliberele Ordnungspolitik als Ausgangspunkt der Betrachtung</u>	<u>18</u>
2.1 – Begriffsbestimmung	18
2.2 – Grundlagen des Ordoliberalismus	22
2.2.1 – Ablehnung der kollektivistischen Planwirtschaft	22
2.2.2 – Kritik am klassischen Liberalismus	24
2.2.3 – Die ordoliberele Suche nach einem dritten Weg	28
2.2.3.1 – Die Bedeutung des dritten Wegs	31
2.2.3.2 – Die Marktwirtschaft als Grundlage ordoliberaler Wirtschaftspolitik..	35

2.3 – Unterschiedliche Ausgestaltungen des Ordoliberalismus .....	38
2.3.1 – Die Wettbewerbsordnung von Eucken (Freiburger Schule).....	38
2.3.2 – Der Sozialhumanismus von Rüstow und Röpke.....	44
2.3.2.1 – Ordnungspolitische Prinzipien .....	46
2.3.2.2 – Gesellschaftliche Voraussetzungen und Individualethik.....	49
2.3.3 – Müller-Armack und die Soziale Marktwirtschaft .....	53
2.4 – Zwischenfazit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede der ordoliberalen	
Ansätze .....	63
 <u>3 – Die Bedeutung des Ordoliberalismus für eine Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik</u>	
<u>    des 21. Jahrhunderts .....</u>	<u>65</u>
3.1 – Die Analyse der Gesellschaftskrise und die Forderung nach einer neuen	
Gesamtordnung.....	66
3.2 – Ordoliberale Individualethik .....	70
3.2.1 – Unzeitgemäße Individualethik .....	71
3.2.2 – Paradoxe Individualethik .....	73
3.2.3 – Ordoliberaler Kulturpessimismus .....	76
3.2.4 – Ordoliberale Demokratieskepsis .....	79
3.3 – Ordoliberale Ordnungsethik .....	83
3.3.1 – Die ordoliberale Sorge um den Markt .....	84
3.3.2 – Die implizite Ethik des Wettbewerbs.....	88
3.3.3 – Das Kriterium der Marktkonformität.....	93
3.4 – Mythos und Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft.....	97
3.5 – Beurteilung des Ordoliberalismus .....	100



3.6 – Zwischenfazit: Der Freiheitsbegriff als zentrales Problem des	
Ordoliberalismus.....	106
<u>4 – Politische Philosophie der Freiheit</u>	<u>113</u>
4.1 – Dimensionen der Freiheit .....	115
4.1.1 – Negative Freiheit als Freiheit von Zwang.....	116
4.1.2 – Positive Freiheit als Freiheit zur Selbstbestimmung.....	121
4.1.3 – Reflexive Freiheit als die gleiche Freiheit aller in Gesellschaft .....	125
4.2 – Verantwortliche Freiheit.....	131
4.3 – Befähigung zur Freiheit.....	135
4.3.1 – Reale Freiheit bei Van Parijs .....	137
4.3.2 – Substantielle Freiheit bei Sen.....	140
4.4 – Zwischenfazit: Substantielle Freiheit als regulatives Prinzip .....	142
<u>5 – Substantieller Liberalismus als freiheitliche Gesellschaftsordnung</u>	<u>144</u>
5.1 – Politischer, republikanischer und substantieller Liberalismus .....	144
5.1.1 – Politischer Liberalismus bei Rawls.....	144
5.1.2 – Republikanischer Liberalismus bei Ulrich.....	147
5.1.3 – Substantieller Liberalismus.....	150
5.2 – Zum Verhältnis von liberaler Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.....	154
5.3 – Moderne Vitalpolitik als Politik der Freiheit .....	161
5.3.1 – Substantielle Freiheit als politische Agenda .....	161
5.3.2 – Verfassung der Freiheit und Verwirklichungschancen.....	164
5.4 – Mitverantwortung für die Freiheit in Gesellschaft .....	171

5.4.1 – Gesellschaftliche Verantwortung und republikanischer Bürgersinn .....	171
5.4.2 – Kollektive Verantwortung und ihre Organisation angesichts komplexer Systemzusammenhänge .....	180
5.5 – Zwischenfazit: Grundlagen des substantiellen Liberalismus .....	183
<u>6 – Prinzipien einer substantiell-liberalen Wirtschaftsordnung .....</u>	<u>186</u>
6.1 – Marktwirtschaft und Freiheit .....	187
6.2 – Ordnungspolitische Prinzipien des substantiellen Liberalismus .....	190
6.2.1 – Vitalpolitisches Grundprinzip und ökonomische Funktionsbedingung ...	194
6.2.2 – Bedingungen des Tauschs .....	196
6.2.2.1 – Vertragsfreiheit und offene Märkte .....	197
6.2.2.2 – Privateigentum .....	197
6.2.2.3 – Haftung .....	200
6.2.3 – Systembedingungen .....	202
6.2.3.1 – Konstanz der Wirtschaftspolitik und Primat der Währungspolitik ...	202
6.2.3.2 – Mitverantwortung .....	203
6.2.3.3 – Unabhängige Wirtschaftspolitik .....	205
6.2.3.4 – Finanzmarktpolitik .....	209
6.2.3.5 – Einkommens- und Chancengerechtigkeit .....	209
6.2.4 – Regulierende Politik .....	210
6.3 – Substantieller Liberalismus als neue Soziale Marktwirtschaft? .....	213
<u>7 – Ausgewählte Herausforderungen des substantiellen Liberalismus .....</u>	<u>216</u>
7.1 – Chancen für alle? Wirtschaftliche Ungleichheit und Teilhabegerechtigkeit .	217

7.1.1 – Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland.....	218
7.1.2 – Aufgaben einer Politik der Freiheit.....	226
7.1.2.1 – Ökonomische Bedingungen substantieller Freiheit.....	228
7.1.2.2 – Arbeit für alle?.....	236
7.1.2.3 – Gleicher Zugang zu Bildung.....	241
7.1.3 – Zwischenfazit: Teilhabechancen für alle .....	244
7.2 – Verantwortung für alle? Die gesellschaftliche (Re-) Integration der Finanzwirtschaft.....	246
7.2.1 – Die Folgen der Finanzkrise und „das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ .....	246
7.2.2 – Die gesellschaftliche Bedeutung der Finanzwirtschaft.....	249
7.2.2.1 – Die aktuelle Struktur der Finanzwirtschaft als gesellschaftliches Problem.....	250
7.2.2.2 – Lösungsvorschläge zur Umstrukturierung der Finanzwirtschaft .....	253
7.2.3 – Das Problem der „strukturierten Verantwortungslosigkeit“ .....	256
7.2.3.1 – Verantwortung und die Sozialisierung von Verlusten.....	257
7.2.3.2 – Schaffung von Verantwortungsstrukturen bei kollektiver Verantwortungslosigkeit.....	258
7.2.4 – Zwischenfazit: Gesellschaftliche Mitverantwortung für alle.....	263
7.3 – Globale Probleme nationalstaatlicher Ordnungspolitik .....	264
7.3.1 – Die Globalisierung als politische Herausforderung.....	265
7.3.2 – Postnationale Demokratie und substantieller Liberalismus.....	269
7.3.2.1 – Ordoliberalen Überlegungen zu internationalen Ordnungen .....	269
7.3.2.2 – Fatalistische Antworten auf den Globalisierungsprozess.....	270

7.3.2.3 – Ideen einer globalen Weltregierung .....	274
7.3.2.4 – Entwurf einer transnationalen Demokratie.....	275
7.3.3 – Zwischenfazit: Problemlösungskompetenz einer transnationalen Demokratie.....	279
7.4 – Die Bedeutung des substantiellen Liberalismus für aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen .....	283
<u>8 – Substantieller Liberalismus als gesellschaftliche Fortschrittsperspektive</u>	<u>285</u>
8.1 – Fazit: „Freiheit für alle“ statt „Wohlstand für alle“ .....	285
8.2 – Grenzen der Untersuchung und weiterer Forschungsbedarf .....	290
<u>Literaturverzeichnis</u>	<u>295</u>

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Zwei Ebenen der Ordnungspolitik (in Anlehnung an Ulrich) .....	157
Abbildung 2: Erweiterte Fassung der Prinzipien von Eucken nach Rodenstock .....	191
Abbildung 3: Übersicht über die Prinzipien einer liberalen Wirtschaftsordnung .....	193
Abbildung 4: Verteilung der Vermögen in Deutschland .....	221
Abbildung 5: Soziale Gerechtigkeit im OECD-Vergleich .....	223



# 1 – Einleitung: Die Orientierungskrise des Liberalismus

## 1.1 – Problemstellung

„Wenn auch gerade der Nationalökonom besonders geneigt sein wird, vor der Überschätzung des wirtschaftlichen Elements in der Geschichte zu warnen, so darf er doch die Behauptung wagen, daß sich unsere Kultur deshalb überall in unlösbar scheinende Probleme verstrickt, weil sie mit der elementaren Aufgabe einer wohlgeordneten und dem Menschen angemessenen Wirtschaftsverfassung nicht recht fertig wird.“<sup>1</sup>

Der Gedanke von Wilhelm Röpke scheint immer noch mindestens so aktuell wie vor 75 Jahren, als er ihn äußerte: Auch heute scheint die Wirtschaft in einer Verfassung zu sein, die weder wohlgeordnet noch dem Menschen angemessen ist. Und eben wegen dieser Wirtschaft tun sich gravierende Probleme auf. Seit die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2008 in den Sog der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise geraten ist, lässt sich eine ordnungspolitische Orientierungslosigkeit beobachten, da die vormaligen Leitplanken des Neoliberalismus mit der Wirtschaftskrise an Glaubwürdigkeit und Rückhalt verloren haben. Die drängenden Probleme, die vielerorts die Frage nach einer angemessenen Gestaltung der Wirtschaft aufwerfen, können mit der neoliberalen Ideologie nicht gelöst werden: Die Finanzwirtschaft scheint kaum mehr eine Verbindung zur Realwirtschaft zu haben, es gibt (auch in Deutschland) seit vielen Jahren schon eine wachsende Ungleichverteilung des Reichtums; Unternehmen und deren Lobbyisten beeinflussen die Politik, während gleichzeitig Politikverdrossenheit herrscht und die Bürger kaum mehr glauben, von der Politik überhaupt wahrgenommen zu werden. Dringende weltwirtschaftspolitische Themen wie die Neuordnung der Finanzmärkte werden aufgrund nationaler oder parteipolitischer Interessen nur zögerlich adressiert. Als Ergebnis dieser beispielhaften Entwicklungen fordern die Bürger von der Politik, die Deutungshoheit über gesellschaftspolitische Fragen von der Wirtschaft zurück zu erlangen, wie bspw. in den Forderungen der Occupy-Bewegung deutlich wird. Die einseitigen neoliberalen Vorschläge wie Wirtschaftswachstum, Privatisierung und Deregulierung, die in den vergangenen Jahrzehnten die Gestaltung der gesellschaftlichen Institutionen maßgeblich geprägt haben, haben offenkundig versagt und sind nicht mehr zur Lösung der aktuellen Probleme geeignet, sondern vielmehr wesentlich mitverantwortlich für die jüngsten Verwerfungen. Der Neoliberalismus scheint Ausdruck einer Denkweise, die sich in ihrer Radikalität heute kaum noch so unwidersprochen wie in den letzten beiden Jahrzehnten äußern kann:

---

<sup>1</sup> Röpke (1994: 327).

„Blamiert hat sich die Agenda, die Anlegerinteressen eine rücksichtslose Dominanz einräumt, die ungerührt wachsende soziale Ungleichheit, das Entstehen eines Prekariats, Kinderarmut, Niedriglöhne und so weiter in Kauf nimmt, die mit ihrem Privatisierungswahn Kernfunktionen des Staates aushöhlt, die die deliberativen Reste der politischen Öffentlichkeit an renditesteigernde Finanzinvestoren verscherbelt, Kultur und Bildung von den Interessen und Launen konjunkturrempfindlicher Sponsoren abhängig macht.“<sup>2</sup>

Dass Habermas mit dieser Analyse Recht haben könnte, zeigt sich nun in einem Legitimationsproblem des Neoliberalismus, der als gesellschafts- und wirtschaftspolitische Orientierung nicht mehr tragbar ist – wie der Niedergang der liberalen Partei in Deutschland (FDP) beispielhaft zeigt. Sie hatte zuletzt nur noch ein wirtschaftsliberales Programm vertreten, das in seiner Einseitigkeit nun kaum noch Rückhalt bei den Wählern findet.

Das ordnungspolitische Vakuum, das durch den Misskredit, in den der Neoliberalismus geraten ist, entstanden ist, konnte bisher noch nicht mit neuen überzeugenden Ideen zur Gestaltung einer modernen, nachhaltigen liberalen Gesellschaft und einem darin eingeschlossenen marktwirtschaftlichen System gefüllt werden. In der derzeitigen „normativen Orientierungskrise“<sup>3</sup> sind die Bürger und mit ihr die Politik auf der Suche nach „eine[r] gemeinsame[n] Vorstellung darüber, wie eine Gesellschaft wirtschaften und zusammenleben möchte.“<sup>4</sup>

Wilhelm Röpke, einer der Autoren und Vordenker des Ordoliberalismus, erkannte nach dem Zweiten Weltkrieg, „daß die *Krisis unserer Gesellschaft mit der Krisis des Liberalismus zusammenfällt*“<sup>5</sup> – und so widmete sich der Ordoliberalismus vor gut siebzig Jahren der Aufgabe, die Grundlagen einer neuen liberalen Gesellschaftsordnung zu entwerfen, die aus den Fehlern des klassischen Liberalismus lernen sollte. Ganz in diesem Sinne geht es heute darum, die erneute Krise des Liberalismus anzuerkennen und zu diskutieren, ob und wie dieser weiterentwickelt werden kann und sollte. Dahrendorf war bereits vor einigen Jahren „[a]uf der Suche nach einer neuen Ordnung“<sup>6</sup>, doch scheint immer noch keine solche gefunden zu sein.

Angesichts der herrschenden Orientierungslosigkeit tauchen im politischen Diskurs derzeit Konzepte und Begriffe mit dem Versprechen auf, die verloren gegangene

---

<sup>2</sup> Habermas (2012: 100).

<sup>3</sup> Vgl. Ulrich (2010b).

<sup>4</sup> Hengsbach (2004: 163).

<sup>5</sup> Röpke (1947: 8), Hvh. im Original.

<sup>6</sup> Vgl. das gleichnamige Buch von Dahrendorf (2003).



Orientierung wieder herzustellen: In Deutschland beschwören Politiker fast aller Couleur die ordoliberalen Idee einer *Sozialen Marktwirtschaft*. Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ wird mit der Hoffnung verbunden, dass er durch die Verknüpfung von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit einen Orientierungspunkt darstellen könnte. So stellt bspw. Wolfgang Schäuble, der deutsche Bundesfinanzminister, einen direkten Bezug zu diesen Konzepten der Vergangenheit her und verbindet sie mit der Frage, „wie wir es schaffen, wieder und wieder, dass in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Freiheiten verantwortlich genutzt werden. Das sind die alten Fragen, die Eucken, Röpke, Rüstow und andere Vertreter der Freiburger Schule und des Ordoliberalismus gestellt haben. Ihre Antwort lautete: Durch die Soziale Marktwirtschaft“<sup>7</sup>. Schäuble nennt hier Autoren und Konzepte, die seit der Finanzkrise eine Renaissance erleben. Und auch Peer Steinbrück, derzeit Kanzlerkandidat der SPD, spricht davon, die Soziale Marktwirtschaft wieder mit Leben füllen zu wollen.<sup>8</sup> Sahra Wagenknecht (Die Linke) fordert ein „Erhard reloaded“<sup>9</sup>, Christian Lindner (FDP) sieht die „Notwendigkeit, die ursprüngliche Freiheitsordnung von Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard zu aktualisieren und neu durchzusetzen“<sup>10</sup>. Der Entwurf der „grünen Marktwirtschaft“ von Bündnis 90/Die Grünen „ist immer auch soziale Marktwirtschaft“<sup>11</sup>. Und nicht zuletzt spricht auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel von dem Bemühen ihrer Regierung, „Freiheit in einer Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft“<sup>12</sup> schaffen zu wollen.

Seit die EU-Verfassung eine „soziale Marktwirtschaft“<sup>13</sup> als gemeinsame Wirtschaftsordnung der Europäischen Union bestimmt hat, wird deutlich, wie bedeutsam dieses wirtschaftspolitische Konzept, das in den 1940er und 1950er Jahre konzipiert wurde, auch heute immer noch ist.<sup>14</sup> Das Interesse an einer Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft als ordoliberalem Konzept scheint auf alle Fälle groß zu

---

<sup>7</sup> Schäuble (2010).

<sup>8</sup> Vgl. Steinbrück (2012: 33).

<sup>9</sup> Wagenknecht (2011: 347).

<sup>10</sup> Lindner / Vogl (2012: 14).

<sup>11</sup> Bündnis 90/Die Grünen (2007: 4).

<sup>12</sup> Merkel (2009b).

<sup>13</sup> „Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft [sic!], die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt [...] hin“. Zitiert nach: Europäische Union (2007: Artikel 2 (3)).

<sup>14</sup> Die genannten Beispiele wurden bereits in einem im Jahr 2010 veröffentlichten Artikel in ähnlicher Reihenfolge zur Illustration genutzt; vgl. dazu Lorch (2010: 343). Die Lage stellt sich jedoch heute immer noch so ähnlich dar, weshalb die Beispiele hier erneut genannt werden sollten.

sein. Doch was vermitteln diese Begriffe tatsächlich, und wie kommt es, dass sich Politiker so unterschiedlicher Parteien darauf beziehen?

Betrachtet man die Literatur zur Sozialen Marktwirtschaft und zum Ordoliberalismus, fällt es schwer, ein eindeutiges Bild von diesen Konzepten zu bekommen. So schreibt Hentschel beispielsweise, dass man kaum mehr definieren könne, was eigentlich mit dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft gemeint sei und er im Grunde nur von „Vieldeutigkeit und Undeutlichkeit geprägt“<sup>15</sup> sei. Ptak kommt nach einer ausgiebigen Analyse von Ordoliberalismus und Sozialer Marktwirtschaft zum Ergebnis, man fände „in der Sozialen Marktwirtschaft keine Orientierung. Ihr konzeptioneller Gehalt ist ebenso aufgebraucht wie sie umgekehrt allein vom Mythos vergangener Zeiten lebt.“<sup>16</sup> Zinn erwidert jedoch, die konzeptionelle Leere der Begriffe sei nicht den Begriffen inhärent, sondern Teil einer Gesellschaftskrise:

„Die Krise der sozialen Marktwirtschaft ist inzwischen weit mehr als eine ökonomische Krise. Sie ist Teil einer umfassenderen Krise – einer Krise der gesellschaftlichen Kohäsion, einer Krise der deutschen Demokratie und einer Krise der bundesrepublikanischen Identität.“<sup>17</sup>

Diese Krise verursache dann die politische Orientierungslosigkeit, die also nicht das eigentliche Problem darstellt, sondern vielmehr ein Symptom für eine größere gesellschaftliche Schieflage ist. Es geht folglich auch nicht nur darum, Wirtschaftspolitik zu gestalten, sondern es geht um einen gesamtgesellschaftlichen Entwurf, der abhanden gekommen ist und nun eines Ersatzes bedarf. Es geht ganz akut darum, eine „neue Leitidee des gesellschaftlichen Fortschritts“<sup>18</sup> zu entwickeln.

Die Suche nach einer solchen Idee, die Orientierung in gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen zu geben vermag, konstituiert die eng miteinander verbundenen Leitfragen, die die folgende Untersuchung tragen werden. Diese Forschungsfragen lauten folglich:

<b>Wie kann die Grundlage einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung heute begründet und legitimiert werden? Und inwiefern können die historischen Ideen des Ordoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft dazu beitragen?</b>
--

---

<sup>15</sup> Hentschel (1998: 25).

<sup>16</sup> Ptak (2004: 299).

<sup>17</sup> Zinn (2009: 283).

<sup>18</sup> Ulrich (2009a: V).

## 1.2 – Gegenstand der Untersuchung

### 1.2.1 – Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft als Ausgangspunkt der Suche nach einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung

Die Arbeit beginnt mit der Suche nach Orientierung bei dem in Deutschland am häufigsten anzutreffenden Lösungsvorschlag, nämlich der Beschwörung einer Rückkehr zur bereits genannten Sozialen Marktwirtschaft. Da jedoch der *Ordoliberalismus* maßgeblich an der Entwicklung und Grundlegung der Sozialen Marktwirtschaft beteiligt war, stellt zunächst dessen Theorie den *systematischen Ausgangspunkt* der Untersuchung dar. Der Ordoliberalismus ist „eine vorwiegend aus den deutschen Bedingungen hervorgegangene Strömung des Neoliberalismus, dessen historische Besonderheit darin besteht, mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur einen konkreten Entwurf für die gesellschaftliche Praxis in die wissenschaftliche Debatte eingebracht, sondern auch erreicht zu haben, daß dieses Konzept in Deutschland zum zentralen Referenzpunkt für die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung geworden ist.“<sup>19</sup> Ziel des Ordoliberalismus war der Entwurf einer in eine „höhere Gesamtordnung“<sup>20</sup> eingebetteten, dem Menschen dienlichen Marktwirtschaft (die wirtschaftsethisch betrachtet ein interessantes Potential für die Entwicklung einer tatsächlich „sozialen“, soll heißen lebensdienlichen Wirtschaft innehat).

Die Literatur zum Ordoliberalismus und zur Sozialen Marktwirtschaft ist inzwischen zu einer Flut von Meinungen und Interpretationen der schon seit über siebenzig Jahren diskutierten Konzepte angeschwollen. Wie mit den Konzepten umgegangen und weitergearbeitet werden sollte, ist durch diese Meinungsvielfalt vollkommen unklar geworden. Während einige Stimmen davon überzeugt sind, dass „[e]ine Re-Interpretation bzw. Rückbesinnung der Sozialen Marktwirtschaft auf ihre zentralen Losungen [...] viel versprechend“<sup>21</sup> scheint, gehen andere davon aus, dass die Konzepte heute „sämtlich nicht halten können, was sie versprechen“<sup>22</sup> und besser ad acta gelegt werden sollten.

Zunächst fällt wie gezeigt vor allem von politischer Seite eine beständige Beschwörung der Begriffe (sowohl der Sozialen Marktwirtschaft als auch des Ordoliberalismus) auf – in dem Bestreben, sich damit zu der Verknüpfung von Freiheit

---

<sup>19</sup> Ptak (2004: 16).

<sup>20</sup> Röpke (1958: 19).

<sup>21</sup> Bieker (2002: 31).

<sup>22</sup> Ptak (2004: 3).

und Gerechtigkeit zu bekennen, die mit diesen Konzepten verbunden wird. Man geht dann häufig davon aus, eine Rückbesinnung zum Ordoliberalismus und zur Sozialen Marktwirtschaft könne dabei helfen, den Problemen unserer Zeit zu begegnen und dem Bedürfnis der Bürger nachzukommen, die kapitalistische Weltwirtschaft zu zähmen und wieder gesellschaftlich anzukoppeln. Hier ist die Soziale Marktwirtschaft jedoch häufig weniger mit konkreten Inhalten oder Maßnahmen verbunden als dass sie vielmehr als politisches Schlagwort fungiert.

Anhand der wissenschaftlichen Literatur zu den Konzepten konnten drei Zugänge zu den Konzepten identifiziert werden: 1.) ein ökonomischer Zugang, 2.) ein rekonstruierender Zugang und 3.) ein kritischer Zugang.

Eine mögliche wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Konzepten besteht darin, sich hauptsächlich auf die ordnungsökonomischen Debatten des Ordoliberalismus (und darin vor allem der Freiburger Schule) zu konzentrieren und diese fruchtbar zu machen. Dies ist ein vornehmlich ökonomisch geprägter Zugang, der dann oft von einer Rückkehr zu den Wurzeln der Konzepte oder von ordnungspolitischer Stringenz spricht und sich mehrheitlich an Euckens Prinzipien der Wettbewerbsordnung anlehnt.<sup>23</sup> Dieser Zugang begegnet den gesellschaftlichen Problemen der Wirtschaftsordnung dann mit Vorschlägen, die in aller Kürze mit der Formel „Ethik durch wirtschaftliche Effizienz“<sup>24</sup> zusammengefasst werden können und eine eher neoliberale Interpretation der Sozialen Marktwirtschaft darstellen. Alternativ oder ergänzend plädiert diese Herangehensweise für eine Anreicherung der Konzepte mit neueren ökonomischen Erkenntnissen (bspw. der modernen Ordnungsökonomik<sup>25</sup>) oder anderer wirtschaftswissenschaftlicher Strömungen, wie Grosseckttler beispielhaft fordert:

„Will man das ordolibérale Ideengut im normativen Sinn weiterentwickeln, so empfiehlt sich vor allem eine gesamtwirtschaftlich orientierte Verbindung mit der Transaktionskostenökonomik sowie kybernetischen Überlegungen.“<sup>26</sup>

Dieses Vorgehen scheint jedoch wenig aussichtsreich, um mit Hilfe des Ordoliberalismus den aktuellen Problemen zu begegnen. Zum einen reflektiert es das normative Fundament der Konzepte nur unzureichend und übernimmt dieses weitestgehend unkritisch, und zum anderen macht es den Anschein, als würde das eigentliche Problem zur Lösung verkehrt: Die vorliegende Arbeit vertritt die (noch zu

---

<sup>23</sup> Vgl. bspw. Bertelsmann Stiftung / Heinz Nixdorf Stiftung et al. (1996) oder Rodenstock (2012).

<sup>24</sup> Bertelsmann Stiftung / Heinz Nixdorf Stiftung et al. (1996: 43).

<sup>25</sup> Vgl. bspw. den Entwurf von Goldschmidt / Lenger (2011).

<sup>26</sup> Grosseckttler (1997: 134).

begründende) Ansicht, dass die wirtschaftlichen Aspekte der Konzepte nicht notwendigerweise ins Zentrum gerückt werden müssen, sondern vielmehr vorrangig ihre gesellschaftspolitischen Leitideen geklärt werden sollten. Statt sich also nur den ökonomischen Fragestellungen der Konzepte zuzuwenden, sollte es vielmehr um deren politisch-philosophische Grundlagen, also um den Gesellschaftsentwurf des Ordoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft gehen.

Ein anderer Strang der gegenwärtigen Literatur zum Thema untersucht die Konzepte im Detail und ist um die Rekonstruktion einer möglichst detaillierten Genese bemüht.<sup>27</sup> Dieses Anliegen ist fruchtbar, fördert es doch ein besseres Verständnis der Konzepte und versucht beispielsweise auch konstruktiv, eine „Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“<sup>28</sup> zu entwerfen. Hier wird gezeigt, was ein Rückgriff auf bestimmte ordoliberalen Forderungen für konkrete Probleme heute bedeuten würde. Oft ist diese Art der Auseinandersetzung angereichert mit Impulsen der Wirtschaftsethik oder der politischen Philosophie.<sup>29</sup> Auch wenn diese Auseinandersetzungen mit dem Ordoliberalismus ergiebig sind, fehlt hier doch häufig eine normativ-kritische Durchleuchtung der Konzepte. So hinterlässt die Beschäftigung mit dieser Literatur den Eindruck, als würde sich im Grunde auch hier wieder nur den *wirtschaftlichen* Aspekten des Ordoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft gewidmet – ohne aber die gesellschaftlichen Aspekte der Konzepte ebenfalls auf ihre Tauglichkeit für die heutige Zeit zu untersuchen. Es wird jedoch zu zeigen sein, dass die Wirtschaftsordnung der Ordoliberalen ganz wesentlich mit ihren gesellschaftlichen Entwürfen verknüpft ist und nicht losgelöst davon betrachtet werden sollte.

Ein letzter Literaturstrang geht mit den Konzepten sehr viel kritischer um und hält die Soziale Marktwirtschaft und ihre Theorie im Grunde für inhaltlich entleert und ausgehöhlt. Die Soziale Marktwirtschaft ist hier ein Konzept, das nur noch als Mythos des Wirtschaftswunders und als Leerformel überdauert hat und heute keine Orientierung mehr bieten kann.<sup>30</sup> Auch wenn es gute Gründe dafür gibt, dieser Interpretation zu folgen, bleibt doch die Frage offen, wie nun mit diesem Urteil umgegangen werden soll: Auch wenn die Konzepte verworfen werden, bleibt die ordnungspolitische Lücke letztlich weiterhin bestehen, die doch gefüllt werden sollte. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Konzepte tatsächlich gesamthaft verworfen werden müssen, oder ob nicht bestimmte Aspekte dieser „Mythen“ auch heute noch hilfreich sein könnten.

---

<sup>27</sup> Vgl. u.a. Goldschmidt / Wohlgemuth (2008a), Quaas (2000), Abländer / Ulrich (2009).

<sup>28</sup> Vgl. Goldschmidt / Wohlgemuth (2004b).

<sup>29</sup> Vgl. bspw. Klump / Wörsdörfer (2009) oder Abländer (2011).

<sup>30</sup> Vgl. bspw. Ptak (2004), Hentschel (1998), Nonhoff (2006).

Wie die Forschungsfrage bereits anklingen ließ, wird die vorliegende Arbeit die Perspektive auf die Konzepte darum etwas verschieben: Sie blickt mit einer spezifisch wirtschaftsethischen Brille darauf und will herausarbeiten, was genau der Ordoliberalismus zum *Verhältnis* von Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu sagen hat und wie die normativen Aussagen der Sozialen Marktwirtschaft überhaupt begründet werden. Sie untersucht, ob die *normativen Prämissen* der ordoliberalen Aussagen zur Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik auch heute noch tragfähig sind und die Ordnung, wie sie der Ordoliberalismus und die Soziale Marktwirtschaft fordern, überhaupt noch legitim und gesellschaftlich gewünscht sein kann. Kurz gesagt geht es im ersten Teil der Arbeit also um die Erhellung der gesellschaftlichen Grundlagen des Ordoliberalismus und deren mögliche Legitimation heute.

### **1.2.2 – Weiterentwicklung der ordoliberalen Ideen zu einem politischen Liberalismus**

Der Ausgangspunkt der Untersuchung ist also der Ordoliberalismus. Die Untersuchung wird jedoch zeigen, dass der Ordoliberalismus und mit ihm die Soziale Marktwirtschaft nur noch bedingt geeignet sind, um dazu beizutragen, den aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Der Ordoliberalismus hat wichtige Impulse anzubieten, doch ergibt die Untersuchung der Konzepte, dass der *grundlegende Kern* der Ansätze, also die gesellschaftsphilosophische Ausrichtung der Konzepte, neu gestaltet und begründet werden muss, um heute wieder Orientierung bieten zu können. Dies zu unternehmen ist der spezifische neue Beitrag der vorliegenden Arbeit.

Aus diesem Grund werden im zweiten und dritten Teil der Arbeit im Anschluss an den Ordoliberalismus die Ideen und *Grundlagen eines politischen Liberalismus* skizziert, der den Aufgaben unserer Zeit gewachsener scheint und zur Gestaltung einer modernen liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung beitragen kann. Dieser Liberalismus, welcher den Grundstein für den konzeptionellen Teil der Arbeit legt, wird aus der Verknüpfung der ordoliberalen Ideen mit den aktuellen Debatten der politischen Philosophie und Wirtschaftsethik um Rawls, Sen, Honneth, Ulrich und anderen gewonnen. Der Ordoliberalismus ist so immer wieder Ideengeber für verschiedene Facetten eines modernen Liberalismus, der jedoch deutlich über die ordoliberalen Konzepte hinausgehen wird.

Da die Arbeit also nicht nur mit dem Ordoliberalismus selbst, sondern auch mit moderneren Liberalismus-Konzeptionen arbeiten wird, ist es zunächst unabdingbar, mehrere, für sich genommen schon beinahe unüberblickbare wissenschaftliche Debatten in den Blick nehmen zu müssen, die sich zudem nur sehr selten überschneiden: Die ordnungspolitischen Debatten um Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft auf der einen sowie die moderne Literatur der politischen Philosophie und der Wirtschaftsethik, die an den Grundlagen eines modernen Liberalismus arbeitet, auf der anderen Seite. Es kann darum in der vorliegenden Arbeit nicht darum gehen, diese Untersuchungsgegenstände und ihre Literaturkorpusse lückenlos darzustellen. Es wird vielmehr eine bestimmte Auswahl an Literatur genutzt, die jeweils grundlegend ist und stellvertretend genug scheint, um die Gedanken und Argumente der Arbeit wesentlich zu prägen. Es geht darum, diejenige Literatur herauszugreifen, die speziell zur Bewältigung der nun folgenden Forschungsvorhaben beiträgt – und diese Auswahl ist zwangsläufig wertend und wird, wo nötig, gesondert begründet.

### **1.3 – Ziel und Gang der Untersuchung**

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es also, unter Zuhilfenahme der ordoliberalen Entwürfe eine regulative Idee zu entwickeln, die zu einer tragfähigen Konzeption einer den aktuellen Herausforderungen gewachsenen freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung beitragen kann. Dies soll gelingen, indem Schritt für Schritt die Grundlagen eines modernen liberalen gesellschaftlichen Leitbilds skizziert werden. So geht es der vorliegenden Arbeit „um die zeitgemäße Klärung des Leitbilds einer voll entfalteten und wohlgeordneten Bürgergesellschaft und der legitimen und sinnvollen Rolle der Marktwirtschaft in ihr.“<sup>31</sup> Die politische Philosophie hilft dabei bei der systematischen Klärung des Verhältnisses von Gesellschaft und Wirtschaft, das auch schon die Ordoliberalen beschäftigt hat. Sie bietet so Orientierung „im begrifflichen Raum“<sup>32</sup>, die wir „in der gegenwärtigen Zeit des Orientierungsverlustes mehr denn je nötig haben“<sup>33</sup> (– das der Arbeit zugrundeliegende Verständnis von politischer Philosophie sowie ihre Rolle in der vorliegenden Untersuchung wird in Abschnitt 1.4 noch vertieft).

---

<sup>31</sup> Ulrich (2010b: 41).

<sup>32</sup> Rawls (2003: 21).

<sup>33</sup> Ulrich (1993: 29).

Der Ordoliberalismus und seine Genese werden dabei als konzeptioneller und historischer *Ausgangspunkt* genutzt, von dem aus eine solche Debatte geführt werden soll. Dies hat zwei Gründe: Zum einen wirkt der Ordoliberalismus als Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft heute immer noch stark performativ, denn viele wirtschaftspolitische Debatten der Bundesrepublik kreisen stetig um den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft, die Rückbesinnung auf ihre Prinzipien oder deren Weiterentwicklung und Modernisierung. Die Soziale Marktwirtschaft ist heute doch immer noch der wichtigste Ankerpunkt vieler ordnungspolitischer Debatten in Deutschland. Wer also Vorschläge zum Umgang mit aktuellen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Sachverhalten vorbringen möchte, tut gut daran, sich in den ordoliberalen Debatten um eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu verorten.

Zum anderen versuchte schon der Ordoliberalismus, mit der Sozialen Marktwirtschaft einen Entwurf einer normativen Ordnung vorzulegen, der es gelingen soll, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“<sup>34</sup>. Die Verknüpfung von Freiheit und Gerechtigkeit in einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist heute immer noch *die* vorherrschende Herausforderung der Ordnungspolitik, weshalb es hilfreich scheint, von einem solchen historischen Versuch und seiner Entwicklung auszugehen.

Wie die weitere Analyse noch zeigen wird, hat es der Ordoliberalismus jedoch, trotz des wichtigen Anliegens, an entscheidenden Stellen versäumt, sich genauer zu erklären bzw. seine Begriffe trennscharf zu definieren. So blieben die systematischen Gerechtigkeits-Überlegungen des Ordoliberalismus nur rudimentär, „weil zum einen eine interdisziplinäre Forschung, wie wir sie heute in der Wirtschaftsethik kennen, höchstens in Ansätzen entwickelt war, und zum anderen, und das ist vielleicht noch gravierender, keine ausgereiften gerechtigkeits-theoretischen Konzepte zur Verfügung standen, die den Erfordernissen der Zeit Rechnung getragen hätten. Die moderne Diskussion um Gerechtigkeit beginnt zweifellos erst 1971 mit der ‚Theory of Justice‘ von John Rawls.“<sup>35</sup> Dennoch war der Ordoliberalismus an manchen Stellen zumindest ein früher Versuch einer interdisziplinären Wirtschaftsethik, der möglicherweise hilfreich sein kann.

Die jüngere politische Philosophie hat sich bisher nur wenig in aktuellen Ordnungsdebatten niedergeschlagen. Ulrich fordert darum analog zu Schumann und Nutzinger eine philosophische Aufarbeitung der Sozialen Marktwirtschaft:

---

<sup>34</sup> Quaas (2000: 19).

<sup>35</sup> Nutzinger / Schumann (2009: 56).



„Es ist spannend und brandaktuell, dem konfuse[n] Verhältnis von Marktwirtschaft und Bürgergesellschaft auch noch in der ‚Stilform‘ der Sozialen Marktwirtschaft auf den Grund zu leuchten. Nur so lassen sich die entscheidenden Punkte erkennen, wo der von ihren Gründervätern eigentlich angestrebte ‚Dritte Weg‘ zu einer voll entfalteten Bürgergesellschaft und einer durch sie zivilisierten Marktwirtschaft weiterzuführen ist.“<sup>36</sup>

Eine solche Durchleuchtung von Ordoliberalismus und Sozialer Marktwirtschaft nachzuholen, war der Anstoß der vorliegenden Arbeit. Dabei soll es weniger um die empirische oder historische Entwicklung der Begriffe und Konzepte gehen, sondern vielmehr um ihre systematische und idealtypische Grundlegung. Die praktische Philosophie hilft dann vor allem dabei, die normativen Aspekte der Konzepte zu beleuchten und zu bewerten. Denn „[j]ede Ausgestaltung der Marktwirtschaft ist unausweichlich in ein wirtschaftsethisches und politisch-philosophisches ‚Gedankenbett‘ eingebettet, also implizit oder explizit an bestimmte normative Leitideen vom guten gesellschaftlichen Zusammenleben der Individuen gebunden“<sup>37</sup> – und diese gilt es im Ordoliberalismus zu explizieren.

Dieser Aufgabe entsprechend, widmet sich der *erste Forschungskomplex* der vorliegenden Arbeit den folgenden Fragen:

1. Was sind die normativen Prämissen der ordoliberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung? Und inwiefern können der Ordoliberalismus und/oder die Soziale Marktwirtschaft heute noch Orientierung zur Bewältigung der aktuellen, drängenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen bieten?

Diese zwei Fragen umfassen nicht nur die Darstellung und Analyse eines bestimmten Verständnisses von Ordoliberalismus und Sozialer Marktwirtschaft (Kapitel 2), sondern auch eine Bewertung und Einschätzung der Tauglichkeit dieser Konzepte als Orientierungshilfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Kapitel 3). Für diese Bewertung wird der Maßstab konzeptioneller Stringenz angelegt sowie (implizit) die Perspektive einer integrativen Wirtschaftsethik eingenommen, wie sie von Ulrich entwickelt ist und deren Anliegen es ist, die normativen Prämissen (sozio-) ökonomischer Theorie zu analysieren.<sup>38</sup>

Die Analyse wird jedoch, so viel sei vorweggenommen, deutlich machen, dass der Ordoliberalismus in seinen Vorschlägen zur *Lösung* der identifizierten Probleme einer

---

<sup>36</sup> Ulrich (2010b: 43).

<sup>37</sup> Ulrich (2009a: 8).

<sup>38</sup> Zur integrativen Wirtschaftsethik vgl. Ulrich (2008).

liberalen Ordnung häufig hinter seinem eigenen Anspruch zurückbleibt. Der Ordoliberalismus zeigt einige Möglichkeiten, aber auch Versäumnisse auf, die der darauf folgende Entwurf berücksichtigen muss. Es zeigt sich dann, dass einige Vorschläge des Ordoliberalismus durchaus hilfreich sind, diese Vorschläge aber unter Berücksichtigung der modernen Diskussion der politischen Philosophie und Wirtschaftsethik neu gestaltet werden sollten.

So soll folglich im zweiten Teil der Arbeit ein moderner politischer Liberalismus skizziert werden, dessen Ausgangspunkt in erster Linie die Diskussion eines ganz bestimmten Verständnisses von Freiheit sowie ihrer Ausgestaltung in einer liberalen Gesellschaft ist. Eine These wird sein, dass es der Ordoliberalismus versäumt hat, ein tragfähiges Verständnis von Freiheit (als Grundlage und regulatives Prinzip seiner Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung) zu entwickeln bzw. es als solches darzustellen. Nur so ist verständlich, dass der Ordoliberalismus mitunter ein „autoritärer Liberalismus“<sup>39</sup> zu sein scheint oder die Soziale Marktwirtschaft mitunter sehr neoliberal ausgelegt werden kann. Um dieses Versäumnis zu beheben, wird die vorliegende Arbeit ihren Entwurf einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung von einer tragfähigen regulativen Leitidee ausgehend entwickeln. Der *zweite Forschungskomplex*, der sich den Erkenntnissen des ersten Forschungskomplexes bedient und darauf aufbaut, wird dementsprechend die folgenden Fragen beantworten:

2. Welche philosophische Leitidee kann heute eine tragfähige Grundlage eines modernen Liberalismus-Konzepts sein und wie kann diese gesellschaftlich wirksam werden?

Die Arbeit wird so im zweiten Teil eine „neue Leitidee des gesellschaftlichen Fortschritts“<sup>40</sup> entwickeln. Der Begriff der *Freiheit* ist zentral und namensgebend für den Liberalismus und soll darum schrittweise geklärt und entfaltet werden (Kapitel 4). Hier wird, ausgehend von Kant, dessen Philosophie von Cassirer als „die Philosophie der Freiheit“<sup>41</sup> bezeichnet wird, über Habermas, Rawls und Sen ein spezifisches Freiheitsverständnis erarbeitet, bevor dann, darauf aufbauend, ein politischer Liberalismus skizziert werden kann (Kapitel 5). So wird die Idee *substantieller Freiheit* als regulative Idee der Gesellschaftsordnung vorgestellt, und es wird die Frage beantwortet werden, wie die gesellschaftlichen Institutionen eines *substantiellen*

---

<sup>39</sup> Vgl. Haselbach (1991).

<sup>40</sup> Ulrich (2009a: V).

<sup>41</sup> Cassirer (1994: Band II: 761), zitiert nach: Schattenmann (2006: 133).

*Liberalismus*, der daraus entworfen wird, gestaltet sein müssten. Insbesondere werden dazu die Grundlagen einer Verfassung der Freiheit sowie einer Politik der Freiheit ausformuliert. Die Arbeit leistet mit diesen Debatten dann einen Beitrag zu einem Paradigmenwechsel „vom Primat des ‚freien Marktes‘ zum Primat des freien Menschen in einer freien Gesellschaft.“<sup>42</sup>

Im Anschluss an den substantiellen Liberalismus als Grundlage einer liberalen Gesellschaftsordnung soll dann, ganz im Sinne eines prinzipiengeleiteten Pragmatismus (vgl. Abschnitt 1.4.2) noch gezeigt werden, wie sich der substantielle Liberalismus auf die Grundlagen einer Wirtschaftsordnung auswirkt. Dazu wird dargestellt, wie die Prinzipien einer Wettbewerbsordnung formuliert werden müssten, die einem substantiellen Liberalismus auch gerecht werden können. Dieser letzte Teil der Arbeit behandelt dann den *dritten Forschungskomplex* und widmet sich den folgenden Leitfragen:

3. Wie müssen die auf den substantiellen Liberalismus aufbauenden Prinzipien einer Wirtschaftsordnung gestaltet sein, und was können diese zur Bewältigung aktueller wirtschaftspolitischer Probleme beitragen? Kurz: Welche Rolle sollte die Marktwirtschaft in einem substantiellen Liberalismus spielen?

Nachdem also der substantielle Liberalismus in die Form einer vorrangigen Gesellschaftsordnung (Kapitel 5) sowie einer nachrangigen Wirtschaftsordnung (Kapitel 6) gegossen wurde, soll abschließend noch ausbuchstabiert werden, was diese neu gewonnene Perspektive für die Betrachtung konkreter, empirischer ordnungspolitischer Herausforderungen bedeuten kann und welche Lösungsmöglichkeiten dadurch neu in den Fokus geraten (Kapitel 7).

Die Arbeit folgt so, nachdem die Rekonstruktion und Bewertung des Ordoliberalismus im ersten Teil abgeschlossen ist, in ihrer konstruktiven Entwicklung des substantiellen Liberalismus in Teil 2 und 3 der aristotelischen Trias von „Ethik, Politik und Ökonomik, in dieser Begründungsreihenfolge“<sup>43</sup>: Nachdem die *ethische* Grundlage einer gerechten Gesellschaftsordnung entwickelt wurde (substantielle Freiheit, Kapitel 4), wird weiter gezeigt, was diese für eine *politische* Gestaltung eines Liberalismus bedeutet (Politik der Freiheit, Kapitel 5), um wiederum davon abgeleitet zu skizzieren, was für eine spezifische Ausrichtung der *Wirtschaftsordnung* daraus folgt (Prinzipien

---

<sup>42</sup> Von Cranach / Mastronardi et al. (2010: 19).

<sup>43</sup> Ulrich (2009a: 8).

der Wirtschaftsordnung, Kapitel 6). Abschließend bleibt dann noch die Übertragung der Erkenntnisse auf die Realpolitik (Kapitel 7).

## **1.4 – Methodische Leitgedanken**

### **1.4.1 – Der Beitrag der politischen Philosophie**

Das Anliegen der Arbeit ist es also, mit dem Ordoliberalismus nicht nur einen der gängigen Vorschläge für eine mögliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Orientierung im Detail zu untersuchen, sondern der Diskussion auch einen weiteren Vorschlag hinzuzufügen. Die Arbeit wird sich dazu ganz grundsätzlich und systematisch den Normen und Werten widmen, die den Entwürfen zugrunde liegen und auf denen dann alle weiteren Konkretisierungen aufbauen. Es geht darum, das jeweilige regulative Prinzip zu explizieren und dieses tragfähig zu gestalten – von diesem Punkt gehen dann alle weiteren Schritte aus. Und um sich diesen regulativen Prinzipien angemessen zu widmen, bedarf es der politischen Philosophie.

Als Teilbereich der praktischen Philosophie ist die politische Philosophie die „Theorie staatlicher Organisationen und Institutionen“<sup>44</sup>. Sie widmet sich als solche der Analyse und Reflexion der gesellschaftlichen Ordnung, sieht ihre zentrale Aufgabe also „im Entwurf und in der Begründung von Modellen einer gerechten Gesellschaftsordnung.“<sup>45</sup> Es geht ihr dabei um „Werterhellung“<sup>46</sup>, also die kritische Durchleuchtung der Prämissen, die in gesellschaftspolitischen Diskussionen eine Rolle spielen, so „dass die jeweilige normative Perspektive offengelegt und damit argumentationszugänglich wird“<sup>47</sup>. Es ist die politische Philosophie, die eine systematische Herangehensweise an die aufgeworfenen Fragen möglich macht und deren Erkenntnisse sowohl für die Analyse des Ordoliberalismus als auch für die sich daran anschließende Konstruktion einer modernen liberalen Gesellschaftsordnung nutzbar gemacht werden sollen.

Die Verknüpfung der modernen politischen Philosophie und Wirtschaftsethik (die sich ebenfalls als Teil der praktischen Philosophie versteht) mit den Ordnungsdebatten einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die sich in Deutschland um den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft dreht, scheint eine fast schon überraschende

---

<sup>44</sup> Horn (2003: 7).

<sup>45</sup> Ulrich (1993: 305).

<sup>46</sup> Vgl. Thielemann (2010: 20f.).

<sup>47</sup> Patry (2010: 25).

Forschungslücke zu sein. Den philosophischen Grundlagen des Ordoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft nachzugehen, erscheint vor dem Hintergrund des jüngsten Interesses an ordnungspolitischen Debatten sowie den Erkenntnissen der politischen Philosophie zu Konzepten von Freiheit und Gerechtigkeit als ein lohnenswertes Unterfangen.

Die politische Philosophie und die Wirtschaftsethik bieten in der Vielfalt von Interpretationen dieser ordnungspolitischen Konzepte eine systematische Orientierung an. Sie entwickeln Begriffe, Kriterien und Argumentationsmuster, die dann zur weiteren Analyse genutzt werden und den Blick auf den Gegenstand schärfen sollen.<sup>48</sup>

Doch geht es der politischen Philosophie eben nicht nur um Erkenntnisse durch die Reflexion bestehender Konzepte. Sie ist ebenfalls darauf gerichtet, einen konstruktiven Beitrag zu den Debatten zu leisten und, im Rahmen ihrer Möglichkeiten (und natürlich unter Vorbehalt einer noch einzuholenden gesellschaftlichen Legitimation), Vorschläge für eine angemessenere politische Gestaltung der staatlichen Institutionen zu machen, indem sie „akzeptable, geforderte oder verbindliche Standards diskutiert, nach denen die Realität zu verändern wäre.“<sup>49</sup>

Bei dem vorgeschlagenen umfangreichen und interdisziplinären Forschungsvorhaben bleibt es nicht allein bei Erkenntnissen der politischen Philosophie, die nutzbar gemacht werden sollen. Wo notwendig oder nützlich, fließen natürlich auch Ideen aus anderen Disziplinen ein. Darunter fallen beispielsweise die Politikwissenschaften, die Soziologie oder die Wirtschaftswissenschaften. Die vorliegende Untersuchung macht sich allerdings keine Illusionen darüber, die philosophischen, politischen oder wirtschaftlichen Debatten, die sie berührt, vermeintlich „objektiv“ darstellen zu können. Es kommt vielmehr unweigerlich zu einer wertenden Auswahl der Theoriestränge und Interpretationen, um darauf aufbauend eine eigenständige, konstruktive und zeitgemäße Lösung zu modellieren.<sup>50</sup>

#### **1.4.2 – Der Anspruch eines prinzipiengeleiteten Pragmatismus**

Ein Forschungsvorhaben, das zwar konzeptionelle Erkenntnisse liefern soll, jedoch damit auch den Anspruch verbindet, einen Beitrag zur realpolitischen Orientierung zu leisten, muss sich der Herausforderung stellen, ein theoretisch tragfähiges Konzept

---

<sup>48</sup> Vgl. Von Cranach / Mastronardi et al. (2010: 19).

<sup>49</sup> Horn (2003: 9).

<sup>50</sup> Vgl. Richter (2004: 7).

vorzulegen, das gleichzeitig deutlich macht, welche Implikationen es für praktische Fragestellungen hat. Darum wird die Arbeit einem „prinzipiengeleiteten Pragmatismus“ (*principled pragmatism*) folgen, wie John Ruggie ihn vorschlägt.<sup>51</sup> Dabei wird die Idee des prinzipiengeleiteten Pragmatismus hier dergestalt interpretiert, dass die zu entwickelnden Prinzipien einer liberalen Gesellschaftsordnung zwar immer als Schablone der politischen Gestaltung dienen, sie im Verlauf der Arbeit aber zunehmend pragmatisch gewendet werden sollen: „Ethische Prinzipien sind die notwendige Grundlage [für die Bewältigung der realpolitischen Probleme, A.L.]; sie müssen aber zu Forderungen nach einer grundlegenden Veränderung in Kultur, Politik und Wirtschaft konkretisiert werden.“<sup>52</sup> Um diesem Vermittlungsanspruch zwischen Theorie und Praxis gerecht zu werden, wird die Arbeit sich, je konkreter der substantielle Liberalismus ausbuchstabiert wird, schrittweise mehr und mehr an den ganz speziellen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen orientieren, denen sich die Bundesrepublik Deutschland derzeit stellen muss. Als pragmatisches Programm „geht es von der Lebenspraxis aus und führt zu ihr zurück, wobei es zwischen handlungsorientierenden Idealen und realisierbaren sozialen Innovationen im vorgefundenen Lebenszusammenhang methodisch zu unterscheiden und kritisch zu vermitteln weiss“.<sup>53</sup>

Die konzeptionelle Herausforderung besteht also darin, vom Problem der fehlenden Orientierung über die Herleitung von eher abstrakten philosophischen Prinzipien zu Aussagen über die Gestaltung der Wirtschaftspolitik und über die Bewältigung realpolitischer Probleme zu gelangen, ohne jedoch die einmal aufgestellten Prinzipien aus den Augen zu verlieren. Der angestrebte Pragmatismus bedeutet dabei nicht, dass die Prinzipien an Schärfe und Genauigkeit verlieren und aufgrund pragmatischer Erwägungen abgeschwächt werden sollen. Er betont vielmehr, dass die Orientierung an Prinzipien eine notwendige Stütze zur Bewältigung gesellschaftspolitischer Probleme ist.

Gleichzeitig ist die Übertragung der Prinzipien auf empirische Sachverhalte auch immer eine Sache der Abwägung und der deliberativen Willensfindung, die von der Theorie nicht vorweggenommen werden kann. Die politische Philosophie findet so ihren Widerhall in einer kritischen Praxis, d.h. sie ist immer bestrebt, die realen Verhältnisse zu verändern – dies jedoch nur durch neue Ideen und gute Argumente. Diskussionen um konkrete realpolitische Umsetzungsfragen sind aus

---

<sup>51</sup> Vgl. Ruggie (2010).

<sup>52</sup> Von Cranach / Mastronardi et al. (2010: 19).

<sup>53</sup> Ulrich (1993: 29).

wirtschaftsethischer Sicht nicht angebracht, müssen solche Dinge doch im politisch-gesellschaftlichen Diskurs geklärt und nicht akademisch vorgeschrieben werden.

Die Arbeit soll die ordnungspolitischen Diskussionen bereichern und Argumente für einen modernen, politischen Liberalismus liefern. Die politische Philosophie liefert dann einen Entwurf für eine „realistische Utopie“<sup>54</sup>, um so den gesellschaftlichen Fortschritt mitzugestalten.

---

<sup>54</sup> Rawls (2003: 23).

## **2 – Ordolibérale Ordnungspolitik als Ausgangspunkt der Betrachtung**

Der Ordoliberalismus dient der vorliegenden Arbeit als Referenzpunkt, der daraufhin untersucht werden soll, ob und inwiefern er zur Bewältigung der derzeit anstehenden Probleme mit der gesellschaftspolitischen Orientierungslosigkeit beitragen kann. Da der Ordoliberalismus jedoch verschieden interpretiert wird und mit ihm auch die Soziale Marktwirtschaft kein eindeutiges Konzept ist, ist es von großer Bedeutung, die Ideen und Begriffe klar zu definieren. Das folgende Kapitel soll darum zunächst das dem Rest der Arbeit zugrundeliegende Verständnis von Ordoliberalismus und Sozialer Marktwirtschaft verdeutlichen, um die Konzepte in ihrer Historizität zu verstehen. Die kritische Durchleuchtung dieser Konzepte findet dann in Kapitel 3 statt.

### **2.1 – Begriffsbestimmung**

Der Ordoliberalismus stellt eine spezifisch deutsche Strömung der neoliberalen Theoriegeschichte dar.<sup>55</sup> „Neoliberal“ gilt hier als ein Oberbegriff, der verschiedene Denkarten des 20. Jahrhunderts umfasst. Ihnen ist gemein, dass sie liberales Denken ins Zentrum rücken und das Prinzip des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs als notwendiges Organisationsmittel der Wirtschaft ansehen, sich jedoch gleichzeitig von altliberalen Konzepten eines Laissez-faire- oder Manchester-Kapitalismus abwenden wollen. Vielmehr streben sie an, diesen weiterzuentwickeln, indem sie die Bedeutung des Staats für die Einrichtung der Marktwirtschaft betonen. Innerhalb der neoliberalen Tradition gibt es dann verschiedene Ansätze, eine derartige liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu denken<sup>56</sup>, und einer davon ist der Ordoliberalismus. Die Grundfrage, die der Ordoliberalismus zu beantworten sucht, formulierte bspw. Eucken wie folgt:

„Wie kann der modernen industrialisierten Wirtschaft eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung gegeben werden?“<sup>57</sup>

---

<sup>55</sup> Vgl. Söllner (1999: 290-293).

<sup>56</sup> Vgl. Ptak (2004: 15f.).

<sup>57</sup> Eucken (1990: 14).



Die Idee der Ordnung respektive des „Ordo“ (lat. *ordo*: Ordnung, Rang) spielt in der Nationalökonomie von Walter Eucken die zentrale Rolle: Für ihn bedeutet es „die sinnvolle Zusammenfügung des Mannigfaltigen zu einem Ganzen“<sup>58</sup> zu einer „Ordnung, die dem Wesen des Menschen und der Sache entspricht.“<sup>59</sup> Gemeint ist damit, dass aus einer vorrangigen Ordnungs-Idee heraus, die am Anfang aller Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik stehen muss, sich alle weiteren praktischen Maßnahmen ableiten und an diesen Ordnungsprinzipien orientieren. Ausgehend von einer bedrückenden „Gesellschaftskrisis der Gegenwart“<sup>60</sup>, die die Ordoliberalen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts attestieren, versucht der Ordoliberalismus, Struktur und Ordnung in die Debatten der damals herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zu bringen und zur Lösung der Krisen beizutragen.<sup>61</sup> Konzeptioneller Ausgangspunkt ist die Einsicht, „daß sich unsere Kultur deshalb überall in unlösbar scheinende Probleme verstrickt, weil sie mit der elementaren Aufgabe einer wohlgeordneten und dem Menschen angemessenen Wirtschaftsverfassung nicht recht fertig wird.“<sup>62</sup>

Im Kern der ordoliberalen Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie steht die Unterscheidung verschiedener möglicher Ordnungen der Wirtschaft – sie unterscheidet ganz konkret die freie Wirtschaft, die Zentralverwaltungswirtschaft sowie die Wettbewerbswirtschaft.<sup>63</sup> Im Sinne des Ordo hängt von der Entscheidung für eine dieser Ordnungen ganz wesentlich die gesamte, darauf aufbauende wirtschaftspolitische Ausrichtung ab – aus der „Gesamtentscheidung ergibt sich die Haltung zu allen wirtschaftspolitischen Einzelfragen.“<sup>64</sup> Die Ordoliberalen treffen dabei die Entscheidung für letzteres, die Wettbewerbsordnung, die als eine staatlich eingerahmte und sorgfältig gestaltete Marktwirtschaft verstanden werden muss. Die Ordoliberalen betonen damit ihre ganzheitliche Sicht auf die Verknüpfung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. So ist genau die Ordnung zu suchen, „welche der Sache, der historischen Situation und dem Menschen entspricht.“<sup>65</sup> An anderer Stelle formuliert Eucken in diesem Sinne, man suche eine „Ordnung, in der Maß und

---

<sup>58</sup> Eucken (1990: 372).

<sup>59</sup> Eucken (1950: 239).

<sup>60</sup> Vgl. Röpke (1942).

<sup>61</sup> Für eine historische Einordnung des Ordoliberalismus vgl. bspw. Ptak (2004: 23-29), Quaas (2000: 95f.) sowie Hesse (2007: 220).

<sup>62</sup> Röpke (1994: 327).

<sup>63</sup> Vgl. bspw. Eucken (1947: 149).

<sup>64</sup> Eucken (1947: 149).

<sup>65</sup> Eucken (1947: 149).

Gleichgewicht bestehen.“<sup>66</sup> Die vom Ordoliberalismus geforderte Wirtschaftsordnungspolitik solle „konsequent einem geschlossenen, mit den gesellschaftlichen und sozialen Normen sowie wirtschaftstheoretischen Einsichten abgestimmten Ordnungskonzept“<sup>67</sup> folgen. Es geht den Autoren um die Entwicklung und Begründung einer rahmengebenden Verfassung für die Wirtschaft.

Die Betonung des Ordo, d.h. die Bestimmung einer Ordnungsidee, ist also namensgebend und entsprechend entscheidend für die gesamte Konzeption. Der gestalterische Ausgangspunkt der Ordo-Idee ist dabei ein bemerkenswerter Bruch mit der klassischen Nationalökonomie, die im Wesentlichen deterministisch argumentierte, indem sie alle weiteren konzeptionellen Schritte aus der Entscheidung für eine freie Marktwirtschaft ableitete. Doch „mit der normativen Frage nach der wünschenswerten Ordnung hat der Freiburger Ordoliberalismus den politischen Gestaltungsauftrag in den Mittelpunkt seiner Überlegungen gestellt. [...] Damit war die Ökonomie als eines sich selbst genügenden Regelsystems, das allein der Logik von Angebot und Nachfrage unterworfen ist, (wieder) dem Primat der Politik unterstellt“<sup>68</sup> – so zumindest die *Absicht* des Ordoliberalismus.

Zu den wesentlichen Autoren des Ordoliberalismus zählen der bereits genannte Walter Eucken sowie Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armack, Franz Böhm, Leonhard Miksch u.v.m. Erstmals wurden diese liberalen Denker 1950 als *Ordoliberales* benannt, und zwar in Anlehnung an den Namen des von ihnen herausgegebenen „ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“. <sup>69</sup> Davor wurden sie schlicht als liberal oder als neoliberal betitelt, obwohl sie sich teilweise gegen diese Bezeichnung aussprachen bzw. dem Label nicht grundsätzlich abgeneigt waren, sich aber doch ebenso von anderen Strömungen, die sich ebenfalls neoliberal nannten, abgrenzen wollten.<sup>70</sup> Nach der Herausbildung einer doch stärker klassisch-liberalen und staats skeptischen Strömung wurde mit der Zeit

---

<sup>66</sup> Eucken (1990: 372).

<sup>67</sup> Blum (1982: 150f.).

<sup>68</sup> Maier-Rigaud / Maier-Rigaud (2001: 252).

<sup>69</sup> Vgl. Ptak in Anlehnung an Moeller, siehe Ptak (2004: 23).

<sup>70</sup> So formuliert bspw. Eucken: „Die Prinzipien der Wirtschaftspolitik, die hier dargestellt wurden, werden bisweilen „liberal“ oder „neoliberal“ genannt. Aber diese Bezeichnung ist oft tendenziös und nicht treffend.“ (Eucken (1990: 374)) – Eucken wehrte sich gegen die Bezeichnung „liberal“ vor allem aus dem Grund, dass mit dem Begriff häufig der neoklassische laissez-faire Liberalismus gemeint war. Und Rüstow schrieb 1960: „Da nun leider heutige Vertreter jenes Paläoliberalismus sich neoliberal nennen, obwohl unser Neoliberalismus je gerade im Gegensatz und in Abgrenzung gegen jenen Altliberalismus, gegen jenen Paläoliberalismus entstanden ist, trägt das natürlich sehr dazu bei, eine Verwechslung zu begünstigen.“ Rüstow (1960: 7).

dann zwischen *neoliberal* (bspw. von Hayek) und *ordoliberal* unterschieden, auch wenn die Grenzen hier nicht immer eindeutig sind.

Im vorliegenden Kapitel sowie im weiteren Verlauf der Arbeit werden die ordoliberalen Konzepte im Wesentlichen anhand der Autoren Eucken, Müller-Armack, Rüstow und Röpke skizziert. Diese Auswahl an Autoren ist nicht abschließend, doch lassen sich durch diese (in den ordoliberalen Debatten prominentesten) Autoren die wesentlichen Aspekte der ordoliberalen Tradition treffend aufzeigen.<sup>71</sup>

Die genannten Autoren sind dabei mitunter durchaus unterschiedlicher Meinung und können grundsätzlich in drei verschiedene Strömungen unterschieden werden: 1.) Die Freiburger Schule um Eucken und Böhm, 2.) der sog. Sozialhumanismus um Rüstow und Röpke sowie 3.) die Begründer der Sozialen Marktwirtschaft um Müller-Armack.<sup>72</sup> Diese drei Strömungen können als ordoliberal *im weiteren Sinne* benannt werden, während sich der Ordoliberalismus *im engeren Sinne* nur auf die Freiburger Schule um Eucken bezieht.<sup>73</sup> Die Gemeinsamkeiten dieser Strömungen sollen zunächst in Abschnitt 3.2 als eine einheitliche historische Theorieströmung des Ordoliberalismus im weiteren Sinne behandelt werden. Dies ist möglich, da, wie auch Wulff feststellt, „eine trennscharfe Unterscheidung zwischen Neoliberalen, Ordoliberalen und Anhängern der Sozialen Marktwirtschaft nicht möglich sei, [...] weil die Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft weitgehend ordolibérale Vorstellungen übernommen haben und die meisten Ordoliberalen keine Bedenken haben, sich als Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft zu bezeichnen. Außerdem hat sich in den beiden Strömungen des Neoliberalismus das wirtschaftspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft immer deutlicher durchgesetzt.“<sup>74</sup> Dennoch gibt es gute Gründe dafür, diese drei Strömungen auch an entscheidenden Stellen zu unterscheiden (Abschnitt 3.3).

---

<sup>71</sup> Ludwig Erhard bspw. war zwar wesentlich an der realpolitischen Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft beteiligt, taucht in dieser Reihe (und generell in der vorliegenden Arbeit) jedoch nicht weiter auf, da er nur wenig Konzeptionelles in Bezug auf den Ordoliberalismus oder die Soziale Marktwirtschaft beigetragen hat: „Von einer eigenständigen, durch Erhard geprägten Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft kann vor dem Hintergrund der realen Theorieentwicklung des ‚neuen‘ Liberalismus nicht gesprochen werden. Erhard war ein Bestandteil der ordoliberalen Strömung, allerdings mit dem Selbstverständnis eines praxisorientierten Wissenschaftlers.“ Ptak (2004: 60).

<sup>72</sup> Diese in der Literatur gängige Auswahl folgt u.a. Ptak (2004: 17), Quaas (2000: 27-29) oder Gutmann (1989: 330f.).

<sup>73</sup> Vgl. Goldschmidt / Wohlgemuth (2008b: 1f., Fußnote 4).

<sup>74</sup> Wulff (1976: 73), zitiert nach Dietzfelbinger (1998: 237). Ausführlicher dazu etwa Quaas (2000: 254-266).

Grundsätzlich fordern die Ordoliberalen eine *freiheitliche Gesellschaft und Wirtschaft*, erkennen jedoch gleichzeitig, dass eine von allen Banden gelöste Wirtschaftsform für eine wohlgeordnete Gesellschaft eher schädlich denn förderlich ist. Darum fordern sie eine *ordnungspolitische Einbettung der Wirtschaft* in eine gesamtgesellschaftliche Rahmenordnung. In Anlehnung an Ptak gibt es folgende Gemeinsamkeiten, also gesellschafts- und wirtschaftspolitische Schwerpunkte, im ordoliberalen Denken<sup>75</sup>:

1. Die Betonung einer liberalen Gesellschaft mit einer freien Tauschwirtschaft als Gegenentwurf zu sozialistischen und kollektivistischen Entwürfen.
2. Eine intensive Auseinandersetzung mit und daraus folgend eine strikte Ablehnung des Laissez-faire-Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts.
3. Der Versuch, die Kritik aus 1.) und 2.) zu einem positiven Entwurf eines „Dritten Wegs“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus zusammenzufassen.
4. Die Erkenntnis, dass eine freie Marktwirtschaft keinen Selbstzweck darstellt, sondern nur ein Instrument für eine bessere und gerechtere Gesellschaft ist und darum der gesellschaftlichen und sozialen Einbettung sowie eines starken Staates, der dies sicherstellt, bedarf.
5. Das Bemühen, die ordoliberalen Ideen auch in die wirtschaftspolitische Praxis zu überführen.

Diese Grundzüge lassen sich bei allen ordoliberalen Autoren wiederfinden. Um die Bedeutung des Ordoliberalismus für eine moderne Wirtschaftsethik und -politik aufzuzeigen, skizziert dieses Kapitel eine kurze Genese dieser Grundlagen.

## **2.2 – Grundlagen des Ordoliberalismus**

### **2.2.1 – Ablehnung der kollektivistischen Planwirtschaft**

Alle Ordoliberalen haben sich gleichermaßen intensiv mit den beiden Wirtschaftsformen Planwirtschaft und Marktwirtschaft auseinandergesetzt, was sie angesichts der damaligen Entwicklungen für unumgänglich hielten. Zwischen 1920 und 1950, der Blütezeit des Ordoliberalismus, waren im In- und Ausland sozialistische und kollektivistische Strömungen prominent und viele Gesellschaftsgruppen plädierten damals für eine planwirtschaftlich oder zentralistisch organisierte Wirtschaftsform.

---

<sup>75</sup> Vgl. Ptak (2004: 28f.).

Die Ordoliberalen, die diesen Meinungen kritisch gegenüberstanden, machten es sich zur Aufgabe, liberale Aufklärungsarbeit zu leisten und gegen diese Entwicklung anzuschreiben, von der Sorge getrieben, dass der Kollektivismus zwangsläufig zu Unfreiheit führen müsse. Da die Entscheidung nach dem Zweiten Weltkrieg für die eine oder die andere Wirtschaftsordnung keineswegs eindeutig war, fühlten sich die Ordoliberalen dazu verpflichtet, einer privat- und marktwirtschaftlichen Wirtschaftsform, die Privateigentum und Unternehmertum schützt, als liberalem Instrument der Freiheit zum Durchbruch zu verhelfen. So kommen sie im Vergleich zwischen Markt- und Planwirtschaft unisono zu dem Ergebnis, dass nur die marktwirtschaftliche Wirtschaftsform die Freiheit der Menschen sicherstellen und Tyrannei verhindern kann:

„Wünschen wir die Freiheit im Politischen und Geistigen, so müßten wir uns für sie auch im Wirtschaftlichen entscheiden und eine notwendigerweise auf Unfreiheit aufgebaute kollektivistische Wirtschaftsordnung ablehnen, wie wir uns umgekehrt darüber klar sein müßten, daß eine kollektivistische Wirtschaftsordnung die Freiheit im Politischen und Geistigen in Frage stellt.“<sup>76</sup>

Den Ordoliberalen ging es im „Ringens zweier ethischer Systeme“ bei der Betonung von Freiheit um „die geistig-moralischen Möglichkeiten menschlicher Existenz schlechthin“, und wer nicht für Freiheit kämpft, wird „zum Verräter am Größten und Höchsten“.<sup>77</sup>

Die ausführlichen Analysen der Plan- oder Lenkungswirtschaft dienen allen Autoren „dem Zweck, ihre inneren und äußeren Fehler sowie ihre ökonomische Irrationalitäten aufzudecken und die innere Überlegenheit einer marktwirtschaftlichen Ordnung transparent zu machen.“<sup>78</sup> So waren sie in ihrer Ablehnung kollektivistischer Gesellschaftsformen mehr als deutlich – der Aufgabe, diese Ablehnung darzulegen und zu begründen, wurde ein substantieller Teil der ordoliberalen Schriften gewidmet. Je mehr sich kollektivistische Tendenzen in der Gesellschaft verbreiteten, „um so entschiedener muß[te] das Bekenntnis gegen die sozialistische und für die liberale Art der wirtschaftlichen Ordnung ausfallen.“<sup>79</sup> So stelle jegliche Form von Kollektivismus eine „tödliche Gefahr unserer gesamten abendländischen Gesellschaft“<sup>80</sup> dar und sei letztlich Ursache der „politischen und ökonomischen Despotie, der Vermassung, der

---

<sup>76</sup> Röpke (1955a: 271).

<sup>77</sup> Alle drei Zitate von Röpke (1958: 145).

<sup>78</sup> Dietzfelbinger (1998: 197f.).

<sup>79</sup> Röpke (1958: 15).

<sup>80</sup> Röpke (1944: 33).

Zentralisierung, der allumfassenden Organisation, der Persönlichkeitsvernichtung, des Totalitarismus und der gesellschaftlichen Funktionalisierung des Menschen.“<sup>81</sup> Kollektivismus wird mit massiver Freiheitsberaubung politischer als auch wirtschaftlicher Art gleichgesetzt – für die Ordoliberalen ist der Kollektivismus der Inbegriff der Tyrannei, was nach den Erlebnissen des Zweiten Weltkriegs verständlich ist.

In dieser kategorischen Ablehnung kollektivistischer Gesellschaftsformen sind sich die Ordoliberalen im Grunde einig und die konsequente Befürwortung der Marktwirtschaft ist der gemeinsame Ausgangspunkt des ordoliberalen Denkens:

„Beginnen müssen wir mit der rücksichtslosen Einsicht, daß, wer den Kollektivismus nicht will, die Marktwirtschaft wollen muß. Marktwirtschaft aber heißt Freiheit des Marktes, freie Preise und elastische Kosten, heißt Anpassungsfähigkeit, Geschmeidigkeit und Unterwerfung der Produzenten unter die Herrschaft der Nachfrage.“<sup>82</sup>

Eine freiheitliche Marktwirtschaft ist also eine, die auf flexiblen Marktpreisen beruht, die über Angebot und Nachfrage geregelt ist und dem theoretischen Ideal der vollständigen Konkurrenz entspricht:

„Ihr Kennzeichen ist die Ausgestaltung einer beweglichen Preis- und Wertrechnung, durch die dem Konsum und der Produktion die Dringlichkeit der volkswirtschaftlichen Verwendungsbegehren auf der einen Seite und der Knappheitsgrad der Erzeugungsmittel auf der anderen Seite signalisiert wird.“<sup>83</sup>

Die Sorge vor dem Kollektivismus erklärt auch den an anderer Stelle zu findenden Unbedingtheitsanspruch, den die Ordoliberalen in Bezug auf die wirtschaftliche Freiheit stellen. Doch waren sich die Ordoliberalen ebenso darin einig, dass der Kollektivismus mitunter berechtigte Kritik am Kapitalismus übt und die Forderung einer Marktwirtschaft allein noch nicht ausreicht für die von ihnen geforderte Gesamtordnung – es ging ihnen um mehr.

### **2.2.2 – Kritik am klassischen Liberalismus**

Ebenso einig wie bei der Ablehnung des Kollektivismus sind sich die Ordoliberalen in der Ablehnung des Laissez-faire-Liberalismus, des Manchester-Kapitalismus und

---

<sup>81</sup> Röpke (1944: 33).

<sup>82</sup> Röpke (1944: 74).

<sup>83</sup> Müller-Armack (1990: 99).

damit auch der neoklassischen Ökonomie: „Die Zeit des Laissez-faire ist vorbei. Das weiß heute jeder.“<sup>84</sup> – so kurz und prägnant fällt Walter Eucken Urteil zum Liberalismus der Vergangenheit aus, und Röpke betont gleichermaßen: „Mit derselben Entschiedenheit aber wie vom Monopol- und Kolossalkapitalismus rücken wir vom Laissez-faire-Prinzip ab“.<sup>85</sup> Während die Ordoliberalen der Ansicht sind, dass eine freie und gerechte Gesellschaft nur durch eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung zustande kommen kann, verachtet man doch ebenso stark wie den Kollektivismus auch „den finsterbrutalen Geist des 19./20. Jahrhunderts, den das manchesterliche laissez-faire in der Wirtschaft sich fessellos austoben ließ“<sup>86</sup>. So sind sich die Ordoliberalen „in der Ablehnung des ‚Kapitalismus‘ durchaus einig, sofern darunter nicht die Marktwirtschaft schlechthin, sondern die historische Gesamtkombination verstanden wird, in der sie sich entwickelt hat.“<sup>87</sup> Mit dieser historischen Konstellation, also dem frühen Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts, der von den Ordoliberalen als „Wirtschaftsliberalismus“<sup>88</sup> und abfälliger als „Paläoliberalismus“<sup>89</sup> oder „Vulgärliberalismus“<sup>90</sup> bezeichnet wird, setzt man sich dezidiert auseinander – so widmet Rüstow gleich ein ganzes Werk dem „Versagen des Wirtschaftsliberalismus“<sup>91</sup>. Im Wesentlichen sehen die Ordoliberalen den Grund für das Versagen des frühen Liberalismus in seinem irrigen Harmoniegllauben an den Markt als Ordnungsinstanz. So „überschätzte der klassische Liberalismus die natürliche Ordnung, sowohl in Bezug auf ihre Vollständigkeit, als auch hinsichtlich ihrer Effizienz.“<sup>92</sup> Die Diagnose des blinden Harmonieglabens und der naturrechtlichen Überhöhung der liberalen Wirtschaft war dabei zu dieser Zeit nicht mehr ganz neu. Rüstow zitiert Hasbach, der bereits 1890 den Paläoliberalismus wie folgt analysierte:

„Der Liberalismus wurde [...] dadurch schädlich, dass er sich in ein naturrechtliches Gewand hüllte und nun erstens die doktrinäre, unhistorische Grundlage des stoischen Naturrechts in die Köpfe und Gefühle großer Massen übergang, und zweitens zeitlich berechnete und beschränkte Bedürfnisse [...] den Stempel gottgewollter, für alle

---

<sup>84</sup> Eucken (1947: 134).

<sup>85</sup> Röpke (1944: 76).

<sup>86</sup> Rüstow (1949: 427).

<sup>87</sup> Röpke (1944: 47).

<sup>88</sup> Vgl. Rüstow (1950).

<sup>89</sup> Bspw. Rüstow (1960: 7).

<sup>90</sup> Rüstow (1950: 61).

<sup>91</sup> Vgl. den Titel des Werks von Rüstow (1950).

<sup>92</sup> Miksch (1949: 165).

Zeiten und Völker geltender Forderungen erhielten.“ So erhielt „der Liberalismus jenen unduldsamen, fanatischen Charakter, welcher religiösen Bewegungen eigen ist: seine Anhänger fragten nicht mehr, ob die Freiheit (Hasbach meint Wirtschaftsfreiheit, Anm. Alexander Rüstow) zweckmäßig sei, sondern sie handelten nach dem Grundsatz: die liberalen Ideen müssen durchgeführt werden, welche Folgen sich auch einstellen mögen.“<sup>93</sup>

Rüstow führt die Gedanken von Hasbach weiter aus, wenn er den Harmoniegllauben des Paläoliberalismus im Wesentlichen auf eine um sich greifende Technisierung und damit einhergehend einer „Soziologieblindheit“<sup>94</sup> dieser Zeit zurückführt. Er macht deutlich, dass „die gegenwärtige Weltkatastrophe auf allen von ihr betroffenen Gebieten [...] durch die gleichen verhängnisvollen Schwächen und Fehler des Vulgärliberalismus bedingt ist. An der Spitze dieser Fehler steht sein Pseudo-Universalismus, seine Blindheit für die bedingenden Grenzen und die Grenzbedingungen seiner eigenen Gültigkeit.“<sup>95</sup> Es sind „jene grundlegenden Schwächen und Blindheiten des historischen Wirtschaftsliberalismus, aus denen auch die späteren schweren Degenerationen hervorgegangen sind.“<sup>96</sup>

Der frühe Liberalismus vertraute auf eine naturrechtliche Selbstorganisation der Märkte und das segensreiche Werk von Angebot und Nachfrage. Er baute darauf, „daß die durch die Konkurrenz gesteuerte Marktwirtschaft einen in sich selbst ruhenden, an keinerlei soziologisch-moralische Voraussetzungen gebundenen Kosmos, einen ‚ordre naturel‘ darstelle, demgegenüber die Menschen nur noch die negative Aufgabe hätten, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen.“<sup>97</sup> Es galt die Annahme, dass die Teilnehmer am Markt bloß gemäß ihrer eigenen Interessen handeln bräuchten, um damit die Gesamtwohlfahrt einer Volkswirtschaft zu maximieren (und so letztlich zum Wohle aller zu handeln). Gleichzeitig sollte der Staat sich vom Marktgeschehen fernhalten und einzig die Aufgabe übernehmen, wirtschaftliche Hemmnisse abzubauen. Sollte es dennoch zu Schieflagen auf dem Markt kommen, würden diese, so die Annahme, vom Markt selbst bereinigt werden und ein neues Gleichgewicht austariert werden. Diese Hoffnung, der Markt würde von sich aus automatisch gesellschaftlich wünschenswerte Zustände hervorbringen, war jedoch fehlgeleitet, wie Wirtschaftskrisen und die Entwicklung eines Proletariats, das zunehmend elender lebte, zeigen sollten. So analysiert stellvertretend Müller-Armack:

---

<sup>93</sup> Hasbach (1890: 31f.), zitiert nach: Rüstow (1950: 138; Fußnote 1).

<sup>94</sup> Rüstow (1950: 61).

<sup>95</sup> Rüstow (1950: 138).

<sup>96</sup> Rüstow (1949: 432).

<sup>97</sup> Röpke (1944: 112).



„Die Denker des 18. Jahrhunderts haben auf dem Markte eine sich in ein harmonisches Gleichgewicht setzende Kraft wirksam gesehen. Das war übersteigert und trug ihnen nicht wenig Kritik ein. [...] Man braucht gewiß in die Marktwirtschaft keine überirdische Harmonie hineinzugeheimnissen, wie es aus säkularisiertem Glauben Naturrecht und Physiokratie und nachher die klassischen Nationalökonomien getan haben.“<sup>98</sup>

Röpke zieht als Folge daraus „einen energischen Trennungsstrich zwischen uns [den Ordoliberalen, A.L.] und einem liberalen Utilitarismus und Immanentismus des neunzehnten Jahrhunderts, dessen deutlichen Spuren wir noch immer begegnen. Ja, es gibt eine Anschauung, die man nicht gut anders als liberalen Anarchismus nennen kann, wenn wir an diejenigen denken, die Markt, Wettbewerb und wirtschaftliche Vernunft für ausreichende Antworten auf die Frage der sittlichen Grundlagen unserer Wirtschaft halten.“<sup>99</sup>

Ein derart verkürzter (Wirtschafts-) Liberalismus wird von Röpke als „Ökonomismus“ bezeichnet. Er beschreibt damit die metaphysische Überhöhung der Marktwirtschaft und die Ausbreitung der wirtschaftlichen Logik des Nützlichkeitsdenkens in alle Bereiche der Gesellschaft:

„Es gibt einen Ökonomismus, der das Mittel zum Zweck macht [...]. Es gibt einen Utilitarismus, der seit jenen Tagen, da diese platte Philosophie des Nützlichkeitsdenkens unter der Führung von Bentham ihren Weg von England über die Welt gemacht hat, unsere Maßstäbe noch immer in verhängnisvoller Weise verfälscht und die Rangordnung der Werte noch immer in beklagenswerter Weise verrückt.“<sup>100</sup>

Die Ordoliberalen machen hier deutlich, dass der Liberalismus für sie mehr ist als allein die Entscheidung für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung. Die „Soziologieblindheit“<sup>101</sup> des Laissez-faire Liberalismus, d.h. die Nichtanerkennung der gesellschaftlichen und politischen Bedingtheit der Marktwirtschaft und der enge, rein aufs wirtschaftliche begrenzte Horizont dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist für sie der Hauptgrund für das Versagen des Liberalismus: „Die Fehler und Unterlassungen der liberalen Marktwirtschaft liegen so letztlich in der Enge der ökonomischen Weltanschauung beschlossen, die der Liberalismus vertrat.“<sup>102</sup> Der Ordoliberalismus distanziert sich vom klassischen Liberalismus mit der Meinung,

---

<sup>98</sup> Müller-Armack (1990: 84).

<sup>99</sup> Röpke (1955a: 285).

<sup>100</sup> Röpke (1955a: 273).

<sup>101</sup> Rüstow (1950: 61).

<sup>102</sup> Müller-Armack (1990: 94).

„dass die Freiheit als politisches und ökonomisches Ideal sich nicht automatisch durchsetz[t], sondern aktiv an der Verbreitung der Idee der Freiheit gearbeitet werden müsse.“<sup>103</sup> Was bleibt, ist die Befürwortung einer marktwirtschaftlichen Struktur, ohne ihr jedoch einen metaphysischen Gehalt zuschreiben zu wollen: „Sowenig wir die wirtschaftliche Nützlichkeit verachten, so wenig soll sie uns tyrannisch beherrschen“<sup>104</sup>.

Mit Röpke lässt sich das bisher entworfene ordoliberalen Programm wie folgt darstellen: „Im engeren Bereiche der Wirtschaft bedeutet ein solches Programm Bejahung der Marktwirtschaft, unter gleichzeitiger Ablehnung eines entarteten Liberalismus und des bereits in seiner Grundkonzeption unannehmbaren Kollektivismus.“<sup>105</sup> Da also sowohl der Kollektivismus wie auch der klassische Liberalismus von den Ordoliberalen verworfen wurde, bleibt nun zu schauen, welche Alternative der Ordoliberalismus aus der Dekonstruktion der beiden analysierten Wirtschaftsordnungen gewinnen kann.

### **2.2.3 – Die ordoliberalen Suche nach einem dritten Weg**

Der Kollektivismus war den Ordoliberalen also bereits in seinen Grundlagen verfehlt, während der klassische Liberalismus zu einer Überbetonung der wirtschaftlichen Freiheit, also einem Ökonomismus führte, der letztlich in Form eines übersteigerten Utilitarismus einer Tyrannei des Nützlichkeitsdenkens Vorschub leistete und die Gesellschaft destabilisierte. Die Ordoliberalen analysierten beide Strömungen en détail, und zwar aus gutem Grund, denn „[d]ie Diagnose und Ätiologie der Krankheit soll zuletzt auch hier im Dienste der Therapie stehen.“<sup>106</sup> Als Therapieversuch fordern sie nun eine Grundsatzentscheidung für eine *neue* Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und gehen dabei von einer Gesamtordnungsidee aus, die im Vordergrund stehen soll und aus der sich alle weiteren Maßnahmen ableiten, denn „Wirtschaftspolitik kann heute sinnvoll nur von einer Gesamtordnungsidee her geführt werden.“<sup>107</sup> Diese Gesamtordnung muss sich mit den genannten Polen auseinandersetzen, die Ordoliberalen lehnen ein ausschließliches Denken in diesen

---

<sup>103</sup> Hesse (2007: 218).

<sup>104</sup> Röpke (1955a: 274).

<sup>105</sup> Röpke (1944: 18).

<sup>106</sup> Rüstow (1950: 26).

<sup>107</sup> Müller-Armack (1952: 461).

beiden Extremen jedoch ab. Die Ordoliberalen griffen diese Dichotomie zwar auf und diskutierten wie oben gezeigt beide Extreme für sich getrennt, dies jedoch nur, um auf eine Versöhnung zwischen den Extremen hinzuarbeiten und die scheinbare Alternativlosigkeit der Dichotomie von „Kollektivismus oder Kapitalismus“ überwinden zu können. Vergangene Diskussionen, so Eucken, steckten „in der Antithese ‚zentral gelenkte Wirtschaft‘ wider ‚freie Wirtschaft‘ fest. So oder so kann aber – wie die Erfahrung lehrt – das Ordnungsproblem nicht gelöst werden.“<sup>108</sup> Gesucht war nun „ein zukunftsfähiges ordnungsökonomisches Konzept, eine auch sozialetisch dauerhaft belastbare Leitidee“<sup>109</sup>, die dieses Denken überwinden kann. So wird von den Ordoliberalen, aus der Überzeugung heraus, dass die Freiheit des Menschen den wichtigsten und grundlegendsten Wert einer Gesellschaftsordnung darstellen muss, ein neues liberales Gesellschaftsbild entworfen, man strebte „eine radikale und fundamentale Erneuerung des Liberalismus“<sup>110</sup> an, indem man „den Liberalismus von Grund auf neu erfinden“<sup>111</sup> wollte. So will man aus den Fehlern des Paläoliberalismus lernen und seine Fehlentwicklungen im zweiten Wurf vermeiden. Darum geht es auch nicht nur um neuen Wein in alten Schläuchen, sondern vielmehr um „eine Erneuerung des Liberalismus von Grund auf, eine Erneuerung, die insbesondere auch allen berechtigten Einwänden und Forderungen des Sozialismus voll Rechnung trägt.“<sup>112</sup>

Ein zentraler Punkt diesbezüglich ist Euckens Idee der „Interdependenz der Ordnungen“, die zum wesentlichen Merkmal des Ordoliberalismus avancierte. Sie lautet in ihrer kürzesten Formel: „Staatsverfassung“, „Wirtschaftsverfassung“ und Gesellschaftsordnung bestehen jeweils in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander“<sup>113</sup> – in diesem Grundsatz steckt die Verschränkung von Politik, Wirtschaft und individueller Freiheit im Ordoliberalismus. Es wird ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass ein Bereich immer auch Auswirkungen auf andere gesellschaftliche Bereiche haben kann. Kommt es also beispielsweise zu erheblichen wirtschaftlichen Machtungleichgewichten, kann dies auch dazu führen, dass die Demokratie oder die individuelle Freiheit gefährdet wird. Das Denken in Ordnungen soll dabei das Bewusstsein dafür schaffen, dass die Ökonomie nicht im luftleeren und wertfreien

---

<sup>108</sup> Eucken (1990: 242).

<sup>109</sup> Goldschmidt / Wohlgemuth (2004a: V).

<sup>110</sup> Rüstow (1950: 142).

<sup>111</sup> Miksch (1949: 163).

<sup>112</sup> Rüstow (1949: 432).

<sup>113</sup> Eucken (1990: 183).

Raum existiert, sondern wirtschaftliche Zustände erhebliche Rückwirkungen auf Politik und Gesellschaft haben, also mit diesen Bereichen verzahnt sind – und sich natürlich auch umgekehrt Politik und Gesellschaft auf die Wirtschaft auswirken. Demokratie, Freiheit und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sollten darum gemeinsam sichergestellt werden.

Die Interdependenz der Ordnungen hat dabei noch eine zweite Dimension: Neben der Verschränkung der Ordnungen gilt auch zu beachten, dass diese Ordnungen bei den meisten Ordoliberalen nicht nebeneinander gedacht sind, sondern es im Ordoliberalismus eine bestimmte Rangordnung dieser Ordnungen gibt. Röpke verdeutlicht die Rangordnung der Dinge wie folgt:

„Die *Renaissance des Liberalismus* [...] entspringt einem ganz elementaren Bedürfnis nach Freiheit und Wiederherstellung des individuellen Menschentums. Es ist ein Liberalismus, der durchaus nicht in erster Linie als ein wirtschaftlicher verstanden werden darf. [...] Wer auch jetzt noch den Liberalismus als primär wirtschaftliche Anschauung begreifen will, ist selbst in einer ‚ökonomistischen‘ Einengung befangen [...]. [...] Der politisch-kulturelle Liberalismus [...] ist das Primäre und der wirtschaftliche Liberalismus, der nun einmal daraus folgt, etwas Sekundäres.“<sup>114</sup>

Die Unterscheidung zwischen primärer und sekundärer Ordnung, die Röpke hier trifft, ist wesentlich für das Selbstverständnis des Ordoliberalismus. Die Marktwirtschaft ist ein *Teil* der Entscheidung für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung – nicht aber ihr einziges konstituierendes Merkmal. Damit grenzen sich die Ordoliberalen ganz bewusst von vergangenen Liberalismus-Formen ab und begründen damit ihr „neo“-liberales Programm als „Renaissance des Liberalismus“: „Man könnte unter diesem Gesichtspunkt das, was uns vorschwebt, auch Sozialliberalismus nennen.“<sup>115</sup> Bedeutsam ist hier Rüstows Begriff des *Sozialliberalismus*, da er die zentrale Rolle der Gesellschaft (statt der Wirtschaft) für den Liberalismus-Entwurf der Ordoliberalen betont. So bedeutet die Entscheidung für einen Liberalismus nicht mehr nur die Entscheidung für eine bestimmte Wirtschaftsordnung. Es ist eine politische, freiheitliche Gesellschaft, die den Ordoliberalen in erster Linie vorschwebt, und erst nach der Entscheidung dafür ist auch die Wirtschaft zu gestalten.

Der Ordoliberalismus ist dabei optimistisch, dass der Entwurf auf Rückhalt in der Gesellschaft stoßen wird, denn „die demokratisch-liberale Welt wird sich [...] zusammenfinden, nachdem sie gelernt hat, aus den Erfahrungen eines unhaltbar gewordenen Liberalismus der Vergangenheit und eines abschreckenden

---

<sup>114</sup> Röpke (1944: 51), Hvh. im Original.

<sup>115</sup> Rüstow (1949: 432).

Kollektivismus der Gegenwart die Folgerungen für eine dauerhafte Erneuerung der demokratisch-liberalen Überzeugungen zu ziehen“<sup>116</sup> – so ist dann „dieser Liberalismus mit den großen gesellschaftlichen Kräften verbunden“.<sup>117</sup>

Es ist diese Erneuerung, der sich der Ordoliberalismus in erster Linie annimmt. Doch wie soll diese aussehen? Rüstow beschreibt die Aufgabe der Ordoliberalen wie folgt:

„Es bleibt uns nichts anderes übrig, als mit dem Mut der Verzweiflung nach dem ‚dritten Wege‘ zu suchen, der zwischen dem zusammengebrochenen historischen Liberalismus und dem drohenden Kollektivismus die Menschheit zu einer neuen Möglichkeit führt, als Menschen menschlich und menschenwürdig zu leben.“<sup>118</sup>

### **2.2.3.1 – Die Bedeutung des dritten Wegs**

Es ist diese Idee einer neuen, menschlichen und menschenwürdigen Ordnung jenseits der Dichotomie von „Kollektivismus“ und „Manchester-Liberalismus“, die die Ordoliberalen konzeptionell voranbringen wollen. Einige Jahre nach dem oben genannten Zitat spricht Rüstow schon nicht mehr vom „Mut der Verzweiflung“, sondern ist optimistisch ob der Aufgabe, einen dritten Weg zu entwerfen:

„Um so froher sollten wir sein, daß wir nicht vor dieser bangen Wahl zwischen ‚Kapitalismus‘ und Kollektivismus stehen, sondern daß es einen ‚dritten Weg‘ gibt, der die Nachteile sowohl des ‚Kapitalismus‘, als auch des Sozialismus vermeidet. Dieser dritte Weg, der mit vollem Bewußtsein eigentlich erst seit anderthalb Jahrzehnten vertreten wird, befindet sich freilich noch im Stadium des Entwurfes, nicht wenige seiner Probleme sind noch ungelöst, die meisten seiner Einzelheiten noch ausarbeitungsbedürftig.“<sup>119</sup>

Diese Idee eines dritten Weges ist bei allen ordoliberalen Autoren gleichermaßen prominent, so formulieren auch Müller-Armack und Eucken die Aufgabe der Ordoliberalen diesbezüglich ganz ähnlich.<sup>120</sup>

---

<sup>116</sup> Röpke (1944: 13).

<sup>117</sup> Miksch (1949: 170).

<sup>118</sup> Rüstow (1950: 141).

<sup>119</sup> Rüstow (1949: 430).

<sup>120</sup> Vgl. bspw. auch Müller-Armack (1990: 96): „Die beiden Alternativen, zwischen denen die Wirtschaftspolitik sich bisher bewegte, die rein liberale Marktwirtschaft und die Wirtschaftslenkung sind innerlich verbraucht, und es kann sich für uns nur darum handeln, eine neue dritte Form zu entwickeln, die sich nicht als eine vage Mischung, als ein Parteikomprobiß, sondern als eine aus den vollen Einsichtsmöglichkeiten unserer Gegenwart gewonnene Synthese darstellt.“

Ähnlich Eucken (1947: 146f.): „Die wirtschaftspolitische Diskussion des 19. und 20. Jahrhunderts ging meist von der Grundansicht aus, daß nur diese beiden Möglichkeiten bestünden: freie Wirtschaft oder eine Wirtschaftsordnung des zentralverwaltungswirtschaftlichen Typs; ein

Der dritte Weg bedeutet für die Ordoliberalen, dass die Ausgestaltung einer Gesellschaftsordnung eng mit der Entscheidung für eine (freiheitliche) Wirtschaftsverfassung verknüpft ist. So betont Müller-Armack die ordolibérale Einsicht, „daß die Marktwirtschaft ihrem Wesen nach keine Gesamtlebensordnung zu sein vermag, sondern erst eines festen Rahmens bedarf, um in ihm ihre wirtschaftliche Leistungsstärke zu zeigen.“<sup>121</sup> Und Röpke ergänzt: „[D]ie Marktwirtschaft ist nicht alles. Sie muß in eine höhere Gesamtordnung eingebettet werden, die nicht auf Angebot und Nachfrage, freien Preisen und Wettbewerb beruhen kann.“<sup>122</sup>

Die Marktwirtschaft bedarf eines *Ordnungsrahmens*, der die Wirtschaft in die Gesellschaft einbettet und sie erst dann dem Spiel von Angebot und Nachfrage überlässt – und auch dann nicht grenzenlos: „In Wahrheit kann die Marktwirtschaft – und mit ihr die gesellschaftliche und politische Freiheit – nur als Stück einer bürgerlichen Gesamtordnung und in ihrem Schutze gedeihen.“<sup>123</sup>

Die Wirtschaft verliert hier zunächst ihre metaphysische Dimension und wird zu einem schlichten *Instrument* für ein besseres Leben der Menschen in Gemeinschaft, sie wird zu einer „staatlichen Veranstaltung“<sup>124</sup> zum Wohle aller. Sie ist nicht mehr selbst und allumfassend für das Wohl der Menschen verantwortlich, sondern tritt hinter andere, wichtigere Werte zurück:

Die „Annahme des Liberalismus, im Wirtschaftlichen schon einen den Menschen ausfüllenden Lebensbereich gefunden zu haben, können wir heute aus vertiefter Einsicht in die vollständige Natur des Menschen nicht teilen. Wir sehen die wirtschaftliche Sphäre nicht als erschöpfenden Lebensbereich, sondern als eine instrumentale Schicht, die als solche in ihren eigenen Gesetzlichkeiten begriffen werden muß, ohne daß damit die Notwendigkeit eines übergreifenden Rechts sozialer, staatlicher und geistiger Werte entfie.“<sup>125</sup>

Der Ordoliberalismus betont die dienende, nachrangige und instrumentelle Natur der Marktwirtschaft als Allokations- und Verteilungsmechanismus, der kein Selbstzweck, sondern für den Menschen gedacht sein muss:

---

Gegensatz, der dann recht unklar mit den Worten Kapitalismus contra Sozialismus bezeichnet wurde. Aber geschichtliche Erfahrung und theoretisch-morphologisches Denken ließen im Laufe der letzten Jahrzehnte immer deutlicher erkennen, daß noch eine dritte Möglichkeit der Ordnung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses besteht [...].“

<sup>121</sup> Müller-Armack (1990: 122).

<sup>122</sup> Röpke (1958: 19).

<sup>123</sup> Röpke (1958: 139).

<sup>124</sup> Vgl. Miksch (1947: 12), zitiert nach: Starbatty (2004: 142).

<sup>125</sup> Müller-Armack (1990: 93f.). Böhm bestärkt diese Sicht: „Vielmehr fordert dieses sich selbst steuernde System das Vorhandensein und die dauernde Pflege und Verbesserung einer ganzen Reihe von politischen, rechtlichen, sozialen, zivilisatorischen Vorbedingungen“. Böhm (1971: 304).

Es sei „notwendig, sich des technischen partiellen Charakters der Marktordnung bewußt zu werden. Sie ist nur ein überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber auch nicht mehr, und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen. Es bedarf vielmehr hier einer bewußten Einstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung in eine übergreifende Lebensordnung, welche die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen zu dem rein technisch verlaufenden Prozeß der Gütererzeugung vollzieht. Der Liberalismus hat es unterlassen, diese vordringliche Aufgabe sich zu eigen zu machen.“<sup>126</sup>

Hier ist also erneut die Kritik am klassischen Liberalismus und daraus erwachsend eine eindeutige Rangordnung der Dinge zu sehen: Zunächst einmal muss eine Gesamtordnung, eine „übergreifende Lebensordnung“ gedacht werden, die vom Staat her- und sichergestellt werden muss. Erst und nur wenn diese gegeben ist, kann eine Marktwirtschaft eingerichtet werden. So wird die Marktwirtschaft „nur als Teil einer höheren und weiteren Gesamtordnung verstanden [...], wo es sich um Moral, Recht, natürliche Bedingungen der Existenz und des Glücks, um Staat, Politik und Macht handelt. Die Gesellschaft als Ganzes kann nicht auf dem Gesetz von Angebot und Nachfrage aufgebaut werden.“<sup>127</sup> Und so definiert Müller-Armack eine Aufgabe, die bis heute nicht an Aktualität eingebüßt hat:

„Es wird Entscheidendes für die Erhaltung unserer wirtschaftlichen Kultur davon abhängen, ob es gelingt, die marktwirtschaftliche Form ihrer hohen Leistungsfähigkeit wegen zu erhalten, aber sie doch gleichzeitig einer bewußt gestalteten Gesamtordnung einzufügen.“<sup>128</sup>

Es sind diese Vorschläge einer in eine höhere Ordnung eingebetteten Marktwirtschaft, die der Gefahr des Ökonomismus entgegenwirken sollen. Die Marktwirtschaft wird eingerahmt in eine Ordnung, die gesamthaft darauf ausgerichtet ist, den Menschen Freiheit zu ermöglichen. So soll es Grenzen des Wirtschaftlichen in Form eines klar definierten „Marktrands“<sup>129</sup> geben, den es zu etablieren und zu schützen gilt. Außerhalb dieses Rands zählen dann andere, wichtigere Dinge als bloß Angebot und Nachfrage:

---

<sup>126</sup> Müller-Armack (1990: 93), im Original mit Hvh.

<sup>127</sup> Röpke (1958: 130f.).

<sup>128</sup> Müller-Armack (1990: 103).

<sup>129</sup> Vgl. Rüstow (1961: 68), zitiert nach: Ulrich (2008: 380).

„Der Markt selbst hat lediglich eine dienende Funktion. [...] Der Markt ist ein Mittel zum Zweck, ist kein Selbstzweck, während der Rand eine Menge Dinge umfasst, die Selbstzweck sind, die menschliche Eigenwerte sind.“<sup>130</sup>

Die veränderte Rangfolge, d.h. das Bestreben einer nachrangigen Bedeutung der wirtschaftlichen Fragen stellt eine Abkehr vom Ökonomismus dar und verweist die Frage nach der „Wirtschaftlichkeit“ in ihre Grenzen:

„Wir müssten bereit sein und wären bereit, für das aus überwirtschaftlichen Gründen vorzugswürdige Wirtschaftssystem auch dann einzutreten, wenn es weniger produktiv wäre als andere. Wir wären bereit und müssten bereit sein, dafür auch wirtschaftliche Opfer zu bringen.“<sup>131</sup>

Rüstow fährt dann fort zu erklären, dass glücklicherweise die Marktwirtschaft dasjenige Instrument ist, das mehr Freiheit *und* mehr Produktivität verspricht. Doch ist eben, wie er schreibt, nicht die Produktivität, sondern die Freiheit das ausschlaggebende Moment.

Es sollte deutlich geworden sein, wie wichtig der Vorrang der „überwirtschaftlichen Gründe“ für den Ordoliberalismus war. Der Ordoliberalismus begründet hier letztlich bereits eine Wirtschaftsethik, die den Primat der Politik von der Wirtschaft zurückfordert und den Utilitarismus der neoklassischen Theorie überwinden will. Er versucht, andere Werte als Egoismus oder Nützlichkeit wiederzubeleben und plädiert für den Primat vor- oder überwirtschaftlicher Werte, also für eine Humanisierung der Marktwirtschaft. Im Ordoliberalismus tritt deutlich das Bedürfnis hervor, der Wirtschaft eine dienende Rolle zuzuweisen und sie bloß als ein Mittel zum Zweck der Verwirklichung der größtmöglichen Freiheit der Menschen zu betrachten. Die Einbettung der Marktwirtschaft in eine staatliche Rahmenordnung ist für den Ordoliberalismus *die* konstitutionelle Voraussetzung der Entscheidung für eine Marktwirtschaft und somit maßgeblich für sein Gesellschafts- und Wirtschaftsverständnis. Sie ist nicht bloß eine funktionale, sondern die entscheidende normative Voraussetzung der ordoliberalen Wirtschaftspolitik.<sup>132</sup>

Die Marktwirtschaft ist also, anders als dies im Wirtschaftsliberalismus der Fall war, keineswegs allein damit begründet, dass sie maximale Produktivität verspricht und damit schon qua Institution segensreich wirkt. Vielmehr ist die Marktwirtschaft im ordoliberalen Sinne eine vom Staat aktiv gestaltete Marktwirtschaft, „und nichts zwingt zu der Annahme, es seien die letzten Gestaltungsmöglichkeiten bereits im

---

<sup>130</sup> Rüstow (1961: 68), zitiert nach: Ulrich (2008: 380).

<sup>131</sup> Rüstow (1960: 9).

<sup>132</sup> Vgl. Ulrich (2008: 379).



wirtschaftlichen Liberalismus ausgeschöpft worden. [...] Wir sehen in ihm [dem wirtschaftlichen Liberalismus, A.L.] nicht die letztmögliche konstruktive Verwirklichung des marktwirtschaftlichen Prinzips.“<sup>133</sup>

### **2.2.3.2 – Die Marktwirtschaft als Grundlage ordoliberaler Wirtschaftspolitik**

Die Einbettung und Unterordnung der Marktwirtschaft ist der Aspekt, der den Ordoliberalismus vom klassischen Liberalismus und seiner Vorstellung von der Selbstregulierung des Marktes unterscheidet. Doch trotz dieses Unterschiedes bleibt schlussendlich immer eine wettbewerbliche Marktwirtschaft das Zentrum der ordoliberalen Überlegungen. Folgt man Hengsbach, so beruht die ordoliberale Wirtschaftspolitik im Wesentlichen auf zwei Institutionen, „nämlich einem funktionsfähigen Wettbewerb einschließlich der Privatautonomie mit privaten Eigentums- bzw. Verfügungsrechten und einer staatlichen Rahmenordnung, deren Funktion darin besteht, die offenen Flanken des Marktes zu schließen. Der Staat hat jenseits von Angebot und Nachfrage den Wettbewerb zu sichern, öffentliche Güter bereit zu stellen und individuelle Notlagen abzufedern.“<sup>134</sup> Diese zwei Grundlagen der ordoliberalen Wirtschaftspolitik sind wiederum ein Bekenntnis zu einer Marktwirtschaft, die als „staatliche Veranstaltung“<sup>135</sup> begriffen wird. Sowohl die Wettbewerbssicherung als auch staatliche Fürsorge und Umverteilung sind Aspekte, die bis anhin im Wirtschaftsliberalismus nicht zu finden waren und die von anderen Autoren wie von Hayek und anderen weitgehend abgelehnt wurden. Der Ordoliberalismus vertrat diese Meinung als Zeichen der Versöhnung gegenüber der sozialistischen Kritik an der Marktwirtschaft sowie vor allem in Abgrenzung zur Neoklassik:

„Der Irrtum des Liberalismus lag nicht nur in dem Fehlen jeder konkreten Sicherung der marktwirtschaftlichen Form, sondern auch in der ebenso passiven Annahme, die Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Prozesses seien so, wie sie vorliegen, als letztgültig hinzunehmen. [...] Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken.“<sup>136</sup>

Müller-Armack macht hier deutlich, dass eine Marktwirtschaft als Teil eines modernen Liberalismus, wie er ihm und anderen Ordoliberalen vorschwebte, in dieser Hinsicht

---

<sup>133</sup> Müller-Armack (1990: 87).

<sup>134</sup> Hengsbach (2004: 165).

<sup>135</sup> Vgl. Miksch (1947: 12), zitiert nach: Starbatty (2004: 142).

<sup>136</sup> Müller-Armack (1990: 93).

mit der Wirtschaftsordnung des Paläoliberalismus wenig gemein hat. Er sieht es als folgenschweres Versäumnis der Neoklassik, den Markt ungebündelt und lediglich sich selbst zu überlassen. Er betont dabei die von Hengsbach erwähnten zwei Verfehlungen: die fehlende Sicherung des Wettbewerbs sowie sozialpolitische Verteilungsfragen. Müller-Armack moniert, ähnlich wie Eucken, das Fehlen „jeder konkreten Sicherung der marktwirtschaftlichen Form“<sup>137</sup> und erkennt, dass der Markt, so er ungestaltet sich selbst überlassen wird, stets zur „Vermachtung“ tendiert. Das bedeutet, dass die freie Marktwirtschaft mit der Zeit zur Bildung von Machtkonglomeraten führen kann, die in ihrem Wirkungsbereich den Wettbewerb zum Erliegen bringen und sodann nicht mehr dem angestrebten Ideal der vollständigen Konkurrenz entsprechen – und so die ihnen gewährte Freiheit der „freien“ Marktwirtschaft korrumpieren. Der Staat habe die Aufgabe, aktiv die „Sicherung der marktwirtschaftlichen Form“ zu übernehmen und sicherzustellen, dass die Freiheit der Marktwirtschaft nicht von Machtgruppen zu Lasten der Mehrheit ausgenutzt wird. Bei aller Betonung des Wettbewerbs ist dieser Aspekt auch darum wichtig, weil er wieder zeigt, dass die ordoliberalen Wirtschaftsform niemals eine schlicht freie Marktwirtschaft, sondern immer schon eine staatlich umrahmte war, die mittels einer „Marktpolizei“<sup>138</sup> kontrolliert und auf dem rechten Weg gehalten werden müsse. Auch die vollständige Konkurrenz bleibt hier vom Staat eingerahmt und ist darum „nicht mit dem Laissez-faire zu verwechseln.“<sup>139</sup>

Der zweite Aspekt ordoliberaler Politik, den Hengsbach genannt hat und den auch Müller-Armack (stellvertretend) betont, ist die Korrektur der Ergebnisse des Marktprozesses. Müller-Armack geht, wie auch andere Ordoliberalen, nicht davon aus, dass der Markt automatisch eine gerechte Verteilung für alle herstellt – vielmehr muss durch Steuern oder andere Umverteilungspolitik sichergestellt werden, dass ein jedes Mitglied der Gesellschaft von der Produktivität der Marktwirtschaft profitiert. Umverteilung ist notwendig, denn „auch der bemerkenswert gut funktionierende Marktmechanismus weist gewisse konstruktive Mängel auf, die nicht von innen her überwunden werden können, sondern bestimmte wirtschaftspolitische Eingriffe und konstruktive Stützungen erfordern.“<sup>140</sup> Bereits 1947 sprach Müller-Armack die Empfehlung aus, „über eine klare Einkommensbesteuerung den Ausgleich unerwünscht erscheinender Einkommensunterschiede zu bewerkstelligen.“ Es sei der

---

<sup>137</sup> Müller-Armack (1990: 93).

<sup>138</sup> Vgl. bspw. Rüstow (1950: 146).

<sup>139</sup> Eucken (1990: 247).

<sup>140</sup> Müller-Armack (1990: 107).

Staat, der „die unbestrittene Aufgabe [habe], über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen die aus dem Marktprozeß resultierenden Einkommensströme umzuleiten und soziale Leistungen wie Kindergeld, Mietbeihilfen, Renten, Pensionen, Sozialsubventionen usw., zu ermöglichen. Das alles gehört zum Wesen dieser Ordnung und es wäre eine Farce, nur den unbeeinflussten Marktprozeß zu sehen, ohne seine vielfältige Einbettung in unsere staatliche Ordnung zu beachten.“<sup>141</sup>

Dies schließt nun die Darstellung der einenden Grundlagen des Ordoliberalismus ab: die Forderung nach einer Grundlegung und aktiven Gestaltung einer Gesamtordnung, die Suche nach einem dritten Weg mit einer gestalteten, gesellschaftlich eingebetteten, aber dennoch wettbewerblich organisierten Marktwirtschaft sowie die Erkenntnis, dass Wettbewerbs- und Sozialpolitik (in Form von Umverteilung) notwendig sind, um Schwächen des Marktes auszugleichen. Über derlei programmatische Debatten einer gesellschafts- und wirtschaftsordnungspolitischen Neuausrichtung hinaus diskutieren die Ordoliberalen ebenfalls noch ausgiebig konkrete wirtschaftspolitische Bedingungen und Maßnahmen. Dazu gehören Themen wie Steuerpolitik, Währungsstabilität, Privateigentum, Agrarpolitik, Kartellkontrolle, Lohnelastizität u.v.m. Diese einzelnen wirtschaftspolitischen Diskussionen sind für das Erkenntnisinteresse der Arbeit an diesem Punkt nicht sehr hilfreich, da sie sich meist ohnehin alle direkt aus dem skizzierten Leitbild des Ordoliberalismus ableiten. Wo nötig, werden diese Debatten in Kapitel 7 aufgegriffen.

Trotz ähnlicher Anliegen und eines gemeinsamen programmatischen Ausgangspunkts beschritten die Vordenker des Ordoliberalismus dennoch auf teilweise sehr unterschiedliche Art und Weise ihren jeweils eigenen „dritten Weg“. So beschäftigen sich alle Theorien des Ordoliberalismus zwar mit den gleichen Themen und haben einen sehr ähnlichen konzeptionellen Ausgangspunkt, doch setzen sie mitunter andere Schwerpunkte oder haben divergierende Lösungsvorschläge.

---

<sup>141</sup> Beide Zitate Müller-Armack (1972: 150), zitiert nach: Quaas (2000: 128).

## **2.3 – Unterschiedliche Ausgestaltungen des Ordoliberalismus**

Nicht umsonst finden die Begriffe der Freiburger Schule, des Sozialhumanismus und der Sozialen Marktwirtschaft als unterschiedliche Ausprägungen des Ordoliberalismus immer wieder Erwähnung in der Literatur. Dies geschieht vor allem immer dann, wenn ein bestimmter Aspekt der ordoliberalen Idee betont werden soll. So beschäftigte sich die Theorie der Freiburger Schule im Anschluss an Eucken im Wesentlichen mit der theoretischen Fundierung und Ausarbeitung einer „Wettbewerbsordnung“. Diese Wettbewerbsordnung sollte, wie zu zeigen sein wird, den Vorstellungen einer eingebetteten Marktwirtschaft entsprechen. Der Sozialhumanismus ging einen anderen Weg, wenn er der Marktwirtschaft die sog. Vitalpolitik voranstellt und auf eine konservative Tugendethik zur Zivilisierung der Marktwirtschaft setzt. So begründet Rüstow bspw. die Beschäftigung mit wirtschaftlichen Debatten in seinen Werken beinahe abfällig: „Wir beginnen deshalb mit der Wirtschaft, weil sie der unterste aller Lebensbereiche ist, derjenige, dessen Aufgabe es ist, allen anderen sich unterzuordnen und zu dienen“<sup>142</sup> – man findet beim Sozialhumanismus eine andere Rangordnung der Dinge als bei Eucken vor. Müller-Armack hingegen versucht auf einem wiederum anderen Wege, die Idee einer Sozialen Marktwirtschaft zu vertiefen, in der er die Dialektik von Freiheit und Gerechtigkeit zu überwinden suchte.

Da sich die Freiburger Schule auf der einen sowie der Sozialhumanismus und die Soziale Marktwirtschaft auf der anderen Seite in einigen wesentlichen Punkten deutlich unterscheiden, müssen bestimmte Besonderheiten der jeweiligen Ansätze dargestellt werden. Für den weiteren Verlauf der Arbeit ist es von entscheidender Bedeutung, ob, wie bei Eucken, die Gestaltung der Wettbewerbsordnung oder, wie beim Sozialhumanismus, die Gesellschaftsordnung maßgeblich ist, oder ob, wie bei Müller-Armacks Sozialer Marktwirtschaft, ein pragmatischer Mittelweg gesucht werden soll. Um zu entscheiden, wie der Ordoliberalismus heute weiter verwendet werden kann, muss klar sein, wo diese Unterschiede liegen und welche Bedeutung sie haben.

### **2.3.1 – Die Wettbewerbsordnung von Eucken (Freiburger Schule)**

Die Einrichtung und Sicherstellung einer funktionierenden Wettbewerbsordnung, deren Merkmale freie Preise und das Ideal der vollständigen Konkurrenz sind, sind die

---

<sup>142</sup> Rüstow (1949: 423).

wichtigsten und wesentlichsten Aspekte im Theoriegebäude Euckens. Die Wettbewerbsordnung soll Freiheit ermöglichen, den Leistungswettbewerb sicherstellen und Machtungleichgewichte verhindern.

Das Thema der Macht ist der zentrale Ausgangspunkt von Eucken und der wohl wichtigste Punkt in seiner Konzeption einer Wettbewerbsordnung. Politische und wirtschaftliche Übermacht muss nach Eucken unter allen Umständen verhindert werden, da sonst die Freiheit des Einzelnen gefährdet sei und die Marktwirtschaft (und mit ihr die Gesellschaftsordnung) über kurz oder lang scheitern müsse. Denn sobald es Akteure gibt, die über zu viel wirtschaftliche Macht verfügen, wird die Konkurrenz zum Erliegen gebracht und das segensreiche Instrument der Marktwirtschaft korrumpiert. Die Betonung von Macht ist zwar bei allen Ordoliberalen zu finden, bei Eucken ist sie jedoch absolut zentral.

Die Einrichtung einer Wettbewerbsordnung ist letztlich Euckens Version eines dritten Wegs:

„Die heutige Situation zwingt uns, nach einem neuen, dritten Weg zu suchen und auf die beiden kritisierten Lenkungsmethoden [Planwirtschaft und Laissez-faire-Liberalismus, A.L.] zu verzichten. Dieser dritte Weg ist als ‚Wettbewerbsordnung‘ bezeichnet worden.“<sup>143</sup>

Die Wettbewerbsordnung ist das ordolibérale Leitbild Euckens, dem alles andere in seiner Theorie folgt, denn „[d]ie Gesamtentscheidung über die Ordnungsprinzipien – die Schaffung einer „Wirtschaftsverfassung“ – hat am Anfang zu stehen.“<sup>144</sup> Eucken unterscheidet dazu konstitutive und regulative Prinzipien der Wettbewerbsordnung: „Erstens geht es um die Herstellung der Wettbewerbsordnung [konstitutiv]; zweitens darum, die Wettbewerbsordnung funktionsfähig zu erhalten [regulativ].“<sup>145</sup> Die konstitutiven Prinzipien Euckens sind es, die eine Wettbewerbsordnung überhaupt ausmachen und ins Leben rufen. Die regulativen Prinzipien hingegen sind dann das Korrektiv, das dieser zur Seite gestellt wird, um sie eben „funktionsfähig“ zu halten. Die Prinzipien sollen hier nicht in aller Ausführlichkeit diskutiert werden, es reicht für das Anliegen der Arbeit, wenn sie hier genannt und punktuell aufgegriffen und diskutiert werden (sie werden in Kapitel 6 dann noch vertieft).

Entscheidend ist vor allem das erste Prinzip Euckens, dem alle anderen Prinzipien folgen und das die „Kernfrage der modernen Wirtschaftspolitik“<sup>146</sup> ausmacht. Das

---

<sup>143</sup> Eucken (1999: 17).

<sup>144</sup> Eucken (1947: 144).

<sup>145</sup> Eucken (1990: 253).

<sup>146</sup> Eucken (1990: 254).

erste Prinzip fordert, dass „die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz zum wesentlichen Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme gemacht wird. Dies ist das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip.“<sup>147</sup> Eucken lässt nicht nach, die Bedeutung dieses konstitutiven Prinzips und seinen absoluten Anspruch daran zu wiederholen. So betont er, in „*allen Zweigen der Wirtschaftspolitik sollte das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip bei jeder Maßnahme gegenwärtig sein. Von diesem Satz gibt es keine Ausnahme.*“<sup>148</sup> Das Wettbewerbsprinzip der vollständigen Konkurrenz muss also ausnahmslos im Sinne eines wirtschaftsverfassungsrechtlichen Grundsatzes gelten. Es ist das Fundament, auf dem *alle* folgenden Prinzipien und überhaupt die gesamte ordnungspolitische Konstruktion Euckens aufbaut. Es ist die unabdingbare Voraussetzung, das Leitbild, das Eucken von einer modernen Ordnungspolitik verlangt: „Die Hauptsache ist es, den Preismechanismus funktionsfähig zu machen. [...] Das ist der strategische Punkt, von dem aus man das Ganze beherrscht und auf den deshalb alle Kräfte zu konzentrieren sind.“<sup>149</sup>

Von diesem strategischen Punkt aus lassen sich die übrigen konstitutiven Prinzipien nun ableiten, die hier nur aufgelistet werden sollen. Die weiteren Prinzipien Euckens sind ein Primat der Währungspolitik (d.h. Stabilität des Geldwertes), offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung sowie Konstanz der Wirtschaftspolitik.<sup>150</sup> Nennenswert ist, dass in der ausführlichen Beschreibung dieser Prinzipien bei Eucken immer auch ein Gestaltungsanspruch an den Staat besteht. Hier verwirklicht sich dann die Idee der Marktwirtschaft als staatlich gestalteter Institution – die Prinzipien geben den Rahmen vor, den der Staat beeinflussen darf, kann und soll.

Eucken räumt jedoch ein, dass auch eine nach den genannten Prinzipien gestaltete Wettbewerbsordnung nicht vollkommen sein könne:

„Auch soweit die vollständige Konkurrenz verwirklicht ist, enthält sie Schwächen und Mängel, die der Korrektur bedürfen. Somit bedarf es gewisser ‚regulierender‘ Prinzipien, deren Anwendung geboten ist, um die Wettbewerbsordnung funktionsfähig zu halten.“<sup>151</sup>

Die regulierenden Prinzipien sind offensichtlich nicht konstitutiv, das heißt logischerweise den zuvor genannten Prinzipien systematisch *nachrangig*. Konkret gibt

---

<sup>147</sup> Eucken (1990: 254).

<sup>148</sup> Eucken (1990: 255), Hvh. A.L.

<sup>149</sup> Eucken (1990: 255).

<sup>150</sup> Dazu ausführlich: Eucken (1990: 252-289).

<sup>151</sup> Eucken (1990: 291).

es bei Eucken vier Fälle, die es zu regulieren gilt: Dies sind das Monopolproblem, die Einkommenspolitik, die Wirtschaftsrechnung sowie ein möglicherweise anomales Verhalten des Angebots.

Das erste regulative Prinzip leitet sich direkt aus dem wirtschaftspolitischen Grundsatz, dem ersten konstitutiven Prinzip als Kern von Euckens Entwurf, sowie allen anderen Prinzipien ab: So ist die Monopolfrage nur lösbar, „wenn die anderen konstituierenden und regulierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung befolgt werden“<sup>152</sup>. Wenn der Kern des Entwurfs von Euckens Ordnungsidee ein funktionierender Preismechanismus bei vollständiger Konkurrenz ist, so muss deren Störung durch Monopolbildung offensichtlich die gesamte Wettbewerbsordnung durchkreuzen:

„Den großen Vorzügen der Wettbewerbsordnung stehen gewisse Schwierigkeiten gegenüber, auf welche ihre Verwirklichung stößt. Vor allem ist es der moderne Konzentrationsprozeß, diese zentrale Tatsache der neueren wirtschaftlichen Entwicklung, die sich ihrer Durchsetzung entgegenstellt.“<sup>153</sup>

Eucken betont hier die Kapital- und Machtkonzentration als wesentliches Problem der Wettbewerbsordnung, sie sei es, die „vor allem“ die Schwierigkeit ihrer Durchsetzung ausmacht. Dies lässt erkennen, welche zentrale Rolle die Dispersion von Macht für Euckens Entwurf hat. Das zentrale liberale Verständnis bei Eucken ist die Zerstreuung von Macht; sie ist die unbedingte Voraussetzung des Ordo, die wichtigste Bedingung einer funktionierenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sobald es Machtungleichgewichte gibt (sei es staatliche Übermacht oder private Kartelle und Monopole), muss die segensreiche Einrichtung der Wettbewerbswirtschaft in eine Schieflage geraten, was dann immer nur zu Gunsten der Übermacht und zu Lasten eines Großteils der Gesellschaftsmitglieder geschieht. Dies stellte für Eucken die wesentliche Gefahr für die Freiheit dar:

„Heute besteht die Gefahr, daß die Anarchie der Machtgruppen zur Herrschaft bedrohlicherer Gewalten führt, als der Absolutismus es war – eben zur Tyrannis.“<sup>154</sup>

Aus dieser Sorge vor Machtübergewichten folgt dann auch direkt die Rolle des Staats, die sich im ersten staatspolitischen Grundsatz von Euckens Wirtschaftspolitik findet: „Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen.“<sup>155</sup> Das erste regulative Prinzip fordert

---

<sup>152</sup> Eucken (1990: 291f.).

<sup>153</sup> Eucken (1947: 147).

<sup>154</sup> Eucken (1990: 334).

<sup>155</sup> Eucken (1990: 334).

darum ein staatliches „Monopolaufsichtsamt“<sup>156</sup>, das dieser Gefahr für die Wettbewerbswirtschaft entschlossen entgegen treten müsse. Mit dem ersten konstitutiven und dem ersten regulativen Prinzip ist somit Euckens Entwurf im Grunde schon fast komplett: Konstitutiv ist das freie Preissystem, und wo dies nicht ordnungsgemäß funktioniert, muss, so das regulative Prinzip, der Staat korrigierend eingreifen.

Das zweite regulative Prinzip, die Einkommenspolitik, fällt (in den „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ auf lediglich zwei Seiten behandelt) ausgesprochen dünn aus. Eucken beschränkt sich hier auf Steuerpolitik, die er in Form einer progressiven Einkommenssteuer verwirklicht sehen will. Das progressive Element einer solchen Steuer hält er im Grunde für in Ordnung, jedoch nur in Maßen:

„So notwendig die Progression unter sozialem Gesichtspunkt ist, so notwendig ist es zugleich, durch die Progression nicht die Investition zu gefährden. Hiermit sind die Grenzen nach unten und oben prinzipiell bezeichnet.“<sup>157</sup>

Denn die Steuerprogression „darf nicht so weit gehen, daß die Neigung zu investieren nachläßt.“<sup>158</sup> Hier sind es also wirtschaftliche Gründe, die der sozialen Maßnahme Grenzen setzen – ein Beweis für den Primat der konstitutiven (wirtschaftlichen) Prinzipien. Als ziemlich einziges Prinzip, das überhaupt ein Element von Sozialpolitik in sich trägt, ist es enttäuschend, wie kurz und lapidar Eucken dieses abhandelt. Es bezeugt weiter, dass Eucken im Grunde an seinem ersten Grundsatz festhält, nämlich dem Prinzip der Wettbewerbsordnung als beinahe vollkommener Verwirklichung des Ordo.

Am Ende der „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ fügt Eucken dann noch ein Kapitel zur Sozialpolitik hinzu. Das späte Erscheinen des Kapitels ist dabei etwas überraschend, da man die Diskussion eigentlich im Rahmen wenigstens der regulativen Prinzipien erwartet hätte, zumal Eucken selbst betont, „daß die Sozialpolitik nicht als Anhängsel der übrigen Wirtschaftspolitik betrachtet werden sollte“<sup>159</sup>. Das Zitat endet jedoch mit dem Nebensatz: „sondern in erster Linie Wirtschaftsordnungspolitik zu sein hat.“<sup>160</sup> Eucken macht damit und auch später immer wieder deutlich, dass er im Grunde bei einer vollständig durchgesetzten Wettbewerbsordnung wenig Grund für Sozialpolitik sieht und die

---

<sup>156</sup> Eucken (1990: 294).

<sup>157</sup> Eucken (1990: 301).

<sup>158</sup> Eucken (1990: 301).

<sup>159</sup> Eucken (1990: 313).

<sup>160</sup> Eucken (1990: 313).



Wettbewerbsordnung schon seinem Ordo-Gedanken entspricht. So lautet sein Credo letztlich: „Durch allgemeine Ordnungspolitik muß versucht werden, die Entstehung sozialer Fragen zu verhindern.“<sup>161</sup> Sowie: „Richtig verstandene Sozialpolitik ist universaler Art. Sie ist identisch [sic!] mit der Politik zur Ordnung der Wirtschaft oder der Wirtschaftsverfassungspolitik.“<sup>162</sup>

Zur Erinnerung: Euckens *Wirtschaftsverfassungspolitik* forderte, dass „die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz zum wesentlichen Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme gemacht wird.“<sup>163</sup> Hier schreibt Eucken nun, dies sei identisch mit richtig verstandener Sozialpolitik.<sup>164</sup> Eucken schreibt weiter, „[d]ie Wettbewerbsordnung aber zwingt auch den reinen Egoisten, für das Gesamtinteresse tätig zu sein“<sup>165</sup>, denn „[a]llein in der Wettbewerbsordnung würde – gleichsam durch List – die Vielfalt der egoistischen Einzelinteressen nicht gegeneinander arbeiten, sondern in Harmonie miteinander wirken.“ Und zuletzt:

„Von den Menschen darf nicht gefordert werden, was allein die Wirtschaftsordnung leisten kann: ein harmonisches Verhältnis zwischen Einzelinteresse und Gesamtinteresse herzustellen.“<sup>166</sup>

Die letzten Aussagen machen deutlich, warum Eucken weder in seinen konstitutiven noch in den regulativen Prinzipien eine gehaltvolle Sozialpolitik für notwendig erachtet: Die Wettbewerbsordnung verwirklicht diese *von allein*, sofern sie gemäß der genannten Prinzipien aufgestellt und gestaltet wird:

„Soziale oder Verteilungsgerechtigkeit wird bei Eucken also nicht in erster Linie durch eine Umverteilungspolitik des Staates erreicht, sondern durch eine Ordnungspolitik, die die Prinzipien des Wettbewerbs durchsetzen kann [...]“<sup>167</sup>

In der Hoffnung, dass sich die Märkte auf einen Gleichgewichtszustand hin bewegen würden, ist bei Eucken eine Tendenz zu eben jenem Harmonieglauben zu erkennen, den er und die anderen Ordoliberalen selbst dem klassischen Liberalismus immer vorgeworfen haben. Es sind diese Aussagen, die, wie Hesse darstellt, Foucault bei seiner Ordoliberalismus-Lektüre (die im Grunde nur aus einigen wenigen Texten

---

<sup>161</sup> Eucken (1990: 313).

<sup>162</sup> Eucken (1990: 313).

<sup>163</sup> Eucken (1990: 254).

<sup>164</sup> Zur verkürzten Sozialpolitik bei Eucken siehe bspw. auch Quaas (2000: 261-265).

<sup>165</sup> Eucken (1990: 365).

<sup>166</sup> Eucken (1990: 368).

<sup>167</sup> Nutzinger / Schumann (2009: 69).

Euckens zu bestehen schien) zu seiner (Fehl-)Interpretation verleitete, dass bei den Ordoliberalen „ein schier grenzenloses Vertrauen in die Steuerungsmöglichkeiten des Wettbewerbsprozesses herrschte.“<sup>168</sup>

Eucken hat die ordolibérale Diskussion mitbegründet und genährt und damit wichtige wirtschaftspolitische Grundlagen gelegt. Er hat den Begriff des Ordo und somit auch den Ordoliberalismus geprägt und mit seinen Unterscheidungen der Wirtschaftsordnungen die wirtschaftspolitischen Debatten seiner Zeit maßgeblich mitgestaltet. In der Ausarbeitung seiner Theorie hat er jedoch die gesellschaftliche Dimension der Wirtschaft nicht vertieft sondern im Wesentlichen, entsprechend seines Fachs, Ökonomie betrieben. Er konzentrierte sich auf Argumente für eine Wettbewerbsordnung, die ihm, so sie staatlich gestaltet und gesichert ist (sowie Demokratie und Rechtsstaat sichergestellt sind), als geeignetes Mittel zur Verwirklichung einer freiheitlichen und auch gerechten Gesellschaft schien. Eine Einbettung der Wirtschaft in über- oder außerwirtschaftliche Zwecke scheint bei Eucken, im Gegensatz zu den nun zu diskutierenden Autoren, nicht notwendig.

### **2.3.2 – Der Sozialhumanismus von Rüstow und Röpke**

In der Literatur zum Ordoliberalismus werden Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke üblicherweise als Vertreter des Sozialhumanismus (oder auch des soziologischen Liberalismus) genannt.<sup>169</sup> Ausschlaggebend hierfür ist die Beschäftigung der beiden Autoren mit gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen. Sie verknüpfen in ihren Theorien die Soziologie, Philosophie und Ökonomie zu einem Entwurf eines modernen Humanismus. Ihr Anliegen entstammte der Einsicht, „daß sich in der gegenwärtigen Gesellschaftssituation alle tieferen Probleme, vor die sich der Sozialwissenschaftler gestellt sieht, quer vor die überkommenen Sparten der wissenschaftlichen Abteilung lagern. Dieser Querlage der Probleme muß daher auch ihre wissenschaftliche Behandlung entsprechen“<sup>170</sup>. Bei beiden Autoren macht die Wirtschaft darum nur einen Teil ihrer Betrachtungen aus, der zwar wichtig, aber nicht allein maßgeblich ist – die Wirtschaft ist nur Teil „eines Ganzen, für das nicht [allein, A.L.] die Nationalökonomie, sondern die Philosophie, die Geschichte und die

---

<sup>168</sup> Hesse (2007: 227).

<sup>169</sup> Vgl. dazu ausführlicher bspw. Ptak (2004: 17f.).

<sup>170</sup> Röpke (1944: 25).

Theologie zuständig sind.“<sup>171</sup> Beide Autoren haben in ihren Schriften maßgeblich an einer Idee des „Sozialliberalismus“<sup>172</sup> gearbeitet. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die bereits formulierte Soziologieblindheit des klassischen Liberalismus, die ihrer Meinung nach der Grund für die zu ihrer Zeit herrschende „Gesellschaftskrisis“ ist. Das Hauptproblem dieses Liberalismus war, wie schon beschrieben, die mangelhafte Integration der Wirtschaft in das gesellschaftliche Gesamtgefüge (vgl. auch Abschnitt 2.2).

Ebenso wie Eucken fordern beide die Einrichtung einer wettbewerblich organisierten Marktwirtschaft und betonen in diesem Zusammenhang die Einhaltung strenger wirtschaftspolitischer Prinzipien. Es reiche jedoch nicht aus, lediglich eine Wettbewerbsordnung einzurichten, um so eine Ordnung, die dem Ordo-Gedanken dieser Autoren entspreche, zu verwirklichen:

„In der Tat waren sich die Anwälte der Marktwirtschaft, sofern sie geistig einigermaßen anspruchsvoll sind, immer darüber im klaren, daß der Bereich des Marktes, des Wettbewerbs, der von Angebot und Nachfrage bewegten Preise und der durch sie gesteuerten Produktion nur als Teil einer höheren und weiteren Gesamtordnung verstanden und verteidigt werden kann, wo es sich um Moral, Recht, natürliche Bedingungen der Existenz und des Glücks, um Staat, Politik und Macht handelt. Die Gesellschaft als Ganzes kann nicht auf dem Gesetz von Angebot und Nachfrage aufgebaut werden.“<sup>173</sup>

Eucken betont die Notwendigkeit einer solchen Gesamtordnung zwar mitunter auch, belässt es dann aber, wie gezeigt, doch nur bei einem Primat der Wettbewerbsordnung bzw. vertieft sie nicht weiter. Beim Sozialhumanismus hingegen ist die Marktwirtschaft unbedingt „auf das Gegengewicht starker umrahmender Integrationskräfte anderer Art, auf anderweit gesicherte ethische und soziologische Bindungen als ihre Ergänzung und Voraussetzung angewiesen.“<sup>174</sup> Der Anspruch an die Marktwirtschaft, den der Sozialhumanismus stellt, ist in einem sehr bekannten Zitat Röpkes dargestellt:

„[D]ie Marktwirtschaft ist nicht alles. Sie muß in eine höhere Gesamtordnung eingebettet werden, die nicht auf Angebot und Nachfrage, freien Preisen und Wettbewerb beruhen kann.“<sup>175</sup>

---

<sup>171</sup> Röpke (1958: 132).

<sup>172</sup> Rüstow (1949: 432).

<sup>173</sup> Röpke (1958: 130f.).

<sup>174</sup> Rüstow (1950: 90).

<sup>175</sup> Röpke (1958: 19).

Rüstow und Röpke betonen als Voraussetzungen dieser Gesamtordnung zwei Dimensionen:

„Im Gegensatz zu der Soziologieblindheit und dem Autonomieaberglaube des Vulgärliberalismus und zu seiner Fehlüberzeugung von der integrierenden Wirkung der freien Wirtschaft selber wissen wir heute, dass das sinngemäße befriedigende Funktionieren des Marktmechanismus durchaus nicht autonom erfolgt, sondern ganz im Gegenteil vollkommen abhängig ist von der Erfüllung ganz bestimmter *soziologischer und institutioneller Randbedingungen*.“<sup>176</sup>

Die institutionellen Rahmenbedingungen entsprechen dabei in etwa dem, was die Ordnungspolitik bei Eucken darstellt: eine an ordnungspolitischen Prinzipien ausgerichtete Gestaltung des Rahmens der Marktwirtschaft.<sup>177</sup> Die soziologischen Bedingungen – die Rüstow an anderer Stelle auch „ethische und gesellschaftliche Bindekräfte“<sup>178</sup> nennt – entsprechen mehr einer Gesellschaftsform, die auf einer ganz bestimmten Individualethik beruht. Diese Individualethik läuft im Grunde auf eine von den Autoren geforderte Tugendethik hinaus und soll den ordnungspolitischen Rahmen (die Wettbewerbsordnung) ergänzen. Sie versuchen also, ordnungs- und individualethische Aspekte zu verschränken. Die beiden Aspekte sind die Grundlagen des vom Sozialhumanismus eingeschlagenen „dritten Wegs“, der von Röpke auch als Wirtschaftshumanismus<sup>179</sup> und von Rüstow als Sozialliberalismus<sup>180</sup> bezeichnet wurde. Da die Ausgestaltung dieser beiden Dimensionen in Kapitel 3 eine wesentliche Rolle spielen werden, sollen sie im Folgenden diskutiert werden.

### **2.3.2.1 – Ordnungspolitische Prinzipien**

Ausgangspunkt der ordnungspolitischen Agenda des Sozialhumanismus ist, entsprechend der skizzierten, allgemeinen ordoliberalen Linie, die Erkenntnis, dass eine von allen Banden entfesselte Marktwirtschaft auf Dauer nicht zu den gesellschaftlich erwünschten Ergebnissen führt, die man eigentlich von ihr erwartet. Die Marktwirtschaft darf nicht zum Selbstzweck werden, da dies die Ökonomisierung der ganzen Gesellschaft zur Folge haben kann. Sie muss vielmehr mittels Rahmenordnung als Mittel zum Zweck eines besseren Lebens aller Menschen intentional gestaltet werden:

---

<sup>176</sup> Rüstow (1950: 99), Hvh. A.L.

<sup>177</sup> Vgl. bspw. Röpke (1994).

<sup>178</sup> Rüstow (2001: 27).

<sup>179</sup> Röpke (1944: 46).

<sup>180</sup> Rüstow (1949: 432).

„[D]as Prinzip der individualen Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft bleibt bestehen, allerdings wird es stärker [...] in einen übergreifenden sinnstiftenden Gesamtzusammenhang gestellt, eben in den ORDO – eine Ordnung, die das Mannigfaltige der Erscheinungen zu einem vernünftigen Ganzen bündelt.“<sup>181</sup>

Röpke skizziert in *Civitas Humana* sein Grundprogramm eines Wirtschaftshumanismus, indem er die ordnungspolitischen Grundlagen einer eingebetteten Marktwirtschaft darlegt. Er entspricht in der Argumentation in weiten Teilen dem Entwurf des Sozialliberalismus, wie Rüstow ihn fordert und soll darum stellvertretend für beide hier geschildert werden.<sup>182</sup>

Der *erste Grundsatz* des Grundprogramms eines Wirtschaftshumanismus fordert die „Aufrichtung der Marktwirtschaft als einer echten Wettbewerbsordnung: das ist die erste klare Linie in dem architektonischen Grundriß, den wir zu entwerfen haben.“<sup>183</sup>

Diese Forderung ist analog des ersten Prinzips von Eucken: Im Sinne einer freiheitlichen Gesellschaft kann, aus Gründen, die in Abschnitt 2.2 dargelegt wurden, für die Ordoliberalen nur eine freiheitliche Wirtschaftsform in Frage kommen. Sie alleine ist es, die der Selbstverwirklichung der Menschen entsprechen kann und gleichzeitig am produktivsten ist. Dabei ist jedoch, im Sinne der Kritik am klassischen Liberalismus, selbstverständlich, dass es hier nicht darum gehen kann, eine von allen Banden gelöste Marktwirtschaft einzurichten. Die politische Gestaltungsaufgabe einer modernen Marktwirtschaft macht Röpke in seinem *zweiten Grundsatz* deutlich:

„Mit derselben Entschiedenheit aber wie vom Monopol- und Kolossalkapitalismus rücken wir vom Laissez-faire-Prinzip ab, und damit kommen wir zum *zweiten* Richtpunkt. Eine lebensfähige und befriedigende Marktwirtschaft entsteht nämlich nicht dadurch, daß wir geflissentlich nichts tun. Sie ist vielmehr ein kunstvolles Gebilde und ein Artefakt der Zivilisation, das auch dies mit der politischen Demokratie gemein hat, daß sie besonders schwierig ist und besonders viel voraussetzt, worum wir uns angestrengt bemühen müssen. So ergibt sich ein umfangreiches Programm einer durchaus positiven Wirtschaftspolitik mit einer eindrucksvollen Liste von Agenda.“<sup>184</sup>

Diese Agenda der positiven Wirtschaftspolitik unterscheidet dann zwei Gruppen von Aufgaben. Die erste umfasst „die Maßnahmen und Institutionen, die dem Wettbewerb denjenigen Rahmen, diejenigen Spielregeln und denjenigen Apparat unparteiischer Überwachung dieser Spielregeln geben, deren der Wettbewerb so gut wie ein

---

<sup>181</sup> Quaas (2000: 251).

<sup>182</sup> Vgl. Rüstow (1950).

<sup>183</sup> Röpke (1944: 74).

<sup>184</sup> Röpke (1944: 75f.).

Wettspiel bedarf, wenn er nicht in eine wüste Schlägerei ausarten soll. [...] Das setzt reife nationalökonomische Einsicht aller Verantwortlichen und einen starken wie unparteiischen Staat voraus“<sup>185</sup>. Die zweite Gruppe von Maßnahmen beschreibt, dass „der Ablauf der so eingerahmten und überwachten Marktwirtschaft bestimmter wohldosierter und wohlerwogener Eingriffe des Staates bedarf.“<sup>186</sup> Während die erste Gruppe an Maßnahmen also einen *Rahmen* für die Marktwirtschaft schafft, greift die zweite Gruppe tatsächlich *direkt* in das Marktgeschehen ein:

„Wir bekennen uns also zu der Überzeugung, daß es nur ein Beispiel mehr für die von mir gebrandmarkte Verrantheit ins Absolute und Unbedingte wäre, wenn man im Rahmen der Marktwirtschaft die Notwendigkeit bestimmter Staatseingriffe leugnen wollte.“<sup>187</sup>

Diese Eingriffe geschehen jedoch nicht vollkommen willkürlich. Röpke warnte davor, dass dies zu einem prinzipienlosen Staatsinterventionismus führen könne.<sup>188</sup>

Die beiden Grundsätze Röpkes entsprechen in weiten Teilen den Anforderungen, die auch Eucken schon an die Wettbewerbsordnung stellt und die Röpke vor allem in seinem ökonomischen Werk „Die Lehre von der Wirtschaft“ skizziert. Dessen wirtschaftspolitische Prinzipien decken sich in weiten Teilen mit den Prinzipien von Eucken. Die Forderung, Eingriffe in das Marktgeschehen vorzunehmen, geht jedoch deutlich über die Prinzipien von Eucken hinaus. Eucken unterschied sehr genau zwischen Ordnung und Prozess und lehnte Eingriffe in den Prozess kategorisch ab. Bei Eucken ist die Unterscheidung zwischen Ordnungs- und Prozesspolitik für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik ganz wesentlich. Es ist ein Grundsatz seiner Wirtschaftspolitik, den Staat zu befähigen, mittels Gesetzen und Rechtsprechung auf den *Rahmen* der Wirtschaft einzuwirken und diese so zu gestalten. Was er hingegen nach Euckens Überzeugung nicht darf, ist in den eigentlichen Wirtschaftsprozess einzugreifen:

„Während der Staat auf die Aufsicht und eventuelle Gestaltung der Formen beschränkt bleiben soll, in denen der Wirtschaftsprozess abläuft, muß im Rahmen der Märkte [...] Freiheit bestehen. Das ist das Ziel.“<sup>189</sup>

Röpke und Rüstow sind an dieser Stelle weniger streng und geben einem Eingriff aus gesellschaftspolitischen Gründen den Vorrang – sollte es notwendig sein, kann der

---

<sup>185</sup> Röpke (1944: 76).

<sup>186</sup> Röpke (1944: 76).

<sup>187</sup> Röpke (1944: 77).

<sup>188</sup> Vgl. Röpke (1944: 77).

<sup>189</sup> Eucken (1990: 189f.).

Staat aus überwirtschaftlichen Gründen auch in den Wirtschaftsprozess eingreifen. Offen bleibt jedoch, wie und von wem eine solche Notwendigkeit definiert würde.

### **2.3.2.2 – Gesellschaftliche Voraussetzungen und Individualethik**

Die ersten beiden Grundsätze bestimmen also die ordnungspolitischen Voraussetzungen für eine Marktwirtschaft, die dem Menschen dienen soll. In einem dritten Grundsatz thematisiert Röpke nun gesellschaftliche und soziale Bedingungen, die notwendig sind, um eine funktionierende Marktwirtschaft einzurichten. Grundlage dieser Bedingungen ist es, dem Erfolgsstreben und Leistungsgedanken der Marktwirtschaft einen Rahmen vorzusetzen, in dem humanistische Ideale die Grundlage der Marktwirtschaft bilden und diese begrenzen. Nur mittels eines solchen Fundaments könne die Marktwirtschaft zwar produktiv, aber gemäßigt und in einem sinnvollen Verhältnis zu den Menschen funktionieren:

„Dem Individualprinzip im marktwirtschaftlichen Kern muß das Sozial- und Humanitätsprinzip im Rahmen die Waage halten, wenn beide in unserer modernen Gesellschaft bestehen und zugleich die tödlichen Gefahren der Vermassung und Proletarisierung gebannt werden sollen.“<sup>190</sup>

Es geht hier nun nicht mehr um wirtschaftliche Raffinesse, sondern um die Dinge, die darüber hinaus vorausgesetzt werden und außerhalb der wirtschaftlichen Logik stehen: „Es ist zugleich ein Gebot der Moral und der Menschlichkeit und ein solches der staatsmännischen Klugheit, die Wirtschaftspolitik dem Menschen und nicht den Menschen der Wirtschaftspolitik anzupassen.“<sup>191</sup> Die Menschlichkeit erringt hier den Primat über wirtschaftliche Überlegungen. Es geht um die „Bedeutung gesellschaftlicher Notwendigkeiten“, um die „Anforderungen außerhalb ihrer Sphäre [der wirtschaftlichen, A.L.] sowie ihren eigenen gesellschaftlichen Bedingungen.“<sup>192</sup> Hier wird die Selbstgenügsamkeit des Harmoniegläubens überwunden, indem festgestellt wird, dass die Marktwirtschaft selbst gesellschaftliche Bedingungen habe, die auch oder eben gerade von der Nationalökonomie beachtet werden müssen.

Rüstow und Röpke sind (ebenso wie Müller-Armack, siehe Abschnitt 2.3.3) davon überzeugt, dass die Marktwirtschaft nicht nur allein eines sinnvollen Rahmens bedarf, sondern darüber hinaus die Gesellschaft selbst bestimmte moralische Bedingungen bereits mitbringen muss, die die Marktwirtschaft stabilisieren: Eine freiheitliche Wirtschaft kann nur funktionieren „unter der stillschweigenden Voraussetzung eines

---

<sup>190</sup> Röpke (1944: 82f.).

<sup>191</sup> Röpke (1958: 19).

<sup>192</sup> Beide Rüstow (2001: 24).

ohnehin vorhandenen Minimums an ethischen Grundüberzeugungen. Mit anderen Worten: das Wirtschaftsleben spielt sich nicht in einem moralischen Vakuum ab. Es ist vielmehr dauernd in Gefahr, die ethische Mittellage zu verlieren, wenn es nicht von starken moralischen Stützen getragen wird, die vorhanden und fortgesetzt gesichert werden müssen.“<sup>193</sup> Sofern die Gesellschaft bzw. ihre einzelnen Mitglieder nicht bestimmte Tugenden mitbringen, verliert die Marktwirtschaft ihre Legitimation, denn „der Wettbewerb als solcher, der tatsächlich allein an den Eigennutz als motivierende Kraft appelliert, kann weder die Moral einzelner heben noch der gesellschaftlichen Integration dienen. Aus diesem Grund ist er umso mehr auf andere ethische und gesellschaftliche Bindekräfte angewiesen.“<sup>194</sup>

Worauf Rüstow und Röpke hier als „gesellschaftliche Bindekräfte“ anspielen sind die guten Sitten, das anständige, maßvolle Verhalten, das notwendig ist, um das durch den Markt entfesselte Erfolgsstreben im Zaum zu halten:

„Es darf also nicht übersehen werden, daß auch die nüchterne und an sich ethisch neutrale Welt des reinen Geschäfts doch aus sittlichen Reserven schöpft, mit denen sie steht und fällt.“<sup>195</sup>

Rüstow verweist in diesem Zusammenhang auf Adam Smith, der in seinen Überlegungen zu den Grundlagen der Ökonomie ebenfalls moralische Vorbedingungen an seinen „Wohlstand der Nationen“ geknüpft habe.<sup>196</sup> Er moniert jedoch, dass die „sympathy“, die bei Smith noch das Band zwischen den Individuen darstellte, zu Rüstows Zeiten kaum noch vorhanden sei und die geforderte moralische Stütze dringend erneuert werden müsse. Es bedarf eines moralischen Grundstocks, der das Eigeninteresse der Marktteilnehmer zügelt:

„Adam Smith selber hatte auch keineswegs versäumt, auf diese zu seiner Zeit noch lebendigen, ja selbstverständlichen moralischen Einschränkungen bei der Betätigung des Selbstinteresses hinzuweisen. Immer wieder spricht er von dem ‚vom inneren Richter gebilligten‘ ‚wohlverstandenen‘ Selbstinteresse ‚innerhalb der Schranken der Gerechtigkeit‘. [...] Hinter den sozialetischen Einschränkungen, denen bei Smith die Betätigung des wirtschaftlichen Eigeninteresses noch unterliegt, hatte ursprünglich die Sanktion von Religion und Kirche gestanden. Im Zuge der allgemeinen Verweltlichung waren jedoch als Garanten nur noch Gewissen und Sitte übriggeblieben, und der fortschreitende Auflösungsprozess machte auf dieser Zwischenstufe nicht halt. Während aber die Schranken ihrer religiösen Würde immer

---

<sup>193</sup> Röpke (1955a: 285).

<sup>194</sup> Rüstow (2001: 27).

<sup>195</sup> Röpke (1994: 42).

<sup>196</sup> Vgl. Ulrich (2008: 65-69).



mehr verlustig gingen, wuchs dem Eigeninteresse seinerseits eine solche Würde neu zu.“<sup>197</sup>

Rüstow fordert nun eine Wiederbelebung der guten Sitten und Gewissenhaftigkeit, die dem Eigeninteresse Paroli bieten sollen. Röpke und Rüstow sind hier beide Verfechter einer „bürgerlichen Gesamtordnung“:

„In Wahrheit kann die Marktwirtschaft – und mit ihr die gesellschaftliche und politische Freiheit – nur als Stück einer bürgerlichen Gesamtordnung und in ihrem Schutze gedeihen. Das soll heißen, daß sie eine Gesellschaft voraussetzt, in der bestimmte grundlegende Dinge respektiert werden und dem ganzen Gewebe der gesellschaftlichen Beziehungen Farbe geben: individuelle Anstrengung und Verantwortung, unantastbare Normen und Werte, im Eigentum verankerte Unabhängigkeit, Wägen und Wagen, Rechnen und Sparen, selbstverantwortliche Lebensplanung, rechte Einbettung in die Gemeinschaft, Familiensinn, Sinn für Überlieferung und die Verbundenheit der Generationen bei offenem Blick für Gegenwart und Zukunft, rechte Spannung zwischen Individuum und Gemeinschaft, feste moralische Bindung, Respekt vor der Unantastbarkeit des Geldwertes, der Mut, es mit dem Leben und seinen Unsicherheiten männlich auf eigene Faust aufzunehmen, der Sinn für die natürliche Ordnung der Dinge und eine unerschütterliche Rangordnung der Werte.“<sup>198</sup>

Hier sind nun schon die ersten Züge einer bürgerlich-konservativen Tugendethik erkennbar. Auffällig ist, dass Röpke davon ausgeht, es gäbe „unantastbare Werte und Normen“, gleichsam eine „natürliche Ordnung der Dinge und eine unerschütterliche Rangordnung der Werte“. Er fährt an anderer Stelle fort und ergänzt die bereits erwähnten um weitere für ihn wesentliche, sittliche Werte:

„Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairneß, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen, das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen. Sie sind die unentbehrlichen Stützen, die ihn vor der Entartung bewahren. Familie, Kirche, echte Gemeinschaften und Überlieferung müssen sie damit ausstatten.“<sup>199</sup>

Eine solche bürgerliche Gesamtordnung ist dann „der Untergrund, auf dem das Ethos der Wirtschaft ruhen muß. Sie muß in gleicher Weise die Unabhängigkeit und den

---

<sup>197</sup> Rüstow (1950: 93).

<sup>198</sup> Röpke (1958: 139).

<sup>199</sup> Röpke (1955a: 286).

Verantwortungssinn des einzelnen fördern wie auch den Bürgergeist, der ihn an das Ganze bindet und seinem Appetit Schranken setzt.“<sup>200</sup>

Neben positiven Werten gibt es dann weiter auch noch negative, die zu vermeiden sind: So ist es wichtig, „nicht in den Tag hinein zu leben, Ungeduld, Genußsucht und Leichtsinns zu zügeln, das Morgen zu bedenken, nicht ‚über seine Verhältnisse zu leben‘, vorzusorgen, mit den Wechselfällen des Lebens zu rechnen und sich darauf einzurichten, Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen und das Leben als ein ganzes, zusammenhängendes, ja durch die Nachkommen über den Tod fortdauerndes zu leben, nicht aber in kurzen Augenblicken des Genusses mit dem darauf folgenden Katzenjammer.“<sup>201</sup>

Diese Tugendethik ist der dritte Grundsatz und der zweite wesentliche Pfeiler des Sozialliberalismus: Neben eine rahmende Ordnungspolitik tritt ein tugendethisches Fundament der Sittlichkeit der Marktteilnehmer. Die Wirtschaft selbst wird, wie geschildert, diese tendenziell aufbrauchen und verzehren, sicherlich aber nicht fördern. Insgesamt ist also die Marktwirtschaft auf „das Gegengewicht starker umrahmender Integrationskräfte anderer Art, auf anderweit gesicherte ethische und soziologische Bindungen als ihre Ergänzung und Voraussetzung angewiesen“<sup>202</sup> – der bürgerlichen Ordnung.

Hier greifen dann scheinbar auch Ordnungspolitik und Individualethik ineinander: Der Markt braucht ein sittliches Fundament, während die Ordnungspolitik sicherstellen muss, dass der Markt dieses nicht vollständig verzehrt oder korrumpiert. Die Marktwirtschaft, „auf sich allein gestellt, ist [...] gefährlich, ja unhaltbar, weil sie dann die Menschen auf eine durchaus unnatürliche Existenz reduzieren würde, die sie früher oder später abwerfen mitsamt der ihnen verhaßt gewordenen Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft bedarf also eines festen Rahmens, den wir der Kürze halber den *anthropologisch-soziologischen Rahmen* nennen wollen. Zerbricht dieser Rahmen, so ist auch die Marktwirtschaft nicht mehr möglich. Mit anderen Worten: Die Marktwirtschaft ist nicht alles.“<sup>203</sup>

Für Röpke und Rüstow ist es darum an der Zeit, „die Wirtschaft, trotz ihrer selbstverständlichen Unentbehrlichkeit, wieder in die ihr gebührende untergeordnete und dienende Stellung zurückzuverweisen [...]. Dabei gilt zu erkennen, dass auch innerhalb der Wirtschaft selber das unwägbare Vitale und Anthropologische wichtiger

---

<sup>200</sup> Röpke (1994: 286).

<sup>201</sup> Röpke (1958: 141).

<sup>202</sup> Rüstow (1950: 90).

<sup>203</sup> Röpke (1944: 83).

ist als das eigentlich Wirtschaftliche, in Mengenzahl Messbare. Da die Wirtschaft um des Menschen willen da ist, und nicht der Mensch um der Wirtschaft willen, [...] so ist die Vitalsituation des wirtschaftenden Menschen ein überwirtschaftlicher Wert innerhalb der Wirtschaft. Die Wirtschaft ist Mittel, die Vitalsituation aber Zweck.“<sup>204</sup>

Im Begriff der Vitalsituation kulminiert nun quasi das bisher über den Sozialhumanismus Gesagte. Rüstow prägte diesen Begriff, der im Grunde den gesamten humanistischen Ansatz der beiden Autoren in sich trägt.<sup>205</sup> Vitalpolitik umfasst dann beides, die notwendige Ordnungspolitik wie auch die Tugenden, die dafür sorgen sollen, dass sich die Gesellschaft in die gewünschte sittliche Richtung entwickelt. Darüber hinaus legt die Vitalpolitik eine Rangordnung fest, die die gesellschaftliche Struktur vorrangig behandelt und eine gelingende Marktwirtschaft von ihr abhängig macht. Diese Rangordnung sowie das damit verknüpfte Wertefundament fallen nicht vom Himmel, sondern muss konstruktiv durch Strukturpolitik gefördert werden:

„Wir wenden uns einer Politik zu, die man als *Strukturpolitik* bezeichnen könnte, da sie die *sozialen Voraussetzungen* der Marktwirtschaft – die Einkommens- und Besitzverteilung, die Betriebsgröße, die Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft und zwischen den einzelnen Ständen – nicht länger als gegeben hinnimmt, sondern in einer bestimmten Absicht verändern will. Wenn wir einer solchen Politik einen wichtigen, ja überragenden Platz in unserem Programm einräumen, so dürfte man erkennen, daß der Ausdruck ‚Wirtschaftshumanismus‘ kein schlechter Name für unsere Bestrebungen wäre.“<sup>206</sup>

Die Vitalsituation ist das Kondensat der von den Autoren gewünschten gesellschaftlichen Entwicklung, sie ist „als konstitutive ordnungspolitische Voraussetzung einer lebensdienlichen Marktwirtschaft zu verstehen, ohne die dem Markt die sinngebende Richtung für sein effizienzsteigerndes Wirken fehlt.“<sup>207</sup>

### 2.3.3 – Müller-Armack und die Soziale Marktwirtschaft

Die Ordoliberalen fanden in der Mitte der 1940er Jahre die historisch höchst seltene Situation vor, dass sie ihr wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Denken nicht nur theoretisch ausarbeiten, sondern auch an dessen unmittelbarer praktischer Umsetzung

---

<sup>204</sup> Rüstow (1950: 143).

<sup>205</sup> Vgl. Röpke (1958: 144).

<sup>206</sup> Röpke (1944: 79f.).

<sup>207</sup> Ulrich (2008: 472).

mitarbeiten konnten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs herrschte in Deutschland eine Art wirtschaftspolitisches Vakuum, das dringend gefüllt werden musste. Nachdem die deutsche Regierung nach und nach mehr Souveränität von den Siegermächten zurückerhielt, musste sie eine wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidung zwischen einer markt- oder zentralwirtschaftlichen Ordnung treffen – ganz wie von den Ordoliberalen gefordert ging es um eine „Gesamtentscheidung über die Ordnungsprinzipien“<sup>208</sup> der Wirtschaft. In Deutschland verwirklichte sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die ordolibérale Theorie in einem Konzept, das Müller-Armack Soziale Marktwirtschaft genannt hatte. Sie war es, die als „Stilform“<sup>209</sup> im wirtschaftspolitischen Raum ab 1948 die deutsche Wirtschaftspolitik leitete und die bis heute, wenigstens als Schlagwort, noch immer von hoher wirtschaftspolitischer Bedeutung für Deutschland ist.

In erster Linie ging es Müller-Armack um die „Wiederaufnahme der Grundsätze vernünftigen Wirtschaftens“<sup>210</sup> nach dem Krieg, und dies schien ihm nur mittels einer Sozialen Marktwirtschaft möglich. Dabei ging es ihm bei Weitem nicht nur um wirtschaftliche Belange:

„Für Müller-Armack war die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft nicht in erster Linie ein Programm für den Wiederaufbau Westdeutschlands, sondern der Entwurf eines neuen Gesellschaftsbildes oder -stils, der weit über das Ökonomische hinausging und eine Orientierung für die Zukunft der nichtsozialistischen Welt sein könnte. [...] Er war der Meinung, daß eine Wettbewerbsordnung nach ordoliberalen Grundsätzen [im Sinne Euckens, A.L.] keinen ausreichenden Rahmen für menschliches Zusammenleben in einem modernen Staat gewährleistete. [...] Vielmehr müsse eine Soziale Marktwirtschaft gesellschaftspolitisch breiter angelegt sein.“<sup>211</sup>

Müller-Armack war in den Jahren 1958-1963 Staatssekretär unter Ludwig Erhard und war am realpolitischen Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft nicht unbeteiligt. Nicht nur war er Taufpate und theoretischer Vordenker dieser deutschen wirtschaftspolitischen Institution, sondern er war ebenso tatkräftig an ihrer Umsetzung beteiligt. Darum gilt Müller-Armack als „Referenzpunkt“ bei der Beschäftigung mit der Sozialen Marktwirtschaft.<sup>212</sup> Dennoch haben auch die anderen Ordoliberalen ihren Einfluss, wo es eben ging, geltend gemacht und haben durch ihre vielfältigen Schriften und Vorträge geholfen, den geistigen Boden vorzubereiten, auf dem die Soziale

---

<sup>208</sup> Eucken (1947: 144).

<sup>209</sup> Müller-Armack (1966: 243).

<sup>210</sup> Müller-Armack (1946: 20), zitiert nach: Dietzfelbinger (1998: 190).

<sup>211</sup> Watrin (2008: 453).

<sup>212</sup> Quaas (2000: 19).

Marktwirtschaft wachsen sollte. Vor allem der Wirtschafts- und Sozialhumanismus hat wesentlichen Einfluß auf das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft gehabt, teilte man doch die Forderung einer gesellschaftlich eingebetteten Marktwirtschaft.<sup>213</sup> Die Soziale Marktwirtschaft kann somit als realpolitischer, pragmatischer Versuch der Umsetzung ordoliberaler Theorie gelten.<sup>214</sup> Doch auch wenn sie ein pragmatisches Anliegen hat, ist sie keineswegs theoretisch beliebig, sondern hatte klare ordnungspolitische Vorstellungen. Müller-Armack warnte, „daß, wer die Soziale Marktwirtschaft in Pragmatismus auflöse, übersehe, welche lange geistige Vorbereitung ihrer praktischen Umsetzung vorausging“<sup>215</sup> – dies waren die nämlichen ordoliberalen Theorien.

Im Rahmen der Argumentation ist nun weniger die realpolitische Umsetzung von Interesse als ihre konzeptionellen Grundlagen, als deren Ausgangspunkt die Betrachtungen Müller-Armacks gelten können. So formuliert er die Idee der Sozialen Marktwirtschaft wie folgt:

„Es bedeutet dies, wie aus allem Gesagten zur Genüge hervorging, daß uns die Marktwirtschaft notwendig als das tragende Gerüst der künftigen Wirtschaftsordnung erscheint, nur daß dies eben keine sich selbst überlassene, liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewußt gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll.“<sup>216</sup>

Gesteuert insofern, als „der Sinn der Sozialen Marktwirtschaft darin besteht, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“<sup>217</sup> Grundlage der „Sozialen“ Marktwirtschaft ist der „Übergang zu einer ausdrücklich gestalteten Wirtschaftsordnung“<sup>218</sup>; sie war der Versuch, „eine sinnvolle und zeitgemäße Abwandlung des marktwirtschaftlichen Systems“<sup>219</sup> umzusetzen, die als Korrektiv zur anhin freien Marktwirtschaft gedacht wurde:

„Entscheidend ist für Müller-Armack, daß die Soziale Marktwirtschaft eine ‚[...] Ordnung nach dem Maße des Menschen [...]‘ ist, die mit den Realitäten der

---

<sup>213</sup> Vgl. Quaas (2000: 267f.).

<sup>214</sup> Für eine umfassende und detaillierte Analyse der Verbindung zwischen Ordoliberalismus und Sozialer Marktwirtschaft vgl. Ptak (2004).

<sup>215</sup> Quaas (2000: 164).

<sup>216</sup> Müller-Armack (1990: 96).

<sup>217</sup> Quaas (2000: 19).

<sup>218</sup> Müller-Armack (1990: 91).

<sup>219</sup> Müller-Armack (1990: 62).

vorfindlichen Welt unter Berücksichtigung der spezifisch gefaßten Struktur des Menschen pragmatisch umgehe.“<sup>220</sup>

Müller-Armack macht deutlich, dass die Wirtschaftspolitik nur ein Teil einer umfassenderen Gesellschaftspolitik sein sollte, die von einer Gesamtordnungsidee her gedacht werden muss und von dieser aus zu entwickeln ist.<sup>221</sup> Der Sozialen Marktwirtschaft geht es dabei eben nicht nur um ein wirtschaftspolitisches Programm: Es handelt sich bei ihr „nicht um eine Beschreibung oder Analyse sozio-ökonomischer Funktionsregeln, sondern um eine gemeinsame Vorstellung darüber, wie eine Gesellschaft wirtschaften und zusammenleben möchte.“<sup>222</sup>

Wichtig für das Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft ist, dass sie „gemäß ihrer Konzeption kein fertiges System, kein Rezept, das, einmal gegeben, für alle Zeiten im gleichen Sinne angewendet werden kann“<sup>223</sup>, sondern ein Entwurf für die Praxis ist, eine „evolutive Ordnung, in der es neben dem festen Grundprinzip, daß sich alles im Rahmen einer freien Ordnung zu vollziehen hat, immer wieder nötig ist, Akzente zu setzen gemäß den Anforderungen einer sich wandelnden Zeit“<sup>224</sup>. Die Soziale Marktwirtschaft war für Müller-Armack eine konzeptionell offene Idee, die er als „Stilform“<sup>225</sup> verstanden hat, ein „der Ausgestaltung harrender, progressiver Stilgedanke“<sup>226</sup>, der stets im Wandel ist und sich historischen Gegebenheiten anpassen soll: „Für Müller-Armack ist ‚Soziale Marktwirtschaft‘ keine genau definierte Wirtschaftsordnung, sondern das Fundament einer gesellschaftlichen Versöhnungsidee.“<sup>227</sup> Die Versöhnungsidee wird vor allem in Müller-Armacks Idee der „Sozialen Irenik“ (*griech.*: εἰρήνη, eirene: ‚Friede‘)<sup>228</sup> deutlich. Diese zielt darauf ab, die vermeintlich unversöhnlichen weltanschaulichen Positionen von Kollektivismus und Liberalismus zu verbinden. Dabei ging es ihm eben nicht darum, diese Positionen schlicht zu vermischen, sondern tatsächlich auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, um historisch gewachsene Gräben zu überwinden. Die soziale Irenik ist ein wesentlicher Teil seines Konzepts einer Sozialen Marktwirtschaft und

---

<sup>220</sup> Dietzfelbinger (1998: 246); eingeschlossenes Zitat: Müller-Armack (1973: 19).

<sup>221</sup> Vgl. Müller-Armack (1952: 461).

<sup>222</sup> Hengsbach (2004: 163).

<sup>223</sup> Müller-Armack (1974: 10), zitiert nach Dietzfelbinger (1998: 221).

<sup>224</sup> Müller-Armack (1974: 10), zitiert nach Dietzfelbinger (1998: 221).

<sup>225</sup> Müller-Armack (1966: 243).

<sup>226</sup> Starbatty (2004: 137).

<sup>227</sup> Starbatty (2004: 137).

<sup>228</sup> Vgl. Universal-Lexikon (2012: Irenik).

vermittelt in der Dialektik von Freiheit und Gerechtigkeit, die sich in den beiden Wortteilen „sozial“ und „Marktwirtschaft“ ausdrückt.<sup>229</sup>

Das „innere Funktionssystem“<sup>230</sup> der Sozialen Marktwirtschaft ist unzweideutig eine wettbewerblich gesteuerte Marktwirtschaft. Diese ist an dieser Stelle nur mäßig interessant, entspricht sie doch erneut im Wesentlichen der bereits beschriebenen politisch gestalteten Wettbewerbsordnung Euckens (vgl. Abschnitt 2.3.1). Doch ist die Soziale Marktwirtschaft eben wesentlich mehr als nur dies; Müller-Armack kritisiert sogar explizit die Freiburger Schule ob ihrer ungenügenden Betrachtung der „sozialen und soziologischen Probleme“<sup>231</sup>. So nimmt dann „der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft [...] soziale Vorstellungen auf, die in dem rein technischen Gefüge einer Wettbewerbsordnung noch nicht enthalten sind.“<sup>232</sup> Zur Erinnerung: Die Wettbewerbsordnung ist, wie beschrieben, der dritte Weg bei Eucken.

Müller Armack schreibt das Adjektiv „sozial“ grundsätzlich groß, um zu betonen, dass es nicht nur schmückendes Beiwerk, sondern ein konstitutives Prinzip der wirtschaftlichen Ordnung darstellt.<sup>233</sup> Das *Soziale* der Sozialen Marktwirtschaft soll dafür sorgen, die Verfehlungen des Laissez-faire zu vermeiden und eine „menschliche und menschenwürdige“<sup>234</sup> Marktwirtschaft zu schaffen. Im „Sozialen“ kulminieren verschiedene Dimensionen von Wirtschafts- und Sozialpolitik als Ergänzung zur Wettbewerbsordnung:

„Wenn wir von Sozialer Marktwirtschaft sprechen, so faßt das Beiwort ‚sozial‘ gleichsam verschiedene Einsichten und Ansprüche zusammen, die bei der grundsätzlichen Bejahung des Wettbewerbsinstruments zu beachten sind.“<sup>235</sup>

Dies sind im Wesentlichen:

1. Behebung der Mängel der Wettbewerbsapparatur (Vermachtung, Monopole etc.)
2. Umverteilung von Einkommen
3. Stabilisatoren – sozialer Ausgleich und soziale Sicherheit
4. Gesamtrahmen der Gesellschaft.<sup>236</sup>

---

<sup>229</sup> Vgl. Quaas (2002: insbesondere 210-216).

<sup>230</sup> Dietzfelbinger (1998: 220).

<sup>231</sup> Müller-Armack (1976 [1956]: 244).

<sup>232</sup> Müller-Armack (1976 [1960]: 252).

<sup>233</sup> Vgl. Dietzfelbinger (1998: 199.).

<sup>234</sup> Rüstow (1950: 141).

<sup>235</sup> Müller-Armack (1952: 459).

<sup>236</sup> Vgl. Müller-Armack (1952: 459f.).

Maßgeblich daran ist, dass diese „Einsichten und Ansprüche“ der Verfehlungen der reinen Marktwirtschaft, die Eucken durch seine regulativen Prinzipien korrigieren wollte, hier nun nicht nur regulativ, sondern konstitutiv behoben werden sollen: Sozial und Marktwirtschaft sind bei Müller-Armack eben gleichrangig auf einer Ebene, und nicht nachrangig zu denken: „Die Zielsetzung der Sozialen Marktwirtschaft reicht über eine Modifikation oder klarere Herausbildung des wettbewerblichen Prinzips wesentlich hinaus“<sup>237</sup> – hier formuliert Müller-Armack implizit seine Kritik am Entwurf Euckens, dessen konstitutive Prinzipien eben genau *nicht* über das wettbewerbliche Prinzip hinausgehen. Weiter schreibt Müller-Armack:

„Wenn auch gelegentlich in Deutschland die Auffassung entstand, es sei im Wesentlichen nur die bewußte Ausgestaltung der Wettbewerbsordnung vonnöten, um zugleich damit auch der sozialen Problematik Herr zu werden, so dürfte man doch heute klarer sehen, daß eine solche instrumentale Auffassung der hier zu bewältigenden Aufgabe nicht gerecht wird. Es handelt sich nicht nur um die Gestaltung einer ökonomischen Ordnung, vielmehr bedarf es der Eingliederung dieser Ordnung in einen ganzheitlichen *Lebensstil*.“<sup>238</sup>

Hier spricht Müller-Armack den vierten der genannten Aspekte seiner Konzeption an: die Eingliederung der Marktwirtschaft in einen „ganzheitlichen Lebensstil“, der die Marktwirtschaft tragen und einrahmen soll. Ebenso wie Röpke und Rüstow ergänzt Müller-Armack seinen Entwurf an dieser Stelle um die Vorstellung einer bestimmten Gesellschaft, die sich in einer Individualethik ausdrückt, derer es neben der ordnungspolitischen Gestaltung zusätzlich bedarf, um die Marktwirtschaft zu zähmen. Denn auch Müller-Armack fordert eine Sittlichkeit, die die Freiheit und den Leistungswettbewerb im Markt einhegt:

„Sie [die Marktwirtschaft] vermag nicht, die Gesellschaft als Ganzes zu integrieren, gemeinsame Haltungen und Gesinnungen, gemeinsame Wertnormen zu setzen, ohne die eine Gesellschaft nicht zu existieren vermag. Sie zehrt an der Substanz geschichtlicher Bindungskräfte und stellt den einzelnen in eine oft schmerzvoll empfundene Isolierung, wie es im übrigen auch der Kollektivismus tut. Sie bedarf daher der Ergänzung durch eine Gesellschaftspolitik, die den Menschen nicht nur funktionell als Produzenten und Konsumenten, sondern auch in seiner persönlichen Existenz sieht.“<sup>239</sup>

Müller-Armack betont hier im gleichen Maße die Bedrohung der gesellschaftlichen Werte und der individuellen Sittlichkeit durch den Wettbewerb im Markt. Die

---

<sup>237</sup> Müller-Armack (1952: 462).

<sup>238</sup> Müller-Armack (1952: 462).

<sup>239</sup> Müller-Armack (1952: 460).



Marktwirtschaft braucht darum ein starkes sittliches Fundament, das solche Angriffe auf ihre Substanz auch verkraften kann. Die Gesellschaftspolitik, die er fordert, bedarf „der tieferen Begründung durch sittliche Ideale, welche ihr erst die innere Berechtigung verleihen.“<sup>240</sup>

Wie Müller-Armack diese geforderte Moral und Substanz begründet, lässt sich in seinen religionssoziologischen Schriften finden.<sup>241</sup> Interessant ist jedoch, dass er den christlichen Wertekanon in seinen ökonomischen Abhandlungen (bspw. in „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“) nur sehr implizit fordert, während dies in seinen religionssoziologischen Schriften viel direkter zur Sprache kommt.

Müller-Armack versucht in diesen Schriften, ähnlich wie es auch Röpke und Rüstow taten, die Probleme und Krisen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu analysieren und Vorschläge zu machen, um diese zu bewältigen und künftig zu vermeiden. Er geht dazu in seiner Analyse bis ins 18. Jahrhundert zurück und sieht als Hauptgrund der zu seiner Zeit auftretenden Probleme den zunehmenden Verfall des christlichen Glaubens in Europa. Er interpretiert dabei das Schwinden des christlichen Glaubens und das gleichzeitige Auftreten der Krisen als Identität und erklärt wirtschaftlichen Liberalismus, Sozialismus und auch Nationalismus zu Ersatzreligionen, die sich aufgeschwungen haben, das transzendente Vakuum, das durch die Säkularisierung entstanden war, zu füllen.<sup>242</sup> Denn der Mensch verspüre, so frei er auch sei, immer den Drang zu einer transzendentalen Absicherung. So er dann also den Glauben an Gott fallen lässt, sucht er sich einen Ersatz und beginnt, „seine Welt mit Götzen und Gespenstern zu bevölkern.“ Damit kommt es zur „Umkleidung irdischer Werte mit dem Charakter des Göttlichen“<sup>243</sup>, also zur metaphysischen Überhöhung irdischer Werte. Dies attestiert er vor allem dem Bereich des Wirtschaftlichen:

„Je mehr die geistigen Werte an Überzeugungskraft einbüßen, um so mehr wird das Wirtschaftliche zum Wert schlechthin [...] und man wird bereit, im ‚größten Glück der größtmöglichen Zahl‘ oder in der Beschaffung von Arbeit und Brot für alle ein neues praktisches Evangelium zu erblicken.“<sup>244</sup>

Dieses Evangelium sei es, das unheilvoll auf die Menschen wirkt und den sittlichen Gehalt der Werte aufbraucht:

---

<sup>240</sup> Dietzfelbinger (1998: 249).

<sup>241</sup> Diese Lesart deckt sich u.a. mit der Einschätzung Tuchtfeldts, dass in den religionssoziologischen Schriften Müller-Armacks „die geistigen Grundlagen seines Konzepts Soziale Marktwirtschaft zu finden sind.“ Siehe Tuchtfeld (2002: 32).

<sup>242</sup> Vgl. Müller-Armack (1981: 371-512).

<sup>243</sup> Beides Müller-Armack (1981: 405).

<sup>244</sup> Müller-Armack (1981: 502).

„Mit dem Glaubensabfall ist notwendig eine endgültige Erschütterung der sittlichen und rechtlichen Normen verbunden. [...] Zwar wird innerhalb der säkularisierten Kultur versucht, im Gewissen oder im Sittengesetz Quellen persönlicher oder weltlicher Ethik zu erschließen. Solche Versuche leben aber von der Substanz vergangener Zeit, da ihre Begriffe ja dem Religiösen entnommene Vorstellungen sind, die nur von ihm aus einen wirklichen Sinn erhalten. So setzt der Gewissensbegriff die Vorstellung eines persönlichen Gottes, dessen Ruf in der Stimme des Gewissens hörbar wird, voraus [...]. Die Fähigkeit, aus der Immanenz der Welt heraus ein gültiges und sinnvolles Normensystem zu entwickeln, ist nie zutage getreten und ist auch wesensmäßig unmöglich. [...] Die Substanz sittlicher und rechtlicher Haltung wird so von aller Säkularkultur progressiv aufgezehrt.“<sup>245</sup>

Hier postuliert Müller-Armack eine Ethik, die sich ohne Religion nicht denken lässt. Nur mittels eines „persönlichen Gottes“ kann ein Normsystem für ihn Bestand haben und Geltung gewinnen. Die säkularisierte Welt kann dies nicht leisten und führt laut Müller-Armack zu den vielfachen und furchtbaren Verwerfungen des frühen 20. Jahrhunderts.

Müller-Armack versucht nun, der metaphysischen Überhöhung der Wirtschaft durch eine Rückbesinnung auf die „wahre“ Transzendenz des christlichen Glaubens zu begegnen. Folglich fordert Müller-Armack eine „Rückbesinnung auf jene ewigen Werte“ – und zwar auf allen gesellschaftlichen Ebenen, denn es sind Werte, „denen sich auch das wirtschaftliche Leben einzuordnen hat“<sup>246</sup>. Die Rückbesinnung ist dabei allumfassend. Er beginnt beim Individuum, indem er dafür plädiert, „die Menschen unserer Zeit wieder in den Kräften und Grundsätzen eines echten Glaubens zu verwurzeln“<sup>247</sup> – hier ist der christliche Glaube gemeint, wobei er offen lässt, wie genau dies vonstattengehen könnte oder sollte. Es bleibt beim Appell. Sodann fährt er fort und fordert das gleiche für Deutschland und den gesamten europäischen Kulturraum:

„Eine Rechristianisierung unserer Kultur ist damit die einzig realistische Möglichkeit, ihrem inneren Verfall in letzter Stunde entgegenzutreten. In ihrem Zeichen vereinigt sich die Wahrheit des Wortes mit den letzten Kräften der europäischen Tradition und den geistigen Überzeugungen unserer Gegenwart, um jene wenigen, aber unverrückbaren Richtmaße zu geben, denen wir im irdischen Dasein bedürfen. [...] Gerade weil das Christliche das Unzeitgemäße ist, bietet es für die Umgestaltung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens die einzig zeitgemäße Lösung.“<sup>248</sup>

---

<sup>245</sup> Müller-Armack (1981: 411).

<sup>246</sup> Beides Müller-Armack (1981: 506).

<sup>247</sup> Müller-Armack (1981: 493).

<sup>248</sup> Müller-Armack (1981: 496).

Ähnlich wie schon Röpke betont auch Müller-Armack hier eine Unverrückbarkeit des Richtmaßes, das bei ihm aber offen aus dem christlichen Glauben gewonnen wird.

Müller-Armack dekliniert dann diese geforderte Rückbesinnung für das Politische wie für das Wirtschaftliche durch. Politisch fordert er, dass „an die Stelle der säkularisierten Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts wieder eine von *ewigen zentralen Werten* geleitete christliche Auffassung tritt.“<sup>249</sup> Auf eine kurze Formel gebracht geht es ihm hier um die „Konstatierung gewisser Grundwerte des Christlichen, die sich der Staat zu eigen machen soll“<sup>250</sup>. Müller-Armack wendet sich hier, sichtlich enttäuscht von den Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts, vom Rationalismus und vom klassischen Liberalismus ab. Er findet, wie oben geschildert, in der säkularisierten Welt keinerlei gehaltvolle Grundlage einer Ethik und fordert darum „eine Wiederbefestigung des Lebens in einer ewigen Ordnung.“<sup>251</sup>

Für das vorliegende Vorhaben und auch für das allgemeine Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft spannend ist nun Müller-Armacks Betrachtung der Wirtschaft. Das Problem ihrer metaphysischen Überhöhung hatte er bereits angesprochen. Er ist sich nun sicher, dass dieses schädlich ist, aber es nicht einfach aufgegeben werden kann, sondern ersetzt werden muss. Denn der Harmonieglaube und der Utilitarismus sind „eine weltlich gewandte Glaubensposition schon vom Ursprung her. Ihr Harmonieglaube ist nicht wissenschaftliche Einsicht, sondern Gestein aus religiösen Schichten.“<sup>252</sup> Durch die ontologische Überhöhung der Wirtschaft „verdrängte auf ein Jahrhundert die Analyse des wirtschaftlichen Seins jedes Interesse an einer Wirtschaftsethik.“<sup>253</sup> Dieses soll nun wiedererweckt werden. Müller-Armack fordert darum für die Gestaltung einer Wirtschaftsordnung – gleich seiner politischen Ordnung – „ein klares Bekenntnis zu den zielsichernden zentralen Werten, die [...] nur dem christlichen Wertefundament entstammen können.“<sup>254</sup> Sein Programm einer „Sozialen Marktwirtschaft“ versteht er darum als eine Neuordnung der Wirtschaft, bei der „die sachliche wirtschaftswissenschaftliche Erfahrung der Vergangenheit sich verbindet mit dem Wissen um die zentralen geistigen Werte, die es auch im Wirtschaftlichen zu sichern gilt.“<sup>255</sup>

---

<sup>249</sup> Müller-Armack (1981: 499), Hvh. A.L.

<sup>250</sup> Müller-Armack (1981: 500).

<sup>251</sup> Müller-Armack (1981: 494).

<sup>252</sup> Müller-Armack (1981: 503).

<sup>253</sup> Müller-Armack (1981: 503).

<sup>254</sup> Müller-Armack (1981: 507).

<sup>255</sup> Müller-Armack (1981: 508).

Mitunter sind diese Voraussetzungen auch in seinen wirtschaftswissenschaftlichen Schriften erkennbar, beispielsweise wenn er in „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ erklärt, „daß die marktwirtschaftliche Organisationsform ihre Überlegenheit nur zu entfalten vermag, wenn ihr aus geistigen und politischen Kräften eine feste äußere Ordnung gegeben wird.“<sup>256</sup> Diese Aussage ist nun besser zu verstehen – die politischen Kräfte sind im Ordnungsrahmen, die geistigen Kräfte im christlichen Glauben zu suchen, denn eine Antwort auf die Frage nach den sittlichen Werten ist bei Müller-Armack „nur vom Religiösen her zu gewinnen“<sup>257</sup>. Müller-Armack fordert eine „von überragenden Werten her gestaltete und gesteuerte Marktwirtschaft“<sup>258</sup> – es wird nun klar, dass diese *überragenden Werte* die Werte des Christentums sein müssen. Schlussendlich geht es Müller-Armack in seiner Arbeit darum, „um ein ganz bestimmtes, nämlich christliches Menschenbild herum eine adäquate Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzubauen.“<sup>259</sup>

Diese metaphysische Wende Müller-Armacks ist etwas überraschend. Betrachtet man sein gesamtes Werk, spricht dort doch im Grunde ein aufgeklärter, modern denkender Europäer. Die Tatsache, dass er einer „weltlichen“ Ethik jedoch rigoros jedwede Tragfähigkeit abspricht und seine gesellschafts- und wirtschaftspolitische Theorie auf das unverrückbare Fundament des christlichen Glaubens baut, führt in einer modernen, pluralistischen Welt zu Problemen.

Die Soziale Marktwirtschaft hat seither für verschiedenste ordnungspolitische Perspektiven herhalten müssen. Sowohl die stark auf einen Wohlfahrtsstaat ausgerichtete Politik der Bundesrepublik in den 1960er und 70er Jahren als auch die neoliberale Wende der 1990er Jahre wurden immer im Namen der Sozialen Marktwirtschaft vollzogen. Realpolitisch ist sie ein Dach, unter dem sich alle Parteien, die Gewerkschaften und die Kirchen in Deutschland versammeln können. Dies führt dazu, dass sie, wie Ptak konstatiert, nur noch von einem vergangenen Mythos, nämlich die Grundlage des Wirtschaftswunders gewesen zu sein, lebt und heute kaum noch ordnungspolitische Orientierung zu geben vermag.<sup>260</sup> Müller-Armack hat eine solche Schieflage noch zu Lebzeiten erkannt. Dem wirtschaftlichen Erfolg, der der Sozialen Marktwirtschaft beschieden war, fehlte es am gesellschaftlichen Rahmen, den sein

---

<sup>256</sup> Müller-Armack (1990: 15).

<sup>257</sup> Müller-Armack (1952: 463).

<sup>258</sup> Müller-Armack (1990: 114).

<sup>259</sup> Dietzfelbinger (1998: 246).

<sup>260</sup> Vgl. Ptak (2004: 299).

Konzept eigentlich seit jeher gefordert hatte. So forderte er bald nach dem Wirtschaftswunder eine zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft, mittels derer er eine „Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik“<sup>261</sup> anstrebte. Dieses Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik wurde, jenseits der geforderten „Rechristianisierung“, im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft jedoch kaum konkretisiert.

## **2.4 – Zwischenfazit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede der ordoliberalen Ansätze**

Das vorliegende Kapitel hat gezeigt, dass es sich beim Ordoliberalismus, sofern darunter denn nicht allein die Theorie Euckens verstanden wird, um eine Theorietradition handelt, die sehr vielfältig ist und unterschiedlich interpretiert werden kann.

In der Problemstellung ist der Ordoliberalismus kohärent – es finden sich bei allen ausgewählten Autoren ähnliche Interpretationen der gesellschaftlichen Lage und der Notwendigkeit, eine liberale Lösung für die Probleme zu finden. So ähneln sich vor allem die Analysen der bestehenden Wirtschaftsordnungen bzw. deren Extrempole in Form der sozialistischen Planwirtschaft sowie des kapitalistischen Liberalismus: Es geht dem Ordoliberalismus darum, die zur Zeit der Autoren herrschenden Debatten zu Liberalismus und Kollektivismus zu systematisieren, sie auf ihren jeweiligen Gehalt zu prüfen und aufzuzeigen, dass es für die Debatten wenig förderlich ist, in diesen Extrempositionen zu denken. Sie fordern darum alle gleichermaßen einen *liberalen Gesellschaftsentwurf*, der jedoch die Kritik des Sozialismus ernst nehmen und berücksichtigen will. Dies wird vor allem in der Vorstellung einer „sozialen Irenik“ von Müller-Armack deutlich, wenn er fordert, „die weltanschaulichen Positionen der Gegenwart zur Gemeinsamkeit eines Anliegens zusammenzuführen“<sup>262</sup>, um daraus eine „übergreifende Sozialidee“<sup>263</sup> zu entwickeln.

Gemeinsam ist den Entwürfen außerdem, dass sie im Sinne der Interdependenz der Ordnung den Rechtsstaat, die Demokratie und die Marktwirtschaft für jeweils wechselseitig voneinander abhängig betrachten. Fehlte eine der Institutionen, müssten

---

<sup>261</sup> Müller-Armack (1960: 267), zitiert nach: Quaas (2000: 410).

<sup>262</sup> Müller-Armack (1981: 564).

<sup>263</sup> Müller-Armack (1981: 575).

die anderen Bereiche ebenfalls scheitern. Darum trauen sie einzig einer freiheitlichen *marktwirtschaftlichen Ordnung* zu, ihrer übergreifenden Gesellschaftsordnungsidee gerecht zu werden.

Auf die Marktwirtschaft bezogen bietet sich weiterhin ein ziemlich einheitliches Bild: Es wird deutlich, dass der Ordoliberalismus dafür steht, dass man nicht eine radikal freie, sondern eine gemäßigte, menschliche Marktwirtschaft wünscht. Zwar ist die Marktwirtschaft für alle Ordoliberalen die produktivste und freiheitsförderndste Gestaltungsform der Wirtschaft, doch würde eine schlichtweg freie Marktwirtschaft unweigerlich zu ungewünschten gesellschaftlichen Problemen führen. So sei sie zum Scheitern verurteilt, solange sie nicht staatlich gestaltet und eingerahmt wird. In diesem Rahmen sind klare Richtlinien zu verankern, wo Marktwirtschaft herrschen soll, wie diese abzulaufen hat und wie sie gesichert werden kann.

Trotz dieser gemeinsamen Ausgangspunkte gehen die Vorstellungen darüber, wie dies im Einzelnen ausgestaltet werden kann, mitunter auseinander. Die Positionen konnten hier nur skizziert und nicht abschließend dargestellt werden. Es sollte jedoch deutlich geworden sein, dass sich die Vorstellungen der Freiburger Schule, die ja den Begriff des Ordo in die Debatte gebracht und somit den Begriff des Ordoliberalismus geprägt hat, von denen der anderen Autoren maßgeblich unterscheiden.

In den ordnungspolitischen Debatten gibt es zwar noch viele Gemeinsamkeiten, die größten Unterschiede liegen jedoch in der Forderung nach einer Individualethik als Fundament, das die marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung stützt und mäßigt. Während Eucken eine solche gar nicht fordert und eine nach seinen Prinzipien gestaltete Wettbewerbsordnung ausreicht, um seiner Vorstellung des Ordo gerecht zu werden, fordern Röpke, Rüstow und Müller-Armack explizit ein moralisches Fundament der Marktwirtschaft. Grundlage dieser gesellschaftlichen Umrahmung ist eine Individualethik, die auf einer Tugendethik der Sittlichkeit und einer Rückbesinnung auf christliche Werte als Fundament der Gesellschaft basiert.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Gedanken der Ordoliberalen für aktuelle wirtschaftsethische und -politische Debatten fruchtbar zu machen. Aufgrund der geringen Einheitlichkeit ihrer Ausgestaltungsempfehlungen ist dies kein leichtes Unterfangen. Im Folgenden wird dennoch der Versuch unternommen, systematisch zu untersuchen, inwiefern die Ideen und Forderungen des Ordoliberalismus für ordnungspolitische Probleme des 21. Jahrhunderts noch hilfreich sein können.

### **3 – Die Bedeutung des Ordoliberalismus für eine Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts**

Mit dem gewonnenen Verständnis der konzeptionellen Grundideen des Ordoliberalismus kann nun untersucht werden, inwiefern dieser Ordoliberalismus heute noch gesellschafts- und wirtschaftspolitische Orientierung bieten kann. Folgende Aspekte sind dabei von besonderem Interesse:

- 1.) Der generelle Anstoß der ordoliberalen Betrachtung: Sollte sich das Theorieinteresse als Ausgangspunkt der ordoliberalen Diskussionen maßgeblich vom heutigen Interesse und der aktuellen Problemlage unterscheiden, könnte das schon die Bedeutung des Ordoliberalismus für heutige wirtschaftspolitische Debatten maßgeblich schmälern. Im Gegenzug wäre der Ordoliberalismus möglicherweise nützlich, insofern sein *Anliegen* für heutige Probleme wieder fruchtbar gemacht werden könnte.
- 2.) Aus philosophischer Sicht gibt es zwei Aspekte, die den ordoliberalen Entwurf ausmachen: das ihm zugrundeliegende Menschenbild sowie die Gestaltung der Institutionen, letztlich also sein individual- sowie ordnungsethischer Gehalt. Diese beiden Dimensionen der ordoliberalen Konzeption müssen untersucht werden, damit beurteilt werden kann, ob die normativen Aspekte der ordoliberalen Gesamtordnung, die eben die individual- und ordnungsethische Dimension umfassen, heute noch tragbar sind und nutzbar gemacht werden können.
- 3.) Vorwegzunehmen ist, dass der Ordoliberalismus heute keine sonderlich große Bedeutung mehr in gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Debatten hat und im Grunde nur noch in seinem Einfluss auf die Soziale Marktwirtschaft weiterlebt. Die Soziale Marktwirtschaft hat es – im Gegensatz zum Ordoliberalismus – geschafft, bis heute als ein wesentlicher Begriff im politischen Diskurs wahrgenommen zu werden. Welcher Gehalt in diesem Begriff steckt und ob er heute noch nützlich sein kann, soll ebenfalls untersucht werden.

Beim Versuch, den Ordoliberalismus auf seine Tauglichkeit für aktuelle Probleme hin zu durchleuchten, stellt die Durchdringung der normativen Hintergründe des Ordoliberalismus den methodischen Leitgedanken dieses Kapitels dar. Bereits im letzten Kapitel wurde deutlich, dass der Ordoliberalismus nicht bloß ein rein technischer, nationalökonomischer Entwurf ist, sondern eine Gesellschaftstheorie

darstellt, die ganz bestimmte normative Ansprüche an Freiheit und Gerechtigkeit stellt. Die im Folgenden am Ordoliberalismus geübte Kritik ergibt sich dabei inhärent aus dem Selbstanspruch des Ordoliberalismus und der kritischen Perspektive einer integrativen Wirtschaftsethik.

### **3.1 – Die Analyse der Gesellschaftskrise und die Forderung nach einer neuen Gesamtordnung**

Wie gezeigt war es der Ausgangspunkt des Ordoliberalismus, aus der historischen Extremsituation während und nach dem Zweiten Weltkrieg die großen Idealismen des 20. Jahrhunderts schonungslos zu analysieren und ihre Schwächen offenzulegen. Dies gilt sowohl für den Kollektivismus wie auch für den frühen Liberalismus. Beide Strömungen wurden von den Ordoliberalen in ihrer historischen Form verworfen (aus Gründen, die in Abschnitt 2.2 dargelegt wurden).

Heute scheint im Grunde Einigkeit darüber zu herrschen, dass der die Länder dieser Welt trennende Gegensatz zwischen Sozialismus und Liberalismus im Großen und Ganzen passé sei, da der Sozialismus seit des Zusammenbruchs der Sowjetunion weitgehend als gescheitert gilt und nur noch in wenigen Ländern überhaupt als offiziell gültige Gesellschaftsform aufrechterhalten wird. Die Bürger dieser verbleibenden Länder leiden zudem meist unter dieser Gesellschaftsform aufgrund von Unfreiheit und Armut. Der Sozialismus hat weltweit an Ansehen verloren und scheint im 21. Jahrhundert kaum noch Legitimität zu besitzen – der Liberalismus hingegen scheint der historische Sieger zu sein.

Während sich der Liberalismus zwar erfolgreich durchgesetzt hat, ist es jedoch keineswegs so, dass es nun keine Kritik mehr an dieser Gesellschaftsform gäbe. Bereits die Zuschreibung „liberal“ ist schwierig, da unterschiedliche Länder ganz verschiedenliche „Liberalismen“ vertreten – man denke nur an die sehr unterschiedlich gestalteten Gesellschaften Amerikas, der skandinavischen Länder, Japans oder Deutschlands. Betrachtet man das Beispiel Deutschlands, fallen sofort wesentliche Probleme in Bezug auf gesellschafts- und wirtschaftspolitische Fragen auf. Erstaunlich ist nun, dass der Ordoliberalismus mit seinen Analysen des klassischen Liberalismus, die inzwischen gut 70 bis 80 Jahre alt sind, auch die heutige Situation treffend zu beschreiben vermag. Betrachtet man die Kritik der Ordoliberalen am Wirtschaftsliberalismus, so liest sich diese Analyse in weiten Teilen wie die aktuell



angeführte Kritik am Neoliberalismus im 21. Jahrhundert, der (erneut) zu einer zunehmenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche geführt hat.

Röpke analysierte bereits 1944, dass der Wirtschaftsliberalismus dem Irrglauben verhaftet sei, „daß die durch die Konkurrenz gesteuerte Marktwirtschaft einen in sich selbst ruhenden, an keinerlei soziologisch-moralische Voraussetzungen gebundenen Kosmos, einen ‚ordre naturel‘ darstelle, demgegenüber die Menschen nur noch die negative Aufgabe hätten, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen.“<sup>264</sup> Die heutige Situation scheint nicht sonderlich verschieden von dieser Beschreibung. Waren nicht die 1980er und 90er Jahre ebenso geprägt von dieser rein negativen Aufgabe, alle Hindernisse des wirtschaftlichen Wachstums aus dem Weg zu räumen? Die westlichen Industrienationen verfolgten im Namen des Neoliberalismus genau diese politische Agenda – der Marktwirtschaft möglichst alle Hindernisse zu nehmen und sie darüber hinaus sich nach Möglichkeit selbst zu überlassen. Nahezu alle Punkte, die dem klassischen Liberalismus von den Ordoliberalen vorgeworfen wurden (vgl. Abschnitt 2.2.2), können auch heute so oder so ähnlich der neoliberalen Politik der vergangenen Jahrzehnte zur Last gelegt werden: das grenzenlose Vertrauen der Politik in die Märkte und deren metaphysische Überhöhung, der Utilitarismus als herrschende Doktrin der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie, die Soziologieblindheit des Liberalismus, der Ökonomismus, der zu einer Marktgesellschaft geführt hat und alle Bereiche der Gesellschaft mit der ökonomischen Logik infizierte, die Übermacht der Unternehmen und der Banken, die Abhängigkeit und Machtlosigkeit der Politik – all das hatte der Ordoliberalismus seiner Zeit bereits weitgehend diagnostiziert und ausgiebig kritisiert. Die derzeitigen Krisen zeigen in diesem Sinne ein erneutes „Versagen des Wirtschaftsliberalismus“. Ohne das bereits Gesagte hier nun wiederholen zu wollen, soll dazu erneut exemplarisch Rüstow zu Wort kommen:

„Die Liberalen sahen nicht die soziologische Notwendigkeit, den Markt durch Integration anderer Art einzurahmen und dadurch gegen die fehlende Integrationskraft der Konkurrenz ein Gegengewicht zu schaffen. Sie gingen gelegentlich sogar so weit, die Konkurrenz als Universalprinzip zu proklamieren, auch für Lebensbereiche außerhalb der Wirtschaft. Sobald das Erbgut überkommener Integrationen aufgebraucht war, trat infolgedessen eine fortschreitende Zersetzung und Atomisierung des Sozialkörpers ein.“<sup>265</sup>

Es ist traurige Ironie der Geschichte, dass sich dieses Versagen des Wirtschaftsliberalismus, diese metaphysische Überhöhung der wirtschaftlichen

---

<sup>264</sup> Röpke (1944: 112).

<sup>265</sup> Rüstow (1950: 92f.).

Freiheit und die Soziologieblindheit der Wirtschaftswissenschaft, erneut so wiederholen sollten. So vermutete Röpke schon damals, „daß sich unsere Kultur deshalb überall in unlösbar scheinende Probleme verstrickt, weil sie mit der elementaren Aufgabe einer wohlgeordneten und dem Menschen angemessenen Wirtschaftsverfassung nicht recht fertig wird“<sup>266</sup> – so wiederholt sich scheinbar die Geschichte. Die schonungslose, stringente und heute immer noch treffende Analyse der Ordoliberalen ist einer der Gründe, warum in der derzeitigen Krise häufig zu diesen Autoren geschaut und bei ihnen nach Lösungen gesucht wird (vgl. dazu Kapitel 1). Die oft scharfe und treffende Analyse der heute erneut auftretenden Probleme macht es naheliegend, auch die Lösungen von damals zu betrachten – war doch im Anschluss an die ordolibérale Theorie im Programm der Sozialen Marktwirtschaft ein deutsches Wirtschaftswunder entstanden, das genau die Verfehlungen des Wirtschaftsliberalismus zu vermeiden suchte.

Der ordolibérale Ausgangspunkt ist also auch heute noch gefragt. Doch wie sehen die Lösungen der Aufgaben im Lichte unserer Zeit aus – könnten sie auch heute ein politisches Programm, gleichsam einen Neo-Ordoliberalismus begründen? So wird heute Müller-Armacks Forderung wieder aktuell, wenn er sagt:

„Es wird Entscheidendes für die Erhaltung unserer wirtschaftlichen Kultur davon abhängen, ob es gelingt, die marktwirtschaftliche Form ihrer hohen Leistungsfähigkeit wegen zu erhalten, aber sie doch gleichzeitig einer bewußt gestalteten Gesamtordnung einzufügen.“<sup>267</sup>

Hier sind die beiden ordnungspolitischen Forderungen der Ordoliberalismus versammelt: Eine Marktwirtschaft, die aufgrund ihrer Produktivität jeder anderen Wirtschaftsform überlegen scheint, und eine politische Gestaltung selbiger, um die Wirtschaft in eine Gesamtordnung einzufügen. Eucken schrieb dazu 1952:

„Heute lebt diese Idee wieder auf, angesichts der dringenden Notwendigkeit, für die industrialisierte Wirtschaft die fehlende funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Rechtes und des Staates zu finden.“<sup>268</sup>

Diese Aufgabe ist heute auch wieder aktuell, fehlt den liberalen Gesellschaften doch offensichtlich zurzeit ein ebensolches Leitbild. Das Verhältnis von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ist zerrüttet und in eine nur schwer erträgliche Schieflage geraten. Der demokratischen Politik wird kaum noch die Fähigkeit zugetraut, die

---

<sup>266</sup> Röpke (1994: 327).

<sup>267</sup> Müller-Armack (1990: 103).

<sup>268</sup> Eucken (1990: 373).

Probleme tatsächlich zu lösen, während die Wirtschaft (vor allem die Finanzwirtschaft) gesellschaftlich entkoppelt scheint und sich für gesellschaftliche Belange nicht zuständig fühlt. Es fehlt eine Gesamtordnung, die wieder Orientierung zu geben und die Wirtschaft in ein gesamtgesellschaftliches Umfeld einzubetten vermag. Eine solche ist bisher jedoch nicht in Aussicht; selbst die Sozialdemokratie scheint heute kein erkennbares Programm mehr zu sein, das von einer sozial-orientierten Gesamtordnung her die Probleme anpacken könnte. Seit in den frühen 2000er Jahren in Deutschland selbst eine grün-sozialdemokratische Regierung dem Imperativ des Neoliberalismus folgte und eine „Agenda 2010“ durchgesetzt werden konnte, scheint die sozialdemokratische Kompetenz in Bezug auf die Gestaltung einer gerechten Gesamtordnung mehr denn je geschwächt.

Was also waren die ordoliberalen Forderungen an eine mögliche Gesamtordnung? Im Zentrum stand die Erkenntnis, dass ein Gefühl für „Maß und Mitte“<sup>269</sup> der Weg sein muss: „Es bedarf vielmehr hier einer bewußten Einstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung in eine übergreifende Lebensordnung, welche die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen zu dem rein technisch verlaufenden Prozeß der Gütererzeugung vollzieht. Der Liberalismus hat es unterlassen, diese vordringliche Aufgabe sich zu eigen zu machen“<sup>270</sup> – und der Neoliberalismus hat dies erneut versäumt. Die übergreifende Gesamtordnung, wie sie die Ordoliberalen forderten, ergab sich aus dem Zusammenschluss einer von ihnen vorgeschlagenen Individual- und Ordnungsethik. Röpke erkannte richtigerweise, dass es nicht ausreichen kann, nur Individual- oder Ordnungsethik zu betreiben: „Moralisches und Institutionelles stehen nicht in einem Verhältnis der Unterordnung, sondern in einem solchen der gleichgeordneten Wechselwirkung zueinander.“<sup>271</sup>

Nachdem die Analysen und das Anliegen des Ordoliberalismus also heute immer noch so aktuell wie damals scheinen (wenn auch heute in einer gänzlich anderen Ausgangslage) gilt es nun, die beiden gesellschaftsphilosophischen Kernbereiche, also die ordoliberale Individual- wie auch die Ordnungsethik, zu analysieren, um entscheiden zu können, wie weit die ordoliberalen Lösungen heute noch tragen können.

---

<sup>269</sup> Vgl. das gleichnamige Werk von Röpke (1979).

<sup>270</sup> Müller-Armack (1990: 93), Hvh. im Original.

<sup>271</sup> Röpke (1944: 28).

### 3.2 – Ordoliberele Individualethik

Die individualethischen Forderungen der Ordoliberalen wurden in Kapitel 2 bereits skizziert. Bei der Freiburger Schule waren derlei Überlegungen kaum zu finden, für sie ist die Einrichtung eines marktwirtschaftlichen Wettbewerbs bei vollständiger Konkurrenz im Grunde ausreichend, um dem Menschen keine weiteren ethischen Einschränkungen mehr zuzumuten. Insofern die vollständige Konkurrenz verwirklicht ist und es keine Übermacht wirtschaftlicher oder politischer Interessen mehr gibt sowie alle anderen von Eucken aufgestellten Prinzipien durchgesetzt sind, wird die Marktwirtschaft zum Wohle aller ablaufen. Es ist nicht weiter überraschend, dass Eucken sich im Grunde dem Thema der wirtschaftlichen *Macht* annimmt, denn sobald „die Subjekte vernachlässigt [werden], so erscheint Politik vornehmlich als eine Auseinandersetzung von Interessen und Macht, die innerhalb von Verfassungen und staatlichen Institutionen sowie sozialen Systemen stattfindet.“<sup>272</sup> Darum unterscheiden sich die Meinungen der übrigen Ordoliberalen in diesem Punkt wesentlich von der Konzeption Euckens. So formulierte Röpke:

„Die moralische Bedeutung der Wirtschaftsordnung insgesamt, die moralische Bedeutung des Rahmens, innerhalb dessen sich die einzelnen auf dem Markt betätigen, ist [...] so wichtig wie *die Frage des individuellen Verhaltens* innerhalb dieses Rahmens.“<sup>273</sup>

Sowohl der Sozialhumanismus als auch die Konzeption einer Sozialen Marktwirtschaft fußen auf der „Voraussetzung eines ohnehin vorhandenen Minimums an ethischen Grundüberzeugungen. Mit anderen Worten: das Wirtschaftsleben spielt sich nicht in einem moralischen Vakuum ab. Es ist vielmehr dauernd in Gefahr, die ethische Mittellage zu verlieren, wenn es nicht von starken moralischen Stützen getragen wird, die vorhanden und fortgesetzt gesichert werden müssen.“<sup>274</sup>

Wie es um die Begründung der Moral bei Müller-Armack steht, wurde zum Großteil bereits in Abschnitt 3.4 geschildert. Bei ihm geht es darum, eine Gesellschaftsordnung in Form der Sozialen Marktwirtschaft auf dem Fundament des christlichen Glaubens aufzubauen. Rüstow und Röpke haben eine ähnliche tugendethische Ausrichtung, die sich ebenso auf bürgerliche und christliche Tugenden stützt: Im vergangenen Kapitel wurde diese Tugendethik bereits skizziert. Markt und Wettbewerb können nach ihnen nur dann bestehen, „wenn alle daran Beteiligten ständig die Anstrengung einer

---

<sup>272</sup> Höffe (2004: 9).

<sup>273</sup> Röpke (1960: 18), zitiert nach: Gutmann (1989: 324), Hvh. A.L.

<sup>274</sup> Röpke (1955a: 285).

Selbstdisziplin aufbringen.“<sup>275</sup> Diese Selbstdisziplin, im letzten Kapitel als „Sittlichkeit“ oder gar „Ritterlichkeit“ benannt, „erwächst nicht aus dem Markte selber und auch nicht aus dem Spiel der hier sich messenden Interessen, sondern die Menschen müssen sie bereits besitzen, und Familie, Kirche, echte Gemeinschaften und Überlieferung müssen sie damit ausstatten.“<sup>276</sup>

### 3.2.1 – Unzeitgemäße Individualethik

Nun ist es nicht so, dass manche der geforderten Tugenden nicht auch heute noch wünschenswert wären oder eine Tugendethik allgemein abzulehnen sei. Doch ist der Bezug auf eine christlich-sittliche Tradition allein in einer pluralistischen Gesellschaft nicht mehr zeitgemäß. Die Ordoliberalen begünstigen ganz dezidiert einen bestimmten (religiösen) Lebensentwurf und diskreditieren andere. Für Haselbach ist dies die eigentliche Krux des Ordoliberalismus: „Gerade die Pluralismusfeindschaft aber ist es, an der sich das Unzeitgemäße des Ordoliberalismus erweist.“<sup>277</sup> So ist es dann auch nicht überraschend, dass die ordoliberalen Appelle „ihre normative Kraft wohl zu Recht verlieren“, da sie „nicht auf der Ebene einer unparteilichen ethischen Argumentation mit *guten Gründen* als weiterhin gültige Handlungsorientierungen ausgewiesen werden können“<sup>278</sup>, sondern dezidiert einer bestimmten, nämlich der christlichen Tradition der Autoren entspringen: „Das Soziale der Marktwirtschaft haben sie mit dem Alphabet der alten europäischen Tugendlehre buchstabiert.“<sup>279</sup> Ein Problem des Ordoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft ist folglich „ihr konservatives, an den Vorstellungen der christlichen Soziallehre ausgerichtetes Gesellschaftsbild, das als eine Art ethischer Grundkonsens das Fundament der bundesrepublikanischen Gesellschaft bilden soll und auch der Wirtschaft ‚ihre Richtung‘ vorgibt; eine Annahme, die wohl schon zum Zeitpunkt ihrer Niederschrift als überholt gegolten haben dürfte, spätestens aber seit der so genannten 68er-Bewegung für die bundesrepublikanische Gesellschaft nicht mehr zutrifft.“<sup>280</sup>

---

<sup>275</sup> Röpke (1956: 306).

<sup>276</sup> Röpke (1956: 306).

<sup>277</sup> Haselbach (1991: 21).

<sup>278</sup> Beides Ulrich (2008: 39).

<sup>279</sup> Kersting (2010: 47).

<sup>280</sup> Abländer / Ulrich (2009: 15).

So wünschenswert manche der von den Ordoliberalen geforderten Tugenden auch sein mögen, scheint es wenig aussichtsreich, heute nur an „Familie, Kirche, echte Gemeinschaften“<sup>281</sup> als Autoritäten zu appellieren, um die Marktteilnehmer zu ethisch korrektem Verhalten im Wettbewerb anzuleiten. Eine moderne Ethik, die hier im Sinne einer Vernunftethik verstanden werden soll, kann nicht auf vormoderne, kataloghafte Begründungsmuster zurückgreifen. Im Sinne einer Diskursethik sind solche ethischen Ansprüche immer begründungspflichtig, darum muss der ethische Gehalt unserer Handlungen ständig im gesellschaftlichen Diskurs legitimiert werden und kann sich auf keine metaphysische oder weltliche Autorität stützen. Es geht heute um die Suche nach allgemein anerkennungswürdigen Grundlagen unserer Gesellschaft, die sich eben nicht aus einer autoritären Ethik ableiten lassen. Einige Appelle der Ordoliberalen klingen darum heute wie leere Phrasen, wenn Röpke bspw. fordert: „Es muss höhere ethische Werte geben, die wir mit Erfolg anrufen können: Gerechtigkeit, Verantwortung für das Ganze, Wohlwollen und Sympathie“<sup>282</sup> – die Entscheidung für diese Werte wird nicht weiter ausgeführt. Auch wie die Institutionen einer Gesellschaft gestaltet sein müssten, um die Werte zu fördern, wird kaum thematisiert. Stattdessen wird eine „unerschütterliche und richtunggebende Besinnung auf Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde, Ehrfurcht vor dem Leben und den letzten Dingen und die pflegliche Bewahrung und Befestigung der geistig-religiösen Grundlagen all dieser Werte und Lebensgüter, Förderung der dem Menschen gemäßen Formen des Daseins, die allem diesem Halt und Schutz geben“<sup>283</sup> gefordert. Dies sind alles Werte eines humanistischen Bürgertums, die aber nicht weiter begründet werden. Es wird außerdem nicht thematisiert, dass die „letzten Dinge“ vielleicht doch nicht in Stein gemeißelt sind. Wie diese Werte mit der ordnungspolitischen Gestaltung der gesellschaftlichen Institutionen verknüpft sind, wird ebenfalls nicht ausgeführt. So bleibt es bei schlichten Appellen an diese Werte, die dem Zweck dienen, letztlich „in einem neuen Humanismus“ zu gipfeln, „in dem Markt und Geist in gemeinsamem Dienste an den höchsten Werten versöhnt sind.“<sup>284</sup> Ohne eine wohlbegründete Legitimation ist eine solche Tugendethik jedoch zurückzuweisen.

---

<sup>281</sup> Röpke (1956: 306).

<sup>282</sup> Röpke (1958: 169).

<sup>283</sup> Röpke (1958: 154).

<sup>284</sup> Röpke (1958: 159).

### 3.2.2 – Paradoxe Individualethik

Die zitierte Versöhnung von Markt und Geist benennt einen anderen interessanten Aspekt, führt sie doch vom Problem der unzeitgemäßen Tugendethik direkt zu einem weiteren wesentlichen Problem der tugendethischen Anforderungen bei Röpke und Müller-Armack. Gemeint ist die Tatsache, dass sich die Forderungen an die Individuen mitunter widersprechen, also genau nicht versöhnt sind und schlussendlich in Paradoxien enden, auf die Thielemann treffend hingewiesen hat.<sup>285</sup> Denn die Ordoliberalen fordern mitunter zwei sich widersprechende konstitutive Bedingungen für den Wettbewerb am Markt: Die Paradoxie liegt darin, dass die Wettbewerbsordnung eigentlich nur im Modus der egoistischen Verfolgung des Eigeninteresses, zumindest aber nur unter einem individuellen Leistungszwang angemessen funktioniert. Gleichzeitig setzt sie aber bei allen Individuen in ihrer Eigenschaft als Bürger eine Tugendhaftigkeit voraus, die den Markt begrenzen und einbetten soll. Das Problem, wie Thielemann es erkennt, liegt darin, dass die ordolibérale Konzeption die individuelle Verfolgung des Eigeninteresses am Markt fordert, während der Markt als *Voraussetzung* gleichzeitig mehr Gemeinsinn und Tugend zwecks sozialer Einbettung benötigen würde.

Sowohl von Müller-Armack als auch von Röpke wurde, wie in Kapitel 2 beschrieben, diagnostiziert, dass der Wettbewerb nicht ohne geistige, ethische, moralische oder soziale Grundlagen bestehen kann. Diese Grundlagen bestehen aus den bereits mehrfach genannten Tugenden einer bürgerlich-christlichen Sittlichkeit. Ein solcher Gemeinsinn ist das Fundament, auf dem der Markt beruhen und der ihn einrahmen soll – ohne die sittlichen Voraussetzungen könne er nicht angemessen funktionieren: „Markt und Wettbewerb sind weit davon entfernt, die ihnen notwendigen moralischen Voraussetzungen autonom zu erzeugen“<sup>286</sup> – sie müssen darum gleichsam von außen von den Marktteilnehmern mitgebracht werden. Gleichzeitig fordern die Autoren jedoch, dass der Wettbewerb „eine stete Verteidigung der Erwerbsstellungen verlangt und so den einzelnen zu höchster Leistungssteigerung zwingt.“<sup>287</sup> Der Wettbewerb sei „ein Instrument, äußerste Leistungen zu erzwingen“<sup>288</sup> und die Wirtschaftspolitik müsse „dem echten Wettbewerb seine volle Schärfe zurückgeben. Daß ein solcher Wettbewerb von allen als unangenehm und von den Unterliegenden als ruinös

---

<sup>285</sup> Vgl. Thielemann (2010: 278-290).

<sup>286</sup> Röpke (1966: 187), zitiert nach: Thielemann (2010: 285).

<sup>287</sup> Müller-Armack (1990: 80).

<sup>288</sup> Müller-Armack (1990: 105).

empfundene wird, kann nichts an dem Faktum ändern, daß nur [...] [ein solcher Wettbewerb] die letzte Leistungsenergie entfesselt“.<sup>289</sup> Hier ist plötzlich nicht mehr viel übrig von Tugendhaftigkeit, es geht plötzlich darum, „Leistungsenergie zu entfesseln“ und „äußerste Leistungen zu erzwingen“.

Röpke argumentiert zwar an einer Stelle gegen die Vorstellung des entfesselten Egoismus, der dem Wohle aller dienen solle. So lehnt er es ab, „an eine Art von ‚aufgeklärtem Egoismus‘ zu appellieren“, er glaube nicht daran, dass es für alle „am vorteilhaftesten und nützlichsten sei, wenn sie sich der Disziplin des Marktes und des Wettbewerbs unterwerfen“<sup>290</sup>. Er fürchtet sogar, „daß es das Unweiseste und Gefährlichste von der Welt ist, die Gesellschaft zu einem solchen ständigen Wettrennen zu machen“<sup>291</sup>, zu dem es mit einer wettbewerblichen Marktwirtschaft kommen könnte. Gleichzeitig schreibt er an anderer Stelle, „daß unser Wirtschaftssystem in der Tat mit der Konkurrenz steht und fällt“<sup>292</sup> und der Wettbewerb nicht funktionieren würde ohne des „ständigen Antriebs zur Höchstleistung“<sup>293</sup>. So soll also zwar kein Egoismus oder Wettrennen herrschen, der ständige Antrieb zur Höchstleistung sei aber elementar für die Funktion des Wettbewerbs. Das Zaubermittel, um diesen Anspruch zu vereinen, ist für Röpke die Konkurrenz, „da nur sie den Wildbach des Privatinteresses zu bändigen und in eine wohltätige Kraft zu verwandeln vermag.“<sup>294</sup> Röpke erkennt die „sozial desintegrierende Wirkung des Wettbewerbs“<sup>295</sup> – gelöst wird dieses Problem allerdings einzig durch den Appell an moralische Kräfte der sittlichen Individuen:

„Die entscheidende Form der Umgrenzung und Moderierung des Wettbewerbs ist indessen, es kann nicht oft genug wiederholt werden, in den moralischen Kräften zu suchen, die in den an der Marktwirtschaft Beteiligten lebendig sein müssen.“<sup>296</sup>

Und Rüstow ergänzt ähnlich: „Allerdings setzt die Konkurrenz, wenn sie auf die Dauer funktionieren soll, einen gewissen Grad von sozialer Verbundenheit voraus“<sup>297</sup>. Innerhalb der Wirtschaft sind solche Aspekte dann aber wieder kein Thema mehr, da

---

<sup>289</sup> Müller-Armack (1990: 105).

<sup>290</sup> Beides Röpke (1955a: 284).

<sup>291</sup> Röpke (1958: 316).

<sup>292</sup> Röpke (1994: 304).

<sup>293</sup> Röpke (1958: 136).

<sup>294</sup> Röpke (1994: 304f.).

<sup>295</sup> Röpke (1958: 173).

<sup>296</sup> Röpke (1958: 175).

<sup>297</sup> Rüstow (1950: 91, Fußnote 2), Hvh. im Original.



man „sich aus guten Gründen dazu entschließt, auf Integration [von Werten politischer, ethischer oder religiöser Natur, A.L.] innerhalb der Wirtschaft zu verzichten“<sup>298</sup> – „[v]on der Wirtschaft als solcher ist ethisch nur zu fordern [...], dass sie die außerwirtschaftlichen Integrationsmöglichkeiten nicht behindert“<sup>299</sup>.

Diese Spannung, die vielfach in den Werken der Ordoliberalen vorhanden ist, wird zwar mitunter erkannt, aber nicht aufgelöst. Einerseits fordert Röpke das tugendhafte Individuum, das den Markt in „Maß und Mitte“ halten kann, während gleichzeitig jedoch ein Leistungsdruck auf dem Markt herrschen soll, der dann wohltätig für alle sei.

Röpke schafft es hier nicht, über den Appell an Maß und Anstand hinaus eine Einbettung der Marktwirtschaft konstruktiv darzulegen. Man findet eine Forderung nach Gemeinsinn, die sich mit einer Forderung nach Leistungswettbewerb überschneidet. So spaltet sich dann letztlich das Individuum in eine Person, die einerseits im Markt und eine Person, die andererseits als Bürger agiert. Es kommt zu einer inneren Spannung des Individuums zwischen Wirtschaftsakteur und Staatsbürger und somit möglicherweise zum Verlust der persönlichen Integrität.<sup>300</sup> So entwickeln sich Personen, die einerseits im wirtschaftlichen Handeln erfolgsorientiert und rücksichtslos, im Privatleben aber dann verständig, gesellschaftlich engagiert usw. sein sollen. Wie aber soll jemand, der im wirtschaftlichen Alltag zu äußerster Leistung gezwungen wird und der, um am Markt zu bestehen, darauf angewiesen ist, erfolgreich das „Marktspiel“ mitzuspielen, gleichzeitig, quasi in seiner Freizeit, als politischer Bürger den Markt in seine Schranken weisen? Der Ordoliberalismus bietet hier keine zufriedenstellende Lösung an.

Nun wurde die Freiburger Schule an dieser Stelle etwas außer Acht gelassen. Der Grund dafür liegt darin, dass Eucken eigentlich keine individualethischen Ansprüche stellt und somit vor der Paradoxie gefeit sein sollte. Thielemann geht so weit zu sagen, die Freiburger Schule „stellt an die Integrität (bzw. den ‚Gemeingeist‘) überhaupt keine Anforderungen, jedenfalls was Fragen positiver Gerechtigkeit (Solidarität und Fairness) anbelangt“<sup>301</sup>. Dies deckt sich im Grunde mit der vorliegenden Interpretation der Freiburger Schule in Abschnitt 2.3.1. Dennoch findet sich auch dort eine solche Paradoxie, und zwar, wenn Böhm den Entwurf Euckens ergänzt. Bei Böhm taucht plötzlich doch ein individualethisches Moment auf, wenn er erklärt, dass auch „das

---

<sup>298</sup> Rüstow (1950: 92).

<sup>299</sup> Rüstow (1950: 92).

<sup>300</sup> Thielemann (2010: 286).

<sup>301</sup> Thielemann (2010: 284).

sich selbst steuernde System [der Wettbewerbsordnung, A.L.] bei denjenigen, die sich für seine Pflege und Verbesserung verantwortlich fühlen, das heißt bei uns allen in unserer Eigenschaft als Bürger unseres Landes, ein ungewöhnliches Maß von Gemeingeist voraus [setzt].“<sup>302</sup> Böhm ergänzt den Ansatz der Freiburger Schule jedoch nur um eine Art „Minimaethik“: so stellt die wettbewerbliche Marktwirtschaftsordnung „ziemlich geringe Anforderungen an das Vorhandensein von Gemeingeist bei den Teilnehmern am Wirtschaftsverkehr“<sup>303</sup>. Hier ist erneut die Paradoxie zwischen den verschiedenen Anforderungen an das Individuum zu erkennen: Die Individuen sollen über ein „ungewöhnliches Maß an Gemeingeist“ bei den politischen Fragen in ihrer „Eigenschaft als Bürger“ verfügen, während die Wirtschaft selbst so gut wie keines Gemeinsinns bedarf. Erneut spaltet sich das Individuum und verliert seine Integrität. Der Ordoliberalismus verfängt sich an dieser Stelle also in widersprüchlichen Anforderungen, die lebensweltlich zu Spannungen oder Missverständnissen führen müssen. Es ist diesbezüglich nicht weiter überraschend, dass die Soziale Marktwirtschaft (als realpolitische Manifestation dieser Theorien) ebenfalls als widersprüchlich oder wenig präzise wahrgenommen wird.

### **3.2.3 – Ordoliberaler Kulturpessimismus**

Ebenso kritisch wie die tugendethischen Anforderungen an die Bürger muten heute die vorwiegend bei Röpke und Rüstow anzutreffenden kulturpessimistischen Äußerungen an. Ausgehend von Röpkes Analyse der „Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ romantisieren die beiden Autoren wiederholt vergangene Zeiten und fordern eine Rückbesinnung zu vormals etablierten Werten und Lebensweisen. Dieser Romantisierung ist sich Röpke durchaus bewusst, doch hält er sie allem Anschein nach für zielführend. So hält er es gar nicht für notwendig, den „Vorwurf [zu] erwidern, daß das Romantik sei. Ganz gewiß ist es das, wenn man darunter den Widerstand gegen die Zerstörung von Würde und Poesie, der ‚unbought graces of life‘, versteht. Zu der Romantik eines solchen Widerstandes sollten wir uns rückhaltlos, ja mit Stolz bekennen, ohne uns durch unweise Neunmalklugen einschüchtern und schulmeistern zu lassen.“<sup>304</sup> Auch wenn romantische Vorstellungen hier keinesfalls pauschal kritisiert

---

<sup>302</sup> Böhm (1971: 304).

<sup>303</sup> Böhm (1971: 304).

<sup>304</sup> Röpke (1958: 115).

werden sollen, scheint die ordoliberalen Romantik doch etwas vormodern und damit unzeitgemäß.

Das Grundproblem der modernen Gesellschaft ist für Rüstow und Röpke die zunehmende „Vermassung“<sup>305</sup> und Technisierung. In diesen Entwicklungen erkennen sie die Wurzel allen Übels, da sie es sind, die den Zusammenhalt familiärer Nähe und auch die Solidarität innerhalb der Gesellschaft erodieren und den Einzelnen in anonymen Strukturen untergehen lassen. So liegt „der tiefste Sitz der Krankheit unserer Kultur [...] in der geistig-religiösen Krise, die sich in jedem einzelnen vollzogen hat und nur in der Seele jedes einzelnen auch überwunden werden kann.“<sup>306</sup> Die moderne Gesellschaft „hat eine Lage geschaffen, in der der Mensch als geistig-moralisches Wesen nicht existieren kann. [...] Über die erschreckende Entchristlichung und irreligiöse Säkularisierung kann gewiß kein mit sich selbst Ehrlicher ernstlich im Zweifel sein.“<sup>307</sup> Wie düster Röpke die Zukunft der Gesellschaft sieht, wird in seiner Beschreibung des Individuums, das eine solche Gesellschaft hervorbringen muss, deutlich:

„Der neue Menschentypus, den diese düstere Vision uns vor Augen stellt, ist der ‚fragmentarische, desintegrierte‘ Mensch, das schließliche Endprodukt fortschreitender Technisierung, Spezialisierung und Funktionalisierung, die die Einheit der Persönlichkeit zersetzt und im modernen Massendasein auflöst, die Kümmerform von Homo sapiens, [...] die geistig-moralische Zwergwuchsrasse [...]“<sup>308</sup>

Wenngleich einige dieser düsteren Aussichten auch heute durchaus diagnostiziert werden könnten, sind doch die Lösungsschritte der Ordoliberalen für dieses Problem erneut problematisch (– hier zeigt sich ein Muster, das sich bei der Beschäftigung mit dem Ordoliberalismus tatsächlich oft wiederholt: Die Analysen der Krisen mögen zutreffend sein, doch die daraus gezogenen Schlüsse zur Lösung der Krisen sind meist nicht zufriedenstellend).

Wie bereits geschildert wurde, plädiert Röpke für eine Wiederbesinnung auf Familie und Kirche, die den Einzelnen tugendlich erziehen und ihm so wieder Halt geben sollen. Er fordert eine Rückkehr zu kleinfamiliären Verhältnissen, in denen der Einzelne geborgen ist und ein sittliches Rüstzeug vermittelt bekommt. Rüstow ergänzt diesen Gesellschaftsentwurf mit einem Bild, in dem jeder Arbeiter sich nach

---

<sup>305</sup> Rüstow (1950: 118), ebenso Röpke (1944: 241).

<sup>306</sup> Röpke (1958: 21).

<sup>307</sup> Röpke (1958: 21).

<sup>308</sup> Röpke (1958: 26).

Möglichkeit „in halbbäuerlicher Situation befindet, mit seiner Familie ein eigenes kleines Haus auf dem Lande bewohnt und ein eigenes ertragfähiges Grundstück besitzt.“<sup>309</sup> Die romantische Vorstellung „der Bodenverbundenheit, der Naturnähe, der Familieneinbettung und der Generationenverbundenheit“ gipfelt dann in einem „Optimum“ – dieses „bildet natürlich der Bauer selber und der ihm gleichstehende ländliche Handwerker und Gewerbetreibende.“<sup>310</sup> Diese Bilder einer vorindustrialisierten Welt tauchen bei Röpke und Rüstow immer wieder als Beschreibung eines Idealzustands auf und deuten darauf hin, dass sie zwar den wirtschaftlichen Fortschritt befürworten, dem technischen und kulturellen Fortschritt gegenüber jedoch sehr skeptisch eingestellt sind und fürchteten, er würde ausschließlich zu Vermassung führen:

Die kleinen, häuslichen Kreise der Gemeinschaft, „mit ihrer menschlichen Wärme und ihrer natürlichen Solidarität weichen der Masse, der Konzentration, der gestaltlosen Menschenanhäufung in den Großstädten und Industriezentren, der Entwurzelung, den Massenorganisationen, der anonymen Bürokratie der Riesenunternehmungen und schließlich des Staates, der diese in Individuen zerbröckelnde Gesellschaft mit dem Zwangsapparat des Wohlfahrtsstaates, der Polizei und der Steuerbehörden zusammenhält. Das war bereits vor dem zweiten Weltkrieg das Krankheitsbild der heutigen Gesellschaft, und inzwischen ist es nur noch ernster und eindeutiger geworden. Um so zwingender, wenn auch um so verzweifelter ist gleichzeitig die Therapie geworden, die die Krankheit erfordert: die Therapie der Dezentralisation, der ‚Wiederverwurzelung‘, der ‚Entmassung‘ und der ‚Entproletarisierung‘.“<sup>311</sup>

Wiederverwurzelung und Entmassung sind für Röpke durch eine sog. Strukturpolitik durchzusetzen, die „die Einkommens- und Besitzverteilung, die Betriebsgröße, die Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft und zwischen den einzelnen Ständen“<sup>312</sup> zu regeln habe – nur so könnten „die tödlichen Gefahren der Vermassung und Proletarisierung gebannt werden“<sup>313</sup>. Röpke war mit derlei Vorstellungen nicht alleine; auch Müller-Armack spricht mitunter von der wünschenswerten „Unterbringung eines großen Teils der Bevölkerung auf dem Lande und in den kleinen Städten.“<sup>314</sup> Rüstow ergänzt diese Vorschläge durch seinen Entwurf einer Vitalpolitik, die darauf abzielt, „das Vitale“ im

---

<sup>309</sup> Rüstow (1950: 143).

<sup>310</sup> Beides Rüstow (1950: 144).

<sup>311</sup> Röpke (1958: 20).

<sup>312</sup> Röpke (1944: 79f.).

<sup>313</sup> Röpke (1944: 82f.).

<sup>314</sup> Müller-Armack (1990: 139).

Menschen dadurch zu stärken, dass sie die Menschen wieder in kleinen Gemeinschaften und außerhalb der großen Städte ansiedelt. Man versuchte, mittels solcher Vital- oder Strukturpolitik „das soziale Gefüge der Gesellschaft zu beeinflussen“<sup>315</sup>, das man in seinem derzeitigen Zustand offensichtlich für nicht wünschenswert hält:

„Das zentrale praktische Ziel von Vitalpolitik ist die ‚Entproletarisierung‘, die ‚Wiederverwurzelung‘ des Menschen, ist eine kleinräumige und dezentral strukturierte Gesellschaft mit ‚gesunder Integration‘. Das wichtigste Mittel zu diesem Ziel ist die ordolibérale Siedlungspolitik. Als zentral gilt den Ordoliberalen die Förderung des Bauerntums, des bäuerlichen Familienbetriebs.“<sup>316</sup>

Haselbach beschreibt hier die Grundlagen der von Rüstow und Röpke geforderten Vitalpolitik als eine der Wirtschaft widergelagerten Gesellschaftspolitik. Derlei Struktur- bzw. Vitalpolitiken als vom Staat einzuleitende „Maßnahmen ‚gesellschaftssanitärer‘ Art gehörten so von Beginn an zum ordoliberalen Gesamtprojekt.“<sup>317</sup> Die Ordoliberalen vertraten eine dezidierte Vorstellung von Gesellschaft und wollten sich mit den Mitteln der Struktur- bzw. Vitalpolitik gegen die Entwicklung einer fortschreitenden Modernisierung wehren, die gleichzeitig als Anker und Gegengewicht zur sozial destabilisierenden Marktwirtschaft funktionieren sollte.

### **3.2.4 – Ordolibérale Demokratieskepsis**

Im Rahmen ihrer Krisenbewältigung und aus der Verachtung des Kollektivgedankens heraus treten bei Röpke und Rüstow zusätzlich immer wieder Aspekte auf, die eine gewisse Demokratie-Skepsis erkennen lassen. Beide Autoren waren angetreten, der Gefahr der „Vermassung“ entgegenzutreten, und so war ihnen auch die Vorstellung einer Massendemokratie nicht geheuer.<sup>318</sup> Die Demokratie an sich war dabei relativ unproblematisch, sei doch „das Prinzip der demokratischen Legitimität [...] das heute allein noch mögliche Prinzip eines gesunden Staates“<sup>319</sup>. Doch traute man wohl nicht allen Bürgern gleichermaßen die Mündigkeit zur Demokratie zu. Allen voran vertrat

---

<sup>315</sup> Ptak (2004: 41).

<sup>316</sup> Haselbach (1991: 222).

<sup>317</sup> Haselbach (1991: 18).

<sup>318</sup> Vgl. Ulrich (2009b: 364) sowie ausführlicher: Quaas (2000: 200f.).

<sup>319</sup> Röpke (1944: 186).

Röpke die Meinung, dass jede Gesellschaft auf sog. „Aristokraten des Gemeinsinns“<sup>320</sup> angewiesen ist. Für ihn gilt „ohne allen Zweifel, daß Führung, Verantwortung und vorbildliches Einstehen für die die Gesellschaft leitenden Normen und Werte vornehmste Pflicht und unumstrittenes Recht einer Minderheit sind, die die Spitze einer nach ihren Leistungen hierarchisch gegliederten Gesellschaftspyramide bildet und als solche bereitwillig und mit der ihr zukommenden Achtung anerkannt wird.“<sup>321</sup> Diese Spitze der Gesellschaftspyramide rekrutiert sich aus „solchen, die den Mut haben, gerade zum exzentrisch Neuen nein zu sagen, [die] im Namen des ‚alten Wahren‘ [...], im Namen des geschichtlich Bewährten, des unzerstörbar und schlicht Menschlichen“<sup>322</sup> einen „Aufstand der Eliten“<sup>323</sup> dem Aufstand der Massen entgegensetzen. Diese Aristokraten, die Röpke die „nobilitas naturalis“<sup>324</sup> nennt, seien unverzichtbar, um der Gesellschaft ein leuchtendes Beispiel zu sein:

„Dabei erweist sich auch die von den Menschen willig anerkannte Autorität jener dünnen Schicht einer nobilitas naturalis als unentbehrlich, in die einige wenige durch ein exemplarisches Leben der entsagungsvollen Leistung, der unantastbaren Integrität, der ständigen Bändigung des gemeinen Appetits und des höchsten allgemeinen Beispiels zu einer die Maßstäbe setzenden Stellung über den Klassen, Interessen, Leidenschaften, Bosheiten und Torheiten emporsteigen und das Gewissen der Nation verkörpern. Eine *freie Gesellschaft* kann ohne eine solche Zensorenklasse nicht bestehen [...].“<sup>325</sup>

Röpke offenbart hier ein eigentümliches Verständnis von Liberalismus, also einer freien Gesellschaft, die gleichzeitig einer Zensorenklasse unterstehen soll. Für Röpke entsteht so eine Ordnung des Moralischen, die für ihn die Lösung der „ethischen Grundfragen unseres eigenen Wirtschaftssystems“<sup>326</sup> darstellt. Die Tugend wird hier von einer führenden Klasse, den „Aristokraten des Gemeinsinns“<sup>327</sup> vorgelebt, deren Vorbild alle anderen „willig anerkennen“ und ihr zu folgen haben. Die so folgende Masse, als Gegenpart zur nobilitas naturalis, ist bei den Ordoliberalen stets negativ konnotiert. Sie steht, im Vergleich zu dieser Elite, so Ptaks Interpretation, für „eine nicht gebildete, unzivilisierte, an primitiven Urinstinkten orientierte

---

<sup>320</sup> Röpke (1956: 306).

<sup>321</sup> Röpke (1958: 175).

<sup>322</sup> Röpke (1958: 175).

<sup>323</sup> Röpke (1958: 176).

<sup>324</sup> Bspw. Röpke (1955a: 286) und Röpke (1956: 306).

<sup>325</sup> Röpke (1956: 306), Hvh. A.L.

<sup>326</sup> Röpke (1956: 305).

<sup>327</sup> Röpke (1956: 307).

Bevölkerungsmehrheit, die sich und die zivilisierte Welt ins Verderben stürzt, wenn sie nicht durch eine starke, durchsetzungsfähige Elite geführt wird.“<sup>328</sup> Röpke strebt hier eine Art Herrschaft der Philosophenkönige an, nur dass er eben keine Philosophen, sondern konservativ-bürgerliche Kräfte an die Spitze der „Gesellschaftspyramide“ setzt. Hier glänzt immer wieder ein Elitismus auf („*nobilitas naturalis*“), der skeptisch gegenüber einer gleichberechtigten, demokratischen Gesellschaftsform bleibt.<sup>329</sup>

Bei aller Kritik an bestimmten Vorstellungen des Ordoliberalismus sollte jedoch nicht übersehen werden, dass die Autoren aus einer ganz bestimmten und historisch einmalig furchtbaren Situation heraus argumentierten. Die genannten Autoren sind alle zwischen 1885 und 1900 geboren und haben somit, teils mehr und teils weniger bewusst, teils mehr und teils weniger aktiv, den ersten von zwei Weltkriegen miterlebt. Den Zweiten Weltkrieg haben dann alle als Erwachsene erlebt. Rüstow und Röpke wurden beide als Feinde der NSDAP ins Exil gezwungen, waren also unmittelbar vom Naziregime bedroht. Auch die Freiburger Schule war von den Nationalsozialisten bedroht, da Eucken sich bspw. gegen die nationalsozialistische Universitätsverfassung der Universität Freiburg aussprach.<sup>330</sup> Die ordoliberalen Autoren haben hautnah den Schrecken und das Elend zweier Weltkriege miterlebt und waren davon, wenn auch weniger schlimm als viele andere Millionen Menschen, doch auch direkt betroffen. Unter dem Eindruck dieses Grauens verwundern manche Argumente der ordoliberalen Autoren evtl. etwas weniger. So ist beispielsweise die Skepsis gegenüber Massenbewegungen und „Massendemokratie“ durch die Erfahrungen der Weimarer Republik und der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland erklärbar. Auch der Rückgriff auf das Christentum und die Betonung der christlichen Werte mag dadurch erklärbar sein. Zumindest Müller-Armack expliziert in seinen religionssoziologischen Schriften den Schritt von der Säkularisierung zur Götzenbildung im Nationalsozialismus. Diese historischen Erklärungen machen die einzelnen Argumente heute natürlich nicht richtiger. Sie sollen nur daran erinnern, dass sich die Ordoliberalen zwangsläufig intensiv in ihrer eigenen Zeit bewegt haben. So kann zumindest erklärt werden, warum im Kontext der 1940er Jahre derlei Argumente denkbar und notwendig erscheinen konnten.

---

<sup>328</sup> Ptak (2004: 38f.).

<sup>329</sup> Vgl. dazu auch Ptak (2004: 38f.).

<sup>330</sup> Die Rolle der Freiburger Schule während des Zweiten Weltkriegs ist allerdings nicht unumstritten, vgl. dazu Ptak (2004: 62-71).

Haselbach ist dennoch zuzustimmen, wenn er die teils vormodernen Ansichten und die Rückwärtsgewandtheit der Ordoliberalen, die auch in Müller-Armacks Religionssoziologie immer wieder erkennbar sind, als ein Grundproblem des Ordoliberalismus erkennt:

„Ihre schon von der Anlage her widersprüchliche Strategie, mit einer Rückkehr zu einer traditionellen Gesellschaft das liberale Projekt der wirtschaftlichen Modernisierung zu retten, verfolgen die Ordoliberalen, in dem sie den Versuch machten, irrationale Halte- und Bindekräfte in der Gesellschaft neu zu mobilisieren.“<sup>331</sup>

Die Ordoliberalen sind damit auf einer Linie mit anderen Modernisierungskritikern, „die, solange sie nicht verzweifeln, utopischen Bildern einer schlechthin ‚versöhnten‘ Lebensform nachhängen“, die „weder dem befreienden Potential [der Moderne, A.L.] [...] noch der Komplexität der neuen Verhältnisse gerecht wird.“<sup>332</sup> Die Ordoliberalen versuchen, die Augen vor dem technischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu verschließen und ausschließlich wirtschaftlichen Fortschritt zu befürworten:

„Während der ökonomische Fortschritt moderner kapitalistischer Produktion uneingeschränkt befürwortet wird, werden die soziologischen Verschiebungen und sozialen Folgen in der Gesellschaft durch die veränderten Produktionsverhältnisse ebenso wenig akzeptiert wie die Veränderungen der politischen Entscheidungsstrukturen – dem ökonomischen Modernismus wird ein soziologisch-politisches Denken in traditionellen Strukturen beiseite gestellt.“<sup>333</sup>

Die Forderungen der Ordoliberalen nach bestimmten Werten und Strukturen sind im Grunde unliberal, da sie den Menschen und der Gesellschaft ganz bestimmte Werte und einen traditionellen Lebensentwurf vorschreiben. Haselbach nennt dies sehr treffend einen „autoritären Liberalismus“<sup>334</sup>, der sich im Grunde weigert, die Entwicklungen der Moderne anzuerkennen. Stattdessen romantisiert er eine Zeit des Kleinbürgertums, der ständischen Gesellschaft und der Kleinbauern, die außerhalb der wirtschaftlichen Freiheit statt einer individuellen, mündigen Freiheit eher eine Unterwerfung unter eine „Zensorenklasse“<sup>335</sup> betont.

---

<sup>331</sup> Haselbach (1991: 18).

<sup>332</sup> Beides Habermas (1998: 130).

<sup>333</sup> Ptak (2004: 36).

<sup>334</sup> Vgl. Haselbach (1991).

<sup>335</sup> Röpke (1956: 306).



Dieser Hang zum autoritären Liberalismus ist sicherlich ein Aspekt, den ein moderner, liberaler Entwurf einer Gesamtordnung von dem des Ordoliberalismus unterscheiden muss: Er muss eine tragfähige freiheitliche Konzeption vorweisen und sich vollständig von bevormundenden Vorstellungen freimachen. Eine gelungene gesellschaftliche Einbettung der Wirtschaft davon abhängig zu machen, ob es gelingt, den Menschen wieder im christlichen Glauben zu verankern, ihn mit Tugenden auszustatten und ihm eine nobilitas naturalis als Leitbild vorzusetzen, scheint schlichtweg untragbar und unzeitgemäß. Angemessener ist also offenbar ein anderes Fundament für die gesellschaftliche Erneuerung und Einbettung der Marktwirtschaft als das vom Ordoliberalismus vorgeschlagene. Der ordolibérale Entwurf einer Gesellschaftsform und deren Individualethik muss darum an dieser Stelle zurückgewiesen und verworfen werden.

### **3.3 – Ordolibérale Ordnungsethik**

Der zweite maßgebliche Aspekt der ordoliberalen Konzeption, wie sie in Kapitel 3 skizziert wurde, ist die der Marktwirtschaft zugrundeliegende Ordnungsidee. Der Ordoliberalismus kann als ein flammendes Plädoyer für freie Preise und eine nach dem Vorbild der vollständigen Konkurrenz gestalteten Marktwirtschaft gelesen werden. Dies ist vor dem historischen Hintergrund seiner Autoren nicht weiter verwunderlich. Ein solches Plädoyer für die Marktwirtschaft scheint heute allerdings weitaus weniger notwendig als noch vor 70 Jahren. Die Marktwirtschaft ist ob ihrer Produktivität beinahe zu einem Datum geworden – es ist derzeit kaum noch vorstellbar, dass sich in der westlichen Welt eine andere Ordnungsform durchsetzen könnte. Selbst China, ein Land, das von einer kommunistischen Partei regiert wird, hat seine vormals kollektivistische Wirtschaft peu à peu zu einer wettbewerblich organisierten Mischform umgebaut, die einer Marktwirtschaft wesentlich näher scheint als einer Planwirtschaft. Und damit ist China kein Einzelfall. Die Marktwirtschaft als Mechanismus freier Preise und der wettbewerblichen Ordnung scheint also zunächst gesetzt zu sein.

Ein Hauptanliegen des Ordoliberalismus war es jedoch auch, die Marktwirtschaft weder ungebremsst und frei noch zu einem Spielball von Interessensgruppen werden zu lassen, sondern sie an expliziten Grundregeln und Prinzipien auszurichten. Diese Prinzipien sollten wiederum aus einer Gesamtordnungsidee abgeleitet sein. Es war vor allem Eucken, der solche Prinzipien beschrieb, doch auch Röpke verfasste ein

vielbeachtetes Buch zur „Lehre von der Wirtschaft“, in dem er ähnliche Prinzipien entwickelte.

Die ordnungspolitischen (und inhärent ordnungsethischen) Forderungen des Ordoliberalismus sind wesentlich ausführlicher ausgearbeitet als es die individualethischen sind. Die grundlegenden Prinzipien sind eine Wettbewerbsordnung mit freien Preisen bei vollständiger Konkurrenz, Privateigentum, Vertragsfreiheit und Haftung (vgl. Abschnitt 2.2 und 2.3.) Dass diese für die Funktion einer marktwirtschaftlichen Ordnung notwendig sind, scheint heute Konsens zu sein. Jedoch steckt gerade auch in den ordnungspolitischen Prinzipien der Ordoliberalen die Ursache einiger Probleme unseres heutigen Wirtschaftssystems. Denn, wie schon am Beispiel Euckens in Abschnitt 2.3.1 gezeigt, sind die ordoliberalen Prinzipien mitunter nicht deutlich genug vom klassischen, verkürzten Wirtschaftsliberalismus zu trennen. Sie verfallen ebenfalls in metaphysische Überhöhungen der Wirtschaft und halten den geforderten Primat der Politik vor wirtschaftlichen Erwägungen nicht immer konsequent durch. So tauchen bei den Ordoliberalen immer wieder Argumente auf, die dem Wettbewerb den Vorrang vor politischen Argumenten einräumen und so den hohen Anspruch des Ordoliberalismus konterkarieren. Dies zeigte sich bereits in den paradoxen Ansprüchen an die Individualethik in Abschnitt 3.2, kann aber noch an weiteren Beispielen festgemacht werden.

### **3.3.1 – Die ordolibérale Sorge um den Markt**

Eine Besonderheit, die bei ordoliberalen wie auch bei neoliberalen Theorien immer wieder auftaucht, ist eine tiefe Besorgnis, die wettbewerbliche Marktwirtschaft, die doch Freiheit und Wohlstand für alle bringen soll, könne von außerwirtschaftlichen Kräften korrumpiert werden. Diese Sorge um den Markt, von Haselbach die „ordolibérale Urangst“<sup>336</sup> genannt, taucht beständig in den Werken der Ordoliberalen auf. Sie kann historisch durch die Situation zur Zeit der Ordoliberalen erklärt werden, da die Marktwirtschaft als Symbol für Freiheit ins Feld geführt wurde und als Banner gegen Sozialismus und Kommunismus fungieren sollte. Der Kollektivismus oder die

---

<sup>336</sup> Haselbach (1991: 17).

„Vermassung“ waren Inbegriff dieser „ordoliberalen Urangst“<sup>337</sup>, die es unter allen Umständen abzuwehren galt.

Die Erkenntnis, dass die freie Marktwirtschaft des klassischen Liberalismus (in den Augen der Ordoliberalen) fehlgeschlagen ist, führt zu der Forderung, dass es nun Aufgabe des Staates sei, sie angemessen zu implementieren und gegen ihre Widersacher aus kollektiven Lagern durchzusetzen. Der Ordoliberalismus konzipiert darum eine Wirtschaftsordnung, „die auf einer Sorge um den Markt basiert und vorab, also quasi prophylaktisch, eine Sicherung des marktlichen Prozesses betreibt. [...] Kriterium [für gute Wirtschaftspolitik, Anm. A.L.] ist nicht mehr wie im klassischen Liberalismus die Abwehr eines Eingriffs in die autonome Sphäre des Marktes, sondern die Herbeiführung und Existenz von Rahmenbedingungen, in denen der Markt seine Eigengesetzlichkeit entfalten kann.“<sup>338</sup> Somit ist es nicht mehr die freie Marktwirtschaft selbst, die ihr Bestehen sicherstellt, indem sie wirtschaftliche Abläufe hervorbringt, sondern es wird zur Aufgabe des Staates, die Marktwirtschaft gegen ihre „Gegner“ zu verteidigen. Dies ist einer der deutlichsten Unterschiede zwischen den neuen liberalen Ansätzen und der klassischen liberalen Tradition. In letzterer war der Staat der Marktwirtschaft nur im Weg und sollte sich aus den Belangen des Marktes heraushalten. Nun wird im Neo- und Ordoliberalismus eine Idee von Wirtschaftsordnung konstruiert, die den Staat aktiv mit einbezieht und es ihm auferlegt, ein erfolgreiches Funktionieren der Marktwirtschaft sicherzustellen. Kritiker sehen darin das Problem, dass der Staat als Markt-Durchsetzungsmaschine in Beschlag genommen wird – was bspw. bei Eucken deutlich wird, der seinen ersten staatspolitischen Grundsatz folgendermaßen formuliert: „Erster Grundsatz: Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen.“<sup>339</sup> – es ist also Aufgabe des Staates, die Marktwirtschaft vor kollektivistischen Tendenzen zu schützen.<sup>340</sup> Es geht dann im Sinne einer negativen Aufgabe ausschließlich darum, Gefahren abzuwehren – dem Staat kommt hier nur wenig bis gar keine aktive, konstruktive Aufgabe zu. Böhm formuliert diese Aufgabe ganz explizit:

„Den Regierungen bleibt dann nur noch die Aufgabe, die politischen und sozialen Rahmenbedingungen bereitzustellen, die erfüllt sein müssen, damit *das sich selbst*

---

<sup>337</sup> Haselbach (1991: 17).

<sup>338</sup> Gertenbach (2008: 81).

<sup>339</sup> Eucken (1990: 334).

<sup>340</sup> Auch wirtschaftliche Monopole sind letztlich nichts anderes als Kollektive, die ausreichend Marktmacht erlangen, um den Wettbewerb in ihrer Einflussosphäre auszuschalten.

*regulierende Verfahren zufriedenstellend arbeiten kann, und den Ordnungsrahmen pflegen, innerhalb dessen sich dieses Verfahren abspielt. Ihre Aufgabe besteht darin, im Rahmen des Systems eine gesetzgeberische und verwaltungsmäßige Hilfestellung zu leisten.*<sup>341</sup>

Der Staat gibt dem Markt also eine Hilfestellung, er ist für die „Verhinderung der Verhinderung des Wettbewerbs“<sup>342</sup> zuständig und erhält somit zwar vermeintlich die Hoheit über die Wirtschaft zurück – schließlich ist er es, der ihre Funktion sicherstellt. So wird „der moderne Staat zu einer Potenz werden, die eine brauchbare Wirtschaftspolitik verwirklicht“<sup>343</sup>. Tatsächlich aber führt die Forderung der Ordoliberalen nach einer staatlich gestalteten Marktwirtschaft, so wie sie formuliert wurde, dazu, dass die wirtschaftliche Logik Einzug in alle Politikbelange hält. In dem Moment, da sich die ordolibérale Politik „Wettbewerb als Norm“<sup>344</sup> auf die Fahne schreibt, wird sie „die Sicherung oder Herstellung von Wettbewerb (oder auch seine weitere Verschärfung) als *Pflicht* begreifen.“<sup>345</sup> Diese Pflicht ist eine bedrückende, da sie doch nun jegliche politische Entscheidung messbar macht – und zwar wirtschaftlich messbar. Ganz gleich, wie Politik sich verhält, ihre Handlung kann nun immer daran gemessen werden, welche wirtschaftlichen Auswirkungen sie hat:

„Indem man die Wirtschaft als ein Feld eigener Gesetzmäßigkeiten konstruiert habe, sei die Möglichkeit entstanden, die Tätigkeit des Staates nach ihrem (ökonomischen) Erfolg zu bewerten und damit umfassend zu legitimieren [...]“<sup>346</sup>

Dies führt dann wiederum dazu, dass die Legitimität und Popularität einer politischen Maßnahme vom wirtschaftlichen Erfolg abhängig ist.<sup>347</sup> Die Marktwirtschaft als „staatliche Aufgabe“ führt im Ordoliberalismus dazu, dass die wirtschaftliche Logik sich in alle staatlichen Belange einschleichen kann. So wurde im Ordoliberalismus dann „ein alltäglicher ‚Ökonomismus‘ der gemeinsame sozialpsychologische Nenner für das sich neu konstituierende Staatswesen. [...] Der ökonomistische Konsens des ‚Wohlstand für alle‘, der kollektive Imperativ des ‚enriches vous‘ hatte und hat Folgen für die Stabilität dieses Staatswesens: seine Legitimität hing und hängt von der

---

<sup>341</sup> Böhm (1971: 301), Hvh. A.L.

<sup>342</sup> Hesse (2007: 225).

<sup>343</sup> Eucken (1990: 327).

<sup>344</sup> Thielemann (2010: 280).

<sup>345</sup> Thielemann (2010: 280).

<sup>346</sup> Hesse (2007: 223).

<sup>347</sup> Vgl. dazu Crouch (2011: 179f.).

wirtschaftlichen Leistungskraft ab, jede wirtschaftspolitische Krise delegitimiert in der Bundesrepublik Deutschland den Staat selbst.“<sup>348</sup>

Unter dieser Bedingung ist es selbstverständlich schwierig, einen Primat der Politik vor der Wirtschaft tatsächlich durchzuhalten beziehungsweise ist es vielleicht umgekehrt gerade eine Gleichschaltung bzw. Verquickung der beiden: Im Versuch, den Staat der Wirtschaft vorzuordnen, ihn aber gleichzeitig für den Erfolg der Marktwirtschaft verantwortlich zu machen, verwischen die Grenzen beider. Wenn das politische Programm nun in erster Linie darin besteht, dass die Politik Sorge um den Markt zu tragen habe, dann ist die Politik mit der Wirtschaft *verschmolzen*. Das bedeutet, dass die Politik zwar systematisch Vorrang vor der Wirtschaft haben mag, dies aber keine Rolle mehr spielt, da ihre Aufgabe *immer* auf die Durchsetzung wirtschaftsbezogener Interessen gerichtet bleibt. Dies ist im Prinzip die politische Agenda des Neoliberalismus der vergangenen Jahrzehnte gewesen. Der Ordoliberalismus fällt hier hinter seinen eigenen Anspruch zurück, die Dinge „jenseits von Angebot und Nachfrage“ im Blick zu behalten und für die kulturellen, rechtlichen und moralischen Grundlagen der Marktwirtschaft, die eben nur jenseits des Wettbewerbs zu finden sind, mit der Forderung nach freiem Wettbewerb zu verknüpfen. Im Bestreben, die Marktwirtschaft staatlich zu gestalten, kam es darum leider immer wieder zur Überhöhung der wirtschaftlichen Freiheit in einer marktwirtschaftlichen Ordnung. An drei Versäumnissen kann diese theoretische Vermengung von Politik und Wirtschaft in Form der staatlichen Sorgfaltspflicht für den Wettbewerb besonders deutlich gemacht werden:

Zum einen in den bereits gezeigten paradoxen individualethischen Ansprüchen, ausgelöst durch die Forderung des Zwangs zur Leistung im Markt. Hier wird sichtbar, dass das Individuum, ebenso wie die Politik, die moralischen Hintergrundbedingungen der Wirtschaft mitbringen soll. Gleichzeitig ist jeder aber auch schon ein Teil der Wirtschaft und folglich der ihr eigenen, ökonomischen Logik ausgesetzt. Dieser Widerspruch wurde von den Ordoliberalen provoziert und nicht aufgelöst (vgl. Abschnitt 3.2). Zum anderen sieht man die Vermengung auf der Ordnungsebene daran, dass der ethische Gehalt des Wettbewerbs verkannt wird (Abschnitt 3.3.2) sowie in der „Marktkonformität“ als der notwendigen Bedingung für Eingriffe des Staats in die Marktwirtschaft (Abschnitt 3.3.3).

---

<sup>348</sup> Haselbach (1991: 12).

### 3.3.2 – Die implizite Ethik des Wettbewerbs

Bezüglich der zugrundeliegenden Ethik des Wettbewerbs lassen sich bei den Ordoliberalen unterschiedliche Ansichten finden.

Betrachtet man zunächst Müller-Armack, wird schnell deutlich, dass für ihn der Wettbewerb per se *keinen* ethischen Gehalt zu haben scheint. Für Müller-Armack ist der Wettbewerb ein neutrales Instrument, er sieht in ihm einen „Vollautomat“ oder auch einen „variablen Rechnungs- und Signalapparat“<sup>349</sup>, den es nur richtig einzustellen gelte. Für ihn „ist er [der Wettbewerb, A.L.] ein formales Verfahren, welches in den verschiedensten sozialen Rahmen zu funktionieren vermag. [...] Sie [die Marktwirtschaft, A.L.] ist ein überaus wertvolles Organisationsmittel, welches geradezu auf eine übergeordnete Regelung der sozialen Grundverhältnisse angewiesen ist.“<sup>350</sup> Müller-Armack schließt hier an seine tugendethischen Rahmenbedingungen (die sozialen Grundverhältnisse) an: Der Markt ist für ihn ein Mechanismus, der in verschiedenen Situationen eingesetzt werden kann und dann, je nachdem, wie die soziale „übergeordnete Regelung“ gelingt und welche Eigenschaften die Individuen mitbringen, unterschiedliche Ergebnisse erbringt. Er selbst ist jedoch bloß „ein Instrument, ein Organisationsmittel, nicht ein Selbstzweck und daher noch nicht Träger bestimmter Werte.“<sup>351</sup>

Müller-Armack betont, dass die Marktwirtschaft kein Selbstzweck sein *sollte*. Er übersieht jedoch, dass eine wettbewerblich gestaltete Marktwirtschaft sehr wohl schon Träger bestimmter Werte *ist*, wie bspw. Ulrich und Thielemann deutlich machen.<sup>352</sup> Der Wettbewerb fordert und fördert nämlich (inhärent normativ) ganz bestimmte Lebensentwürfe und beschränkt andere, die nicht zur ökonomischen Logik passen. So bringt der Wettbewerb zwar gewisse Freiheiten, vor allem wirtschaftliche, mit sich, führt jedoch an anderer Stelle auch zu einem Freiheitsverlust, der für alle „darin besteht, ein zunehmend ‚unternehmerisches‘ Leben führen zu müssen.“<sup>353</sup> Der Wettbewerb ist ein Instrument, das eben dieses unternehmerische Leben zumeist belohnt und andere Lebensentwürfe einschränkt. Der Markt solle, laut ordoliberaler Überlegungen, „ein Instrument, äußerste Leistungen zu erzwingen“<sup>354</sup> sein, und somit

---

<sup>349</sup> Müller-Armack (1990: 101).

<sup>350</sup> Müller-Armack (1990: 101).

<sup>351</sup> Müller-Armack (1990: 113).

<sup>352</sup> Vgl. bspw. Ulrich (2008: Kapitel 5) oder Thielemann (2010: Kapitel 4).

<sup>353</sup> Thielemann (2010: 437).

<sup>354</sup> Müller-Armack (1990: 105).

belohnt er auch nur diejenigen Lebensentwürfe, die diese Leistungen erbringen können und wollen. Hier tritt eine „strukturelle Parteilichkeit der normativen Logik des Marktes“<sup>355</sup> zutage, die eben nicht neutral ist, sondern einseitig „insbesondere die Einkommens- und Gewinninteressen derjenigen, die reichlich über verwertbares Kapital verfügen“<sup>356</sup> bevorzugt – der „freie“ Markt büßt so plötzlich an realer Freiheit ein.<sup>357</sup> Dass Müller-Armack dieses Problem nicht erkennt, führt schlussendlich zu dem bereits diskutierten Paradox, dass er einerseits einen auf Eigennutz gerichteten Wettbewerb verlangt, in dem jeder zu äußerster Leistung gezwungen sein soll und gleichzeitig fordert, dass die Individuen zunehmend anständig und im Glauben verankert sein sollen, um dem Wettbewerb sittliche Grenzen entgegenzustellen.

Röpke hält die Marktwirtschaft für ähnlich neutral, er bezeichnet die Wirtschaft als „nüchterne und an sich ethisch neutrale Welt des reinen Geschäfts“<sup>358</sup> und die Marktwirtschaft als „eine Art von ‚Wirtschaftstechnik‘“<sup>359</sup> die jedoch „aus sittlichen Reserven schöpft, mit denen sie steht und fällt.“<sup>360</sup> Er ist also der gleichen Meinung wie Müller-Armack, wenn er die wettbewerbliche Marktwirtschaft für eine bloße Technik und für ethisch neutral erachtet und die Individuen auffordert, tugendhaft den Wettbewerb einzuschränken. Rüstow spricht ebenfalls häufig vom „Marktmechanismus“, der „vollkommen abhängig ist von der Erfüllung ganz bestimmter soziologischer und institutioneller Randbedingungen.“<sup>361</sup> Der Markt kann die Erfüllung eben dieser Randbedingungen jedoch wiederum erheblich erschweren, da er eben doch schon qua Institution Träger bestimmter Werte ist, indem er bspw. Leistung statt Gemeinsinn fordert.

Weiter auffällig ist noch, dass Röpke häufig vom „Marktprinzip“<sup>362</sup> spricht. Es ist nicht klar, ob er dies schlichtweg unvorsichtig tut oder damit bewusst den Markt zu einem *Prinzip* erheben möchte. Deutlich aber ist, dass für Röpke das „Leistungsprinzip“ ein „Prinzip [ist], das allein unseren Gerechtigkeitssinn befriedigt“<sup>363</sup>. Diese Vorstellung ist etwas erklärungsbedürftig, schließlich bezeichnet

---

<sup>355</sup> Ulrich (2009b: 367), im Original mit Hvh.

<sup>356</sup> Ulrich (2009b: 367) sowie Ulrich (2008: 159-167; 240-249).

<sup>357</sup> Vgl. zum Thema Unfreiheit im freien Markt bspw. Thielemann (2004 / 2009 / 2010).

<sup>358</sup> Röpke (1994: 42).

<sup>359</sup> Röpke (1958: 133).

<sup>360</sup> Röpke (1994: 42).

<sup>361</sup> Rüstow (1950: 99).

<sup>362</sup> Bspw. Röpke (1944: 46).

<sup>363</sup> Röpke (1944: 74).

ein Prinzip ein übergeordnetes Kriterium – eine genauere Erklärung bleibt Röpke jedoch schuldig. Mit der Apotheose des Wettbewerbs zum *Marktprinzip* könnte man Röpke vorwerfen, den Wettbewerb zum *regulativen* Prinzip zu erheben. Es wäre nun sicherlich unangemessen, zu behaupten, Röpke würde dadurch den Ökonomismus nähren wollen. Röpke hatte sich dezidiert gegen diesen gewandt und auch den Utilitarismus (als dessen Nährboden) scharf kritisiert und zurückgewiesen. Dennoch ist es seinem Vorhaben, den Markt in gesellschaftliche Schranken zu verweisen, nicht gerade förderlich, wenn von einem Markt- oder Leistungsprinzip die Rede ist, das den Wettbewerb verabsolutiert. Röpke nähert sich hier, zumindest begrifflich, gefährlich nahe dem Ökonomismus, den er selbst vormals so scharf kritisiert hatte. Das Marktprinzip macht nämlich nun dem Moralprinzip Konkurrenz, das ethisch betrachtet ja in jedem Fall den Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen haben sollte.<sup>364</sup> Röpke sprach selbst davon, dass vor allem „auch der Nationalökonom seine typische *déformation professionnelle*“<sup>365</sup> habe – und es ist zu vermuten, dass eben dieser „*déformation*“ die Rede vom „Marktprinzip“ geschuldet ist. Man darf Röpke, der so häufig den Ökonomismus gescholten hat, hier vermutlich eher rhetorische Ungenauigkeiten vorwerfen. Doch sind es eben genau diese Ungenauigkeiten, die den Ordoliberalismus immer wieder unscharf und unterschiedlich interpretierbar machen (siehe auch das Kriterium der „Marktkonformität“, Abschnitt 3.3.3).

Anders sieht es bei Eucken aus. Das Individuum ist bei ihm an einer Stelle plötzlich und überraschend doch sein Ausgangspunkt, und so ist die zentrale Frage seiner Wettbewerbsordnung: „Ist eine Wirtschaftsordnung möglich, in der die Menschen nicht nur Mittel zum Zweck, nicht nur Teilchen des Apparates sind?“<sup>366</sup> Doch geht das Wirtschaftssubjekt dann in der Folge seiner Darlegung einer Wettbewerbsordnung doch unter und tritt nicht mehr in Erscheinung. Eucken diskutiert ausschließlich die wirtschaftspolitische Rahmenordnung mit ihren ökonomischen, rechtlichen und staatspolitischen Dimensionen, vom Individuum ist fortan keine Rede mehr. Der Einzelne wird so entlastet von einer Legitimitätsprüfung seines Handelns.<sup>367</sup> Da an das Individuum keine tugendlichen Ansprüche gestellt werden, es also keiner individuellen Sittlichkeit bedarf, ist bei Eucken und der Freiburger Schule der Wettbewerb (implizit) Träger ganz bestimmter Werte:

---

<sup>364</sup> Vgl. zur Kritik am „Prinzip Markt“ Thielemann (1996).

<sup>365</sup> Röpke (1958: 131).

<sup>366</sup> Eucken (1990: 179).

<sup>367</sup> Vgl. u.a. auch Quaas (2002: 221).



„Denn vom Wettbewerb hängt nicht nur der Leistungspegel ab, der den Wachstumspolitikern verständlicherweise am Herzen liegt, sondern auch der *Freiheits-, Gleichgewichtigs- und Gerechtigkeitsgehalt des marktwirtschaftlichen Systems*.“<sup>368</sup>

Die Wettbewerbsordnung ist also ein Mechanismus, der neben Wachstum auch Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit fördert. Sie bringt materiellen Wohlstand für alle und verhindert politische wie wirtschaftliche Übermacht und ist damit der Garant dafür, dass *mittels* Wettbewerb bei vollständiger Konkurrenz Freiheit und Gerechtigkeit gefördert werden. Ökonomische Effizienz und Gerechtigkeit sind damit aufs engste miteinander verknüpft, denn es ist „nur die eine Seite der Wettbewerbsordnung, daß sie auf die Durchsetzung der ökonomischen Sachgesetzlichkeit dringt. Ihre andere Seite besteht darin, daß hier gleichzeitig ein soziales und ethisches Ordnungswollen verwirklicht werden soll. Und in dieser Verbindung liegt ihre besondere Stärke.“<sup>369</sup> Diese andere Seite ist dem Wettbewerb dabei immanent, sie ist gleichsam in der „Natur der Sache und des Menschen“:

„Sie bringt nämlich die starken Tendenzen zur Wirkung, die auch in der industriellen Wirtschaft zur vollständigen Konkurrenz drängen. Indem die Wirtschaftspolitik diese Tendenzen als Ordnungsformen wirksam macht, tut sie das, was der Natur der Sache und des Menschen entspricht.“<sup>370</sup>

Diese Natur der Sache und des Menschen zu ermöglichen gelingt der Wettbewerbsordnung allein dadurch, dass sie auf den von Eucken veranschlagten Prinzipien basiert. So müssen nur alle Marktteilnehmer eigeninteressiert handeln, um diesen Freiheits- und Gerechtigkeitsgehalt der Marktwirtschaft zu realisieren: „Allein in der Wettbewerbsordnung würde – gleichsam durch List – die Vielfalt der egoistischen Einzelinteressen nicht gegeneinander arbeiten, sondern in Harmonie miteinander wirken.“<sup>371</sup> Dass es mitunter größte Gegensätze zwischen dieser „gleichzeitigen“ Verbindung von Wettbewerb auf der einen und sozialem und ethischem Wollen auf der anderen Seite geben könnte, wird nicht ausgeführt.

Die Probleme, die sich aus diesem Verständnis ergeben, wurden schon in Abschnitt 3.3.1 angeschnitten und sind bereits in den konstitutiven Prinzipien Euckens angelegt. Eucken ist der Ansicht, dass gute Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik sei, und vernachlässigt in seinen konstitutiven Prinzipien die sozialen, kulturellen,

---

<sup>368</sup> Böhm (1971: 306), Hvh. im Original.

<sup>369</sup> Eucken (1990: 370).

<sup>370</sup> Eucken (1990: 373).

<sup>371</sup> Eucken (1990: 367).

ökologischen oder gesellschaftlichen Aspekte der Marktwirtschaft, da diese meist ganz von selbst durch die Wettbewerbsordnung verwirklicht werden können. Der Markt erscheint hier als Harmonisierungsinstanz, der es zufällt, alle gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Die „List“ der Wettbewerbsordnung, die diese gesellschaftliche Harmonisierungsinstanz begründen soll, besteht darin, dass sie „die Wirtschaftssubjekte, die da eifrig ihre eigennützigen Privatinteressen verfolgen, ganz automatisch, wie von einer *unsichtbaren Hand* (Adam Smith) geleitet, ihren grösstmöglichen Beitrag zum *Gemeinwohl* erbringen lässt. Je ‚effizienter‘ die Wirtschaft funktioniert, umso besser diene sie daher dem ‚Gemeinwohl‘ (was immer das sei).“<sup>372</sup> Der einzelne muss bei Eucken im Wettbewerb nicht gewillt sein, das Richtige zu tun – der Wettbewerb sorgt allem Anschein nach von selbst dafür. Dieser ökonomische Reduktionismus führt zu der Annahme, „moralische Fragen liessen sich restlos und unverkürzt in ökonomische Fragen übersetzen“<sup>373</sup> und müssten folglich ausschließlich auf ökonomischer, ordnungspolitischer Ebene behandelt werden, ohne die individuellen Akteure zu berücksichtigen. Eucken vermittelt den Eindruck, dass durch die Gestaltung der Rahmenordnung, also der Spielregeln der Wettbewerbsordnung, wenn nicht alle, so doch die meisten gesellschaftlichen Probleme gelöst werden können (alle anderen Eventualitäten werden dann durch die regulativen Prinzipien wieder eingefangen). Eucken hat somit die Metaphysik des Marktes der Klassik im Grunde noch nicht überwunden und unterliegt der gleichen Gemeinwohlfiktion des Wettbewerbs, die das klassisch-ökonomische Denken prägt. Nur, dass sich diese nun nicht mehr von selbst in Gang setzt, sondern staatlich begleitet und institutionalisiert wird. Das Individuum findet aber weiterhin keinen systematischen Platz in Euckens Theorie. Da Eucken das Handeln des Einzelnen im wirtschaftlichen Prozess nicht thematisiert, muss ihm vorgeworfen werden, dass sein Ordnungsentwurf eine (Ordnungs-) „Ethik ohne Moral“<sup>374</sup> darstellt, die dem Einzelnen keine moralische Kompetenz im ökonomischen Handeln zubilligt (oder zumutet) – im Gegensatz zu Röpke, Rüstow oder auch Müller-Armack, die ganz explizit (wenn auch nicht widerspruchsfrei) bestimmte Tugenden von den Wirtschaftssubjekten einfordern.

Dies verdeutlicht einmal mehr die Zweiteilung des Ordoliberalismus zwischen einer expliziten Anbindung der Ordnungsethik an individuelle Voraussetzungen bei Röpke, Rüstow und Müller-Armack auf der einen und einer systematischen

---

<sup>372</sup> Ulrich (2008: 176), Hvh. im Original.

<sup>373</sup> Ulrich (2008: 176).

<sup>374</sup> Etwa Ulrich (2008: 119).

Auslassung des Themas und einer vollständigen Konzentration auf die Rahmenordnung (Wettbewerbsordnung) bei Eucken auf der anderen Seite. Eucken ist in dieser Hinsicht gewissermaßen „liberaler“ als die anderen Autoren, insofern er den Individuen wenigstens keinen bürgerlichen Lebensentwurf und bestimmte Tugenden des Christentums vorschreibt. Gleichzeitig verfällt er jedoch am stärksten dem aus der Neoklassik bekannten Harmoniegllauben an den Wettbewerb – und problematisch sind beide Sichtweisen gleichermaßen.

Eucken erkennt die Notwendigkeit individueller Tugendansprüche, die erfüllt sein müssen, um überhaupt erst zu den Rahmenbedingungen, die er fordert, zu gelangen. Die Einbettung der Marktwirtschaft, wie sie vom Ordoliberalismus immer wieder gefordert wird, bedarf verantwortungsbewusster Bürger, die diese auch fordern und tragen. Die Rahmenordnung allein kann einen solchen Gemeinsinn nicht herstellen, sondern bedarf seines als Vorbedingung. Individual- und Ordnungsethik sind eng verzahnt, da jede Dimension die jeweils andere voraussetzt – so „bedürfen die ‚objektiven‘ Institutionen und sozialen Systeme liberaler Demokratie einer ‚subjektiven‘ Entsprechung, der Verantwortlichkeit des Bürgers“<sup>375</sup>. Eucken versäumt es, dieses „dialektische Spannungsfeld“<sup>376</sup> wahrzunehmen oder zu thematisieren.

Die Rahmenordnung muss getragen werden von einem Gemeinsinn mündiger Bürger, die in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch und *vor allem am Markt*, integer handeln. Diese Interdependenz von Ordnungs- und Individualethik entweder zu verkennen (Eucken) oder sie nicht miteinander zu verknüpfen (Röpke, Rüstow sowie Müller-Armack) ist das schwerwiegendste Versäumnis des Ordoliberalismus.

### 3.3.3 – Das Kriterium der Marktkonformität

Ein weiterer Aspekt, der das Versäumnis des Ordoliberalismus anschaulich macht, den Primat der Politik vor der Wirtschaft nicht konsequent durchzuhalten, und der in der Literatur bereits diskutiert wird, ist das Kriterium der Marktkonformität.<sup>377</sup> Vor allem Röpke und Müller-Armack, aber auch Eucken und Rüstow betonen die Notwendigkeit, politische Eingriffe in wirtschaftliche Belange seitens des Staates stets nur ‚marktkonform‘ zuzulassen. Eucken und Müller-Armack, die den Begriff beide nutzen,

---

<sup>375</sup> Höffe (2004: 10). Zur Verknüpfung von Individual- und Ordnungsethik vgl. vor allem auch Ulrich (2008: 310f.).

<sup>376</sup> Ulrich (2008: 310).

<sup>377</sup> Siehe stellvertretend Ulrich (2008: Kapitel 9).

beziehen sich darauf mit dem Verweis, dass die Idee der Marktkonformität zuerst bei Röpke zu finden sei.<sup>378</sup> Als marktkonform gelten Eingriffe dann, wenn sie, wie Röpke formulierte, „die Preismechanik und die dadurch bewirkte Selbststeuerung [sic!] des Marktes nicht aufheben, sondern sich ihr als neue ‚Daten‘ einordnen und von ihr assimiliert werden.“<sup>379</sup> Die Bedingung, die *Selbststeuerung* des Marktes nicht zu stören (obwohl die Marktwirtschaft doch eigentlich eine „staatliche Veranstaltung“ sein sollte) begründet dann, so Rüstow weiter, einen „Interventionismus, der nicht als Hemmungsintervention quer zu den Marktgesetzen, sondern als konforme Anpassungsintervention in der Wirkungsrichtung der Marktgesetze, zur Sicherung ihres möglichst reibungslosen Ablaufs, eingreift.“<sup>380</sup>

Der Grund dafür, nur marktkonforme Eingriffe zuzulassen, ist erneut das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Harmonieinstanz ‚Markt‘, die scheinbar doch letztlich als *die* Instanz angesehen wird, die qua Selbststeuerung den größtmöglichen Wohlstand sicherstellen kann und nicht in ihrer Funktion gestört werden soll. Müller-Armack greift, ebenso wie Eucken, das von Röpke genutzte Kriterium der Marktkonformität auf, um zu bekräftigen, dass der Marktmechanismus nach Möglichkeit so weit wie möglich ungestört ablaufen sollte:

„Die Vereinigung [von Steuerung und Marktwirtschaft] ist nur möglich bei einer Steuerungsform, die als Gesamtsystem und in jeder Einzelmaßnahme auf die Erhaltung, ja Steigerung [sic!] der Marktwirtschaft gerichtet ist.“<sup>381</sup>

Diese Erhaltung und *Steigerung* der Marktwirtschaft könne nur erreicht werden, wenn die Eingriffe marktkonform bzw. marktgerecht gestaltet sind:

„Wir können als marktgerecht alle jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen bezeichnen, die die Funktion einer variabel gehandhabten Wirtschaftsrechnung nicht gefährden.“<sup>382</sup>

Ulrich zeigt ausführlich auf, worin das Problem des Kriteriums der Marktkonformität liegt.<sup>383</sup> Letztlich fällt mit diesem Kriterium die gesamte ordolibérale Debatte einer gesellschaftlich und politisch gestalteten Marktwirtschaft in sich zusammen und es kommt erneut zu einer paradoxen Forderung: Die Ordoliberalen legen dar, dass die Marktwirtschaft einzubetten sei, dass man sie bremsen und ihr staatliche Regeln

---

<sup>378</sup> Vgl. Eucken (1990: 305) und Müller-Armack (1990: 98).

<sup>379</sup> Röpke (1942: 253).

<sup>380</sup> Rüstow (1949: 432).

<sup>381</sup> Müller-Armack (1990: 98).

<sup>382</sup> Müller-Armack (1990: 102), im Orig. mit Hvh.

<sup>383</sup> Vgl. Ulrich (2008: 382-386).

vorgeben müsse. Gleichzeitig werden politische Maßnahmen, die dies versuchen, nur dann als zulässig anerkannt, wenn sie nicht „quer zu den Marktgesetzen, sondern konform“ zu selbigen eingreifen, also der klassisch ökonomischen Logik entsprechen, die es ja eigentlich gerade zu zähmen gilt. Das Kriterium der Marktkonformität wird im Ordoliberalismus zu einem Kriterium, das nicht mehr nur die Wirtschaftsordnung betrifft, sondern die Gesellschaftsordnung als Ganze. Sie ist dann das Resultat der bereits beschriebenen „Sorge um den Markt“ und führt unweigerlich zu einer „Ökonomisierung der Politik“<sup>384</sup>. Beispielhaft schlägt sich das Kriterium nieder, wenn Müller-Armack von Sozialpolitik spricht und fordert, „den sozialpolitischen Eingriffen eine Form zu geben, durch die sie sinnvoll in den marktwirtschaftlichen Austausch eingegliedert werden, ohne dieses Instrument [die Marktwirtschaft, A.L.] zu stören.“<sup>385</sup>

Müller-Armack hat eine Einschränkung der Marktkonformität formuliert, nämlich, dass sie nur im Rahmen des engeren, wirtschaftspolitischen Feldes verlangt wird und nicht im weiteren, gesellschaftspolitischen Bereich.<sup>386</sup> Das leuchtet insofern ein, als er damit verhindern möchte, dass *innerhalb* der Wirtschaft ein planloser und willkürlicher Staatsinterventionismus um sich greifen könnte, während die weiteren, gesellschaftspolitischen Fragen von diesem Kriterium unberührt blieben. Doch wie passt das zu seiner Aussage, „sozialpolitischen Eingriffen eine Form zu geben, durch die sie sinnvoll in den marktwirtschaftlichen Austausch eingegliedert werden, ohne dieses Instrument zu stören“<sup>387</sup> ? Sind sozialpolitische Eingriffe nun keine gesellschafts-, sondern bloß wirtschaftspolitische Maßnahmen, die also dem Kriterium der Marktkonformität unterliegen? An anderer Stelle führt er aus, Sozialpolitik solle „den sozialen Zweck sichern, ohne störend in die Marktapparatur einzugreifen“; es bedarf „einer bewußten Eingliederung sozialer Ziele durch Schaffung einer mit den Gesetzmäßigkeiten des Marktes verträglichen Sozialpolitik“. <sup>388</sup> Müller-Armack widerspricht sich hier in Bezug auf die Rolle der marktkonformen Eingriffe, da er sie einmal nur auf der Ebene der unmittelbaren Wirtschaftspolitik ansiedelt, dann aber doch auf andere Maßnahmen wie die Sozialpolitik ausweitet. Es bleibt unklar, wie dieser Widerspruch aufzulösen wäre.

---

<sup>384</sup> Ulrich (2009b: 361).

<sup>385</sup> Müller-Armack (1990: 118).

<sup>386</sup> Vgl. Müller-Armack (1952: 464).

<sup>387</sup> Müller-Armack (1990: 102).

<sup>388</sup> Beides Dietzfelbinger (1998: 212).

Es scheint, als schafften die Ordoliberalen es erneut nicht, sich vom Harmonieglauben an Markt und Wettbewerb der Neoklassik zu lösen. Stattdessen tendieren sie zu einer „Überschätzung des gesellschaftlichen Interessenausgleichs- und Konfliktlösungspotenzials des Marktes“<sup>389</sup>. Immer wieder fallen die Ordoliberalen hinter ihren eigenen Anspruch zurück, die Marktwirtschaft tatsächlich gesellschaftlich einbetten und moderieren zu wollen, und verfallen der aus der Neoklassik bekannten Gemeinwohlfiktion der Ökonomie, die sie doch eigentlich überkommen wollten. Durch diesen „vitalpolitischen Sündenfall“<sup>390</sup> wird wiederholt der Primat der Politik verwässert und der ökonomischen Logik doch wieder der Vorrang vor gesellschaftlichen Belangen, die möglicherweise „quer zu den Marktgesetzen“ durchgesetzt werden müssten, eingeräumt. So urteilt auch Ulrich im Rahmen seiner Analyse der Marktkonformität:

„Vom ursprünglich integrativen Leitbild einer vitalpolitischen Konstitution des Marktes, wie sie Rüstow und Röpke im Sinn hatten, ist nur ein schwacher Abglanz geblieben [...].“<sup>391</sup>

Der Ordoliberalismus ist aufgrund der genannten Probleme und Ungenauigkeiten sowie seines unzeitgemäßen Entwurfs einer bürgerlichen Gesellschaft und seiner autoritären Art heute kaum noch in wirtschaftspolitischen Debatten aufzufinden und kann in seiner historischen Form auch dem vorliegenden Vorhaben nicht als Fundament dienen – wohl aber als Ideengeber. Die Ausrichtung des Ordoliberalismus, grundsätzlich und von einer Ordnungs idee her eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu gestalten, scheint hilfreich. Doch ihre Ideen für die Umsetzung sind, aus den genannten Gründen, zu sehr zeitgebunden und heute wenig zielführend. Die aufgezeigten konzeptionellen Mängel und Widersprüche schlagen natürlich auch bei der realpolitischen Umsetzung der ordoliberalen Theorie durch. So ist auch die Soziale Marktwirtschaft nicht frei von Problemen und Widersprüchen, wie anhand einiger Aussagen von Müller-Armack deutlich wurde. Ob und wie das Konzept heute vielleicht trotzdem Orientierung bieten kann und was „Soziale Marktwirtschaft“ heute überhaupt noch bedeutet, soll im nächsten Abschnitt untersucht werden.

---

<sup>389</sup> Ulrich (2009b: 362).

<sup>390</sup> Ulrich (2008: 382).

<sup>391</sup> Ulrich (2008: 389), vgl. auch Ulrich (2009c: 227-229).

### 3.4 – Mythos und Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft

Die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Entwürfe des Ordoliberalismus haben, wie in Kapitel 2 geschildert, ihren Niederschlag in der Sozialen Marktwirtschaft gefunden. Eindrücklich ist, dass die Soziale Marktwirtschaft im Gegensatz zum Ordoliberalismus auch heute noch, unter gänzlich anderen Bedingungen als zur Zeit ihrer Implementierung, ihren Platz in den bundesrepublikanischen wirtschaftspolitischen Debatten gesichert und sogar weiter gefestigt zu haben scheint. Kapitel 2.3.3 hat die wesentlichen Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft, ihre Verbindung zum Ordoliberalismus und auch ihre Fundierung im christlichen Glauben bereits geschildert. Dass der letzte Aspekt heute nicht mehr die Lösung des Problems der entfesselten Märkte sein kann und einer modernen, pluralistischen Gesellschaft nicht allein als Grundlage dienen sollte, wurde bereits besprochen. Nichtsdestotrotz hat es die Soziale Marktwirtschaft geschafft, zu überdauern und auch heute noch als (vermeintlicher) Fixpunkt der wirtschaftspolitischen Debatten in Deutschland zu wirken. Entscheidend ist nun jedoch die Frage, warum die Soziale Marktwirtschaft bis heute als Leitbild dient und im politischen Diskurs in Deutschland als Datum gilt, während ihre ideengeschichtlichen Grundlagen (d.h. der Ordoliberalismus) weitestgehend verschwunden scheinen.

Zur Erinnerung: Müller-Armack hat immer wieder betont, dass die Soziale Marktwirtschaft „gemäß ihrer Konzeption kein fertiges System, kein Rezept, das, einmal gegeben, für alle Zeiten im gleichen Sinne angewendet werden kann“, sondern ein Entwurf für die Praxis ist, eine „evolutive Ordnung, in der es neben dem festen Grundprinzip, daß sich alles im Rahmen einer freien Ordnung zu vollziehen hat, immer wieder nötig ist, Akzente zu setzen gemäß den Anforderungen einer sich wandelnden Zeit“<sup>392</sup>. Sie ist eine konzeptionell offene Idee, eine „Stilform“<sup>393</sup>, ein „der Ausgestaltung harrender, progressiver Stilgedanke“<sup>394</sup> und eine „Strategie im gesellschaftlichen Raum“<sup>395</sup>, die stets im Wandel ist und sich historischen Gegebenheiten anpassen soll.

Die These, die im Folgenden dargestellt werden soll, basiert im Grunde auf zwei Aspekten, die grundlegend dafür sind, dass es auch heute noch möglich ist, im politischen Diskurs an die Idee der Sozialen Marktwirtschaft anzuknüpfen. Dies ist

---

<sup>392</sup> Beides Müller-Armack (1974: 10), zitiert nach: Dietzfelbinger (1998: 221).

<sup>393</sup> Müller-Armack (1966: 243).

<sup>394</sup> Starbatty (2004: 137).

<sup>395</sup> Müller-Armack (1962: 13), zitiert nach: Abländer (2011: 207).

zum einen ihre Mythologisierung, indem sie mit dem deutschen Wirtschaftswunder verknüpft wird, und zum anderen die konzeptionelle Offenheit dieser Versöhnungsidee, die es immer wieder erlaubt, sie neu und anders, letztlich beinahe beliebig zu interpretieren. Wie zu zeigen sein wird, hängen diese beiden Aspekte eng miteinander zusammen.

Bei genauerer Betrachtung wird schnell deutlich, dass die Soziale Marktwirtschaft heute nur noch eine Platzhalter-Funktion innehat und zunehmend auf eine „Beschwörungsformel“<sup>396</sup> reduziert wird. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine leere Fläche, auf die der Wunsch einer Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit projiziert wird – das Konzept ist folglich „symbolisch hoch besetzt und inhaltlich fast völlig leer.“<sup>397</sup> Haselbach erklärt die Funktion der Sozialen Marktwirtschaft aus dem historischen Mythos heraus, der sich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat und das Konzept zur Ursache des bundesrepublikanischen Wirtschaftswunders (v)erklärt. Diese Verklärung führte dazu, dass die Soziale Marktwirtschaft heute allgemein als gemeinsamer Nenner der deutschen Wirtschaftspolitik gilt, auf den sich fast alle Parteien einigen können, eben weil er kaum mehr Inhalt transportiert.

Nonhoff interpretiert derartige Vormachtstellungen einer geteilten gesellschaftlichen Idee als „politische Hegemonie“ und attestiert, dass die Soziale Marktwirtschaft eine bedeutende Vormachtstellung im politischen Diskurs in Deutschland eingenommen hat.<sup>398</sup> Seine These ist, dass es politische Konzepte gibt, die unter bestimmten Bedingungen und zu bestimmten Zeiten eine diskursive und politische Vorherrschaft erlangen und so Hegemonien ausbilden. Dies sind dann Ideen, „an denen man nicht vorbei kommt“<sup>399</sup>, möchte man sich dem jeweiligen Themenfeld widmen, indem sie angesiedelt sind. Die Soziale Marktwirtschaft habe eine solche Vormachtstellung eingenommen, indem sie als Symbol wirkmächtig wird, das gesellschaftliche Forderungen einfängt, sie „gleichschaltet“ und sich einverleibt.<sup>400</sup> So ist die Soziale Marktwirtschaft heute als „leerer Signifikant“<sup>401</sup> nur noch eine Projektionsfläche für eine konstruktive Wirtschaftspolitik und vereint in sich Begriffe wie Marktwirtschaft, Wettbewerbsordnung, Freiheit, Selbstverantwortung und Leistung auf der einen sowie gleichzeitig Sozialpolitik, sozialer Ausgleich und Gerechtigkeit auf der anderen Seite.

---

<sup>396</sup> Abländer / Ulrich (2009: 14).

<sup>397</sup> Haselbach (1991: 10).

<sup>398</sup> Vgl. Nonhoff (2006).

<sup>399</sup> Nonhoff (2006: 379).

<sup>400</sup> Vgl. Nonhoff (2006: 380f.).

<sup>401</sup> Vgl. Nonhoff (2006: Kapitel 3.3).



Es ist ihr gelungen, für unterschiedlichste gesellschaftliche Akteure (Politik, Kirche, Gewerkschaften usw.) eine einende Symbolik herzustellen. Die Hegemonie wird dadurch wirksam, dass es nahezu unmöglich ist, in den deutschen Diskurs über Wirtschaftspolitik einzutreten, ohne die Soziale Marktwirtschaft zu thematisieren und sich ihr gegenüber zu verorten. Es stellt sich darum die Frage, was mit einem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft überhaupt noch ausgesagt wird. Folgt man Nonhoff in seiner Beurteilung, so wird damit lediglich eine Projektionsfläche angeboten, die irgendwie vage für Freiheit und Gerechtigkeit steht und in der sich jeder wiederfinden kann, dem diese Themen am Herzen liegen.

Die Diagnose der Hegemonie mittels eines leeren Signifikanten von Nonhoff trifft sich in weiten Teilen mit der von Ptak, der zum Ende seines Werkes zum Ordoliberalismus und zur Sozialen Marktwirtschaft zu dem Urteil kommt:

„[Man] findet in der Sozialen Marktwirtschaft keine Orientierung. Ihr konzeptioneller Gehalt ist ebenso aufgebraucht wie sie umgekehrt allein vom Mythos vergangener Zeiten lebt.“<sup>402</sup>

Dies erklärt, wie der Begriff im politischen Raum so lange überleben konnte und warum er zum einen so oft und gerne genutzt wird, zum anderen aber auch so wenig Orientierung zu bieten vermag. An dieser Situation können dann auch aktuellere Versuche, der Sozialen Marktwirtschaft neues Leben einzuhauchen, nicht viel ändern. Das prominenteste Beispiel eines solchen Versuchs ist wohl die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM). Hinter dieser Initiative steckt ein Think-Tank der deutschen Industrie, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Begriff zu nutzen und in seinem (neoliberalen) Sinne zu formen. Die Initiative nutzt dafür die Figur Ludwig Erhards und möchte die Soziale Marktwirtschaft mit seiner Hilfe klassisch wirtschaftsliberal verstanden wissen. Es geht ihr darum, Eigenverantwortung und unternehmerische Initiative des Einzelnen zu stärken und in der Gesellschaft die Akzeptanz für weitere neoliberale Reformen zu verankern. Dass dies nicht dem entspricht, was Müller-Armack als Begründer des Begriffs darunter verstanden hatte und dass dieser Versuch einer derart starken konzeptionellen Umgestaltung überhaupt möglich ist, kann nur durch die zunehmende Leere des eigentlichen Begriffs erklärt werden.

Auf der Suche nach wirtschaftspolitischer Orientierung kann also auch die Soziale Marktwirtschaft nicht sonderlich weiterhelfen. Zwar haben wir hier im Gegensatz zum Ordoliberalismus einen Begriff, der im politischen Diskurs hochgeschätzt ist und auch

---

<sup>402</sup> Ptak (2004: 299).

heute noch verwendet werden kann. Doch zeigt sich, dass der realpolitische Begriff kaum noch Substanz hat und für sich genommen keine Orientierung bietet. Der Begriff besitzt aber, wie von der Politik und auch den Wirtschaftsverbänden erkannt, großes Potenzial, um Sehnsüchte von Freiheit und Gerechtigkeit in sich zu vereinen und so, eher im Sinne eines Marketingkonzepts, wirksam zu werden. Denn die Beliebtheit des Begriffs ist ungebrochen, wie Umfragen zeigen, in denen deutlich wird, dass die deutsche Bevölkerung die Soziale Marktwirtschaft mit großer Mehrheit als wichtig und sinnvoll erachtet – auch wenn in den letzten Jahren, in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrisen, das Bild der Sozialen Marktwirtschaft erstmals, nach vielen Jahrzehnten der durchweg positiven Meinung, getrübt ist. So glauben laut einer Umfrage aus dem Jahre 2010 auch nur noch 35% der Befragten daran, dass das wirtschaftspolitische System in Deutschland tatsächlich eine Soziale Marktwirtschaft sei, die ihrem Namen auch gerecht wird.<sup>403</sup> Hier gibt es also eine interessante Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach einer Sozialen Marktwirtschaft und den tatsächlich vorfindbaren, politischen Verhältnissen, die nur noch von Wenigen als eine Soziale Marktwirtschaft empfunden werden. Dieser Wunsch und die positive Besetzung des Begriffs könnten genutzt werden – gesetzt den Fall, dass es tatsächlich sinnvoll ist, ihn zu verwenden – um zu versuchen, ihn mit neuem Inhalt zu füllen. Inwiefern die weitere Betrachtung in dieser Arbeit mit einer Idee von Sozialer Marktwirtschaft vereinbar ist und ob es evtl. politisch sinnvoll oder hilfreich sein könnte, den hier vorliegenden Entwurf als eine Art neuer Sozialer Marktwirtschaft zu „branden“, wird noch zu diskutieren sein (vgl. Abschnitt 6.XY). Deutlich geworden ist jedoch, dass der Begriff heute ohne eine erneute ausführliche Fundierung zu wenig Orientierung bietet.

### **3.5 – Beurteilung des Ordoliberalismus**

Was also bleibt nach dieser Analyse des Ordoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft noch auf der Suche nach einer zeitgemäßen Orientierung in wirtschaftsethischen und wirtschaftspolitischen Fragen? Am Ende weitaus weniger, als zu Beginn erhofft wurde. Es zeigte sich, dass der Ordoliberalismus konzeptionelle Mängel und Widersprüche enthält, die nicht ignoriert werden können, und dass er mit seiner teils kulturpessimistischen, elitären und autoritären Art, gesellschaftliche

---

<sup>403</sup> Vgl. Heinz Nixdorf Stiftung / Bertelsmann Stiftung (2010: 5).

Probleme lösen zu wollen, nicht weiterhelfen kann.<sup>404</sup> Systematisch lauten die Erkenntnisse:

### **1. Treffende Analyse des Wirtschaftsliberalismus**

Der Ordoliberalismus bietet eine heute nach wie vor scharfe Analyse der *Verfehlungen des Wirtschaftsliberalismus*. Maßgeblich für diese Analyse war das implizite Vorverständnis für Wirtschaftspolitik der Ordoliberalen, das auf der Einsicht beruhte, dass die Wirtschaft eben nur ein Instrument für gesellschaftliche Zwecke sein sollte. Wirtschaftsethisch interessant sind vor allem die Vorwürfe der Soziologieblindheit sowie des Ökonomismus. Die Folgerung der Ordoliberalen war der Versuch eines Gesellschaftsentwurfs, der die Wirtschaft gesellschaftlich einbettet und ihr nur eine dienende Funktion zuschreibt. Maßgeblich für ihren Gesellschaftsentwurf war die Erkenntnis, dass eine sozial gerechte Gesellschaftsordnung notwendig ist, die mit einer wettbewerblich gestalteten Marktwirtschaft ausgestattet sein sollte. Die Wirtschaft sollte dazu künftig nicht mehr naturrechtlich begründet und sich selbst überlassen, sondern eine „staatliche Veranstaltung“<sup>405</sup> zum Wohle aller sein. Die Ordoliberalen erkannten, dass es einiger Gegenkräfte bedarf, die der gesellschaftlich destabilisierend wirkenden Marktlogik Einhalt gebieten und dafür sorgen, dass die Wirtschaft nicht zum Selbstzweck, sondern zum Mittel eines besseren Lebens aller wird. Beim Versuch, diese Einbettung zu definieren und zu gestalten, sind die Ordoliberalen dann jedoch häufig hinter ihrem eigenen Anspruch zurückgeblieben. Ihre Analyse und der konzeptionelle Ausgangspunkt, einen neuen Liberalismus zu entwerfen, sollen jedoch weitergetragen werden.

### **2. Widersprüchliche Individualethik**

Zunächst wurde untersucht, welche Anforderungen der Ordoliberalismus an die Individuen seines Gesellschaftsentwurfs stellt. Dabei wurde deutlich, dass die Ordoliberalen verschiedene Vorstellungen davon entwickelten. Der Entwurf der Freiburger Schule einer Wettbewerbsordnung thematisiert das Individuum kaum. Er entwirft eine Ordnungspolitik, die sich einzig auf den gesetzlichen Rahmen des Wettbewerbs konzentriert und davon ausgeht, dass mit der Verwirklichung einer vollständigen Konkurrenz, die geprägt ist vom freien Spiel der Marktkräfte und der Abwesenheit von Machtungleichgewichten, die Vorbedingungen einer gesellschaftlich

---

<sup>404</sup> Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch Ulrich (2009b).

<sup>405</sup> Vgl. Miksch (1947: 12), zitiert nach: Starbatty (2004: 142).

wohl­tätig wirkenden Marktwirtschaft schon geschaffen seien. Sofern diese äußeren Regeln, die sich in Euckens konstitutiven und regulativen Prinzipien niederschlagen, staatlich durchgesetzt sind, werde der Wettbewerb Wohlstand für alle bewirken, so dass am Ende alle Mitglieder einer Gesellschaft die größtmögliche Freiheit hätten und allen gedient sei. Eucken stellt keine moralischen Ansprüche an die Individuen. Wie gezeigt wurde, ist die alleinige Konzentration auf die Rahmenordnung jedoch verkürzt, bedingen sich doch mündige, integre Bürger und eine den Markt begrenzende Rahmenordnung gegenseitig. Eucken versäumt es, seinem ordnungsethischen Konzept eine individualethische Dimension zur Seite zu stellen und erkennt die Notwendigkeit, beide Dimensionen gleichermaßen zu gewichten.

Anders bei Rüstow, Röpke und Müller-Armack: Sie formulieren als Bedingung des Ordnungsrahmens explizit individualethische Ansprüche. Wie bereits erläutert, ergeben diese sich jedoch einzig aus dem Fundament des christlichen Glaubens sowie der konservativ-bürgerlichen Idealvorstellung einer traditionellen Gesellschaft. Angesichts der vernunft- und diskursethischen Ausrichtung der vorliegenden Arbeit kann diese Begründung einer autoritären Tugendethik jedoch nicht genügen und muss als unzeitgemäß ausscheiden.

Darüber hinaus wurden verschiedene Widersprüchlichkeiten und Paradoxien der ordoliberalen Ansprüche an das Individuum aufgedeckt. Das Individuum findet sich im Ordoliberalismus zwischen dem Anspruch, am Markt möglichst interessengeleitet und egoistisch handeln zu dürfen (oder eher zu müssen) und dem Anspruch, als Bürger genau diesen Markt, auf dem es sich täglich behaupten soll, moderieren und einhegen zu müssen. Die Gesellschaftspolitik, die die Ordoliberalen aus ihrer Individualethik ableiten, steht so im Widerspruch zu ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Dieser Widerspruch wurde von Röpke sogar erkannt, so formuliert er, man fordere „also eine Gesellschaftspolitik, die als Widerspruch zu unserem wirtschaftspolitischen Programm erscheinen könnte – [sie ist] die unerläßliche Voraussetzung jedes einigermaßen aussichtsvollen Versuchs, die Grundlagen einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung zu retten.“<sup>406</sup> Der Widerspruch bleibt jedoch nur erkannt – aufgelöst wird er nicht.

### **3. Widersprüche in der Ordnungsethik**

Weiterhin haben die Ordoliberalen eine nicht immer widerspruchsfreie Ordnungsethik konzipiert. So verkennen oder unterschätzen sie die ethischen Implikationen der Marktwirtschaft, die sie als ethisch neutral erachten. Außerdem impft der

---

<sup>406</sup> Röpke (1944: 87).

Ordoliberalismus die politische Agenda derart stark mit ordnungspolitischen Aufgaben, dass der Staat letztlich in einer „Sorge um den Markt“ aufgeht und so implizit und ungewollt teilweise der Ökonomismus fortgeschrieben wird, den man eigentlich vermeiden wollte. Dies zeigt sich bspw. im Kriterium der Marktkonformität, also der Maßgabe, nur in den Markt eingreifen zu dürfen, wenn dieser Eingriff der ökonomischen Logik entspricht. Diese politische Selbstbeschränkung führt dann dazu, dass letzten Endes doch wieder der Markt das Maß aller Dinge ist und die politische Souveränität, die man im Gegensatz zum klassischen Liberalismus etablieren wollte, erneut verloren geht. Die Ordoliberalen haben es schlussendlich nicht geschafft, „ihre Vorstellungen von sozial gerechter Gesellschaftsordnung und marktbasierter Wirtschaftsordnung miteinander schlüssig in Einklang zu bringen.“<sup>407</sup>

Aufgrund der genannten konzeptionellen Mängel des Ordoliberalismus in Form von Widersprüchen und unzeitgemäßen Ansichten wird erkennbar, warum der Ordoliberalismus als Begriff in den wirtschaftspolitischen Debatten keine große Bedeutung mehr hat. Die konkreten Maßnahmen waren zeitgebundene Vorschläge und können heute so nicht mehr tragen. Sie müssen vielmehr modernisiert und neu konkretisiert werden.<sup>408</sup>

Die Wirtschaftskrise und die zunehmenden Probleme des Neoliberalismus bewirken das neu erwachende Interesse am Ordoliberalismus. Bei der Suche nach ordnungspolitischen Konzepten, die zumindest den Versuch unternehmen, die Wirtschaft wieder in eine gesellschaftlich untergeordnete Stellung zu rücken, war es nur eine Frage der Zeit, bis der Ordoliberalismus wieder auf dem gesellschaftlichen Radar auftauchte. Denn wichtig bleiben auch heute noch die ordolibérale Betonung der gesellschaftlichen Vorbedingungen der Marktwirtschaft und die Notwendigkeit, diese einzubetten. Vor allem die praktische Umsetzung des Ordoliberalismus, nämlich die Soziale Marktwirtschaft, erfährt darum auch wieder vermehrt Aufmerksamkeit.

---

<sup>407</sup> Abländer / Ulrich (2009: 15).

<sup>408</sup> Es gibt zum hier gefällten Urteil natürlich auch abweichende Meinungen, die im Ordoliberalismus durchaus noch das Potential sehen, mit den gegebenen Problemen umzugehen. So kommen bspw. Klump / Wörsdörfer (2009) zu dem Urteil, dass der Ordoliberalismus (Euckenscher Prägung) eine Vermittlungsinstanz zwischen moderner Wirtschaftsethik und der Ökonomie sein könnte. Der vorliegende Entwurf bleibt jedoch bei seiner Aussage, dass Eucken einen Primat der Ethik mit den von ihm aufgestellten Prinzipien nicht durchhalten würde (den die Autoren aber auch gar nicht fordern). Vgl. dazu auch die Überarbeitung der Prinzipien von Eucken in Kapitel 6.2.

#### 4. Mythos Soziale Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft als Inkarnation der ordoliberalen Theorie ist im politischen Diskurs in Deutschland nach wie vor präsent und symbolisiert die immer noch andauernde Suche nach einer Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit in einer marktwirtschaftlich organisierten Wettbewerbsordnung. Dabei wird jeder Versuch, die Marktwirtschaft grundsätzlich zu erhalten, sie aber menschlich, eben *sozial* zu gestalten, auf den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft projiziert. So wurde die Soziale Marktwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten jedoch zunehmend zu einem politischen Schlagwort – sie ist ein „leerer Signifikant“<sup>409</sup>, der zwar im wirtschaftspolitischen Raum unumgänglich geworden ist, gleichzeitig aber kaum noch Bedeutung in sich trägt. Die Soziale Marktwirtschaft ist keine Hilfe auf der Suche nach wirtschaftspolitischer Orientierung. Sie könnte dem vorliegenden Entwurf möglicherweise einzig als neu gefüllter Signifikant hilfreich sein, der dann von der positiven Belegung des Begriffs profitieren und damit den Entwurf in die Gesellschaft tragen könnte.

Haselbach stellt dar, „daß die Ordoliberalen schon in den fünfziger Jahren mit ihrer Vorstellung von ‚Wiederverwurzelung‘ und ‚Vitalpolitik‘ von einer gesellschaftlichen Entwicklung längst abgekoppelt waren, an deren Spitze sie sich wähnten. Die wirtschafts- und die gesellschaftspolitische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hatten keinen Bezug auf die ordoliberalen Vorstellungen von ihr.“<sup>410</sup> Folglich ist der Begriff zunehmend in der Versenkung verschwunden und hat heute, abgesehen vom Mythos der Sozialen Marktwirtschaft, im Grunde kaum noch gesellschaftspolitische Bedeutung. Die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft mit einem „Zurück zu den Ursprüngen“<sup>411</sup> zu beschwören, scheint darum wenig aussichtsreich. Wie Müller-Armack schon sagte:

„Wir müssen uns hier vor einer falschen Romantisierung auch unserer großen Geistesepochen hüten und verhindern, daß diese Flucht zurück zu einer grundsätzlichen Abwendung von der Gegenwart und ihren politischen Problemen und zu einer neuen historischen Illusion des deutschen Lebens führt.“<sup>412</sup>

Die Vorsicht, die Müller-Armack damals für sich und seine Kollegen anriet, sollte darum auch heute wieder stark gemacht werden: Die Romantisierung des

---

<sup>409</sup> Vgl. Nonhoff (2006: Kapitel 3.3).

<sup>410</sup> Haselbach (1991: 224).

<sup>411</sup> Vgl. bspw. Merkel (2009a).

<sup>412</sup> Müller-Armack (1981: 476).

Wirtschaftswunders und der Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft bringen die heutige Wirtschaftspolitik nicht wirklich weiter.

Die erste Forschungsfrage, die diese Arbeit sich stellte, war die nach der Tauglichkeit der Konzepte von Ordoliberalismus und Sozialer Marktwirtschaft zur Bewältigung der aktuellen, drängenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen. Nach der ausführlichen kritischen Durchleuchtung der ordoliberalen Konzepte muss der Schluss gezogen werden, dass diese nicht die erhoffte Orientierung anbieten können. Die Konzepte sind in ihrer Zeitgebundenheit zu betrachten und können heute nur noch einzelne Impulse für die Beschäftigung mit ordnungspolitischen Fragen bieten. Vor allem die geringe politisch-philosophische Fundierung der Konzepte schlägt dabei zu Buche.

Die Leistung des Ordoliberalismus bestand darin, die Extrempole des klassischen Liberalismus und des Sozialismus zu untersuchen und den Versuch zu unternehmen, sie hinter sich zu lassen und einen dritten Weg einzuschlagen, der die Verfehlungen dieser beiden Pole überkommt. Diese Pole sind heute weitestgehend überholt, da beide Extreme heute realpolitisch kaum noch denkbar sind. Zudem kann die Idee des dritten Weges als Mittelweg zwischen diesen Polen in Frage gestellt werden. So gibt bspw. Rapold zu bedenken, „dass *zwischen* den beiden einseitigen Betrachtungsweisen der wirtschaftlichen Wirklichkeit keineswegs schon die harmonische Lösung, sondern erst – das eigentliche *Problem* liegt“<sup>413</sup>.

Diesem Problem widmet sich die Arbeit weiter – und dafür war die ausgiebige Beschäftigung mit dem Ordoliberalismus notwendig. Zum einen wird die vorliegende Arbeit ganz pragmatisch der Tatsache der politischen Hegemonie gerecht – wie erwähnt kann man kaum in den bundesrepublikanischen Diskurs um Ordnungspolitik einsteigen, ohne sich nicht im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft – und damit auch in ihrer ideellen Grundlage des Ordoliberalismus – zu verorten. In diesem Sinne hatte die vorliegende Untersuchung eine Signalwirkung, um anzuzeigen, wo im Spektrum der Beschäftigung mit Wirtschaftspolitik in Deutschland die vorliegende Arbeit einzusortieren ist und wo die weitere Reise hinführen soll.

Denn zum anderen, und auch das wurde schon erwähnt, ist ja nicht der gesamte Ordoliberalismus undifferenziert zu verwerfen. Richter betont, eine ideengeschichtliche Betrachtung wäre am produktivsten, rückte man „jene Varianten des Modells in den Mittelpunkt, die sich sinnvoll auf die spezifischen politischen Probleme in der Gegenwart beziehen lassen und die für drängende politische Fragen

---

<sup>413</sup> Rapold (1958: 35).

wenigstens die Richtung passabler Antworten andeuten“<sup>414</sup>, statt nur die Verfehlungen der Konzepte zu betonen. Eine solche Richtung ist beispielsweise die ordolibérale Forderung nach einer auf den Werten Freiheit und Gerechtigkeit basierenden Gesamtordnung. So erkennt der Ordoliberalismus, dass der Primat der Politik sowie gesellschaftliche Aspekte die notwendigen Vorbedingungen einer gemäßigten, tatsächlich *sozialen* Marktwirtschaft sein sollten. Vor allem die Unterscheidung von vorrangiger Gesellschaftsordnung und darin eingebetteter Wettbewerbsordnung wird dabei noch sehr nützlich sein. In ihren Werken haben die Ordoliberalen darüber hinaus einen wertvollen Fundus an Vorschlägen hinterlassen, die bei der Ausgestaltung einer solchen Gesamtordnung behilflich sein können und die punktuell im weiteren Verlauf der Arbeit immer wieder aufgegriffen werden (dazu gehören solche Themen wie Haftung und Verantwortung, Regulierung der Banken, gerechte Erbschaftssteuern u.v.m.).

### **3.6 – Zwischenfazit: Der Freiheitsbegriff als zentrales Problem des Ordoliberalismus**

Als Spielart des Liberalismus ist bei den Ordoliberalen auffällig, dass der Begriff der Freiheit, der ja bei einem Liberalismus-Entwurf eigentlich zentral sein sollte, zwar oft fällt, aber selten expliziert wird bzw. nicht ausführlich geklärt wird. Die Aufgabe, „den Liberalismus von Grund auf neu [zu] erfinden“<sup>415</sup> ist der entscheidende Impuls des Ordoliberalismus, es bedarf jedoch einer genaueren „Präzisierung des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft“<sup>416</sup> und vor allem einer Untersuchung, was genau eigentlich Freiheit im *Ordoliberalismus* bedeutet. Freiheit ist der zentrale Fixpunkt, auf den ein jeder Liberalismus ausgerichtet ist. Das Verständnis von Freiheit nicht ausreichend zu klären, kann darum als grundlegendes Versäumnis des Ordoliberalismus gelten und sorgt letztlich für viele der weiteren Probleme, die hier aufgedeckt wurden. Da Freiheit nämlich häufig bloß als *wirtschaftliche* Freiheit verstanden wird, ergeben sich erst die genannten Widersprüche und Inkonsistenzen der Ordoliberalen.

---

<sup>414</sup> Richter (2004: 11).

<sup>415</sup> Miksch (1949: 163).

<sup>416</sup> Ulrich (2009b: 363).



So erlaubt die Einschränkung der Freiheit auf wirtschaftliche Freiheit beispielsweise Rüstow und Röpke, gleichzeitig außerhalb der wirtschaftlichen Sphäre, gänzlich unliberal und autoritär, bestimmte Lebensentwürfe zu fordern und damit andere abzulehnen. Ebenso der Rekurs auf Kirche und Gott, die Einschränkung auf die christliche Religion als die „richtige“ Religion und die Ablehnung eines gesellschaftlichen Pluralismus wird so nachvollziehbar. Die Ansicht, politische Maßnahmen der Marktkonformität zu unterwerfen rührt ebenfalls daher: Nur so kann die Wirtschaft ungestört bleiben oder gar noch gesteigert werden und folglich die maximale *wirtschaftliche* Freiheit gewährleistet werden – unabhängig davon, ob dies möglicherweise in anderen Bereichen eine Einschränkung der individuellen Freiheit bedeutet. Schließlich fordert man noch den *Zwang* zur Leistung im Wettbewerb – und dieser ist nun wirklich kein Ausdruck von Freiheit. Die Überbetonung der wirtschaftlichen Freiheit lässt sich, neben diesen allgemeinen Beobachtungen, auch an verschiedenen Textstellen immer wieder festmachen. So verkehrt Röpke bspw. die Reihenfolge der Dinge, in dem er der Wirtschaft die Aufgabe zuschreibt, für Freiheit und Gerechtigkeit zuständig zu sein:

„Die Freiheit mit allem, was aus ihr für Sittlichkeit und echtes Menschentum nach den unverrückbaren Maßstäben unserer Kultur folgt, müsse also bereits im Bereiche des Wirtschaftlichen als der vordersten Frontlinie verteidigt werden. Damit fällt, so lautet die Forderung, vor allem dem Ökonomen in unserer Zeit die ebenso schwierige wie ehrenvolle Aufgabe zu, für Freiheit, Persönlichkeit, Rechtsstaat und nur in Freiheit mögliche Sittlichkeit an der heute gefährdetsten Stelle zu kämpfen [...].“<sup>417</sup>

Es ist weiter die Wirtschaft, „die das ganze Gebäude unserer Kultur trägt und ohne die es weder Freiheit noch Gerechtigkeit noch ein menschenwürdiges Dasein der Massen noch teilnehmende Hilfe gäbe!“<sup>418</sup> Die Verkehrung der Rangfolge, also die Annahme, dass wirtschaftliche Freiheit die Voraussetzung gesellschaftlicher Freiheit sei (statt umgekehrt), findet sich schließlich ganz deutlich in Röpkes Feststellung des allgemein „geläufigen Sachverhalt[s], daß die Freiheit in Staat und Gesellschaft die Freiheit in der Wirtschaft voraussetzt [...]“.<sup>419</sup> Dies widerspricht eigentlich der Forderung des Ordoliberalismus, der an anderer Stelle doch den politischen Liberalismus vorrangig *vor* den wirtschaftlichen Liberalismus setzte (vgl. Abschnitt 2.2).

Freiheit war so im Ordoliberalismus reduziert „auf ihre ökonomische Funktion im Wettbewerb, sie war zweckrationaler Bestandteil des zur allgemeinen

---

<sup>417</sup> Röpke (1958: 146).

<sup>418</sup> Röpke (1958: 148).

<sup>419</sup> Röpke (1958: 165).

Pflichtveranstaltung erklärten Leistungswettbewerbs im Rahmen der Wirtschaftsordnung.“<sup>420</sup> Der Ordoliberalismus hat das Verhältnis einer freiheitlichen Gesellschaft und der wettbewerblichen Marktwirtschaft nicht ausreichend geklärt<sup>421</sup> und durch die zentrale Rolle, die er der wirtschaftlichen Freiheit sowie der impliziten Übernahme der Grundideen der neoklassischen Gleichgewichtstheorie gewährte, schleicht sich im Ordoliberalismus immer wieder die Gemeinwohlfiktion ein, der Markt Sorge schon für Freiheit und Gerechtigkeit aller.<sup>422</sup> Es wird immer wieder dem Markt (statt dem Staat oder der Zivilgesellschaft) zugetraut und zugemutet, das gesellschaftliche Glücksversprechen einzulösen, indem er via Wachstum und Leistungswettbewerb den „Wohlstand für alle“<sup>423</sup> sicherstellt und sich also das Marktergebnis, auf welchen Wegen auch immer, positiv für alle auswirkt. Der Irrtum des Ordoliberalismus liegt dann darin, dass er die wirtschaftliche Freiheit überhöht und nicht erkennt, dass der freie Wettbewerb ein nur eingeschränktes Verständnis von Freiheit repräsentiert. Denn „[g]enau besehen ist der Staat der Hüter der Freiheit, während der Markt ein Instrument des Zwangs ist: Der Markt zwingt uns über den Wettbewerb zur Funktionalität.“<sup>424</sup> Der Ordoliberalismus hatte jedoch genau umgekehrt argumentiert, indem er dem Wettbewerb die Rolle der Freiheitssicherung zugewiesen hat.

Der Ordoliberalismus hat dabei die schwerwiegende Paradoxie übersehen, zum einen ein großes Vertrauen in die Fähigkeit des Marktes zu setzen, wirtschaftliche und soziale Probleme zu lösen, und *gleichzeitig* einzugestehen, dass dem Markt ein gesellschaftliches Zerstörungspotenzial innewohnt. Oder aber man hat geglaubt, dass die bürgerlichen Kräfte, die man zur Einbettung forderte, tatsächlich in der Lage wären, diese Paradoxie aufzulösen. Der Ordoliberalismus und mit ihm die Soziale Marktwirtschaft haben es versäumt, sich konsequent von der neoklassischen Gemeinwohlfiktion zu trennen und so den Markt tatsächlich in seine Schranken zu verweisen – gleichwohl sie genau das versuchten. Sobald die wirtschaftliche Freiheit zum Maß aller Dinge wurde, konnten sich ganz ähnliche Argumente, wie sie schon im Wirtschaftsliberalismus vertreten wurden, in die Konzepte schleichen, allerdings mit zwei wesentlichen Änderungen zum klassischen Liberalismus: Zum einen, diesmal

---

<sup>420</sup> Ptak (2004: 108).

<sup>421</sup> Vgl. Ulrich (2009b: 350).

<sup>422</sup> Vgl. Ptak (2004: 92). Zur Kritik an der ökonomischen Gemeinwohlfiktion siehe Ulrich (2008: Kapitel 5).

<sup>423</sup> Vgl. das gleichnamige Werk von Erhard (2009).

<sup>424</sup> Mastronardi (2010: 63).

den Staat für das Wirtschaftliche verantwortlich zu machen, statt ihn aus allem herauszuhalten, und zum anderen wenigstens der sozialen Frage wesentlich mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als dies im klassischen Liberalismus der Fall war.<sup>425</sup>

Röpke hat zwar nicht den Begriff von Freiheit, aber doch sein Verständnis von Liberalismus expliziert. Im Jahr 1945 setzte er sich in seiner Schrift „Das Kulturideal des Liberalismus“ mit dem Begriff des Liberalismus auseinander. Röpke fordert darin zunächst, zwei verschiedene Begriffe von Liberalismus auseinanderzuhalten. So gibt es für ihn einen allgemeinen, quasi außer-historischen Begriff des Liberalismus als *Idee* und einen *empirischen*, historischen Liberalismus, mit dem er den klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts bezeichnet (den er an anderer Stelle auch Paläo- oder Vulgärliberalismus nannte). So versteht er Liberalismus

„einerseits in dem ganz breiten und allgemeinen Sinne einer Idee, die im Grunde das Wesen abendländischer Kultur schlechthin ausmacht, andererseits in dem engeren und spezifischen Sinne einer geistigen, politischen und sozialen Bewegung des letzten Jahrhunderts, die aus jener allgemeinen Idee durch ganz bestimmte historische Zutaten hervorgegangen ist. In dem ersten Sinne sind wir alle Liberale, soweit wir die uns unersetzlich scheinenden Werte und Einrichtungen gegen jene zerstörenden Kräfte verteidigen, die wir als Kollektivismus, Totalitarismus oder Nationalsozialismus bezeichnen können. Nehmen wir aber den zweiten Sinn des Wortes, so erhebt sich die Frage, ob noch irgendeiner von uns ein Liberaler sein kann.“<sup>426</sup>

Röpke versteht sich und seine Mitstreiter also als Vertreter dieser ersten Definition eines allgemeinen, abendländischen Liberalismus, der nichts mit dem Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts zu tun haben soll. Im weiteren Verlauf nennt Röpke folgende Eigenschaften dieses allgemeinen Liberalismus:

Er sei...

- humanistisch („er geht von der zum Guten fähigen und erst in der Gemeinschaft sich erfüllenden Natur des Menschen [...] und von der Achtung aus, die wir jedem als Menschen in seiner Einmaligkeit schuldig sind und die es verbietet, ihn zum bloßen Mittel zu erniedrigen.“)
- personalistisch (d.h. individualistisch, so „ist die einzelne menschliche Person das letztlich Wirkliche, nicht aber die Gesellschaft, so sehr auch der Mensch nur in der Gemeinschaft, in ihrem Dienste und möglicherweise in der Aufopferung für sie die ihm gesetzte Erfüllung finden kann.“)

---

<sup>425</sup> Vgl. Ptak (2004: 134).

<sup>426</sup> Röpke (1947: 11).

- antiautoritär [sic!]
- universal
- und rationalistisch (indem Röpke „als Humanist allen Menschen die nämliche Vernunft zuschreibt“ und „die Vernunft zum Richter macht, vor dem sich Torheiten, Lügen und Bosheiten der Menschen zu verantworten haben.“<sup>427</sup>).

Röpke untersucht weiterhin in „Maß und Mitte“ die wesentlichen Züge des Liberalismus und unterscheidet zwischen den „vergänglichen“ und den „unvergänglichen“ Elementen des Liberalismus.<sup>428</sup> Als ein unvergängliches Element, das nach wie vor anerkennungswürdig und erhaltenswürdig sei, konstatiert er dem Liberalismus eine innewohnende Kraft, die „in einem dialektischen Prozeß immer wieder über sich selbst hinauszutreiben strebt. Diese Kraft ist der dem Liberalismus wesentliche Gedanke der Selbstbefreiung des Menschen durch den Appell an die Ratio: die Abwerfung von Bindungen, die Emanzipation des Menschen und die Herstellung seiner Autonomie.“<sup>429</sup> Dieses an Kant anklingende Verständnis von Emanzipation und Autonomie entspricht dann der oben skizzierten Idee, der Liberalismus sei humanistisch und antiautoritär. Interessant ist natürlich, dass ausgerechnet Röpke diese Aspekte als wesentlich betrachtet, während sein Entwurf einer Gesellschaft dann zwingend einer *nobilitas naturalis* bedarf und noch einige weitere autoritäre Züge aufweist (vgl. Abschnitt 3.2). Ähnlich widerspricht Röpkes Liberalismus-Entwurf eigentlich auch dem gerade vorgebrachten Vorwurf einer Überhöhung der wirtschaftlichen Freiheit. So macht Röpke deutlich, „daß das Ideal des sogenannten wirtschaftlichen Liberalismus, nämlich die freie Marktwirtschaft, keineswegs zu den primären Zielen des geistig-politischen Liberalismus gehört. Effektenbörsen, Zins oder freie Devisenmärkte sind keine Endzwecke, für die es sich lohnte, auf die Barrikaden zu steigen.“<sup>430</sup> Doch leider widersprechen andere Textstellen, auch von ihm selbst, dieser Erkenntnis allzu oft, wie das vorliegende Kapitel zu zeigen versucht hat. Wenn allerdings eine ganze Gesellschaftsordnung von einem solchen Liberalismus-Entwurf abgeleitet werden soll, sollten solche Missverständnisse jedoch ausbleiben und sollte der Entwurf eindeutig sein. Dazu bedarf es im Grunde einer genauen Bestimmung, was eigentlich unter dem Begriff der Freiheit, der ja namensgebend und zentral für jedes Liberalismus-Konzept ist, zu

---

<sup>427</sup> Alle fünf Punkte finden sich in Röpke (1947: 15f.).

<sup>428</sup> Vgl. Quaas (2000: 273).

<sup>429</sup> Röpke (1979: 17f.).

<sup>430</sup> Röpke (1947: 25).

verstehen ist. Die Versuche der Ordoliberalen bleiben aber wie gezeigt von Widersprüchen und Paradoxien gezeichnet.

Eucken ist interessanterweise derjenige gewesen, der diese Paradoxie aufgedeckt hat: Denn der Markt ist konzipiert als „ein Instrument, äußerste Leistungen zu erzwingen“<sup>431</sup>, d.h. die Wettbewerbsordnung ist so eingerichtet, dass der Markt „eine stete Verteidigung der Erwerbsstellungen verlangt und so den einzelnen zu höchster Leistungssteigerung zwingt.“<sup>432</sup> Eucken verstand, „daß sie [die Wettbewerbsordnung] gerade den Wert preisgibt, auf den sie vor allem ausgerichtet ist: Die Freiheit des Menschen.“<sup>433</sup> Die Marktwirtschaft war den Ordoliberalen doch eigentlich *das* Instrument, die Freiheit der Menschen zu fördern. Doch durch die Forderung nach unbedingtem Leistungszwang im Markt geht diese Freiheit wieder verloren: So „war es die *wirtschaftliche* Sphäre, der die Freiheit so sehr zustatten kam, aus der die Freiheit zuerst bedroht wurde.“<sup>434</sup> Diese sehr wertvolle Erkenntnis hat bei Eucken jedoch nur die Konsequenz nach sich gezogen, dass er die wirtschaftliche Macht, die die wirtschaftliche Freiheit bedroht, betrachtete. Dies führte dazu, dass Eucken auf seine konstitutiven und regulativen Prinzipien einer Wettbewerbsordnung beharren kann, ohne den Versuch zu unternehmen, die erkannte Paradoxie aufzulösen. Bei den anderen Autoren wird diese Paradoxie nicht diskutiert.

Die ausführliche Untersuchung des Versuchs der Ordoliberalen, eine Gesamtordnungsidee zu entwerfen, die eine integrierende Wirkung auf die Marktwirtschaft haben soll und sich als Weiterentwicklung des klassischen Liberalismus versteht, gibt der vorliegenden Untersuchung den wesentlichen Hinweis dafür, worauf bei einem ebensolchen Entwurf zu achten ist. So ist es von zentraler Bedeutung, die Grundlegung von Freiheit zunächst ganz allgemein, eben gesamtgesellschaftlich, zu beginnen und dann die Bedeutung der Wirtschaft für die Gesellschaft von dieser Gesamtordnungsidee her abzuleiten. Die Ordoliberalen hingegen begannen mit der Entscheidung für eine Marktwirtschaft, und versuchten dann, alles Weitere aus der *wirtschaftlichen* Freiheit abzuleiten, weshalb ihr häufig eine so übermäßige Bedeutung zukommt. Dies kann vor allem auch aus dem Zeitkontext erklärt werden: Zum einen war unmittelbar nach der Kriegswirtschaft in Deutschland das größte Augenmerk, eine erneute Instrumentalisierung der Wirtschaft

---

<sup>431</sup> Müller-Armack (1990: 105).

<sup>432</sup> Müller-Armack (1990: 80).

<sup>433</sup> Eucken (1990: 369).

<sup>434</sup> Eucken (1990: 176).

zu verhindern. Zum anderen war auch die politisch-philosophische Debatte in einer anderen Situation:

„Wohl nicht zuletzt infolge der damals zu wenig fortgeschrittenen politisch-philosophischen und wirtschaftsethischen Grundlagenklärung verfehlten die Begründer [des Ordoliberalismus, A.L.] ihre Intuitionen und Intentionen allerdings weitgehend.“<sup>435</sup>

Die vorliegende Arbeit ist der Versuch, eine solche politisch-philosophische Grundlagenklärung nachzuholen. Nur darauf aufbauend kann dann ein zeitgemäßer freiheitlicher Gesellschaftsentwurf begründet und skizziert werden, dem sich der zweite Teil der Arbeit widmen soll. Denn die von den Ordoliberalen gestellte Aufgabe bleibt nach wie vor aktuell: Die Suche nach den Grundlagen einer liberalen Gesamtlebensordnung mit „Maß und Mitte“, die – „[j]enseits von Angebot und Nachfrage“ – „[d]as Versagen des Wirtschaftsliberalismus“<sup>436</sup> überwindet und nicht hinter seinem universalen Anspruch zurückbleibt, sondern den Begriff pluralistischer Freiheit umfassend versteht und ernst nimmt. Ulrich formuliert die Aufgabe, „das teilweise rückständig gebliebene ordolibérale Gesellschaftsbild auf der tragfähigen Basis eines zeitgemäßen politischen Liberalismus weiterzudenken.“<sup>437</sup> Ein solcher politischer Liberalismus, ausgestattet „mit einer *unverkürzten Freiheitsprogrammatik* aus dem Blickwinkel der Lebenswelt müsste von da her eigentlich *die* politische Bewegung aufgeklärter Bürger in der nahen Zukunft sein.“<sup>438</sup> Diese Zukunft scheint nähergekommen, und so wird sich dieser Aufgabe im Rest der Arbeit gewidmet.

---

<sup>435</sup> Ulrich (2009a: 16).

<sup>436</sup> Entsprechend den Buchtiteln von Röpke (1979), Röpke (1958) und Rüstow (1950), in dieser Reihenfolge.

<sup>437</sup> Ulrich (2009b: 351).

<sup>438</sup> Ulrich (1993: 453), Hvh. A.L.

## 4 – Politische Philosophie der Freiheit

Es ist deutlich geworden, dass der Ordoliberalismus zwar namentlich ein liberales Konzept ist, seine liberalen Wurzeln aus heutiger Sicht jedoch mitunter einseitig verkürzt, nicht immer eindeutig und zuweilen sogar unliberal erscheinen. Es ist, wie im vorangegangenen Abschnitt gezeigt wurde, die fehlende philosophische Fundierung und Begründung des Ordoliberalismus, die ihn heute nicht mehr zeitgemäß und nur bedingt zur Bewältigung der aktuellen Probleme tauglich erscheinen lassen. Es liegt darum nahe, ein moderneres Liberalismus-Programm zu entwerfen, um einer zeitgemäßen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik wieder Orientierung und Gehalt zu verleihen.

Der Liberalismus steht derzeit in gesellschaftlichen Debatten bei weitem nicht überall so hoch im Kurs, wie er dies im Diskurs der politischen Philosophie seit seiner Wiederbelebung durch John Rawls tut. „Liberal“ wird allzu oft mit „wirtschaftsliberal“ gleichgesetzt, und viele Bürger begegnen diesem Begriff mit Skepsis. Der derzeitige Niedergang der FDP als der liberalen Partei Deutschlands macht diese Entwicklung beispielhaft deutlich, hatte sie ihr liberales parteipolitisches Programm doch im Grunde auf einen einseitigen Wirtschaftsliberalismus reduziert. Ein gehaltvollerer Begriff der Freiheit ist heute erst langsam wieder in den gesellschaftspolitischen Debatten zu finden. Es ist vor allem Joachim Gauck, der derzeitige Bundespräsident Deutschlands, der einen solchen Freiheitsbegriff ins Zentrum seines Politikverständnisses stellt. In der DDR aufgewachsen und lange den Beschränkungen eines kollektivistischen Regimes ausgesetzt, ist er jemand, der um den *politischen* Wert der Freiheit weiß. Er hat folglich einen umfassenderen Begriff von Freiheit und verknüpft diesen unbedingt mit dem Begriff der Verantwortung.<sup>439</sup>

Den verschiedenen Interpretationen des Liberalismus (lat. *liberalis*, „die Freiheit betreffend“<sup>440</sup>) liegen je unterschiedliche Konzeptionen von Freiheit zu Grunde, weshalb zunächst der Stellenwert und die Bedeutung von Freiheit geklärt werden muss. Die Freiheit ist die unhintergehbare *conditio humana*, sie ist die ureigene Bedingung des eigentlich Menschlichen. Das Denken, das Handeln, das individuelle Tun wäre nicht der Rede wert, wenn es keine Freiheit gäbe: „Die spezifisch menschlichen Leistungen des Denkens und des kommunikativen wie des produktiven Handelns

---

<sup>439</sup> Vgl. bspw. Gauck (2012: 26).

<sup>440</sup> Philosophisches Wörterbuch (1974: 385).

basieren auf der Annahme, dass wir frei sind“<sup>441</sup>; die Freiheit ist somit die „Bedingung moralischer und politischer Selbstbestimmung.“<sup>442</sup> Gäbe es keine Freiheit, so wäre alles bloßer Mechanismus der Natur. Die Freiheit selbst ist somit kein Wert unter vielen, sondern „die Voraussetzung aller Werte. Sie ist dies, weil sie sowohl unsere Vernunft als auch unseren Willen freisetzt.“<sup>443</sup> Freiheit muss somit nicht erst gegen andere Werte abgewogen werden, sondern ist ein *Wert an sich*, da sie für den Menschen die Möglichkeit bedeutet, sich über die Natur zu erheben und selbstbestimmt in Vernunft und Würde Mensch zu werden<sup>444</sup>: „Des Menschen innerer Werth beruht auf seiner Freiheit.“<sup>445</sup>

Doch was bedeutet nun diese Freiheit? Abhängig davon, wie genau Freiheit definiert wird, kann ein „Liberalismus“ zu sehr unterschiedlichen Gesellschaftsformen und Politikempfehlungen führen. Dabei soll hier jedoch nicht die gesamte Bandbreite der historischen Entwürfe und Möglichkeiten des Liberalismus vorgestellt werden. Eine umfassende Behandlung des Begriffs bedeutete eine „interpretatorische Materialschlacht“<sup>446</sup>, die nicht zielführend wäre. Die unzähligen Liberalismus-Debatten sind kaum zu überblicken, und es wäre wenig hilfreich, sich bloß mit der üblichen, ausführlich vorhandenen Kritik an libertären oder anderen einseitigen Freiheits-Konzeptionen aufzuhalten. Es soll vielmehr von Beginn an konstruktiv, aber natürlich unter Beachtung von historischen Entwürfen schrittweise ein Entwurf eines bestimmten Liberalismus-Verständnisses vorgestellt werden, dem eine eigenständige Freiheitskonzeption voraus geht und der Aufgabe, einen modernen Liberalismus zu entwerfen, angemessen scheint. Im folgenden Kapitel wird *ein* mögliches Verständnis von Freiheit entwickelt und begründet, um *eine* mögliche Form *eines* denkbaren Liberalismus zu skizzieren.

Denn mit der Festlegung auf Freiheit als regulatives Prinzip ist noch längst keine Entscheidung darüber getroffen, wie diese Freiheit aussieht und wie, daraus abgeleitet, eine freiheitliche Gesellschaft aussehen könnte oder sollte. Die Entscheidung, Freiheit als wichtigsten gesellschaftlichen Wert festzulegen, bedarf der begleitenden Diskussion über die Form und Ausgestaltung der Freiheit. Freiheit kann eng oder weit, positiv oder negativ definiert werden, immer abhängig vom jeweiligen Menschenbild

---

<sup>441</sup> Recki (2009: 7).

<sup>442</sup> Recki (2009: 7).

<sup>443</sup> Schattenmann (2006: 58).

<sup>444</sup> Vgl. Schattenmann (2006: 134).

<sup>445</sup> Kant (1902 ff., Band 27: 1319), zitiert nach Schattenmann (2006: 134).

<sup>446</sup> Bienfait (1999: 17).



oder von politischen Denkmustern. Der, soviel sei vorweggenommen, positive und weit gefasste Freiheitsbegriff dieser Arbeit ist die konstitutive Voraussetzung einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und gleicher Bürger und führt zu einer Art von Liberalismus, die sich (auch im Anschluss an den Ordoliberalismus) bewusst stark von der Form eines Libertarismus oder eines Wirtschaftsliberalismus abgrenzt. So bedarf es einer „Klärung nicht nur des Umfangs, sondern auch der Vollzugsweise jener individuellen Freiheit, die dem Entwurf im ganzen als Richtschnur dienen soll“<sup>447</sup>. Diese Klärung wird im Folgenden in der nötigen Tiefe angestrebt. Die Arbeit wird eine begründete, aber wertende Auswahl der unterschiedlichen Argumente der Debatten über Freiheit treffen und sich dabei im Wesentlichen an Begrifflichkeiten und Unterscheidungen anlehnen, die Honneth (2011) und Ulrich (2008) im Anschluss an Kant und Habermas verwenden. Das hier entworfene Freiheitsverständnis soll dann in ein konkretes Verständnis von Liberalismus münden (Kapitel 5), um vor dem Hintergrund dieser Begriffsbestimmung in den späteren Kapiteln eine bestimmte Art von liberaler Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zu konkretisieren.

## 4.1 – Dimensionen der Freiheit

Implizit ist die Unterscheidung zwischen positiver und negativer Freiheit, die im Folgenden skizziert wird, mindestens bei Kant schon zu finden. Es war jedoch Isaiah Berlin, der in der Mitte des 20. Jahrhunderts den aktuellen Freiheitsdiskurs mit der Unterscheidung von negativer und positiver Freiheit prägte.<sup>448</sup> Der vorliegende Entwurf folgt in weiten Teilen dem Vorgehen von Honneth, der diese zwei Dimensionen noch erweitert und einen Freiheitsbegriff in einem Dreischritt aus negativer, positiver und letztlich reflexiver Freiheit entwirft.<sup>449</sup> Dieser Entwurf wird schlussendlich noch um die Dimension von substantieller Freiheit, wie Sen sie vertritt, ergänzt.<sup>450</sup>

Es wird zu zeigen sein, dass alle genannten Aspekte der Freiheit (negativ, positiv, reflexiv und substantiell) in einer modernen Gesellschaft ihre Bedeutung und Notwendigkeit haben und ein gehaltvoller Begriff von Freiheit nicht auf einen dieser Aspekte reduziert werden kann. Anhand dieser Aspekte von Freiheit soll zudem

---

<sup>447</sup> Honneth (2011: 41).

<sup>448</sup> Vgl. Berlin (1995), hierin vor allem Kapitel 3: „Zwei Freiheitsbegriffe“.

<sup>449</sup> Vgl. Honneth (2011).

<sup>450</sup> Vgl. Sen (2011).

verdeutlicht werden, wie Freiheit und Verantwortung verknüpft sind und was dies für ein modernes Verständnis von (ordo-) liberaler Wirtschaftspolitik bedeuten kann.

#### 4.1.1 – Negative Freiheit als Freiheit von Zwang

Der moderne Diskurs über Freiheit beginnt etwa im 17. Jahrhundert mit Thomas Hobbes, und es scheint zweckmäßig, ebenfalls mit seinen Überlegungen zu beginnen, um einen ersten wichtigen Aspekt von Freiheit zu beleuchten.<sup>451</sup>

Hobbes entwickelte seine viel diskutierten Thesen zum Leviathan in einer Zeit des englischen Bürgerkriegs. Aus dem Verhalten der Menschen seiner Zeit folgte er das berühmte ‚homo homini lupus‘, das für seine Staatskonzeption maßgeblich werden sollte. Für Hobbes war der Staat gedacht als der Leviathan, der sicherstellen sollte, dass die Menschen sich nicht beständig gegenseitig bekriegen. Der Staat soll den Menschen zähmen, doch immer im Rahmen einer spezifischen, universellen Vorstellung von Freiheit, der Hobbes das Handeln des Staates unterordnete. Denn für Hobbes bedeutet die Freiheit des Individuums die Freiheit von äußerem Zwang: „*Freiheit* bedeutet genau genommen das Fehlen von Widerstand, wobei ich unter Widerstand äußere Bewegungshindernisse verstehe.“<sup>452</sup> Hobbes betont also *äußere* Widerstände, die ausgeräumt werden müssen, um den Menschen frei zu wähen. Wird der Mensch an der Ausführung seiner gewünschten Handlung nicht gehindert, ist er also frei. So ist ein Freier, „wer nicht daran gehindert ist, Dinge, die er auf Grund seiner Stärke und seines Verstands tun kann, seinem Willen entsprechend auszuführen.“<sup>453</sup> Die äußeren Widerstände in Form von Zwang kommen dabei einzig durch menschliche Eingriffe zustande:

„Wenn ich nicht höher als zwei Meter springen kann, wenn ich nicht lesen kann, weil ich blind bin, wenn ich die dunklen Stellen bei Hegel nicht verstehe, wäre es abwegig, zu behaupten, ich sei insofern versklavt oder unterläge einem Zwang. Zwang setzt einen willentlichen Eingriff *anderer Menschen* in den Bereich voraus, in dem ich sonst handeln könnte.“<sup>454</sup>

---

<sup>451</sup> Selbstverständlich wurden Ideen von Freiheit schon davor diskutiert, doch tragen die gesamten historischen Debatten hier nicht wesentlich zum Verständnis bei und werden darum ausgelassen.

<sup>452</sup> Hobbes (1984: 163), zitiert nach Honneth (2011: 44), Hvh. im Original.

<sup>453</sup> Hobbes (1984: 163), zitiert nach Honneth (2011: 45).

<sup>454</sup> Berlin (1995: 202), Hvh. A.L.

Hobbes' Grundgedanke war „die Abwehr staatlichen Zwangs“<sup>455</sup>, und er betonte *staatlichen* Zwang, da dieser zu Zeiten Hobbes' in vielen Fällen von despotischen oder monarchischen Staatsoberhäuptern ausging. Die negative Freiheit war gedacht als die Freiheit zu Eigentum und Boden, „als Chance zur Befreiung von feudalen Herrschaftsansprüchen“<sup>456</sup>.

Die Freiheit *von* Zwang ist der Kern der sog. *negativen* Freiheit: Es ist der Schutz vor Eingriffen anderer Menschen und des Staates in die eigene Handlungsfähigkeit. Das Individuum ist frei, wenn es nicht von außen an einer Handlung gehindert wird:

„Freisein in diesem Sinne bedeutet [...], daß ich von anderen nicht behelligt oder gestört werde. Je größer der Bereich der Ungestörtheit, desto größer meine Freiheit.“<sup>457</sup>

Diese wenigen Charakteristika beinhalten zunächst die wesentlichen Grundzüge der negativen Freiheit, die Hobbes als „natürliche Freiheit“<sup>458</sup> des Menschen versteht. Der Vorzug der Idee, Freiheit auf ihren negativen Aspekt als Abwehrrecht zu beschränken, ist die Einfachheit, mit diesem Prinzip umzugehen. Es erlaubt, „zu sagen, daß Freiheit darin liegt, zu tun, was man will, wobei dasjenige, was man will, unproblematisch als das begriffen wird, was der Handelnde als seine Wünsche identifizieren kann“<sup>459</sup> und was mit der Freiheit der anderen noch vereinbar ist. Hobbes konzipiert Freiheit also gänzlich ohne innere Hemmnisse und ohne jeglichen moralischen Impetus:

„Die Vorstellung, daß die Erfüllung jedes beliebigen Wunsches schon Ziel von Freiheit sein kann, solange dieser aus Sicht des Subjekts nur seiner Selbstbehauptung dient, erlaubt es Hobbes, sich in seiner Definition vollständig auf die äußeren Widerstände zu beschränken; denn mögliche Trübungen, Irrungen oder Beschränkungen des menschlichen Willens können schon deswegen bei der Bestimmung natürlicher Freiheit nicht ins Gewicht fallen, weil uns als Beobachtern kein Urteil darüber zusteht, was das Subjekt wollen sollte.“<sup>460</sup>

In der modernen Literatur hat vor allem Robert Nozick (1974) diese Vorstellung aufgegriffen und die Betonung des Eigeninteresses als gesellschaftliche Grundlage vorangetrieben. Seine Vorstellung von Freiheit entspricht insofern derjenigen von Hobbes, als dass er Freiheit schlicht als Chance des Individuums, seine Wünsche und Vorstellungen durchzusetzen, definiert. Im Gegensatz zu Hobbes oder Locke schreibt

---

<sup>455</sup> Heinig (2008: 172).

<sup>456</sup> Blum (1995: 61).

<sup>457</sup> Berlin (1995: 203).

<sup>458</sup> Hobbes (1984: 164), zitiert nach Honneth (2011: 45).

<sup>459</sup> Taylor (1988: 124).

<sup>460</sup> Honneth (2011: 45f.).

er jedoch zu einer ganz anderen Zeit, so dass es für ihn nicht mehr darum geht, das Individuum vor Eingriffen durch den monarchischen Staat zu schützen. Sein Menschenbild ist vielmehr das eines „radikalen Individualisten des 20. Jahrhunderts: Frei zu sein heißt für einen derart charakterisierten Akteur, so viele egozentrische, vollkommen eigenwillige Lebensziele realisieren zu können, wie mit der Freiheit aller anderen Mitbürger eben noch vereinbar ist. Schon die Erwartung, sich bei der Verwirklichung eigener Wünsche an einen vernünftigen Lebensplan zu halten, muß aus der Sicht des Individualisten als Zumutung begriffen werden“<sup>461</sup>. In diesem Sinne geht Nozick also noch einen Schritt weiter als Hobbes:

„Für Hobbes ist die Hohlform, als die die individuelle Freiheit vorgestellt wird, nach innen immerhin noch durch die Voraussetzung einer Rationalität des Selbstinteresses begrenzt, während bei Nozick selbst noch diese minimale Bedingung wegfällt: Alle Lebensziele, so unverantwortlich, selbstdestruktiv oder idiosynkratisch sie auch sein mögen, müssen als Zweck der Realisierung von Freiheit gelten, solange sie nur die Rechte anderer Personen nicht verletzen.“<sup>462</sup>

Aus dieser Definition von Freiheit folgt, dass innere Beweggründe oder Hemmnisse keine Berücksichtigung finden – weder Ängste oder Willensschwäche noch die Ziele oder Absichten, die den Menschen handeln lassen oder ihn an einer Handlung hindern, spielen eine Rolle: Frei ist, wer tun und lassen kann, was er will, solange er andere nicht behelligt. Der Mensch wird hier als ungebundenes Wesen konstruiert, das nichts weiter möchte, als nur sein Eigeninteresse durchzusetzen. Auf einem solchen Verständnis von Freiheit basierend wäre eine liberale Gesellschaft ein Ort, an dem „radikal voneinander isolierte Individuen als rationale Egoisten und Impressarios ihrer selbst lebten, d.h. als Menschen, die durch ihre unveräußerlichen Rechte sowohl voreinander geschützt als auch voneinander separiert würden.“<sup>463</sup> So beschränkt sich bspw. der Libertarismus à la Nozick auf ein solches minimales Freiheitsverständnis. Es gründet darauf, einzig die Nichteinmischung in die individuelle Handlungsfähigkeit als Bedingung von Freiheit zu definieren. So wäre der Mensch wohl frei, zu tun und lassen, was er will, doch wäre er eben ein gesellschaftlich isoliertes, beinahe asoziales Wesen.

Eine so verstandene, „ausgesprochen dünne Vorstellung von Freiheit“<sup>464</sup> als Freiheit von äußerem Zwang allein soll in der vorliegenden Arbeit noch nicht als Grundlage ausreichen, um einen modernen Liberalismus zu entwerfen, denn Handlungsfreiheit

---

<sup>461</sup> Honneth (2011: 51).

<sup>462</sup> Honneth (2011: 51).

<sup>463</sup> Walzer (1993: 159).

<sup>464</sup> Honneth (2011: 52).

allein ist noch keine ausreichende Form vernünftiger Freiheit. So stellt Schopenhauer in seinen ethischen Betrachtungen die Frage: „Ich bin frei, zu tun was ich will; bin ich aber auch frei, zu *wollen* was ich will?“<sup>465</sup> Schopenhauer betont in seiner Aussage eine zweite Dimension von Freiheit, nämlich die Freiheit zur *Selbstbestimmung* des Individuums. Diese nicht zu berücksichtigen ist das maßgebliche Versäumnis der negativen Freiheit. Freiheit als Freiheit von äußerem Zwang ist zwar ein erster Ausgangspunkt einer möglichen Form von Freiheit, führt alleine jedoch zu einem verkürzten Freiheitsverständnis und wird dem modernen Verständnis aufgeklärter Menschen, die in Gesellschaft leben, nicht gerecht. Eine nur negativ konstruierte Freiheit zeugt von einem einseitigen Verständnis von Freiheit, da es dem Menschen die individuelle Selbstbestimmung nicht zumutet oder nicht zutraut. Der wesentliche Aspekt der *conditio humana*, die menschliche Vernunftbegabung, wird hier ausgegrenzt und macht bei Berücksichtigung deutlich, dass eine so verstandene Freiheit nur eine Hohlformel sein kann. Die beschriebene Freiheit als Freiheit von äußerem Zwang ist eine Form der Freiheit, die dem Individuum lediglich „einen geschützten Spielraum für egozentrische, von Verantwortungsdruck entlastete Handlungen“<sup>466</sup> sichert und so eine ethisch höchst fragwürdige Konstruktion ist, da es in dieser Freiheitskonzeption keiner Rechtfertigung der Gründe, die uns zu unserem Handeln verleiten, bedarf. Solange die Handlung nicht die Freiheit aller anderen Subjekte beeinträchtigt, muss hier *jede* Handlung als Realisierung von Freiheit gelten. Die Vernunft des Menschen hat hier noch keinen Platz, da die Ziele und Wünsche nicht reflektiert werden müssen und nur aus dem Affekt heraus realisiert werden können, solange sie von außen nicht begrenzt werden. Eine so verstandene negative Freiheit hebt „vollkommen auf die ‚äußere‘ Befreiung der Handlung ab, wohingegen deren Ziele dem Spiel kausal wirkender Kräfte überlassen bleiben: Bei Hobbes war es die kontingente Natur des Selbstinteresses, [...] bei Nozick schließlich der Zufall persönlicher Wünsche und Vorlieben, was darüber entscheidet, auf welche Ziele der einzelne sein Handeln richtet. In keinem dieser Fälle reicht die Freiheit des Individuums bis in das Vermögen hinein, *sich selbst die Zwecke zu setzen*, die es in der Welt realisieren will“<sup>467</sup>.

Eine solch reduzierte Konzeption von Freiheit führt dann zu einem methodologischen Individualismus, der in einer Gesellschaftskonzeption münden muss, die in solch einseitiger Form nur schwer haltbar ist und hier nicht angemessen scheint. Die

---

<sup>465</sup> Schopenhauer (1988 (1839)), zitiert nach Recki (2009: 70), Hvh. A.L.

<sup>466</sup> Honneth (2011: 47).

<sup>467</sup> Honneth (2011: 57), Hvh. A.L.

umfassende Kritik aus dem Lager der Kommunitaristen an den Grundlagen unterschiedlicher Liberalismus-Konzepte basiert u.a. (berechtigterweise) auf genau diesem Umstand.<sup>468</sup> Den Menschen einzig als frei zu denken, solange er nur frei von äußerem Zwang ist und dies als Grundlage eines Gesellschaftsentwurfs zu setzen verkennt sowohl jegliche selbstreflexiven als auch die sozialen Aspekte des menschlichen Daseins.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die negative Freiheit nicht einen wichtigen Aspekt von Freiheit darstellt. Auch wenn negative Freiheit als Freiheit von Zwang allein zu beschränkt scheint und nicht ausreicht, um ein gehaltvolles Verständnis menschlicher Freiheit zu beschreiben, ist sie dennoch ein essentieller Bestandteil der Freiheit. Denn wird negative Freiheit als Freiheit von Bevormundung und Zwang verstanden, ist es der Schutz des Individuums, also die Zurückweisung von Vormundschaft und Zwang (sei es durch den Staat oder durch andere Individuen), der hier wesentlich ist. Dieser Schutz ist ein Wert, der selbstverständlich eine tragende Rolle für das Verständnis von Freiheit spielt und auch grundlegend für jegliches Verständnis von Freiheit ist.<sup>469</sup> Negative Freiheit soll dabei im vorliegenden Entwurf sichern, was John Rawls einen „vernünftigen Pluralismus“<sup>470</sup> nannte: Negative Freiheit als Abwehrrecht soll den Einzelnen vor Eingriffen anderer und des Staates in die eigene Handlungsfreiheit schützen. Sie sucht nach den Bedingungen, „unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des andern nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit zusammen vereinigt werden kann.“<sup>471</sup>

Die negative Freiheit ist als Abwehrrecht darum nicht bloß eine Art „Vorstufe“ von Freiheit. Sie ist vielmehr ein konstitutiver Aspekt von Freiheit, der erst durch die Moderne in Erscheinung getreten ist.<sup>472</sup> Jedoch erschöpft sich Freiheit in einer Demokratie nicht allein in individueller Abgrenzung gegen die Gesellschaft, den Staat oder die anderen, sondern kann sich positiv erst in der freiwilligen Selbsteinbeziehung und Teilnahme an den Angelegenheiten des Gemeinwesens verwirklichen.<sup>473</sup> Die Abwehr von Eingriffen in die eigene Konzeption eines guten Lebens, also negative

---

<sup>468</sup> Vgl. vor allem Honneth (1993).

<sup>469</sup> Vgl. dazu bspw. Goodpaster / Wettstein (2009: 122-126).

<sup>470</sup> Rawls (1998: 13).

<sup>471</sup> Kant (1902 ff.: Band VI: 231), zitiert nach Schattenmann (2006: 67).

<sup>472</sup> Dies zeigt sich vor allem in philosophischen Debatten, die sich schon seit Aristoteles mit reflexiver Freiheit beschäftigen, während der Diskurs um streng negative Freiheit eigentlich erst mit Hobbes beginnt. Vgl. Honneth (2011: 58).

<sup>473</sup> Vgl. Kraiker (2001: 62). Die Zitate Kraikers folgen dem angegebenen, jedoch unveröffentlichten Vorlesungs-Skript, das durchaus Buchqualität hat und darum hier als zitierfähige Quelle gelten soll.

Freiheit, ist dabei „ein originäres und unverzichtbares Element“<sup>474</sup> moderner Freiheit, das jedoch alleine nicht ausreicht, um den Menschen „frei“ zu denken. Es ist dann die Aufgabe eines liberalen Staates, die negative Freiheit seiner Bürger rechtlich durchzusetzen. Denn „der Liberalismus lehrt nicht, Zwang könne ohne Zwang minimiert werden. Er definiert vielmehr den Staat durch die Aufgabe, Zwang oder die Verletzung von Rechten durch Zwang oder die legitimen Gewalten des Staates zu minimieren.“<sup>475</sup>

Dieser erste Aspekt von Freiheit soll für den weiteren Verlauf der Analyse als ein erstes konstitutives liberales Prinzip festgehalten werden:

Konstitutive liberale Prinzipien:

(1) Negative Freiheit (Abwehrrechte)

Freiheit beinhaltet ein ausgrenzendes, individuelles Recht. Es beinhaltet den Schutz vor Übergriffen des Staates und der Mitbürger, ist also auf „dasjenige bezogen, worin die Bürger nicht behindert werden dürfen, wie Eigentums-, Meinungs-, Koalitions-, Bewegungsfreiheit usf.“<sup>476</sup> Negative Freiheit bedeutet Freiheit von Zwang und Bevormundung. Es ist Aufgabe des Staates, die negativen Freiheitsrechte in Form von Grundrechten zu sichern.

#### 4.1.2 – Positive Freiheit als Freiheit zur Selbstbestimmung

Nicolas Chamfort wird das Bonmot nachgesagt, die Fähigkeit, das Wort „Nein“ auszusprechen, sei der erste Schritt zur Freiheit.<sup>477</sup> Dementsprechend ist die Möglichkeit, sich gegen Zwang und Bevormundung zu wehren, in dieser Hinsicht der erste Aspekt von Freiheit, der hier bekräftigt werden soll. Doch ist es eben nur der *erste* Schritt zur Freiheit, der nun konsequenterweise die nächsten erfordert.

Mit Rousseau beginnt in der Moderne die Überwindung eines rein negativen Freiheitsbegriffs, der sich nur auf die Durchsetzung des Eigeninteresses und auf die Freiheit von Zwang beschränkt. Bereits im *Gesellschaftsvertrag* hatte Rousseau festgehalten, dass ein Mensch, der nur dem Drang der körperlichen Instinkte gehorche,

---

<sup>474</sup> Honneth (2011: 58).

<sup>475</sup> Steinvorth (1999: 72).

<sup>476</sup> Kraiker (2001: 62).

<sup>477</sup> Vgl. Chamfort (2008: 189).

als unfrei gelten müsse, denn „nur der Gehorsam vor dem Gesetz, das man sich selber gegeben hat, ist Freiheit.“<sup>478</sup> Das darin ausgedrückte Ideal des neuzeitlichen Freiheitsbegriffs ist ein Vorgriff auf die Selbstgesetzgebung des autonomen Menschen im Sinne Kants. Der Mensch ist bei Kant dann frei, d.h. autonom in seinem Denken als Vernunftwesen, wenn er „unabhängig von dem Naturgesetz der Erscheinungen“<sup>479</sup> in der Lage ist, eigene Zwecke und Ziele seines Handelns zu bestimmen:

„Der Wille ist die Art von Kausalität lebender Wesen, sofern sie vernünftig sind, und *Freiheit* würde diejenige Eigenschaft dieser Kausalität sein, da sie unabhängig von fremden sie bestimmenden Ursachen wirkend sein kann“<sup>480</sup>.

Der Wille ist für Kant das Vermögen, „nur dasjenige zu wählen, was die Vernunft, unabhängig von der Neigung, als praktisch notwendig, d.i. als gut erkennt.“<sup>481</sup> Unfrei ist demnach, wer nur seinen Instinkten folgt oder sich von anderen bevormunden oder bestimmen lässt. Nach dem „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“<sup>482</sup> bestimmt der autonome Mensch als Individuum nach Kant die Gesetze seines Handelns selbst.

Kants Freiheitsbegriff beginnt ebenfalls bei den Abwehrrechten, also bei negativer Freiheit, denn die Autonomie ist geprägt von Selbstbestimmung und der Unabhängigkeit von Eingriffen in die eigene Freiheitssphäre durch andere:

„Niemand kann mich zwingen auf seine Art (wie er sich das Wohlsein anderer Menschen denkt) glücklich zu sein, sondern ein jeder darf seine Glückseligkeit auf dem Wege suchen, welcher ihm selbst gut dünkt, wenn er nur der Freiheit Anderer, einem ähnlichen Zwecke nachzustreben, die mit der Freiheit von jedermann nach einem möglichen allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann (d.i. diesem Rechte des anderen) nicht Abbruch thut.“<sup>483</sup>

Kants Formulierung beinhaltet den Schutz vor Fremdbestimmung sowie das Recht auf den Rückzug auf die eigene Person: „Selbstbestimmung durch die Distanzierung von empirischem Zwang impliziert auch das Recht, sich qua Vernunft auf sich selbst zurückzuziehen.“<sup>484</sup> Somit würde jede Einschränkung, auch jede politische Einschränkung, zunächst eine Zumutung für die individuelle Freiheit bedeuten, käme

---

<sup>478</sup> Rousseau (1996: 31).

<sup>479</sup> Kant (1974b: 52), zitiert nach Bienfait (1999: 57).

<sup>480</sup> Kant (1974a: 97), zitiert nach Bienfait (1999: 57), Hvh. A.L.

<sup>481</sup> Kant (1974a: 37), zitiert nach Bienfait (1999: 57).

<sup>482</sup> Kant (1784: 9).

<sup>483</sup> Kant (1793: 290).

<sup>484</sup> Bienfait (1999: 57).



sie doch, folgt man Kant bis hierher, einer Entmündigung des vernünftigen Subjekts gleich:

„Kants moralische Autonomie ist insofern negativ, als sie an dem allgemein verbindlichen Recht des Menschen auf *moralische Selbstbehauptung gegen* die paternalistischen, heteronomen Übergriffe durch andere konsequent festhält.“<sup>485</sup>

Kant belässt es jedoch nicht bei negativer Freiheit. Es ist die Verknüpfung von *Unabhängigkeit* (unabhängig von fremden, bestimmenden Ursachen) und *Selbstgesetzgebung* (was die Vernunft als gut erkennt), die für ihn die unhintergehbare Bedingung der Autonomie ausmacht und die sich darin von den vorhergehenden Freiheitskonzeptionen unterscheidet.<sup>486</sup> Indem Kant das Sittengesetz zur Grundlage der Freiheit macht, gelingt ihm eine Verbindung zwischen negativer Freiheit als Selbstbestimmung und positiver Freiheit als Selbstbegrenzung. Hier werden freier Wille und moralische Ordnung als „Gesetz der Freiheit“<sup>487</sup> zusammen gedacht und in ein sich wechselseitig beeinflussendes Verhältnis gebracht. Die Verknüpfung des (negativen) Rechts auf Schutz vor Fremdbestimmung geht mit der Einsicht der Vernunft einher, immer in Gemeinschaft und mit Rücksicht auf andere zu leben:

„Die Freiheit des Willens ist auch die Freiheit, sich aufgrund moralischer Selbstzwecke und Gesetze einzuschränken. Insofern schließt Selbstgesetzgebung notwendigerweise die *Freiheit zum Sittengesetz* mit ein.“<sup>488</sup>

Das Verständnis von Freiheit als Freiheit zur Autonomie und Selbstbestimmung ist im Sinne Berlins das Wesen der *positiven* Freiheit:

„Die positive Bedeutung des Wortes 'Freiheit' leitet sich aus dem Wunsch des Individuums ab, sein eigener Herr zu sein. Ich will, daß mein Leben und meine Entscheidungen von mir abhängen und nicht von irgendwelchen äußeren Mächten. Ich will das Werkzeug meiner eigenen, nicht fremder Willensakte sein. Ich will Subjekt, nicht Objekt sein; will von Gründen, von bewußten Absichten, die zu mir gehören, bewegt werden, nicht von Ursachen, die gleichsam von außen auf mich einwirken.“<sup>489</sup>

Dies ist der maßgebliche Unterschied zur *negativen* Freiheit, wie sie bei Hobbes oder Nozick postuliert wurde. Während dort das Fehlen von Hindernissen zur Durchsetzung

---

<sup>485</sup> Bienfait (1999: 246), Hvh. im Original.

<sup>486</sup> Vgl. dazu ausführlich Recki (2009: 80).

<sup>487</sup> Bienfait (1999: 246).

<sup>488</sup> Bienfait (1999: 59). Dass es tatsächlich eine Freiheit des Willens gibt, wird hier nicht noch diskutiert, sondern vorausgesetzt. Zur Grundlegung und Verteidigung der Willens- und Handlungsfreiheit, die derzeit von einigen Hirnforschern und Psychologen infrage gestellt wird, vgl. bspw. An der Heiden / Schneider (2007).

<sup>489</sup> Berlin (1995: 211).

des Eigeninteresses als freies Handeln definiert wurde, es also nur darum geht, *äußere* Beschränkungen auszuräumen, ist die *positive* Freiheit durch die *innere* Bedingung des freien Willens, durch die Bejahung des eigenen Handelns (Selbstgesetzgebung) konstituiert. So ist nun „dasjenige Individuum frei, dem es gelingt, sich auf sich selbst zu beziehen, daß es sich in seinem Handeln nur von eigenen Absichten leiten läßt.“<sup>490</sup>

„Sobald ein Mensch das in der Welt verwirklicht, was sein Wille, und nicht seine Begierde, ihm auferlegt, vermag er sich als ein freies Wesen zu empfinden“<sup>491</sup>.

Nun findet man hier ein moralisches Element der Freiheit vor, das die Freiheit im Sinne Hobbes nicht enthält bzw. vermied. Im Sinne einer positiven Freiheit ist der Mensch „tatsächlich und genau darin frei, daß er sein Handeln an dem moralischen Gesetz orientiert, welches er sich in der Betätigung seines Willens selbst gegeben hat.“<sup>492</sup> Der Mensch ist nun nicht mehr nur frei und somit zufrieden, wenn er seine individuellen Wünsche durchsetzen kann. Vielmehr suchen die Menschen einen Zustand, „in dem die Mindestbedingungen ihrer Menschenwürde und (Selbst-) Achtung gewährleistet sind“<sup>493</sup>.

Die Erkenntnisse über negative und positive Freiheit lassen sich nun zu einem Verständnis umfassender Freiheit zusammenfassen. Freiheit beinhaltet nun folgende Aspekte:

Konstitutive liberale Prinzipien:

(1) Negative Freiheit (Abwehrrechte)

(2) Positive Freiheit (Autonomie)

Freiheit umfasst die Selbstgesetzgebung des Individuums: Vollzug von Freiheit ist die freie Bestimmung guter Gründe sowie die Einsicht, sich, falls nötig und vernünftig, „aufgrund moralischer Selbstzwecke und Gesetze einzuschränken.“<sup>494</sup> Der Mensch ist frei zur Selbstbestimmung. Der Staat hat die Aufgabe, mündigen Bürgern eine „Atmosphäre von Freiheit“<sup>495</sup> zu schaffen.

Die entscheidenden Merkmale negativer und positiver Freiheit können damit schlagwortartig auf die Freiheit *von etwas* (negative Freiheit als *Abwehrrecht*) und die

---

<sup>490</sup> Honneth (2011: 59).

<sup>491</sup> Honneth (2011: 61).

<sup>492</sup> Honneth (2011: 65).

<sup>493</sup> Bienfait (1999: 245).

<sup>494</sup> Bienfait (1999: 59).

<sup>495</sup> Mill (2010: 94).

Freiheit *zu etwas* (positive Freiheit zur *Selbstbestimmung*) zusammengefasst werden. Daraus ergibt sich ein zweidimensionales Freiheitskonzept, das gehaltvoll genug sein könnte, um einer Gesellschaftsordnung als Maßstab und Perspektive zu dienen. Während jedoch die negative Freiheit ziemlich eindeutig in Form von Abwehr- und Grundrechten umsetzbar zu sein scheint, ist die positive Freiheit bisher nur formell für das Individuum beschrieben und in ihrer qualitativen Dimension schwerer zu bestimmen.<sup>496</sup> Positive Freiheit muss sich vor allem im Vollzug des gesellschaftlichen Miteinanders behaupten. Denn positive Freiheit benötigt nicht nur den Willen zum selber Denken (Kant) und eine „Atmosphäre der Freiheit“ (Mill). Zur positiven Freiheit gehört ganz wesentlich ein Bündel an institutionellen und rechtsstaatlichen Voraussetzungen, die in diesem Kontext mit einbezogen werden müssen. Diese sozialen Bedingungen ergänzen die Freiheit nun um eine dritte Dimension.

#### **4.1.3 – Reflexive Freiheit als die gleiche Freiheit aller in Gesellschaft**

Wie in Abschnitt 4.1.1 beschrieben, konstruiert die rein negativ gedachte Freiheit ein von der Gesellschaft gelöstes Individuum. Sie vernachlässigt die sozialen Bedingungen von Freiheit und konstruiert ein atomistisches, ungebundenes Selbst.<sup>497</sup> Bei Kant und der Idee positiver Freiheit wird die Freiheit dann um eine gesellschaftliche Komponente ergänzt:

„Aus der prinzipiellen menschlichen Autonomie folgt letztlich, dass wir [...] die Gründe, aus denen heraus wir bestimmte moralische Geltungsansprüche für gültig und verbindlich erachten sollen, in keiner uns äusserlichen Instanz finden können, sondern nur in unserer humanen Moralität selbst, und damit in unserem guten Willen zur autonomen moralischen Selbstverpflichtung aus Einsicht in deren menschliche Bedeutung für uns selbst *und für andere*.“<sup>498</sup>

Die Selbstbezüglichkeit der negativen Freiheit scheint hier überwunden, der Mensch findet sich im Zusammenleben mit anderen wieder und muss die Legitimität seiner Handlungen in Bezug auf seine individuelle Freiheit berücksichtigen. Es ist der aufgeklärte Anspruch Kants, der sich in diesem Freiheitsverständnis niederschlägt und in der Kritik der praktischen Vernunft in der Formulierung des kategorischen Imperativs kulminiert. Dem Menschen steht nun nichts anderes als Maßstab über

---

<sup>496</sup> So ist die negative Freiheit bspw. häufig quantitativ leichter bestimmbar, vgl. auch Dierksmeier / Pirson (2010: 12f.).

<sup>497</sup> Siehe zur Kritik daran die Kommunitarismus-Liberalismus-Debatten, vgl. Honneth (1993).

<sup>498</sup> Ulrich (2008: 25), Hvh. A.L.

richtiges und falsches Handeln zur Verfügung als die mögliche *Verallgemeinerbarkeit* des Beweggrundes:

„Ihre Vernunft mußte die Menschen von Anfang an zu gewissenhaften Wesen machen, die ihre und anderer Entscheidungen mit besonderer Aufmerksamkeit und Emotion begleiten. Wer nachdenken und Gründe abwägen kann und die Kritik anderer fürchten muß, weiß, was er und andere können, und weiß auch, daß die andern wissen, daß er es weiß. [...] Der Besitz der Vernunft führt daher nicht nur und nicht einmal zuerst dazu, bei seinen Entscheidungen Vernunft zu gebrauchen. Er führt vor allem zum *Bewußtsein* der *Möglichkeit*, daß *jeder* sie in der *Beurteilung jeder* Handlung gebrauchen kann. Ein solches Bewußtsein wird unter geeigneten sozialen Bedingungen zur *Gewissenhaftigkeit* in Entscheidungen, die den Handelnden dem Druck des eigenen Urteils und dem der andern aussetzt.“<sup>499</sup>

Somit unterstreicht die positive Freiheitskonzeption, dass der Mensch immer schon in Gesellschaft und nicht atomistisch gedacht werden kann. Der Imperativ der Verallgemeinerung führt dazu, dass das Individuum erkennt, dass „in der *universalen wechselseitigen Anerkennung aller Menschen* als Personen mit unantastbarer Menschenwürde und unbedingtem Recht auf persönliche Autonomie um ihrer selbst willen die allgemeine moralische Pflicht (oder das ‚moralische Gesetz‘)“<sup>500</sup> liegt. So werden die Mitmenschen nun immer schon als Zweck (und niemals nur als ein Mittel) in der Reflexion berücksichtigt.

Allerdings werden bei Kant die Mitmenschen in diesen Abwägungsprozess nicht involviert. So wirft das bisher geschilderte positive Freiheitsverständnis Kants das Problem auf, dass es die Anstrengung der Reflexion allein dem einzelnen Individuum zumutet. Es bleibt eine monologische Entscheidung des Einzelnen, die das freie Individuum im Rahmen der Reflexion mit sich selbst ausmachen muss – was für Kant zunächst kein Problem ist, da für ihn die menschliche Vernunft (in ihrer transzendentalen Version) bei allen Menschen gleich vorhanden ist. Diese konzeptionelle Isolierung des Individuums bedeutet jedoch, dass der Ausgang aus der Unmündigkeit zwar Freiheit schafft, doch wird dieser Zustand hier konstruiert als die Herausforderung des Einzelnen, „richtig“ und „falsch“ *mit sich selbst* auszumachen. In strikt innerlicher Reflexion muss das Individuum quasi „in sich gehen“ und das Gedankenexperiment des kategorischen Imperativs durchspielen.<sup>501</sup> Doch wie Hannah Arendt richtig formuliert, werden wir „unserer Freiheit, oder ihres Gegenteils, erst im

---

<sup>499</sup> Steinvorth (1999: 50), Hvh. im Original.

<sup>500</sup> Ulrich (2008: 73), Hvh. A.L.

<sup>501</sup> Vgl. Bienfait (1999: 76-80).

Austausch mit anderen gewahr, nicht im Austausch mit uns selbst.“<sup>502</sup> Kant sah dies in gewisser Weise schon, als er selbst Freiheit als die Fähigkeit beschreibt, „von seiner Vernunft in allen Stücken *öffentlichen* Gebrauch zu machen.“<sup>503</sup> Habermas und Apel erweitern darum folgerichtig die monologische Reflexion in ihrer Diskursethik um diese Öffentlichkeit. Sie ergänzen die Universalisierungsleistung des kategorischen Imperativs durch eine *kommunikative Reflexion*, die notwendig ist, um den Individuen die Verfolgung ihrer je eigenen Interessen freizustellen.<sup>504</sup>

Die Diskursethik nimmt an, dass der Mensch ein Sprachwesen ist. Das heißt, dass Menschen immer schon in einer Gesellschaft aufwachsen und daher weder die Natur noch irgendwelche Gedankenexperimente nötig sind, um moralische Pflichten zu begründen. Stattdessen geht die Diskursethik davon aus, dass jemand dann gut und richtig handelt, wenn er seine Handlung den davon Betroffenen zur Diskussion stellt und dadurch zeigt, dass es ihm um die *Legitimität* und gesellschaftliche *Anerkennung* seiner Handlung geht. Legitim ist aus dieser Sicht eine Handlung, wenn sie potentiell von jedermann als verallgemeinerungsfähig erkannt werden kann, also in unparteilicher Weise gegenüber jedermann vertretbar ist. Der „diskursethische Grundsatz“ lautet, „daß nur die Normen Geltung beanspruchen dürfen, die die Zustimmung aller Betroffenen als Teilnehmer eines praktischen Diskurses finden (oder finden könnten)“<sup>505</sup>. So verbindet die reflexive Freiheit der Diskursethik die beiden Pole der Selbstbehauptung und der Selbstbegrenzung zum Kriterium der *legitimen Selbstbehauptung*. Freiheit bedeutet dann, frei zu sein, den je eigenen, privaten Lebensentwurf zu verwirklichen, sofern er hinsichtlich seiner „Legitimierbarkeit gegenüber allen Betroffenen“<sup>506</sup> geprüft und zur Disposition gestellt wurde:

„Gegenstand der diskursiven Legitimitätsprüfung ist die *Verantwortbarkeit* der voraussichtlichen Folgen der Realisierung der fraglichen Ansprüche gegenüber allen potentiell Betroffenen“<sup>507</sup>.

So bleibt die Diskursethik zwar inhaltlich minimalistisch, in ihrem Geltungsanspruch ist sie jedoch maximal, da sie alle argumentationsfähigen und -willigen Menschen

---

<sup>502</sup> Arendt (1991: 60), zitiert nach Maak / Ulrich (2000: 23).

<sup>503</sup> Kant (1784: 11).

<sup>504</sup> Vgl. Ulrich (2008: 89).

<sup>505</sup> Habermas (1983: 76).

<sup>506</sup> Ulrich (2008: 90).

<sup>507</sup> Ulrich (2008: 90), Hvh. im Original.

einschließt.<sup>508</sup> Diese Vernunftmoral in Form der kommunikativen Legitimitätsprüfung ist es, die hier den Begriff der positiven Freiheit weiter ergänzt:

„Die Idee der reflexiven Freiheit, bei Kant noch vollkommen monologisch gedacht, erhält auf diese Weise eine intersubjektivitätstheoretische Bedeutung, die sie viel stärker in den sozialen Strukturen der Lebenswelt verankert sein läßt; denn zur Autonomie der Selbstgesetzgebung gelangt das individuelle Subjekt nun dadurch, daß es in eine Kommunikationsgemeinschaft hineinsozialisiert wird, in der es lernt, sich als Adressat der allgemeinen Normen zu verstehen, die es gleichzeitig in Kooperation mit allen anderen konstituiert hat.“<sup>509</sup>

Politisch führt diese Freiheitskonzeption zum Ideal der deliberativen Demokratie: Die Idee der reflexiven Freiheit gründet hier auf dem demokratischen Prinzip „der Zustimmung durch alle Betroffenen“<sup>510</sup>. In der deliberativen Demokratie wird der „Umfang“ und die „Vollzugsweise“ der individuellen Freiheit dann geklärt<sup>511</sup>:

„In diesem prozeduralen Ansatz moralischer Legitimität bildet die Autonomie der Individuen die letztendliche und einzige Legitimationsinstanz, die es unbedingt zu respektieren gilt.“<sup>512</sup>

Die Individuen schulden einander wechselseitigen Respekt vor der reflektierten Selbstbestimmung, und so können gesellschaftliche Entscheidungen nur dann als demokratisch legitim gelten, „wenn sie das Ergebnis einer freien und vernünftigen Übereinkunft unter Gleichen sein können.“<sup>513</sup>

Entscheidend ist hier, dass die so konzipierte positive, reflexive Freiheit sich im Gegensatz zur negativen Freiheit dadurch auszeichnet, „daß sie nicht ein soziales System des Egoismus, sondern eines der Kooperation“<sup>514</sup> in den Blick nimmt. Es geht nun noch mehr darum, dass Freiheit nicht nur das Individuum betrifft und der Einzelne nicht nur seine Eigeninteressen durchsetzt, sondern dass das Individuum seine Freiheit sowie seine konkreten Ziele und Vorstellungen tatsächlich, und nicht nur gedanklich, hinsichtlich ihrer Verallgemeinerbarkeit reflektiert und der Gemeinschaft zur Disposition stellt, um so gemeinsam mit allen anderen die gesellschaftlichen Grundlagen zu definieren:

---

<sup>508</sup> Vgl. Kettner (2012: 50).

<sup>509</sup> Honneth (2011: 69).

<sup>510</sup> Habermas (1983: 76).

<sup>511</sup> Vgl. Honneth (2011: 41).

<sup>512</sup> Gosepath (2004: 152).

<sup>513</sup> Gosepath (2004: 337).

<sup>514</sup> Honneth (2011: 78).

Konstitutive liberale Prinzipien:

- (1) Negative Freiheit (Abwehrrechte)
- (2) Positive Freiheit (Autonomie)
- (3) Reflexive Freiheit (Rechtfertigung)

Vor dem Hintergrund der diskursethischen Grundlegung der reflexiven Freiheit bedeutet die positive Freiheit des Individuums nun, aus moralischen Gründen die eigenen Handlungen insoweit zur Disposition zu stellen, als für die Legitimität einer Handlung die Zustimmung aller von der Handlung Betroffenen notwendig ist. Es bedeutet weiter, dass das Individuum frei sein sollte, seine subjektiven Vorstellungen eines „guten“ Lebens zu verwirklichen, so lange dieses gegenüber allen Betroffenen legitimiert werden kann. Politisch bedeutet dies die Einrichtung einer deliberativen Demokratie.

Für eine mögliche Liberalismuskonzeption bedeutet dies nun, dass zwar weiterhin die Freiheit und Autonomie des Einzelnen betont wird, das Individuum jedoch nicht atomistisch und ungebunden gedacht werden kann, sondern es vielmehr im Gemeinwesen verankert ist. Der Mensch ist, egal wie frei, immer Teil einer Gesellschaft. Diese politische Dimension muss zwingend mitgedacht werden, möchte man tatsächlich eine moderne Liberalismuskonzeption entwickeln. Der Liberalismus basiert dann auf einem Freiheitsverständnis, das die berechtigte Kritik der Kommunitaristen ernst nimmt – also ein politischer Liberalismus ohne methodischen Individualismus ist. Im Gemeinwesen ist der Mensch immer noch frei, er ist sozial und politisch frei als Staatsbürger. Aber er ist eben genau dies, freier Bürger – und somit Teil einer Gesellschaft, mit allen Rechten und Pflichten, die dieser Status mit sich bringt. Der Liberalismus muss folglich institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, die diese *positive Freiheit* ermöglichen und fördern.

Der Universalisierungsgrundsatz der positiven, reflexiven Freiheit hat die Idee der Gleichheit eigentlich schon eingeführt. Kurz gesagt ist Freiheit, wie sie bis hierher definiert wurde, immer nur als *gleiche Freiheit aller* denkbar. Der Gleichheitsgrundsatz ist konstitutiv für ein positives, reflexives Freiheitsverständnis, wie es bisher vorgestellt wurde.

Die Idee gleicher Freiheit stellt sicher, dass jedem das *gleiche* Recht eingeräumt wird, unter der Bedingung der Verallgemeinerbarkeit selbstbestimmt zu handeln und seine

je eigene Vorstellung eines guten Lebens zu verwirklichen: Gleichheit bedeutet bei Kant das *gleiche* Recht auf die Freiheit, dahin „gelangen [zu] dürfen, wozu ihn sein Talent, sein Fleiß und sein Glück hinbringen können“<sup>515</sup>. Ein Individuum kann vernünftigerweise nicht anders, als die Freiheit, die er für sich selbst in Anspruch nimmt, allen anderen Menschen ebenso zuzubilligen:

„Nach der Idee der *gleichen* Freiheit handelt jemand gerecht, wenn er dem andern dieselbe Freiheit einräumt, über sich und sein Eigentum zu verfügen, die er für sich selbst beansprucht. Dieser Universalismus fordert von jedem keine gleiche Lebensweise, sondern gleiche Achtung dafür, wie jemand über sich, seine Anlagen, sein Leben und sein Eigentum verfügt.“<sup>516</sup>

Positive Freiheit bedarf, so wurde bereits dargelegt, der Verallgemeinerung und somit des Gleichheitsgrundsatzes, denn die verallgemeinerte Vernunft ist nur als gleicher Anspruch *an alle von allen* denkbar. Schon für Kant musste die Freiheit „nach dem Gesetz der Gleichheit derselben (als Staatsbürger) gestiftet“ sein.“<sup>517</sup> Freiheit ist folglich immer schon gedacht als die *gleiche Freiheit aller*. So ist sie die Idee, „die der spezifisch menschlichen Fähigkeit des Urteilens und Begründens entspricht. Begründungsfähige Wesen können über sich selbst verfügen und diese Fähigkeit bei sich und anderen erkennen und anerkennen. Tun sie das, so gewähren sie sich und einander *gleiche Freiheit*. In der gleichen Freiheit finden sie den Maßstab, an dem sie die Richtigkeit ihres Handelns, ihrer Institutionen und ihrer Güterverteilung beurteilen können.“<sup>518</sup> Im Sinne des diskursethischen Moralprinzips sind nur die Handlungen legitim, denen alle gleichermaßen zustimmen können.<sup>519</sup> Freiheit ist so in Bezug zu den anderen Mitgliedern des Gemeinwesens nicht primär abgrenzend zu verstehen, sondern als Zusammenstimmung und Zusammenwirken der Gleichen im Gemeinwesen.<sup>520</sup> Das positive Freiheitsverständnis setzt die *gleiche Freiheit aller* voraus und fördert sie gleichermaßen. Somit greift hier auch nicht der Vorwurf der Gleichmachung oder Gleichschaltung: Es geht der Idee gleicher Freiheit nicht darum, Uniformität zu fördern. Im Gegenteil wurde bereits der vernünftige Pluralismus von Rawls als maßgeblich definiert, der in diesem Sinne eine „komplexe Gleichheit“, d.h.

---

<sup>515</sup> Kant (1793: 292).

<sup>516</sup> Steinvorth (1999: 40), Hvh. A.L.

<sup>517</sup> Kant (2003: 144).

<sup>518</sup> Steinvorth (1999: 40), Hvh. A.L.

<sup>519</sup> Vgl. Gosepath (2004: 149-153).

<sup>520</sup> Vgl. Kraiker (2001: 62).



nicht die „maximale Gleichschaltung“, sondern eine legitime „maximale Differenzierung“<sup>521</sup> in *Gemeinschaft* sicherstellen soll.

Der vorgestellte Freiheitsentwurf beinhaltet nun die drei Prinzipien der Freiheit, die auch Kant schon als maßgeblich für jede Republik festlegte, nämlich:

„die unveräußerliche, letztlich nicht repräsentierbare Freiheit aller Individuen als Gesellschaftsmitglieder, die Gleichartigkeit aller Personen als Subjekte und die Unabhängigkeit eines jeden Mitglieds des Gemeinwesens als politischer Bürger. Im ersten Prinzip streitet Kant für den negativen (liberalen) Freiheitsbegriff, im dritten für den positiven, demokratischen und im zweiten für die Freiheit als Gleichheit vor dem Gesetz.“<sup>522</sup>

Es sind diese drei Prinzipien, die für den vorliegenden Entwurf ebenso konstitutiv wie bei Beck beschrieben sein sollen. Jedoch soll an dieser Stelle nicht nur das erste als liberal, sondern sollen eben alle drei als grundlegend liberal, also gleichermaßen bedeutend für die Freiheit und den zu entwerfenden Liberalismus erachtet werden.

## 4.2 – Verantwortliche Freiheit

Nachdem Freiheit also um positive und reflexive Aspekte erweitert wurde, rückt noch eine weitere elementare Dimension von Freiheit in den Blick: Wo Menschen autonom, d.h. frei handeln, muss ihnen auch Verantwortung zugeschrieben werden können, und so ist Verantwortung von Freiheit nicht zu trennen.<sup>523</sup> Kant „verankert die moralische und rechtliche Zurechenbarkeit von Handlungen in der Freiheit der praktischen Vernunft, die sich aufgrund verbindlicher Kriterien ihr eigenes Gesetz gibt.“<sup>524</sup> Es ist für ein modernes Verständnis von Liberalismus darum unerlässlich, Freiheit und Verantwortung des Subjekts zusammen zu denken. Nida-Rümelin spricht in diesem Zusammenhang von der „enge[n] Verbindung von Freiheit, Rationalität und Verantwortung“<sup>525</sup> und fasst sie zur folgenden „kanonischen Sichtweise“ zusammen:

- „1) Handlungen sind intentionales Verhalten
- 2) Die handelnde Person hat Kontrolle über das, was sie tut

---

<sup>521</sup> Vgl. Walzer (1992a: 445).

<sup>522</sup> Beck (1997b: 361).

<sup>523</sup> Vgl. bspw. Gosepath (2004: 54-56) oder auch Nida-Rümelin (2005: 79-105).

<sup>524</sup> Heidbrink (2003: 63).

<sup>525</sup> Nida-Rümelin (2005: 9).

3) Die handelnde Person ist verantwortlich für das, was sie tut“<sup>526</sup>  
und präzisiert diese wie folgt:

„Als Wesen, die von Gründen affiziert werden, die Gründe anführen für Überzeugungen, Handlungen, aber auch für Gefühle sind wir *rational, frei* und *verantwortlich*. Unsere Rationalität ist Ausdruck der Fähigkeit, Gründe abzuwägen, unsere Freiheit äußert sich darin, dass wir, je nach dem Ergebnis dieser Abwägungen (Deliberationen), Meinungen ausprägen und Entscheidungen treffen, und wir sind verantwortlich für das, was uns als Ergebnis der Deliberationen von Gründen zugeschrieben werden kann.“<sup>527</sup>

Hier taucht ebenfalls die Deliberation auf, was der diskursethischen Perspektive, die in Abschnitt 4.1.3 eingenommen wurde, entspricht – denn auch sie geht von diesem „Faktum menschlicher Freiheit“<sup>528</sup> aus:

„Die Diskursethik expliziert in Form der regulativen Idee der universalen argumentativen Reziprozität zwischen Personen, die sich wechselseitig als mündige Subjekte anerkennen, buchstäblich den normativen (und sprachlichen!) Kern verantwortlichen Handelns, der im Begriff der *Verantwortung* noch enthalten ist: die Idee, dass Handlungsträger gegenüber den von ihren Handlungen Betroffenen vorbehaltlos *Red'* und *Antwort* stehen und auf deren legitime Ansprüche Rücksicht nehmen sollen.“<sup>529</sup>

Wie bereits gezeigt wurde, bedeutet Freiheit somit nicht nur, über das Recht auf Freiheit von Zwang zu verfügen, sondern umfasst auch Pflichten. Es gilt, die eigene Handlung zu reflektieren und zur Disposition zu stellen und sie mit verallgemeinerbaren Gründen gesellschaftlich zu legitimieren. Dazu gesellt sich nun die Pflicht, für das eigene Handeln Verantwortung zu übernehmen:

„Das Recht auf Selbstbestimmung besagt: Jede Person hat das Recht selber zu bestimmen, was mit ihr selbst passiert. Aber deshalb hat sie auch die Verantwortung, die Folgen ihrer Selbstbestimmung zu übernehmen.“<sup>530</sup>

Generell lassen sich zwei Verantwortungsbereiche unterscheiden: Menschen können zum einen für ihre *Handlungen* und zum anderen, allgemeiner, für gesellschaftliche, *veränderbare Zustände* verantwortlich gemacht werden. Subjekte sind für ihr *Handeln* unmittelbar verantwortlich, sofern sie autonom handeln. Dies wurde in dieser Form

---

<sup>526</sup> Nida-Rümelin (2005: 121).

<sup>527</sup> Nida-Rümelin (2011: 8).

<sup>528</sup> Nida-Rümelin (2005: 41).

<sup>529</sup> Ulrich (2008: 91), Hvh. im Original.

<sup>530</sup> Gosepath (2004: 366).

bereits von Aristoteles dargelegt und sollte vor dem Hintergrund der bisher entworfenen Argumentation leicht nachvollziehbar sein:

„Bei allen Handlungen, deren Ursprung und Herr der Mensch ist, [...] hängt deren Geschehen oder Nichtgeschehen von ihm ab [...]. Alles Tun aber, dessen Vollzug oder Nichtvollzug von ihm abhängt, für dieses ist er persönlich der Urheber.“<sup>531</sup>

Aristoteles klärt in diesem Zusammenhang auch gleich die Frage, wie das *Unterlassen* einer Handlung zu bewerten ist, denn eine Handlung zu unterlassen kann ebenfalls ein willentlicher Akt sein. Die Verantwortung für das Unterlassen einer Handlung ist vor allem im zweiten Bereich von Verantwortung relevant, der Frage nach der Mitverantwortung für (veränderbare) gesellschaftliche *Zustände*. Hier ist eine klare Zuschreibung von Verantwortung meist wesentlich schwieriger, da es sich bei gesellschaftlichen Entwicklungen um kollektive Prozesse handelt, die nur selten der Handlung einer einzigen Person oder einer Gruppe direkt zugeordnet werden können. In modernen, komplexen Gesellschaften scheinen die Handlungen vieler Akteure in einer Art *kollektiven Handlung* unterzugehen. Doch mit Gosepath sollte auch hier ein weiterer Begriff von Verantwortung vorgeschlagen werden: „Verantwortlich sind Personen für alle Verhältnisse, bei denen menschliche Eingriffe und Korrekturen möglich sind“<sup>532</sup>, da „alle veränderbaren Zustände rechtfertigungsbedürftig sind.“<sup>533</sup> Gerechtigkeits-theoretisch haben laut Gosepath alle Menschen, „die effektiv und kompetent in der Lage sind, institutionelle Strukturen, Praktiken oder Handlungen“ zu ändern, in ihrer Eigenschaft als Bürger die Pflicht, diese zu reflektieren und „dabei zu helfen, einen gerechteren [gesellschaftlichen, A.L.] Zustand herbeizuführen“<sup>534</sup>. Ebenso wie bei der individuellen, direkten Verantwortung der Handlungen, die Autonomie und Vernunft voraussetzen, besteht für jeden Bürger also eine (Mit-) Verantwortung für gesellschaftliche Zustände. Dies ist ein hoher Anspruch, der die häufig vorgebrachte Entschuldigung, man könne als Einzelner ja ohnehin nichts ändern, nicht mehr gelten lässt:

„Was für individuelle Handlungen (oder deren Unterlassungen) gilt, muß mutatis mutandis auch für soziale Institutionen und gesellschaftliche Zustände (wie Verteilungen) als Ergebnisse gesellschaftlichen Handelns (oder dessen Unterlassung) gelten.“<sup>535</sup>

---

<sup>531</sup> Vgl. Aristoteles (1994), zitiert nach Recki (2009: 82).

<sup>532</sup> Gosepath (2004: 55).

<sup>533</sup> Gosepath (2004: 57).

<sup>534</sup> Beides Gosepath (2004: 56f.).

<sup>535</sup> Gosepath (2004: 60).

Für Jonas wird an dieser Stelle das Subjekt „zum Treuhänder aller anderen Selbstzwecke, die irgend unter das Gesetz seiner Macht kommen“<sup>536</sup> – wer grundsätzlich *ermächtigt*, also in der Lage ist, gesellschaftlich etwas zum Besseren zu verändern, ist so auch in der moralischen Pflicht, dies zu tun. Dies wird dem Umstand gerecht, dass die gesellschaftlichen Strukturen und Zustände menschengemacht sind. Sie alle sind das Ergebnis (mehr oder weniger willentlicher) Handlungen – und die Mitglieder einer Gesellschaft sind gemeinsam für diese verantwortlich.

So übernehmen Subjekte in einem zivilgesellschaftlichen Sinne nicht nur Verantwortung für ihr eigenes Handeln. Sie tragen vielmehr auch eine Mitverantwortung „für die Gemeinschaftsordnung, in der sie leben, für kollektive Ziele, auf die sie sich einigen; sie sind nicht nur Autoren von Normen, Regeln und Gesetzen, die sie auf Grundlage eines geteilten Wertebestandes, gemeinsamer historischer Traditionen und im Rahmen eines Nationalstaats hervorbringen. Sie besitzen auch die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zweckverbandes durch Teilhabe an seine Selbstorganisation, tragen eigenständig Mitverantwortung für das wohlgeordnete Zusammenspiel der sozialen Kräfte“<sup>537</sup>.

Die Mitverantwortung für gesellschaftliche Zustände, wie sie hier beschrieben wurde, ist letztlich ein republikanisches Element, das in den Liberalismus einfließt und das man im republikanischen Sinne den Bürgersinn nennt. Die Mitglieder einer Gesellschaft sind hier als Bürger mitverantwortlich für die *res publica*, also die öffentliche Sache oder das Gemeinwesen. Diese öffentliche Sache beinhaltet das politische Geschehen, und so schließt sich der Kreis zur deliberativen Demokratie, die schon als Aspekt der reflexiven Freiheit in Abschnitt 4.1.3 genannt wurde. Zum anderen umfasst die Mitverantwortung für die *res publica* jedoch auch einen Bürgersinn, der im Sinne einer Mitverantwortung im Rahmen der Zivilgesellschaft zu verstehen ist und neben den Bürgerrechten auch die Bürgerpflichten umfasst.<sup>538</sup> Diese Bürgerpflichten umfassen dann die Anforderung, das eigene Interesse mitunter dem Wohle der Gesellschaft unterzuordnen.<sup>539</sup>

Die Koppelung von Freiheit und Verantwortung vervollständigt nun die Diskussion der relevanten Dimensionen der Freiheit, wie sie im weiteren Verlauf der Arbeit verstanden werden soll.

---

<sup>536</sup> Jonas (1982: 232).

<sup>537</sup> Heidbrink (2003: 281).

<sup>538</sup> Vgl. Richter (2004: 156-165).

<sup>539</sup> Vgl. Ulrich (2008: 317-330). Die Mitverantwortung für die *res publica* wird in Kapitel 5 und 6 noch vertieft.

Die vollständigen konstitutiven liberalen Prinzipien lauten nun:

- (1) Negative Freiheit (Abwehrrechte)
- (2) Positive Freiheit (Autonomie)
- (3) Reflexive Freiheit (Rechtfertigung)
- (4) Freiheitliche Mitverantwortung für die Gesellschaft

Die Idee umfassender, gleicher Freiheit muss mit ebenso umfassender Verantwortung einhergehen. So ist in einer liberalen Gesellschaft jedes Subjekt für sein Tun oder Unterlassen unmittelbar verantwortlich. Darüber hinaus sind die Mitglieder der Gesellschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch (mit-) verantwortlich für eine freiheitliche Gesellschaft und gerechte(re) Institutionen.

Eine politische Konzeption wie der Liberalismus, der die Freiheit als zentralen Wert betont, sollte im Anschluss an diese Konzeption der liberalen Prinzipien um Verantwortung somit nicht nur das Recht auf individuelle Freiheit, sondern auch die Pflicht zur Rechenschaft und Verantwortung institutionalisieren.

### 4.3 – Befähigung zur Freiheit

Mit der bisherigen Debatte wurde die Vorstellung negativer und positiver Freiheit verbunden und um die Notwendigkeit einer diskursethischen Reflexion ergänzt, um so ein modernes, gehaltvolles Verständnis von Freiheit zu entwickeln. Außerdem wurde noch die individuelle Verantwortung für das eigene Handeln und für eine Gesellschaft in Freiheit ergänzt. In der Diskussion um einen modernen Liberalismus ist es der Verdienst der Kommunitaristen, darauf hingewiesen zu haben, dass die individuelle Freiheit in der Liberalismus-Debatte jedoch häufig nur formell definiert und gesichert wird. Sie muss aber auch immer in einem sozialen Kontext gedacht werden, welcher mitunter der Realisierung von Selbstbestimmung im Wege stehen kann. Diese Dimension der *Emanzipation* zur Freiheit zu vernachlässigen ist ein wesentliches Versäumnis vieler Liberalismus-Entwürfe.

Auch wenn Kant es grundsätzlich für möglich hält, dass sich jeder Mensch selbst aus der Unmündigkeit befreien könne, so ist diese doch nicht in jedem Falle „selbstverschuldet“.<sup>540</sup> Viele Menschen stehen, bewusst oder unbewusst, unter dem

---

<sup>540</sup> Vgl. Kant (1784: 9).

Diktat einer Umwelt, die verinnerlichte Normen der Eltern oder anderer, prägender sozialer Situationen, handlungsleitend sein lässt.<sup>541</sup> Es gibt also in der Sozialisation eines jeden Individuums immer wieder Situationen, in denen sich die Autonomie erst entwickeln und auch bewähren muss:

„[W]er unter Minderwertigkeit leidet und sich deshalb von pubertären Größenfantasien nicht lösen kann, wer mangels Urvertrauen in die Welt sich in sich selbst zurückzieht oder mangels vertrauensvoller Beziehungsfähigkeit die Gewaltunterwerfung des anderen sucht – alle diese Beschädigungen können den Weg zur Freiheit sabotieren, der innere und äußere Souveränität voraussetzt.“<sup>542</sup>

Es ist diese (reale) Unfreiheit in (formell gesicherter) Freiheit, die man in Rousseaus berühmten Satz des ersten Kapitels des *Gesellschaftsvertrags* finden kann: „Der Mensch ist frei geboren, und überall befindet er sich in Ketten.“<sup>543</sup> Freiheit ist demnach immer eine „lediglich bedingte Freiheit“<sup>544</sup> – sie ist sozial bedingt und mitunter abhängig von den Umständen und Möglichkeiten des Individuums.<sup>545</sup> So ist es laut Walzer „ein Irrtum, und zwar ein typisch liberaler Irrtum, zu glauben, daß die bestehenden Assoziationsmuster gänzlich oder auch nur vornehmlich freiwillige und vertragliche Muster und damit ausschließlich Resultate des freien Willens seien. In einer liberalen Gesellschaft werden die Menschen, wie in jeder anderen Gesellschaft auch, in unterschiedliche, sozial gesehen äußerst wichtige Gruppen hineingeboren“<sup>546</sup>. Die Annahme, dass wir selbst absolut verantwortlich für die *Bedingungen* des Vollzugs unserer (rechtlich gesicherten) Freiheiten sind, mag zwar formell verständlich sein, ist aber vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheiten zu idealistisch. Denn wir „verdanken unsere Eigenschaften und Fähigkeiten, über die jeder nach der Idee der gleichen Freiheit selbst muß verfügen können, nicht nur der Natur und nicht nur unseren je eigenen Anstrengungen, sondern zu einem großen und leider schwer bestimmbar und vielleicht von Individuum zu Individuum unterschiedlichen Teil auch anderen: den Eltern, Verwandten, Freunden; den Kindergärten und Schulen, den Betrieben und Firmen, in denen wir Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben, und mit ihnen Institutionen wie dem Staat, einer Kirche oder einem Unternehmen.“<sup>547</sup>

---

<sup>541</sup> Vgl. Kraiker (2001: 61).

<sup>542</sup> Kraiker (2001: 61).

<sup>543</sup> Rousseau (1996: 10).

<sup>544</sup> Nida-Rümelin (2005: 158).

<sup>545</sup> Vgl. Walzer (1999: 12).

<sup>546</sup> Walzer (1993: 171).

<sup>547</sup> Steinvorth (1999: 74).

Für die Debatte um Freiheit und die darauf aufbauende Liberalismuskonzeption bedeutet dies, dass sie die soziale und institutionelle Bedingtheit von Freiheit nicht ausblenden, sondern konzeptionell auffangen und integrieren muss. Der Mensch ist in positivem Sinne frei, wenn er ein selbstbestimmtes Leben führen kann. Es reicht jedoch nicht aus, Freiheit nur formell zu definieren, wenn diese dann aufgrund von gesellschaftlichen oder institutionellen Hindernissen von den Individuen nicht realisiert werden kann. Eine gehaltvolle Liberalismuskonzeption muss darum ebenso deutlich machen, dass es ihr auch um den *realen Vollzug* von Freiheit geht. Denn es gibt „Selbstbestimmungshindernisse, die auch dann bestehen bleiben, wenn alle darauf verzichten, sich einander durch Gewalt, Drohung und Erpressung gefügig zu machen“<sup>548</sup>. Zu solchen „Selbstbestimmungshindernissen“ gehören beispielsweise Armut oder der Mangel an Bildung. Solche Mängel sind es, die es dem Einzelnen schwerer oder unmöglich machen können, Freiheit auch zu verwirklichen. Es gibt also einen systematischen Unterscheid zwischen der *Berechtigung* zur Freiheit und der *Befähigung* zu selbiger. Der Liberalismus muss darum Antworten auf die Frage geben können, wie er mit bestehenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten umgeht, die die realen Chancen der Bürger, ihre Freiheit zu verwirklichen beeinträchtigen können.<sup>549</sup> Aus dem Bürgerstatus im Gemeinwesen leitet sich her, „dass die Staatsbürger vom Gemeinwesen geschützt und gestärkt werden müssen.“<sup>550</sup> Es bedarf darum einer Debatte um die *Ermöglichung* von Freiheit. Diese Ergänzung der formellen Freiheit um die Bedingungen von Freiheit bieten zwei prominente Entwürfe, die näher betrachtet werden sollen: die Debatte um eine *reale Freiheit* bei Van Parijs sowie Sens Idee der Befähigung zum Vollzug von Freiheit (*capabilities approach*), also von Freiheit als *substantieller Freiheit*.

### 4.3.1 – Reale Freiheit bei Van Parijs

Van Parijs führt eine ganz ähnlich geartete Kritik an der formellen Freiheit wie die genannte an, auf die er dann seinen Entwurf der realen Freiheit aufbaut. Van Parijs macht seine Kritik am zynischen Beispiel von Hayeks deutlich, der einen aus Armut Hungernden tatsächlich als so frei beschreibt, die Entscheidung darüber zu treffen, eine menschenunwürdige Arbeit anzunehmen oder eben auch abzulehnen. In der

---

<sup>548</sup> Kersting (2010: 48f.).

<sup>549</sup> Vgl. Kymlicka (1996: 93-97).

<sup>550</sup> Liebermann (2009: 166).

Realität ist hier jedoch kaum eine freie Wahlmöglichkeit gegeben, sondern der Zwang, für das eigene Überleben arbeiten zu gehen, größer als die vermeintliche Wahlmöglichkeit, nicht zu arbeiten und zu verhungern.<sup>551</sup> Im Gegensatz zu dem rein formellen Recht der Freiheit (in diesem Beispiel der Freiheit, seine Arbeit frei zu wählen) rückt Van Parijs die *reale Freiheit*, auch tatsächlich wählen zu können, also von den vorhandenen Handlungsmöglichkeiten auch Gebrauch zu machen, ins Zentrum seiner Überlegungen:

„Unlike formal freedom [...] real freedom is not only a matter of *having the right* to do what one might want to do, but also a matter of *having the means* for doing it.”<sup>552</sup>

Van Parijs unternimmt den Versuch, eine Gesellschaft zu entwerfen, in der die reale Freiheit, seinen je eigenen Lebensentwurf zu verfolgen, maximiert werden soll. Dabei ist von Bedeutung, dass Van Parijs die reale Freiheit nicht als absolut begreift, also nicht *die* real freie Gesellschaft anstrebt, sondern reale Freiheit immer graduell, als ein „matter of degree“<sup>553</sup> versteht und somit Möglichkeiten sucht, eine real *freiere* Gesellschaft zu verwirklichen. Um diesen „real freedom for all“<sup>554</sup> zu verwirklichen, diskutiert Van Parijs die Möglichkeiten eines bedingungslosen Grundeinkommens. Da das Grundeinkommen in der vorliegenden Arbeit noch eine wichtige Rolle spielen wird, soll hier eine Diskussion dieser Idee noch nicht vorweggenommen werden (vgl. Abschnitt 7.1). Von Bedeutung ist an dieser Stelle vielmehr die Einordnung der realen Freiheit von Van Parijs in die Debatte um einen angemessenen Freiheitsbegriff.

Van Parijs artikuliert die Unangemessenheit eines rein formalen Freiheitsbegriffs, der die Handlungsmöglichkeiten ausblendet und sich auf die rechtliche Möglichkeit des Freiheitsvollzugs beschränkt. Er ergänzt diesen um die Bedingung der realen Freiheit, also die tatsächlich vorgefundenen Möglichkeiten der Umsetzung formeller Freiheit.

Dies entspricht ganz grundsätzlich der von der vorliegenden Arbeit geforderten Möglichkeit, die soziale und institutionelle Bedingtheit von Freiheit nicht länger auszublenden, sondern zu berücksichtigen. Doch beschränkt sich Van Parijs in seinem Entwurf auf eine *real negative Freiheit*, was hier zu kurz gegriffen scheint. Auch wenn es mitunter so klingen mag, als habe der Entwurf von Van Parijs Ähnlichkeiten mit einer Vorstellung von positiver Freiheit, ist dem nicht so:

---

<sup>551</sup> Vgl. Van Parijs (1995: 22).

<sup>552</sup> Van Parijs (1995: 4), Hvh. A.L.

<sup>553</sup> Van Parijs (1995: 23).

<sup>554</sup> Van Parijs (1995: 27).



„Vielmehr geht es ihm darum, die negative Freiheit als Nichteinmischung in die Handlungsoptionen konsequent zu Ende zu denken und damit die Dimension der *realen* Handlungsmöglichkeiten einzubeziehen. Dadurch wird nicht die formale negative Freiheit, sondern die reale negative Freiheit für alle als politisch-philosophisches Ideal verstanden. Die reale Freiheit aller Individuen, nicht daran gehindert zu werden, all das zu tun, was immer sie tun wollen könnten, soll maximiert werden.“<sup>555</sup>

Hier fehlt nun das moralische Element der Freiheit, wie es im Rahmen der positiven Freiheit definiert wurde. Freiheit umfasst wie gezeigt wurde mehr als nur eine negative Freiheit der Nichteinmischung. Doch Van Parijs beschreibt seine reale Freiheit anhand eines von gesellschaftlichen Beziehungen losgelösten Individuums und betont eine „von zwischenmenschlichen Bezügen weitgehend entkoppelte reale Freiheit für alle, gemäss den jeweils isoliert betrachteten, nicht zur Disposition stehenden und damit keiner gesellschaftlichen Reflexion bedürftenden individuellen Präferenzen“<sup>556</sup>. Der Freiheitsbegriff von Van Parijs greift darum, auch wenn er die Bedingungen des Vollzugs von Freiheit betont, für die vorliegende Konzeption zu kurz. Er hebt einen zu sehr individualistischen Freiheitsbegriff hervor, „in dessen Zentrum die von gesellschaftlichen Bindungen losgelöste, unbehinderte Möglichkeit zur Verfolgung des eigenen Lebensentwurfs steht.“<sup>557</sup> Mit diesem Freiheitsverständnis fällt Van Parijs hinter das bisher entworfene Verständnis von Freiheit zurück. Eben diese Verengung auf ein rein negatives Verständnis von Freiheit wurde ja bereits verworfen und sollte nun, mit dem Zusatz der *realen* Freiheit, nicht wiederholt werden. Denn wie gezeigt umfasst Freiheit eben auch die *Selbstgesetzgebung des Individuums*: Reale Freiheit bedeutet die Selbstbestimmung *in Gesellschaft*. Der Vollzug von Freiheit ist dann die freie Bestimmung guter Gründe sowie, falls nötig und vernünftig, „sich aufgrund moralischer Selbstzwecke und Gesetze einzuschränken.“<sup>558</sup> Reale Freiheit sollte also mehr umfassen als Individuen lediglich in die Lage zu versetzen, „all das zu tun, was immer sie tun wollen könnten“<sup>559</sup>.

---

<sup>555</sup> Patry (2010: 56), Hvh. im Original.

<sup>556</sup> Patry (2010: 61).

<sup>557</sup> Patry (2010: 57).

<sup>558</sup> Bienfait (1999: 59).

<sup>559</sup> Patry (2010: 56). Für weitere kritische Anmerkungen zur Ausarbeitung realer Freiheit bei Van Parijs vgl. Patry (2010: 53-57) oder auch Bayer / Bihler (2003).

### 4.3.2 – Substantielle Freiheit bei Sen

Ganz ähnlich wie schon bei Van Parijs geht es auch Sen in seiner Konzeption der *substantiellen Freiheit* um „die realen *Chancen*, die Menschen angesichts ihrer persönlichen und sozialen Umstände haben.“<sup>560</sup> Sen spricht in diesem Zusammenhang von *capabilities*, also *Fähigkeiten*, die auch als „Verwirklichungschancen“<sup>561</sup> verstanden werden können und Ausdrucksformen der Freiheit sind: Es geht darum, „bei der Analyse der sozialen Gerechtigkeit den individuellen Nutzen nach den *Verwirklichungschancen* eines Menschen zu beurteilen, das heißt nach denjenigen *substantiellen Freiheiten*, die es ihm erlauben, ein *mit Gründen erstrebtes Leben* zu führen. So gesehen drückt sich Armut im Mangel an fundamentalen Verwirklichungschancen [d.h. *Unfreiheit*, A.L.] aus [...].“<sup>562</sup> Wie auch bei Van Parijs kann nun, statt nur formelle Freiheiten als Maßstab einer freien Gesellschaft zu gebrauchen, von einer freiheitlichen Gesellschaft dann gesprochen werden, wenn allen Subjekten gleichermaßen die größtmögliche *substantielle Freiheit* gewährt wird, „ein mit Gründen schätzenswertes Leben zu wählen.“<sup>563</sup> Nimmt der Liberalismus die Etablierung und Förderung des Vollzugs von Freiheit zur Richtschnur, ist Freiheit nicht mehr nur ein formeller „Möglichkeitsbegriff“, sondern wird vielmehr zu einem praktischen „Verwirklichungsbegriff“<sup>564</sup>. Eine in diesem Sinne freiheitliche Gesellschaft ist nach Sen nun eine Gesellschaft, die allen Subjekten die Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen.<sup>565</sup> Freiheit und Gerechtigkeit sind somit in einer „freiheitsfunktionalen Gerechtigkeit“<sup>566</sup> verbunden und es ist die oberste Aufgabe des liberalen Staates, diese Dimension der Freiheit zu realisieren:

„Eine konsistente Politik der Freiheit hat nicht nur für die Sicherung der negativen Freiheit im Rahmen einer rechtsstaatlichen Gesetzesherrschaft zu sorgen, ihr obliegt auch die Aufgabe, die Bürger nötigenfalls mit den erforderlichen Selbstbestimmungsressourcen zu versehen. Das heißt: diejenigen Bürger, die von sich

---

<sup>560</sup> Sen (2011: 28). Schon Rawls diskutiert die Frage der Realisierung von Freiheit und unterscheidet zwischen *Freiheit* und dem *Wert der Freiheit*, in dem er die Realisierung der Freiheit verankert. Er hält es jedoch, seinen Gerechtigkeitsprinzipien folgend, nicht für notwendig, diese Realisierung ins Zentrum seiner Überlegungen zu stellen, und bleibt bei der Gewährung formeller Freiheiten. Vgl. Rawls (1979: 232f.).

<sup>561</sup> Taylor (1988: 118).

<sup>562</sup> Sen (2011: 110), Hvh. A.L.

<sup>563</sup> Sen (2011: 94).

<sup>564</sup> Beides Taylor (1988: 118).

<sup>565</sup> Vgl. Honneth (2011: 115).

<sup>566</sup> Höffe (2004: 53).

aus nicht über die Ermöglichungsbedingungen von Selbstbestimmung verfügen, mit eben solchen auszustatten.“<sup>567</sup>

Der liberale Staat ist dann „ein Mittel zum Selbstzweck der grenzenlosen Erweiterung der Anlagen aller.“<sup>568</sup> Er hat die Aufgabe, aktiv die Freiheit aller zu fördern, indem er die Institutionen und Bedingungen schafft, die jedem einen bestmöglichen *Vollzug von Freiheit* ermöglichen. Die Pflichten des Staates „würden offensichtlich die Respektierung individueller Rechte und Freiheiten einschließen, aber zentral für eine liberale Auffassung wäre das Prinzip maximaler und gleicher *Ermöglichung*.“<sup>569</sup> Hier vollzieht sich dann praktisch die gesuchte Verknüpfung der formellen negativen und positiven Freiheitsrechte im Sinne des realen Vollzugs von Freiheit. Sens Vorschlag erweitert somit sehr treffend den bisherigen Freiheitsentwurf und geht in seiner Vorstellung von substantieller Freiheit auch über die Konzeption von Van Parijs hinaus. Während Van Parijs reale Freiheit als *real negative Freiheit* versteht, ist Sens Entwurf dem Autonomiebegriff von Kant sowie einer sozial bedingten Freiheit näher. Es geht darum, die Selbstbestimmung des guten Lebens, also die *real positive Freiheit* sicherzustellen.

Darüber hinaus geht Sen davon aus, dass diese Ermöglichung zur Selbstbestimmung dazu führen kann, dass konfligierende Lebensentwürfe zu heftigen gesellschaftlichen Debatten führen, und schlägt, ebenso wie hier in Abschnitt 4.1.3 diskutiert, eine diskursive Lösung derartiger Konflikte vor. Laut Sen wird man nicht vermeiden können, „über Werte zu streiten, und einer der größten Vorzüge dieses Ansatzes [der Freiheit als substantieller Freiheit, A.L.] ist gerade, daß die Werturteile ausdrücklich erörtert werden müssen, statt sie in irgendeinem impliziten System zu verbergen“<sup>570</sup> – was exakt dem bisher vorgeschlagenen Verständnis der Legitimation im Diskurs entspricht. Während Van Parijs allein die unbehinderte Ermöglichung der Verfolgung der eigenen Wünsche fordert, umfasst der *capabilities approach* von Sen auch eine politische, deliberative Komponente. Denn Sen knüpft die Idee von Freiheit als substantielle Freiheit ebenfalls an die Ideen des vernünftigen Pluralismus (Rawls) und der diskursiven Begründung der eigenen Lebensentwürfe: Verwirklichungschancen als

---

<sup>567</sup> Kersting (2010: 50). Kersting beginnt im zitierten Beitrag interessanterweise eine sehr ähnliche Argumentation wie die hier vorliegende, die dann jedoch zu einem diametral entgegengesetzten Ergebnis führt. So definiert auch er zunächst einen umfassenden Freiheitsbegriff, verknüpft die positive Freiheit dann allerdings ausschließlich an die Bedingung der Chancengleichheit für die Beteiligung am Arbeitsmarkt. So kippt seine Argumentation dann im Verlauf in die üblichen neoliberalen Muster und ist fortan für die vorliegende Arbeit nicht mehr hilfreich.

<sup>568</sup> Steinvorth (1999: 281).

<sup>569</sup> Taylor (1993b: 109), Hvh. A.L.

<sup>570</sup> Sen (2011: 95f.).

Ausdrucksformen substantieller Freiheit, also als alternative Kombinationen, seine Lebensentwürfe zu verwirklichen, bedürfen der *guten Gründe*, während Van Parijs lediglich davon spricht, die Verwirklichung von realer Freiheit sei, zu tun „whatever one might want to do“<sup>571</sup>.

Konstitutive liberale Prinzipien:

- (1) Negative Freiheit (Abwehrrechte)
- (2) Positive Freiheit (Autonomie)
- (3) Reflexive Freiheit (Rechtfertigung)
- (4) Freiheitliche Mitverantwortung für die Gesellschaft

Regulatives Prinzip: Substantielle Freiheit

Das Konzept der substantiellen Freiheit erlaubt es, den realen Vollzug von Freiheit statt nur die formelle Gewährung von Freiheiten ins Zentrum eines modernen Liberalismus zu stellen. Sie sichert so den tatsächlichen Vollzug der vier genannten liberalen Prinzipien. Gleichzeitig steht die substantielle Freiheit immer unter dem Legitimitätsvorbehalt der Selbstgesetzgebung des Individuums sowie der deliberativen Rechtfertigung.

Mit der Vorstellung von Freiheit als substantieller Freiheit ist nun ein Begriff gefunden, der die bisherige Debatte um einen Freiheitsbegriff in sich vereint und zu einer Synthese bringt. Die substantielle Freiheit umfasst negative und positive Freiheiten, zu denen die Bürger aber wirklich ermächtigt werden müssen. Sie umfasst die Forderung nach gesellschaftlicher Legitimation sowie eine Verantwortungsdimension, die fordert, dass die Bürger selbst eben Teil der gesellschaftlichen Institutionen sind und diese mitgestalten müssen.

#### **4.4 – Zwischenfazit: Substantielle Freiheit als regulatives Prinzip**

Mit den vier konstitutiven liberalen Prinzipien der Freiheit wurden die Grundlagen für einen gehaltvollen Freiheitsbegriff gelegt. Freiheit umfasst, wie gezeigt wurde, mehr als nur die negative, individuelle Freiheit von Zwang. Sie ist Ausdruck einer Mündigkeit, die die menschliche Einsicht in die Selbstgesetzgebung konstituiert. Sie

---

<sup>571</sup> Van Parijs (1995: 19).

ist außerdem ein reflexiver, sozialer Begriff, der gesellschaftlich konstituiert und legitimiert wird und der in seiner Verwirklichung gesichert werden muss. Das positive, reflexive Verständnis von Freiheit sowie das verantwortliche Umgehen damit ist die Grundlage für diejenige Freiheit, die dann substantiell gewährleistet werden soll.

Diese Idee der *substantiellen* Freiheit wird als Synthese der hier gezeigten Diskussion verstanden, da sie die genannten Dimensionen der Freiheit umfasst und ihre *Verwirklichung* zur Grundlage hat. Sie soll darum zur *regulativen Idee* erhoben werden, an der sich der zu entwerfende Liberalismus orientieren wird und an der die Gestaltung der liberalen Institutionen entwickelt und gemessen werden soll. Es ist die *Verwirklichung der reflexiven gleichen Freiheit aller*, die im Begriff der substantiellen Freiheit kulminiert. Freiheit soll so eben nicht nur formell gewährleistet werden, sondern muss substantiell, also eben tatsächlich vorhanden sein, um die Bürger eines Gemeinwesens als frei zu denken. Nur wer auch *ermächtigt* ist, die ihm gewährten Freiheiten zu nutzen, und wer in die Lage versetzt wird, seinen (legitimen) Lebensentwurf zu verfolgen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, ist tatsächlich frei.

Diese regulative Idee der substantiellen Freiheit muss als nächstes in ein politisches Konzept übertragen werden, das klären muss, an welcher Stelle und wie genau die unterschiedlichen Dimensionen der substantiellen Freiheit zum Tragen kommen bzw. wie die gesellschaftlichen Institutionen beschaffen sein müssen, um diese umzusetzen. Neben dieser regulativen Idee soll mit der Weiterentwicklung von substantieller Freiheit zu einem gehaltvollen politischen Liberalismus zudem der in Kapitel 3 geforderten Verzahnung von Individual- und Ordnungsethik Folge geleistet werden.

## **5 – Substantieller Liberalismus als freiheitliche Gesellschaftsordnung**

Mit der substantiellen Freiheit als maßgeblichem Prinzip für die Gestaltung eines Liberalismus soll das nun folgende Kapitel zeigen, wie eine politische Ordnung konzipiert werden könnte, die diese Freiheit institutionalisiert, also sicherstellt und fördert. Bevor jedoch erläutert wird, wie aus der skizzierten Form der Freiheit ein liberales politisches Konzept entstehen kann, sollen dem vorliegenden Verständnis zunächst einige Gedanken anderer gehaltvoller moderner Liberalismus-Ansätze zur Seite gestellt werden, die bereits einige Grundlagen legen werden und den zu entwickelnden wesentlich beeinflusst haben. Dies ist zum einen der politische Liberalismus von Rawls sowie der republikanische Liberalismus von Ulrich – letzterer als derjenige Ansatz, der dem vorliegenden Vorhaben am nächsten ist und an dem sich die Arbeit ganz maßgeblich orientieren wird. Anhand dieser beiden Entwürfe kann gezeigt werden, an welchen Punkten Übereinstimmungen existieren und an welchen Stellen sich der vorliegende Entwurf von diesen unterscheidet. Aus dieser Gegenüberstellung wird dann abschließend die Synthese aus dem bisherigen Freiheitsverständnis und den notwendigen Ergänzungen der vorgestellten Entwürfe die bisherige Diskussion in ein Verständnis von Liberalismus überführen, das für den weiteren Verlauf der Arbeit grundlegend ist.

### **5.1 – Politischer, republikanischer und substantieller Liberalismus**

#### **5.1.1 – Politischer Liberalismus bei Rawls**

John Rawls hat die Diskussion mit seiner Konzeption eines politischen Liberalismus maßgeblich geprägt – zunächst durch seinen Entwurf einer Theorie der Gerechtigkeit und dann mit seiner Vorstellung eines politischen Liberalismus. Rawls konzipiert seinen politischen Liberalismus in einem Dreischritt aus 1.) der Idee des freien Bürgers, 2.) der Idee einer wohlgeordneten Gesellschaft sowie 3.) einer bestimmten Idee von politischer Kultur. Die drei Ideen entwirft er wiederum jeweils in drei Schritten, die im Folgenden kurz vorgestellt und dem vorliegenden Entwurf zur Seite gestellt werden.

1.) Erster Grundstein seiner Konzeption eines politischen Liberalismus ist für Rawls der *freie Bürger*. Ein freier Bürger ist *erstens* ein Subjekt, das eine Konzeption des

Guten verfolgt und diese „aus vernünftigen und rationalen Gründen zu revidieren und zu verändern“<sup>572</sup> vermag – das heißt, er strebt reflektierte, legitime Selbstbestimmung an. *Zweitens* sehen sich freie Bürger als „selbstbeglaubigende Quellen gültiger Ansprüche [self-authenticating sources of valid claims]“<sup>573</sup>. Und *drittens* sind sie frei, wenn „wir sie als fähig betrachten, Verantwortung für ihre Ziele zu übernehmen“<sup>574</sup>. Alle drei Aspekte wurden im vorliegenden Entwurf so oder sehr ähnlich formuliert und sind für das umfassende Freiheitsverständnis ebenso maßgeblich. Das Attribut der Freiheit des Bürgers ist bei Rawls also sehr ähnlich wie das vorliegende, bloß dass der Entwurf hier durch diskursethische Aspekte (vgl. Abschnitt 4.1.3) und vor allem durch die Bedingung des *realen Vollzugs* von Freiheit (substantielle Freiheit) noch ergänzt ist. Dadurch entfernt sich der vorliegende Ansatz von der individualistischen Vorstellung bei Rawls und nimmt gesellschaftliche Bedingungen der Freiheit stärker in den Blick.

2.) Die Konzeption einer *wohlgeordneten Gesellschaft* im Entwurf des politischen Liberalismus von Rawls besteht nun wiederum aus folgenden drei Kriterien: Erstens „handelt es sich um eine Gesellschaft, in der alle genau dieselben Gerechtigkeitsgrundsätze anerkennen“<sup>575</sup>; zweitens ist öffentlich bekannt, dass die Grundstruktur der wohlgeordneten Gesellschaft diesen Gerechtigkeitsgrundsätzen genügt<sup>576</sup> und drittens haben die Bürger einen „normal wirksamen Gerechtigkeitssinn“<sup>577</sup>. Diese Aspekte einer wohlgeordneten Gesellschaft wurden so noch nicht thematisiert, decken sich aber im Grunde mit der gesellschaftstheoretischen Stoßrichtung des bisherigen Entwurfs. Zu beachten ist jedoch, von welchen Gerechtigkeitsgrundsätzen beim ersten Aspekt („in der alle genau dieselben *Gerechtigkeitsgrundsätze* anerkennen“) und auch bei den folgenden überhaupt die Rede ist. Die grundlegenden Prinzipien einer liberalen Gesellschaft sollten hier ja überhaupt erst entwickelt werden, und es wurde versucht zu verdeutlichen, dass das zugrundeliegende Prinzip das der *substantiellen Freiheit* ist. Dieser Schritt hin zu den Bedingungen der Verwirklichung von Freiheit, der von Sen übernommen wurde, ist so bei Rawls nicht vorgesehen. Sen selbst versteht seine Theorie der substantiellen Freiheit darum auch in erster Linie in *Abgrenzung* zu Rawls.<sup>578</sup> Hier unterscheidet sich

---

<sup>572</sup> Rawls (1998: 98).

<sup>573</sup> Rawls (1998: 102).

<sup>574</sup> Rawls (1998: 103).

<sup>575</sup> Rawls (1998: 105).

<sup>576</sup> Vgl. Rawls (1998: 105).

<sup>577</sup> Rawls (1998: 105).

<sup>578</sup> Siehe dazu Sen (2011: u.a. S. 82f., 94f.) und auch Sen (1979).

der vorliegende Ansatz darum maßgeblich vom politischen Liberalismus bei Rawls, da Rawls formalistisch bleibt und mit seiner Theorie der Gerechtigkeit andere Gerechtigkeitsgrundsätze formuliert, die mit dem vorliegenden Entwurf nicht zwangsläufig kompatibel sind. Ein weiterer Unterschied findet sich darin, dass der vorliegende Entwurf nicht versucht, *die* (idealisierte) Theorie der Gerechtigkeit darzustellen (im Sinne einer *ideal theory*), sondern eine Diskussion von Möglichkeiten einer (relativ) *gerechteren* Gesellschaft ist. In Bezug auf das Gerechtigkeitsprinzip soll hier darum mit Sen dieser relativen Form einer Gerechtigkeitstheorie in Form des realen Vollzugs von Freiheit der Vorrang vor der Grundgüter-Auswahl von Rawls gegeben werden. Es geht nicht um eine abschließende Festlegung der Grundgüter, sondern um eine Konzeption, die zu *real freieren* Bürgern führt – auch wenn das zu Lasten einer idealen Theorieentwicklung gehen sollte.

3.) Zuletzt definiert Rawls noch drei Kriterien der politischen Kultur einer demokratischen Gesellschaft. Als erstes legt er das Faktum des „vernünftigen Pluralismus“<sup>579</sup> fest. Dieses wurde bereits mehrfach aufgegriffen und im vorliegenden Ansatz verortet – der Vorschlag eines vernünftigen Pluralismus ist angemessen und notwendig für eine moderne Liberalismus-Konzeption. Der zweite Aspekt ist der „repressive Gebrauch der Staatsgewalt“<sup>580</sup> oder auch das „Faktum der Unterdrückung“<sup>581</sup>. Auch hier ist Rawls darin zuzustimmen, dass es der Staat ist und sein muss, der die Gesetze festlegt und durchsetzt und damit eine politische Gemeinschaft aufrechterhält (vgl. dazu auch Abschnitt 5.3.2). Wie gezeigt wurde, fallen darunter jedoch auch erweiterte Pflichten des Staates wie die Schaffung einer „Atmosphäre von Freiheit“<sup>582</sup>. Der dritte Aspekt ist für Rawls, dass eine politische Gemeinschaft auf Dauer nur bestehen kann, wenn sie von „einer beträchtlichen Mehrheit ihrer politisch aktiven Bürger bereitwillig und freiwillig unterstützt“<sup>583</sup> wird. Dieser beinahe republikanische Aspekt wurde so bis hierher noch nicht formuliert, reiht sich aber ein in die Pflicht der Bürger, für gesellschaftliche Zustände (Mit-) Verantwortung zu übernehmen und wird an anderer Stelle in dieser Arbeit noch ausführlicher diskutiert, da er auch für den substantiellen Liberalismus ganz wesentlich ist (vgl. Abschnitt 5.1.2 (Ulrich) und 5.4 (Mitverantwortung)).

Abschließend umfasst der politische Liberalismus von Rawls also viele Aspekte, die auch im vorherigen Kapitel beleuchtet wurden und im substantiellen Liberalismus

---

<sup>579</sup> Rawls (1998: 106f.).

<sup>580</sup> Rawls (1998: 107).

<sup>581</sup> Rawls (1998: 108).

<sup>582</sup> Mill (2010: 94).

<sup>583</sup> Rawls (1998: 108).



Eingang finden werden. Da das Theoriegebäude von Rawls als Einheit betrachtet werden muss, sind jedoch die „Gerechtigkeitsgrundsätze“, von denen er bei seiner Konzeption der wohlgeordneten Gesellschaft eines politischen Liberalismus spricht, diejenigen, die er in seiner Theorie der Gerechtigkeit entwickelt. Deren Festlegung wurde u.a. wegen des ungebundenen Selbsts im Urzustand, der Auswahl und Begründung der Grundgüter und einiger anderer Punkte kritisiert. Die Kritik soll hier nicht im Detail wiedergegeben werden. Walzer zeigt jedoch, wie mit dieser Kritik konstruktiv umgegangen werden kann<sup>584</sup>, indem er den anspruchsvollen Versuch unternimmt, die Differenzen zwischen Kommunitarismus und Liberalismus zu überbrücken. Der Kommunitarismus sei diesbezüglich für ihn „nicht als eigenständige Lehre oder als substantielles, politisches Programm anzusehen [...], sondern besser als ein Korrektiv zur liberalen Theorie und Praxis“<sup>585</sup> zu verstehen. Dem kommt er nach, indem er, soweit möglich, kommunitaristische Ideen als Korrektiv in sein pluralistisches Liberalismuskonzept einfließen lässt: „Da der Liberalismus eine selbstzerstörerische Lehre ist, braucht er die periodische kommunitaristische Korrektur tatsächlich.“<sup>586</sup> Diese Einschätzung ähnelt dem bisherigen Versuch, Freiheit gesellschaftlich zu konstruieren und wird den vorliegenden Anspruch der Definition eines modernen Liberalismus darum begleiten. Die Abschnitte 5.3 und 5.4 werden zeigen, wie dies im Detail aussehen kann.

Auch Ulrich unternimmt diesen Versuch, kommunitäre Elemente in seinem Entwurf eines republikanischen Liberalismus, an den auch der substantielle Liberalismus maßgeblich angelehnt ist, zu integrieren.

### **5.1.2 – Republikanischer Liberalismus bei Ulrich**

Im Anspruch, den formal-individualistischen Liberalismus von Rawls zu überwinden, entwickelt Ulrich die Idee eines „republikanischen Liberalismus“. Dieser ist in vielerlei Hinsicht dem bisher vorliegenden Entwurf sehr nahe, so in der Formulierung eines positiven Freiheitsbegriffs, in der Betonung der deliberativen Demokratie und der Hervorhebung der Mitverantwortung der Bürger für die Gesellschaft. Denn auch im republikanischen Liberalismus wird Freiheit „nicht mehr nur negativ in

---

<sup>584</sup> Zur Kritik am ungebundenen Selbst vgl. bspw. Sandel (1993: 18-35), zur Kritik an den Gerechtigkeitskriterien von Rawls vgl. bspw. Ulrich (2008: 264-278).

<sup>585</sup> Walzer (1999: 7).

<sup>586</sup> Walzer (1993: 170).

Abgrenzung des egoistischen Individuums zu anderen gedacht, sondern stets auch positiv als Möglichkeit zur *gleichberechtigten Teilnahme* an der Res publica.“<sup>587</sup> Ulrich bestimmt drei elementare Leitideen eines republikanischen Liberalismus, die sich ebenfalls alle im vorliegenden Entwurf niedergeschlagen haben. So ist *erstens* ein *umfassender Bürgerstatus* für den republikanischen Liberalismus von Bedeutung. Dieser setzt starke Bürgerrechte voraus, die „neben elementaren Persönlichkeitsrechten und Staatsbürgerrechten (politischen Teilnahmerechten) auch teilweise noch fehlende *Wirtschaftsbürgerrechte* (sozioökonomische Grundrechte)“<sup>588</sup> umfassen. Dies entspricht den hier geschilderten Dimensionen negativer und positiver Freiheit und deren Ausgestaltung als Teilhaberechte an gesellschaftlichen und politischen Prozessen (vgl. Kapitel 4.3). Der Vorschlag, Wirtschaftsbürgerrechte als sozioökonomische Teilhaberechte zu fordern, wird der Forderung nach Verwirklichungschancen als Ausdrucksform substantieller Freiheit gerecht und wird im Rahmen der Analyse in Abschnitt 5.3 wieder aufgegriffen und ausführlicher diskutiert werden.

Der zweite Aspekt einer bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bei Ulrich ist der des *Bürgersinns*. Dies bedeutet hier, dass die Bürger sich mitverantwortlich für die res publica fühlen und „ihre privaten und ebenso ihre gemeinschaftlichen Angelegenheiten selbst in die Hand“<sup>589</sup> nehmen. Ähnlich wie bereits bei Rawls ist die politische Mitverantwortung hier ein Argument, das bereits in Abschnitt 4.2 als gesellschaftliche Mitverantwortung dargelegt und vertieft wurde. Was Ulrich jedoch ergänzt, ist die res publica, die öffentliche Sache und damit die Betonung einer Zivilgesellschaft als Ort der egalitären Bürgervereinigungen. Im hier vorgestellten Liberalismus-Konzept entspricht die genannte Verantwortung aller für gesellschaftliche Zustände in etwa der Idee von Verantwortung für die res publica und wird in Abschnitt 5.4 weiter ausgeführt.

Letzte Leitidee des republikanischen Liberalismus bei Ulrich ist die „Zivilisierung des Marktes ebenso wie des Staates“<sup>590</sup>. Das bedeutet konkret, dass die Souveränität des Bürgers „gegenüber jeder Form von nicht legitimierter Macht zu verteidigen“<sup>591</sup> ist, also gegen wirtschaftliche ebenso wie staatliche Macht. Ulrichs republikanischer Liberalismus verlangt, dass der Markt unter keinen Umständen (und schon gar nicht

---

<sup>587</sup> Ulrich (2010a: 76), Hvh. A.L.

<sup>588</sup> Ulrich (2010a: 77), Hvh. im Original.

<sup>589</sup> Ulrich (2010a: 77).

<sup>590</sup> Ulrich (2010a: 78), im Original mit Hvh.

<sup>591</sup> Ulrich (2010a: 78).

aufgrund irgendeiner „sachzwanghaften Eigenlogik des Marktes“<sup>592</sup> ) „die Gerechtigkeit der Spielregeln des Zusammenlebens und die reale Freiheit und Chancengleichheit der Bürger, vor allem der schwächeren unter ihnen“<sup>593</sup> , einschränken darf. Diese Forderung wird sich im Rahmen der substantiell-liberalen Wirtschaftsordnung in Kapitel 6 niederschlagen.

So ist der vorliegende Freiheitsentwurf im Grunde voll anschlussfähig an Ulrichs Konzeption eines republikanischen Liberalismus. Er betont mit Ulrich die Pflicht zur Mitverantwortung an der *res publica* und fordert einen vernünftigen Pluralismus. Es ist ein Liberalismus, dem ein in der Gesellschaft verankertes Individuum als Grundlage dient, das aber *in Gemeinschaft* die größtmögliche reale Freiheit haben sollte, seine je individuelle Vorstellung vom guten Leben zu verwirklichen.

Die Tatsache, dass trotz der konzeptionellen Nähe in der Folge von Ulrichs Begriff des *republikanischen* Liberalismus abgewichen wird, liegt darin begründet, dass die Betonung der substantiellen Freiheit gewichtiger scheint als das republikanische Moment, auch wenn beide Aspekte letztlich in beiden Konzepten ganz ähnlich beinhaltet und ähnlich bedeutsam sind. Es ist im Grunde nur eine Akzentverschiebung, die jedoch wichtig genug scheint, um den neuen Begriff zu rechtfertigen.

Darüber hinaus hat die republikanische Freiheit eine begriffliche Konnotation, die sich zwar bei Ulrich nicht auswirkt, die aber generell gegen den Republikanismus vorgebracht werden kann und sich darum als Assoziation mit dem Begriff des republikanischen Liberalismus verbinden könnte. Denn so nahe die Idee der republikanischen Freiheit dem vorliegenden Versuch mitunter ist, unterscheidet sie sich doch in einem Argument ganz wesentlich von der hier entworfenen, und zwar in „der Leitidee, dass eine gemeinschaftliche Konzeption des guten Lebens zu fördern sei.“<sup>594</sup> Es wurde in den vorangegangenen Definitionsschritten immer wieder betont, dass die Freiheit hier zwingend das individuelle Recht beinhaltet, seiner je eigenen Vorstellung vom guten Leben zu folgen, sofern dies allgemein legitimierbar ist. Die Gewährung dieser Freiheit wird dann an die Bedingung geknüpft, dass jeder Bürger mitverantwortlich für das öffentliche Gut, die Gesellschaft als solche ist. Das politische Leben ist dann eben nicht allein der Ort des guten Lebens, sondern, im Sinne des vernünftigen Pluralismus, nur der Ausgangspunkt und die Ermöglichung einer individuellen Vorstellung des guten Lebens. Eine gemeinschaftliche Konzeption

---

<sup>592</sup> Ulrich (2010a: 78).

<sup>593</sup> Ulrich (2010a: 78).

<sup>594</sup> Patry (2010: 70).

des guten Lebens, wie sie im Republikanismus mitunter zu finden ist, würde darum dem angestrebten vernünftigen Liberalismus des vorliegenden Entwurfs zuwiderlaufen. Auch wenn diese Interpretation des Republikanismus nicht auf den Entwurf von Ulrich zutrifft, soll doch ein anderer Begriff als der des „republikanischen Liberalismus“ genutzt werden, um dieser Assoziation vorzubeugen. Das bedeutet natürlich nicht, dass nicht trotzdem republikanische Elemente Eingang finden werden (vgl. Abschnitt 5.4).

### 5.1.3 – Substantieller Liberalismus

Das Vermittlungspotential des Liberalismus-Ansatzes von Ulrich besteht darin, „daß die liberalen Grundrechte den unverzichtbaren Kern bilden, der zugleich nur in den kommunitären Momenten der demokratisch-partizipatorischen Praktiken realisiert und garantiert werden kann.“<sup>595</sup> Ihm gelingt es, die „Tyrannei von Dualismen“<sup>596</sup> zu überwinden und die kommunitaristischen Einwände „als Ergänzung, nicht als Ersatz der grundlegenden liberalen Werte [zu] betrachten.“<sup>597</sup> Diesem Weg wird der substantielle Liberalismus folgen.

Im Anschluss an die Diskussion eines positiven und substantiellen Freiheitsverständnisses aus Kapitel 4 kann nun ein politischer Liberalismus entworfen werden, der die Autonomie des Einzelnen mit sozialen und demokratischen Aspekten verbindet und die *Befähigung zum Vollzug von Freiheit* in den Vordergrund stellt. Da Sens Idee der substantiellen Freiheit die regulative Idee des Entwurfs darstellt, soll hier der Begriff eines *substantiellen Liberalismus* mit Inhalt gefüllt werden.

Der Begriff „substantiell“ wird dabei hier anders konnotiert als das in politisch-liberalen Debatten üblich sein mag. Dworkin hat den Begriff des Substantiellen in die Liberalismus-Debatte eingebracht und unterscheidet zwischen einem prozeduralen und einem substantiellen moralischen Engagement.<sup>598</sup> Er kommt zu dem Ergebnis, dass ein Liberalismus nur prozedural sein sollte, da er nur dann die Freiheit gewährt, dass jeder seine (vernünftige) Vorstellung eines guten Lebens umsetzen kann. Nur *die* Gesellschaft sei liberal, „die sie nicht auf bestimmte, *substantielle* Bestimmungen der

---

<sup>595</sup> Bienfait (1999: 259).

<sup>596</sup> Gutmann (1993: 77).

<sup>597</sup> Gutmann (1993: 81).

<sup>598</sup> Vgl. Dworkin (1998). Dazu auch Taylor (1993a: 49f.).

Ziele des Lebens festlege.“<sup>599</sup> „Substantiell“ würde in diesem Zusammenhang bedeuten, dass dem Liberalismus bereits eine Vorentscheidung über das kollektiv zu verwirklichende, gute Leben innewohnen würde.

Dass dies mit dem hier verwendeten Begriff des substantiellen Liberalismus nicht gemeint ist, sollte bereits klar geworden sein. Der vorliegende Entwurf bezeichnet den Liberalismus „substantiell“ nicht aus dem Grund, weil er *inhaltlich* substantiell ist – also weil er schon vorwegnimmt, wie das gute Leben aussehen soll. Im Gegenteil, wie gezeigt wurde, beruht der substantielle Liberalismus ganz wesentlich auf der Idee eines vernünftigen Pluralismus im Sinne von Rawls. Er soll hingegen substantiell genannt werden, um den Bezug zu Sens Entwurf der *substantiellen Freiheit* zu betonen. Er soll zeigen, dass er Freiheit nicht nur formell gewährt, sondern sich die gesellschaftliche Dimension der Ermöglichung von Freiheit (als Verwirklichungsbegriff) zu Eigen gemacht hat. Damit soll er auch ausdrücken, dass er in diesem Sinne ein *gehaltvoller* Liberalismus ist, was jedoch lediglich bedeutet, dass er Freiheit umfassender (d.h. positiv) versteht, als es bspw. der Neoliberalismus mit seinem einseitigen, verkürzten Freiheitsverständnis tut. Die soziale Bedingtheit von Freiheit und ihre politische Dimension sind unabdingbar für eine tatsächlich moderne und lebensweltlich tragbare Liberalismusposition, da der Mensch immer nur in Gesellschaft und die Freiheit nur als sozialer Aspekt, als politisch konstituierte Freiheit denkbar ist.

Der substantielle Liberalismus ist folglich ein Liberalismus, der die berechtigte Kritik der Kommunitaristen ernst nimmt und um Impulse des Republikanismus ergänzt ist. Im Gemeinwesen ist der Mensch immer noch frei als Individuum, es ließe sich von einer kommunitären Individualität sprechen.<sup>600</sup> Der Einzelne folgt seiner individuellen, aber gesellschaftlich legitimierten Vorstellung eines guten Lebens, er ist sozial und politisch frei als Staatsbürger, aber er ist eben genau dies: freier *Bürger* – und somit Teil einer Gesellschaft, mit allen Rechten und Pflichten, die dieser Status mit sich bringt. Der substantielle Liberalismus ist dann eine liberal-kommunitäre Idee, der es gelingt, „aus einem moralischen Minimum an Gemeinsamkeit das Maximum an substantieller Vielfalt und Besonderheit freizusetzen.“<sup>601</sup> Der liberale Kern sichert die Rechte des Einzelnen auf Selbstbestimmung und Individualismus, während der kommunitäre bzw. republikanische Einfluss „die Negativität in ‚freiwilligen

---

<sup>599</sup> Taylor (1993a: 49), Hvh. A.L.

<sup>600</sup> Beck spricht in diesem Zusammenhang auch von einem „altruistischen Individualismus“, der dieser Vorstellung recht nahe kommt. Vgl. Beck (1997a: 19).

<sup>601</sup> Bienfait (1999: 259).

Solidaritäten““<sup>602</sup> aufhebt und damit die „Wiederbelebung, Stärkung und Ausweitung“<sup>603</sup> einer deliberativen Demokratie sicherstellt: „In diesem Kontext wird das liberale Selbst aus der Antinomie zwischen Atomisierung und Identifizierung endgültig entlassen“<sup>604</sup> – und die substantielle Freiheit sichert die tatsächliche Verwirklichung der Freiheit. So ist für einen modernen Liberalismus also ein positiver und substantieller Freiheitsbegriff maßgeblich, und die moralischen Verpflichtungen der Bürger eines liberalen Gemeinwesens werden nicht nur auf den Respekt vor den negativen Freiheitsrechten anderer beschränkt, sondern auf Selbstbestimmung, auf gesellschaftliche Teilhabe und Verantwortung ausgeweitet. So gelingt die Überwindung der Vorstellung, individuelle Freiheit und gemeinschaftliche Verantwortung seien unvereinbar. Es ist ein Liberalismus, der zwar die Freiheit und Autonomie des Einzelnen betont, dabei das Individuum jedoch nicht atomistisch und ungebunden, sondern vielmehr im Gemeinwesen verankert sieht. Die Lücken, die der Individualismus in Bezug auf eine tragbare Gesellschaftskonzeption des Liberalismus verursacht, können so geschlossen werden.<sup>605</sup> Im Liberalismus ist nun selbst ein Korrektiv integriert, da „die liberalen Grundwerte auf eine extensive und demokratische Partizipation angewiesen sind.“<sup>606</sup>

Eine tatsächlich *politisch gehaltvolle* Liberalismus-Konzeption, die das bisher Gesagte vereint, ist damit (vor allem in Anschluss an Ulrich) gefunden.

Die Frage, die sich nun anschließt, ist, wie die Institutionen eines Staates gestaltet sein müssten, damit sie dem substantiellen Freiheitsverständnis gerecht werden. Das Kriterium der substantiellen Freiheit als regulatives Prinzip erlaubt es, Institutionen und politische Maßnahmen zu bewerten. Statt den gesellschaftlichen Zustand nur an wirtschaftlichem Wachstum oder der Wohlfahrt festzumachen, kann mit Sen die *Verwirklichung von substantieller Freiheit aller* als Maßstab genommen werden:

„Nicht die Markteffizienz, sondern die Gerechtigkeit der gesellschaftlichen Ordnung wird jetzt als das vorrangige Gestaltungskriterium gerade einer freiheitlichen Gesellschaft begriffen.“<sup>607</sup>

---

<sup>602</sup> Bienfait (1999: 260), eingeschlossenes Zitat von Wellmer (1993: 64).

<sup>603</sup> Wellmer (1993: 64), zitiert nach Bienfait (1999: 260).

<sup>604</sup> Bienfait (1999: 260).

<sup>605</sup> Vgl. Reese-Schäfer (2004: 30f.).

<sup>606</sup> Wellmer (1993: 59f.), zitiert nach Bienfait (1999: 259).

<sup>607</sup> Ulrich (2010a: 76).

Die Idee gleicher Freiheit fordert folglich, „[d]as ewige Mehr [...] umzuformulieren, umzustellen von einem wirtschaftlichen zu einem Wachstum politischer Freiheit.“<sup>608</sup> Mit diesem Maßstab sind staatliche Eingriffe in die Freiheit einiger nun somit weder willkürlich noch paternalistisch, sondern immer dann legitim, wenn sie freiheitsfunktional als „prinzipiengeleitete, demokratisch legitimierte Entscheidungen“<sup>609</sup> durchgeführt werden. Der Staat „realisiert sich in dieser Perspektive nicht als prinzipienloser Interventionsstaat, sondern nach Maßgabe eines normativen Leitbilds, das den Staat auf autonomieethische angeleitete Teilhabegerechtigkeit unter Beachtung des Primats der Freiheit und d.h. der freiheitlichen Selbstrealisierung“<sup>610</sup> verpflichtet. Das normative Leitbild eines freiheitsfunktionalen Staates definiert dann „Grund und Grenze sozialer Aktivitäten des Staates“ in der Schaffung der „strukturellen Voraussetzungen realer Freiheit“<sup>611</sup>. Die Idee realer Freiheit als „Verwirklichungsbegriff“<sup>612</sup> ist also für den Verlauf der Arbeit die maßgebliche „normative Fundamentalorientierung“<sup>613</sup>, an der sich Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik orientieren können; vom substantiellen Liberalismus als „Gesamtentscheidung ergibt sich die Haltung zu allen wirtschaftspolitischen Einzelfragen.“<sup>614</sup> Steinvorth stellt fest, dass kein Sozialstaat denkbar ist ohne eine solche positive Idee, „an der sich die konkreten Entscheidungen über die Menge und die Verteilung der Ressourcen für die positiven Aufgaben ausrichten können. Faktisch folgen die bestehenden Sozialstaaten solchen positiven Ideen; sie werden jedoch nicht eingestanden, bleiben unartikulierte und ungeklärt und dürften oft genug inkonsistent sein.“<sup>615</sup>

Mittels der modernen politischen Philosophie wurde also eine solche positive Idee für ein modernes Verständnis eines Liberalismus entwickelt, der auf den realen Vollzug von Freiheit und eine deliberative Legitimation selbiger gestützt ist. Dieser Entwurf soll nun, soweit im Rahmen der vorliegenden Arbeit möglich, zunehmend praktisch gewendet werden. Dazu soll, nun wieder unter Zuhilfenahme des Ordoliberalismus, ausbuchstabiert werden, was die Perspektive der substantiellen Freiheit als Fortschrittsperspektive für Konsequenzen für Politik und Wirtschaft haben kann.

---

<sup>608</sup> Beck (1997b: 361).

<sup>609</sup> Heinig (2008: 203).

<sup>610</sup> Heinig (2008: 209).

<sup>611</sup> Beides Heinig (2008: 276).

<sup>612</sup> Taylor (1988: 118).

<sup>613</sup> Kersting (2010: 56).

<sup>614</sup> Eucken (1947: 149).

<sup>615</sup> Steinvorth (1999: 279).

Kapitel 3 hat gezeigt, dass die ordoliberalen Maßnahmen zeitgebunden waren und entsprechend heute nicht mehr alle angemessen sind, während die Aufgabenstellung des Ordoliberalismus, nämlich eine freiheitliche, am Menschen orientierte Ordnung mit einer eingebetteten (sozialen) Marktwirtschaft zu entwickeln, weiter aktuell bleibt. Der Ordoliberalismus unternahm den anspruchsvollen Versuch, seine wirtschaftspolitischen Vorschläge mit einem Entwurf für eine Gesellschaftspolitik zu verzahnen. Die Soziale Marktwirtschaft war nie nur Wirtschafts-, sondern immer auch Gesellschaftspolitik:

„Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft umfaßt einen weiteren gesellschaftspolitischen und einen engeren wirtschaftspolitischen Bereich von Maßnahmen, die sinnvoll aufeinander abgestimmt sein müssen.“<sup>616</sup>

Der substantielle Liberalismus greift auf diese sinnvolle ordoliberale Unterscheidung und Rangordnung von Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zurück und entwickelt sie im Folgenden in Form einer (mittels substantiell-liberaler Vitalpolitik) gesellschaftlich eingebetteten Wirtschaft weiter.

## **5.2 – Zum Verhältnis von liberaler Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung**

Der in Kapitel 2 und 3 vorgestellte Ordoliberalismus versuchte, mittels sog. Vitalpolitik eine Rangordnung, welche die Gesellschaftsordnung als notwendige Vorbedingung der Wirtschaftsordnung betont, zu erreichen. Die Vitalpolitik von Röpke und Rüstow ist der Erkenntnis geschuldet, dass die Wirtschaft immer nur ein Instrument einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft sein sollte, die, sofern sie nicht gesellschaftlich eingebettet ist, sozial destabilisierende Züge annimmt. Das „Vitale“ ist dabei die Lebensqualität des Einzelnen bzw. die Lebenszusammenhänge der Bürger – was den ethischen Grundfragen nach den Vorstellungen eines *guten Lebens* des Einzelnen und eines *gerechten Zusammenlebens* in der Gesellschaft entspricht. Die vitale Gesellschaftsordnung ist demnach eine normative Leitidee des gerechten Zusammenlebens in Gesellschaft, die das gute Leben des Einzelnen fördern und sichern soll und hier nun, um die teilweise romantischen und elitären Vorstellungen der Ordoliberalen zurückzulassen, die substantielle Freiheit zur Grundlage hat. Es gilt, die Idee einer vorgelagerten Gesellschaftspolitik, die den Primat der Politik durchhält,

---

<sup>616</sup> Müller-Armack (1952: 462).



neu zu gestalten und so eine zeitgemäße Vitalpolitik in Form einer „Politik der Freiheit“<sup>617</sup> zu entwerfen, die einer modernen liberalen Gesellschaft als Leitbild dienen kann.

Der substantielle Liberalismus soll vor allem dabei helfen, das eklatante Problem einer von der Lebenswelt zunehmend entkoppelten Marktwirtschaft zu lösen. Es scheint *das* Problem unserer Zeit zu sein, dass die Wirtschaft für einen Großteil der modernen Gesellschaften nicht mehr die Lebensdienlichkeit der Menschen im Blick hat, sondern selbstreferenziell und imperialistisch den Gesellschaften vielmehr die ihr eigene Logik aufzwingt. So bleibt die Analyse Röpkes weiter aktuell, „daß sich unsere Kultur deshalb überall in unlösbar scheinende Probleme verstrickt, weil sie mit der elementaren Aufgabe einer wohlgeordneten und dem Menschen angemessenen Wirtschaftsverfassung nicht recht fertig wird.“<sup>618</sup>

Die sich daraus ergebende Aufgabenstellung erfordert ein gewisses Umdenken: Bisher wurde in „ordnungspolitischen Debatten [...] die Wirtschaftsordnung im wesentlichen nur aus der Perspektive der Systemsteuerung diskutiert, das heisst unter dem Gesichtspunkt der *internen* Funktionsrationalität des ökonomischen Systems“<sup>619</sup> betrachtet. Bezüglich einer guten Wirtschaftsordnung schien Konsens zu bestehen, dass sie in erster Linie auf Effizienz fokussiert sein sollte und so Wirtschaftswachstum sicherstellt. Ein effizientes Wirtschaftssystem zu konstruieren scheint heute aber gar nicht mehr das vorrangige Problem westlicher Gesellschaften zu sein. Das Problem der Entkopplung von Wirtschaft und Gesellschaft ist heute viel schwerwiegender und dringender, da die entfesselte Marktwirtschaft zunehmend desintegrierende Auswirkungen auf viele Lebensbereiche hat:

„Zur Diskussion steht damit gar nicht mehr primär die innere Funktionsrationalität des [wirtschaftlichen] Systems, sondern das desorganisierte äussere Verhältnis von System und Lebenswelt.“<sup>620</sup>

Wie Ulrich darstellt, war die Wirtschaft in der Vergangenheit größtenteils durch traditionelle Sinnorientierungen an die Gesellschaft gekoppelt, was auch den reflexartigen Rückgriff der Ordoliberalen auf Traditionen (Sittlichkeit, vgl. Abschnitt 3.2) als Kitt der Gesellschaft erklären kann: Ihre Vorschläge der Einbettung der Marktwirtschaft in die Gesellschaft und die Vorschläge zur Lösung des Problems der

---

<sup>617</sup> Vgl. Dahrendorf (2003).

<sup>618</sup> Röpke (1994: 372).

<sup>619</sup> Ulrich (1993: 371).

<sup>620</sup> Ulrich (1993: 372).

„Soziologieblindheit“<sup>621</sup> waren allesamt auf die Rückkehr zur Tradition ausgerichtet; im Bemühen, an vergangene Zeiten und Tugenden anzuknüpfen, sahen sie die Lösung des Problems einer entkoppelten Wirtschaft. Diese Traditionen (wie Kirche, (Klein-) Bürgertum, *nobilitas naturalis* etc.) bröckelten allerdings schon zu Zeiten des Ordoliberalismus stark und haben heute noch weit weniger Bestand oder Bedeutung als schon vor 70 Jahren. Durch Modernisierungsprozesse und soziale wie kulturelle Entwicklungen der letzten Jahrzehnte kann ein Appell an traditionelle Werte nicht mehr ausreichen, um die Wirtschaft wieder an die Gesellschaft zu koppeln. Ulrich schlägt darum eine vorrangige *Verständigungsordnung* (Vitalpolitik) vor, die einen gesellschaftlichen Konsens schaffen soll, der es den Bürgern erlaubt, gemeinsam festzulegen, wie die Sozialintegration der Wirtschaft idealerweise aussehen und vonstattengehen sollte. Er unterscheidet so die Ebene der „Verständigungsordnung“ von der der „Verfügungsordnung“, wobei letztere dann erst diejenige ist, die die konkreten Spielregeln des Marktes festlegt.<sup>622</sup> Der Vorschlag Ulrichs entspricht der schon von den Ordoliberalen vorgebrachten Idee, das (Gesellschafts-) Politische vorrangig und das Wirtschaftliche erst nachrangig und vom Politischen abhängig zu betrachten.

Diese Rangordnung ist elementar und soll als erstes Merkmal der Ausgestaltung des substantiellen Liberalismus festgelegt werden (vgl. Abbildung 1). In Ulrichs Worten geht es zunächst darum, „das normative Problem der Bestimmung vernünftiger Wertkriterien (Zwecke und Grundsätze) wirtschaftlichen Handelns“ festzulegen, um daraus folgend „die Ermittlung zweckrationaler Handlungsstrategien“<sup>623</sup> anzugehen; „die ethischen Gesichtspunkte der Lebensdienlichkeit werden als *konstitutive* Voraussetzungen jeder wohlverstandenen *Idee* sozialökonomisch ‚effizienter‘ ordnungspolitischer Problemlösungen begriffen.“<sup>624</sup>

Das Wertkriterium der Lebensdienlichkeit wurde in der substantiellen Freiheit gefunden. So lässt sich die Rangordnung zwischen vitalpolitischer Gesellschafts- und der davon abhängigen, nachrangigen Wirtschaftspolitik im substantiellen Liberalismus wie folgt zusammenfassen:

---

<sup>621</sup> Vgl. Rüstow (1950: 61).

<sup>622</sup> Vgl. Ulrich (1993: 372-374).

<sup>623</sup> Beides Ulrich (1993: 173).

<sup>624</sup> Ulrich (2008: 369).

### **1. Vitalpolitische Politik der Freiheit („Verständigungsordnung“, Wirtschaftsethik )**

- = Einbettung des marktwirtschaftlichen Systems „in eine höhere Gesamtordnung, die nicht auf Angebot und Nachfrage, freien Preisen und Wettbewerb beruhen kann.“<sup>625</sup>
- = Ausrichtung und Begrenzung der „blinden“ Marktkräfte nach ethischen Gesichtspunkten der Lebensdienlichkeit für freie und gleiche Bürger in einer wohlgeordneten Gesellschaft
- = Zweck der Vitalpolitik ist die Erweiterung der realen Chancen der Bürger zur Verwirklichung ihrer Freiheit, ihren je individuellen Lebensentwurf zu verfolgen (substantielle Freiheit)

### **2. Wettbewerbspolitik („Verfügungsordnung“, Wirtschaftstechnik)**

- = Durchsetzung offener Märkte und wirksamen Wettbewerbs *im Rahmen* der vitalpolitischen Vorgaben
- = Effizienter Einsatz des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs
- = Zweck der Wettbewerbspolitik ist die effiziente Allokation knapper Ressourcen *unter der Bedingung* einer vorrangigen Vitalpolitik

Abbildung 1: Zwei Ebenen der Ordnungspolitik (in Anlehnung an Ulrich<sup>626</sup>)

Der Neoliberalismus hat aus den Verfehlungen des klassischen Liberalismus gelernt (bzw. lernen wollen), dass eine staatliche Rahmenordnung benötigt wird, um eine Marktwirtschaft sicherzustellen, die am Ende weder vom Staat noch von wirtschaftlichen Machtkonsortien dominiert werden soll; das ökonomische Ziel war ein System möglichst vollständiger Konkurrenz. Dabei hat er sich jedoch im Grunde auf die rechtliche Gestaltung einer Wettbewerbsordnung beschränkt und, wie einige Ordoliberaler erkannten, die gesellschaftlichen Vorbedingungen einer für den Menschen dienlichen Marktwirtschaft außer Acht gelassen. Der Ordoliberalismus selbst ist sich dieser Soziologieblindheit anderer Liberalismus-Entwürfe zwar bewusst gewesen, hat es aber, wie an anderer Stelle gezeigt wurde, versäumt, tragfähige Vorschläge zu machen, dieser zu begegnen. Ihnen ist nicht ausreichend klar geworden,

---

<sup>625</sup> Röpke (1958: 19).

<sup>626</sup> Vgl. Ulrich (2000: 15).

dass sich die gesellschaftliche Rahmenordnung und die Wettbewerbsordnung derart bedingen, dass sie sich nicht in wesentlichen Aspekten widersprechen dürfen. Eine Rahmenordnung, die auf Bürgersinn baut, und eine Wettbewerbsordnung, die einzig das Eigeninteresse betont, müssen sonst unweigerlich in Konflikt geraten. Die unterschiedlichen Ordnungen müssen integrale Individuen nicht nur zulassen, sondern derart gestaltet sein, dass sie diese bilden und fördern. Die Wettbewerbsordnung darf diese Bemühungen also auch nicht konterkarieren, indem sie die anderen Sphären dominiert und ihnen ihre Logik aufdrängt.

So muss es dem substantiellen Liberalismus vor allem darum gehen, dass zum einen der genannte Vorrang von Gesellschaftspolitik vor der Wettbewerbspolitik durchgehalten wird und zum anderen, damit einhergehend, Freiheit im substantiellen Liberalismus umfassend und eben nicht nur als wirtschaftliche Freiheit verstanden wird. Dazu ist ein Primat der Politik notwendig, der die „institutionelle Einbettung der Marktwirtschaft in die Grundsätze einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürger“<sup>627</sup> überhaupt erst ermöglicht. Einbettung bedeutet dabei jedoch nicht, „dass der reinen Marktlogik von ‚Angebot und Nachfrage‘ gleichsam bloß äußere Vorgaben zu machen und ihr damit allein sozusagen räumliche Grenzen zu setzen seien, innerhalb derer sie sich nach wie vor – oder gar: um so mehr – ‚frei‘ zu entfalten habe. Vielmehr ist die Einbettung des Marktes in Gesichtspunkten des Guten und Gerechten als Begrenzung eben dieser reinen Marktlogik selbst zu begreifen [...] und zwar auf der Ebene der unmittelbaren Marktinteraktion ebenso wie auf der ‚höheren‘ Ebene der Rahmenordnung“<sup>628</sup>. Thielemann macht hier deutlich, dass beide Ebenen politisch gestaltet werden müssen: Sowohl die Ebene der Rahmenordnung (Vitalpolitik) als auch die Ebene des Wettbewerbs selbst (Wettbewerbspolitik). Das bedeutet, dass es eben nicht damit getan ist, vitalpolitisch die Marktwirtschaft zu integrieren, solange dann in der Marktwirtschaft selbst der Wettbewerb umso schärfer ist. So ist neben der Frage, *wo* überhaupt Markt herrschen soll, eben auch die Frage zu stellen, *wie genau* der Wettbewerb dort, wo er herrscht, vonstattengehen soll.

Die Gesellschaftspolitik ist „als konstitutive ordnungspolitische Voraussetzung einer lebensdienlichen Marktwirtschaft zu verstehen, ohne die dem Markt die sinngebende Richtung für sein effizienzsteigerndes Wirken fehlt.“<sup>629</sup> Oder, wie Röpke betont:

---

<sup>627</sup> Ulrich (2008: 363).

<sup>628</sup> Thielemann (2010: 445f.).

<sup>629</sup> Ulrich (2008: 472).

„Wir müssen endlich mit den Versuchen aufhören, der schweren Problematik der Marktwirtschaft dadurch beizukommen, daß wir Kern und Rahmen zu einem Brei vermengen.“<sup>630</sup>

Der Rahmen ist eben die Gesellschaftspolitik, die die Marktwirtschaft umschließt und gestaltet. Die Wirtschaft kann dann, innerhalb des Rahmens, funktional gestaltet werden:

„Innerhalb des Systems ist eine funktionale Verfügungsordnung notwendig und legitim, um im Rahmen der übergeordneten demokratischen Grundsatzentscheidungen die Funktionsfähigkeit des Systems sicherzustellen.“<sup>631</sup>

Auch hier kann nur ein Primat der Politik vor allem Ökonomischen sicherstellen, dass nicht auch der substantielle Liberalismus im Zweifel wieder zu einem wirtschaftlichen Liberalismus reduziert wird.

Damit ist die Aufgabe einer Vitalpolitik des substantiellen Liberalismus festgelegt: Soll der moderne Liberalismus seinem Anspruch gerecht werden, muss es ihm gelingen, die Wirtschaft wieder in die Gesellschaft zu integrieren und ihr eine sinnvolle, in der Gesellschaft verankerte Rolle zukommen zu lassen. Dazu muss er sowohl eine auf substantielle Freiheit gemünzte Rahmenordnung schaffen (Kapitel 5) als auch eine Wettbewerbspolitik definieren, die eine gesellschaftlich dienende und dafür sinnvolle Marktwirtschaft gewährleistet (Kapitel 6):

„Eine zivilisierte, in ökologische, gesellschaftliche und kulturelle Vorgaben eingebundene Marktwirtschaft wird sich jedoch niemals aus der sachzwanghaften Wachstumslogik des marktwirtschaftlichen Systems von selbst ergeben – es handelt sich vielmehr wohl um *die* epochale vitalpolitische Gestaltungsaufgabe, vor die sich die Gemeinschaft aller selber denkenden mündigen Weltbürger im 21. Jahrhundert gestellt sieht.“<sup>632</sup>

Anders also als beim Ordoliberalismus, der entweder die Wirtschaftsfreiheit betonte oder in seinem Appell an Traditionen zu einem „autoritären Liberalismus“<sup>633</sup> wurde und so letztlich den Wert der Freiheit, den er doch betonen will, fast schon wieder preisgibt, soll mit dem substantiellen Liberalismus der Wert der Freiheit ernstgenommen und als Richtschnur gesellschafts- wie auch wirtschaftsordnungspolitischer Gestaltung dienen: Für die „Moderne der

---

<sup>630</sup> Röpke (1944: 83f.).

<sup>631</sup> Ulrich (1993: 453).

<sup>632</sup> Ulrich (2007: 6).

<sup>633</sup> Vgl. Haselbach (1991).

Selbstbestimmung ist die Freiheit des Individuums der Wert, an dem die Legitimität der gesamten Gesellschaftsordnung gemessen werden muss.“<sup>634</sup>

Der Fokus auf die größtmögliche gleiche Freiheit aller bedeutet zugleich, dass der substantielle Liberalismus eine freiheitliche Gesellschaft nur *formal* bestimmen kann. Die Politik der Freiheit folgt also nur einer regulativen Idee und bleibt, wie in Kapitel 4 dargelegt, in Bezug auf die jeweils individuelle Vorstellung eines guten Lebens neutral. Es geht ihr um Verwirklichungschancen, um die Erweiterung von Optionen, um Teilhabe- und Teilnahmekancen – die *Umsetzung* dieser Möglichkeiten bleibt jedoch dem Individuum selbst überlassen. Im Gegensatz zu den Entwürfen Röpkes oder Rüstows fordert eine moderne Vitalpolitik also keine bestimmten Werte (außer eben der aus der menschlichen *conditio humana* abgeleiteten vernünftigen Freiheit selbst, vgl. Kapitel 4); vielmehr ist sie der Ausgangspunkt, der es erlaubt, im Rahmen einer freiheitlichen Gesellschaftspolitik (und natürlich im Rahmen der rechtsstaatlichen Grundordnung) den Bürgern die Entscheidung über den Gebrauch ihrer Freiheit selbst zu überlassen und die Werte, um die herum die gesellschaftliche Grundordnung aufgebaut werden soll, deliberativ zu bestimmen. Sen sieht gerade darin einen „der größten Vorzüge dieses Ansatzes [...], daß die Werturteile ausdrücklich erörtert werden müssen, statt sie in irgendeinem impliziten System zu verbergen.“<sup>635</sup> So verwirklicht sich dann der von Rawls geforderte „vernünftige Pluralismus“<sup>636</sup> durch eine gegenüber den Lebensentwürfen neutrale Politik der Freiheit. Gleichzeitig ist Politik dann aber nicht bloß die Koordination und Durchsetzung von Eigeninteressen, „sondern ist *Reflexionsform* eines gemeinsamen Lebenszusammenhangs.“<sup>637</sup> Diese Reflexionsform ist es, die die Legitimität der neu zu gestaltenden Vitalpolitik sicherstellt. Denn nur im gesellschaftlichen Vollzug der Deliberation und dem klaren Auftrag an die Politik, eine Politik der Freiheit auf eine bestimmte Weise zu gestalten, kann diese legitim ausgefüllt werden. Das Ergebnis einer solchen politischen Grundordnung ist dann, wenn sie wie vorgeschlagen gestaltet ist, die größtmögliche Freiheit aller ihrer Bürger.

Der substantielle Liberalismus wurde im vorangegangenen Kapitel mittels vierer Aspekte der Freiheit charakterisiert. In einem nächsten Schritt muss es nun darum gehen, zu zeigen, wie diese Prinzipien institutionell verfestigt werden und was sie für

---

<sup>634</sup> Oswalt (1997: 171).

<sup>635</sup> Sen (2011: 95f.).

<sup>636</sup> Rawls (1998: 13).

<sup>637</sup> Maak (1999: 196), Hvh. im Original.

heutige Gesellschaften bedeuten können. Wie dargestellt, geht es darum, zunächst eine liberale Gesellschaftspolitik zu entwerfen, aus der dann eine Wirtschaftsordnung abgeleitet werden kann. Die Gesellschaftspolitik selbst besteht wiederum aus zwei voneinander abhängigen und miteinander verknüpften Institutionen, die näher erläutert werden sollen:

1. Das Ziel einer **Politik der Freiheit** (oder ordoliberal gesprochen: einer modernen Vitalpolitik) muss es sein, den *Primat der Politik* vor der marktwirtschaftlichen Logik wiederherzustellen, ihn durchzuhalten und die Wirtschaft wieder an gesellschaftliche Belange zu knüpfen (Zweistufigkeit von Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik). Dies alles geschieht zu dem Zweck, die realen Verwirklichungschancen der Freiheiten der Bürger zu erhöhen.
2. Die politische Ordnung muss außerdem auf der **Mitverantwortung für die Freiheit**, also auf das Engagement der Bürger ausgerichtet sein und dieses fördern und fordern. Nur durch die Beteiligung der Bürger an der *res publica* kann eine legitime freiheitliche Gesellschaftsordnung entstehen.

Diese beiden Aspekte, welche die Dimensionen von Ordnungs- und Individualethik (Abschnitt 5.3 und 5.4) verknüpfen, sind die Grundpfeiler, auf denen ein moderner Liberalismus stehen muss. So wird der substantielle Liberalismus wie gefordert zweistufig entwickelt: Konsequenterweise können nur und erst dann, wenn die gesellschaftliche Rahmenordnung etabliert ist, vor diesem Hintergrund in Kapitel 6 die nächsten Schritte zu einer konkreten Wirtschaftsordnungs- und Wettbewerbspolitik gemacht werden. Zunächst wird sich also der Gesellschaftspolitik gewidmet.

## **5.3 – Moderne Vitalpolitik als Politik der Freiheit**

### **5.3.1 – Substantielle Freiheit als politische Agenda**

Der substantielle Liberalismus bedeutet eine fundamentale Verschiebung der Aufgabe von Politik, die ihre Aufmerksamkeit nun zunächst auf die Verständigungsordnung statt auf die Verfügungsordnung lenken sollte. Im Grunde hatten schon die Ordoliberalen erkannt, „dass die Freiheit als politisches und ökonomisches Ideal sich nicht automatisch durchsetze, sondern aktiv an der Verbreitung der Idee der Freiheit gearbeitet werden müsse.“<sup>638</sup> Der substantielle Liberalismus unternimmt diesen

---

<sup>638</sup> Hesse (2007: 218).

Versuch der aktiven Verbreitung und ist ein Vorschlag zum Umdenken, indem er die reale Freiheit, also die Erweiterung der Möglichkeiten zur Umsetzung der je individuellen Freiheit, zur Leitidee und zum Maßstab gelungener Politik (auch Wirtschaftspolitik) macht: Erweitert eine politische Maßnahme die substantielle Freiheit aller Bürger, ist sie eine sinnvolle, gleichermaßen gerechte Maßnahme. Dies folgt im Grunde dem urliberalen Impetus, die Freiheit als zentralen Wert auch wirklich in den Mittelpunkt des Gesellschaftsentwurfs zu rücken; und „[w]er es ernst meint mit der liberalen Grundhaltung und mit dem Ruf nach Freiheit nicht nur die eigene, sondern die allgemeine Freiheit meint, kann dagegen nichts einzuwenden haben.“<sup>639</sup> Politik muss, ebenso wie die Wirtschaft, positiv verstanden werden als *Instrument* der Freiheit.

Es ist hier nicht der Ort, eine solche Politik der Freiheit bis ins letzte Detail auszufüllen – dies ist die Aufgabe einer politischen, mündigen Bürgerschaft. Klar ist jedoch: Die Aufgabe ist gewaltig. Dahrendorf sah „keine grössere Aufgabe einer Politik der Freiheit am Beginn des 21. Jahrhunderts als die Lebenschancen der Erfolgreichen möglichst allen in den OECD-Ländern und möglichst vielen in aller Welt verfügbar zu machen. [...] Es gibt aber auch keine schwierigere und keine gefährlichere Aufgabe.“<sup>640</sup> Gesellschaftlichen Fortschritt als Realisierung positiver Freiheit zu definieren, soll zur Gretchenfrage bei der Ausarbeitung von Politik werden: Statt sich nur zu fragen, was die *ökonomischen* Auswirkungen einer bestimmten Politikentscheidung auf Wachstum und Wohlstand sein könnten, muss sich dann in erster Linie gefragt werden, welche Freiheiten der Bürger damit gefördert oder behindert werden. Dies beinhaltet selbstverständlich auch ökonomische Erwägungen – so können ökonomische Einbußen eben auch die Freiheit der Bürger beschränken. Aber dies darf und soll nicht die einzige oder allein entscheidende Maßgabe sein. Vor allem in wirtschaftspolitischen Fragestellungen kann die Politik der Freiheit, wie in Kapitel 7 an einigen ausgewählten Problembereichen gezeigt werden soll, zu einer umfassenden wirtschaftspolitischen Orientierung beitragen und auf bestehende Fragen differenziertere Antworten geben. So entsteht dann ein anderes Verständnis von sozialem Fortschritt: „Der Erfolg einer Gesellschaft ist nach dieser Auffassung primär danach zu bewerten, wie groß die von ihren Mitgliedern genossenen substantiellen Freiheiten sind.“<sup>641</sup> Den Begriff des sozialen Fortschritts hatte schon Müller-Armack verwendet, doch blieb er der bereits kritisierten ökonomischen Logik verhaftet. So

---

<sup>639</sup> Ulrich (2009b: 372).

<sup>640</sup> Dahrendorf (2003: 21).

<sup>641</sup> Sen (2011: 30).



kritisierte u.a. Nell-Breuning, dass bei Müller-Armack „sozialer Fortschritt nur ein anderer Name ist für steigenden allgemeinen Wohlstand.“<sup>642</sup> Müller-Armack schafft es (wie auch die anderen Ordoliberalen) auch hier nicht, ein anderes, umfassenderes Verständnis von Lebensqualität und -zufriedenheit zu entwickeln als das des ökonomischen Wohlstands. Dem substantiellen Liberalismus gelingt es hingegen, unterschiedliche Perspektiven zu vereinen und der Gesellschaft so ein umfassendes Leitbild zur Verfügung zu stellen. Die Gewährleistung von substantieller Freiheit und die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe, auf nationaler wie auf internationaler Ebene, ist letztlich *die* entscheidende Aufgabe aufgeklärter Gesellschaften, wollen sie sich tatsächlich freiheitlich nennen.

Das Hauptaugenmerk einer modernen Vitalpolitik in Form einer *Politik der Freiheit* muss sein, die Befähigung der Bürger zur Wahrnehmung ihrer Freiheit und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern. Dass dies eine *staatliche* Aufgabe ist, hat jüngst auch das Deutsche Bundesverfassungsgericht festgestellt. Es legt in einem Urteil den ersten Artikel des Grundgesetzes (Menschenwürde) ganz im Sinne einer Verpflichtung des Staats auf die Gewährleistung substantieller Freiheit aus. So heißt es im Urteil:

„Art. 1 Abs. 1 GG begründet den Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums als Menschenrecht. [...] Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums umfasst sowohl die physische Existenz des Menschen als auch die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und *ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben.*“<sup>643</sup>

Die Chancen, seinen eigenen Lebensentwurf zu verwirklichen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, hängen dabei unmittelbar und ganz wesentlich von zwei Faktoren ab: Dem Zugang zu Bildung und dem Zugang zu Kapital. Beides ist gleichermaßen elementar, um in einer Gesellschaft, welche die Allokation von Ressourcen im Grunde einem marktwirtschaftlichen System überlassen will, in der Lage zu sein, tatsächlich frei einer bestimmten Vorstellung eines guten Lebens folgen zu können. Eine solche Chancengleichheit ist überhaupt erst die Voraussetzung dafür, die restliche Verteilung einer funktionierenden (und geordneten) Marktwirtschaft zu überlassen.<sup>644</sup>

---

<sup>642</sup> Nell-Breuning (1990: 226), zitiert nach: Ulrich (2009b: 372).

<sup>643</sup> Bundesverfassungsgericht (2012), Hvh. A.L.

<sup>644</sup> Vgl. Ulrich (2009b: 376).

Das führt dann zurück zur zweistufigen Vitalpolitik als einer Politik der Freiheit („Die Wirtschaft ist Mittel, die Vitalsituation aber Zweck.“<sup>645</sup>). Sie ist eine Politik, die um die Lebensqualität und Lebenszusammenhänge der Bürger bedacht ist. So kann die vitalpolitische Politik der Freiheit auf Grundlage eines substantiellen Liberalismus tatsächlich ein Entwurf eines *dritten Weges* sein, indem sie die zweistufige Gesamtordnung, die in einem vertikalen Verhältnis zwischen vorrangiger bürgerlicher Gesamtordnung auf der übergeordneten und der Marktwirtschaft auf der untergeordneten Ebene vermittelt, ernst nimmt und das ordoliberalen Bemühen weiterentwickelt.<sup>646</sup>

Auch wenn die konkrete Gestaltung der Politik der Freiheit von den Betroffenen selbst bestimmt sein muss und nicht theoretisch vorgeschrieben werden kann, gibt es doch zwei grundlegende Aspekte der Institutionalisierung substantieller Freiheit zu unterscheiden, nämlich a) die Dimension der formalen, verfassten Freiheit als *Berechtigung* zur Freiheit und b) die Dimension der realen Verwirklichungschancen von Freiheit bzw. die *Befähigung* zur Freiheit.

### 5.3.2 – Verfassung der Freiheit und Verwirklichungschancen

Um die Leitidee der größtmöglichen, gleichen Freiheit aller Bürger einer Gesellschaft umzusetzen, müssen Freiheiten geschützt und durchgesetzt werden. Die individuelle Freiheit ist Gegenstand der Grundrechte, die in einer freiheitlichen Verfassung festgelegt werden. Die Festlegung der Abwehrrechte qua Verfassung ist die urliberale Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaft, die mittels Rechten den Individuen historisch zunächst die negativen, zunehmend jedoch auch positive Freiheiten (zur Teilhabe an der Gesellschaft) sichert.

Ein wichtiger Perspektivenwechsel ist zunächst, anzuerkennen, dass die Sicherstellung und Durchsetzung der Freiheit mittels der Grundrechte nicht nur eine Aufgabe, sondern vielmehr eine Errungenschaft des liberalen Staates sind – und die Verfassung als Ergebnis dann eben keine Einschränkung der Freiheit des Einzelnen durch staatliche Handlung ist, sondern vielmehr erst die Grundlegung der Freiheit überhaupt darstellt. Eine Verfassung ist somit die eigentliche *Voraussetzung* wohlverstandener

---

<sup>645</sup> Rüstow (1950: 143).

<sup>646</sup> Vgl. Ulrich (2009b: 359f.).

Freiheit und nicht bloß, wie mitunter angenommen, die äußere Grenze unbeschränkter Freiheit.<sup>647</sup>

Der klassische Liberalismus sah den Staat und staatliches Handeln immer als (notwendigen) Eingriff in die Freiheit des Einzelnen. Freiheit im vorliegenden Verständnis ist jedoch nicht einfach nur ein natürlicher Zustand, der dann von der staatlichen Verfassung notwendigerweise beschränkt wird. Freiheit ist hier vielmehr qua Verfassung überhaupt erst konstituiert, denn ohne den Staat wären die Menschen nicht frei, sondern beständig im Kampf aller gegen alle. Im Sinne Kants ist der Staat die Instanz, die Freiheit überhaupt erst ermöglicht:

„Der Act, wodurch sich das Volk selbst zu einem Staat constituirt, eigentlich aber nur die Idee desselben, nach der die Rechtmäßigkeit desselben allein gedacht werden kann, ist der ursprüngliche Contract, nach welchem alle (*omnes et singuli*) im Volk ihre äußere Freiheit aufgeben, um sie als Glieder eines gemeinen Wesens, d.i. des Volks als Staat betrachtet (*universi*), sofort wieder aufzunehmen, *und man kann nicht sagen: der Staat, der Mensch im Staate habe einen Theil seiner angeborenen äußeren Freiheit einem Zwecke aufgeopfert, sondern er hat die wilde, gesetzlose Freiheit gänzlich verlassen, um seine Freiheit überhaupt in einer gesetzlichen Abhängigkeit, d.i. in einem rechtlichen Zustande, unvermindert wieder zu finden*, weil diese Abhängigkeit aus seinem eigenen gesetzgebenden Willen entspringt.“<sup>648</sup>

Die Abwesenheit staatlichen Handelns ist also nicht die Maximierung von Freiheit, sondern kommt einer „wilden, gesetzlosen Freiheit“ gleich, die nicht wünschenswert ist, da sie nicht dem „gesetzgebenden Willen“ entspringt. Nur indem diese vermeintliche „Freiheit“ freiwillig und vernünftigerweise aufgegeben wird, kann echte, gewollte und gestaltbare Freiheit in Gesellschaft entstehen. Freiheit ist dann, wie im vorangegangenen Kapitel erläutert, nicht mehr nur negativ, als Abgrenzung von anderen Individuen gedacht, sondern positiv als Freiheit zur Teilhabe an der Gesellschaft. Der Staat hat dann die oberste Aufgabe, eine Politik der Freiheit zu gestalten, er ist ein „freiheitsfunktionales Instrument im Dienst des Individuums“<sup>649</sup>, das die maximale gleiche Freiheit aller aber überhaupt erst durchsetzt und sicherstellt.

Der erste Schritt zur Freiheit ist also eine Verfassung der Freiheit<sup>650</sup>, die die *Berechtigung* zur Freiheit festlegt. Die rechtlichen Grundlagen, die als institutionalisierte Form die Freiheit der Bürger garantieren, sind die *Grundrechte*. Die

---

<sup>647</sup> Vgl. Ulrich (2008: 266f.).

<sup>648</sup> Kant (1902 ff.: Band VI: 315f.), zitiert nach: Schattenmann (2006: 139), Hvh. A.L.

<sup>649</sup> Horn (2003: 20).

<sup>650</sup> Der Begriff einer Verfassung der Freiheit ist hier ganz allgemein zu verstehen und hat keinen unmittelbaren Bezug zur „Verfassung der Freiheit“ von Von Hayek. Vgl. dazu Hayek (1991).

in der Verfassung festgelegten Grundrechte (oder auch Freiheitsrechte) können zwischen den sog. klassischen Freiheitsrechten, also den negativen Grundrechten, die als Abwehrrechte formuliert sind, und den positiven, aktiven Grundrechten unterschieden werden.<sup>651</sup> Bei den negativen Grundrechten handelt es sich um Abwehrrechte gegen äußeren Zwang. Es geht bei diesen Abwehrrechten darum, die Freiheit des Einzelnen vor äußeren Eingriffen, sei es durch den Staat oder durch andere Bürger, zu schützen. Die Grundrechte schützen somit einerseits qua Rechtsstaat die Unparteilichkeit des Staates und beschränken zudem andererseits den Vollzug der Freiheit des Einzelnen darauf, so wenig wie möglich in die Freiheit anderer einzugreifen. Das deutsche Grundgesetz formuliert bspw. solche Grundrechte in einer Verfassung der Freiheit. Die negativen Freiheitsrechte sind dort in den Artikeln 1-19 festgelegt, angefangen mit der Unantastbarkeit der Menschenwürde in Artikel 1 (der aber, wie gezeigt, ebenso die positive Freiheit umfasst).

Der Neoliberalismus hat sich meist mit solchen Abwehrrechten der Nichteinmischung begnügt. Er reduziert staatliches Handeln auf die Gewährleistung der negativen Grundrechte (auf einen sog. *Nachtwächterstaat*), um so die (vermeintlich) größtmögliche (wirtschaftliche) Freiheit und Wohlstand für alle sicherzustellen: Dem Neoliberalismus kam es darauf an, die „Gesellschaft zu *entpolitisieren* um den Zuwachs individueller Freiheit zu maximieren.“<sup>652</sup> Oswalt bezeichnet diese Form eines Liberalismus als *funktionalistischen* Liberalismus, denn „die Freiheit wird in dieser Tradition nur insoweit gefordert, wie sie anderen Zielen dienstbar gemacht werden kann, sei es der Kapitalakkumulation für wenige oder auch dem Wirtschaftswachstum für einen größeren Teil der Bevölkerung.“<sup>653</sup>

Negative Freiheit ist eine Grundbedingung individueller Freiheit, doch als Freiheit von Zwang sorgt sie sich eben nicht um die tatsächliche Möglichkeit zur Realisierung der Freiheit. Die Gewährung von Abwehrrechten alleine reicht nicht aus, denn „ohne die Möglichkeit, Freiheit und Eigentum tatsächlich zu genießen, wäre die menschliche Existenz weitgehend sinnlos. Die Würde der Person konkretisiert sich in der *Ausübung* von Freiheits- und Eigentumsrechten.“<sup>654</sup> Die negativen Grundrechte sichern zwar die *Berechtigung* zur Freiheit, nicht jedoch die *Ausübung* von Freiheit: Freiheit „umfasst nicht nur die gleichen bürgerlichen und politischen Grundrechte, sondern verlangt

---

<sup>651</sup> Andersen / Woyke (2003: Grundrechte).

<sup>652</sup> Maak / Ulrich (2000: 22).

<sup>653</sup> Oswalt (1997: 172).

<sup>654</sup> Schattenmann (2006: 133), Hvh. A.L.

auch, daß für alle Bürger soziale, ökonomische und kulturelle Bedingungen gewährleistet sind, die ihnen ein Leben in Würde und Selbstachtung ermöglichen“<sup>655</sup>.

Das Prinzip der substantiellen (positiven realen) Freiheit wurde darum als maßgebliche Leitidee einer *Politik der Freiheit* festgelegt. Diese Politik hat dann in einem zweiten Schritt, als Erweiterung der Verfassung der Freiheit, die Aufgabe, öffentliche Rechtsordnungen zu errichten und „durch neue institutionelle Rahmenbedingungen eine tatsächliche Entfaltung individueller Freiheit zu ermöglichen“<sup>656</sup>. Eine solche Politik ist die Realisierung einer emanzipatorischen Gesellschaftspolitik, der es in erster Linie darum gehen muss, auf den bereits weitestgehend realisierten negativen Grundrechten aufzubauen und sie um politische und soziale zu ergänzen.

Die existierenden positiven Grundrechte umfassen bspw. ein Recht auf Mitsprache und Mitwirkung in der demokratischen Willensbildung, das Recht auf Bildung sowie Grundrechte für ein Mindestmaß an Schutz vor existenzieller Not.<sup>657</sup> Doch reichen diese Grundrechte noch immer nicht aus, um alle Bürger einer Gesellschaft tatsächlich zu integrieren und zu *befähigen*, ihre Freiheit umfassend zu nutzen, was vor allem mit dem ungleich und ungerecht verteilten Zugang zu Bildung und Kapital zusammenhängt. Die Abwesenheit von existenzieller Not ist noch keine Garantie dafür, dass sich nicht trotzdem bspw. eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entwickelt und Menschen systematisch von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind (wie noch in Abschnitt 7.1 ausführlicher gezeigt wird). Es ist hier erneut an Ulrich anzuknüpfen, der in diesem Zusammenhang zur Stärkung der realen Freiheit aller den Vorschlag von Wirtschaftsbürgerrechten <sup>658</sup> macht, deren Anspruch wie folgt zusammengefasst werden kann:

„Wirtschaftsbürgerrechte heben ab auf den Schutz vor entwürdigender existentieller Not und vor sozialer Benachteiligung sowie auf eine angemessene Teilhabe am volkswirtschaftlichen Kapital, Prozess und Ergebnis. Sie schließen eine etatistische Bevormundung im Sinne der üblichen Sozialstaatspolitik aus und unterstreichen den emanzipatorischen Anspruch und das damit korrespondierende Selbstverständnis der Bürger.“<sup>659</sup>

---

<sup>655</sup> Viroli (2002: 84).

<sup>656</sup> Oswalt (1997: 176).

<sup>657</sup> Vgl. Ulrich (2008: 261).

<sup>658</sup> Vgl. Ulrich (2008: 261-263).

<sup>659</sup> Quaas (2002: 221).

Derlei Wirtschaftsbürgerrechte würden die bestehenden negativen und politischen Grundrechte um sozio-ökonomische Grundrechte ergänzen, um so die reale Freiheit der Bürger zu erweitern. Sie sollen sicherstellen, dass den Bürgern die Chancen, also ein Minimum an Ressourcen und Fähigkeiten (bei Sen: *capabilities*) zur Verwirklichung der Freiheit zur Verfügung stehen. Wirtschaftsbürgerrechte betrachten dazu im Wesentlichen den Zugang zu Kapital (Vermögen sowie Einkommen) und Bildung, da diese beiden Bereiche den Grundstein zur individuellen Selbstverwirklichung legen. Wem an diesen mangelt, der wird von seinen Freiheitsrechten nur eingeschränkt Gebrauch machen können und in der gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt sein. Als Möglichkeiten solcher Wirtschaftsbürgerrechte, die bereits gesellschaftlich diskutiert werden, seien beispielhaft ein bedingungsloses Grundeinkommen, ein Bürgerkapital, eine negative Einkommenssteuer, Lebensarbeitszeit-Konzepte u.v.m. genannt. Bei all diesen Vorschlägen geht es letztlich um die Gewährung von Freiheit durch die Sicherstellung der „Fähigkeiten und Berechtigungen, die im Rahmen einer gerecht geordneten Bürgergesellschaft zum Verfolgen eines kohärenten und gelingenden Lebensentwurfs mitsamt der dazugehörigen wirtschaftlichen Existenz und Tätigkeitsform erforderlich sind.“<sup>660</sup> Die Wirtschaftsbürgerrechte sollen bescheiden, aber eben ausreichend sein, um die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe aller sicherzustellen.

Wirtschaftsbürgerrechte erscheinen darum so geeignet, substantielle Freiheit zu gewährleisten, weil sie gleich auf mehrere gesellschaftliche Herausforderungen im Sinne des entworfenen Liberalismus auf einmal eingehen:

- 1.) Die Wirtschaftsbürgerrechte ergänzen die formale Freiheit um substantielle Freiheit, da sie dazu beitragen, zur Freiheit zu befähigen und zu bemächtigen. Der substantielle Liberalismus reagiert damit auf die Vorwürfe, dass sich liberale Gesellschaftskonzepte sonst nur mit individual-rechtlichen Aspekten der Freiheit beschäftigen und darum „soziologieblind“<sup>661</sup> seien. Hier überkommt der Liberalismus diese Beschränkung, indem explizit die Teilhabe an der Gesellschaft betont und gefördert wird.
- 2.) Dazu gehört auch, dass die Wirtschaftsbürgerrechte zu mehr Freiheit verhelfen, indem sie die *Einschränkungen der Freiheit* eindämmen, die heute durch marktwirtschaftliche Wettbewerbszwänge bestehen. Die derzeitige Gesellschaftsstruktur ist geprägt von einem Selbstbehauptungsdruck am Markt, der zu einem Freiheitsverlust der Individuen führt, „der darin besteht, ein

---

<sup>660</sup> Ulrich (2008: 292).

<sup>661</sup> Vgl. Rüstow (1950: 61).

zunehmend ‚unternehmerisches‘ Leben führen zu müssen. [...] Dies ist unter dem normativen Gesichtspunkt einer *liberalen* Gesellschaft *nur* dann unproblematisch, wenn die dem Wettbewerb Unterworfenen ein ‚unternehmerisches‘ Leben marktlicher Selbstbehauptung *unbedingt* führen wollen“<sup>662</sup> – dies wollen jedoch, wie schon in Kapitel 3 argumentiert wurde, vielleicht nicht alle Bürger gleichermaßen. Im Sinne eines „vernünftigen Pluralismus“<sup>663</sup> müssen darum auch alternative Lebensentwürfe eine Chance haben. Der Wettbewerbsdruck und der damit verbundene Zwang zum unternehmerischen Lebensentwurf kann durch Wirtschaftsbürgerrechte geschwächt und die Verwirklichung unterschiedlichster Lebensentwürfe möglich gemacht werden.

- 3.) Die Wirtschaftsbürgerrechte sind über die Gewährung von Freiheitschancen hinaus in dem Sinne neutral, als sie selbst noch *keine konkreten Werte* (neben der gleichen Freiheit aller) voraussetzen. Somit bleibt der Staat gegenüber der Verwirklichung der Freiheit weiterhin neutral und kann so einen „vernünftigen Pluralismus“ sicherstellen.
- 4.) Die Wirtschaftsbürgerrechte sind ein Weg, um das zunehmend dringlicher werdende Problem des überforderten Sozialstaats anzugehen. Kritiker der heutigen Sozialen Marktwirtschaft werfen ihr (teils nicht zu Unrecht) das Problem eines immer weiter um sich greifenden, kaum noch zu überblickenden, unkontrollierbaren und schwerlich finanzierbaren Wohlfahrtsstaats vor. Das wesentliche Problem des derzeitigen Sozialstaats (aus der hier gewonnen Perspektive) ist, dass er die Menschen, die ihn in Anspruch nehmen, nicht emanzipiert, sondern sie eher gesellschaftlich stigmatisiert und ausschließt. Sozialhilfe- oder Arbeitslosengeld-Bezieher sind zwar geschützt vor existenzieller Not, erfahren zunehmend jedoch ein Gefühl der Ohnmacht und gesellschaftlichen Exklusion. Die Wirtschaftsbürgerrechte würden dies vermeiden: Indem sie an der Ex-ante-Verteilung ansetzen und versuchen, die Bürger mit mehr Chancen zur Selbstverwirklichung auszustatten, vermeiden sie die Ex-post-Stigmatisierung und die Klassenbildung der Ex-post-Umverteilungsmaßnahmen. Die Wirtschaftsbürgerrechte begründen darum „mehr emanzipatorische Gesellschaftspolitik als Grundlage weniger kompensatorische[r] Sozialpolitik“<sup>664</sup>:

---

<sup>662</sup> Thielemann (2010: 437f.), Hvh. im Original.

<sup>663</sup> Vgl. Rawls (1998: 13).

<sup>664</sup> Ulrich (2009b: 373), im Original mit Hvh.

„Wer den herkömmlichen Sozialstaat, der die Marktergebnisse vorwiegend *ex post* korrigiert, wirklich eindämmen will, der muss *ex ante*, als Eingangsbedingung des Wettbewerbs, faire Chancen für alle auf eine selbstbestimmte Lebensführung und Existenzsicherung gewährleisten!“<sup>665</sup>

Das Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre ein Beispiel für ein Wirtschaftsbürgerrecht, um das Sozialhilfe- sowie auch das Rentensystem grundlegend zu reformieren und damit auch den bürokratischen Aufwand sowie die Kosten für den Sozialstaat drastisch zu reduzieren. Gleichzeitig gewährt es den Bürgern emanzipatorisch mehr Chancen auf die Verwirklichung ihrer Freiheit (vgl. dazu ausführlicher Abschnitt 7.1).

Die konkrete Ausgestaltung der Wirtschaftsbürgerrechte bleibt wie gesagt eine politische Aufgabe. In der Debatte um die Ausgestaltung der Wirtschaftsbürgerrechte gibt es allerdings drei wesentliche Kriterien, die für alle Grundrechte gleichermaßen gelten und die auch hier zentral sind: Der Härtetest, den sie zu bestehen haben, liegt „in ihrer Universalität, ihrer Priorität vor allen speziellen Rechten und ihrer wechselseitigen Komplementarität“<sup>666</sup>. Der politische Gestaltungsauftrag muss also lauten, die Grundrechte so zu erweitern, dass sie die Chancen auf substantielle Freiheit der Bürger erhöhen und den drei Kriterien der Universalität, der Priorität vor speziellen Rechten und der wechselseitigen Komplementarität genügen.

Wie sich zeigt, ist der substantielle Liberalismus geeignet, sowohl die formal verfasste Freiheit (die *Berechtigung zur Freiheit*) als auch die *Befähigung zur Freiheit* in einem politischen Konzept zu vereinen.<sup>667</sup> Damit sind die strukturellen Bedingungen einer gesellschaftspolitischen Rahmenordnung des substantiellen Liberalismus skizziert. Kapitel 3 hat jedoch am Beispiel des Ordoliberalismus deutlich gemacht, dass eine Beschränkung auf ordnungsethische Aspekte allein nicht ausreicht, um eine zum Wohle aller funktionierende Gesellschaftsordnung zu etablieren und die Marktwirtschaft tatsächlich gesellschaftlich einzubetten. Schon bei der Ausformulierung der Rahmenordnung ist immer wieder darauf hingewiesen worden, dass die Politik als Beauftragter der *Bürger* diese Rahmenordnung gestalten muss und die Legitimität der Ausgestaltungsvorschläge immer davon abhängt, ob sie vor den Betroffenen zu rechtfertigen ist. Ein moderner Liberalismus muss darum seine Politik

---

<sup>665</sup> Ulrich (2009a: 15).

<sup>666</sup> Ulrich (2008: 307).

<sup>667</sup> Vgl. dazu bspw. auch Ulrich (2008: 286).



der Freiheit immer in einen Aushandlungsprozess stellen, der getragen sein muss von der politischen Mitverantwortung seiner Bürger. Da nun die strukturellen Rahmenbedingungen skizziert wurden, die die Freiheit des Einzelnen fördern und ihn zu selbiger ermächtigen sollen, kann umgekehrt erwartet werden, dass im Gegenzug diese Freiheit auch mit einer individualethischen Verantwortung für eben diese liberale Gesellschaft einhergeht.

Der Ordoliberalismus (in der Ausprägung von Röpke, Rüstow und Müller-Armack) hatte ebenso die ordnungsethische und die individualethische Dimension betont, hat aber versäumt, diese ausreichend zu verschränken. Der vorliegende Entwurf versucht, dieses Versäumnis zu beheben, indem der substantielle Liberalismus anerkennt, auf ein gewisses Bürgerethos angewiesen zu sein, das die Rahmenordnung, die hier vorgestellt wurde, trägt und formt. Gleichzeitig fordert er dies aber eben nicht nur, sondern ermöglicht auch systematisch die Räume (durch die vorgeschlagenen institutionellen Arrangements), sich dieser Aufgabe zuzuwenden. Er schafft somit eine „Atmosphäre von Freiheit“<sup>668</sup>. Es geht dabei um das wechselseitige Verhältnis „zwischen politisch-liberaler Verfassung (als institutionsethischem Moment) und sparsam eingeforderter politischer Bürgertugend (als individualethischem Moment).“<sup>669</sup> Die Politik der Freiheit schafft eine *Infrastruktur der Freiheit*, die jedoch vom Engagement ihrer Bürger lebt, denn Ordnungs- und Individualethik bedingen sich wie gezeigt wechselseitig. Kapitel 4 hatte die Mitverantwortung für die Gesellschaft als Grundprinzip eines substantiellen Liberalismus festgelegt. Was diese Verantwortung bedeutet und wie sie gesellschaftlich wirksam werden muss, soll nachfolgend vorgestellt werden.

## **5.4 – Mitverantwortung für die Freiheit in Gesellschaft**

### **5.4.1 – Gesellschaftliche Verantwortung und republikanischer Bürgersinn**

Der substantielle Liberalismus soll für seine Bürger also eine „Atmosphäre von Freiheit“<sup>670</sup> schaffen und setzt gleichzeitig als Bedingung voraus, dass das Individuum Verantwortung für die Gesellschaft und die Politik der Freiheit übernimmt und sich für die gemeinsame Sache, die *res publica*, einsetzt. Damit folgt er diesbezüglich Ulrichs

---

<sup>668</sup> Mill (2010: 94).

<sup>669</sup> Ulrich (2010a: 75).

<sup>670</sup> Mill (2010: 94).

Konzeption des republikanischen Liberalismus und grenzt sich wesentlich von anderen Liberalismus-Entwürfen ab. Vor allem der Neoliberalismus kennt im Grunde nur eine Individualethik der Interessenverfolgung des Individuums, an das keine andere gesellschaftliche Verpflichtung herangetragen wird, als sich gesetzeskonform zu verhalten und für sich selbst Verantwortung zu übernehmen. Die Beschränkung auf Eigenverantwortung greift jedoch zu kurz, wenn sie nicht auch an eine Mitverantwortung für die Gesellschaft gekoppelt wird:

„Im übrigen wäre es ein arges Mißverständnis, die Freiheit beim Einzelnen, und die soziale Gerechtigkeit womöglich nur in den gesellschaftlichen Strukturen zu erblicken. Wir dürfen Eigenverantwortung und Verantwortung für das soziale Miteinander (Gemeinsinn) nicht auseinanderdividieren, so wie auch die Strukturen blind und steril würden, wenn sie nicht von der personalen Verantwortung ständig inspiriert werden.“<sup>671</sup>

Der (sozialhumanistische) Ordoliberalismus sah in der Gemeinschaft das Gegengewicht zur am Individuum orientierten, atomistischen Marktwirtschaft, die sozial destabilisierend wirken müsse, sofern ihr nicht eine Vitalpolitik zur Seite gestellt wird, die sie einhegt und ihr eine Richtung gibt. Wie die Ordoliberalen richtig erkannten, bedarf es einer „bürgerlichen Gesamtordnung“<sup>672</sup>, und die Marktwirtschaft ist unbedingt „auf das Gegengewicht starker umrahmender Integrationskräfte anderer Art, auf anderweit gesicherte ethische und soziologische Bindungen als ihre Ergänzung und Voraussetzung angewiesen.“<sup>673</sup> Diese stammen aus der Gemeinschaft der Bürger; Röpke fordert demzufolge einen „esprit civique, der ihn [den Bürger, A.L.] an das Ganze bindet und seinem Appetit Grenzen setzt“<sup>674</sup>.

Wie gezeigt wurde, ist die Vitalpolitik der Ordoliberalen jedoch eine Politik, die darauf abzielte, „das Vitale“ der Gemeinschaft dadurch zu stärken, dass sie die Menschen wieder in kleine Gemeinschaften einbinden und außerhalb großer Städte ansiedeln will (vgl. Abschnitt 3.2.3). Es ist grundsätzlich richtig, in der Gemeinschaft den Aspekt der Einbettung der Marktwirtschaft zu suchen, doch betonen die Ordoliberalen dann hier eben nur Tradition und Kleinbürgertum statt eines modernen, politischen Engagements. Es bleibt bei den Ordoliberalen darum immer fraglich, wie die politisch gewünschte Ordnung überhaupt zustande kommen soll. Als Vorschlag bleibt lediglich die *nobilitas naturalis* eindrucklich, die dann vermutlich politisch wie

---

<sup>671</sup> Rauscher (2002: 201).

<sup>672</sup> Röpke (1958: 139).

<sup>673</sup> Rüstow (1950: 90).

<sup>674</sup> Röpke (1958: 170).

wirtschaftlich Einfluss nehmen soll und durch ihr Vorbild die Gesellschaft (mit-) gestaltet. Da der substantielle Liberalismus jedoch ein deliberatives Verständnis von Demokratie zugrunde legt und einen reflexiven Umgang mit Freiheit voraussetzt, kann eine *nobilitas naturalis* nicht als Muster dienen, um Gemeinschaft und Verantwortung zu verwirklichen.

Es ist wie bereits erwähnt ein Verdienst der Kommunitaristen, die *Gemeinschaft* in den Fokus der modernen politischen Philosophie zu rücken. Sie hatten zu Recht darauf hingewiesen, dass der methodische Individualismus des Liberalismus zu kurz greift und der *Bürgergesellschaft* eine zentrale Bedeutung im Gesellschaftsentwurf zukommen muss. Gleichzeitig sind sie jedoch einen Schritt zu weit gegangen, indem sie die Gemeinschaft zugleich „zur Keimzelle des guten Lebens“<sup>675</sup> gemacht haben. Wo der Liberalismus die Gemeinschaft also vernachlässigt, hat der Kommunitarismus sie überstrapaziert. Es soll darum ein Bürgerbegriff konzipiert werden, der sich aus zwei Quellen speist: Im Wesentlichen lehnt er sich an Walzers Idee eines „pluralist citizenship“<sup>676</sup> an, ergänzt dies jedoch um die republikanische Mitverantwortung für die *res publica*.

Der Bürgerbegriff fällt bei Walzer gehaltvoller als für liberale Konzeptionen üblich, jedoch schwächer als bei den meisten kommunitaristischen oder republikanischen Konzepten aus.<sup>677</sup> So findet Walzer eine Bürgerpflicht in der demokratischen Beteiligung – diese ist jedoch die einzige, die er den Bürgern zumutet, da er argumentiert, dass die Idee des guten Lebens nicht schon in der Demokratie aufgeht. Für Walzer sind wir zwar „Mitbürger“, doch das „einzige, was wir miteinander teilen können, ist die Republik selbst, das Geschäft des Regierens.“<sup>678</sup> Dies ist in gewisser Weise eine Zurückweisung der kommunitaristischen, aber auch der republikanischen Idee: „[D]ie Politik bietet weder Selbstverwirklichung noch enge Gemeinschaft. Tiefe muß man anderswo suchen, und so sollte es sein.“<sup>679</sup> Die liberale, pluralistische Gesellschaft bietet den Menschen verschiedene Bereiche, die jeweils „partielle Erfüllung“ geben mögen. Der politische Liberalismus ist für Walzer ein „Projekt von Projekten“, bei dem „das gute Leben im Detail liegt.“<sup>680</sup> In der demokratischen Beteiligung findet sich dann allerdings doch die Mitverantwortung der Bürger als eine *Art republikanischer Bürgertugend* als *Partizipation aller an der res publica* wieder.

---

<sup>675</sup> Maak (1999: 196).

<sup>676</sup> Vgl. Walzer in Forst (1993: 201).

<sup>677</sup> Vgl. dazu auch Forst (1993: 201).

<sup>678</sup> Walzer (1992b: 192), zitiert nach Bienfait (1999: 239).

<sup>679</sup> Walzer (1992b: 214), zitiert nach Bienfait (1999: 239).

<sup>680</sup> Walzer (1992b: 97), zitiert nach: Bienfait (1999: 239).

Sie stellt die Bedingung dar, auf die eine Politik der Freiheit angewiesen ist, denn in der Bürgertugend und der Partizipation findet sich die Übernahme von Verantwortung der Bürger für das Gemeinwesen.<sup>681</sup>

Doch warum ist eine gesellschaftliche Mitverantwortung der Bürger überhaupt notwendig? Die Diskussion um Verantwortung und Freiheit in Kapitel 4 hat deutlich gemacht, dass sich Freiheit und Verantwortung gegenseitig bedingen. Verantwortung setzt zwingend Freiheit voraus, das ist relativ schnell einsichtig. Doch indem hier Freiheit überhaupt erst in der Gesellschaft konstituiert wurde (vgl. Abschnitt 5.3.2.), kann Freiheit in Gemeinschaft eben auch nicht (oder zumindest nicht lange) bestehen, ohne dass die Individuen eben auch Verantwortung für ihre Handlungen und für die Gesellschaft übernehmen, die ihnen die Freiheit gewährt. Die Politik der Freiheit kann nur das gestalten, was von den Bürgern auch tatsächlich gefordert und unterstützt wird. Die Bürger müssen sich für substantielle Freiheit einsetzen, damit die Politik der Freiheit überhaupt erst die Legitimität erhält, die Rahmenordnung zu verändern, um bspw. die Marktwirtschaft einzubetten. Umgekehrt ist „[d]as grundlegende Ziel dieser Politik [...] die öffentliche Konstitution legitimer Freiräume und Spielregeln privaten Handelns in wechselseitigem Respekt der Bürger als Freie und Gleiche.“<sup>682</sup>

Hier konkretisiert sich dann die wechselseitige Abhängigkeit von Freiheit und Verantwortung: Die Politik der Freiheit wird durch das Engagement der Bürger überhaupt erst konstituiert und gewährt im Gegenzug den Bürgern die Freiräume und Chancen, ihre Freiheit in Gemeinschaft auch wahrzunehmen. So formulierte auch Rawls als Bedingung seines politischen Liberalismus:

„Die Sicherung demokratischer Freiheiten verlangt die aktive Teilnahme von Bürgern, welche die zur Aufrechterhaltung eines demokratischen Verfassungsstaates notwendigen Tugenden besitzen.“<sup>683</sup>

Es ist die Individualethik eines Bürgerethos, auf die der vorliegende Liberalismus angewiesen ist. Im Gegensatz zum bloß eigeninteressierten Individuum des Neoliberalismus ist das hier konzipierte Individuum als Bürger eines substantiellen Liberalismus für die Gesellschaft mitverantwortlich insofern, „als es individuelle Freiheit nicht als Gottesgabe oder etwas Naturgegebenes begreift, sondern Freiheit, in privater wie in öffentlicher Hinsicht, als ‚Verwirklichungsbegriff‘ versteht, das heisst als ein wertvolles, in sozialem Miteinander zu sicherndes Gut.“<sup>684</sup>

---

<sup>681</sup> Vgl. Patry (2010: 63).

<sup>682</sup> Maak / Ulrich (2000: 29).

<sup>683</sup> Rawls (1994: 391f.), zitiert nach: Maak (1999: 207).

<sup>684</sup> Maak / Ulrich (2000: 24).

Die Menschenrechte implizieren eine solche Bürgerpflicht zur Beteiligung an der Gemeinschaft. So fordert Artikel 29 Absatz 1) der Menschenrechtskonvention ausdrücklich: „Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.“<sup>685</sup> Das Deutsche Grundgesetz ist etwas zurückhaltender und formuliert in Artikel 33 Abs. (1) lediglich, dass es für alle gleiche staatsbürgerliche Rechte und Pflichten gibt – ohne die Pflichten jedoch zu formulieren.<sup>686</sup> Hier wird nicht, wie bei den Menschenrechten, die Entfaltung der Persönlichkeit in Gemeinschaft betont. Jedoch wird Limbach im Vorwort des Deutschen Grundgesetzes etwas deutlicher, indem sie postuliert: „Kritische Bürgerloyalität ist das Unterpfand der Freiheit.“<sup>687</sup> Hier wird Freiheit mit einer Bürgerverantwortung (als welche die „Bürgerloyalität“ Limbachs zu verstehen ist) verschränkt.

Die Anerkennung derlei Pflichten der Bürgerloyalität „wird nicht als unzumutbare Beschränkung aufgefasst, sondern als Grundvoraussetzung der gleichen, grösstmöglichen Freiheit aller – sowohl politisch als auch wirtschaftlich.“<sup>688</sup> Im Gegensatz zum klassischen Liberalismus ist die Mitverantwortung für die Gesellschaft keine Einschränkung der individuellen Freiheit, sondern ihr natürlicher Begleiter, sie entstammt der „Erfahrung des gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins bei der gemeinsamen politischen Sache der Freiheitssicherung“<sup>689</sup>. Die so verstandenen Bürger empfinden die Mitverantwortung für die Gesellschaft dann nicht als Einschränkung ihrer Freiheit, „denn es geht ja um die Gesellschaft, mit der *sie selbst* sich als Bürger identifizieren und für deren gute Ordnung sie sich mitverantwortlich fühlen.“<sup>690</sup> Die neoliberale Selbstverantwortung wird hier also umfassend erweitert und der methodologische Individualismus verworfen.

Es geht beim Begriff der Bürgertugend nicht darum, übertriebene Tugendansprüche an die Bürger zu stellen, sondern vielmehr darum, als Bürger die Einsicht zu haben, dass, wer frei leben möchte, dafür auch einen gewissen Einsatz zeigen muss. Die Bürgertugend „verlangt nicht die Opferung von Leidenschaften und Interessen, sondern versucht, der Freiheit und den privaten Bindungen ein sicheres politisches

---

<sup>685</sup> Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948: Artikel 29, 1.).

<sup>686</sup> Deutsches Grundgesetz (2003: Artikel 33 Abs. (1)).

<sup>687</sup> Limbach (2003: VIII).

<sup>688</sup> Maak (1999: 253f.).

<sup>689</sup> Maak (1999: 196).

<sup>690</sup> Ulrich (2009a: 18).

Fundament und eine moralische Bereicherung zu geben“<sup>691</sup>. Es ist wichtig, mit Walzer zu erkennen, dass sich in der politischen Mitverantwortung nicht schon die Vorstellung des guten Lebens verwirklicht. Dies kann für einzelne Bürger der Fall sein, doch muss der vernünftige Pluralismus auch hier die Möglichkeit anerkennen, dass die Bürger dies eben unterschiedlich empfinden können. Nichtsdestotrotz kann von allen Bürgern verlangt werden, sich wenigstens an der *res publica* zu beteiligen:

„Das politische Leben ist nicht [allein] der Ort des guten Lebens, und Staatsbürgerschaft definiert sich nicht über die Mitgliedschaft in einer kulturell-sittlichen Gemeinschaft, doch heißt Staatsbürgerschaft auch, als Mitglied eines Gemeinwesens Autor von dessen Gesetzen zu sein, *für die Gemeinschaft als ganze Verantwortung zu übernehmen* und gesellschaftliche Solidarität zu üben.“<sup>692</sup>

Der politisch engagierte Bürger ist auch demokratietheoretisch notwendig, denn eine „Demokratie ohne Demokraten zerstört sich selbst.“<sup>693</sup> So ist die Teilnahme am öffentlichen Leben dann kein Wert an sich, sondern vielmehr ein Mittel, um die Freiheit aller zu konstituieren und zu sichern.<sup>694</sup> Eine Politik der Freiheit muss dann stets „an der Balance von öffentlicher Zwecksetzung und individueller Selbstbestimmung arbeiten.“<sup>695</sup>

Die Politik der Freiheit soll die Freiräume zur Verfügung stellen, damit die Bürger überhaupt, jenseits von Selbstbehauptungszwängen auf dem Markt, die Freiheit haben, sich gesellschaftlich einzubringen und politisch zu beteiligen. Die größte Herausforderung, der sich eine Politik der Freiheit, die sich auf die Mitverantwortung ihrer Bürger stützt, stellen muss, ist die Stärkung und Wiedererweckung der Bürgertugend selbst. Maak ist skeptisch, dass ein Bürgerethos einfach vorausgesetzt werden könnte:

„Das Vertrauen der liberalen Theorie auf eine ‚Hintergrundkultur‘ der Zivilität, auf die sich die politische ‚Hochkultur‘ in ihrem purifizierten Gerechtigkeitsstreben schon irgendwie stützen kann, entbehrt nicht einer gewissen Naivität, angesichts der in der ‚Hitze‘ marktlicher Selbstbehauptungsbedingungen weitherum wegschmelzenden *Bürgerkompetenz*. Woher sollen denn die demokratischen Tugenden der Bürger kommen, wenn ihnen die Möglichkeiten des Bürgerseins systematisch vorenthalten werden? [...] Die Forderung nach mehr selbstverantwortlichem Bürgertum und

---

<sup>691</sup> Viroli (2002: 96).

<sup>692</sup> Forst (1993: 201), Hvh. A.L.

<sup>693</sup> Dahrendorf (2003: 130).

<sup>694</sup> Vgl. Viroli (2002: 84).

<sup>695</sup> Vgl. Maak / Ulrich (2000: 22).

„Bürgergesellschaft“, sofern damit nicht ohnehin eine „Gesellschaft der Selbstunternehmer“ gemeint ist, muss ins Leere laufen, solange ihr nicht die republikanisch geschärfte Einsicht zugrunde liegt, dass Bürger erst dann wirklich zu Bürgern werden können, wenn ihnen auch die Möglichkeit der Kompetenzentwicklung gegeben ist und sie diese Kompetenzen in die *res publica* einbringen können.“<sup>696</sup>

Das geforderte Bürgerverständnis muss also nicht nur gefordert, sondern strukturell und kulturell auch gefördert werden, denn „[k]ein Mensch bringt ein Engagement für sein Gemeinwesen von Geburt mit. Jeder muß es in einem Prozeß lernen, den man ‚politische Bildung‘ nennt.“<sup>697</sup> Dabei ist die Forderung nach einer moralischen Einheit in Form bestimmter bürgerlicher Werte, der alle Bürger folgen sollen, jedoch kontraproduktiv, da dies die Freiheit, die sie fordert, ja selbst wieder einschränkt. So ist es im Ordoliberalismus geschehen – dort wurde ein konservativer Katalog von Werten vorgeschrieben, der als Inbegriff der Bürgertugend gelten sollte und dem zu folgen sei. Dieser hat dem Ordoliberalismus in der Folge den Ruf eines „autoritären Liberalismus“ eingebracht (vgl. Abschnitt 3.2). Es bleiben jedoch andere Wege offen, eine Bürgerkompetenz zu stärken und Bürger dazu zu animieren, sich für das Wohl der Gemeinschaft zu engagieren.

### **„Institutionelle Rückenstützen“<sup>698</sup>**

Zunächst müssen die gesellschaftlichen Institutionen dergestalt sein, dass Freiheitsräume zur Entfaltung und Beteiligung vorhanden sind und diese gestärkt werden. Gleichzeitig müssen die Bürger das Gefühl haben, dass die Institutionen tatsächlich gerecht sind, und deshalb gerne Vertreter von und Kämpfer für sie sein wollen:

„Der erste und wichtigste Weg [zu einem Bürgerethos, A.L.] führt über die Gerechtigkeit, denn wenn die Bürger die Republik und ihre Gesetze lieben sollen, dann müssen die Republik und ihre Gesetze alle Bürger in gleichem Maße schützen, ohne die Mächtigen zu privilegieren und die Schwachen zu diskriminieren.“<sup>699</sup>

Eine Gesellschaft, die einige ihrer Bürger diskriminiert, kann kaum erwarten, dass diese sich trotzdem für das Gemeinwohl engagieren. Der wichtigste Aspekt zur Herausbildung von Bürgerkompetenz ist darum, „auf institutionelle Strukturen

---

<sup>696</sup> Maak (1999: 223).

<sup>697</sup> Höffe (2004: 82).

<sup>698</sup> Vgl. Ulrich (2008: 345).

<sup>699</sup> Viroli (2002: 124).

hinzuwirken, die kompetentes Bürgerhandeln ermöglich[en] und normativ stützen und verstärken.“<sup>700</sup> Wichtig für die Herausbildung von Bürgerkompetenz ist auch die Lösung der Individuen aus ökonomischen Sachzwängen. Solange wirtschaftliche Überlegungen die Bürgerpflichten überlagern und nur unter Verzicht die Bürgertugenden wahrgenommen werden können, kann der Bürgersinn mitunter eingeschränkt sein. Die Lösung von derlei Einschränkungen soll durch die vorgeschlagene Politik der Freiheit gelingen. So wird die Verschränkung von Ordnungs- und Individualethik erreicht, die elementar für das Verständnis des substantiellen Liberalismus ist.

### **Einbeziehung in politische Prozesse**

Je mehr die Bürger in politische Prozesse eingebunden sind, umso mehr kann ihr Interesse und Engagement für diese Politik geweckt werden. Im Sinne des Verständnisses demokratisch gesinnter und mündiger Bürger gilt zwar die konzeptionelle Annahme, dass die Bürger sich generell am Politischen beteiligen wollen und dazu nicht vom Staat explizit einbezogen werden müssen. Faktisch zeigt sich jedoch, dass der Staat durch die Schaffung bestimmter Strukturen die Beteiligung der Bürger fördern oder auch einschränken kann. Es sollte darum einer Politik der Freiheit ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips darum gehen, den Bürgern auch Möglichkeiten zur politischen Partizipation zu bieten und ihre Bürgerkompetenz bspw. durch die Beteiligung an der kommunalen Selbstregierung (etwa durch direktdemokratische Prozesse) zu fördern.<sup>701</sup> Die Beteiligung an solchen Prozessen räumt dem Politischen so einen Platz im alltäglichen Handeln der Bürger ein, indem sie die individuellen Interessen und Probleme der Bürger aufgreift.

### **Bildung zur Freiheit**

Als letzter Vorschlag kann ganz klassisch die Bürgerkompetenz als Erziehungs- und Bildungsaufgabe verstanden werden. Im Sinne einer Staatsbürgerkunde<sup>702</sup>, die als gesellschaftliche Reflexionskompetenz konzipiert werden sollte, kann jungen und heranwachsenden Bürgern vermittelt werden, was ihre zukünftige Aufgabe als Mitglieder einer Gesellschaft ausmacht. Dies könnte auf der Grundlage eines humanistischen Bildungsideals geschehen, „auf das mündige Bürger sich im

---

<sup>700</sup> Maak (1999: 227).

<sup>701</sup> Vgl. Viroli (2002: 129).

<sup>702</sup> Vgl. Ulrich (2009a: 19).



kontinuierlichen reflexiven (Nach-) Vollzug ihrer demokratischen Lebenspraxis verständigen.“<sup>703</sup>

Diese Vorschläge sind nicht abschließend und sollen hier auch nur einen Impuls für eine Herausbildung und Stärkung der Bürgerkompetenz geben. Entscheidend ist, dass diese eben nicht einfach als natürlich gegeben vorausgesetzt werden kann, sondern sich erst *herausbilden* muss. Diese Bildung eines Bürgerethos muss institutionell gestützt und im reflexiven Nachvollzug aller Beteiligten bestimmt werden.

Selbstredend ist auch diese Aufgabe (wie alle, denen sich der substantielle Liberalismus stellen muss) keine Aufgabe, die sich en passant erledigen ließe. In Zeiten, in denen Individualität und Selbstverwirklichung zum Zeichen eines gelungenen Lebens erhoben werden, ist es kein leichtes Unterfangen, bürgerliche Werte von Gemeinschaft und gesellschaftlicher Mitverantwortung wieder aufleben zu lassen. Doch soll das Bürgerethos eben nicht die Freiheit des Einzelnen kreuzen und ihr entgegen laufen, sondern es soll vielmehr wieder verdeutlicht werden, dass die Gesellschaft ein Aspekt der Freiheit ist, da sie nur in dieser wirklich entfaltet werden kann. Denn selbst als „Gefangener der politischen Macht und Sklave der wirtschaftlichen Kräfte, ist der Bürger in Wirklichkeit dennoch der einzige Hebel, das Herz des Systems, der Einzige, der noch etwas nach seinen Vorstellungen gestalten kann. [...] Er muss dafür sorgen, dass die auf ihn einwirkenden Kräfte ihm zu Diensten sind, statt ihn zu bestimmen.“<sup>704</sup>

Besonders deutlich wird die Notwendigkeit und die (mangelnde) Übernahme von Verantwortung in Situationen, in denen es zu Verantwortungslosigkeiten in kollektiven Prozessen kommt, wie bspw. im Verlauf der Finanzkrise geschehen. Eine Politik der Freiheit muss darum Überlegungen dazu anstellen, wie mit derlei „strukturierter Verantwortungslosigkeit“<sup>705</sup> umgegangen werden kann. Das Problem von Verantwortungszuschreibungen in der Finanzkrise wird in Kapitel 7.2 noch ausführlich diskutiert werden, doch soll hier bereits gezeigt werden, wie die Verantwortung eben systematisch Teil des substantiellen Liberalismus ist und konzeptionell verortet werden kann.

---

<sup>703</sup> Maak (1999: 186). Für weitere Impulse einer sozioökonomischen Bürgerbildung vgl. auch Ulrich (2005a).

<sup>704</sup> Hessel (2012: 144f.).

<sup>705</sup> Vgl. die gleichnamige Studie von Honegger (2010).

#### 5.4.2 – Kollektive Verantwortung und ihre Organisation angesichts komplexer Systemzusammenhänge

Kapitel 4 hat bereits die Frage aufgeworfen, inwiefern Individuen Verantwortung für gesellschaftliche Zustände tragen. Es wurde jedem Mitglied eine Verantwortung im Rahmen seiner Möglichkeiten zugewiesen, was der Forderung nach einem republikanisch verstandenen Bürger, der Verantwortung für die res publica übernimmt, entspricht. Wie jedoch ebenfalls erwähnt wurde, stellt sich in Situationen, in denen es notwendig ist, Verantwortung zu tragen die Frage, wem wofür tatsächlich von wem Verantwortung zugeschrieben werden kann, und welche „lebenspraktischen Folgen“ man den Subjekten tatsächlich zumuten kann, wenn sie Verantwortung für gesellschaftliche Zustände übernehmen (sollen).<sup>706</sup> Es kann durchaus sein, dass es dem Einzelnen nicht immer und nicht unbegrenzt zuzumuten ist, persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen, um gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Wie erwähnt sind darum „institutionelle Rückenstützen“<sup>707</sup> notwendig, die es dem Einzelnen dann auch zumutbar machen, integer zu handeln und Verantwortung zu übernehmen. Die Subjekte sind angewiesen auf „funktionale Substrate“, denn wo „die autonom gewordenen Teilbereiche [einer Gesellschaft, A.L.] nur noch lose miteinander verkoppelt sind, über kein zentrales Medium der Integration mehr verfügen, bedürfen deliberative Formen der politischen Einheitsbildung weitergehende Unterstützungen, müssen ihrerseits durch zusätzliche gesellschaftliche Institute abgesichert werden.“<sup>708</sup> Um den Einzelnen also nicht mit Verantwortungszuschreibungen zu überfordern, bedarf es einer sozialen „*Organisation der Verantwortung*“<sup>709</sup>.

Ebenso wie schon bei der vorliegenden Konzeption von Freiheit, die zwar formell diskursiv begründet sein muss, dann aber unter Aspekten des realen Vollzugs von Freiheit betrachtet wird, wird hier auch die „Kehrseite“ der Freiheit, die Verantwortung, *substantiell* entworfen und unter Berücksichtigung ihrer *Funktionalisierung* betrachtet:

„Der funktionalistische Verantwortungsbegriff hat dort seinen Platz, wo nicht einzelne Individuen in Eigenregie Entscheidungen treffen, sondern korporative oder kollektive Akteure, wo festgelegte Aufgaben, Hierarchien, Kompetenzen dazu führen, daß

---

<sup>706</sup> Zum Zumutbarkeitsproblem vgl. Ulrich (2008: 167f.).

<sup>707</sup> Ulrich (2008: 345).

<sup>708</sup> Heidbrink (2003: 283).

<sup>709</sup> Heidbrink (2003: 187), Hvh. im Original.

konkrete Verantwortlichkeiten durch Verteilung und Anonymisierung verloren gehen.“<sup>710</sup>

Während also konkretes Handeln des Einzelnen im Regelfall zu einer klaren Zuschreibung von Verantwortung führt, bleibt die Mitverantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen oft diffus, solange keine Instanz gedacht werden kann, die Verantwortung zuschreibt:

„Gerade dort, wo synergetische Effekte auftreten, kumulative Handlungsfolgen entstehen, Organisationen, Firmen, Unternehmen, Verbände oder Nationalstaaten als aggregative ‚Handlungssubjekte‘ in Aktion treten, sind Differenzierungen vonnöten, die für *kontextabhängige Zurechnungen* sorgen, auch wenn es sich um Prozesse handelt, die sich auf keine personale Urheberschaft zurückführen lassen.“<sup>711</sup>

Heidbrink löst dieses Zuschreibungsproblem durch sein prozessuales Verantwortungsverständnis. Verantwortlichkeiten werden dort Akteuren und Beteiligten flexibel und adaptiv durch staatliche Institutionen zugeschrieben.<sup>712</sup> Die Debatte um eine derartige Deutung des Verantwortungsbegriffs ist bei Heidbrink ausführlich geschildert und würde hier im Detail zu weit führen. Für die Grundlegung eines modernen Liberalismus ist jedoch relevant, wie mit einem solchen erweiterten, funktionalen Verantwortungsbegriff umgegangen werden soll.<sup>713</sup> Denn die Aufgabe, derlei komplexe, kollektive oder korporative Verantwortung zuzuschreiben, kann nur schwerlich dem einzelnen Subjekt zugemutet werden – es würde in einem Zustand systemischer Verantwortungslosigkeit nur zu leicht ungehört bleiben. Hier kommen wieder die bereits angesprochenen funktionalen Substrate oder auch institutionellen Rückenstützen ins Spiel: Die Verantwortung des Subjekts ist es, zunächst den Versuch zu unternehmen, die Deliberation anzustoßen, indem es prozessuale Verantwortungsdefizite aufdeckt und diese in die öffentliche Diskussion einbringt. Sodann ist es eine politische Verantwortung, „mit Hilfe des Rechts, durch Auflagen, Genehmigungen und politisch-administrative Eingriffe die systemischen Prozesse auf sozialverträgliche Bahnen“<sup>714</sup> zu lenken. Wo Verantwortung in kollektiven Prozessen untergeht, ist es die Aufgabe des Staates, diese wieder zuzuweisen.

---

<sup>710</sup> Heidbrink (2003: 189).

<sup>711</sup> Heidbrink (2003: 189), Hvh. A.L.

<sup>712</sup> Vgl. Heidbrink (2003: 297).

<sup>713</sup> Für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit den Begriffen kollektiver und korporativer Verantwortung siehe Heidbrink (2003: Kapitel V).

<sup>714</sup> Heidbrink (2003: 288).

Diese Art von institutionellen Rückenstützen brauchen aber wiederum selbst – und da ist die Argumentation wieder beim geforderten positiven Freiheitsverständnis inklusive des Bürgersinns angekommen – ein demokratisches Bürgerethos, denn nur indem die Bürger selbst als mitverantwortliche Staatsbürger und „Souverän“ einer freiheitlich-demokratischen Verfassung den vom Rechtsstaat durchzusetzenden Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens möglichst viel ethischen Gehalt einschreiben, kann den politischen Institutionen die Rolle zukommen, die Verantwortungszuschreibung angemessen vorzunehmen.

Das hier vorgestellte Verständnis von Verantwortung widerspricht in weiten Zügen der Auffassung des klassischen Liberalismus, ein Mensch sei der Gesellschaft gegenüber nur insofern verantwortlich, als dass er vermeiden muss, dass „sein Verhalten andere in Mitleidenschaft zieht.“<sup>715</sup> Dies entspricht der Vorstellung der Nichteinmischung eines negativen Freiheitsverständnisses. Legt man jedoch den hier vorgestellten Ansatz von Freiheit zugrunde, ist dies zu kurz gegriffen. Die Erweiterung des Freiheitsverständnisses muss sich auch auf die Verantwortungsdimension auswirken. Unter dem Aspekt der positiven Freiheit ist der Mensch nicht nur für das eigene Leben, sondern auch für den gerechten Zustand der Gesellschaft und ihrer Institutionen mitverantwortlich. Jedes (autonome) Mitglied einer Gesellschaft trägt eine (Mit-)Verantwortung, im Rahmen seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten dabei zu helfen, gerechtere Institutionen zu schaffen oder ungerechte Zustände in gerechtere zu transformieren. Wer nicht hilft, gerechtere Zustände herbeizuführen oder wenigstens eine Deliberation über selbige anzustoßen, kann für dieses Unterlassen (mit-) verantwortlich gemacht werden.

Entscheidend ist, dass dieses weit gefasste Verständnis von Verantwortung nicht nur eine Begleiterscheinung von Freiheit, sondern integraler Teil ihres Wesens ist: Wer Freiheit und Autonomie fordert, bekommt diese nur um den „Preis“ der Verantwortung. Auch dieser Aspekt ist eine weitere Erwiderung auf die Kritik an gängigen Liberalismus-Konzepten. Sie kommt Etzionis Ruf nach einer „Verantwortungsgesellschaft“<sup>716</sup> nach, da hier auch in Bezug auf Verantwortung kein entwurzeltes Subjekt mehr gedacht wird, sondern die Verbindungen der Menschen untereinander und die Verantwortung der Subjekte füreinander als Mitbürger einer Gesellschaft und für gesellschaftliche Zustände direkt aus der liberalen Idee heraus bestimmt werden.

---

<sup>715</sup> Mill (2010: 19).

<sup>716</sup> Vgl. Etzioni (1997).

Wie die geforderten Verantwortungsstrukturen und -zuschreibungen dann konkret aussehen, muss sich, ganz diskursethisch, „aus der alltäglichen Praxis der Begründungsspiele, an denen wir teilhaben“<sup>717</sup>, ergeben. Überlegungen über Verantwortung sollten jedoch bei einer Debatte zu moderner Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik eine wesentliche Rolle spielen und finden darum an dieser Stelle ihren Platz und eine weitere Konkretisierung in den Kapiteln 6 und 7. Die wesentliche Ergänzung des Liberalismus ist darum die Übernahme von Verantwortung für die res publica durch die Bürger sowie das Bewusstsein, dass liberale Politik eben auch bedeuten kann, Verantwortungsstrukturen zu institutionalisieren.

## 5.5 – Zwischenfazit: Grundlagen des substantiellen Liberalismus

Im substantiellen Liberalismus soll Freiheit also ein Verwirklichungsbegriff sein, der darauf abzielt, den Bürgern die größtmögliche Teilhabe an der Gesellschaft zu sichern. Im Gegenzug wird von den Bürgern, die institutionell die größtmögliche Freiheit erhalten, erwartet, dass sie sich individuell für eine solche Gesellschaft auch einsetzen. Denn das institutionelle Arrangement der substantiellen Freiheit kann nur bestehen, wenn mündige Bürger dieses gestalten; so kann man die Bürgertugend „auch als die subjektive Innenseite der Normen beschreiben, die soziale Strukturen garantieren“<sup>718</sup> – die geforderte gesellschaftliche Mitverantwortung schließt so den Kreis der Verschränkung von Individual- und Ordnungsethik. Diese Verschränkung folgt der Einsicht, „dass man gesellschaftliche Praxis nicht einfach dadurch verändern kann, dass man ihr Forderungen nach Gemeinsinn, ethisch-sittlicher Verantwortung usw. postulierend gegenüberstellt [wie es der Ordoliberalismus tat, A.L.], ohne dass diese gleichzeitig in die normativen und institutionellen Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Praxis eingehen und in deren Ausgestaltung ihren Niederschlag finden.“<sup>719</sup> So ist die Bürgertugend dann letztlich *Voraussetzung und Ergebnis* der politischen Idee eines substantiellen Liberalismus, und nur so kann es zur „Co-evolution von demokratischem Legitimationssubjekt und demokratisch-egalitären institutionellen Arrangements“<sup>720</sup> kommen.

---

<sup>717</sup> Nida-Rümelin (2011: 12).

<sup>718</sup> Dahrendorf (2003: 45).

<sup>719</sup> Maak (1999: 222). Eingeschlossenes Zitat von Böckenförde (1995: 66).

<sup>720</sup> Möllers (2011: 775ff.), zitiert nach: Habermas (2012: 76).

Die enge Verzahnung von Gesellschaftsordnung und Bürgertugend ist der entscheidende Unterschied zur Konzeption des Ordoliberalismus: Während dieser zwar zwischen Gesellschafts- und Wettbewerbsordnung unterschieden hat und auch eine individuelle Sittlichkeit einforderte, um der Marktwirtschaft einen Rahmen vorzugeben, versäumte er es doch, die ordnungspolitischen Strukturen und die individualethischen Anforderungen an diese Ordnung miteinander zu verknüpfen. Nachdem dies hier nun gelungen ist und die wechselseitige Abhängigkeit der *Atmosphäre von Freiheit* und der *Verantwortung für die Freiheit* skizziert wurde, sind die Grundlagen eines substantiellen Liberalismus gelegt, der mittels einer Politik der Freiheit und der republikanischen Mitverantwortung seiner Bürger eine tragfähige Ausgestaltung erfahren hat.

So finden sich im vorliegenden Entwurf nun auch die in Kapitel 4 identifizierten Dimensionen der Freiheit allesamt wieder: *Negative* und *positive Freiheit* (Abwehrrechte und Autonomie) sollen qua Grundrechte in einer Verfassung der Freiheit gesichert werden. Die Politik der Freiheit stellt zum einen die Befähigung zum Vollzug von Freiheit sicher (*substantielle Freiheit*) und ist gleichzeitig in einem *deliberativen Demokratieverständnis*, das auch die *reflexive Freiheit* beinhaltet, verankert. Die *Mitverantwortung* für die res publica wurde mittels der geforderten und benötigten Bürgertugend integriert. Die Idee des substantiellen Liberalismus fußt so auf einem *vitalpolitischen Dreiklang* aus vorgelagerter Gesellschaftspolitik, eingebetteter Wirtschaftsordnung und zivilgesellschaftlicher Mitverantwortung und entspricht zudem auch allen drei *Grundmerkmalen einer modernen politischen Ordnung* (nach Ulrich). Diese besteht aus

1. einem *politischen Basiskonsens*: Die politische Ordnung bedarf der konsensuellen Legitimation durch alle Bürger; die Verfassung ist die Voraussetzung und nicht die äußere Grenze wohlverstandener Freiheit.
2. einer *politischen Öffentlichkeit*: Die politische Ordnung muss vor allen Bürgern als unparteilich und gerecht begründbar sein.
3. einer *politischen Neutralität in Bezug auf die Konzeption des Guten*: Die politische Ordnung soll für alle Bürger die gleiche Autonomie in Fragen der Auffassung [...] des guten Lebens gewährleisten.<sup>721</sup>

Mit der Institutionalisierung der Dimensionen der Freiheit und der Übereinstimmung mit den von Ulrich geforderten Grundmerkmalen einer modernen politischen Ordnung

---

<sup>721</sup> Vgl. Ulrich (2008: 266).

ist die Grundlegung des substantiellen Liberalismus abgeschlossen. Der substantielle Liberalismus gründet auf der regulativen Idee der größtmöglichen realen und gleichen Freiheit aller und sorgt für eine gerechtere Gesellschaft, indem er die Chance der Bürger auf ein gutes Leben und die Teilnahme- und Teilhabechancen *aller* an gesellschaftlichen Prozessen mehrt. Er adressiert das Problem, dass liberale Entwürfe nur die formelle Freiheit sichern und nicht darauf ausgelegt sind, auch die Verwirklichungschancen dieser Freiheit in den Blick zu bekommen. Dazu verknüpft er ordnungs- und individualethische Ansprüche, die sich wechselseitig bedingen und stärken sollen. Nur so scheint es möglich, einen tragbaren Liberalismus für das 21. Jahrhundert zu entwickeln, der nicht selbst entweder widersprüchlich bleibt (wie es der Ordoliberalismus war) oder aber den Begriff der Freiheit verkürzt (wie es der Neoliberalismus tut).

Somit ist der substantielle Liberalismus nun abgerundet: Nachdem in Kapitel 4 die grundlegenden Prinzipien der Freiheit erläutert wurden, konnte gezeigt werden, welche gesellschaftspolitische Perspektive daraus folgt. Die substantielle Freiheit wurde als die einer modernen Gesellschaft angemessene, übergeordnete Ordnungsidee identifiziert und in einer Politik der Freiheit institutionalisiert. Die konzipierte Politik der Freiheit soll dafür sorgen, dass die substantielle Freiheit zum Maßstab der gesellschaftlichen Institutionen wird und deliberativ eine Fortschrittsperspektive entwickelt wird, die sich von der neoliberalen Fokussierung auf Wirtschaftswachstum als Maßstab erfolgreicher Politik verabschiedet und stattdessen die größtmögliche Freiheit aller in den Blick nimmt. Kapitel 4 und 5 haben damit eine Antwort auf den zweiten Forschungskomplex gegeben, der nach einer tragfähigen Leitidee für eine moderne gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sowie deren Institutionalisierung gefragt hatte.

Im nächsten Schritt der zweistufigen Konzeption von Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung muss nun, da die gesellschafts- bzw. vitalpolitische Ordnung beschrieben ist, untersucht werden, was diese wiederum für Konsequenzen für eine marktwirtschaftliche, funktionale Wettbewerbsordnung hat.

## 6 – Prinzipien einer substantiell-liberalen Wirtschaftsordnung

Die gesellschaftliche Einbettung der Marktwirtschaft ist wohl eine der dringendsten politischen Aufgaben der modernen liberalen Gesellschaften. Nicht erst seit der Weltfinanz-, -banken- und -wirtschaftskrise ist die neoliberale Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik in Frage gestellt worden. Schon vorher waren Phänomene wie die zunehmend ungleiche Verteilung von Vermögen und ungleiche Lohnentwicklungen, Unternehmensskandale (wie bspw. der Enron-Fall), Umweltzerstörungen, unwürdige Arbeitsbedingungen oder die große Einflussnahme von Wirtschaftsakteuren auf die Politik Entwicklungen, die der demokratischen Gesellschaft schaden. Doch seit den Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahre ist vielen Menschen zunehmend bewusst geworden, dass das Wirtschaftssystem das Versprechen, mit dem es angetreten war („Wohlstand für alle“), nicht einhalten wird. Die Bankenkrise hat deutlich gemacht, wie gesellschaftsfern und entkoppelt der Finanzsektor geworden ist – mit hohen Bonuszahlungen und Rekordgewinnen im einen und staatlichen Rettungsaktionen, die vom Steuerzahler erbracht werden mussten, im nächsten Jahr. Die Hoffnung, die Banken würden aus der Krise etwas demütiger hervorgehen und staatliche Regulierungen (wie bspw. eine Finanztransaktionssteuer) akzeptieren, wurde enttäuscht. Die Banken übernahmen keine Verantwortung für ihr kollektives Versagen und beteiligten sich, wenn überhaupt, dann nur sehr wenig und nur unter Zwang an den Kosten der von ihnen verursachten Krise, während sie Regulierungsvorschläge nach wie vor torpedieren. So blieb der schale Beigeschmack einer Privatisierung von Gewinnen und der Sozialisierung von Verlusten; das Prinzip von Risiko und Haftung, das eigentlich grundlegend für die Marktwirtschaft sein sollte, schien außer Kraft gesetzt. Kurzum, die derzeitige Wirtschaftsform hat an Rückhalt verloren und die Menschen trauen der Wirtschaft und ihren Eliten nicht mehr über den Weg. Gleichzeitig beobachten die Bürger die Unfähigkeit der Politik, angemessen und konsequent zu handeln. Zumal sie es war, die den Banken und Spekulanten ihr doloses Verhalten überhaupt erst möglich machte, da sie sich die neoliberale Politik die Deregulierung der Märkte auf die Fahne geschrieben hatte:

„Fast alle Behinderungen und Kontrollen der weltweiten Kapitalströme wurden abgeschafft. [...] Immer mehr Kapital floss in die Spekulation statt in den Auf- und Ausbau von Unternehmen und Volkswirtschaften. Viele Regierungen förderten den Wahnsinn: indem sie die im Kasino erzielten Gewinne nicht länger besteuerten. [...] Um Kapitalisten anzulocken, verringerten oder beseitigten etliche Staaten die Steuern



aufs Kapital, namentlich die Kapitalgewinn-, Spekulations-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.“<sup>722</sup>

Als Folge der gängigen Kritik am herrschenden Neoliberalismus und im Rahmen des hier entwickelten Gesellschaftsentwurfs soll sich nun jedoch auch die Wirtschaftspolitik an der Idee substantieller Freiheit orientieren. Dazu muss vor allem der Primat der Politik wieder durchgehalten werden und das „Prinzip Markt“<sup>723</sup>, also die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche, verhindert bzw. wieder rückgängig gemacht werden. Dazu braucht die Wirtschaftspolitik eine Ausrichtung an gesellschaftlichen Prinzipien, die es ihr ermöglichen, die Wirtschaft wieder in den Griff zu bekommen und die Lebensdienlichkeit der Wirtschaft zu betonen, damit sie die Wirtschaft wieder in gesellschaftliche Belange integriert und sie nicht selbstreferentiell nur der eigenen Logik verfällt. Im Sinne des Ordoliberalismus „wird Entscheidendes für die Erhaltung unserer wirtschaftlichen Kultur davon abhängen, ob es gelingt, die marktwirtschaftliche Form ihrer hohen Leistungsfähigkeit wegen zu erhalten, aber sie doch gleichzeitig einer bewußt gestalteten Gesamtordnung einzufügen.“<sup>724</sup> Auch heute scheint es „die vorrangige und vornehmste Aufgabe der Ordnungspolitik, den latent eigensinnigen Marktprozess in lebensdienliche und faire Spielregeln einer wohlgeordneten Civil Society einzubinden und ihn so zu ‚zivilisieren‘.“<sup>725</sup> Nachdem Kapitel 5 die Grundlagen einer liberalen Gesellschaftsordnung skizziert hat, soll im zweiten Schritt darum versucht werden, im Anschluss an die Tradition des Ordoliberalismus und die Soziale Marktwirtschaft, aber mit neuer Ausrichtung durch den substantiellen Liberalismus, die Wirtschaft in die im vorangegangenen Kapitel entworfene Gesellschaftspolitik einzufügen.

## **6.1 – Marktwirtschaft und Freiheit**

In den vorangegangenen Kapiteln wurde deutlich gemacht, dass eine Einbettung der Marktwirtschaft nur gelingen kann, wenn dieser zum einen eine gesamtgesellschaftliche Perspektive vorausgeht, die klar macht, welche Leitidee den gesellschaftlichen Institutionen zu eigen sein soll. Diese legt fest, welche Aufgabe die

---

<sup>722</sup> De Weck (2009: 11f.).

<sup>723</sup> Vgl. zur Kritik am „Prinzip Markt“: Thielemann (1996).

<sup>724</sup> Müller-Armack (1990: 103).

<sup>725</sup> Ulrich (2008: 363).

Marktwirtschaft überhaupt haben soll und zu welchem Zweck diese überhaupt in eine gesellschaftliche Gesamtordnung eingebettet werden soll. Zum anderen muss diese Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik mit einer Individualethik verschränkt sein, die diese stützt. Der vorliegende Entwurf hat eine solche gesamtgesellschaftliche Perspektive anzubieten, welche die Ebenen der Ordnungs- und der Individualethik verschränkt. Dazu muss die substantielle Freiheit ins Zentrum der Institutionen rücken – also auch zur Grundlage der Gestaltung der Marktwirtschaft werden.

Das wesentliche Hindernis zur Realisierung individueller Freiheit ist heute die (auch durch die gegenwärtige marktwirtschaftliche Struktur verursachte) mangelnde Teilhabe an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen und die mangelnde Befähigung, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Die Marktwirtschaft ist dafür mitverantwortlich, da diese Hindernisse fast immer etwas mit der Sphäre der Wirtschaft zu tun haben – eine Vielzahl der Aspekte, die den Einzelnen daran hindern, seinen je individuellen Lebensentwurf zu verwirklichen, sind in ökonomischen Sachverhalten zu finden.

Der Ordoliberalismus hatte der Wirtschaft eine zentrale Rolle eingeräumt und Wirtschaft und Freiheit aufs engste verknüpft: Die Wirtschaft war der Ort der Freiheit, an dem der ordolibérale Entwurf ansetzte. So hielt Röpke es für erwiesen, dass die Marktwirtschaft „eine wesentliche Säule und Grundbedingung der politischen und kulturellen Freiheit ist“ <sup>726</sup> . Nach Eucken „formen die Methoden der Wirtschaftslenkung den gesellschaftlichen Aufbau“ <sup>727</sup> – der Ordoliberalismus war davon ausgegangen, dass eine freie Wirtschaft auch eine freie Gesellschaft fördern würde: „Die einzelnen Gebilde der Gesellschaftsordnung erhalten je nach der Wirtschaftsordnung einen anderen Charakter“ <sup>728</sup> – und der Charakter einer Wettbewerbsordnung war ein freiheitlicher. Die Wirtschaft ist der Bereich, in der sich Freiheit realisiert, in welcher der Einzelne seinen Lebensentwurf verwirklichen und nicht vom Staat behindert werden soll.

Euckens Hoffnung, die Interdependenz der Ordnungen (d.i. eine Wettbewerbsordnung verschränkt mit Demokratie und Rechtsstaat) würde von einer freien Wirtschaft zu einer freien Gesellschaft für alle führen, muss heute jedoch in dieser direkten Kausalität angezweifelt werden. Betrachtet man die globalisierte Weltwirtschaft heute, so haben wir in den westlichen Industrienationen ein vermeintlich freiheitliches Wirtschaftssystem, das jedoch in der Realität häufig seinen freiheitlichen Charakter

---

<sup>726</sup> Röpke (1994: 318).

<sup>727</sup> Eucken (1990: 183).

<sup>728</sup> Eucken (1990: 181).

eingebüßt hat. Die Sphäre, die *eigentlich* Freiheit verkörpern soll, wird von vielen zunehmend als tyrannisch empfunden und gewährt global betrachtet ihre Freiheit nur einigen wenigen, während viele systematisch ausgeschlossen bleiben.<sup>729</sup>

Im substantiellen Liberalismus wird zunächst weiterhin von der „Unverzichtbarkeit eines leistungsfähigen, vorwiegend nach Kriterien funktionaler Rationalität organisierten, relativ autonomen, jedoch der demokratischen Kontrolle durch die politisch-ökonomische Kommunikationsgemeinschaft unterstellten ökonomischen Systems“<sup>730</sup> ausgegangen, das einer *Marktwirtschaft* entspricht – eine liberale Gesellschaft kann nicht anders, als auch in der Wirtschaft Freiheit zu gewährleisten. Zudem ist die Marktwirtschaft scheinbar konkurrenzlos, sofern es um das funktionale Kriterium der effizienten Ressourcenallokation geht. Allerdings muss sichergestellt sein, dass eben alle die Freiheit haben, daran teilzunehmen oder auch die Freiheit haben, einem Lebensentwurf zu folgen, der nicht nur die möglichst reibungslose Integration in marktwirtschaftliche Abläufe beinhaltet. Die Marktwirtschaft muss dazu in einen gesellschaftlichen Rahmen gefasst sein, also der „Kontrolle durch die politisch-ökonomische Kommunikationsgemeinschaft“<sup>731</sup> unterstellt bleiben. Eine solche eingebettete oder „zivilisierte Marktwirtschaft“<sup>732</sup> zielt dann auf ein „Optimum des ökonomischen Zustandes. Dieses Optimum liegt nicht bei einem Zustand maximaler Effizienz, sondern im Zustand einer gelungenen, unter dem Primat der politischen Ethik stehenden Verschränkung von Effizienz und Legitimität“<sup>733</sup>.

Um abzuwägen, wie diese Verschränkung von Effizienz und Legitimität erreicht werden kann und um Leitlinien für eine Integration der Wirtschaft in die Gesellschaft zu geben, werden im Folgenden in ordoliberalen Manier ordnungspolitische Prinzipien im Sinne des substantiellen Liberalismus aufgestellt, an denen sich ein Programm der Einbettung der Marktwirtschaft orientieren kann.

---

<sup>729</sup> Vgl. u.a. Thielemann (2009: 60).

<sup>730</sup> Ulrich (1993: 453).

<sup>731</sup> Ulrich (1993: 453).

<sup>732</sup> Vgl. den Titel von Ulrich (2010a).

<sup>733</sup> Maak (1999: 252).

## 6.2 – Ordnungspolitische Prinzipien des substantiellen Liberalismus

Wie schon die Ordoliberalen erkannten, muss es bei wirtschaftspolitischen Fragestellungen immer auch um die Frage gehen, „ob eine bestimmte Wirtschaftsordnung ein bestimmtes Verhalten der Menschen fördert, hemmt oder verhindert.“<sup>734</sup> Da für den substantiellen Liberalismus die gesellschaftliche Teilhabe und die politische Mitverantwortung, also ein gewisses Bürgerethos, die Maßgabe ist, muss sich auch die daraus folgende Wettbewerbsordnung die Frage gefallen lassen, was sie genau „fördert, hemmt oder verhindert“. Die Kernfrage der Wirtschaftspolitik lautet dann: „[W]ie lässt sich die nötige Konkurrenzfähigkeit erzielen, ohne den sozialen Zusammenhalt unnötig zu zerstören?“<sup>735</sup>

Eucken hatte für seinen Entwurf einer Wettbewerbsordnung sieben konstitutive und vier regulative Prinzipien einer Wettbewerbsordnung entwickelt, die in Kapitel 2.3.1 bereits analysiert und als zu einseitig ökonomisch zurückgewiesen wurden. Die Prinzipien können als stellvertretend für den Ordoliberalismus angesehen werden, da auch die anderen Autoren in ihren *ökonomischen* Betrachtungen weitestgehend den Ideen Euckens folgten.

Der Ökonom Rodenstock hat im Mai 2012 im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) im Rahmen des „Aktionsrats Marktwirtschaft“ einen Bericht zur Wiederbelebung der Ordnungsprinzipien Euckens vorgelegt.<sup>736</sup> Dieser Bericht hat zum Ziel, „einen ersten Lösungsansatz für die ordnungspolitische Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik in Deutschland“ durch eine „Rückbesinnung und Weiterentwicklung ordnungspolitischer Prinzipien“<sup>737</sup> zu liefern. Rodenstock folgt einer ähnlichen Intuition wie auch die vorliegende Arbeit: Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen sei der Politik in Deutschland die wirtschaftspolitische Orientierung abhanden gekommen. Rodenstock hält die ordolibérale Theorie Euckens grundsätzlich für geeignet, um den Krisen zu begegnen und der Politik wieder die dringend benötigte Orientierung zu geben. Allerdings diagnostiziert auch er dem Ordoliberalismus einen gewissen Modernisierungsbedarf, um mit den aktuellen Problemen angemessen umgehen zu können. Als Weiterentwicklung formuliert er die folgenden Prinzipien im Anschluss an Eucken:

---

<sup>734</sup> Erhard / Müller-Armack (1972: 52), zitiert nach: Gutmann (1989: 323).

<sup>735</sup> Dahrendorf (2003: 50).

<sup>736</sup> Vgl. Rodenstock (2012).

<sup>737</sup> Beides Rodenstock (2012: Vorwort).

Grundprinzip:

- Funktionsfähiges Preissystem

Bedingungen des Tauschs:

- Offene Märkte
- Privateigentum
- Vertragsfreiheit
- Haftung

Systembedingungen:

- Mitverantwortung
- Konstanz der Wirtschaftspolitik
- Primat der Währungspolitik

Regulierende Politik:

- Wettbewerbspolitik als Antwort auf Macht
- Finanzmarktpolitik als Antwort auf systemisches Risiko
- Internalisierung externer Effekte und öffentliche Güter
- Einkommensumverteilung
- Anomalie des Angebots
- Krisenreaktion im Falle einer abrupten und systemischen Unordnung

Abbildung 2: Erweiterte Fassung der Prinzipien von Eucken nach Rodenstock<sup>738</sup>

Die ersten drei Kategorien beinhalten acht Prinzipien, was den klassischen sieben Prinzipien einer Wettbewerbsordnung Euckens und einem weiteren, neuen Prinzip entspricht. Die Erweiterung der Prinzipien durch Rodenstock umfasst das Thema *Mitverantwortung* als Systembedingung sowie *Finanzmarktpolitik* und eine *Politik der Krisenreaktion* als regulative Prinzipien, von denen es nun sechs statt wie vormals vier bei Eucken gab.

In der vorgenommenen Erweiterung lässt sich bereits erkennen, dass Rodenstock ebenfalls zu dem Schluss gekommen sein muss, dass die Beschränkung auf die Wettbewerbsordnung (den „Spielregeln“) alleine nicht ausreicht. Zwar versucht er, am „reinen“ ordnungsethischen Gedanken Euckens festzuhalten, doch an einigen Stellen, vor allem bei seinen Ergänzungen, taucht immer wieder ein individualethischer Anspruch auf, wie etwa bei der Thematisierung der Mitverantwortung. Auch der Versuch, dem Markt weitestgehend Freiräume zu lassen und ihm die soziale Verteilung des Erwirtschafteten zu überlassen, wird zwar streckenweise das Wort geredet, doch kann dies oft nicht konsequent durchgehalten werden. Daran wird

---

<sup>738</sup> Vgl. Rodenstock (2012: 23).

deutlich, dass die Krise und ihre Folgen das Vertrauen in den Markt und die Wirtschaft doch nachhaltiger erschüttert haben müssen und eben nicht mehr ohne Weiteres auf die Konzepte und Argumente der Vergangenheit zurückgegriffen werden kann.

Ohne in die Details der einzelnen Änderungen von Rodenstock zu gehen, bleibt er doch bei der Gestaltung einer *Wirtschaftsordnung* stehen. Seine gesellschaftspolitischen Ergänzungen wie die Mitverantwortung werden nur ökonomisch (spieltheoretisch) begründet und bleiben so nur ein Anhängsel und wenig systematisch mit dem Rest des Entwurfs verschränkt.<sup>739</sup> Dabei ist aber die neue Systematik der Prinzipien ausbaufähig und kann durchaus als Ausgangspunkt dienen.

Im Folgenden soll die Modernisierung der Prinzipien Euckens noch einen Schritt weiter gehen und die Prinzipien einer liberalen Wirtschaftsordnung entwickelt werden, wie sie der substantielle Liberalismus fordert. Diese gehen ähnlich vor wie die Neugliederung von Rodenstock, doch sind sie neu angeordnet, um weitere ergänzt oder auch von anderen befreit. Gleichzeitig sind nicht alle Prinzipien für die vorliegende Diskussion eines substantiellen Liberalismus gleich relevant – einige sind rein technisch und ökonomisch begründet und werden darum nur der Vollständigkeit halber kurz erwähnt. Andere hingegen sind für die vorliegende Debatte von (teils zentraler) Bedeutung. Letztere werden entsprechend ausführlich diskutiert.

Abbildung 3 soll im Überblick deutlich machen, wie die Verteilung der Prinzipien nun gestaltet sein soll, die nun noch im Einzelnen skizziert werden. Die Abbildung verdeutlicht vor allem, welches jeweilige Prinzip den Überlegungen zugrunde liegt und wie es sich auf die weiteren Prinzipien auswirkt: Während bei Eucken und Rodenstock das freie Preissystem im Zentrum steht und auf alle weiteren Prinzipien durchschlägt, ist es im substantiellen Liberalismus eben die gleiche Freiheit aller, an der sich die übrigen Prinzipien orientieren sollen (vgl. Abbildung 3).

---

<sup>739</sup> Vgl. Rodenstock (2012: 27-29).

Eucken	Rodenstock	Substantieller Liberalismus
<b>Grundprinzip:</b> - Funktionsfähiges Preissystem	<b>Grundprinzip:</b> - Funktionsfähiges Preissystem	<b>Grundprinzip:</b> - Primat der substantiellen Freiheit (Vitalpolitik)
		<b>Ökonomische Funktionsbedingung:</b> - Funktionsfähiges Preissystem
<b>Konstitutive Prinzipien:</b> - Primat der Währungspolitik - Offene Märkte - Privateigentum - Vertragsfreiheit - Haftung - Konstanz der Wirtschaftspolitik	<b>Bedingungen des Tauschs:</b> - Offene Märkte - Privateigentum - Vertragsfreiheit - Haftung  <b>Systembedingungen:</b> - Mitverantwortung - Konstanz der Wirtschaftspolitik - Primat der Währungspolitik	<b>Bedingungen des Tauschs:</b> - Vertragsfreiheit - Offene Märkte - Privateigentum - Haftung  <b>Systembedingungen:</b> - Konstanz der Wirtschaftspolitik - Primat der Währungspolitik - Mitverantwortung - Unabhängige Wirtschaftspolitik - Finanzmarktpolitik - Chancengerechtigkeit
<b>Regulative Prinzipien:</b> - Wettbewerbspolitik als Antwort auf Macht - Einkommensumverteilung - Internalisierung externer Effekte und öffentliche Güter - Anomalie des Angebots	<b>Regulierende Politik:</b> - Wettbewerbspolitik als Antwort auf Macht - Finanzmarktpolitik als Antwort auf systemisches Risiko - Internalisierung externer Effekte und öffentliche Güter - Einkommensumverteilung - Anomalie des Angebots - Krisenreaktion im Falle einer abrupten und systemischen Unordnung	<b>Regulierende Politik:</b> - Wettbewerbspolitik - Internalisierung externer Effekte und öffentliche Güter

Abbildung 3: Übersicht über die Prinzipien einer liberalen Wirtschaftsordnung

### 6.2.1 – Vitalpolitisches Grundprinzip und ökonomische Funktionsbedingung

Für Eucken war ein flexibles Preissystem „der strategische Punkt, von dem aus man das Ganze beherrscht und auf den deshalb alle Kräfte zu konzentrieren sind.“<sup>740</sup> Auch bei Rodenstock ist das Preissystem immer noch das sog. „Meta-Prinzip, der Leitstern der Wettbewerbsordnung.“<sup>741</sup> Wie gezeigt wurde, entstehen aus diesem Primat jedoch einige Probleme des Ordoliberalismus, allen voran die Überhöhung des Marktes zum Prinzip. Dies führte dann bspw. zum Kriterium der Marktkonformität und anderen konzeptionellen Ungereimtheiten und Schwächen des Ordoliberalismus (vgl. Kapitel 2 und 3).

Ein funktionsfähiges Preissystem ist der Grundpfeiler einer wettbewerblichen Marktwirtschaft – daran sollte kein Zweifel bestehen, und darum wird es im vorliegenden Entwurf auch zur *ökonomischen Funktionsbedingung* ernannt. Doch „[i]m Gegensatz zum Ordoliberalismus ist eben nicht mehr nur die Frage aktuell, wie die Wirtschaft zu regeln ist, sondern vielmehr, was sie überhaupt erreichen soll.“<sup>742</sup> Darum ist die *alles entscheidende Frage* der Wirtschaftspolitik nicht mehr nur die nach der Durchsetzung flexibler Preise, sondern, welche Rolle dieses Preissystem in der Gesellschaft tatsächlich hat und welche es haben sollte. Das „Meta-Prinzip“ der Wettbewerbsordnung ist dann eben nicht mehr ein *wirtschaftspolitisches*, sondern ein *gesellschaftspolitisches*: die substantielle Freiheit aller. Dies ist das Meta-Prinzip, der Leitstern, an dem alles andere ausgerichtet werden soll, auch und gerade in der Wirtschaftspolitik, und für den gilt: In „allen Zweigen der Wirtschaftspolitik sollte das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip bei jeder Maßnahme gegenwärtig sein. Von diesem Satz gibt es keine Ausnahme.“<sup>743</sup>

Was also geschieht nun, wenn das „wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip“<sup>744</sup> derart gesellschaftsorientiert definiert wird? Das marktwirtschaftliche System bleibt institutionalisiert, es findet jedoch eine Verschiebung der Prioritäten statt. Es ist, wie schon die Ordoliberalen eigentlich erkannten, notwendig, den Wettbewerb *nachrangig* zu behandeln, „weil die gute und faire Ordnung der Wirtschaft und der Gesellschaft

---

<sup>740</sup> Eucken (1990: 255).

<sup>741</sup> Rodenstock (2012: 24).

<sup>742</sup> Vgl. De Weck (2009: 75).

<sup>743</sup> Eucken (1990: 255).

<sup>744</sup> Eucken (1990: 255).



(zu der jene zu zählen ist) vielfältige Dimensionen hat, die nicht über einen Leisten, den des Wettbewerbs nämlich, geschlagen werden können.“<sup>745</sup>

Selbstverständlich muss nach wie vor gewährleistet werden, dass freie Preise und eine funktionierende Wettbewerbsordnung sichergestellt sind. Nur ist das Preissystem eben nicht mehr die ultima ratio, das alles bestimmende *Grundprinzip* einer Marktwirtschaft, sondern es ist eine *ökonomische Funktionsbedingung*. Es ist dann eben nicht mehr „allen anderen Prinzipien systematisch vorgelagert“<sup>746</sup>, sondern der *substantiellen Freiheit* als regulativer Idee systematisch *untergeordnet*. Das bedeutet, dass freie Preise als Signalwirkung selbstverständlich eingesetzt werden, *wenn und insofern* sie die substantielle Freiheit der Bürger fördern, also das vitalpolitische Grundprinzip unterstützen: Doch „[d]as Herzstück der wohlgeordneten Gesellschaft im Sinne des politischen Liberalismus bilden die Grundsätze und Spielregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens“<sup>747</sup> – und diese Gesellschaft ist eben nicht nur entsprechend einer Wettbewerbsordnung gestaltet. Das bedeutet, dass es nun durchaus legitim ist, mitunter auch *weniger* oder *gar keine* Preise als Signalwirkung, also schlichtweg weniger oder gar keinen Marktmechanismus zur Lösung eines gesellschaftspolitischen Problems in Erwägung zu ziehen. Sollte es zum Konflikt kommen zwischen der substantiellen Freiheit und der Marktwirtschaft, ist erstere vorrangig. Dies hilft, die Wirtschaft tatsächlich einzubetten und den überholten neoliberalen Ruf nach „Mehr Markt!“ oder „Mehr Wachstum!“ zur Lösung aller gesellschaftlichen Probleme einzudämmen. Es ist systematisch ein Primat der substantiellen Freiheit *vor* der Wirtschaftlichkeit, der durch die Debatte der politischen Philosophie die wirtschaftspolitischen Entwürfe ergänzt und den der Ordoliberalismus versäumt hat, durchzuhalten:

„Ziel ist dabei nicht eine weitgehende staatliche Regulierung des Marktes, sondern eine Unterordnung der Wirtschaft unter eine gesellschaftsdienliche Politik der verantwortlichen Freiheit.“<sup>748</sup>

Bei der Frage der Wettbewerbsbegrenzung geht es zum einen darum, *wo* überhaupt Markt herrschen soll. Zum anderen muss das vitalpolitische Prinzip jedoch auch die Frage stellen, *wie genau* der Wettbewerb dort, wo er dann herrschen soll, ablaufen soll. Im Sinne der Einbettung der Marktwirtschaft muss anerkannt werden, dass es nicht nur

---

<sup>745</sup> Thielemann (2010: 443).

<sup>746</sup> Rodenstock (2012: 24).

<sup>747</sup> Ulrich (2008: 265).

<sup>748</sup> Von Cranach / Mastronardi et al. (2010: 22).

den *radikal freien* Markt oder eben *keinen* Markt gibt – Wettbewerb ist vielmehr ein graduelles Kriterium:

„Die Alternative lautet nicht: Entweder herrscht der unbegrenzte, sich eigendynamisch laufend selbst verschärfende Wettbewerb oder gar kein Wettbewerb, sondern schlicht: es herrscht das Prinzip Wettbewerb oder weniger Wettbewerb, als an sich ‚möglich‘ wäre.“<sup>749</sup>

Dies überhaupt wieder als Denkmöglichkeit anzuerkennen, ist Aufgabe einer modernen Vitalpolitik als Politik der Freiheit. Es geht ihr um die Entfaltung der Freiheit und „den Schutz der Lebenswelt vor den ‚kolonialisierenden‘ Übergriffen des Wettbewerbs.“<sup>750</sup> Es sollte deutlich geworden sein, dass dazu ein starker Staat (im Sinne der Politik der Freiheit) notwendig ist, da nur ein solcher tatsächlich eine derartige Ordnung durchsetzen kann. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Wettbewerb zielgerichtet und einigermaßen fair abläuft. Der Wettbewerb braucht Regeln, und nur der Staat kann diese setzen und garantieren.

Die substantielle Freiheit wird hier also zur „entscheidenden Ordnungspotenz in der Wirtschaft“<sup>751</sup>. Das neue vitalpolitische Grundprinzip, das daraus folgt, ist der ökonomischen Funktionsbedingung, also dem freien Preissystem, systematisch vorgeschaltet. Alle nachfolgenden Prinzipien sind letztlich Derivate dieser Rangordnung, deren Aufgabe es folglich ist, eine funktionierende, aber gesellschaftlich sinnvolle Marktwirtschaft sicherzustellen.

### 6.2.2 – Bedingungen des Tauschs

Die Bedingungen des Tauschs sind weitestgehend rechtliche Bedingungen, die den wirtschaftlichen Austausch sichern und im Wesentlichen von Eucken (und Rodenstock) übernommen werden können. Diese sind:

- Vertragsfreiheit,
- offene Märkte,
- Privateigentum
- und Haftung.

---

<sup>749</sup> Thielemann (2010: 440).

<sup>750</sup> Thielemann (2010: 439).

<sup>751</sup> Rapold (1958: 39).

### **6.2.2.1 – Vertragsfreiheit und offene Märkte**

*Vertragsfreiheit* und ein funktionierender Rechtsstaat, um Verträge durchsetzen zu können, sind für eine Marktwirtschaft elementar. Die *offenen Märkte* sollen den freien Marktzutritt sichern und Marktabschottungen verhindern. Diesen beiden Prinzipien ist im Grunde weiterhin im Sinne der Ordoliberalen zu folgen. Gleichwohl sind natürlich auch sie der Grundbedingung der Vitalpolitik untergeordnet, so dass sie nicht uneingeschränkt gelten und es im Sinne der substantiellen Freiheit auch zu einer Einschränkung kommen kann, sollte sie politisch sinnvoll und legitim sein. Im vorliegenden Zusammenhang interessanter sind allerdings die zwei anderen Bedingungen des Tauschs, nämlich das Prinzip des Privateigentums und das der Haftung.

### **6.2.2.2 – Privateigentum**

*Privateigentum* ist, so die ökonomische Theorie, ein Grundpfeiler der Marktwirtschaft und ein wesentlicher Anreiz dafür, unternehmerisch tätig zu werden. Darum muss es rechtlich gesichert und vor Eingriffen des Staates geschützt werden. In den zeitgenössischen Worten Rodenstocks heißt es:

„Nur wer sich der Verfügungsmacht über seinen Besitz sicher fühlen kann, kann sich im Wettbewerb engagieren und seine Verfügungsgewalt in verantwortlicher Weise ausüben. Privateigentum motiviert.“<sup>752</sup>

Rodenstock ergänzt jedoch auch: „Eigentum ist nicht absolut und unendlich, es muss stets eingeeht sein, von den Eigentumsrechten anderer, vom Wettbewerb, von der Haftung.“<sup>753</sup> Im Rahmen eines substantiellen Liberalismus muss jedoch noch ein weiterer Aspekt des Eigentums berücksichtigt werden: die soziale Dimension. Die Verfügungsgewalt über Eigentum ist zentral für eine liberale Marktwirtschaft, denn ihr stimulierender Charakter für unternehmerische Tätigkeit ist nicht von der Hand zu weisen. Allerdings kann die Frage gestellt werden, inwiefern Groß- und Größtvermögen tatsächlich noch diese Rolle einnehmen oder vielleicht eine ganz andere Rolle spielen kann.

Das deutsche Grundgesetz sieht eine gesellschaftliche Verpflichtung von Eigentum vor, so heißt es in Artikel 14 Abs. (2): „<sup>1</sup>Eigentum verpflichtet. <sup>2</sup>Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“<sup>754</sup> Dies ist zwar im Grundgesetz

---

<sup>752</sup> Rodenstock (2012: 25).

<sup>753</sup> Rodenstock (2012: 26).

<sup>754</sup> Deutsches Grundgesetz (2003: Artikel 14 Abs. 2).

verankert, eine juristische Durchsetzung dieser „Grundpflicht“ (als Ergänzung des Grundrechts auf Eigentum) zum Wohle der Allgemeinheit ist jedoch gesetzlich nicht vorgesehen – es ist im Grunde ein moralischer Appell. Privates Eigentum wird darum auch heute leider eher als Möglichkeit gesehen, sich von gesellschaftlichen Belangen zu *distanzieren* und es für sich selbst zu beanspruchen, statt die gesellschaftliche Verantwortung, die damit einhergeht, anzuerkennen. So argumentiert auch Oswalt, die großen Vermögen hätten „den Charakter eines ‚privaten‘ Eigentums verloren. Sie müssen deshalb so verkleinert werden, daß sie wieder ‚Privateigentum‘ werden und aus ihnen weder politische Macht noch Herrschaft über Produkt- und Meinungsmärkte entstehen kann.“<sup>755</sup> Oswalt plädiert dafür, nur ein bestimmtes Maß an Privateigentum zuzulassen. Damit ist er nicht alleine; schon für Machiavelli schienen „die Reichen der Republik gefährlich, weil sie zur Anmaßung neigen, durch Vergünstigungen leicht eine Parteiung bilden und ihre Privatinteressen über das Gemeinwohl stellen können.“<sup>756</sup> Auch den Ordoliberalen waren derartige Sorgen nicht fremd. So diskutierte Röpke „die Wiederherstellung des Eigentums“<sup>757</sup>, was er als Maßnahme verstand, durch welche „die Gelegenheiten für die Bildung von Großeigentum auf ein Minimum vermindert werden.“<sup>758</sup> Röpke war der Meinung, dass Eigentum nur als „vitales Eigentum“ legitim ist, „und dies ist einerseits das *Produktionseigentum* und andererseits das *Wohnungseigentum*.“<sup>759</sup> Röpke misstraute großem Kapitalvermögen und forderte darum u.a. eine stark progressive Erbschaftssteuer.<sup>760</sup>

Im Sinne eines substantiellen Liberalismus muss neu abgewogen werden, wie mit großen Privatvermögen umgegangen werden soll und wie diese wieder einer gesellschaftlichen Verpflichtung gerecht werden können. Dies gälte grundsätzlich auch für Unternehmen, da zum einen das Grundrecht auf Eigentum eben die Verpflichtung zum Dienst am Wohle der Allgemeinheit beinhaltet, zum anderen das

---

<sup>755</sup> Oswalt (1997: 199).

<sup>756</sup> Viroli (2002: 95).

<sup>757</sup> Röpke (1944: 274f.).

<sup>758</sup> Röpke (1944: 277).

<sup>759</sup> Röpke (1944: 278).

<sup>760</sup> Vgl. Röpke (1944: 276). Leider fällt Röpke hier erneut hinter seinen eigenen Anspruch zurück. An anderer Stelle schreibt er zum gleichen Thema, „es ist offensichtlich, daß die höheren Einkommen die Grundlage von Funktionen sind, auf die die Gesellschaft unter keinen Umständen verzichten kann. Kapitalbildung, Investition, Kulturaufwand, Mäzenat und vieles andere sind hier zu nennen. Je mehr nun die höheren Einkommenschichten durch progressive Besteuerung zerrieben werden, um so klarer wird es, daß Funktionen dieser Art ausfallen.“ (Röpke (1955b: 299). Die Aussage ist bedauerndswert, macht sie es nun doch wesentlich schwerer, Röpke als eindeutigen Befürworter einer Umverteilungspolitik via progressiver Erbschaftssteuer zu verstehen – auch wenn er eine solche an verschiedenen Stellen betont. Wie so oft bleibt Röpke also auch hier uneindeutig.

Grundgesetz in Artikel 19 Abs. (3) besagt: „Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.“<sup>761</sup> Insofern also juristische Personen vom Grundrecht auf Eigentum profitieren, sollten sie ebenfalls zum daran gekoppelten Nutzen des Eigentums zum gesellschaftlichen Wohle verpflichtet werden können.

Der zweite, im Rahmen eines substantiellen Liberalismus vielleicht sogar wichtigere Aspekt des Privateigentums ist das andere Extrem: der Mangel an Privateigentum breiter Bevölkerungsschichten. Wie in Kapitel 7.1 noch diskutiert wird, sind breite Bevölkerungsgruppen in Deutschland systematisch eigentumslos und erhalten derart niedrige Löhne, dass sie nicht in der Lage sind, Vermögen anzusparen. Im Rahmen der Gewährung von substantieller Freiheit ist vor allem dieser Aspekt wichtig, der jedoch in der noch folgenden Systembedingung der Chancengerechtigkeit ihren Niederschlag finden wird (vgl. Abschnitt 6.3.3).

Bei der Diskussion um die Allgemeinheitsdienlichkeit von Privateigentum ist jedoch wichtig anzuerkennen, dass ungleicher Besitz von Eigentum noch nicht per se problematisch ist. In einer freiheitlichen Gesellschaft muss es Möglichkeiten geben, sich nach Leistung zu differenzieren. Was allerdings problematisch ist, ist wenn Ungleichheiten ein zu großes Ausmaß annehmen, da einigen die Teilhabe unmöglich wird oder andere, die mehr besitzen, sie von der Teilnahme ausschließen können:

„Die Grenze der mit der Freiheit verträglichen Ungleichheit liegt erst dort, wo die Bevorzugten den Benachteiligten ihre Teilnahmerechte bestreiten können oder die Benachteiligten ganz und gar von der Teilnahme am sozialen, ökonomischen und politischen Prozess ausgeschlossen bleiben“<sup>762</sup>

– oder eben die Ungleichheiten erst gar keine persönliche Leistung voraussetzen, wie bspw. durch Erbe oder arbeitslose Kapitalvermögen.

Das Recht auf Privateigentum sollte darum nicht unbeschränkt gelten (was es faktisch ja nie tut, man denke nur an die Erhebung von Steuern), sondern ein gewisses Maß einhalten. Privateigentum ist ein Grundrecht des Grundgesetzes, könnte und sollte jedoch (im Sinne der Verpflichtung auf das Wohl der Allgemeinheit) eingegrenzt werden. Der moralische Appell des Grundgesetzes an die Gemeinwohlbindung von Vermögen könnte also durchaus zukünftig auch rechtliche Folgen haben. Denn in einem substantiellen Liberalismus hat das Recht auf Privateigentum nur teilweise Grundrechtscharakter, „nämlich so weit, wie es um ein verallgemeinerungsfähiges

---

<sup>761</sup> Deutsches Grundgesetz (2003: Artikel 19 Absatz 3).

<sup>762</sup> Dahrendorf (2003: 28f.).

Mass an personalem Eigentum geht.“<sup>763</sup> Dieses Maß ist natürlich eine *politische* Entscheidung, für die hier keine konkrete Dimension festgelegt werden kann. Auch welche konkrete steuerpolitische Maßnahme dafür geeignet ist und wie sie bspw. Firmenvermögen in Privathand schützt oder eben auch nicht, muss politisch entschieden werden. Wichtig ist jedoch anzuerkennen und zu betonen, dass Privateigentum Macht bedeutet und mit ihm eine gesellschaftliche Mitverantwortung einhergeht. Da dies offensichtlich nicht immer anerkannt wird, müssen Strukturen institutionalisiert werden, die diese Macht einschränken oder in gesellschaftlich gewünschte Bahnen lenken können.<sup>764</sup>

### 6.2.2.3 – Haftung

Der zweite hier relevante Aspekt der Tauschbedingungen einer Wettbewerbsordnung ist die *Haftung*. Die Haftung ist das juristische Instrument der Verantwortung – wer haftet, ist *rechtlich* dazu verpflichtet, für sein Handeln Verantwortung zu übernehmen. Für alle Ordoliberalen war Haftung ein elementarer Bestandteil der Wettbewerbsordnung, ohne den die Marktwirtschaft nicht funktionieren könne:

„Die Haftung hat im Aufbau der wirtschaftlichen Gesamtordnung große Funktionen, wenn die Gesamtordnung eine Wettbewerbsordnung sein soll. Dann soll sie die Auslese der Betriebe und leitenden Persönlichkeiten ermöglichen oder erleichtern. Sie soll weiter bewirken, daß die Disposition des Kapitals vorsichtig erfolgt. Investitionen werden um so sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese Investition haftet. [...] Die Wettbewerbsordnung kann ohne persönliche Verantwortung der einzelnen ebensowenig funktionsfähig werden wie beim Fehlen ausreichender Marktformen oder Geldordnungen. [...] Haftung gehört zur Lenkungsmechanik der vollständigen Konkurrenz. Sie ist ein unentbehrliches ordnungspolitisches Institut der Wettbewerbsordnung.“<sup>765</sup>

Röpke formuliert diese Unentbehrlichkeit fast identisch.<sup>766</sup> Den Ordoliberalen ging es dabei um den juristischen Rahmen der Verantwortung, den zu setzen Aufgabe der Politik ist.

In den gegenwärtigen Strukturen der wirtschaftlichen Haftung, die auch schon zu Zeiten der Ordoliberalen nicht viel anders waren als heute, sahen die Ordoliberalen vor allem in der Beschränkung der Haftung durch juristische Personen wie GmbHs und

---

<sup>763</sup> Ulrich (2008: 293).

<sup>764</sup> Die Debatte um Vermögen und Einkommen wird in Kapitel 7.1 noch weiter ausgeführt.

<sup>765</sup> Eucken (1952: 212f.).

<sup>766</sup> Vgl. Röpke (1994: 303f.).

AGs „eine der ärgsten Verzerrungen unserer Wirtschaftsverfassung, da in der Tat die Entwicklung des Aktienwesens mit seinen vieldiskutierten, aber bisher leider wenig kurierten Mißständen, die zunehmende Übernahme des Risikos durch die Allgemeinheit (Sozialisierung der Verluste)“<sup>767</sup> verursacht habe. Mit der Sorge vor der Übernahme des Risikos durch die Allgemeinheit spricht Röpke ein hochaktuelles Thema an, denn die Finanzkrise hat gezeigt, dass genau dies eine Folge der beschränkten Haftung ist: Die „Sozialisierung der Verluste“ durch die Bankenrettungen, die aufgrund des „Too big to fail“-Arguments während der globalen Finanzkrise auf dem Rücken der Steuerzahler ausgetragen wurde, zeigt sehr eindrücklich die falschen Anreize und damit verbundenen Probleme, die eine Haftungsbeschränkung in einer Wettbewerbsordnung, in der doch sonst immer so nachdrücklich Eigenverantwortung gefordert wird, verursacht. Schon für die Ordoliberalen musste darum unter allen Umständen sichergestellt sein, „daß eine Fehlleistung ihre unerbittliche Sühne in Verlusten und schließlich durch den Konkurs im Ausscheiden [...] findet.“<sup>768</sup>

Die Kopplung von Risiko und Haftung ist heute in vielen wirtschaftlichen Bereichen (wie dem Bankensektor) erodiert, was dann eben zu risikoreichen Investments und rücksichtslosem wirtschaftlichem Verhalten führt. Wie in Abschnitt 5.4 erläutert, ist es darum eines der wichtigsten Anliegen des substantiellen Liberalismus, Verantwortungsstrukturen zu (re-) etablieren. Die gesellschaftlichen Institutionen müssen derart gestaltet sein, dass im wirtschaftlichen Handeln Verantwortung (oder eben sonst juristisch geregelt: Haftung) wieder ernstgenommen wird und Strukturen geschaffen werden, die übertrieben (oder gar rücksichtslos) risikoreiches Handeln auch wieder angemessen bestrafen.

Dass die Änderung der Haftungsstrukturen allein, neben den vielen anderen Dingen, denen sich der substantielle Liberalismus widmen muss, eine Herkulesaufgabe ist, steht außer Frage. An dieser Stelle soll es jedoch bei der normativen Forderung bleiben, dass in dieser Hinsicht dringend etwas geschehen sollte, damit überhaupt wieder von einer sinnvollen Wirtschaftsordnung in Form einer Marktwirtschaft gesprochen werden kann. Wie dies konkret aussehen kann, wird in Abschnitt 7.2 anhand des Beispiels der Finanzkrise und der Haftung der Banken ausführlicher skizziert.

---

<sup>767</sup> Röpke (1994: 304).

<sup>768</sup> Röpke (1994: 304).

### 6.2.3 – Systembedingungen

Die Bedingungen des Tauschs bei Eucken waren rechtliche Regelungen, die von der Politik für eine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung festgelegt werden müssen. Im Gegensatz dazu sind die Systembedingungen Aufgaben an die Politik, die diese zur Erhaltung der Marktwirtschaft als ständige Aufgaben betrachten muss.<sup>769</sup> Aufgrund der fundamentalen Verschiebung des Grundprinzips auf substantielle Freiheit fallen nun auch die Systembedingungen viel umfangreicher aus als bei Rodenstock und Eucken. Um den Primat der Politik deutlich zu machen und ein marktwirtschaftliches System mit substantieller Freiheit zu verbinden, werden nun viele regulative Prinzipien zur Systembedingung erhoben. So wird bspw. das Prinzip der Einkommensumverteilung durch das Prinzip der Chancengerechtigkeit ersetzt und ergänzt.

Weiterhin wird die Finanzmarktpolitik als Systembedingung hinzugefügt, da ein funktionierendes Finanzsystem so essentiell geworden ist, dass eine funktionierende Wettbewerbsordnung darauf angewiesen ist – wie die derzeitige Störung des Finanzsektors offenbart. Sozial- und Finanzpolitik sind so keine Notfallmaßnahmen oder „Nachjustierungen“<sup>770</sup> mehr, wie bei Euckens regulativen Prinzipien, die nur nachträglich oder bei Störungen eingreifen müssten, sondern sie sind für eine moderne, chancengerechte Wirtschaftspolitik fundamental entscheidend dafür, dass die Marktwirtschaft gesellschaftlich integriert ist und substantielle Freiheit gewährleistet. Die Liste der Systembedingungen ist darum nun entsprechend länger:

- Konstanz der Wirtschaftspolitik
- Primat der Währungspolitik
- Mitverantwortung
- Unabhängige Wirtschaftspolitik
- Finanzmarktpolitik
- Chancengerechtigkeit

#### 6.2.3.1 – *Konstanz der Wirtschaftspolitik und Primat der Währungspolitik*

Die ersten beiden Prinzipien sind funktionale Prinzipien einer Wettbewerbsordnung, die technisch zu verstehen sind und im Sinne der Ordoliberalen weitergeführt werden

---

<sup>769</sup> Vgl. Rodenstock (2012: 27).

<sup>770</sup> Rodenstock (2012: 31).



können. Es geht hierbei darum, zum einen eine gewisse Konstanz in der Wirtschaftspolitik zu gewährleisten, um Unternehmen und Unternehmern ein sicheres Umfeld zu bieten, in dem sie mit einem Maß an Planbarkeit für ihre Investitionen rechnen können:

„Eine gewisse *Konstanz* der Wirtschaftspolitik ist nötig, damit eine ausreichende Investitionstätigkeit in Gang kommt. Ohne diese Konstanz wäre auch die Wettbewerbsordnung nicht funktionsfähig. [...] Die langfristige Festlegung von Steuern, von Handelsverträgen, von Währungseinheiten usw. ist von erheblicher Bedeutung. Solange sie fehlt, ist mit einer ausreichenden Neigung zu investieren, nicht zu rechnen.“<sup>771</sup>

Zum anderen soll für stabiles Geld nach innen wie nach außen gesorgt werden, damit keine größeren Inflations- oder Deflationstendenzen aufkommen. Diese beiden Prinzipien sind ein Relikt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und heute durch die globale Verflechtung der Weltwirtschaft, vor allem Deutschlands im Euro-Raum, politisch wesentlich schwerer durchsetzbar geworden. Beide Prinzipien sind wünschenswert, doch ob sie heute noch elementare Systembedingungen sind oder möglicherweise eher regulativ wirksam werden, kann zumindest diskutiert werden. Aufgrund der konzeptionellen Natur des vorliegenden Entwurfs werden sie jedoch weiter als erstrebenswerte Systembedingungen geführt.

#### **6.2.3.2 – Mitverantwortung**

Das Prinzip der Mitverantwortung, das Rodenstock einführt, ist die interessanteste Ergänzung der Prinzipien von Eucken. Rodenstocks Imperativ dazu lautet: „Mitverantwortung in der Gesellschaft verankern“<sup>772</sup>. Rodenstock nennt diese Ergänzung eine „weichere Kategorie“<sup>773</sup> und bemerkt damit selbst, dass er hier die üblichen nationalökonomischen, ordnungspolitischen Pfade verlässt. Mit der Diskussion von Mitverantwortung in der Gesellschaft ist er plötzlich in eine gesellschaftspolitische Debatte geraten, die über die Wirtschaftspolitik Euckens hinausgeht und ihn mehr im gedanklichen Reich von Röpke, Rüstow oder Müller-Armack ankommen lässt. Gleichzeitig scheint dem Autor jedoch etwas unwohl beim Umgang mit diesen „weicheren Kategorien“.

Für Rodenstock ist die Mitverantwortung nun – neben der Haftung (welche die *gesetzlichen* Verpflichtungen regelt) – die Kategorie „einer allgemeinen Haltung und

---

<sup>771</sup> Eucken (1990: 288), Hvh. im Original.

<sup>772</sup> Rodenstock (2012: 27).

<sup>773</sup> Rodenstock (2012: 27).

Einstellung der Menschen zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Freiheit, die auch für die Regelfindung wichtige Impulse zu setzen vermag.“<sup>774</sup> Hier gelangt Rodenstock also zu einer beinahe republikanischen Mitverantwortung, die ihm für das gesellschaftliche Miteinander notwendig erscheint und die die Regeln, die ja die Ordnungspolitik aufstellen soll, findet und mit Leben füllen soll. Interessant ist, wie er diese nun begründet. Denn statt zu einer tatsächlich ethischen Begründung kann sich Rodenstock nur zu einer wettbewerbstheoretischen Begründung durchringen, die er bei Homann findet, den er an dieser Stelle zitiert. So lasse sich nämlich die Marktwirtschaft spieltheoretisch „auch als System wiederholter Spiele verstehen, das durch Spielregeln geprägt wird. Doch die individuellen Spielzüge passen sich nicht nur den Regeln an, sondern sie spiegeln ebenso ein bestimmtes Spielverständnis wider, d.h. eine grundsätzliche Haltung dem System gegenüber (vgl. Homann). [...] Im Spielverständnis [...] manifestiert sich eine Verantwortung des Bürgers, die über das Spiel hinausgeht und das Ganze in den Blick nimmt.“<sup>775</sup>

Es ist bedauerlich, dass Rodenstock, der hier wirklich eine interessante Ergänzung der Euckenschen Prinzipien vornehmen möchte und in diesem Zusammenhang dann sogar noch Hannah Arendt und ihr „Konzept des öffentlichen Raums“<sup>776</sup> zitiert, in seiner Grundlegung der bürgerlichen Mitverantwortung nicht über eine spieltheoretische Begründung hinauskommt. Diese mag zwar unter dem Gesichtspunkt der ihr eigenen Logik zutreffen, reicht jedoch nicht, um ein gehaltvolles Prinzip der bürgerlichen Mitverantwortung zu begründen. Dazu bedarf es Gründe einer politischen Ethik, wie sie in Kapitel 4 und 5 dargelegt wurden.

Natürlich stellt die gesellschaftliche Mitverantwortung, im vorliegenden Entwurf als republikanischer Bürgersinn skizziert, ebenfalls eine zentrale Systembedingung dar – nur sie vermag es, die Marktwirtschaft zu zivilisieren und eine Politik der Freiheit zu gestalten und zu legitimieren. Diese ist jedoch bereits in die vorrangige Diskussion der *Gesellschaftspolitik* integriert gewesen und somit ohnehin eine elementare Voraussetzung für die wirtschaftspolitischen Prinzipien. An dieser Stelle kann darum auf das vorherige Kapitel 5.4 verwiesen werden, in dem diese ausführlich besprochen wurde.

---

<sup>774</sup> Rodenstock (2012: 28).

<sup>775</sup> Rodenstock (2012: 28).

<sup>776</sup> Rodenstock (2012: 28).

### 6.2.3.3 – *Unabhängige Wirtschaftspolitik*

Eine wichtige Neuerung und Ergänzung der Systembedingungen, die sowohl bei den Ordoliberalen als auch bei Rodenstock so nicht als Prinzip einer Wettbewerbsordnung zu finden ist, ist eine (vor allem von wirtschaftlichen Interessen) unabhängige Wirtschaftspolitik als zentrale Bedingung einer funktionierenden Wettbewerbsordnung. Die Ordoliberalen hatten sich zwar mit diesem Thema auseinandergesetzt, es jedoch nicht explizit in ihren ordnungspolitischen Prinzipien eingeordnet.<sup>777</sup> Dies soll hier nachgeholt werden.

Ein Grundthema der Ordoliberalen und ihr wesentliches Augenmerk in der Diskussion marktwirtschaftlicher Strukturen war die Verhinderung wirtschaftlicher Macht. Es war vor allem Eucken, der dieses Thema zum Fokus seiner Arbeit machte, doch auch die anderen Autoren folgten der Einsicht, dass Übermacht (sei sie staatlicher oder privater Natur) den Markt störe und das Wohl der Gesellschaft gefährde. So war staatliche Macht eine Gefahr für die Marktwirtschaft, weshalb man auch Interventionen des Staates in die Wirtschaft stets skeptisch gegenüberstand. Röpke forderte eine „äußerste Trennung der Sphären des Staates und der Wirtschaft“<sup>778</sup>, um staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zu minimieren. Allerdings gibt es das gleiche Problem auch mit umgekehrtem Vorzeichen, sollte eigentlich doch in einem demokratischen Staat auch die Einflussnahme wirtschaftlicher Akteure auf die Politik thematisiert werden. Röpke erkannte dies und sprach sich nicht nur gegen wirtschaftliche Machtballungen im Markt, sondern auch vehement gegen wirtschaftliche Macht als Einflussnahme auf die Politik aus.<sup>779</sup> Auch Eucken erkannte, „daß allgemein gerade durch die enge Verflechtung mit der Wirtschaft die Selbständigkeit der Willensbildung des Staates unterhöhlt wird, auf der seine Existenz beruht.“<sup>780</sup> Ein Staat, der sich nicht gegen wirtschaftliche Interessen durchsetzen könne, würde schnell zum Spielball der wirtschaftlichen Interessen werden, was dann wiederum zur Vermachtung in der Wirtschaft führe, da die Wirtschaft die Wettbewerbspolitik des Staates behindern könne. Vor allem auch Rüstow hat immer wieder darauf hingewiesen, dass das Ideal eines schwachen Staates des klassischen Liberalismus letztlich den Staat selbst und die

---

<sup>777</sup> Bei Eucken ließe sich argumentieren, dass idealerweise das Grundprinzip des funktionierenden Preissystems bei vollständiger Konkurrenz gar nicht erst zu Machtagglomerationen führen sollte, die die Politik beeinflussen könnten – und wenn doch, gibt es das erste regulative Prinzip, das dagegen wirken soll. In diesem Sinne wäre dieser Aspekt dann evtl. doch in Euckens Prinzipien zu finden.

<sup>778</sup> Röpke (1954: 479).

<sup>779</sup> Vgl. Röpke (1947: 16).

<sup>780</sup> Eucken (1997: 13).

Freiheit, die er garantieren soll, gefährde, da er Gefahr laufe, sich dem Druck wirtschaftlicher Macht unterzuordnen:

„Das selbstgesetzte Ideal des Liberalismus war ein schwacher, zugleich jedoch neutraler und unabhängiger Staat. Es fiel niemandem auf, daß diese beiden Anforderungen einander widersprachen. Niemand begriff die auf der Hand liegende soziologische Wahrheit, daß Stärke und Unabhängigkeit des Staates voneinander abhängige Variablen sind und allein ein starker Staat mächtig genug ist, seine Unabhängigkeit zu wahren.“<sup>781</sup>

Und Rüstow fährt an anderer Stelle fort:

„Nun war aber das Ideal des Liberalismus – auch ein Ausfluss seiner Soziologieblindheit – gerade ein möglichst schwacher Staat, ein Minimum an Staatsmacht und Staatsgewalt [...]. Denn je schwächer der Staat war, [...] desto weniger konnte er, wie man meinte, in Versuchung kommen, sich Übergriffe in die geheiligte Sphäre der freien Wirtschaft zu erlauben. [...] [Doch so] wurde der Punkt erreicht, unterhalb dessen seine Kraft und Autorität zur Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit nicht mehr ausreicht. Er begann, dem Ansturm der [...] pressure groups, wie der treffende englische Ausdruck lautet, zu erliegen.“<sup>782</sup>

Rüstow analysiert hier absolut treffend ein Problem des klassischen Liberalismus und nimmt gleichzeitig die Entwicklung des Neoliberalismus der vergangenen Jahrzehnte vorweg. Denn der Neoliberalismus scheint in dieser Hinsicht heute eine ganz ähnliche Situation des schwachen Staates und des starken wirtschaftlichen Einflusses auf die Politik verursacht zu haben. In ihrer Sorge um den Markt hat sich die neoliberale Politik zunehmend selbst entmachtet und der Wirtschaft, allen voran den globalen Großkonzernen, zu viele Freiräume gelassen. Die Politik traute sich selbst immer weniger Einflussnahme zu und wurde so immer mehr zum Spielball wirtschaftlicher Interessen und verlor dabei ihre Unabhängigkeit. Die Unternehmen haben es so vermocht, mittels Lobbyismus „einen von ihnen dominierten Bereich nicht-demokratischer bürgerlicher Aktivitäten“ einzurichten, „von dem die große Mehrheit der Normalbürger ausgeschlossen ist.“<sup>783</sup> Die neoliberale Reduktion des Staates auf den Nachtwächterstaat hat dazu geführt, dass die Wirtschaft zunehmend Entscheidungen, auch über die Köpfe der Bürger hinweg, beeinflussen kann. Ein eindruckliches Beispiel dafür sind die Entscheidungsfindungen der Europäischen Union, wie Oswalt sie darstellt:

---

<sup>781</sup> Rüstow (2001: 35).

<sup>782</sup> Rüstow (1950: 126).

<sup>783</sup> Beides Crouch (2011: 193).

„Ein wichtiger Teil der exekutiven und legislativen Macht in der Europäischen Union liegt von vorne herein in der Hand der Großindustrie. [...] Multinationale Konzerne entscheiden auf diesem Weg über die Lebensbedingungen von dreihundertfünfzig Millionen Europäern“<sup>784</sup> – ohne dass diese ein Mitspracherecht hätten.

Oswalt zeichnet ein düsteres Bild der heutigen Wirtschaftsordnung, deren wesentliches Problem er (als Enkel Euckens folgerichtig) im Bestehen von wirtschaftlichen Machtkonzentrationen sieht:

„Durch Wirtschaftsmacht werden nicht nur unmittelbar die materiellen Lebensgrundlagen bedroht. Der Vermachtungsprozeß zerstört auch die geistigen, sozialen und kulturellen Existenzbedingungen der freien Gesellschaft und damit ihre Fähigkeit zur Lösung der Überlebensfragen.“<sup>785</sup>

Für Oswalt ist die Lösung des Problems die gleiche wie schon für Eucken, da er auf der Ordnungsebene die Verhinderung von Machtstrukturen allgemein sucht:

„Aber die Krise [...] liegt nicht an der oft beklagten mangelnden Moral der Mächtigen oder einem allgemeinen Werteverfall in der Gesellschaft. Das Problem ist viel grundsätzlicher und zu gleich wesentlich einfacher: Der Fehler ist, daß überhaupt solche Machtstrukturen legal entstehen konnten“<sup>786</sup>.

Folgt man Oswalt und den Ordoliberalen in ihren Forderungen, so ist das grundsätzliche Problem von wirtschaftlicher Macht, dass sie überhaupt existiert und der Staat sie zugelassen hat, indem er sich selbst bestimmte Dispositive hat entreißen lassen. Unter dem Vorsatz, (wirtschaftliche) Freiheit und so Wohlstand für alle zu ermöglichen, hat man Machtstrukturen entstehen lassen, die zutiefst undemokratisch (und eigentlich auch nicht mehr wettbewerbskonform im Sinne der Ordoliberalen) sind. Dies ist jedoch nicht einfach so geschehen, sondern die Politik hat diese Strukturen selbst so angelegt und aktiv daran mitgewirkt, dass wirtschaftliche Akteure zunehmend Einfluss gewinnen *können*, denn die „autoritäre Politik der Konzerne ist ohne die Autorität des Staates unmöglich.“<sup>787</sup>

Die Sorgen der Ordoliberalen haben sich somit in gewisser Weise bestätigt: Für Eucken und Böhm gab es keine größere Gefahr für die Marktwirtschaft und die Gesellschaft als (wirtschaftliche) Übermacht. Während Eucken der Meinung war, dass die Durchsetzung einer Wettbewerbsordnung wirtschaftliche Übermacht verhindern würde, ist das Gegenteil eingetreten: Die Beschränkung auf das freie Preissystem bei

---

<sup>784</sup> Oswalt (1997: 169).

<sup>785</sup> Oswalt (1997: 168).

<sup>786</sup> Oswalt (1997: 170).

<sup>787</sup> Oswalt (1997: 178).

vollständiger Konkurrenz als „wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundprinzip“<sup>788</sup> und die unbedingte Durchsetzung der Wettbewerbsordnung hat durch den intensiven Wettbewerb und die damit verbundenen Entwicklungen (wie bspw. Konzentrationen aufgrund von Vorteilen durch Skalenerträge etc.) dazu geführt, dass Großkonzerne entstehen konnten, die dann mittels „Standortwettbewerben“ und „Sachzwangargumenten“ die Politik vor sich hertreiben können. Eucken war mit seiner Maßgabe, der Staat müsse „wirtschaftliche Macht selbst“<sup>789</sup> bekämpfen (und nicht nur ihre Missbräuche) zwar auf der richtigen Spur, doch – so wichtig sie auch sein mag – war die von ihm vorgeschlagene vollständige Konkurrenz als Mittel dazu offenbar nicht ausreichend. Statt nur noch mehr Wettbewerb und Konkurrenz zu fordern, müsste die Politik darum nun daran gehen, wirtschaftliche Macht selbst wieder unter Kontrolle zu bringen. Dazu muss der Staat sich selbst auch erst wieder zutrauen, staatliche Macht einzusetzen, scheint dies doch vor allem in wirtschaftlichen Fragestellungen aufgrund von „Sachzwängen“ weitestgehend „unmöglich“ zu sein. Eine liberale, partizipativ-demokratische Gesellschaft ist jedoch nicht durchsetzbar, solange ihre politischen Entscheidungen in Geiselhaft wirtschaftlicher Machtgruppen sind. In der Erkenntnis Rüstows, dass „allein ein starker Staat mächtig genug ist, seine Unabhängigkeit zu wahren“<sup>790</sup>, muss ein Schritt in eine tatsächlich freiheitliche Gesellschaft darum sein, auch politisch wieder freier zu sein und sich von ökonomischen Sach- und Denkwängen zu lösen sowie wirtschaftliche Lobby-Gruppen im Namen einer demokratischen Gesellschaft wieder in ihre Schranken zu verweisen.

Es ist der Verdienst Euckens und der Ordoliberalen, das Thema der *Macht* im Diskurs von Ökonomie und Gesellschaft prominent gemacht zu haben und es ist höchste Zeit, dieses Thema wieder aufzugreifen. Denn auch wenn die Freiheit und mit ihr das gerechte Zusammenleben die zentralen Werte unserer Gesellschaft darstellen, kommen doch alle Appelle an Ethik und Vernunft nicht um die faktischen, hart umkämpften Machtstrukturen herum. Ein wesentlicher Aspekt einer liberalen Gesellschaftsordnung muss es darum sein, dieses Faktum anzuerkennen und angemessen darauf zu reagieren.<sup>791</sup>

---

<sup>788</sup> Eucken (1990: 254).

<sup>789</sup> Eucken (1947), zitiert nach Oswalt (1997: 173).

<sup>790</sup> Rüstow (2001: 35).

<sup>791</sup> Vgl. auch Klump / Wörsdörfer (2009: 330).

#### **6.2.3.4 – Finanzmarktpolitik**

Eine weitere Systembedingung stellt die *Finanzmarktpolitik* dar, deren Aufgabe es in erster Linie ist, Finanzstabilität herzustellen:

„Aus funktionstechnischer Sicht kann von Finanzstabilität gesprochen werden, wenn das Finanzsystem seine gesamtwirtschaftliche Funktion in der Form der Allokation von Kapital und Risiko jederzeit erfüllt und sich gegenüber exogenen Schocks als widerstandsfähig erweist. Zentral dabei ist sicher die Rolle des Finanzsystems als Finanzierer der Realwirtschaft.“<sup>792</sup>

Wichtig ist hierbei bereits der Verweis auf die Realwirtschaft, denn diese bringt neben der funktionstechnischen Komponente der Finanzmarktpolitik auch eine normative mit ins Spiel. Denn aus der hier eingenommenen Sicht muss eine Finanzmarktpolitik die Frage an die Finanzwirtschaft stellen, was eigentlich ihre Aufgabe ist und wozu sie überhaupt wirtschaftet. Die Wirtschaft wurde mit dem Ordoliberalismus als ein den Menschen dienendes System definiert, als gesellschaftlicher Bereich, in dem Werte, die gesellschaftlich erwünscht sind, für alle geschaffen werden. Eine Finanzwirtschaft, die nur noch selbstreferentiell hochabstrakte Finanzprodukte erschafft, die niemand mehr versteht und dann andere, unvorsichtige (oder auch leichtsinnige) Finanzinstitute in den Ruin treiben, ist jedoch keine gesellschaftlich sehr nützliche oder wünschenswerte Institution.

Insofern Banken keine direkte Dienstleistung am Kunden oder der Realwirtschaft erbringen, geraten sie darum unter Legitimationsdruck, da für viele nicht einsehbar ist, ob und wie bspw. hochkomplexe Interbanken-Geschäfte oder Spekulationen mit Nahrungsmitteln der Gesellschaft dienen. Darum muss geklärt werden, welche Art von Banken- und Finanzsystem eine Gesellschaft überhaupt haben möchte. Genau dies ist aber die Aufgabe von Finanzmarktpolitik, und da diese Frage sowie die der Finanzstabilität für eine Marktwirtschaft von großer Bedeutung ist und die Finanzierung der Realwirtschaft eine elementare Aufgabe ist, wird sie als Systembedingung, und eben nicht nur wie bei Rodenstock als Regulativ, definiert. Wie eine solche Finanzmarktpolitik aussehen kann, wird in Kapitel 7.2 ausführlicher diskutiert.

#### **6.2.3.5 – Einkommens- und Chancengerechtigkeit**

Das letzte und sehr bedeutsame Prinzip der Systembedingungen ist die Einkommens- und Chancengerechtigkeit. Was bei Rodenstock noch „Einkommensumver-

---

<sup>792</sup> Jäger-Ambrożewicz / Puls et al. (2011: 14), zitiert nach: Rodenstock (2012: 32).

teilung“ hieß, wurde hier Chancengerechtigkeit genannt, womit betont werden soll, dass es hierbei nicht nur um eine Ex-post-Umverteilung gehen soll, sondern im Sinne des substantiellen Liberalismus auch ex-ante die gerechte Verteilung von Chancen im Fokus stehen soll. Generell geht es beim Prinzip der Chancengerechtigkeit um die Teilnahme und Teilhabe an *gesellschaftlichen Prozessen* – auch dies eine Erweiterung des Prinzips von Rodenstock, dem es nur um die Teilnahme und Teilhabe an *wirtschaftlichen* Prozessen ging. Entsprechend der gesellschaftspolitischen Ausrichtung der Politik der Freiheit muss auch die Wirtschaftspolitik dazu beitragen, dass möglichst viele Mitglieder der Gesellschaft an dieser teilhaben können und damit die Freiheit aller nach Möglichkeit vergrößern. Dazu gehören auch sozialpolitische Maßnahmen der Umverteilung – doch sollten diese eben tatsächlich nur, wie auch vom Ordoliberalismus vorgesehen, regulativ sein und dann greifen, wenn trotz der Chancen und Möglichkeiten, die die Gesellschaft bietet, einzelne diese Hilfe benötigen. Doch dazu müssen Chancen zur Selbstverwirklichung und zur Befreiung aus ökonomischen Zwängen zunächst allen Mitgliedern der Gesellschaft möglichst gleichermaßen zur Verfügung stehen – und das ist eben eine *Systembedingung*, und nicht nur eine Nachjustierung des Systems. Hier realisieren sich dann die in Kapitel 5 geforderten Wirtschaftsbürgerrechte sowie das vitalpolitische Grundprinzip. Wie eine solche Politik der Chancengerechtigkeit aussehen kann, wird ebenfalls in Kapitel 7.1 detailliert geschildert.

#### **6.2.4 – Regulierende Politik**

Nun bleiben abschließend nur noch einige wenige regulative Prinzipien, die tatsächlich nur Nachjustierungen bei Problemen mit der Marktwirtschaft darstellen. Dies sind zum einen die Wettbewerbspolitik, zum anderen die Internalisierung externer Effekte und öffentlicher Güter.

Bei der *Wettbewerbspolitik* geht es darum, Monopole und Kartelle zu verhindern und sie dort, wo sie doch entstehen, zu zerschlagen. Diese Forderung gab es bisher auch in der ordo- und neoliberalen Wettbewerbspolitik, doch scheint ihr Fokus etwas zu eng gewesen zu sein. Im Rahmen der erwähnten Vermachtung der Großkonzerne, die derzeit in der globalen Weltwirtschaft zu beobachten ist, scheint diese Politik zwar Monopole und Kartelle im strengeren Sinne verhindert zu haben. Doch wirtschaftliche Übermacht hat sie dennoch überhaupt nicht einzudämmen vermocht. Wettbewerbspolitik sollte, auch im Sinne der Systembedingung der von wirtschaftlichen Interessen unabhängigen Wirtschaftspolitik, darum umfassender



verstanden werden als eine Politik, die die Übermacht von Wirtschaftsakteuren zu reduzieren versucht – und zwar über die Monopol- und Kartellkontrolle hinaus als Ergänzung der Systembedingung der unabhängigen Wirtschaftspolitik.

Der politische *Umgang mit externen Effekten und öffentlichen Gütern* ist ein weiteres regulatives Prinzip. Die Tatsache, dass es in einer Marktwirtschaft regelmäßig zu Marktversagen kommt und der Staat öffentliche Güter bereitstellen muss, lässt den sinnvollen Umgang mit selbigen zur Notwendigkeit werden. Denn eine Ordnungspolitik, die diese Erscheinungen nicht von Anfang einkalkuliert und weiß, wie sie damit umzugehen hat, ist fahrlässig. Wichtigste Aufgabe ist es hier, dass „auch die Nebenwirkungen des wirtschaftlichen Tuns in das privatwirtschaftliche Kalkül einfließen.“<sup>793</sup> Die Politik muss Mittel und Wege finden, sozial unerwünschte Praktiken und ökologische Nebenwirkungen der Wirtschaft „einzupreisen“ und sog. Externalitäten den Verursachern, also den Unternehmen selbst statt der Allgemeinheit in Rechnung zu stellen.

Ein weiteres regulatives Prinzip Rodenstocks ist das der *Krisenreaktion im Falle einer abrupten und systemischen Unordnung*. Hierbei geht es Rodenstock darum, die Möglichkeit einzuräumen, dass Ordnungspolitik alleine auch keine Krisen verhindern können wird und die Krisenpolitik des Staates in einem solchen Falle legitimiert wird. Dies ist für den vorliegenden Entwurf nicht weiter entscheidend, da im Rahmen der vorgelagerten Gesellschaftspolitik des substantiellen Liberalismus eine solche Intervention im Krisenfall ohnehin legitimiert wäre. Ähnliches gilt für die regulative Politik bei einer *Anomalie des Angebots*. Hier definiert Rodenstock bestimmte Szenarien, in denen der Staat (beinahe keynesianisch angehaucht) intervenieren dürfte und unter bestimmten Umständen sogar Mindestlöhne gerechtfertigt wären. Auch eine solche Politik ist im substantiellen Liberalismus nicht mehr explizit notwendig, ist sie doch in der Politik der Freiheit bereits enthalten. Diese beiden regulativen Prinzipien entfallen darum.

Der Vergleich der wirtschaftspolitischen Prinzipien von Eucken, Rodenstock und des substantiellen Liberalismus in Abbildung 3 macht vor allem den Unterschied im wirtschaftspolitischen Grundprinzip deutlich: Wo vormals das funktionierende Preissystem den Primat eingenommen hatte, steht nun die substantielle Freiheit als Orientierungspunkt. Daraus ergibt sich, dass vor allem die Systembedingungen erweitert werden mussten, um der Unterordnung des Preissystems unter die regulative Idee substantieller Freiheit gerecht zu werden.

---

<sup>793</sup> Rodenstock (2012: 36).

Die Idee des substantiellen Liberalismus hat sich nun (ganz im Sinne der ordoliberalen Konzeption) in einer Wettbewerbsordnung niedergeschlagen, die in eine vorgelagerte Gesellschaftspolitik eingebettet ist. Dazu wurden wirtschaftspolitische Prinzipien festgelegt, die eine funktionierende Wettbewerbsordnung einrichten und der Wirtschaftspolitik Orientierung geben sollen, gleichzeitig jedoch dem Primat der substantiellen Freiheit verpflichtet und diesem nachgeordnet sind. Damit ist überhaupt erst die Einbettung der Marktwirtschaft, wie die Ordoliberalen sie gefordert haben, prinzipiell realisierbar; die Wirtschaft kann damit, in einem bestimmten gesetzlichen und gesellschaftspolitischen Rahmen, die Allokation der begrenzten Ressourcen übernehmen. Der Wettbewerb herrscht dann dort, wo er gesellschaftlich nützlich ist, auf eine Art und Weise, wie er die Freiheit aller Bürger gleichermaßen stärkt und fördert.

Trotz des Versuchs, den substantiellen Liberalismus in eine etwas konkretere Politik der Freiheit und eine Wirtschaftsordnung zu übersetzen, bleibt er doch weiterhin ziemlich theoretisch. Im Sinne des prinzipiengeleiteten Pragmatismus, der der vorliegenden Arbeit von Beginn an zugrunde gelegt wurde, muss darum in letzter Konsequenz gezeigt werden, welche Auswirkungen die gewonnenen Prinzipien auf konkrete gesellschaftliche Problemfelder haben können. Dazu soll im abschließenden siebten Kapitel nun noch gezeigt werden, was die gewonnene Perspektive eines substantiellen Liberalismus in Bezug auf die Bewältigung dringender gesellschaftlicher Probleme für einen Unterschied macht. Die ordnungspolitischen Herausforderungen, denen sich dazu gewidmet werden soll, sind a) die zunehmende Ungleichheit zwischen Arm und Reich in der Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundene Chancenlosigkeit vieler Bürger, b) das Problem der gesellschaftlichen (Re-) Integration des Finanzsektors sowie c) die politischen Probleme im Umgang mit der internationalen Verflechtung einer globalisierten Weltwirtschaft.

Bevor dies geschieht, soll jedoch noch ein kurzer Blick auf die Idee einer Sozialen Marktwirtschaft geworfen werden, die zuletzt etwas vernachlässigt wurde. Es soll dazu der Frage nachgegangen werden, inwiefern der nun abgeschlossene Entwurf eines substantiellen Liberalismus als eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft interpretiert werden kann und sollte.

### 6.3 – Substantieller Liberalismus als neue Soziale Marktwirtschaft?

Die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft waren angetreten, eine Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik vorzulegen, die individuelle Freiheit und soziale Gerechtigkeit verwirklichen sollte, da „der Sinn der Sozialen Marktwirtschaft darin besteht, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“<sup>794</sup> Grundlage der „Sozialen“ Marktwirtschaft ist der „Übergang zu einer ausdrücklich gestalteten Wirtschaftsordnung“<sup>795</sup>, sie war der Versuch, „eine sinnvolle und zeitgemäße Abwandlung des marktwirtschaftlichen Systems“<sup>796</sup> umzusetzen, die als Korrektiv zur anhin „freien“ Marktwirtschaft gedacht wurde:

„Entscheidend ist für Müller-Armack, daß die Soziale Marktwirtschaft eine ‚[...] Ordnung nach Maß des Menschen [...]‘ ist, die mit den Realitäten der vorfindlichen Welt unter Berücksichtigung der spezifisch gefaßten Struktur des Menschen pragmatisch umgehe.“<sup>797</sup>

Betrachtet man den vorliegenden Entwurf, so scheint es, als würde er diesen Anforderungen an eine Soziale Marktwirtschaft gerecht, da es ihm nicht nur darum ging, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“<sup>798</sup>, sondern vielmehr das Prinzip der Freiheit *allgemein* mit einer funktionsfähigen, aber zivilisierten Marktwirtschaft („nach Maß des Menschen“<sup>799</sup>) zu verbinden und gleichzeitig die „spezifisch gefasste Struktur des Menschen“<sup>800</sup> zu berücksichtigen. Mit der gewonnenen gesellschaftspolitischen Perspektive und den wirtschaftspolitischen Prinzipien, die daraus abgeleitet sind und diese stärken, vermag es dem substantiellen Liberalismus besser zu gelingen, die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ziele der Ordoliberalen zu verwirklichen. Es wurde gezeigt, dass der substantielle Liberalismus durch seinen Rückgriff auf die ordolibérale Theorie und das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft sehr nahe an deren Intentionen konzipiert wurde und die wesentlichen Ziele sowie einige Grundannahmen teilt. Dennoch hat er sich in wesentlichen Punkten sehr deutlich davon abgesetzt, so dass sich darüber streiten lässt, ob er noch anschlussfähig ist oder nicht. Die Frage, die sich

---

<sup>794</sup> Quaas (2000: 19).

<sup>795</sup> Müller-Armack (1990: 91).

<sup>796</sup> Müller-Armack (1990: 62).

<sup>797</sup> Dietzfelbinger (1998: 246).

<sup>798</sup> Quaas (2000: 19).

<sup>799</sup> Müller-Armack (1973: 19), zitiert nach: Dietzfelbinger (1998: 246).

<sup>800</sup> Dietzfelbinger (1998: 246).

jedoch stellen ließe, wäre vielmehr, ob es überhaupt wünschenswert ist, den vorliegenden Versuch als Neue Soziale Marktwirtschaft oder ähnliches zu bezeichnen. Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft genießt nach wie vor großes Ansehen in der deutschen Bevölkerung, wenn er auch in der Vergangenheit etwas unter der Orientierungslosigkeit der Politik während der Wirtschaftskrise gelitten hat.<sup>801</sup> Es könnte politisch jedoch durchaus klug sein, den Begriff, der ja wie gezeigt in Deutschland politisch hegemonial auftritt (vgl. Abschnitt 3.4), weiter zu verwenden und auf ihn aufzubauen. So könnte ein politisches Programm dann die ideengeschichtlichen Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft sowie ihre Erfolgsgeschichte der Vergangenheit betonen. Gleichzeitig müsste es erwähnen, dass diese natürlich zeitgebunden waren und man nun eine neue, moderne Konzeption vorlegt, die den Wurzeln treu bleibt, aber weiterentwickelt ist.

Mit einem solchen Versuch gerät man aber möglicherweise in Schwierigkeiten. Zum einen gibt es solch einen Versuch bereits in Form der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)“. Diese versucht, mit dem Rückgriff auf Erhard und Müller-Armack der Idee einer Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland wieder mehr Rückhalt zu verschaffen. So loblich dieser Versuch an sich sein mag, instrumentalisiert die Initiative den Begriff jedoch ganz im Sinne der Wirtschaftsinteressen, die hinter der Initiative stecken (vgl. Abschnitt 3.4). So fördert die Initiative im Grunde nur das neoliberale Verständnis von freier Marktwirtschaft und der unternehmerischen Selbstverantwortung zur Erwerbsarbeit. Das Problem ist also, dass auch die „Neue Soziale Marktwirtschaft“ inzwischen neoliberal konnotiert ist. Ein Versuch, die Soziale Marktwirtschaft wiederzubeleben, müsste dies thematisieren und sich ständig davon abgrenzen.

Das zweite Problem ist die doch inzwischen schon sehr lange Begriffsgeschichte und die damit verbundene Aushöhlung des Begriffs (die es der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ja überhaupt erst ermöglicht, ihn so einseitig zu benutzen). Der Begriff wurde bereits in so vielen Kontexten so unterschiedlich verwendet, dass der Versuch, das Konzept zu erneuern, nur als einer von vielen erscheinen und von den Bürgern ignoriert oder missverstanden werden könnte. Die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft wird sehr häufig und von so verschiedenen Akteuren gefordert oder propagiert, dass man einem neuerlichen Versuch möglicherweise nicht mehr so viel Glauben schenken und er im Dauerfeuer der politischen Modebegriffe untergehen könnte.

---

<sup>801</sup> Vgl. Heinz Nixdorf Stiftung / Bertelsmann Stiftung (2010: 2-5).

Ob es also sinnvoll ist, den vorliegenden Entwurf politisch als eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu vermarkten, muss auch wieder der politischen Klugheit der Akteure überlassen werden. Deutlich geworden sollte sein, dass der substantielle Liberalismus durch den Bezug zur ordoliberalen Theorie und dem Bestreben, Freiheit und Gerechtigkeit durch eine eingebettete Marktwirtschaft zu realisieren, eine große Nähe zur Idee einer Sozialen Marktwirtschaft aufweist und sicherlich damit in enger Verbindung steht.

## **7 – Ausgewählte Herausforderungen des substantiellen Liberalismus**

Gesellschaftliche Debatten über Freiheit und Verantwortung sind derzeit hoch im Kurs. Dabei bestätigen nicht nur politische und wissenschaftliche Diskussionen, sondern auch die aktuellen Feuilletons und Talkshows der Bundesrepublik das Anliegen des substantiellen Liberalismus: Selten wurde so oft, so breit und so umfangreich über wirtschaftliche Probleme oder, allgemeiner, über die Wirtschaft und ihre gesellschaftliche Rolle diskutiert. Der substantielle Liberalismus versuchte, Orientierung in diese Debatten zu bringen und aufzuzeigen, wie mögliche Lösungsstrategien einer Politik der Freiheit aussehen könnten.

Nach der idealtheoretischen Diskussion über Freiheit in Kapitel 4 wurde in Kapitel 5 und 6 zunehmend versucht, der Vorstellung eines prinzipiengeleiteten Pragmatismus zu folgen. Dazu wurde skizziert, wie ein auf substantieller Freiheit basierender Liberalismus und folglich auch daraus abgeleitete Prinzipien einer freiheitsfunktionalen Wirtschaftspolitik aussehen könnten. In diesem Sinne bleibt nun noch ein letzter Schritt zu tun, nämlich exemplarisch zu zeigen, welche Perspektive der substantielle Liberalismus auf empirische (gesellschaftliche wie auch wirtschaftspolitische) Probleme der Bundesrepublik Deutschland erlaubt. Der Schwenk zur Empirie soll dabei zeigen, wie sich Probleme nun aus Sicht des substantiellen Liberalismus darstellen und welche Richtung zu ihrer Lösung eingeschlagen werden könnten. Die drei zu untersuchenden Herausforderungen berühren dabei jeweils unterschiedliche Aspekte des substantiellen Liberalismus: Die Diskussion der Ungleichverteilung von Chancen betont vor allem Aspekte der substantiellen Freiheit (Abschnitt 7.1) und zeigt auf, an welchen Stellen eine Politik der Freiheit ansetzen muss, um tatsächlich mehr Freiheit zu gewähren. Hier wird also vor allem die gesellschaftspolitische Debatte aus Kapitel 5 an realpolitische Entwicklungen geknüpft. Die zweite Herausforderung, die die Debatte um die Lehren aus der Finanzkrise aufnehmen wird, stellt dann stärker die Zuschreibung von Verantwortung ins Zentrum (Abschnitt 7.2). Da Autonomie und Verantwortung jedoch, wie in Kapitel 4 festgestellt wurde, untrennbar miteinander verknüpft sind, hat die jeweilige Fokussierung der Kapitel natürlich auch immer die jeweils andere Seite im Blick. Die Debatte der Folgen der Finanzkrise nimmt dazu jedoch, stärker als Abschnitt 7.1, mehr die wirtschaftspolitischen Grundsätze, die in Kapitel 6 entworfen wurden, zur Grundlage.

Die beiden genannten Problembereiche werden verdeutlichen, dass nationalpolitische Kompetenzen heute nicht immer allein ausreichend sind, da sich die Politik zunehmend mit Herausforderungen konfrontiert sieht, die weltweite Ursachen und Auswirkungen haben. Der substantielle Liberalismus wird darum auch auf die Globalisierungsdebatte als dritte Herausforderung eingehen müssen, da die Globalisierung die Rolle der Politik grundsätzlich in Frage stellt und eine Antwort erfordert (Abschnitt 7.3).

Jedes dieser Themen wird zunächst mit einer knappen Problembeschreibung eingeleitet, bevor die spezifische Perspektive des substantiellen Liberalismus sowie mögliche Lösungsvorschläge dargestellt werden. Diese Vorschläge werden zudem immer wieder mit den Diskussionen des Ordo- und Neoliberalismus gekreuzt, um weiterhin die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Konzepte mit dem vorliegenden Entwurf zu betonen.

## **7.1 – Chancen für alle? Wirtschaftliche Ungleichheit und Teilhabegerechtigkeit**

Gemäß der Idee eines substantiellen Liberalismus ist es die Aufgabe der Politik, die gleiche, reale Freiheit aller zu fördern, indem sie Verwirklichungschancen substantieller Freiheit ermöglicht. Es stellt sich nun also die Frage, was die Ursachen fehlender Freiheit sein können. Sen identifiziert drei Hauptursachen von Unfreiheit: Erstens ist dies wirtschaftliche Armut, zweitens das Fehlen öffentlicher Einrichtungen und sozialer Fürsorge, und schließlich drittens die fehlenden politischen und bürgerlichen Rechte.<sup>802</sup> Betrachtet man die Situation der Bundesrepublik Deutschland, so scheinen die drei Unfreiheiten formell nicht gegeben zu sein. Wie sich jedoch herausstellen wird, ist aber eben die substantielle Gewährung dieser Freiheiten das Problem. Die folgenden Abschnitte sollen zeigen, dass es *systematische Hindernisse* gibt, die einem nicht unwesentlichen Teil der Gesellschaft die Wahrnehmung der Chancen und Rechte erschweren. Diese Ungleichheiten bestehen – auch in Deutschland – vor allem im Zugang zu Kapital und Bildung (Abschnitt 7.1.1). An die Problemdarstellung anschließend wird diskutiert, welche Stellschrauben einer Politik der Freiheit zur Verfügung stehen, um diese Hindernisse zu beseitigen und mehr substantielle Freiheit zu gewährleisten (Abschnitt 7.1.2).

---

<sup>802</sup> Vgl. Sen (2011: 13f.).

### 7.1.1 – Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland

Die Soziale Marktwirtschaft wollte „Wohlstand für alle“ durch Wirtschaftswachstum und Umverteilung schaffen, was ihr in den Nachkriegsjahren auch durchaus zu gelingen schien. Damals verband ein Großteil der Bürger das solidarische Gefühl, tatsächlich an der gesellschaftlichen Entwicklung teilzuhaben. Das zunehmende Wirtschaftswachstum sorgte dafür, dass über breite Schichten der Bevölkerung der Wohlstand wuchs und Chancen entstanden, ein erfülltes Leben zu führen. So schien die Politik das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft einzulösen.

Wirtschaftswachstum gab es auch in den vergangenen Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland stetig. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bspw. ist (trotz teils enormer wirtschaftlicher Herausforderungen wie der deutschen Wiedervereinigung oder der Wirtschaftskrise<sup>803</sup>) zwischen 1991 und 2010 um knapp 28% gestiegen. Seit der Wiedervereinigung ist das BIP pro Jahr im Durchschnitt um 1,3% gewachsen<sup>804</sup>, das durchschnittliche verfügbare Einkommen je Arbeitnehmer ist seit 2000 um 18% gestiegen<sup>805</sup> und die individuellen Nettovermögen haben seit 2002 einen Zuwachs von 10%<sup>806</sup>. Diese wirtschaftlichen Indikatoren stehen stellvertretend für ein wirtschaftlich erfolgreiches Land, das es geschafft hat, trotz enormer Herausforderungen ökonomisch erfolgreich zu sein. Der Idealvorstellung der Sozialen Marktwirtschaft (und auch des Neoliberalismus) entsprechend müsste derartiges wirtschaftliches Wachstum nun zu einem „Trickle-down-Effekt“ führen, der dafür sorgt, dass vielleicht am Anfang zwar nur ein kleiner, dann aber ein zunehmend größerer Teil der Gesellschaft vom ökonomischen Erfolg profitiert und es den Menschen durchweg besser geht.<sup>807</sup>

Die Realität zeichnet jedoch ein anderes Bild, denn „[s]eit vielen Jahren häufen sich die empirischen Belege dafür, dass diese Prognose [eines „Trickle-down-Effekts“, A.L.] falsch ist.“<sup>808</sup> In den vergangenen zwei Jahrzehnten mehrten sich die Anzeichen dafür, dass konstantes Wirtschaftswachstum noch lange nicht bedeutet, dass tatsächlich alle Mitglieder einer Gesellschaft auch davon profitieren und wirklich

---

<sup>803</sup> Zu den Herausforderungen der deutschen Ordnungspolitik in den vergangenen zwei Jahrzehnten und deren Wirkung auf die Soziale Marktwirtschaft vgl. Blum (2009: 182-190).

<sup>804</sup> Vgl. Datenreport / Statistisches Bundesamt (DeStatis) (2011: 72).

<sup>805</sup> Vgl. Statista (2011).

<sup>806</sup> Vgl. Frick / Grabka (2009: 2).

<sup>807</sup> Diesen in der Ökonomie häufig vorausgesetzten Effekt findet man schon bei Adam Smith: Das „ungeheure Anwachsen der Produktion in allen Gewerben, als Folge der Arbeitsteilung, führt in einem gut regierten Staat zu allgemeinen Wohlstand, der selbst in den untersten Schichten der Bevölkerung spürbar wird.“ (Smith (1776: 33)).

<sup>808</sup> Habermas (2012: 102).



Wohlstand *für alle* geschaffen wird. Ganz im Gegenteil: Es zeigt sich, dass (nicht nur in Deutschland) zunehmend nur diejenigen vom Wirtschaftswachstum profitieren, die ohnehin schon wohlhabend sind. Die Spaltung der Gesellschaft wird daran sichtbar, dass sich die soziale Schere in so gut wie allen Industrieländern immer weiter öffnet. Das bedeutet, dass viele relativ arme Bürger zunehmend ärmer werden oder zumindest arm bleiben, während einige wenige wohlhabende Bürger immer reicher werden bzw. reich bleiben. Was klingt wie antikapitalistische Polemik ist inzwischen durch viele Studien belegt. Einige der deutlichsten Hinweise dafür, dass es in Deutschland für einige Bevölkerungsgruppen *systematische* Hindernisse gibt, Freiheit zu verwirklichen, sollen hier kurz ausgeführt werden.

## **Einkommen**

Es ist statistisch nachgewiesen, dass trotz zunehmenden Wirtschaftswachstums in vielen Ländern der OECD die *Einkommensungleichheit* steigt. Das bedeutet, dass einige wenige Menschen über steigende Einkommen verfügen, während deutlich mehr Menschen mit sinkendem Einkommen zurechtkommen müssen: „Die Einkommensungleichheit ist seit dem Jahr 2000 in Kanada, Deutschland, Norwegen, den Vereinigten Staaten, Italien und Finnland *merklich* gestiegen“<sup>809</sup>. Diese Einschätzung der OECD deckt sich mit Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die beispielhaft zeigen, dass die Einkommensgegensätze zwischen ärmeren und reicheren Haushalten in Deutschland seit der Wiedervereinigung stetig zunehmen.<sup>810</sup> Laut dem Sozialverband Deutschland seien in Deutschland im Jahr 2012 „etwa zwölf Millionen Menschen einkommensarm, das sind 14,5 Prozent der Bevölkerung [sic!]. Das mittlere Einkommen der Armen (einschließlich finanzieller Sozialleistungen) liegt um gut 20 Prozent unterhalb der Schwelle der Einkommensarmut.“<sup>811</sup> Dieser Entwicklung der Einkommen entspricht auch die Entwicklung der Reallöhne in Deutschland, die lange stagnierten und in den letzten Jahren sogar rückläufig waren:

„In den letzten Jahren sind die Löhne je geleisteter Arbeitsstunde in Deutschland nominal kaum gestiegen, unter Berücksichtigung der Preissteigerungen sind sie sogar gesunken – das gilt für die Arbeitnehmerentgelte, die Bruttolöhne und für die

---

<sup>809</sup> OECD (2008: 5), Hvh. A.L.

<sup>810</sup> Vgl. Goebel / Gornig et al. (2010: 2).

<sup>811</sup> Sozialverband Deutschland (2012: 9). Laut der Studie des Sozialverbands Deutschland liegt die Grenze der Einkommensarmut in Deutschland für eine vierköpfige Familie derzeit bei 1.974,- Euro netto.

Nettolöhne. Bei den Arbeitnehmerentgelten und den Bruttolöhnen kam es nach 2003 zu einer Abwärtsbewegung, bei den Nettolöhnen setzte sie ein Jahr später ein.“<sup>812</sup>

Für vermögendere Bürger ist die Stagnation der Reallöhne möglicherweise kein großes Problem, da sie Einkünfte aus Kapitaleinkommen oder anderem Vermögen beziehen können. Wie die folgenden Zahlen zeigen, ist das Vermögen jedoch mindestens so ungleich verteilt wie die Einkommen. Dies führt dazu, dass diejenigen, die ohnehin am stärksten von den rückläufigen Einkommen betroffen sind, auch noch seltener in der Lage sind, dies durch eigenes Vermögen auszugleichen.

## Vermögen

Die Entwicklung der Vermögen ist vielleicht der deutlichste Indikator der Ungleichheit in Deutschland (vgl. Abbildung 4). Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat anhand der Vermögenszahlen von 2007 gezeigt, dass das durchschnittliche individuelle Nettovermögen zwar im Vergleich zu 2002 um zehn Prozent zugenommen hat, sich jedoch gleichzeitig die *Vermögenskonzentration* verstärkt hat und damit die Vermögensungleichheit weiter zugenommen hat. So verfügte das reichste Zehntel der deutschen Bevölkerung 2007 über *mehr als 60 Prozent* des gesamten Vermögens:

„Gegenüber dem Jahr 2002 hat die Konzentration der Nettovermögen im Top-Dezil weiter zugenommen, in allen anderen Dezilen sind die entsprechenden Anteilswerte für 2007 dagegen niedriger. Mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung besaßen dagegen *kein* oder nur ein sehr geringes individuelles Nettovermögen.“<sup>813</sup>

Interpretiert man diese Verteilung zusammen mit den niedrigen Erbschaftssteuern in Deutschland, wird schnell deutlich, dass hier ein Hauptgrund für die zunehmende Ungleichverteilung liegt: Die unteren Dezile besitzen kaum etwas und leben quasi von der Hand in den Mund, da die Einkommen und die Reallöhne stagnieren und so noch nicht einmal die Inflation ausgeglichen werden kann. Sie sind nicht in der Lage, Vermögen aufzubauen und von Einkommensarmut bedroht, während die oberen Dezile ihr Vermögen stetig weiter aufbauen und auch beinahe ungehindert an nachfolgende Generationen weitergeben können. So ist auch das Erbschaftsteuerrecht in Deutschland, das vor allem Vermögende schützt, für die Ungleichverteilung mitverantwortlich. Eine umfassende Studie von Ring kam bereits 1999 zu dem Ergebnis, „daß die Bedeutung von Erbschaften in der Vergangenheit zugenommen hat

---

<sup>812</sup> Brenke (2009: 550).

<sup>813</sup> Frick / Grabka (2009: 59), Hvh. A.L.

und [...] zu einer Verstärkung der Vermögenskonzentration“<sup>814</sup> geführt hat (zur Debatte der Erbschaftssteuer vgl. schon Abschnitt 6.2.2.2).

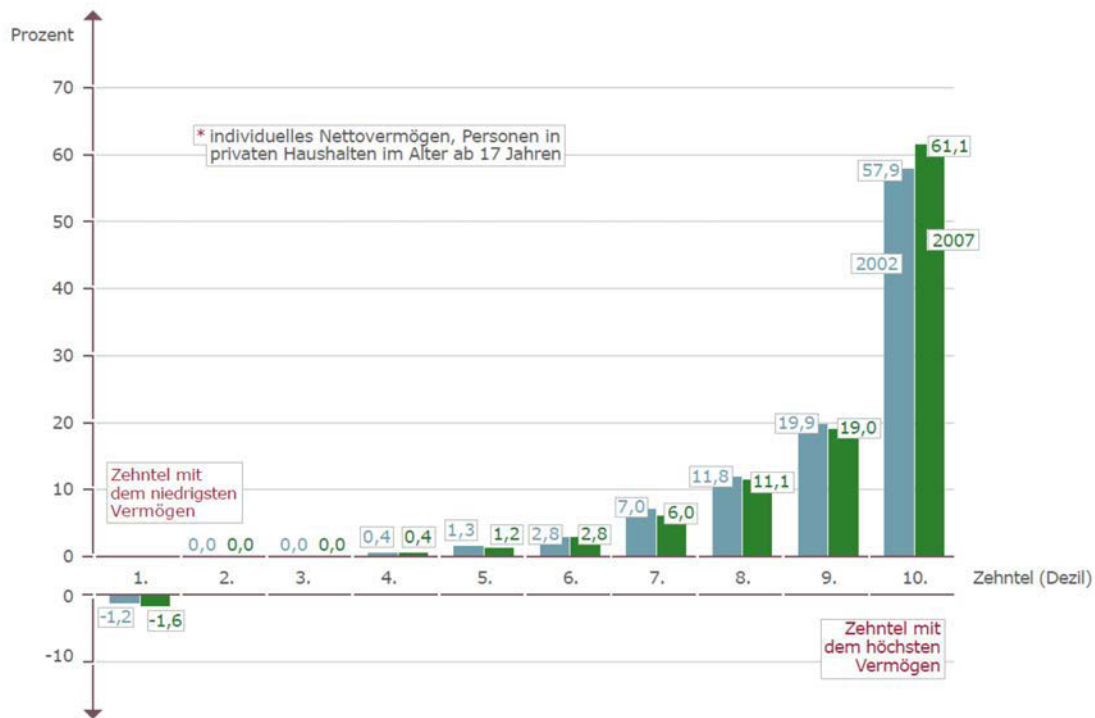


Abbildung 4: Verteilung der Vermögen in Deutschland<sup>815</sup>

## Armut

Da es für niedrige Einkommensbezieher schwierig bis unmöglich ist, Rücklagen zu bilden, besteht für sie bei unerwarteten Entwicklungen (wie Krankheit, Arbeitslosigkeit etc.) wiederum eine erhöhte Gefahr, in Armut zu geraten. Im Jahr 2008 hat das Statistische Bundesamt den Bericht „Armutsgefährdung und Einkommensungleichheit 2008: Deutschland im EU-Vergleich“ vorgelegt. Demnach waren 2008 durchschnittlich 16,3% der EU-Bevölkerung von Armut bedroht. Die für Deutschland ermittelte Armutsgefährdungsquote lag bei 15,5%, also nur knapp unter dem EU-Durchschnitt.<sup>816</sup> Das DIW bestätigt diese Entwicklung:

„Im längerfristigen Trend ist einerseits nicht nur die Zahl der ärmeren Haushalte stetig gewachsen – sie wurden im Durchschnitt auch immer ärmer. Auf der anderen Seite gibt es im Trend immer mehr Reichere, die im Durchschnitt auch immer reicher

<sup>814</sup> Ring (2000: 395).

<sup>815</sup> Bundeszentrale für politische Bildung (2008).

<sup>816</sup> Vgl. Datenreport / Statistisches Bundesamt (DeStatis) (2011: 155).

werden. Dieser Gegensatz wird von den Menschen nicht nur als besonders ungerecht empfunden, sondern er schürt auch die Verunsicherung der Mittelschicht.“<sup>817</sup>

Dies bestätigt die Interpretation der Vermögensverteilung, die zeigte, dass nicht nur die bestehende Verteilung einseitig ist, sondern auch stetig ungleicher wird. Besonders gravierend werden die Armutszahlen, wenn man betrachtet, wie viele Kinder in Armut aufwachsen müssen: Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung ist die Armutsquote der Kinder unter drei Jahren bei 18,2%, was bedeutet, dass fast jedes fünfte Kleinkind in Deutschland in Armut aufwachsen muss.<sup>818</sup>

Die Bertelsmann-Stiftung hat im Jahr 2010 zudem eine aussagekräftige Studie zur sozialen Gerechtigkeit angefertigt, in der sie versucht hat, soziale Gerechtigkeit (verstanden als Teilhabegerechtigkeit) in allen OECD-Ländern zu vergleichen. Laut der Studie

„erfolgt die Herstellung sozialer Gerechtigkeit weniger über eine Kompensation von Exklusion, sondern eher über die Investition in Inklusion. Statt einer ‚gleichmachenden‘ Verteilungsgerechtigkeit oder einer lediglich formalen Chancengleichheit durch gleiche Spiel- und Verfahrensregeln geht es bei dem Konzept der Teilhabegerechtigkeit darum, jedem Individuum tatsächlich gleiche Verwirklichungschancen durch die gezielte Investition in die Entwicklung individueller ‚Fähigkeiten‘ (capabilities) zu garantieren. Jeder Einzelne soll somit im Rahmen seiner persönlichen Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben und zu einer breiten gesellschaftlichen Teilhabe befähigt werden. Der jeweilige soziale Hintergrund, etwa die Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe oder sonstige ungleiche Startbedingungen, dürfen sich nicht negativ auf die persönliche Lebensplanung auswirken.“<sup>819</sup>

Vor dem Hintergrund dieser (für die Bertelsmann Stiftung außergewöhnlich progressiven) Definition als Grundlage sozialer Gerechtigkeit, die den Grundzügen des hier vorgestellten Liberalismus erstaunlich nahe ist, sind die Ergebnisse dieser Studie durchaus eine nähere Betrachtung wert.

Die messbaren Dimensionen sozialer Gerechtigkeit der Studie umfassen die *Armutsvermeidung*, den *Bildungszugang*, die *Arbeitsmarktinklusion*, die *Soziale Kohäsion und Gleichheit* sowie die *Generationengerechtigkeit*.<sup>820</sup> Die Studie zeigt, dass Deutschland in Bezug auf (umfassend verstandene) soziale Gerechtigkeit im OECD-Vergleich nur im Mittelfeld ist und nur ganz knapp über dem Durchschnitt liegt (vgl. Abb. 5).

---

<sup>817</sup> Goebel / Gornig et al. (2010: 2).

<sup>818</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (2012).

<sup>819</sup> Bertelsmann Stiftung (2010a: 10).

<sup>820</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (2010a: 12).

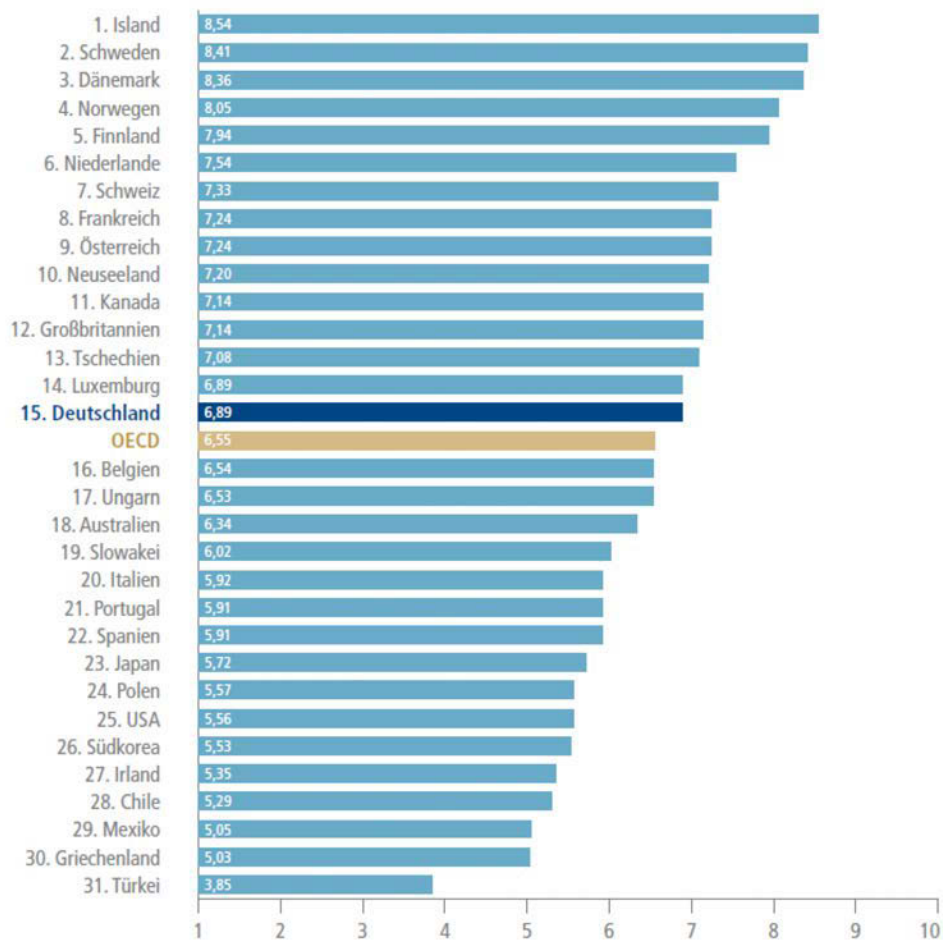


Abbildung 5: Soziale Gerechtigkeit im OECD-Vergleich<sup>821</sup>

Betrachtet man die einzelnen Dimensionen der Studie, zeigt sich eine deutliche Übereinstimmung mit den bereits identifizierten problematischen Entwicklungen in Deutschland. Wie bereits aufgeführt, hat die Einkommensarmut in den vergangenen zwei Jahrzehnten zugenommen, das Bildungssystem (in Bezug auf gleichen Zugang für alle) weist deutliche Defizite auf und die soziale Kohäsion lässt zu wünschen übrig.<sup>822</sup> Einzig in den Bereichen Arbeitsmarktinklusion und Generationengerechtigkeit schneidet Deutschland verhältnismäßig gut ab. Allerdings wird die Arbeitsmarktinklusion zum Teil auf Kosten der Reallöhne und zugunsten befristeter Arbeitsverhältnisse (Zeit- und Leiharbeit etc.) erkaufte. Beim Thema Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit bleibt vor allem im Bereich des Umweltschutzes auch noch einiges zu tun.

<sup>821</sup> Bertelsmann Stiftung (2010a: 8).

<sup>822</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (2010a: 7).

All die Studien und Statistiken zusammengekommen sind alarmierend, decken sie doch den großen Widerspruch in unserer Gesellschaft auf, der zwischen der Erwartung an die Wirtschaftsordnung und der sozio-ökonomischen Realität herrscht. Nun ist Deutschland mit Sicherheit kein armes oder besonders ungerechtes Land. Im Gegenteil, im globalen Vergleich zeigt sich anhand verschiedener Indikatoren (bspw. anhand des Gini-Koeffizienten), dass Deutschland, relativ gesehen, gut dasteht in Sachen Verteilungsgerechtigkeit. Das Problem ist jedoch die *Entwicklung* der vergangenen Jahre, die zeigt, dass die unterschiedlichen Kriterien alle gleichermaßen in eine Richtung weisen: Sie zeigen eine abnehmende soziale Gerechtigkeit – und das eben trotz wirtschaftlichen Wachstums. Denn auch der Gini-Koeffizient hat sich mit der Zeit verhältnismäßig verschlechtert: So ist er von knapp 0,24 im Jahr 1980 auf 0,32 im Jahr 2010 gestiegen.<sup>823</sup>

Die aufgezeigten Konflikte und Entwicklungen widersprechen eklatant dem Anspruch an eine freiheitliche und gerechte Gesellschaft. Es ist gewiss schwierig, eine für alle gerechte Gestaltung der Verteilung zu definieren. Es ist jedoch weniger schwierig, gegebene Zustände als *ungerecht* zu identifizieren, denn „es widerspricht den elementaren Grundsätzen der Verteilungsgerechtigkeit, wenn ganze Gesellschaftsgruppen von der Wohlstandsentwicklung ausgeschlossen werden.“<sup>824</sup> Während die Unternehmen stetig (Rekord-) Gewinne erzielen, stagnieren die Einkommen der Arbeitnehmer und die Zahl der Zeit- und Leiharbeiter sowie der Beschäftigten im Minijob-Sektor wächst zunehmend. Während auf den Finanzmärkten Milliarden für Rettungspakete ausgegeben werden, sind immer mehr Bürger verschuldet und erhalten nur wenig Unterstützung. Gleichzeitig verstehen viele Bürger die Geschehnisse der Finanzmärkte kaum noch und es entsteht der Eindruck, dass diese kaum noch mit der Finanzierung der Realwirtschaft beschäftigt sind. Und wenn die obersten 30 Prozent der Bevölkerung fast das gesamte Volksvermögen besitzen, kann dies eben durchaus als ungerecht bewertet werden.<sup>825</sup>

Derlei Widersprüche werden von den Bürgern zunehmend als Belastung und als konfliktreich empfunden. Das Gefühl, dass hier eine Lücke klafft zwischen Anspruch an die Wirtschaftsordnung („Wohlstand für alle“) und der Realität zeigt sich dann nicht nur in nüchternen Zahlen, sondern auch im subjektiven Empfinden der Bürger.

---

<sup>823</sup> Vgl. Grafik in The Economist (2012: 4). Auch wenn der Unterschied zwischen den Werten 0,24 und 0,32 auf den ersten Blick nicht sehr groß erscheint, liegt aufgrund der Berechnungsweise auch einem relativ kleinen Unterschied des Koeffizienten eine relativ große Veränderung in der Ungleichheit zugrunde.

<sup>824</sup> Sozialverband Deutschland (2012: 31).

<sup>825</sup> Vgl. dazu auch Herrmann (2010: 36-50).

So zeigt eine Studie des „BürgerProgramms Soziale Marktwirtschaft“, dass trotz anhaltenden Aufschwungs inzwischen fast drei Viertel (73%) aller Menschen in Deutschland die wirtschaftlichen Verhältnisse im Land als „nicht gerecht“ empfinden.<sup>826</sup> Folgerichtig glauben dann auch 61% der Deutschen laut einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung nicht mehr an eine Steigerung der eigenen Lebensqualität infolge eines höheren Wirtschaftswachstums.<sup>827</sup> Im Jahr 2010 haben zudem laut Statistischem Bundesamt 76% der Bürger in Westdeutschland und 79% der Bürger in Ostdeutschland den Unterschied zwischen Arm und Reich als den größten gesellschaftlichen Konflikt wahrgenommen (noch vor möglicher Konflikte aufgrund der Unterschiede zwischen Jung und Alt oder Ausländern und Deutschen).<sup>828</sup>

Die ungleichen Möglichkeiten, individuelle Freiheit wahrzunehmen sind daher ein wesentlicher Grund für gesellschaftliche Spannungen und ein Gefühl der Ohnmacht der Individuen. Der Einzelne fühlt sich heute zunehmend nicht mehr in der Lage, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen (obwohl das doch immer stärker gefordert wird), während er gleichzeitig sieht, wie andere in unmittelbarer Umgebung wesentlich mehr Freiheiten genießen. Dahrendorf zitiert den englischen Ausspruch „We have never had it so good.“, der rein ökonomisch auch nur schwer von der Hand zu weisen ist. Er fragt jedoch sogleich: „[W]er sind diese ‚wir‘, denen es so gut geht?“<sup>829</sup> und kommt ebenso zu dem Ergebnis, dass es eine Diskrepanz zwischen der statistischen, „materiellen“ Darstellung des Wohlstands westlicher Industrienationen und den untersten Einkommensgruppen dieser Länder gibt. Letztere sind Abgehängte, Verlorene – Menschen, die strukturell an den Rand der Gesellschaft gedrängt sind und nur wenige bis gar keine Chancen haben, sich selbst aus ihrer Lage zu befreien. So entsteht ein Zustand *systematischen Ausschlusses*, der es einigen Gesellschaftsmitgliedern nicht mehr erlaubt, an gesellschaftlichen Prozessen angemessen teilzunehmen. Sie leiden dann gewissermaßen unter Teilhabe-Armut. Eine solche Armut hat dann weniger damit zu tun, dass der Sozialstaat fehlte oder überfordert wäre und die Bürger im Stich ließe, sondern vielmehr damit, dass *trotz* eines funktionierenden Sozialstaats für diese Bürger keine echten Chancen zur Teilhabe bestehen.<sup>830</sup>

Entscheidend ist, dass keine der derzeitigen Strukturen und Entwicklungen in irgendeiner Form „natürlich“ oder „zwangsläufig“ sind. Die Verteilung von Reichtum

---

<sup>826</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (2008: 7).

<sup>827</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (2010b).

<sup>828</sup> Vgl. Datenreport / Statistisches Bundesamt (DeStatis) (2011: 383).

<sup>829</sup> Beides Dahrendorf (2003: 81).

<sup>830</sup> Vgl. Ulrich (2008: 289).

und Chancen ist gesellschaftlich produziert und, sofern sie bestehen bleibt, quasi staatlich geschützt. Es ist eine politische Aufgabe, eine gegebene Verteilung zu akzeptieren oder aber eine gerechtere Situation mit Chancen für alle anzustreben. So schließt auch ein Bericht der OECD zur Verteilung in Deutschland mit der Erkenntnis:

„Die wichtigste Botschaft dieses Berichts für die Politik lautet, dass – ganz gleich, ob die Globalisierung oder andere Faktoren für den Anstieg der Ungleichheit verantwortlich sind – kein Grund besteht, sich hilflos zu fühlen: Gute staatliche Politik kann etwas bewirken.“<sup>831</sup>

Eine wohlverstandene Politik der Freiheit sollte darum die aufgezeigten Missstände thematisieren und zu beheben versuchen.

### 7.1.2 – Aufgaben einer Politik der Freiheit

Das Grundproblem der aufgezeigten Ungleichverteilungen ist, dass durch sie ein Teil der Gesellschaft systematisch in ihrem universellen Grundrecht auf Freiheit eingeschränkt ist. Da die reale Freiheit jedoch als Kern des substantiellen Liberalismus identifiziert wurde, muss eine Wirtschaftsordnung derart beschaffen sein, dass derlei Ungleichverteilungen verringert und mehr Chancen für alle ermöglicht werden. Darum wurde auch in Abschnitt 6.2.3 die Chancengerechtigkeit als *Systembedingung* einer substantiell-liberalen Wirtschaftsordnung bestimmt. Nur wenn alle Mitglieder einer Gesellschaft die möglichst gleichen, *tatsächlichen* Chancen zur Freiheit bekommen, kann von einer wirklich gerechten und freien Gesellschaft gesprochen werden. Chancengerechtigkeit ist dann nicht allein durch ein soziales Netz, das das schlimmste Elend verhindert, sichergestellt. Denn Chancengerechtigkeit, die darauf abzielt, dass ein jeder seinen individuellen Lebensentwurf legitimerweise zu verwirklichen vermag, bedeutet mehr als nur eine Grundsicherung, war doch „für die emanzipatorische Konzeption der Sozialpolitik die Leitidee der *Gleichheit der Chancen mündiger Kommunikation und autonomen Handelns* konstitutiv.“<sup>832</sup>

Außerdem bedeutet Chancengerechtigkeit auch nicht nur die Ermächtigung zur Erwerbsarbeit. Wenn Kersting beispielsweise fordert, die Chancengerechtigkeit „hat sich in den Dienst von Markt und Wettbewerb zu stellen und die Bürger schnellstens wieder in die Marktprozesse zu reintegrieren“, <sup>833</sup>verkennt er einen wesentlich Aspekt

---

<sup>831</sup> OECD (2008: 8).

<sup>832</sup> Ulrich (1993: 471), Hvh. im Original.

<sup>833</sup> Kersting (2010: 55).



der Freiheit – nämlich die Möglichkeit, sich von eben diesem Marktprozess zu emanzipieren. Obwohl Kersting explizit von *selbstbestimmter Lebensführung* und der *Ermöglichung der Wahrnehmung des Freiheitsrechts* spricht, kommt er doch nicht über eine im Grunde bevormundende Marktabhängigkeit hinaus. Wenn die Wahrnehmung der Freiheit einzig darauf gerichtet ist, sich in Marktprozessen zu verwirklichen, ist dies zu kurz gegriffen und lässt dem Einzelnen eben genau *nicht* die wohlverstandene Freiheit, sein Leben *umfassend* selbst zu bestimmen. Laut Kersting muss die Freiheit der Lebensentwürfe schlussendlich zur Wahrnehmung von Erwerbsarbeit führen, denn „[d]ass die Anhebung des Beschäftigungsniveaus die vornehmste Pflicht eines derart sozialinvestiven, aktivierenden, ermöglichenden Sozialstaats ist und er zur Verwirklichung dieser Aufgabe alle Anregungen der ökonomischen Klugheit aufzugreifen hat und insbesondere auf alle beschäftigungshinderlichen Arrangements seines alten Umverteilungsprogramms verzichten muss, versteht sich von selbst.“<sup>834</sup> Ebenso „versteht sich von selbst“, dass dieser „ermöglichende“ Entwurf lediglich das unternehmerische Selbst, das sich im Wettbewerb behaupten soll, fördert und keine echte Freiheit, sondern nur die (gegenüber individuellen Lebensentwürfen blinde) Möglichkeit zur Integration in einen Arbeitsmarkt, der schon seit Jahrzehnten keine Vollbeschäftigung mehr erreicht hat, zum Ziel hat.<sup>835</sup>

Ziel einer Politik der Freiheit muss es hingegen sein, Chancengerechtigkeit *umfassend* zu verstehen und systematischen Ausschluss zu verhindern bzw. soweit es geht zu reduzieren – sei er sozialer, ökonomischer oder politischer Art. In einer tatsächlich liberalen Gesellschaft sollte es darum zunächst keine Bürger geben, die systematisch von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen werden:

„Es dürfen keine systematischen Benachteiligungen und Diskriminierungen auftreten, die den Angehörigen von unterprivilegierten Gruppen die Chancen vorenthalten, von den gleich verteilten formalen Rechten auch tatsächlich gebraucht zu machen. Aus der Dialektik von rechtlicher Gleichheit und faktischer Ungleichheit begründet sich die Aufgabe des Sozialstaats, auf die Sicherung der sozialen, technologischen und ökologischen Lebensbedingungen hinzuwirken, die allen eine chancengleiche Nutzung gleichverteilter Bürgerrechte erst ermöglichen.“<sup>836</sup>

---

<sup>834</sup> Kersting (2010:55).

<sup>835</sup> Dazu auch Van Parijs: „If real freedom is a matter of means, not only of rights, people's incomes are obviously of great importance. But the real freedom we are concerned with is not only the freedom to purchase and consume. It is the freedom to live as one might like to live. Hence the importance of granting this purchasing power irrespective of people's work or willingness to work.“ Van Parijs (1995: 30), zitiert nach: Patry (2010: 58).

<sup>836</sup> Habermas (1998: 101).

Eine Politik der Freiheit muss darum diejenigen Bereiche identifizieren, die möglicherweise die Freiheit der Bürger einschränken und diese Hindernisse, wenn möglich und so gut es eben geht, beseitigen. Gegen die ungerechte Chancenverteilung hilft laut Dahrendorf „nur eines, die garantierte Grundausstattung für alle. Dazu gehören die Grundrechte aller Bürger, aber auch ein Grundniveau der Lebensbedingungen, vielleicht ein garantiertes Grundeinkommen, jedenfalls gewisse öffentliche Dienste, die allen zugänglich sind.“<sup>837</sup> Es geht also um die Ausstattung mit einem bestimmten Grundniveau an „Autonomieressourcen“: „Nur der über Autonomieressourcen Verfügende kann einen Lebensplan entwerfen, kann die Gegenwart transzendieren und sich Zukunft eröffnen.“<sup>838</sup>

Diese Autonomieressourcen umfassen im Wesentlichen eine ökonomisch stabile Ausgangslage sowie den Zugang zu Bildung. Ähnlich der Dimensionen der Teilhabegerechtigkeit, wie sie die Bertelsmann Stiftung in ihrer Studie identifiziert hat (s. Abschnitt 7.1.1) sollen drei ordnungspolitische Bereiche, die wesentlichen Einfluss auf das Grundniveau der Lebensbedingungen, also die Chance auf substantielle Freiheit der Bürger haben, unterschieden werden: 1.) die ökonomische Bedingung, 2.) die arbeitsmarktpolitische Bedingung (unabhängig der ökonomischen Dimension der Arbeit) sowie 3.) die bildungspolitische Bedingung der substantiellen Freiheit.

#### **7.1.2.1 – Ökonomische Bedingungen substantieller Freiheit**

Die wirtschaftliche Situation der Bürger schlägt sich heute in Deutschland ganz wesentlich in der Möglichkeit nieder, die individuelle Freiheit wahrzunehmen, denn mit einem geringen Einkommen schwindet der Spielraum erheblich, den der Einzelne hat, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen und gewisse Chancen zu verwirklichen:

„Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse sind entsprechend der Verteilung von Reichtum gespalten. Die derzeitigen marktwirtschaftlichen Strukturen sorgen dafür, dass sich diejenigen, die viel besitzen, relativ frei fühlen können, während sich diejenigen, die wenig oder gar nichts besitzen, unfrei fühlen müssen.“<sup>839</sup>

Ein Bürger, der unter dem Zwang steht, überhaupt das notwendige Minimum für sich und seine Familie zu erwirtschaften, ist mitunter stark in seiner Freiheit eingeschränkt – und das nicht allein ökonomisch, sondern daraus folgend auch sozial und politisch. Als Sozialhilfeempfänger oder Geringverdiener ist es vielen nicht möglich, sich Dinge zu leisten, die über die reine Existenzsicherung hinausgehen. Sozial ist man dadurch

---

<sup>837</sup> Dahrendorf (2003: 28f.).

<sup>838</sup> Kersting (2010: 49).

<sup>839</sup> Ulrich (1993: 472).

eingeschränkt, da man aufgrund der finanziellen Situation und gesellschaftlichen Lage von gewissen Dingen, die zur Teilhabe an der Gesellschaft notwendig sein können, ausgeschlossen bleibt. So wird man beispielsweise Museumsbesuche nicht oder nur schwer einrichten oder die Kinder nicht mit auf Klassenfahrt schicken können. Dies sind keine *unmittelbaren, existentiellen* Lebensnotwendigkeiten, doch sind es eben beispielhafte Tätigkeiten, die an sich zur Teilhabe an unserer Gesellschaft gehören sollten. Politisch wiederum ist man eingeschränkt, da man sich aufgrund der finanziellen Lage vermutlich nur wenig für das Gemeinwesen engagieren und einsetzen können wird – und vielleicht auch nicht will, wenn man sieht, wie die Politik nichts oder zu wenig unternimmt, um die bestehenden Ungerechtigkeiten zu beheben und stattdessen Klientelpolitik betreibt (Stichwort Politikverdrossenheit). Der Druck, finanziell über die Runden zu kommen, wird vorherrschend und die vom substantiellen Liberalismus eingeforderte Verantwortung, sich als Bürger aktiv einzubringen und sich für die *res publica* einzusetzen, wird zur Belastung.

Die hier geschilderte Situation von Armut als sozialem Ausschluss, also der mangelnden Chancen, an der Gesellschaft teilzunehmen, ist keine Seltenheit oder bloß ein Phänomen der Entwicklungsländer, sondern kommt auch in den entwickelten Industrienationen immer öfter vor – trotz teils sehr guter sozialer Netze. Das beste Beispiel dafür sind die sog. „working poor“, also Arbeitnehmer, die trotz einer Vollzeitbeschäftigung nicht genug verdienen, um angemessen zu leben und an der Gesellschaft teilzunehmen. Dahrendorf spricht in diesem Zusammenhang nicht von Verlierern der Gesellschaft, sondern von *Verlorenen*, die zwar in der Gesellschaft leben, aber nicht daran teilhaben können.<sup>840</sup> Sie sind „Verlorene“, weil ihnen nicht direkt eine Schuld für ihre Lage zugeschrieben werden kann. Sie haben vielfach, qua Geburt oder sozialer Umstände, erst gar keine Möglichkeit bekommen, eine eigene Leistung unter Beweis zu stellen. In der Verteilung von Einkommen und Vermögen sind Interdependenzen aufgezeigt worden, die deutlich machen, dass es gewisse Pfadabhängigkeiten gibt, die systematisch die Chancen zur Verbesserung der eigenen Lebenslage mindern. So haben es Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen sehr schwer, sich aus diesen Umständen zu befreien und ihre Situation zu verbessern.<sup>841</sup> Dies zeigt, dass die Menschen nicht immer selbst dafür verantwortlich sind, dass sie nicht teilhaben, sondern sie *systematisch*, durch ihre Lebensumstände (bspw. Migration) oder schlicht die Lotterie des Lebens, von vornherein von

---

<sup>840</sup> Dahrendorf (2003: 89).

<sup>841</sup> Vgl. dazu bspw. Schnitzlein (2013) oder auch Bertelsmann Stiftung / Institut für Schulentwicklungsforschung (2012).

bestimmten Chancen ausgeschlossen oder in ihrer Freiheit, an der Gesellschaft teilzunehmen, eingeschränkt sein können.

Die Erklärung der Menschenrechte versucht, diesem Problem gerecht zu werden. So formulieren einige Menschenrechte genau diesen allgemeinen Anspruch auf Teilhabe, wie bspw.:

- Artikel 25 1.: Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet.
- Artikel 27 1.: Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen.<sup>842</sup>

Die Menschenrechte (insbesondere Artikel 27) formulieren damit einen Appell, positive Grundrechte (im Sinne des substantiellen Liberalismus) in den Fokus einer freiheitlichen Politik zu nehmen. Bezüglich der ökonomischen Inklusion aller Bürger gibt es zwei Dimensionen, die eine nähere Betrachtung verdienen: a) Die Ungerechtigkeit der bestehenden Verhältnisse und b) die zukünftige Verteilung der Einkommen.

#### **a) Behebung der bestehenden Ungerechtigkeiten**

In Anbetracht der derzeit herrschenden und stetig wachsenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen kann die Linderung der bestehenden Ungerechtigkeit als Ausgangspunkt der Bemühungen eines substantiellen Liberalismus betrachtet werden. Hierzu eignet sich das klassische sozialpolitische Instrumentarium der Umverteilung von Vermögen. Vor allem bestehendes Steuerrecht (bspw. Erbschaftssteuer) muss dazu vor diesem Hintergrund bewertet und gerechter gestaltet werden. Der Sozialverband Deutschland sieht das deutsche Steuerrecht als einen der Hauptgründe für die wachsende Ungleichverteilung der Chancen in Deutschland. In Bezug auf die bestehenden Vermögen sind vor allem die Vorschläge der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, die Einführung einer progressiven Kapitalertragssteuer sowie die Verschärfung der Erbschaftssteuer interessant.<sup>843</sup> Alle diese Maßnahmen würden dazu führen, dass bestehende Vermögen (in Maßen) reduziert würden. Dies natürlich alles nur vor dem Hintergrund, reale Freiheit für diejenigen Bürger zu schaffen, die bisher kaum Chancen (auf Einkommen und Vermögen) haben. So ließen sich mit diesen Steuereinnahmen bspw. die öffentlichen Haushalte finanzieren, die dann Chancen für alle schaffen können und die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen finanzieren, von denen alle Bürger profitieren.

---

<sup>842</sup> Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948: Artikel 27, Absatz 1.).

<sup>843</sup> Vgl. Sozialverband Deutschland (2012: 29f.).

Die Debatte der Erbschaftssteuer ist in diesem Kontext insofern interessant, als dass diese ebenfalls von den Ordoliberalen geführt wurde. Diese haben eine erhebliche Erbschaftssteuer gefordert, um die Macht der Vermögenden zu reduzieren und so zu verhindern, dass diese über Gebühr Einfluss nehmen können. Röpke und Rüstow fordern bspw. „eine stark progressive Erbschaftssteuer“<sup>844</sup>, die größere Vermögen auch stärker besteuert:

Die „erbliche Startungleichheit ist das wesentlichste institutionelle Strukturelement, durch das der Feudalismus in der Marktwirtschaftsgesellschaft fortlebt und sie zur Plutokratie, zur Reichtums-*Herrschaft*, macht.“<sup>845</sup>

Dieser Feudalismus-Verdacht aufgrund geringer Erbschaftssteuern war eine ernste Sorge Rüstows bezüglich der Marktwirtschaft, führe doch nicht „freie Marktwirtschaft als solche [...] zu sozialer Armut und Verelendung als Massenerscheinung, auch nicht Marktwirtschaft mit Privateigentum, sondern nur Marktwirtschaft mit einer ganz bestimmten (und zwar feudaloïden) institutionellen Regelung des privaten Erbrechtes“<sup>846</sup>.

Von einer stark progressiven Erbschaftssteuer ist Deutschland derzeit ziemlich weit entfernt. Laut Sozialverband ist die deutsche Erbschaftssteuer im internationalen Vergleich sehr niedrig.<sup>847</sup> Dies zeigt sich vor allem im Vergleich zur Einkommenssteuer. Während auf Bruttolöhne und -gehälter im Gesamtdurchschnitt eine Abgabenquote von 33,7% erhoben wird, wird auf die Gesamtsumme der Erbschaften in Deutschland nur eine durchschnittliche Abgabenquote von 1,6% erhoben.<sup>848</sup> Das liegt vor allem an den sehr hohen Steuerfreibeträgen bei Erbschaften. Die Ungerechtigkeit der Erbschaftssteuer wird weiter daran deutlich, dass fast zwei Drittel (64%) der öffentlichen Einnahmen in Deutschland aus Steuern auf Löhnen stammt (OECD-Durchschnitt: 52%), aber nur 2% der Einnahmen aus Vermögensbesteuerung stammt (OECD-Durchschnitt: 5%).<sup>849</sup> Deutschland besteuert somit den Besitz von Vermögen unterdurchschnittlich und belastet gleichzeitig diejenigen überdurchschnittlich stark, die sich überhaupt erst Wohlstand zu erarbeiten versuchen. Es ist darum nicht überraschend, dass das Bundesverfassungsgericht derzeit prüft, ob das bestehende Erbschaftssteuergesetz überhaupt verfassungskonform

---

<sup>844</sup> Rüstow (2001: 95). Vgl. auch Röpke (1944: 276).

<sup>845</sup> Rüstow (1949: 444), Hvh. im Original.

<sup>846</sup> Rüstow (2001: 92f.).

<sup>847</sup> Vgl. Sozialverband Deutschland (2012: 29).

<sup>848</sup> Vgl. Rudzio (2012: 20).

<sup>849</sup> Vgl. Rudzio (2012: 20).

ist. Auch das Institut der Deutschen Wirtschaft fordert, die bestehenden Erbschaftssteuerregelungen aufgrund ihrer ungerechten Ausgestaltung zu ändern:

„Ein neuerliches Überdenken dieser Regelungen wäre auch deshalb geboten, um das Prinzip der Chancengleichheit in Deutschland zu stärken, denn die Höhe der zu erwartenden Erbschaften wird maßgeblich von der sozialen Herkunft bestimmt. Mit der jetzt geltenden Erbschaft- und Schenkungssteuerregelung wird die sozialstrukturelle Vermögensungleichheit weiter konserviert.“<sup>850</sup>

Dabei ist erneut zu betonen, dass es hier nicht um eine pauschale Einebnung gesellschaftlicher Unterschiede gehen soll. Während die Ordoliberalen ihren Fokus auf die Reichen und deren Macht und Einfluss legten, soll hier vielmehr der Fokus auf die Grundrechte der Verlorenen und deren Chancen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, gelegt werden. Es geht also nicht darum, die Wohlhabenden für ihre Leistungen zu kritisieren oder gar zu bestrafen. Der substantielle Liberalismus setzt jedoch die „Gewährleistung ‚anständiger‘ sozioökonomischer Lebensbedingungen für alle voraus, und zwar aus politisch-liberaler Sicht soweit (und nur soweit), wie dies die Voraussetzung dafür ist, dass der Status und die Selbstachtung einer Person als vollwertige(r) Bürger(in) nicht verletzt wird.“<sup>851</sup> Umverteilungs- und Steuermaßnahmen sind dann nicht per se Selbstzweck zur Realisierung von Gerechtigkeit, sondern immer nur Mittel zum Zweck der Sicherstellung von Chancengerechtigkeit, also den Chancen auf substantielle Freiheit („anständiger sozioökonomischer Lebensbedingungen“).

Die höhere Besteuerung von Vermögen sollte dann bspw. dazu genutzt werden, die bestehenden Finanzierungsvorbehalte für bestimmte sozialpolitische Maßnahmen, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Lebenschancen der Bürger haben können, auszuräumen. Wie die folgenden Debatten noch zeigen werden, bestehen diese im Wesentlichen aus der Förderung eines gerechteren Zugangs zur Bildung sowie finanzpolitischer Instrumente zur Schaffung einer breiteren Vermögensverteilung.

## **b) Gerechtere Einkommensverteilung**

Was für die Verteilung der bestehenden Vermögen gilt, trifft auch ganz ähnlich auf die zukünftige Verteilung der Einkommen zu, bei der es darum gehen muss, bestehende, *strukturelle* Ungerechtigkeiten zu vermeiden, damit nicht nur die gesellschaftlich besser gestellten von wirtschaftlichen Entwicklungen profitieren.

---

<sup>850</sup> Frick / Grabka (2009: 67).

<sup>851</sup> Ulrich (2005b: 17).

Zu diesem Zweck gibt es zunächst einige klassische Instrumente wie die progressive Einkommenssteuer. Sie ist grundsätzlich ein Instrument, das sich aus sozialpolitischer Sicht bewährt zu haben scheint und für eine gewisse Gerechtigkeit bei der Steuererhebung gesorgt hat. Mit der progressiven Einkommenssteuer lässt sich ebenfalls an ordolibérale Vorschläge anknüpfen, da auch im Ordoliberalismus bereits eine solche gefordert wurde.<sup>852</sup> So willkommen die Existenz einer progressiven Einkommenssteuer aus Gerechtigkeitserwägungen sein mag, gibt es dennoch auch dort einiges Verbesserungspotenzial. Zum einen muss steuerpolitisch darauf geachtet werden, dass Geringverdiener nicht mehr (oder zumindest weniger stark) von der sog. kalten Progression betroffen sind. Dazu bedarf es einer stetigen Überwachung der geltenden Steuersätze und Freibeträge sowie einer Anpassung an die Inflation. Bezüglich der Freibeträge ließe sich auch diskutieren, ob der derzeit gültige Freibetrag von 8.004,- Euro (für Alleinstehende) nicht zu niedrig angesetzt ist und möglicherweise erhöht werden sollte. Gleiches gilt für den Spitzensteuersatz. Dieser ist mit 45% verhältnismäßig niedrig, und das nicht nur im Vergleich zu den skandinavischen Ländern – denn selbst England hat mit 50% einen wesentlich höheren Spitzensteuersatz.<sup>853</sup> Bedeutsam ist hier jedoch, dass höhere Einkommenssteuern sich möglicherweise auf den Steuerwettbewerb unter den Staaten auswirken könnten. Es ist möglich, dass Bürger zunehmend abwandern oder ihre Vermögen und Einkünfte in steuerlich attraktiveren Ländern versteuern, sollten die hiesigen Steuern zu stark angehoben werden. Gleichzeitig sollte der Staat sich jedoch durch den ruinösen Steuerwettbewerb nicht die Steuerhoheit entreißen lassen. Das Problem des Steuerwettbewerbs ist allerdings ein internationales, das nur in einem Schulterschluss der Staaten gelöst werden kann (wie die Debatte um Reaktionen auf die Globalisierung in Abschnitt 7.3 noch im Detail zeigen wird).

Neben den Maßnahmen, die direkt an der Einkommenssteuer ansetzen, schlägt der Sozialverband in Hinblick auf eine Steigerung der realen Freiheit der Bürger noch viele andere sinnvolle Maßnahmen vor. Interessant daran ist vor allem die Debatte über Mindestlöhne. Die Gefahr von „working poors“ sowie der zunehmend wachsende Niedriglohnsektor würden aus Gerechtigkeitserwägungen und dem Versuch, Menschen zur Freiheit zu emanzipieren, für die Einführung von angemessenen Mindestlöhnen sprechen (vor allem, wenn man dazu noch das steigende Wirtschaftswachstum betrachtet, von dem die Niedriglohneempfänger derzeit kaum profitieren). Auch hier lässt sich an Debatten der Ordoliberalen anschließen, die

---

<sup>852</sup> Vgl. bspw. Röpke (1944: 276) oder Eucken (1990: 301).

<sup>853</sup> Vgl. Sozialverband Deutschland (2012: 29).

jedoch zum Thema Mindestlöhne geteilter Meinung waren. Müller-Armack sprach sich für Mindestlöhne aus, aber nur unter der Bedingung, dass diese marktkonform gestaltet sind:

„Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindestlohnhöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält“<sup>854</sup>

Daran schließt sich jedoch die Frage, wie man, abseits von Modellen der Makroökonomie, in der Realwirtschaft tatsächlich einen solchen Gleichgewichtslohn bemisst und, noch viel wichtiger, ob dieser dann wirklich schon Gerechtigkeitskriterien standhält.

Auch Eucken sprach im Rahmen seiner regulativen Prinzipien davon, dass bei anomalem Verhalten des Angebots staatliche Eingriffe gerechtfertigt seien und argumentierte:

„Wenn sich trotzdem [trotz vollständiger Konkurrenz, A.L.] das Angebot auf einem Arbeitsmarkt nachhaltig anormal verhalten sollte, würde die Festsetzung von Minimallöhnen akut werden.“<sup>855</sup>

Er war Mindestlöhnen also nicht generell abgeneigt, knüpfte diese jedoch an die Bedingung anomaler Arbeitsmarktbedingungen unter vollständiger Konkurrenz. Für Rüstow hingegen führten Mindestlöhne (mehr oder weniger direkt) zum Kollektivismus und waren kein geeignetes ordnungspolitisches Instrument, da sie die wirtschaftliche Freiheit der Unternehmen zu stark einschränken würden.<sup>856</sup>

Wie sind Mindestlöhne nun aus der Perspektive der neu gewonnen Prinzipien zu bewerten? Da in Abschnitt 6.2.1 der substantiellen Freiheit als vitalpolitisches Grundprinzip der Primat eingeräumt wurde und die Chancengerechtigkeit zur Systembedingung erhoben wurde, können Mindestlöhne prinzipiell gerechtfertigt werden. Zwar wird dadurch möglicherweise punktuell die wirtschaftliche Freiheit einiger Unternehmer eingeschränkt, doch ist dies eben notwendig, da die Unternehmer ihrer gesellschaftlichen Mitverantwortung offenbar nicht nachkommen. Ein Lohn für eine Vollbeschäftigung, der nicht für das Nötigste im Leben reicht, deckt einen Konstruktionsfehler des Neoliberalismus auf. Der Neoliberalismus geht stillschweigend von einer Tauschgerechtigkeit aus, die es jedem an einer Transaktion Beteiligten ermöglicht, jederzeit einen Vertrag, der ihm rational nicht angemessen erscheint, auszuschlagen. Die heutige Arbeitswelt, mit Millionen von Arbeitslosen, hat

---

<sup>854</sup> Müller-Armack (1990: 119).

<sup>855</sup> Eucken (1990: 304).

<sup>856</sup> Vgl. Rüstow (1949: 436) oder auch Rüstow (2001: 62).



jedoch eine Situation herbeigeführt, wo ein Machtgefälle zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entstanden ist. Der Arbeitnehmer ist bei weitem nicht immer in der Lage, einen Arbeitsvertrag, der ihm ausbeuterisch oder unwürdig erscheint, auszuschlagen. Ein Mindestlohn würde „dem evidenten Umstand [gerecht], daß Personen, wie wir sie kennen keineswegs die gleichen [Verhandlungs-] Chancen haben“<sup>857</sup> und wäre geeignet, das Machtgefälle zwischen Arbeitgebern und -nehmern etwas auszugleichen. Ein so begründeter Mindestlohn ist dann ein Beispiel dafür, dass wirtschaftliche Erwägungen im Zweifel auch in einer liberalen Gesellschaft nachrangig sein können, sofern es vitalpolitische Argumente dafür gibt, d.h. die Freiheit der Bürger davon profitiert.

Daneben gibt es natürlich noch ein ökonomisches Argument, nämlich, dass Freiheit in der Lohngestaltung notwendig ist, um auf dem Arbeitsmarkt einen Gleichgewichtspreis für Arbeit herzustellen. Der Mindestlohn führe zu ökonomischen Effizienzverlusten, da der Markt nicht mehr „geräumt“ würde. Dies würde bei höheren Löhnen dazu führen, dass die Nachfrage nach Arbeit sinken würde und so neue Arbeitslosigkeit entstehen kann. Dieser Verdrängungseffekt von Mindestlöhnen ist in der Tat nicht so leicht von der Hand zu weisen, da diese Entwicklung in der Realität möglicherweise tatsächlich auftreten könnte. Hier steht also ein moralischer Anspruch einem ökonomischen Kalkül gegenüber. Der vitalpolitische Vorrang sieht hier jedoch zwei Argumente: Zum einen kann ein ökonomisches Argument grundsätzlich keine menschenunwürdigen Löhne rechtfertigen. Solange ein Lohn nicht zum Leben reicht, sollte also das Effizienzkriterium allein nicht ausschlaggebend sein. Zum anderen zeigt diese Argumentation nur auf, wie sehr die Menschen von Erwerbsarbeit abhängig sind. Dass diese Abhängigkeit evtl. auch ein Problem ist und es auch andere Wege gibt, diskutiert Abschnitt 7.1.2.2.

Was neben diesen eher traditionellen Methoden der Umverteilung vielleicht interessanter ist, sind innovativere Verteilungsarten des Sozialprodukts. Wie der Ausdruck des *Sozialprodukts* schon betont, handelt es sich ja um ein gemeinschaftlich erwirtschaftetes Produkt, von dem auch alle profitieren sollten. Dazu gibt es aktuell vermehrt Debatten über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Als bedingungsloses Grundeinkommen versteht sich ein „Einkommen, das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder individuell ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung ausgezahlt wird.“<sup>858</sup> Als Paradebeispiel

---

<sup>857</sup> Habermas (1998: 143).

<sup>858</sup> Vanderborght / Van Parijs (2005: 37).

eines Wirtschaftsbürgerrechts, wie es in Abschnitt 5.3.2 gefordert wurde, wäre das Grundeinkommen dazu geeignet, gleich mehrere der hier angesprochenen Probleme zu beheben.

Zum einen würden tatsächlich alle Bürger vom erwirtschafteten Sozialprodukt profitieren. Dies wäre insofern nur gerecht, als die Herstellung von Waren und Dienstleistungen ein kollektiver Prozess ist. Da die Löhne der Angestellten jedoch stagnieren oder gar sinken, sie also an den steigenden Gewinnen der Unternehmen nicht beteiligt werden, kann durch ein Grundeinkommen die Beteiligung aller am Wirtschaftswachstum tatsächlich sichergestellt werden.

Weiter überwindet ein bedingungsloses Grundeinkommen die häufig mit dem Empfang von Sozialleistungen empfundene Stigmatisierung. Vor allem in den neueren Entwicklungen der Sozial- und Arbeitslosenhilfe in Deutschland wie Hartz IV fühlen sich die Empfänger von Transferleistungen zunehmend minderwertig und stigmatisiert. Das bedingungslose Grundeinkommen löst diese Situation auf, indem es nicht an Bedürftigkeit geknüpft ist, auch keine Gegenleistung verlangt wird und es allen gleichermaßen zusteht.

Vor allem ist ein Grundeinkommen aber ein ganz wesentlicher Faktor in der Herstellung realer Freiheit. Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die durchaus massive Armutsbedrohung (wie gezeigt sind fast 16% der Bevölkerung in Deutschland von Armut bedroht) erheblich verringert. Das Grundeinkommen ist eine tatsächlich fortschrittliche, emanzipatorische Idee, die den Menschen einer Gesellschaft in umfassendem Maße Entscheidungsfreiheit gewährt und die reale Freiheit zur Verwirklichung der Lebenschancen fördert. Statt nur korrektiv, wie es der Sozialstaat bisher tut, geht es dem vorliegenden Entwurf ja „– in Absicht auf die größtmögliche reale Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger – um *mehr emanzipatorische Gesellschaftspolitik* als Grundlage für *weniger kompensatorische Sozialpolitik*.“<sup>859</sup> Das Grundeinkommen wäre wohl *das* Instrument, um diesen Anspruch zu erfüllen. Denn dem bedingungslosen Grundeinkommen geht es um eine soziale Gleichheit der *Ausgangssituation*, die Freiheit bedeutet, und nicht nur um nachträgliche kompensatorische Umverteilungsmaßnahmen.

#### **7.1.2.2 – Arbeit für alle?**

Ein bedingungsloses Grundeinkommen hätte dabei weitere Auswirkungen auf die Freiheit der Bürger. So würde es dem gesellschaftlichen Umstand gerecht, dass seit

---

<sup>859</sup> Ulrich (2009b: 373), Hvh. im Original.

Ende der 1970er Jahre keine Vollbeschäftigung in Deutschland mehr erreicht wurde und es langsam unglaublich wird, sie als wirtschaftspolitischen Idealzustand immer wieder zu bemühen. Die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland in den letzten Jahren trotz Krise gesunken ist, darf nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass diese Senkung der Arbeitslosigkeit nicht unwesentlich durch Lohnzurückhaltung der Arbeitgeber (vgl. Abschnitt 7.1.1) und verschiedener Verschiebungen in der Auslegung der Statistik erreicht wurde.<sup>860</sup> Letztlich gilt es anzuerkennen, dass das Modell der allgemeinen Vollbeschäftigung in der modernen, hochtechnisierten Gesellschaft kaum mehr zu realisieren ist. Dabei ist jedoch entscheidend, was genau unter Vollbeschäftigung zu verstehen ist.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts gilt die klassische Erwerbsarbeit als zentraler Faktor der westlichen Industriegesellschaften.<sup>861</sup> Seitdem ist die Erwerbsarbeit zuständig für den Einkommenserwerb, die soziale Teilhabe und für Anerkennung sowie die individuelle Selbstverwirklichung. Wer hingegen nicht über Arbeit verfügt, fühlt sich ausgeschlossen. Der Mangel an Erwerbsarbeit führt „diejenigen in die Krise, die – meist mit dem phlegmatischen Gefühl des selbstverschuldeten Zustandes – als Arbeitslose den gesellschaftlichen Anschluss verlieren.“<sup>862</sup> Der Neoliberalismus hat es geschafft, durch die allgegenwärtige Institutionalisierung der Selbstverantwortung das Scheitern am Arbeitsmarkt zu individualisieren. Dass es strukturelle Gründe geben mag, kommt beim Einzelnen hingegen kaum je an: „Die Verlierer in diesem fortschreitenden Prozess haben kaum eine Chance aufzubegehren, weil sie durch die herrschende Ideologie auf ihre eigene Verantwortung verwiesen werden.“<sup>863</sup> Die Tatsache, dass in den vergangenen Jahrzehnten keine Vollbeschäftigung mehr erreicht wurde, lässt an der Selbstverschuldung jedoch gehörige Zweifel aufkommen. Laut Becker und Wiedemeyer ist die Idee der Vollbeschäftigung heute nur noch ein Mythos, dem nachgeeifert wird, der im Grunde aber die Menschen betrügt, da er unterstellt, „grundsätzlich allen arbeitssuchenden Bürgern und Bürgerinnen eine Perspektive bieten zu können, was nachweislich seit 25 Jahren falsch ist“<sup>864</sup>. Es ist darum auch vom „Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft“<sup>865</sup> die Rede:

---

<sup>860</sup> So werden als Arbeitslose nur noch diejenigen erfasst, die zum Zeitpunkt der Erhebung nicht in anderen Maßnahmen der Arbeitsämter verbucht sind. Das sind bspw. Arbeitslose, die sich in Fortbildungsmaßnahmen, Ein-Euro-Jobs o.ä. befinden. Vgl. dazu ver.di (2010).

<sup>861</sup> Vgl. Becker / Wiedemeyer (2002: 7).

<sup>862</sup> Becker / Wiedemeyer (2002: 7).

<sup>863</sup> Maier-Rigaud / Maier-Rigaud (2001: 212).

<sup>864</sup> Becker / Wiedemeyer (2002: 8).

<sup>865</sup> Ulrich (2000: 10).

„Wenn die Erwerbsarbeit im Rahmen normaler Beschäftigungsverhältnisse ihre strukturbildende Kraft für die Gesamtgesellschaft einbüßt, genügt als politisches Ziel die Wiederherstellung der ‚Vollbeschäftigungsgesellschaft‘ nicht mehr.“<sup>866</sup>

Entscheidend für eine Lösung dieses Problems ist die Art, wie über Erwerbsarbeit nachgedacht wird. Denn „es gibt zu wenig Arbeit im System, obwohl es in der Lebenswelt viel sinnvolles zu tun gäbe.“<sup>867</sup> Der Einsicht folgend, „dass menschliche Arbeit nicht notwendigerweise Erwerbsarbeit sein muss“<sup>868</sup>, plädieren dann auch die Autoren Becker und Wiedemeyer dafür,

„dass angesichts der strukturellen Arbeitsmarktkrise nicht blind auf das Vollbeschäftigungsziel gesetzt werden kann. Damit rückt das Ansinnen auf die Agenda, den Arbeitsbegriff im Sinne der gesamtgesellschaftlich sinnvollen und notwendigen Arbeit zu erweitern, die nicht reduzierbar ist auf die monetarisierbare Arbeit im Produktions- oder Dienstleistungssektor. Kindererziehung und Bildung, Pflege von Angehörigen und Nachbarschaftshilfe, soziales Engagement und ehrenamtliche Tätigkeiten sind nach dieser Auffassung ökonomisch relevante Komplementärleistungen der gegenwärtigen Arbeitsgesellschaft, die deren Funktionsfähigkeit aufrecht erhalten. Da die Unternehmen stets auch von sozialen und kulturellen Voraussetzungen leben, die sie selbst nicht schaffen können, sei es nur gerecht, diese Tätigkeiten durch Eröffnung einer angemessenen Einkommenssicherung zu fördern (vgl. Becker 2000).“<sup>869</sup>

Der letzte Satz erinnert stark an den Ordoliberalismus: Auch hier war klar, dass die Marktwirtschaft von sozialen und kulturellen Voraussetzungen lebt, die sie selbst nicht hervorbringen kann, sondern eher noch von ihnen zehrt (vgl. Kapitel 2.2). Nur wurde daraus eben nicht die Konsequenz gezogen, diesen externen Bereich, den sog. „Marktrand“<sup>870</sup>, auch tatsächlich institutionell zu stärken und zu schützen. Dies soll hier jedoch geschehen. Denn ein Grundeinkommen setzt genau an diesem Punkt an, ist es doch eine Möglichkeit zur Einkommenssicherung bisher erwerbsloser Arbeiten, die für die Gesellschaft jedoch absolut notwendig sind.

Durch das Grundeinkommen erhielten auch die Arbeitnehmer in Deutschland wieder mehr echte Wahlfreiheit, ihr Leben zumindest ein wenig mehr selbstbestimmt zu gestalten. Hier zeigt sich dann der Unterschied zwischen der formalen, rechtlichen Freiheit (bei der Berufswahl nicht eingeschränkt werden zu dürfen) und den realen Bedingungen von Freiheit (auch *tatsächlich wählen zu können*):

---

<sup>866</sup> Habermas (1998: 136). Höffe bspw. widerspricht dieser These jedoch, vgl. Höffe (2004: 26-30).

<sup>867</sup> Ulrich (1993: 456).

<sup>868</sup> Becker / Wiedemeyer (2002: 10).

<sup>869</sup> Becker / Wiedemeyer (2002: 11).

<sup>870</sup> Rüstow (1961: 68), zitiert nach Ulrich (2008: 380).

„Der Grundwert der Freiheit besagt, daß jeder Mensch auch in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit frei ist in seinen Überlegungen, in der Wahl seiner Ziele, in der Anwendung der Mittel. Dies gilt nicht nur für die Unternehmer und für die Eigentümer, sondern genauso für die abhängig Beschäftigten in allen Bereichen. Die Korrelation zwischen der unternehmerischen Initiative und Freiheit ist offenkundig; aber sie besteht auch für den Arbeitnehmer, der ja gerade nicht „Objekt“ der Unternehmensleitung oder der Eigentümer ist, sondern mitdenken und mitgestalten soll.“<sup>871</sup>

Das Grundeinkommen würde allen Bürgern die substantielle Freiheit der Berufswahl ermöglichen und die teils demütigenden und unwürdigen Beschäftigungsverhältnisse mit einem Schlag so unattraktiv machen, dass sie nicht mehr angenommen würden oder aber derart ausgestaltet werden müssten, dass sie doch letztlich vielleicht wieder attraktiv würden – vor allem in Form besserer Bezahlung und Arbeitsbedingungen.

Darüber hinaus erkennt der substantielle Liberalismus natürlich die Bedeutung der Arbeit für die Selbstverwirklichung und Würde der Person an. So hat Arbeit eine ganz wesentliche Funktion über den Einkommenserwerb hinaus, die in ihrer Bedeutung auch nicht unterschätzt werden darf, nämlich die soziale Integration. Höffe beispielsweise widerspricht darum auch der hier vorgelegten Deutung und hält an der Idee der Vollbeschäftigung fest. Er beruft sich in diesem Zusammenhang auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das der Vollbeschäftigung sogar einen Verfassungsrang zuspricht. Das Gericht beruft sich dabei „auf das Sozialstaatsprinzip, aber auch die Menschenwürde und das Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung.“<sup>872</sup>

Nichtsdestotrotz scheint die empirische Lage jedoch zu empfehlen, sich nicht auf die traditionelle Ausgestaltung von Erwerbsarbeit zu versteifen, sondern den Begriff auszuweiten und Alternativen für die Erlangung der geforderten Persönlichkeitsentfaltung zu suchen. An einem Idealzustand festzuhalten, der kaum noch erreichbar ist, scheint zumindest wenig hilfreich. Denn „[e]s ist nicht mehr realistisch, davon auszugehen, dass Vorbereitung auf Arbeit, Ausübung von Arbeit, Erholung von Arbeit für weitere Arbeit, und Ruhestand als verdienter Lohn für ein Leben der Arbeit die Konstruktionselemente unseres Lebens sind.“<sup>873</sup>

Ganz ähnlich argumentiert auch die Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“, die in Deutschland ein Umdenken in sozialpolitischen Fragen fordert und das Ziel verfolgt, die Autonomie der Menschen zu fördern:

„Wollen wir die Autonomie der Bürger stärken, dann müssen wir ihnen die Möglichkeit geben, dort Verantwortung alleine zu tragen, wo sie es können, ohne in

---

<sup>871</sup> Rauscher (2002: 198).

<sup>872</sup> Höffe (2004: 27).

<sup>873</sup> Dahrendorf (2003: 63).

Existenznot zu geraten. Dort hingegen, wo sie des Schutzes bedürfen, um überhaupt ihre Autonomie zu entfalten, müssen wir sie unterstützen. Ein Gemeinwesen, das den Bürger stärken will, muß ihm Entscheidungsfreiheit einräumen mit all ihren Konsequenzen. Entscheidungsfreiheit heißt nicht einfach Freiheit von staatlicher Regulierung, sondern Freiheit durch Unterstützung, dort, wo sie notwendig ist. Freiheit ist nur dann gewährleistet, wenn man nicht als erstes über eine mögliche Existenznot nachdenken muß, bevor man eine Entscheidung trifft – man muß auch auf die Unterstützung der Gemeinschaft zählen können.<sup>874</sup>

Die Initiative greift viele Punkte der hier geforderten liberalen Prinzipien auf. So geht es ihr um Freiheit, allerdings um substantielle Freiheit, um die Ermöglichung der Bedingungen von Freiheit. Es geht ihr darum, die Autonomie des Individuums ebenso wie das Gemeinwesen zu stärken. Auch die Initiative sieht das Grundeinkommen als ein Instrument, dies zu erreichen. So kann vielleicht durch die Überlegungen zum Grundeinkommen ein Umdenken stattfinden, und zwar dergestalt, dass der technische Fortschritt nicht die Arbeitsplätze (vor allem der weniger gut ausgebildeten Arbeiter) *bedroht*, sondern vielmehr der Mensch in einem bestimmten Umfang durch den technischen Fortschritt *befreit* wird von häufig ohnehin erniedrigender oder knochenharter Arbeit. Und dennoch stehen der Gesellschaft Güter und Waren zur Verfügung, da Maschinen die Herstellung übernehmen. Diese Revolution der Erwerbsarbeit sollte endlich als positiv empfunden und die neu gewonnene Zeit für andere Tätigkeiten genutzt werden. So führte ein Grundeinkommen dann auch nicht, wie viele seine Kritiker sagen, zum schnöden „Nichtstun“ derjenigen, die es empfangen würden, sondern zu einer Verschiebung der menschlichen Tätigkeiten auf andere Bereiche als die reine Erwerbsarbeit zur Existenzsicherung.<sup>875</sup>

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde also nicht nur die Einkommensverteilung revolutionieren, sondern ebenso für eine Revolution unseres Verhältnisses zur Erwerbsarbeit sorgen. Denn das Grundeinkommen wird dem Umstand gerecht, dass es bei der Gewährung von Chancen auf substantielle Freiheit um mehr geht als nur um Chancengleichheit in Bezug auf den Arbeitsmarkt. Dies spielt zwar auch eine wichtige Rolle, doch soll in erster Linie die Ermöglichung der Selbstverwirklichung im Zentrum stehen – die es eben auch außerhalb vom Erwerbsleben geben kann. Es geht um Chancen zu umfassender Freiheit, und nicht nur um die Chance auf eine Erwerbsarbeit.<sup>876</sup> Das Grundeinkommen schafft so die

---

<sup>874</sup> Liebermann (2005: 2).

<sup>875</sup> Vgl. zum Verhältnis von Erwerbsarbeit und Grundeinkommen aktuell bspw. Arlt (2012).

<sup>876</sup> Im Gegensatz zum Diktum Kerstings, vgl. schon Fußnote 835 und 836.

Freiräume und Möglichkeiten, sich tatsächlich zu engagieren und, im republikanischen Sinne, seinen Teil für das Gemeinwesen zu leisten:

„Vertrauen in die Bereitschaft des Einzelnen, seinen Beitrag zu leisten, wird zum Maßstab allen Handelns. Indem wir uns so als Bürger stärken, stärkt das Grundeinkommen unser Gemeinwesen.“<sup>877</sup>

Ein solches vertrauensvolles und solidarisches Bürgerverständnis wäre dann eine gute Grundlage für die Stärkung der geforderten Bürgerkompetenz eines substantiellen Liberalismus.

Anzumerken ist, dass die Darstellung des bedingungslosen Grundeinkommens natürlich etwas idealisiert ist. Das Grundeinkommen ist kein Allheilmittel, und nur im glücklichsten Fall würde es tatsächlich zu all den gewünschten Entwicklungen führen, d.h. dass sowohl die Ungleichverteilung abnehmen würde als auch gleichzeitig der gesellschaftliche Arbeitsbegriff wie vorgeschlagen neu verstanden würde. Hier hinge sehr viel davon ab, wie ein Grundeinkommen tatsächlich konzipiert und eingeführt würde, wie es finanziert würde und natürlich auch, wie mündig die Bürger dann tatsächlich mit den ihnen gewährten Freiheiten umgehen würden. Doch ist das Grundeinkommen, ganz konzeptionell, eben grundsätzlich eine starke Idee, die in Wissenschaft und Politik viel Resonanz erfährt und die vor allem dem substantiellen Liberalismus als politisch-philosophische Konzeption in vielerlei Hinsicht gerecht wird. Das bedingungslose Grundeinkommen als Wirtschaftsbürgerrecht scheint ganz wesentlich dafür geeignet zu sein, die Freiheitschancen aller zu erhöhen.

### **7.1.2.3 – Gleicher Zugang zu Bildung**

Neben den ökonomischen Bedingungen sind außerdem vor allem der Zugang zu Bildung und die Durchlässigkeit des Bildungssystems wichtige Aspekte der Chancengerechtigkeit. Denn Bildung ermöglicht überhaupt erst die Chancen, seinen eigenen Lebensentwurf mündig und selbstbestimmt zu verwirklichen. Dazu die Studie „Chancenspiegel“ des Instituts für Schulentwicklungsforschung aus dem Jahr 2012:

„Für Kinder und Jugendliche sind Bildungschancen Lebenschancen. Aber gute Bildung ist nicht nur der Schlüssel zu individuellem Erfolg, sondern auch für gesellschaftliche Integration. Gute Bildungschancen sind somit gleichermaßen ein Gebot der Fairness und Gerechtigkeit sowie eine entscheidende Grundvoraussetzung für Demokratie, Wohlstand und Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft. Wir können es nicht hinnehmen, wenn der Bildungserfolg in erheblichem Maße von der Herkunft

---

<sup>877</sup> Liebermann (2006: 110).

abhängt. In Deutschland ist das aber der Fall. [...] Denn der Einfluss der Herkunft ist in Deutschland nach wie vor entscheidend.“<sup>878</sup>

Wie auch schon die Vermögens- und Einkommensverteilung ist auch das Bildungssystem in Deutschland unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nur Mittelmaß. Vor allem der Aspekt der sozialen Durchlässigkeit, also der Möglichkeit, auch als Kind einer bildungsfernen oder in Armut lebenden Familie umfassend vom Bildungsangebot zu profitieren, ist nicht genug gegeben, wie auch eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit dem aussagekräftigen Titel „Wenig Chancengleichheit in Deutschland: Familienhintergrund prägt eigenen ökonomischen Erfolg“<sup>879</sup> zeigt. Die Herkunft schlägt auch hier erneut auf die Freiheit durch, so dass Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten geringere Chancen haben, später erfolgreich durchs Leben zu gehen. Der „Chancenspiegel“ kommt zu einem deutlichen Urteil:

„In Bezug auf die Integrationsfunktion des Schulsystems kann darauf hingewiesen werden, dass in Deutschland längst nicht alle Schülerinnen und Schüler in gleichem Maße Chancen auf eine umfassende Integration in die Gesellschaft erhalten. [...] Schließlich kann zudem in der Gerechtigkeitsdimension »Durchlässigkeit« gezeigt werden, dass Bildungsbiografien zum Teil von der sozialen Herkunft institutionell negativ beeinflusst werden. Dies zeigt sich an allen Übergangsstellen des Schulsystems und seiner benachbarten Bildungssysteme. [...] Kein Bundesland kann beanspruchen, im engeren Sinne in Bezug auf das Schulwesen gerecht zu sein.“<sup>880</sup>

Der umfassende und sehr gründliche „Chancenspiegel“ zeigt eine ganz und gar inakzeptable Ungerechtigkeit, da jungen Menschen erneut *systematisch*, nämlich aufgrund ihrer Herkunft, bestimmte Lebenschancen verwehrt bleiben. Ebenso wie die Verteilung der Vermögen und Einkommen ein Resultat der ungerechten Besteuerung ist, kann auch in diesem Fall nicht einfach auf die Eigenverantwortung der Individuen verwiesen werden. Im Wesentlichen liegen *strukturelle* Ungerechtigkeiten vor, wenn es bestimmten Gruppen der Bevölkerung systematisch schwerer gemacht wird, an Bildung zu gelangen als anderen. Sie werden dadurch schon im jungen Alter daran gehindert, ihren eigenen Lebensplan zu verfolgen bzw. überhaupt erst einen solchen zu entwickeln. Die Bevölkerung nimmt dieses Problem ebenfalls als politisches wahr und formuliert einen eindeutigen Gestaltungsauftrag an die Politik:

„In der Bevölkerung gibt es die ausgeprägte Erwartung, dass das Bildungssystem für sozialen Aufstieg sorgt – und für gute Leistungen. 72 Prozent der Befragten meinten

---

<sup>878</sup> Bertelsmann Stiftung / Institut für Schulentwicklungsforschung (2012: 7).

<sup>879</sup> Vgl. Schnitzlein (2013).

<sup>880</sup> Bertelsmann Stiftung / Institut für Schulentwicklungsforschung (2012: 118f.).



2011 in einer repräsentativen Umfrage von TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, es sei eine außerordentlich oder sehr wichtige Aufgabe des Bildungssystems, dass auch Benachteiligte in unserer Gesellschaft sozial aufsteigen können.“<sup>881</sup>

Das Bildungssystem ist für Steinvorth die „wichtigste Institution der liberalen Gleichheit“<sup>882</sup> – und umso dramatischer ist das Ergebnis der Analyse des Chancenspiegels. Es sollte oberste Priorität einer Politik der Freiheit sein, an derlei Zuständen anzusetzen und sich darum zu bemühen, den Zugang zu Bildung allgemein sicherzustellen. Denn der substantielle Liberalismus war ja angetreten, die „Integration in die Gesellschaft“, wie der Chancenspiegel es formuliert, all seinen Bürgern zu gewährleisten. Es muss darum gehen, die Fähigkeit zur Freiheit zu stärken – also die Eigenschaften zu stärken, die einen autonomen, mündigen Bürger ausmachen.

Auch hier spielt die Realisierung der Chancen eine Rolle: Die bloße Verfügbarmachung von Bildung im engeren Sinne ist nicht genug, da die Bürger eben auch die Möglichkeiten bekommen müssen, diese auch wahrnehmen zu können. Alleinerziehende Mütter mögen beispielsweise Bildungschancen (in Form von Weiterbildung etc.) zur Verfügung haben, doch können sie diese in Deutschland nur sehr schwer wahrnehmen, solange es keine funktionierende und erschwingliche Struktur von Kindertagesstätten gibt. So und so ähnlich gibt es viele Hindernisse und Hürden (fast immer gekoppelt an finanzielle Einkommenszwänge), die es dem Einzelnen schwer machen, die formell vorhandenen Bildungschancen zu nutzen. Die Einführung des diskutierten Grundeinkommens würde zumindest bzgl. der finanziellen Zwänge eine Verbesserung herbeiführen. Darüber hinaus muss die Politik der Freiheit aber zunehmend Wert darauf legen, die Möglichkeiten zur Ergreifung der Chancen zur Bildung, die zur Verfügung stehen, sicherzustellen. Die Bemühungen, in Deutschland ein umfassendes und für alle frei zugängliches System von Kindertagesstätten einzurichten, gehen beispielsweise in diese Richtung. Auch die Einrichtung von Ganztagschulen zur besseren Betreuung der Kinder und Jugendlichen scheint sinnvoll. Neben der individuellen Komponente in Bezug auf die Verwirklichung von Lebensentwürfen hat Bildung noch eine weitere wichtige Dimension, die ebenso wichtig ist. In Kapitel 5.4.1 wurde von der *Bildung zur Bürgertugend* gesprochen, und auch diese muss unter dem Aspekt der Chancengerechtigkeit ihren Platz finden. Denn der substantielle Liberalismus ist auf ein gewisses Bürgerethos angewiesen. Die Bürger müssen eine gewisse Mitverantwortung für die politischen Prozesse übernehmen und ihre Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft in demokratische

---

<sup>881</sup> Bertelsmann Stiftung / Institut für Schulentwicklungsforschung (2012: 7).

<sup>882</sup> Steinvorth (1999: 220).

Prozesse einbringen. Wenn nun, wie festgestellt wurde, manchen Bürgern der Zugang zu bestimmten Bildungsangeboten systematisch verwehrt bleibt, leidet vermutlich auch die Ausprägung der Bürgerkompetenz darunter. Auch in diesem Sinne, also in der Hoffnung, möglichst alle Menschen der Gesellschaft zu mündigen, aufgeklärten und reflektierten Bürgern zu bilden, muss der substantielle Liberalismus dafür sorgen, dass im Bildungsbereich möglichst gleiche Chancen für alle bestehen. Denn davon leben letztlich die demokratischen Prozesse, die ohne den mündigen, politisch aktiven Bürger versiegen.

### **7.1.3 – Zwischenfazit: Teilhabechancen für alle**

Crouch zeichnet die Entwicklungen infolge der neoliberalen Politik der vergangenen Jahrzehnte wie folgt:

„Der Sieg des Neoliberalismus machte Schluß mit dem Abbau sozialer und ökonomischer Unterschiede, der wachsenden Unterstützung der sozial Schwachen und der Privilegierung gemeinschaftlicher Interessen, wie sie mehr als dreißig Jahre lang in vielen, wenngleich nicht allen Industrieländern mit den Mitteln des demokratischen Nationalstaats betrieben worden waren.“<sup>883</sup>

Das vorliegende Kapitel hat versucht, einen Entwurf dafür vorzulegen, diese Entwicklung umzukehren. Es entwarf dazu eine Fortschrittsperspektive sozialer Gerechtigkeit, die über die bloße Forderung nach mehr Wirtschaftswachstum und mehr Umverteilung hinaus geht und mit dem Rückgriff auf substantielle Freiheit einen alternativen Orientierungshorizont für gesellschaftspolitische Fragen anbietet. Dass wirtschaftliches Wachstum alleine nicht mehr ausreicht, um eine erfolgreiche und gerechte Gesellschaft zu erreichen und dass andere Faktoren zunehmend wichtiger werden, ist inzwischen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft angekommen – auch in der Politik, wie die Bemühungen der Enquete-Kommission der Deutschen Bundesregierung um „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ zeigen. So arbeitet diese Kommission an Vorschlägen für neue Indikatoren erfolgreicher Politik jenseits der einseitigen Fokussierung auf Wirtschaftswachstum. Denn wirtschaftliches Wachstum alleine mag zwar zu einem steigenden Sozialprodukt führen, doch garantiert es eben wie gezeigt nicht schon alleine seine gerechte Verteilung oder umfassende Lebenschancen der Bürger. Das Problem ist darüber hinaus nicht allein, dass es Armut und von Armut bedrohte Bürger in Deutschland gibt. Das Problem ist

---

<sup>883</sup> Crouch (2011: 225).

auch, dass die von Armut Bedrohten oft nicht in der Lage sind, selbständig etwas an ihrer Situation zu ändern. Die Lotterie der Geburt und der Herkunft ist nach wie vor in vielen Bereichen ganz wesentlich für den Lebenserfolg oder -misserfolg. Aufgrund verschiedener Fehlentwicklungen, vor allem in der Einkommensbesteuerung und in der Bildungspolitik, sind in Deutschland bestimmte Bevölkerungsgruppen systematisch von bestimmten Chancen der Teilhabe ausgeschlossen.

Das Thema der sozialen Gerechtigkeit bzw. der Chancengerechtigkeit ist sehr umfassend und konnte hier nicht in aller Ausführlichkeit ausgebreitet werden. Gleiches gilt für das bedingungslose Grundeinkommen, über das für sich genommen schon eine umfangreiche Debatte in Wissenschaft und Politik geführt wird.<sup>884</sup> Der Blickwinkel des substantiellen Liberalismus sollte jedoch zeigen, wie er als regulative Idee all die verschiedenen Stränge der Debatten um soziale Gerechtigkeit verbinden kann. Er verknüpft Debatten verschiedener sozialpolitischer Instrumente um eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen, von Chancengerechtigkeit, vom Umdenken über Erwerbsarbeit, von gerechten Bildungschancen u.v.m. Der substantielle Liberalismus ist eine regulative Idee, die es vermag, den Debatten und den teils noch diffusen Vorstellungen von „mehr Gerechtigkeit“, die im Rahmen der Abkehr vom neoliberalen Mainstream gefordert werden, eine Richtung und mehr Orientierung zu geben, indem sie die *reale Freiheit aller* als politischen Zielhorizont definiert. So wird dann zwar weiterhin gesellschaftlich umverteilt, aber eben ex-ante, um (so konkret wie möglich) die realen Chancen der Bürger zu erhöhen. Der substantielle Liberalismus fordert damit einen Paradigmenwechsel „von einer kompensatorischen zu einer emanzipatorischen Konzeption von Sozialpolitik“<sup>885</sup>. Auch geht es im substantiellen Liberalismus nicht darum, Gleichheit in der Gesellschaft herzustellen, sondern es geht weiterhin darum, einen vernünftigen Pluralismus sicherzustellen. Doch dieser kann eben nur verwirklicht werden, wenn auch die unterschiedlichsten Lebensentwürfe Chancen auf Verwirklichung haben.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen entspricht dabei, als Vorschlag einer ordnungspolitischen Maßnahme, die die Emanzipation der Bürger im Sinn hat, exemplarisch den wesentlichen Aspekten des substantiellen Liberalismus: Das Grundeinkommen ermöglicht *reale, substantielle Freiheit*, indem es den Handlungsspielraum der Bürger erhöht. Es kommt allen *gleichermaßen* zugute und *emanzipiert* die Bürger einer Gesellschaft, indem es ihnen tatsächlich die Eigenverantwortung für die Gestaltung und den Erfolg ihres Lebensentwurfes gibt. Es

---

<sup>884</sup> Vgl. aktuell dazu: Werner / Eichhorn et al. (2012).

<sup>885</sup> Ulrich (1993: 467).

wird den Forderungen einer freiheitlichen Verfassung gerecht<sup>886</sup> und umfasst, wie gezeigt, eine Vielzahl an Möglichkeiten im Bereich des Umbaus des Sozialstaats, des Umdenkens über Erwerbsarbeit sowie der Neubewertung von persönlichem und gesellschaftlichem Engagement, die alle darauf abzielen, die Verwirklichungschancen der Freiheit zu erhöhen.

## **7.2 – Verantwortung für alle? Die gesellschaftliche (Re-) Integration der Finanzwirtschaft**

### **7.2.1 – Die Folgen der Finanzkrise und „das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“<sup>887</sup>**

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise umfasst die Ereignisse, die seit dem Jahr 2007 die Weltwirtschaft erschüttern und in gewisser Weise ja auch die vorliegende Arbeit maßgeblich beeinflusst und inspiriert haben. Seither hat man in regelmäßiger Abfolge eine Verschärfung dieser Krise beobachten können, die sich von einer amerikanischen Immobilienkrise (Subprime-Krise) zu einer globalen Bankenkrise und weiter zu einer Finanz- und dann Wirtschaftskrise ausgeweitet hat. In ihrer Folge ist zudem, zwar regional beschränkt und möglicherweise auch aus weiteren Gründen, derzeit noch eine europäische Währungs- und Schuldenkrise entstanden. Ausgangspunkt der Krisen war ein Finanzsektor, der „heiß gelaufen“ war, der also seine ihm eigene Logik unerbittlich verfolgt und sich dabei derart überhitzt hat, dass er beinahe die gesamte Weltwirtschaft zum Erliegen gebracht hätte. Die Finanzmärkte wurden bis ins Mark erschüttert, als eines ihrer Vorzeiginstitute und einer der großen Global Player, die Investmentbank Lehman Brothers, Insolvenz anmelden musste und die ganz reale Gefahr bestand, dass sie nicht die einzige Bank bleibt, der es so ergehen sollte. Erst die Versicherungen der Staatengemeinschaft, dass bestimmte Institute „too big to fail“, also derart systemrelevant seien, dass sie nicht fallengelassen würden, brachten etwas Ruhe in die Märkte. Bis heute sind die Banken und Staaten jedoch damit beschäftigt, die „toxischen“ Finanzinstrumente aus ihren Bilanzen zu lösen und in sog. „bad banks“ abzuwickeln.

---

<sup>886</sup> Zur Einschätzung des Verhältnisses des Grundeinkommens zu den Grundrechten des Grundgesetzes vgl. aktuell Brenner (2012).

<sup>887</sup> Vgl. das gleichnamige Buch von Crouch (2011).

Nun soll die Finanzkrise hier nicht im Detail geschildert werden. Die wesentlichen Aspekte des Verlaufs der Krise und ihrer Ursachen sind inzwischen vielfach dargestellt und diskutiert worden.<sup>888</sup> Was die Finanzkrise aber so erwähnenswert macht, ist die Überlegung, dass sie stellvertretend für ein allgemeines Symptom der (Fehl-) Entwicklungen der Weltwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte steht. Die Finanzmärkte waren lange Zeit das Paradebeispiel der Ökonomen, wenn es um die Beschreibung freier Märkte ging (die ja letztlich die ultima ratio der Mainstream-Ökonomie sind). So ging man davon aus, die Finanzmärkte seien geprägt von rein rational getriebenen, informierten Entscheidungen, die einzig aufgrund ökonomischer Kriterien und bei bestmöglicher Informationslage getroffen werden. Die Krise hat jedoch gezeigt, dass diese Annahmen nicht nur in der Realwirtschaft kaum zutrafen, sondern vor allem im Herz des Kapitalismus, den Finanzmärkten, kolossal scheiterten. Die Finanzkrise hat der Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass das Kartengebäude des Kasino-Kapitalismus nicht sehr stabil gebaut war. Risiken wurden systematisch verschleiert, Fehlinformationen geliefert und es wurde getäuscht, so dass am Ende die Banken selbst nicht mehr wussten, welche Zeitbomben sich in ihren Bilanzen befanden. Es traf daher weder die Annahme der vollständigen Informiertheit zu noch die der rationalen Entscheidungen; die Modelle der Volkswirtschaft waren mit ihren Idealannahmen weitestgehend unbrauchbar, um die Entstehung sowie den Verlauf der Krise zu erklären.

Dass dies alles geschehen konnte, lässt sich zu einem nicht unwesentlichen Teil auf eine neoliberale Politik der Deregulierung der Finanzmärkte zurückführen:

„Fast alle Behinderungen und Kontrollen der weltweiten Kapitalströme wurden abgeschafft. [...] Immer mehr Kapital floss in die Spekulation statt in den Auf- und Ausbau von Unternehmen und Volkswirtschaften. Viele Regierungen förderten den Wahnsinn: indem sie die im Kasino erzielten Gewinne nicht länger besteuerten. [...] Um Kapitalisten anzulocken, verringerten oder beseitigten etliche Staaten die Steuern aufs Kapital, namentlich die Kapitalgewinn-, Spekulations-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.“<sup>889</sup>

Diese gewährte Wirtschaftsfreiheit wurde weitestgehend rücksichtslos dazu genutzt, um dem eigenen Institut oder, wie bei einigen Investmentbankern geschehen, sich persönlich einen materiellen Vorteil zu verschaffen. So wurden in der Hoffnung auf Rekordgewinne auch entgegen besseren Wissens undurchschaubare Finanzprodukte geschaffen oder gehandelt. Wie die Geschichte ausging ist hinlänglich bekannt. Das

---

<sup>888</sup> Vgl. bspw. Stiglitz (2010a), Soros (2008), Friedman (2011), Brunetti (2011) oder die Financial Crisis Inquiry Commission (2011).

<sup>889</sup> De Weck (2009: 11f.).

Verhalten der Banken vor, während und nach der Finanzkrise verursachte ein massives Misstrauen in dreierlei Hinsicht: Zum einen gegenüber den Akteuren selbst – so gibt es vermutlich nur wenige Berufsgruppen, denen derzeit weniger Vertrauen entgegen gebracht wird als der sog. „Wirtschaftselite“. Zum anderen misstraut man der Finanzwirtschaft und den Banken allgemein und geht (nicht ganz zu Unrecht) davon aus, dass diese kaum etwas aus den Krisen gelernt hätten und sogar weiterhin wichtige Regulierungen blockierten.<sup>890</sup> Und drittens markiert die Krise eine Zäsur der neoliberalen Mainstream-Ökonomik selbst, da das Vertrauen in die Märkte doch grundsätzlich erschüttert scheint. Auch wenn sich in den Lehrbüchern nur wenig verändert haben mag, ist doch die öffentliche Wahrnehmung geprägt von einer Skepsis gegenüber den vormals seltener hinterfragten Idealen der Privatisierung, der Deregulierung und den „Selbstheilungskräften“ des Marktes. Dieses Misstrauen entstammt der Einsicht, dass die Finanzkrise keine Verkettung unglücklicher Umstände oder nur Verfehlungen Einzelner zur Ursache hatte, sondern sie ebenso eine Systemkrise darstellt. Das bedeutet, dass alle an ihr Beteiligten – Banker, Banken, Bankkunden, Ratingagenturen, Aufsichtsbehörden, die Politik – ihren Teil dazu beigetragen haben, dass eben *systematisch* etwas falsch gelaufen ist. Hinsichtlich des Ausmaßes und des Drohpotentials der Krise wurden die Konsequenzen jedoch nur verhältnismäßig zaghaft gezogen. So ist nicht nur Crouch über „[d]as befremdliche Überleben des Neoliberalismus“<sup>891</sup> und dessen wirtschaftspolitische Fortsetzung überrascht.

In Bezug auf die Rolle des Bankensektors und der Finanzwirtschaft für die Gesellschaft hat schon der Ordoliberalismus einiges zur Debatte beigetragen. Für den Ordoliberalismus waren in diesem Zusammenhang drei Dinge wesentlich, und zwar a) die besondere Bedeutung der Banken für die Gesamtwirtschaft, b) die dem Ordoliberalismus generell zugrundeliegende Bedingung der vollständigen Konkurrenz, also der Vermeidung von Marktmacht, sowie c) die Bedeutung der Haftung für die Wirtschaftsordnung. Diese Betrachtungen werden zwar auch der vorliegenden Debatte weiterhelfen, doch verkürzt der Ordoliberalismus auch hier die Debatte oft wieder nur auf die Betrachtung ökonomischer Aspekte. So stellt Eucken zwar die wichtige Frage: „Wie sollte die Ordnung des Bankwesens erfolgen, um eine wohlgeordnete

---

<sup>890</sup> Einer Studie zufolge vertrauen nur 36% der deutschen Bürger den Banken. Diese bilden damit das Schlusslicht der Studie als die Branche, der am wenigsten vertraut wird. Vgl. dazu Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) (2011).

<sup>891</sup> Vgl. das gleichnamige Buch von Crouch (2011).

Wettbewerbswirtschaft zu ermöglichen?“<sup>892</sup>, doch greift diese eben zu kurz. Die wichtigere Frage wäre zunächst: Welche Aufgabe und welchen Zweck sollte das Bankenwesen verfolgen, um *gesellschaftlich legitimiert* (d.h. der substantiellen Freiheit aller dienlich) zu sein? Im Sinne der in Kapitel 5 vorgestellten zweistufigen Betrachtung ordnungspolitischer Fragen kann erst nach der Beantwortung dieser Frage diskutiert werden, wie ein gesellschaftlich legitimes Finanzsystem dann anhand der wirtschaftspolitischen Kriterien aus Kapitel 6 ökonomisch sinnvoll gestaltet werden kann.

Im substantiellen Liberalismus wurde festgelegt, dass seine Institutionen dann legitim sind, wenn sie dazu beitragen, die reale Freiheit aller Bürger zu fördern. Es ist also im Sinne des vitalpolitischen Grundprinzips zu untersuchen, welche Auswirkung das derzeitige Finanzsystem diesbezüglich hat. Hier muss dann eine Politik der Freiheit diskutiert werden, wozu die Finanzwirtschaft überhaupt gebraucht wird, also was die Aufgaben der Banken in unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung überhaupt sein sollen (Abschnitt 7.2.2).

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Finanzkrise immer wieder gefragt, wer nun eigentlich verantwortlich für das Entstehen und das Ausmaß der Krise sei. Die Debatten haben gezeigt, dass die Finanzwirtschaft, von außen betrachtet, in ihrer wirtschaftlichen Freiheit in einem Modus der „strukturierten Verantwortungslosigkeit“<sup>893</sup> abzulaufen scheint, in dem viele Akteure das Gefühl haben, für ihr Handeln keine Verantwortung tragen zu müssen, da diese sich in kollektiven Prozessen verliert. Die „bail-outs“ der großen Banken und die damit einhergehende Sozialisierung der Verluste werden diese Haltung eher noch bestärken. Da für den substantiellen Liberalismus jedoch (auch wirtschaftliche) Freiheit und Verantwortung Hand in Hand gehen (müssen), muss auch das Finanzsystem so gestaltet werden, dass Verantwortungsstrukturen wieder erkennbar werden und auch die Akteure wieder die Verantwortung für ihr Handeln tragen (müssen) (Abschnitt 7.2.3).

### **7.2.2 – Die gesellschaftliche Bedeutung der Finanzwirtschaft**

Die neoliberale Deregulierung der Finanzmärkte führte dazu, dass sich vielerorts und vor allem auch im finanzwirtschaftlichen Geschäft in erster Linie die

---

<sup>892</sup> Eucken (1999: 48).

<sup>893</sup> Vgl. das gleichnamige Buch von Honegger (2010).

Profitmaximierung als Leitidee festsetzte und man nur noch versuchte, die höchstmögliche Rendite zu erwirtschaften – die Deutsche Bank ist an dieser Stelle wegen ihres langjährigen Renditeziels von 25% ein symptomatisches Beispiel. Die Entwicklungen der Finanzwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte zeigten eine Verschiebung der Wahrnehmung und Ausrichtung des Bankensektors. Banken waren ursprünglich ja als Intermediäre tätig: Auf der einen Seite gibt es Anleger, die Geld übrig haben und anlegen möchten, und die ohne eine Bank jedes einzelne Unternehmen fragen müssten, ob und wie sie ihr Geld dort anlegen könnten. Umgekehrt gibt es Individuen und Unternehmen, die Geld benötigen, um Investitionen zu tätigen. Diese müssten ohne Banken analog versuchen, je individuell das benötigte Kapital aufzutreiben. Hier funktionieren Banken also als Mittler, die die Transaktionskosten der Kapitalanlage und -akquise maßgeblich verringern können. Für diese Dienstleistung steht ihnen dann auch ein gewisser Erlös zu, da sie volkswirtschaftlich gesehen zu mehr Wohlstand beitragen.<sup>894</sup> Im Sinne der substantiellen Freiheit kann hier festgehalten werden, dass eine Finanzwirtschaft, insofern sie dieser Aufgabe, nämlich der Vermittlung zwischen Anlegern und Investoren nachgeht und für ihre Dienstleistungen keinen Wucher, sondern angemessene Zinsen und Gebühren verlangt, der Gesellschaft durchaus einen Dienst erweist, der der Freiheit aller dienlich sein kann.

#### **7.2.2.1 – Die aktuelle Struktur der Finanzwirtschaft als gesellschaftliches Problem**

Diese Aufgabe der Banken ist jedoch zunehmend in den Hintergrund geraten. Und dass sie die darin liegende Verantwortung auch selbst nicht mehr sehen, zeigt sich beispielhaft sehr deutlich an der Aussage von Alexander Dibelius, dem Deutschland-Chef von Goldman Sachs, der mit den Worten zitiert wird: „Banken, besonders private und börsennotierte Institute, haben keine Verpflichtung, das Gemeinwohl zu fördern.“<sup>895</sup> Richtiger wäre wohl: Sie *fühlen* keine Verpflichtung, das Gemeinwohl zu fördern.<sup>896</sup> Im Sinne der Gewinnmaximierung hat sich nämlich gezeigt, dass der Bereich der Vermittlung zwischen den Kunden sowie die Versorgung der Realwirtschaft mit Kapital, also die wenigstens in gewisser Weise gesellschaftsdienlichen Leistungen, meist weniger rentabel sind als andere Bereiche – allen voran das Investmentbanking. Denn im Investmentbanking gab es die Möglichkeiten, ganz im Alleingang, durch die Erfindung und Strukturierung

---

<sup>894</sup> Mastronardi (2010: 126).

<sup>895</sup> Zitiert nach: Precht (2010: 398).

<sup>896</sup> Vgl. Precht (2010: 398).



neuartiger Finanzprodukte sowie mit deren Handel, viel höhere Gewinne zu erzielen als im klassischen Bankgeschäft. Über kurz oder lang waren dann alle Banken in hochtechnisierte und riskante Formen der Spekulation involviert und erhielten gewissermaßen eine Lizenz zum Gelddrucken: Durch die Erfindung verschiedener Finanzprodukte, die auch noch mit Leverage-Effekten ausgestattet werden konnten, waren sie nun kreditschöpferisch tätig. Die Banken konnten so in die Geldzirkulation eingreifen, eine Gefahr, vor der Röpke schon in den 1950er Jahren warnte:

„Eine Bank ist eben nicht länger ein Geschäftsunternehmen wie jedes andere; es ist keine bloße Geldgarderobe oder eine Art von Maskenverleihanstalt, sondern ein Unternehmen, dessen Geschäfte einen weitreichenden Einfluß auf die Geldzirkulation und damit auf den gesamten Wirtschaftsprozeß ausüben, ein Unternehmen daher auch, das unkontrolliert sich selbst zu überlassen sogar dem hartgesottensten Liberalen kaum jemals in den Sinn gekommen ist. Und wir wiederholen: Wer diese Rolle des Banksystems nicht verstanden hat, hat auch den ganzen Mechanismus unseres modernen Wirtschaftssystems nicht verstanden.“<sup>897</sup>

Die Finanzkrise hat schmerzhaft deutlich gemacht, dass die Banken eben genau nicht Unternehmen sind wie alle anderen. Die Politik der Deregulierung der vergangenen Jahrzehnte war davon ausgegangen, die Banken könnten, gleich anderer Wirtschaftsakteure auch, den Gesetzen der Marktwirtschaft voll ausgesetzt werden. Verknüpft man diese Ansicht jedoch mit der rasanten Entwicklung des Investmentbankings, kommt man zu folgender Problemlage: Es entstanden Finanzinstitute, die einerseits mittels Investmentbankings Geschäfte unbekannten Ausmaßes ausführten und jenseits der realwirtschaftlichen Entwicklungen wirtschafteten.<sup>898</sup> Gleichzeitig setzten sie damit hochriskant das eigene sowie das Überleben anderer Banken aufs Spiel, während einige dieser Institute gleichzeitig oft auch eine maßgebliche Verantwortung für die Finanzierung der Realwirtschaft hatten. Die Verknüpfung von kapitalistischem Größenwahn und einer gesellschaftlichen Abhängigkeit führte dazu, dass die Institute, die auf eigene Rechnung spekulierten, zwar die Gewinne einfahren konnten, bei den hohen Verlusten während der Krise jedoch nicht, wie es für einen wirtschaftlichen Akteur eigentlich üblich wäre, aus dem Markt ausscheiden mussten. Stattdessen wurden die Verluste sozialisiert, indem der Staat für die Banken einsprang. Die Banken mussten so kaum Verantwortung für ihre wilden Spekulationen tragen, da ihre Bedeutung für die Realwirtschaft höher geschätzt wurde als die Absicht, auf Kosten der Allgemeinheit ein Exempel zu statuieren und die Banken tatsächlich insolvent gehen zu lassen (Stichwort „Systemrelevanz“).

---

<sup>897</sup> Röpke (1994: 133).

<sup>898</sup> Vgl. bspw. Von Cranach / Mastronardi et al. (2010: 21).

Mit dieser Erkenntnis nähert man sich auch schon der gesellschaftlichen Bedeutung der Banken etwas. Denn die Banken sind in erster Linie als ein Schmiermittel der Wirtschaft notwendig und haben als solches eine besondere Rolle in einer Marktwirtschaft. Der Finanzsektor ist in einem engen Sinne unproduktiv und bleibt „in seinem Kernbereich ein Hilfsmittel, eine Infrastruktur der Realwirtschaft, weil er diese nur mit der notwendigen ‚Energie‘ – Geld und Kredit – versorgt, damit sie ihren Motor zum Laufen bringen kann.“<sup>899</sup>

Diese traditionelle Sichtweise auf die Aufgaben der Banken ist, das sollte durch die Krise deutlich geworden sein, weit von dem entfernt, womit die Banken heute einen Großteil ihres Geldes verdienen und womit sie ihre enormen Bilanzsummen angehäuft haben. Diese vermeintlich altmodische Deutung der Finanzwirtschaft ist jedoch ganz im Sinne einer vitalpolitischen Auslegung: Die Banken sollten, um *legitim* wirtschaften zu können, eine der Wirtschaft und so in letzter Konsequenz dem Menschen dienende Funktion übernehmen. Sie sind instrumentell – dafür da, Unternehmen und Bürger in ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten zu unterstützen.<sup>900</sup> Ihre grundlegende Verantwortung liegt dann „[i]n der Gewährleistung eines reibungslosen und fairen, also eines *gut* funktionierenden Intermediationsprozesses [zwischen Liquiditäten und Fristigkeiten]“<sup>901</sup> – und nicht in der Maximierung des shareholder values.

So kann Mastronardis Einsicht gefolgt werden, die Finanzwirtschaft sei in erster Linie ein „Service public“<sup>902</sup>. Die Banken haben eine besondere Bedeutung für eine Gesellschaft, die „Geld und Kredit umfassend als jene Steuerungsmedien [versteht], mit welchen das Finanzsystem die Realwirtschaft beeinflusst.“<sup>903</sup> Die Banken müssen verstanden werden als Institutionen, welche zuallererst einen öffentlichen Auftrag haben: Ihre sog. „licence to operate“, also letztlich ihre gesellschaftliche Legitimation, erhalten sie, weil sie den Kunden und in umfassenderem Sinne der Gesellschaft einen Dienst erweisen. Die Banken werden nur so ihrer bedeutenden Rolle als „quasi-öffentlicher Institution“<sup>904</sup> gerecht.

Der Ordoliberalismus hat sich bei seiner Auseinandersetzung mit den Banken schon für eine ganz ähnliche Interpretation entschieden. Aufgrund der oben von Röpke

---

<sup>899</sup> Mastronardi (2010: 126).

<sup>900</sup> Vgl. zum Thema ganz ähnlich auch Wagenknecht (2011: 230-251).

<sup>901</sup> Thielemann / Ulrich (2003: 42f.).

<sup>902</sup> Mastronardi (2010: 129).

<sup>903</sup> Mastronardi (2010: 128).

<sup>904</sup> Zum Konzept der Großunternehmung als quasi-öffentlicher Institution vgl. das gleichnamige Werk von Ulrich (1977).

beschriebenen herausragenden Bedeutung der Banken für die Wirtschaft diskutierte Eucken sogar „[ü]ber die Verstaatlichung der Privaten Banken“<sup>905</sup>, da er einsah, dass der Staat ohnehin aufgrund ihrer Bedeutung für die Wirtschaft „praktisch eine Staatsgarantie für sie aus[übt]“<sup>906</sup>. Eine Verstaatlichung ginge vielleicht etwas zu weit, auch wenn sie nicht ausgeschlossen werden soll. Wichtiger ist jedoch, dass sich der Staat im Sinne des „Too big to fail“-Arguments dazu genötigt sieht, eine Staatsgarantie tatsächlich auszusprechen und somit die Banken eigentlich nicht mehr den Regeln der Marktwirtschaft unterworfen sind.<sup>907</sup> Und dass die Too big to fail-Problematik immer noch eine Rolle spielt und Banken immer noch eine Gefahr für die Wirtschaft darstellen, hat der Finanzstabilitätsrat erst im November 2012 bekräftigt, als er seine Einschätzung erneuerte, wonach auch die Deutsche Bank zu den vier weltweit gefährlichsten Banken gehört. „Gefährlich“ heißt in diesem Zusammenhang, dass die entsprechenden Banken entweder so groß oder so sehr vernetzt sind, dass ein Zusammenbruch nicht nur die lokale, sondern die globale Wirtschaft massiv gefährdet.<sup>908</sup>

#### **7.2.2.2 – Lösungsvorschläge zur Umstrukturierung der Finanzwirtschaft**

Es ist unausweichlich, dass Banken eine wichtige gesamtwirtschaftliche Bedeutung (sei sie real oder psychologisch) erlangen, die eine gewisse Sicherheit vom Staat notwendig machen kann. Was jedoch aus Sicht des substantiellen Liberalismus nicht weiter vertretbar ist, ist die Doppelmoral, dass nämlich eine Großbank (wie bspw. die Deutsche Bank) auf der einen Seite eine solche Staatsgarantie erhält (und mittels dieser natürlich auch günstiger an Kapital gelangt etc.) und gleichzeitig eine Investmentbank-Sparte hat, die das eigentlich riskante Geschäftsfeld der Bank ausmacht und – im schlimmsten Fall – nicht nur das eigene Haus, sondern eine ganze Wirtschaft stark gefährdet. Eine *erste Folgerung* des substantiellen Liberalismus wäre darum eine strikte Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken. Es gibt keinen gewichtigen Grund dafür, dass Investmentbanken, die hochriskante Geschäfte tätigen, die zudem für die Realwirtschaft oft nur wenig Bedeutung haben, eine Systemrelevanz erlangen und von Staatsgarantien profitieren sollten. Dass Geschäftsbanken unter gewissen Umständen eine solche benötigen könnten, ist vielleicht noch nachvollziehbar – bei riskanten Spekulationen auf eigene Rechnung jedoch nicht.

---

<sup>905</sup> Eucken (1999: 38).

<sup>906</sup> Eucken (1999: 39).

<sup>907</sup> Vgl. dazu Crouch (2011: 176).

<sup>908</sup> Vgl. Financial Stability Board (2012).

Entweder übernehmen Banken also tatsächlich system-, und das heißt *gesellschaftsrelevante* Aufgaben und profitieren dadurch von einem (allerdings auch nur unter bestimmten Umständen gegebenen) staatlichen Sicherheitsnetz, oder aber sie wollen auf eigene Rechnung spekulieren – dann müssten sie dies jedoch auch auf volles eigenes Risiko tun. Neben dieser Trennung kann zur Reduzierung der volkswirtschaftlichen Risiken eine weitere Erhöhung der Eigenkapitalquote in Erwägung gezogen werden (und zwar bei beiden Sorten von Banken). Zwar passiert dies im Laufe von Basel III<sup>909</sup> bereits, doch ist die damit verbundene, geplante Erhöhung für einige Banken immer noch nicht ausreichend, wie der Bericht des Finanzstabilitätsrats zeigt.<sup>910</sup>

Ist die Trennung erfolgt, kann in einem *zweiten Schritt* überprüft werden, welche Aufgaben Investmentbanken überhaupt übernehmen sollten. Denn auch eine Trennung der beiden Bankensysteme nützt nichts, wenn die Investmentbanken wieder hochriskante Produkte erfinden, die sie dann an die Geschäftsbanken weiterverkaufen, so dass am Ende die Risiken doch wieder in deren Bilanzen auftauchen. Natürlich gibt es Funktionen der Investmentbanken, die notwendig sind. So ist die Begleitung von Unternehmen an die Börse (IPOs) eine Dienstleistung, die durchaus ihre Berechtigung hat. Bei hochkomplexen Derivategeschäften, dem Handel mit komplexen und verbrieften Produkten, Spekulationen mit Nahrungsmitteln sowie dem Hochfrequenzhandel allgemein ist die gesellschaftliche Bedeutung jedoch mitunter schwieriger zu ermitteln. Darum wäre ein weiterer notwendiger Schritt, eine (am besten europäische) Finanzaufsicht ins Leben zu rufen, die mittels einer Art Finanzinstrumente-TÜV die Zulassung der einzelnen Produkte zunächst auf ihre Legitimität und das gesellschaftliche Risiko hin überprüft. Gleiches könnte auch für Hedge Funds allgemein gelten, die einer Aufsicht unterstellt werden müssten. Zudem sollte mehr Transparenz geschaffen werden und Schattenmärkte und -transaktionen (bspw. Over-the-counter-Transaktionen) eingeschränkt werden. Des Weiteren würde eine gut gestaltete Finanztransaktionssteuer dafür sorgen, dass unproduktive Arbitragegeschäfte eingedämmt würden und die schwindelerregende Geschwindigkeit des Handels etwas gebremst würde.<sup>911</sup>

---

<sup>909</sup> „Am 12. September 2010 haben die Chefs der Notenbanken und Aufsichtsbehörden von 27 Staaten im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht neue Kapital- und Liquiditätsvorschriften für Bankeninstitute beschlossen. Die neuen Eigenkapitalregeln, auch Basel III genannt, ziehen die Lehren aus der Finanzmarktkrise und sollen dazu führen, dass Banken sich im Krisenfall aus eigener Kraft stabilisieren und retten können.“ Zitiert nach Bundesfinanzministerium (2010).

<sup>910</sup> Vgl. Financial Stability Board (2012).

<sup>911</sup> Einen Einblick in die makroökonomische Untersuchung der Auswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten der Transaktionssteuer gibt bspw. Steinbach (2010).

Diese Forderungen sind natürlich nicht abschließend<sup>912</sup> und auch ihr Erfolg ist keineswegs garantiert, denn selbst all diese Schritte zusammen genommen führen sicher nicht dazu, Finanzkrisen ein für alle Mal zu vermeiden. Aber sie würden, ganz im Sinne der wirtschaftspolitischen Grundsätze des substantiellen Liberalismus, vermutlich dazu führen, dass die Finanzwirtschaft tatsächlich wieder an realwirtschaftliche Entwicklungen gekoppelt wäre. Sie sollte eine gesellschaftlich sinnvolle Aufgabe übernehmen, statt, von dieser gänzlich losgelöst, sie noch zu gefährden. So wird dann hoffentlich erreicht, dass die Bank wieder erkennt, dass sie „nicht nur den Kapitalgebern dient, sondern mit den *verschiedenen Gruppen der Gesellschaft durch ein dichtes Netz sozialer Beziehungen verbunden*“<sup>913</sup> und diesen eben auch in gewisser Weise verpflichtet ist. Die beispielhaft genannten Maßnahmen wären mit der Hoffnung verknüpft, dass die Banken wieder ein *Finanzdienstleister* werden und ihre Aufgabe in der Versorgung der Wirtschaft wahrnehmen. Dazu gehört eben auch, dass hochkomplexe Finanzprodukte, die einzig der Spekulation dienen, reduziert werden. So würde der substantielle Liberalismus auch hier die geforderte „Unterordnung der Wirtschaft unter eine gesellschaftsdienliche Politik der verantwortlichen Freiheit“<sup>914</sup> erreichen und die Auswüchse des Finanzsystems etwas eindämmen.

In gewisser Weise ist diese Betrachtung dann auch schon zweien der drei wesentlichen Besorgnisse des Ordoliberalismus nachgekommen, nämlich der Bedeutung der Banken für die Wettbewerbsordnung sowie der Vermeidung von Marktmacht. In beiden Punkten ist den Ordoliberalen zu folgen, da hinter dem ersten Punkt nichts anderes als die Forderung nach einem der Realwirtschaft dienenden Bankensektor und hinter dem zweiten Punkt letztlich die Vermeidung der Erpressbarkeit der Politik durch die Märkte steht (was ja auch der geforderten Systembedingung der von wirtschaftlichen Interessen unabhängigen Wirtschaftspolitik entspricht, vgl. Abschnitt 6.2.3.3). Entscheidend ist aber, dass auch hinter diesen Punkten noch zuvorderst der Dienst der Wirtschaft an den Menschen im Mittelpunkt steht, der im Ordoliberalismus so nicht konsequent herausgearbeitet wurde.

Zu bemerken ist noch abschließend, dass eine nationale Vorgehensweise bei diesem Thema sicherlich nur begrenzte Erfolgsaussichten hat. Die Finanzmärkte sind so beweglich und global ausgerichtet, dass die Regulierung und Mäßigung selbiger

---

<sup>912</sup> Für eine weitere Vielzahl an Maßnahmen vgl. bspw. Von Cranach / Mastronardi (2010: 143-160).

<sup>913</sup> Tuchtfeld (1982: 29), Hvh. im Original. Zitiert nach: Dietzfelbinger (1998: 258).

<sup>914</sup> Von Cranach / Mastronardi et al. (2010: 22).

eigentlich nur sinnvoll auf europäischer oder, was wahrscheinlich am effektivsten wäre, auf globaler Ebene angegangen werden kann. Nichtsdestotrotz ist es ermutigend, wenn schon einzelne Länder (wie auch bspw. Deutschland oder Frankreich) laut über die Trennung der Geschäfts- und Investmentbanken oder die Einführung von Transaktionssteuern nachdenken und damit vielleicht die Bemühungen des europäischen Parlaments stützen. Die transnationale Dimension des Problems wird in Abschnitt 7.3 ausführlich behandelt.

### **7.2.3 – Das Problem der „strukturierten Verantwortungslosigkeit“<sup>915</sup>**

Die Krise hat neben der generellen Frage nach der Bedeutung der Finanzwirtschaft für die Gesellschaft noch eine zweite Frage aufgeworfen. Da nämlich gewisse wirtschaftliche Handlungen zu dieser Krise geführt haben müssen, wurde auch nach Verantwortlichen für diese Handlungen gesucht. Dabei wurden dann, je nach Perspektive, alle drei möglichen Orte von wirtschaftlicher Verantwortung ausgemacht<sup>916</sup>: Die Individuen (Stichwort Gier), die Unternehmen (Stichwort Investmentbanken und Ratingagenturen) sowie das Finanzsystem und die Wirtschaftsordnung an sich (Stichwort Kasino-Kapitalismus). Es wurde jedoch schnell deutlich, dass keiner dieser Bereiche für sich genommen alleine verantwortlich gemacht werden kann. Ein „Schuldiger“ ist demzufolge nicht so leicht auszumachen. Vor allem aber die Sozialisierung der Verluste der Banken, also die staatlichen Notprogramme sowie das Verhalten der Banken, d.h. ihre Weigerung, im Nachgang der Krise Verantwortung zu übernehmen, werfen jedoch die Frage auf, ob von den Akteuren nicht doch jemand zur Verantwortung gezogen werden könnte und warum, rechtlich gesehen, niemand haftbar gemacht wird und für den wirtschaftlichen Schaden aufkommen muss.

Zur systematischen Lösung dieser Verantwortungsfragen bedarf es erneut einer Betrachtung und Analyse der Verknüpfung von individual- und ordnungsethischen Aspekten, wie sie in Kapitel 5 als wesentlich für den substantiellen Liberalismus definiert wurden.

---

<sup>915</sup> Vgl. die gleichnamige Studie von Honegger (2010).

<sup>916</sup> Vgl. Ulrich (2008: 311).

### 7.2.3.1 – Verantwortung und die Sozialisierung von Verlusten

Der substantielle Liberalismus hat in seiner Grundlegung in Kapitel 4 die Übernahme von Verantwortung für Handlungen in Freiheit beschrieben. Wer willentlich und aus eigenen Stücken handelt, muss sich für diese Handlungen auch rechtfertigen und dafür Verantwortung tragen. Für die Wirtschaftsfreiheit ist diese Verknüpfung ebenso elementar wie für Freiheit in jedem anderen Bereich auch, und der Ordoliberalismus hatte diese Verknüpfung ebenso als wesentlich in die Prinzipien seiner marktwirtschaftlichen Ordnung eingeschrieben. So ist im Ordoliberalismus die Notwendigkeit von Haftung festgelegt:

„Die Haftung hat im Aufbau der wirtschaftlichen Gesamtordnung große Funktionen, wenn die Gesamtordnung eine Wettbewerbsordnung sein soll. Dann soll sie die Auslese der Betriebe und leitenden Persönlichkeiten ermöglichen oder erleichtern. Sie soll weiter bewirken, daß die Disposition des Kapitals vorsichtig erfolgt [sic!]. Investitionen werden um so sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese Investition haftet.“<sup>917</sup>

Der positiv-rechtliche Begriff der Haftung ist hier die kodifizierte Form der Verantwortung. Eine Marktwirtschaft verlässt sich im Grunde darauf, dass Individuen und Unternehmen mit dem ihnen anvertrauten Kapital wirtschaftlich sinnvoll umgehen. Ist diese Vorsicht (beim Umgang mit fremdem Kapital) nicht mehr gegeben und hat der rücksichtslose Umgang damit keinerlei Konsequenzen, so muss es über kurz oder lang zu Unfällen im Wirtschaftsverkehr kommen – wie in der jüngsten Krise geschehen. Die Banken haben Risiken verschleiert und sind mit dem ihnen anvertrauten Kapital teilweise grob fahrlässig umgegangen. Dennoch wurden daraus im Nachgang kaum Konsequenzen für die Haftung gezogen. Es ist dem Ordoliberalismus jedoch darin zu folgen, dass die Marktwirtschaft zwingend voraussetzt, „daß Verantwortlichkeit und Risiko (Erfolgs- und Verlustchance) aufs engste miteinander verkoppelt werden. Hier liegt heute eine der ärgsten Verzerrungen unserer Wirtschaftsverfassung, da in der Tat die Entwicklung des Aktienwesens mit seinen vieldiskutierten, aber bisher leider wenig kurierten Mißständen“ zu einer „zunehmenden Übernahme des Risikos durch die Allgemeinheit (,Sozialisierung der Verluste’)<sup>918</sup> geführt hat.

Die von Röpke vorweggenommene Gefahr einer Sozialisierung der Verluste ist es, die die Frage nach den Verantwortlichen gesellschaftlich so bedeutsam macht. Denn dass die Bürger gemeinschaftlich für ein Finanzwesen geradestehen müssen, dass nur auf

---

<sup>917</sup> Eucken (1952: 212).

<sup>918</sup> Beides Röpke (1994: 304).

sich selbst bedacht war und selbst nach der Krise kaum Reue oder Einsicht zeigte, ist gesellschaftlich nicht vermittelbar. Habermas kritisiert folglich eine „himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit, die darin besteht, dass die sozialisierten Kosten des Systemversagens die verletzbarsten Gruppen am härtesten treffen. Nun wird die Masse derer, die ohnehin nicht zu den Globalisierungsgewinnern gehören, für die realwirtschaftlichen Folgen einer vorhersehbaren Funktionsstörung des Finanzsystems noch einmal zur Kasse gebeten. Und dies nicht wie Aktienbesitzer in Geldwerten, sondern in der harten Währung ihrer alltäglichen Existenz.“<sup>919</sup>

Das Problem liegt darin, die tatsächlich Schuldigen zur Kasse zu bitten, da die Verantwortung in globalen Wirtschaftsprozessen in einer Art diffusen, strukturierten Verantwortungslosigkeit unterzugehen scheint. In einem globalen Geflecht aus persönlichen Verfehlungen und Arroganz, einer unternehmensweiten, systematischen Maßlosigkeit und politischer Untätigkeit hat sich die Profitgier auf allen Ebenen institutionalisiert, bis es kaum noch möglich war, die Verfehlungen auf einzelne, konkrete Handlungen und damit Verantwortlichkeiten zurückzuführen. Die globale Finanzwirtschaft hat diese Krise in einem kollektiven, stark vernetzten Prozess herbeigeführt.

Am Ende ist es dann in erster Linie ein politisches Versagen, so leichtfertig Verluste zu sozialisieren und nicht genauer nach den Verantwortlichen zu suchen und sie zur Rechenschaft zu ziehen. Es müsste eine viel intensivere Auseinandersetzung mit und auch Bestrafung von Verfehlungen geben, um erstens der Gerechtigkeit Genüge zu tun und zweitens ein Zeichen zu setzen, dass derlei Verhalten in der Vergangenheit schon nicht legitim war und in der Zukunft mit Sicherheit geahndet wird. In einer Situation wie der geschilderten ist es allein der Staat, der in dieser vermeintlichen, *kollektiven* Verantwortungslosigkeit wieder Verantwortung zuschreiben kann und muss. Der substantielle Liberalismus funktioniert nicht ohne Verantwortlichkeiten für Handlungen in (Wirtschafts-) Freiheit. Doch wie kann dabei vorgegangen werden?

#### **7.2.3.2 – Schaffung von Verantwortungsstrukturen bei kollektiver Verantwortungslosigkeit**

Interessanterweise hat Eucken in seiner Analyse des Kollektivismus ein ganz ähnliches Problem der strukturellen Verantwortungslosigkeit vorgefunden:

„In naiver Weise wird ein Kollektiv von vielen wie ein Absolutum angesehen, das für seine Handlungen keiner moralischen Rechtfertigung mehr bedarf. In Wirklichkeit wird innerhalb der Kollektive die Verantwortung oft bis zu einem Grade aufgesplittet,

---

<sup>919</sup> Habermas (2012: 99).



daß der einzelne Träger sie kaum noch empfindet. Nur zu leicht glauben Menschen im Dienste einer Kollektivität als Vollstrecker einer echten Notwendigkeit zu wirken und nehmen so Handlungen auf sich, vor denen sie als Privatperson zurückschrecken würden. Konkretes Unrecht wird nicht mehr als solches empfunden. Es nimmt gleichsam einen abstrakten Charakter an und kann sogar in der Maske höherer Pflicht erscheinen.“<sup>920</sup>

Es ist interessant, dass diese Kritik am Kollektivismus heute, nach dem eigentlichen Ableben des Kommunismus, als Kritik an der Verflechtung der liberalen Welt(-finanz-)wirtschaft gelesen werden kann. Sie zeigt erneut, warum eine Auseinandersetzung mit den ordoliberalen Ideen lohnt: Eucken hat treffend erkannt, dass die Verantwortung des Einzelnen in einem Kollektiv (wie bspw. einer Bank) soweit aufgehen kann, dass der Einzelne kaum noch die Verantwortung für sein Tun empfindet. Betrachtet man die Aussagen befragter Investmentbanker<sup>921</sup>, so fühlten sich diese eben auch bloß als „Vollstrecker einer Notwendigkeit“. Die „höhere Pflicht“ war ein Gewinnstreben, das mit Sachzwängen gerechtfertigt wurde – man hätte ja schließlich kaum anders handeln können. Schließlich haben alle so gehandelt, und wer es nicht tat, wäre entlassen worden usw. Die institutionellen Strukturen der Banken und der Finanzwirtschaft wirkten also auf eine Art und Weise, dass der Einzelne oft entweder gar keine Verantwortung empfand oder er, wenn er sie denn empfand, aus Sorge um die Konsequenzen nicht entsprechend integer handeln konnte bzw. wollte.<sup>922</sup> Dies ist natürlich nur eine schwache Entschuldigung, ist doch auch in vermeintlichen Sachzwang-Situationen immer eine alternative Handlung möglich – die Akteure wollten sie sich möglicherweise bloß nicht zumuten.<sup>923</sup> Müller-Armack erkannte ebenfalls schon, dass die vermeintliche Unpersönlichkeit wirtschaftlicher Abläufe den Einzelnen nicht davor bewahrt, Verantwortung für sein Tun zu übernehmen:

„Auch die wie ein Mechanismus abrollende Entwicklung unseres wirtschaftlichen Daseins ist kein über die Köpfe der Menschen hinweggehendes Geschehen, sondern ein in jedem Augenblick ihnen übergebener und in ihre Verantwortung gestellter Vorgang.“<sup>924</sup>

Wie im Rahmen der Verantwortung in Kapitel 4 und auch im Sinne des integren Bürgerverständnisses in Kapitel 5 beschrieben, kann sich der Einzelne darum nicht

---

<sup>920</sup> Eucken (1990: 330).

<sup>921</sup> Vgl. das gleichnamige Buch von Honegger (2010).

<sup>922</sup> Zu dieser „Verantwortungslücke“ zwischen organisatorischer Rollenverantwortung und ethischer Bürgerverantwortung vgl. Ulrich (2010a: 105).

<sup>923</sup> Vgl. zum „Zumutbarkeitsproblem“ der Übernahme von Verantwortung in ökonomischen „Sachzwängen“ Ulrich (2008: 159-174).

<sup>924</sup> Müller-Armack (1981: 505).

damit herausreden, für sein Handeln nicht verantwortlich gewesen zu sein. Sofern Menschen Freiheit genießen, muss gelten, „dass Handlungsträger gegenüber den von ihren Handlungen Betroffenen vorbehaltlos Red' und Antwort stehen und auf deren legitime Ansprüche Rücksicht nehmen sollen.“<sup>925</sup>

Vermeintliche Sachzwänge schützen darum nicht vor der Forderung, Verantwortung zu übernehmen. Erste Verantwortliche für die Krise sind darum einzelne Manager, CEOs und Bankmitarbeiter, die sicherlich wussten, was sie taten. Auch wenn diese vielleicht juristisch nicht haftbar gemacht werden können, weil ihre Handlungen nicht direkt strafbar waren, sind sie doch ihrer moralischen Verantwortung nicht nachgekommen und sollten für dieses Versäumnis wenn schon nicht bestraft (da dies nicht immer möglich ist), so doch wenigstens schärfer reguliert und in ihrem zukünftigen Handeln genauestens beobachtet werden. Die Politik müsste viel offensiver Verfehlungen aufdecken und thematisieren, wie damit zukünftig umgegangen werden sollte.

Im Rahmen der Zumutbarkeit integren Handelns von Individuen rücken als nächstes die institutionellen Strukturen der Unternehmen in den Blick, die das Handeln der Angestellten ja in eine ganz bestimmte, zum Teil eben auch verantwortungslose Richtung lenkten. Wenn ein Unternehmen ausschließlich Profit honoriert und alle Anreizstrukturen im Unternehmen daran ausrichtet, ist es nicht verwunderlich (wenn auch bedauerlich), wenn die einzelnen Akteure sich nur daran orientieren.

Wie in Kapitel 4 auch gezeigt wurde, haben alle Menschen, „die effektiv und kompetent in der Lage sind, institutionelle Strukturen, Praktiken oder Handlungen“ zu ändern, in ihrer Eigenschaft als Bürger die Pflicht, „dabei zu helfen, einen gerechteren [institutionellen, A.L.] Zustand herbeizuführen“<sup>926</sup>. Neben diesen individualethischen Ansprüchen, die institutionellen Gefüge zu beeinflussen, hat jedoch auch das Unternehmen die Pflicht, das eigene Geschäftsmodell zu hinterfragen und es gesellschaftlich legitimieren zu lassen. Schlussendlich hat auch das Unternehmen Möglichkeiten, über Verhaltenskodizes etc. ein bestimmtes Verhalten der Mitarbeiter zu fördern oder eben auch nicht. Die Aufgabe, diese Strukturen zu ändern schlägt sich dann in den derzeit sehr intensiv geführten Debatten um Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship nieder.

Doch darüber hinaus haben eben auch rechtliche Strukturen der Haftung eine Rolle im verantwortungslosen Umgang mit Kapital und Mitarbeitern gespielt. Zu guter Letzt spielt darum auch der Staat eine wesentliche, da strukturgebende Rolle. Der Staat muss

---

<sup>925</sup> Ulrich (2008: 91), im Original mit Hvh.

<sup>926</sup> Gosepath (2004: 56f.).

im substantiellen Liberalismus auch beim Thema Haftung prüfen, inwiefern die bestehenden Institutionen die Freiheit aller tatsächlich fördern. Die Haftung ist letztlich die entscheidende Stellschraube, um Einzelne sowie Unternehmen notfalls dazu zu zwingen, für ihre wirtschaftliche Freiheit auch Verantwortung zu übernehmen. Sollte man, im Sinne der praktischen Vernunft, eigentlich davon ausgehen können, dass dieser Zwang eigentlich nicht notwendig sein sollte, da ja die Freiheit die Verantwortung bedingt und umgekehrt, zeigt sich in der Realität eben doch, dass die moralische Verantwortung zu kurz zu greifen scheint und juristische Verantwortung (also eben Haftung) vom Staat eingefordert werden muss: „Die Politik macht sich lächerlich, wenn sie moralisiert, statt sich auf das Zwangsrecht des demokratischen Gesetzgebers zu stützen. Sie und nicht der Kapitalismus ist für die Gemeinwohlorientierung zuständig“<sup>927</sup> – und dieser Zuständigkeit ist sie im Verlauf der Finanzkrise bzgl. Haftungsfragen viel zu zögerlich nachgekommen.

So kommt der Politik nun die Aufgabe zu, verbindliche Verantwortungsstrukturen zu schaffen, die es dem Einzelnen zum einen ermöglichen, ihn zum anderen aber auch juristisch dazu zwingen, auch in der Wirtschaft die Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen.

Bezüglich eines verantwortungsvollen wirtschaftlichen Handelns sind wohl vor allem die juristische Person der GmbH, die schon qua Institution nur beschränkt haftet sowie die der AG, die das Eigentum am Unternehmen von der Unternehmenslenkung trennt, beispielhaft. Beide Unternehmensformen stellen einen Ansatzpunkt dar, Haftung wieder stärker zu institutionalisieren. Die juristische Debatte über die Notwendigkeit und Probleme dieser Organisationsformen kann dabei hier nicht noch ausführlich behandelt werden. Schon die Ordoliberalen hatten sich mit diesen Unternehmensformen auseinandergesetzt und sie aufs schärfste kritisiert (und unisono für deren Abschaffung plädiert). So forderte Rüstow bspw. kurz und prägnant die „Abschaffung der G.m.b.H., die dem Marktprinzip der wirtschaftlichen Vollverantwortlichkeit widerspricht. Radikale Reorganisation der A.G., die sich, vor allem durch Zuschiebung der negativen Chancen an das Publikum, der positiven an die Banken, die Großkapitalisten und deren Anhang, zu einem Werkzeug konstruktionswidriger Mißbräuche ausgewachsen hat. Strukturelle Neuorganisation des Kapitalmarktes unter dem Gesichtspunkt einer gerechten und überschaubaren Koppelung von Verantwortlichkeit, Gewinnchance und Risiko.“<sup>928</sup>

---

<sup>927</sup> Habermas (2012: 99).

<sup>928</sup> Rüstow (1949: 435f.).

Nach dem bisher Gesagten ist Rüstow in diesen Punkten im Grunde zuzustimmen. Es ist nicht ersichtlich, wie die „konstruktionswidrigen Missbräuche“ der bestehenden Unternehmensformen, die auch in der Finanzkrise sichtbar wurden, noch grundlegend auf eine Mehrung der Freiheit der Menschen ausgelegt sind. Dazu kommt, dass sich die Unternehmen als Aktiengesellschaften auch noch dem Gängelband der Shareholder-Value-Doktrin unterwerfen, was eben auch weiter zu einer Radikalisierung des Gewinnstrebens führt und ebenfalls ganz eigene Probleme mit sich bringt. Könnte man durch eine Reform der Aktiengesellschaft diese beiden Entwicklungen einschränken, also die Gefahr der Sozialisierung von Verlusten sowie die Shareholder-Value-Doktrin selbst, wäre vielleicht ein Punkt erreicht, wo die Wirtschaft weniger exzessiv handeln würde, denn „[i]n der Begrenzung der ‚Macht des Kapitals‘ dürfte der bedeutsamste und zugleich unter Fairnessgesichtspunkten ausgewogenste Ansatz zur Verminderung des globalen Wettbewerbsdrucks liegen.“<sup>929</sup> Ob Rüstow darin zu folgen wäre, dass die GmbH tatsächlich ersatzlos abgeschafft werden muss, kann bezweifelt werden. So gibt es auch in einer Marktwirtschaft durchaus Gründe (und auch gesellschaftliche Gründe), Unternehmern eine gewisse Sicherheit dabei zu geben, ein vielleicht sogar riskantes, aber aussichtsreiches unternehmerisches Vorhaben anzugehen. Für ein angenehmes Klima für das Unternehmertum und damit für die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft mag die Beschränkung der Haftung wohl tatsächlich unter bestimmten Umständen wichtig sein. Was jedoch wenig vertretbar scheint, ist, wenn auch noch lange nach der erfolgreichen Gründung eines Unternehmens diese Beschränkung weiter bestehen bleibt und nicht einmal das Unternehmen selbst angemessen haften muss. Wie bei den Banken gesehen, kann ein Unternehmen durch geschicktes „leveraging“ ein Vielfaches des Eigenkapitals an Verbindlichkeiten anhäufen, ohne die Rücklagen bilden zu müssen, für diese Verbindlichkeiten auch eintreten zu können.

Um Haftung wieder herzustellen, kann man sich an zwei Akteure wirtschaftlichen Handelns wenden: Die Entscheider im Unternehmen (also Unternehmer bzw. Manager) sowie das Unternehmen selbst. So gibt es durchaus Stimmen (zu denen auch die Ordoliberalen selbst wieder gehören würden), die eine Einheit von Entscheidung und Haftung in Unternehmen fordern.<sup>930</sup> D.h. der Manager, der eine Entscheidung trifft, haftet für diese Entscheidung bzw. das Leitungsgremium haftet eben gemeinschaftlich. Eine solche Regelung durchzusetzen ist sicherlich nicht einfach und

---

<sup>929</sup> Thielemann (2010: 451). Eine Diskussion zur Shareholder-Value-Doktrin und die Begrenzung des von ihr ausgelösten exzessiven Wettbewerbs würde hier zu weit führen, findet sich aber sehr detailliert in Ulrich (2008: 431-450).

<sup>930</sup> Vgl. bspw. Farmer / Mestel (2011: 50) und Mann (2011: 84).

wäre juristisch sehr komplex, würde vermutlich aber bereits viele hochriskante und spekulative Handlungen von Managern und deren Mitarbeitern eindämmen können. Darüber hinaus müssten jedoch auch die Haftungsbeschränkungen der Unternehmen ihrerseits begrenzt werden. So müssten, je nach Umsatz oder Bilanzsumme (hier sind unterschiedliche Möglichkeiten denkbar), schlichtweg bestimmte, höhere als heute geforderte Mindestreserven angelegt werden, die im Schadensfalle neben den verantwortlichen Personen haften.

Es würde zu weit führen, die juristischen Einzelheiten hier abschließend zu diskutieren, sind doch zahlreiche Vor- und Nachteile solcher Regelungen abzuwägen und viele Feinheiten der Haftungsfrage zu berücksichtigen. Wichtig sind an dieser Stelle jedoch zwei Dinge: Zum einen die (an sich wenig spektakuläre, aber vielleicht manchmal vergessene) Erkenntnis, dass unsere Institutionen wie auch das Wirtschafts- und Unternehmensrecht nicht in Stein gemeißelt sind und den gegebenen Umständen und Erfahrungen angepasst werden können und müssen. Das bedeutet in diesem Fall, dass, um Haftungsfragen wieder auf die Tagesordnung zu setzen, Unternehmensformen wie die Aktiengesellschaften, die ursprünglich dazu gedacht waren, Großunternehmungen gemeinschaftlich zu finanzieren, heute nicht immer noch die geeignetsten Formen für Großkonzerne sein müssen. Gleiches gilt für die GmbH – auch diese juristische Konstruktion kann, darf und sollte in Frage gestellt und möglicherweise umgestaltet werden.

Die zweite Erkenntnis ist, dass die global vernetzte Wirtschaft zwar das Gefühl vermitteln mag, dass individuelle Verantwortlichkeiten in einem diffusen Netz untergehen und niemand mehr für etwas verantwortlich ist. Dies ist jedoch eine vorschnelle und unverantwortliche Art, den eigenen Bürgersinn versiegen zu lassen. Sollte es, wie in der Finanzkrise geschehen, dazu kommen, dass Individuen entweder keine Verantwortung mehr tragen wollen oder können, wird es zur politischen Gestaltungsaufgabe, Verantwortungsstrukturen zu (re-) etablieren.

#### **7.2.4 – Zwischenfazit: Gesellschaftliche Mitverantwortung für alle**

Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Debatte über die Rolle der Banken sowie die Übernahme von Verantwortung der Wirtschaftsbürger greifen nun wieder auf die grundlegende Verbindung von Individual- und Ordnungsethik des substantiellen Liberalismus zurück, die letztlich bei allen vorgefundenen Problemen wesentlich ist: Die Politik muss den einzelnen Bürger stützen, aber der Einzelne darf auch nicht leichtfertig Verantwortung von sich weisen. So ist jeder in seinem täglichen Handeln für wirtschaftliche Prozesse mitverantwortlich und zudem verpflichtet, sofern er diese

nicht direkt ändern kann, den Versuch zu unternehmen, Prozesse anzustoßen, damit die nächsthöhere Gewalt (also Unternehmen oder Politik) Veränderungen in die Wege leiten. Nur auf Verlangen der Bürger hat die Politik dann die Legitimation, um verbindliche Leitplanken zu schaffen, die den Wirtschaftsbürgern ein zwar effizientes, aber in erster Linie eben auch *legitimes* Wirtschaftshandeln ermöglichen.<sup>931</sup>

In Bezug auf den Bankensektor ist jedoch zunächst die Politik am Zug, die sich allerdings von Lobbygruppen umzingelt sieht und die angestrebten Regulierungen, so sie denn regulieren wollte, kaum durchsetzen kann. In Bezug auf die Umstrukturierung des Finanzsystems hätte vermutlich ohnehin ein internationales oder globales Vorgehen die bessere Erfolgsaussicht. Die Koordination derartiger Vorgehensweisen ist die dritte Herausforderung an eine zeitgemäße Ordnungspolitik: Ob und wie der substantielle Liberalismus die Themen und Probleme, die unter dem Stichwort der Globalisierung firmieren, bewältigen kann, wird der nächste Abschnitt diskutieren.

### **7.3 – Globale Probleme nationalstaatlicher Ordnungspolitik**

Die vorangegangenen zwei politischen Herausforderungen haben es bereits immer wieder angedeutet: Eine politische Konzeption wie der substantielle Liberalismus kann im 21. Jahrhundert die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte, die unter dem Schlagwort der Globalisierung zusammengefasst werden können, nicht ignorieren. Mit der Ausarbeitung einer Politik der Freiheit muss sich der substantielle Liberalismus die Frage gefallen lassen, inwiefern die Politik eigentlich noch in der Lage ist, Prozesse einer zunehmend globalisierten Welt tatsächlich zu beeinflussen. Da die Postmoderne bereits vom „Ende der Politik“<sup>932</sup> spricht, muss nach dem bisher gewonnen Verständnis einer Politik der Freiheit geklärt werden, wie und inwiefern ein politisch fundierter Liberalismus in Zeiten der vermeintlichen Machtlosigkeit der Politik überhaupt umzusetzen ist und ob die Globalisierung politisch gestaltbar ist.

Die beiden vorangegangenen Debatten haben dabei einige der durch die Globalisierung verursachten Probleme bereits angeschnitten. Sowohl die Gerechtigkeitsdebatte um den Steuerwettbewerb als auch die Regulierung der Finanzmärkte scheint von einer nationalen Politik alleine kaum noch zu bewältigen.

---

<sup>931</sup> Vgl. Maak (1999: 252).

<sup>932</sup> So beschrieben in Habermas (1998: 133).

Der substantielle Liberalismus muss darum auch zeigen, ob und wie dies mittels internationaler Bemühungen möglicherweise besser gelingen kann.

### 7.3.1 – Die Globalisierung als politische Herausforderung

Die Globalisierung ist heute ein diffuser Sammelbegriff, der oft und sehr unterschiedlich für die Beschreibung einer Vielzahl von Problemlagen der Moderne verwendet wird. Der Begriff „Globalisierung“, der nicht einen Zustand der Welt, sondern einen dynamischen Prozess beschreibt, lässt sich mit Giddens definieren „im Sinne einer *Intensivierung* weltweiter sozialer Beziehungen, durch die entfernte Orte in solcher Weise miteinander verbunden werden, daß Ereignisse am einen Ort durch Vorgänge geprägt werden, die sich an einem viele Kilometer entfernten Ort abspielen, und umgekehrt.“<sup>933</sup> Er umfasst dabei u.a. die Intensivierung technischer, ökonomischer, sozialer, ökologischer, kultureller, militärischer oder wissenschaftlicher Beziehungen über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg.<sup>934</sup> Damit einher geht auch die Entstehung und Ausweitung einer großen Zahl von internationalen Institutionen und Systemen, die diese Prozesse zu steuern oder mindestens doch zu beeinflussen versuchen.<sup>935</sup> Wenn auch nicht alle dieser Entwicklungen ganz neu sind, so sind doch deren gleichzeitiges Auftreten seit Ende der 1970er Jahre sowie der Tiefgang, die Reichweite und die Geschwindigkeit des Prozesses einmalig.<sup>936</sup> Im Prozess der Globalisierung wird der Eindruck erweckt, die Welt sei inzwischen ein „globales Dorf“<sup>937</sup>, in dem alles mit allem vernetzt ist und Landesgrenzen nur noch eine untergeordnete Rolle spielen.

Der Globalisierungsprozess ist politisch aus verschiedenen Gründen bedeutsam. Zunächst einmal hat die zunehmende internationale Verflechtung der Staaten politische Auswirkungen. Die Finanzkrise hat beispielsweise sehr deutlich gemacht, wie eng die Schicksale einzelner Staaten miteinander verflochten sind und wie stark einzelne Länder von Geschehnissen in anderen Regionen der Welt betroffen sein können. Solche globalen Krisen, wie etwa auch der Klimawandel oder mögliche Atomreaktor-Katastrophen, können von einer einzelnen Regierung schlichtweg nicht mehr alleine bewältigt werden:

---

<sup>933</sup> Giddens (1995: 85), Hvh. A.L.

<sup>934</sup> Vgl. bspw. Habermas (1998: 101f.) oder umfassender: Beck (1998a).

<sup>935</sup> Vgl. bspw. Zürn (2002: 230).

<sup>936</sup> Vgl. Joó (2008: 14).

<sup>937</sup> Vgl. das gleichnamige Buch von Rosecrance (2001).

„Die Nationalstaaten verlieren [...] im Hinblick auf die Kontrolle über ihre eigenen Angelegenheiten immer weiter an Souveränität,“<sup>938</sup> aber „[w]eil der Nationalstaat seine Entscheidungen auf territorialer Grundlage organisieren muß, besteht in der interdependenten Weltgesellschaft immer seltener eine Kongruenz zwischen Beteiligten und Betroffenen.“<sup>939</sup>

Die Staaten und ihre Bevölkerungen müssen folglich immer öfter mit Ereignissen umgehen, die jenseits ihrer Grenzen stattfinden und die von ihnen nur noch begrenzt beeinflusst werden können.<sup>940</sup>

Darüber hinaus ist es vor allem die *ökonomische* Dimension der Globalisierung, die politische Auswirkungen hat und aufzeigt, wie sehr nationale Regierungen an Handlungsspielraum eingebüßt haben. Die ökonomische Globalisierung ist gekennzeichnet von einer Ausdehnung und Intensivierung des zwischenstaatlichen Handels, von einer stark ansteigenden Anzahl internationaler Großkonzernen, einer Beschleunigung der Kapitalbewegungen sowie einer Verselbständigung der Finanzkreisläufe.<sup>941</sup> All diese Entwicklungen haben zur Folge, dass der einzelne Staat zunehmend an Möglichkeiten zur Steuerung der Wirtschaftspolitik verliert: Zum einen eben, da wie gesagt die Nationalstaaten auch wirtschaftlich von globalen Entwicklungen betroffen sein können, die sie selbst lokal nur wenig beeinflussen können (Beispiel Finanzkrise), zum anderen aber auch, da sie in einer globalisierten Welt wirtschaftspolitisch in einen ständigen Wettbewerb mit allen anderen Staaten der Welt geraten. Besonders deutlich wird dies bei steuerpolitischen Fragen: So herrscht spätestens seit den 1980er Jahren, die stark von den geschilderten Globalisierungsprozessen geprägt waren, ein immer intensiverer Standortwettbewerb zwischen den Staaten. In der Hoffnung, Kapital durch steuerlich günstige Bedingungen anzulocken, unterbieten sich die Länder gegenseitig mit ökonomischen Anreizen für Unternehmen. Gleichzeitig fühlen sich die Regierungen nicht mehr in der Lage, den Unternehmen strengere Richtlinien oder andere „unliebsame“ Regulierungen vorzuschreiben, da sie, aus Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen, die Reaktionen der Großkonzerne bereits antizipieren und folglich gar nicht erst versuchen, diese zu regulieren.<sup>942</sup> Mit der (mehr oder weniger glaubhaften) Androhung von Arbeitsplatzverlusten und Wohlfahrtseinbußen bleiben Unternehmen somit meist vor gesetzlicher Regulierung gefeit und betreiben unterdessen *regime*

---

<sup>938</sup> Giddens (1995: 88).

<sup>939</sup> Habermas (1998: 108).

<sup>940</sup> Vgl. Dahrendorf (2003: 123).

<sup>941</sup> Vgl. Habermas (1998: 103).

<sup>942</sup> Vgl. Kriesi (2010: 73f.).



*shopping*, also eine Verlagerung von Firmensitzen aufgrund der ökonomischen Überlegung, gezielt in Ländern zu investieren, deren Gesetze günstig erscheinen.<sup>943</sup> Das gegenseitige Unterbieten der Staaten führt schließlich zu einem *race to the bottom* der Deregulierung und Steuerbegünstigung, das letztlich stark am Steuersubstrat der Nationalstaaten nagt:

„Der Einfluss multinationaler Unternehmen bzw. der globalisierten Wirtschaftswelt auf die Politik lässt sich in der Steuerpolitik einzelner Staaten besonders gut nachweisen. Eine klarere Sprache noch als die in letzter Zeit bei Politikern verbreitete Sachzwang-Rhetorik sprechen die Fakten: Als Folge der globalen Handelsliberalisierung ist der Anteil von Zöllen auf Importe und Exporte an den gesamten Steuereinnahmen von Staaten in den letzten Jahrzehnten weltweit drastisch gesunken. [...] Diesem Trend entsprechend sind [auch, A.L.] die Steuersätze für Unternehmensgewinne, die so genannten Körperschaftssteuern, im OECD-Raum durchschnittlich von knapp 37% im Jahr 1997 auf unter 30% im Jahr 2004 sukzessive reduziert worden. Besonders deutlich zeigt sich die Entlastung von Unternehmen und Investoren in Deutschland, wo sich seit Ende der 1970er Jahre der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern am gesamten Steueraufkommen von 28% auf 14% halbiert hat“<sup>944</sup>.

Problematisch an dieser Entwicklung ist vor allem die Verschiebung der Machtverhältnisse und das damit verbundene doppelte demokratische Defizit: Durch den anhaltenden Steuerwettbewerb fühlen sich einerseits die Regierungen entmachtet und, obwohl sie demokratisch dazu legitimiert wären, immer seltener der Aufgabe gewachsen, Prozesse, die auch innerhalb ihrer Grenzen Auswirkungen haben, mitzubestimmen. Auf der anderen Seite können (demokratisch nicht legitimierte) transnationale Unternehmen immer öfter (mit-) bestimmen, was „gute“ Politik ausmacht: Ihre von Profitmaximierung getriebenen Marktstrategien entscheiden ganz wesentlich darüber, „welche politischen Entscheidungen mit Investitionen ‚belohnt‘ werden und welche nicht.“<sup>945</sup> Der Nationalstaat verliert somit die Fähigkeit zur autonomen Bestimmung angemessener makropolitischen Instrumente (wie bspw. Wachstumspolitik etc.) und die Kontrolle über die Bestimmung der Steuern:

„Die Verdrängung der Politik durch den Markt zeigt sich also daran, daß der Nationalstaat seine Fähigkeit, Steuern abzuschöpfen, Wachstum zu stimulieren und damit wesentliche Grundlagen seiner Legitimität zu sichern, zunehmend verliert, ohne daß funktionale Äquivalente entstehen.“<sup>946</sup>

---

<sup>943</sup> Vgl. Crouch (2011: 180).

<sup>944</sup> Joób (2008: 23).

<sup>945</sup> Crouch (2011: 181).

<sup>946</sup> Habermas (1998: 120).

Die ökonomische Globalisierung führt so zu einem globalen Wettbewerb, „dessen Gewinner die transnationalen Unternehmen mit den hinter ihnen stehenden Investoren und dessen Verlierer die Mehrheit der Staaten bzw. der nicht vermögende Teil ihrer Bevölkerung sind.“<sup>947</sup> Aus Gründen der substantiellen Freiheit braucht diese ökonomische Globalisierung darum „dringend ein politisches Gegengewicht“<sup>948</sup>. Die Regierungen der Nationalstaaten stehen derzeit dem Problem gegenüber, dass der Staat für die „großen“ Probleme der globalisierten Welt zu klein geworden ist, während er für die „kleinen“, nationalen Probleme zu groß erscheint, da er doch immer öfter auf supra- oder internationaler Ebene agieren muss.<sup>949</sup> In Deutschland zeigt sich dies sehr deutlich, wenn die deutsche Bundeskanzlerin damit beschäftigt ist, in der Währungskrise der Europäischen Union die Gemeinschaftswährung zu retten, ihr jedoch gleichzeitig vorgeworfen wird, nationale, innenpolitische Belange zu vernachlässigen.<sup>950</sup>

Kapitel 5 hat deutlich einen Primat der Politik gefordert. Allerdings agiert Politik heute in einem Kontext, der es mitunter sehr schwer macht, Ordnungspolitik in Eigenregie auf den Weg zu bringen und durchzusetzen oder aber mit der Verabschiedung von nationalen Gesetzen überhaupt das gewünschte Resultat zu erzielen. Dies entzieht den demokratischen Prozessen ihre Substanz, darum bedeutet für Dahrendorf der Prozess der „Globalisierung [...] immer zugleich Entdemokratisierung.“<sup>951</sup> Ohne ein demokratisches Fundament ist der gesamte Entwurf des hier vorgestellten substantiellen Liberalismus jedoch hinfällig. Da die Vorstellung gleicher, substantieller Freiheit aller und damit auch der substantielle Liberalismus auf eine demokratische Legitimation der Politik der Freiheit angewiesen ist, müssen Antworten gefunden werden auf die Frage, wie er mit den durch die Globalisierung aufgeworfenen Problemen umgehen kann. Er muss darum ein politisches Programm entwerfen, das auch den globalen Entwicklungen gerecht werden kann.

---

<sup>947</sup> Joób (2008: 24).

<sup>948</sup> Cohn-Bendit / Verhofstadt (2012: 14).

<sup>949</sup> Vgl. Giddens (1995: 86).

<sup>950</sup> So u.a. der Vorwurf von Frank-Walter Steinmeier (SPD), vgl. ZDF Mediathek (2012).

<sup>951</sup> Dahrendorf (2003: 124).

## 7.3.2 – Postnationale Demokratie und substantieller Liberalismus

### 7.3.2.1 – Ordolibérale Überlegungen zu internationalen Ordnungen

Der Ordoliberalismus hat sich mit dem Thema der Globalisierung nur wenig auseinandergesetzt, was vor allem historisch zu erklären ist. Er war damit befasst, eine Nachkriegsordnung für Deutschland zu entwickeln und war, entsprechend der damaligen Lage, ganz wortwörtlich mit *Nationalökonomie* beschäftigt. Natürlich spielten der Außenhandel und Währungsfragen eine Rolle, doch waren im Ordoliberalismus alle relevanten politischen Stellschrauben noch in der Hand der Nationalstaaten – der starke Globalisierungsschub, der mit den 1980er Jahren begann, war schlichtweg noch nicht absehbar. Dennoch gab es natürlich bereits Meinungen zur internationalen Wirtschaft und deren Verflechtung. Der Ordoliberalismus ging bereits davon aus, dass, so wie die nationale Wirtschaft eine Ordnung brauche, auch die Weltwirtschaft eine solche benötigt:

„Umfassende internationale Zusammenarbeit wird sogar zur Notwendigkeit angesichts der Tatsache, daß die Herstellung einer brauchbaren internationalen Ordnung der Wirtschaft nicht minder notwendig ist wie im nationalen Bereich.“<sup>952</sup>

Eucken erkannte bereits in den 1940er und 50er Jahren: „Die Erfordernisse der Sache verlangen in zunehmendem Maße, daß der internationale Handel eine zuverlässige Ordnung erhält.“<sup>953</sup> Röpke hatte sich darüber hinaus auch intensiv mit der Idee eines geeinten Europas auseinandergesetzt und in diesem Zusammenhang auch weltwirtschaftspolitische Fragen diskutiert.<sup>954</sup> Röpke schwebte ein Bild von Europa vor, das ihm das Europa vor 1914 als Ideal erscheinen ließ und das es wieder anzustreben gelte.<sup>955</sup> Gleichsam war für Röpke die Antwort auf die internationalen Fragen keine internationale Politik, sondern vielmehr eine Politik, die eine „Priorität der Erneuerung der nationalen Wirtschaftsordnungen begründet“<sup>956</sup>, da „*die internationale Ordnung die nationale Ordnung voraussetzt*.“<sup>957</sup> Röpke forderte, dass die Nationalstaaten zunächst jeweils in ihrem Territorium eine liberale Wirtschaftsordnung durchsetzen, die dann gleichsam zur Integration „unter Gleichen“ führen könne. Röpke ist zuzustimmen, dass für eine internationale Integration zunächst die nationalen Ordnungen funktionieren müssen – so zeigt das

---

<sup>952</sup> Böhm / Eucken (1948: VIII).

<sup>953</sup> Eucken (1990: 222).

<sup>954</sup> Vgl. ausführlich dazu Petersen / Wohlgemuth (2009).

<sup>955</sup> Vgl. Röpke (1945: 11).

<sup>956</sup> Petersen / Wohlgemuth (2009: 169).

<sup>957</sup> Röpke (1945: 27), Hvh. im Original.

derzeitige Beispiel Griechenlands sehr deutlich, was passieren kann, wenn eine nationale Ordnung nicht funktioniert und gleichzeitig international integriert sein soll. Doch gibt es heute ebenso eine Vielzahl von Problemen, die eben nicht mehr nur auf die nationale Rahmenordnung wirken und von dieser nur noch bedingt abhängig sind (vgl. Abschnitt 7.1 und 7.2).

Weiter sei es notwendig, für eine erfolgreiche internationale Integration die politische von der wirtschaftlichen Sphäre mittels einer „Entpolitisierung des internationalen Wirtschaftsverkehrs“<sup>958</sup> zu trennen, da die Politisierung des selbigen „die Probleme des Interventionalismus auf die europäische Ebene transformieren wolle und dabei nur zur Desintegration führe“<sup>959</sup>. Röpke ging davon aus, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung auf Nationalstaatsebene förderlich für ein geeintes Europa wäre, denn „[d]ie jeweilige marktwirtschaftliche Ordnung bringe die Länder durch Entpolitisierung des Wirtschaftslebens quasi automatisch zusammen.“<sup>960</sup>

Im Zuge der Globalisierung wurde jedoch deutlich, dass die Hoffnung, dass die Länder „automatisch“ näher zusammenrücken, enttäuscht wurde. Zwar sind die Länder ökonomisch tatsächlich näher beisammen denn je, doch sind sie durch die von Röpke geforderte und tatsächlich durchgeführte politische Trennung eben genau dadurch teilweise so handlungsunfähig, wie in Abschnitt 7.3.1 beschrieben, weil die politische Gestaltung der Märkte fehlt. Allgemein greift auch hier wieder die bereits geäußerte Kritik am Ordoliberalismus (vgl. Kapitel 4), denn die Betrachtungen Röpkes zur europäischen Integration zeigen erneut die ordolibérale Verkürzung des Politischen. Röpke betrachtet zum Thema europäische Integration ausschließlich ökonomische Aspekte und verkennt dabei die demokratischen und gesellschaftspolitischen Implikationen und Vorbedingungen des Integrationsprozesses. Gleichzeitig hängt er dem europäischen Ideal von vor 1914 nach, was als europäischer Zielhorizont heute schlichtweg außer Frage ist.

### **7.3.2.2 – Fatalistische Antworten auf den Globalisierungsprozess**

Soll dem substantiell-liberalen Impetus, der in Kapitel 5 dargestellt wurde, treugeblieben werden, so ist es notwendig, eine Perspektive auf die Globalisierung zu entwickeln, die über die Betrachtung rein ökonomischer Aspekte hinausgeht. Darum taugen auch die neueren Perspektiven eines Globalismus zur Bewältigung der durch die Globalisierung induzierten Probleme nur wenig. Die *harmonische Sichtweise* des

---

<sup>958</sup> Petersen / Wohlgemuth (2009: 170).

<sup>959</sup> Petersen / Wohlgemuth (2009: 170).

<sup>960</sup> Petersen / Wohlgemuth (2009: 171).

Globalismus geht im Wesentlichen davon aus, „daß der Weltmarkt politisches Handeln verdrängt oder ersetzt.“<sup>961</sup> Er betrachtet die ökonomische Verflechtung der Staaten als einen Garanten für Frieden und Sicherheit, da diese zu einer nie dagewesenen gegenseitigen Abhängigkeit führen.<sup>962</sup> Die lange Periode des Friedens in der westlichen Welt beruhe im Wesentlichen auf der zunehmenden Verstrickung der Staaten im Prozess der globalen Ökonomie. Kein Staat könne es sich mehr erlauben, andere zu bedrohen oder anzugreifen, ohne nicht wirtschaftlich isoliert zu werden – so das Kalkül der Harmonie-These. Die harmonische Sichtweise der Globalisierung betrachtet die ökonomische Kooperation als ausschlaggebend für ihr positives Urteil des Globalisierungsprozesses und entspricht der Perspektive einer globalen, neoliberalen Markt-Weltgesellschaft, in der die Politik nicht viel mehr tun muss, als die Weltmärkte weiter zu liberalisieren – um die Abhängigkeiten untereinander noch weiter zu stärken und so den Frieden zu sichern. Die Globalisierung konnte bisher jedoch noch nicht unter Beweis stellen, dass wirklich alle Länder von den Entwicklungen profitieren und sie tatsächlich harmonisch abläuft – ob die Globalisierung wirklich wesentlich zur Entschärfung politischer und ökonomischer Ungleichheiten führt, kann bezweifelt werden.<sup>963</sup> Außerdem beruht der fragile Frieden einzig auf ökonomischen Kalkülen, während „durch die Globalisierung bedingte oder zumindest begünstigte Prozesse die Demokratie [untergraben].“<sup>964</sup> Der Neoliberalismus legt es auf eine Politik an, die sich am Ende selbst abwickelt und sich mehr oder minder überflüssig macht, da die Märkte schlussendlich die entscheidende (auch politische) Instanz werden. Somit umgeht sie die Frage nach dem Demokratiedefizit, indem sie der Ökonomie die Steuerungsrolle über politische Entscheidungen zuschreibt. Die optimistische, „aufgesetzte Fröhlichkeit der neoliberalen Politik“<sup>965</sup> übersieht dabei jedoch „in dümmlicher Selbstgefälligkeit systematisch“<sup>966</sup> die sozialen, kulturellen und ökologischen Probleme der Globalisierung – ganz abgesehen von den politischen, die eben in jenem Demokratiedefizit kulminieren, das bereits unter dem Stichwort der ökonomischen Globalisierung besprochen wurde:

---

<sup>961</sup> Beck (1998a: 26). Zur Debatte zwischen Globalisten und Kommunitaristen vgl. bspw. Höffe (1995: 261-266) oder Beck (1998a: 26-28).

<sup>962</sup> So dargestellt in Joób (2008: 35).

<sup>963</sup> Vgl. bspw. Joób (2008: 38).

<sup>964</sup> Joób (2008: 15).

<sup>965</sup> Habermas (1998: 95).

<sup>966</sup> Hessel (2012: 204).

„Die zentrale Aufgabe der Politik, die rechtlichen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen abzustecken, unter denen wirtschaftliches Handeln überhaupt erst gesellschaftlich möglich und legitim wird, gerät aus dem Blick oder wird unterschlagen.“<sup>967</sup>

Der Postmodernismus geht ebenfalls von einem „Ende der Politik“ aus, „weil sich aus dieser Sicht Politik, die Fähigkeit zu kollektiv bindenden Entscheidungen, im Sog des zerfallenden Nationalstaats *als solche* auflöst.“<sup>968</sup> Es ist eine ebenso fatalistische Perspektive wie die des Neoliberalismus, die jedoch dessen Optimismus aufgegeben hat. Während aus Sicht der neoliberalen Globalisierung die staatliche Intervention zunehmend *unerwünscht* (da ineffektiv) wird, ist aus dieser Perspektive die politische Steuerung zunehmend *unmöglich*. Mit der Auflösung der klassischen Nationalstaaten sind die Individuen aus dieser Perspektive dann einfach nur noch atomistisch agierende Individuen, die in vielerlei Netzwerken verbunden sind. Diese Netzwerke spielen jedoch politisch keine Rolle mehr und sind nicht demokratisch legitimiert. So verflüssigt sich die Gesellschaft in der globalisierten Welt dann zu einer anarchistischen Strukturlosigkeit aus Einzelinteressen, in der Politik keine Rolle mehr spielt.<sup>969</sup>

Für eine Politik der Freiheit sind derlei Perspektiven untauglich. Denn einfach den Märkten die Steuerung der Globalisierung zu überlassen und politisch die Segel zu streichen, ist nach dem bisher entworfenen Liberalismus-Verständnis keine Option:

„Wenn man sich nicht damit abfinden will, die wachsende Abhängigkeit der Nationalstaaten von den systemischen Zwängen einer zunehmend interdependenten Weltgesellschaft jedoch als unumkehrbar anerkennen muss, drängt sich die politische Notwendigkeit auf, demokratische Verfahren über die Grenzen des Nationalstaats hinaus zu erweitern.“<sup>970</sup>

In diesem Sinne muss untersucht werden, inwiefern der substantielle Liberalismus geeignet ist, auch in einem Arrangement einer postnationalen, deliberativen Demokratie Orientierung anzubieten. Denn das Politische ist absolut zentral, erfordert das Verständnis einer Politik der Freiheit, wie sie bisher entworfen wurde, doch dringend die demokratische Legitimation aller Betroffenen. Ein Ergebnis der Debatte um eine zweistufige Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, wie sie in Kapitel 5 und 6 dargelegt wurde, war ja, dem Markt eben *nicht* mehr das politische Feld zu überlassen.

---

<sup>967</sup> Beck (1998a: 26f.).

<sup>968</sup> Habermas (1998: 133), Hvh. im Original.

<sup>969</sup> Vgl. Habermas (1998: 133f.).

<sup>970</sup> Habermas (2012: 51).

Der substantielle Liberalismus wird sich nicht durchsetzen können, indem er der Strukturlosigkeit einer Welt-Marktgesellschaft ungehindert das Feld überlässt. Er muss darum zwangsläufig ein anderes, mutigeres Verständnis von Politik in Zeiten der zunehmenden Globalisierung entwickeln. Denn eindeutig ist, dass er auch nicht einfach hinter die derzeitigen Entwicklungen der globalisierten Welt zurückfallen und diese ignorieren und sich auf nationalstaatliche Ordnungspolitik beschränken kann. Dies würde ihn unglaublich und wenig praktisch machen, ist die Globalisierung doch gewissermaßen „unrevidierbar“. <sup>971</sup> Es gilt, die Globalisierung als Faktum anzuerkennen und konstruktiv mit den Globalisierungstendenzen in einer Politik der Freiheit umzugehen. Denn „nicht die Globalisierung an sich ist problematisch, sondern unsere Unfähigkeit, sie zu begleiten und für unsere eigenen Zwecke zu nutzen.“ <sup>972</sup> Es ist Habermas, der seit vielen Jahren für eine produktive Konstruktion einer postnationalen Politik plädiert und auf den hier auch ganz wesentlich zurückgegriffen werden soll.

Eine naheliegende Konsequenz der Tatsache, dass der Nationalstaat für die Bewältigung bestimmter Probleme „zu klein“ geworden ist, ist die Delegation von Verantwortlichkeiten an andere, „größere“ Instanzen, die trans- oder international konstituiert sind. Wenn der einzelne Staat also nicht mehr all das leisten kann, was er soll, so können vielleicht ein Zusammenschluss mehrerer Staaten oder supranationale Institutionen diese Probleme stellvertretend für die in ihnen kulminierten Interessen lösen. Diese grundsätzlich sinnvolle Annahme steht heute allerdings vor dem Problem, dass die internationalen Institutionen selbst auch nicht ausreichend demokratisch legitimiert sind. Wo also Unternehmen oder NGOs dafür kritisiert werden, dass sie über unzureichende demokratische Legitimation verfügen und so mitunter illegitim die Politik beeinflussen, kann auch den supra- und internationalen Institutionen der gleiche Vorwurf gemacht werden. Weder der IWF noch die Weltbank oder die Europäische Union sind derzeit ausreichend demokratisch strukturiert, um glaubhaft das Problem des Demokratiedefizits der transnationalen Politik zu lösen. Doch bevor dieses Problem angegangen wird, müssen zwei unterschiedliche politische Ebenen jenseits des Nationalstaats – global und transnational – etwas genauer unterschieden werden.

---

<sup>971</sup> Vgl. Beck (1998a: 29f.).

<sup>972</sup> Cohn-Bendit / Verhofstadt (2012: 15).

### 7.3.2.3 – *Ideen einer globalen Weltregierung*

Spätestens seit Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“, in der er seine Idee einer „weltbürgerlichen Verfassung“<sup>973</sup> und eines „Weltbürgerrechts“<sup>974</sup> skizziert, die den ewigen Frieden zwischen den Völkern sichern soll, steht die Idee im Raum, die demokratische Legitimierung der Politik auf *globaler Ebene* zu denken, also in Form einer Weltbevölkerung, die, von einem gemeinsamen Weltethos geleitet, eine Weltregierung stellt.<sup>975</sup> So erstrebenswert die Idee einer Weltregierung scheinen mag (ist sie doch womöglich *die* ultimative Realisierung der Demokratie im Weltmaßstab), ist eine gelungene Verwirklichung heute doch vermutlich immer noch fast genauso unrealistisch wie schon zu Zeiten Kants. Zwar gibt es erste globale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die Weltbank, allerdings bräuchten diese wesentlich ausgereifere „institutionelle Strukturen, die mehr Länder einbeziehen und mehr repräsentative Elemente enthalten.“<sup>976</sup> Dass die Weltgemeinschaft es schafft, eine Art weltbürgerlichen Gesellschaftsvertrag, der von der gesamten Weltbevölkerung legitimiert ist, durchzusetzen, kann zur Bewältigung aktueller Probleme nicht sinnvoll vorausgesetzt werden; „die Vorstellung eines Weltparlaments und einer Weltregierung gehört einstweilen ins Reich nicht nur der Phantasie, sondern der Utopie“<sup>977</sup>. So wird derzeit beispielsweise die Hoffnung, das Problem der Wirtschafts- und Finanzkrise auf globaler Ebene zu lösen, weitestgehend enttäuscht, da zu viele Staaten sehr unterschiedliche und teilweise sogar gegenläufige Interessen vertreten. Auch wenn die Deutsche Bundeskanzlerin Merkel da anderer Meinung ist:

„Wir wollen, dass die Welt in einer menschlichen Marktwirtschaft lebt. Damit das möglich wird, wollen wir mit den Völkern der Welt zusammenwirken. Ich sage: Wir haben die historische Pflicht, dieses Ziel zu befördern. [...] Ich weiß: Dabei geht es nicht nur um die Wünsche von Millionen. Hier geht es um die Wünsche von Milliarden. Sie warten darauf, dass die Weltwirtschaft einen Ordnungsrahmen bekommt, der ihnen – und zwar allen, denn die Würde eines jeden Menschen ist unteilbar – ein würdiges Leben ermöglicht, der sie vor Exzessen schützt und der ihre Lebensgrundlagen bewahrt. Deshalb braucht die Welt eine Weltwirtschaftsordnung.“<sup>978</sup>

---

<sup>973</sup> Kant (2003: 150).

<sup>974</sup> Kant (2003: 151). Für eine ausführliche Debatte der Idee einer Weltrepublik vgl. Höffe (2004: 163-171).

<sup>975</sup> Vgl. zur Idee eines Weltethos bspw. die Ausführungen in Küng (2012).

<sup>976</sup> Stiglitz (2010b: 11).

<sup>977</sup> Dahrendorf (2003: 124).

<sup>978</sup> Merkel (2008: 21).



So sehr der substantielle Liberalismus dieser Aussage grundsätzlich zustimmen und die historische Pflicht ebenso unterstreichen würde, muss doch eine gewisse Skepsis ob der baldigen Realisierbarkeit dieses Vorhabens angemeldet werden.<sup>979</sup> Das bedeutet nicht, dass eine Weltrepublik nicht ein wünschenswerter und anzustrebender Zielhorizont sein kann. Schon „Kant sagt nicht, dass der weltbürgerliche Zustand morgen oder in hundert Jahren oder überhaupt eintreten wird; er spricht von einer ‚weltbürgerlichen Absicht‘.“<sup>980</sup> Dieser *weltbürgerlichen Absicht* zu folgen ist weiterhin ein schöner Gedanke, der auch dem Verständnis der republikanischen Idee, die dem substantiellen Liberalismus innewohnt, entspricht. Das bedeutet aber eben nicht, dass diese Weltbürgerlichkeit mit einer großen, weltweiten Abstimmung oder Vertragssetzung einfach ins Leben treten wird. Genauso wenig heißt es aber, dass der Weg dahin aufgegeben werden sollte: „Eher heisst es, dass wir eine Reihe von zweitbesten Anwendungen der Prinzipien der Demokratie vorantreiben müssen, ohne uns mit dem Ergebnis zufriedenzugeben.“<sup>981</sup> Dementsprechend muss „Thema für Thema, also in vielen kleinen Schritten“<sup>982</sup> im Sinne der weltbürgerlichen Absicht auf eben diese hingearbeitet werden.<sup>983</sup>

#### **7.3.2.4 – Entwurf einer transnationalen Demokratie**

Es scheint politisch sinnvoller, sich zunächst (quasi als Zwischenschritt zur Weltrepublik) mit Habermas auf die Entwicklung transnationaler Institutionen zu konzentrieren. Diese könnten eine Möglichkeit sein, den schwindenden Einflussbereich der Nationalstaaten zu kompensieren, während ihre Entstehung und Umsetzung gleichzeitig realistisch genug erscheint. Solche Institutionen existieren ja ohnehin schon, und für Deutschland bedeutet dies natürlich ganz konkret die Eingliederung in die Idee einer auch politisch tragfähigen *Europäischen Union (EU)*. Habermas konstatiert, „dass die Europäische Union des Lissaboner Vertrags nicht so weit von der Gestalt einer transnationalen Demokratie entfernt ist, wie viele ihrer Kritiker meinen.“<sup>984</sup> Gleichzeitig ist das größte Problem, für das die Europäische

---

<sup>979</sup> Zu den (geringen) Realisierungschancen eines Weltstaats vgl. auch Höffe (1995: 264).

<sup>980</sup> Dahrendorf (2003: 136).

<sup>981</sup> Dahrendorf (2003: 124f.).

<sup>982</sup> Höffe (1995: 271).

<sup>983</sup> Natürlich gibt es auch widersprechende Stimmen, die genau ein solches Vorgehen als „Mäusegetrippel“ abtun und stattdessen einen „Quantensprung“ fordern. Vgl. dazu Cohn-Bendit / Verhofstadt (2012: 11f.). Dies scheint derzeit jedoch weniger erfolgsversprechend.

<sup>984</sup> Habermas (2012: 8f.). Zur Einschätzung der Effektivität der EU vergleiche auch Joerges / Zürn (2005).

Union bisher keine zufriedenstellende Lösung gefunden hat, ihr Mangel an demokratischer Legitimation. Sie gerät zunehmend in die Situation, Aufgabenbereiche der Nationalstaaten zu übernehmen, aber diese „neuen Formen der internationalen Zusammenarbeit entbehren einer Legitimation, die auch nur entfernt den Anforderungen der nationalstaatlich institutionalisierten Verfahren genügen würde.“<sup>985</sup> Die derzeitige Verfasstheit der EU zeigt „eine Demokratie ohne demos“<sup>986</sup>, der EU fehlt der europäische Bürger, der ihre Entscheidungen und Handlungen trägt und legitimiert. Vor allem in der derzeitigen Währungskrise wird deutlich, wie sehr die EU über die Köpfe der Bürger hinweg agiert und wie wenig Rückhalt sie darum auch in der europäischen Bevölkerung hat.<sup>987</sup> Die reflexive Freiheit des substantiellen Liberalismus erfordert eine Konstellation, die einer deliberativen Demokratie entspricht, und was für die nationale Politik galt, gilt natürlich analog auch für die transnationale Politik: Sie braucht den Rückhalt der Bürger als politische Legitimation ihrer demokratischen Ausgestaltung.

Deutlich geworden ist also, dass „die Bedeutung von transnationalen epistemischen Gemeinschaften in dem Maße [wächst], wie sich Problemlagen und Politikformulierungsprozesse denationalisieren.“<sup>988</sup> Um dieser wachsenden Bedeutung gerecht zu werden, muss anerkannt werden, dass es dringend einer demokratischen Legitimierung dieser Institutionen und Gemeinschaften bedarf.<sup>989</sup> Hierbei ist es allerdings wichtig, nicht einfach von einer Übertragung der vom Nationalstaat bekannten Demokratieformen auf supranationale Institutionen auszugehen, denn „[d]as originäre Demokratieprinzip – alle diejenigen, die von einer Entscheidung betroffen sind, sollten die Möglichkeit der Mitwirkung an der Entscheidung haben – ist offen für vielerlei verschiedene institutionelle Umsetzungen.“<sup>990</sup> Wie eine Demokratisierung der supranationalen Institutionen genau gestaltet werden kann, ist Gegenstand vieler Debatten und kann hier nicht genauer ausgeführt werden. Plausibel im Sinne der in Kapitel 4 vorgestellten reflexiven Freiheit, die mit der Konzeption einer deliberativen Demokratie einhergeht, scheint aber der Versuch von Habermas zu sein, diese Legitimierung im Sinne einer „Transnationalisierung der

---

<sup>985</sup> Habermas (1998: 109f.).

<sup>986</sup> Dahrendorf (2003: 122).

<sup>987</sup> Für eine ausführliche Beschreibung des Demokratiedefizits der EU vgl. Habermas (2012: 73f.).

<sup>988</sup> Zürn (2002: 232).

<sup>989</sup> Für eine ausführliche Debatte verschiedener Ausgestaltungsmöglichkeiten der postnationalen Demokratie vgl. bspw. Schmalz-Bruns (1999).

<sup>990</sup> Zürn (2002: 231), vgl. dazu auch Höffe (2004: 90f.).

Volkssouveränität“<sup>991</sup> (im Sinne einer Vergemeinschaftung europäischer Bürger, die in einer Bürgersolidarität verbunden sind) mittels einer „Rekonfiguration der Bestandteile eines demokratischen Gemeinwesens“<sup>992</sup> in einer vereinigten und föderalen Europäischen Union zu konstruieren.<sup>993</sup>

Trotz der Betonung einer transnationalen Ordnung ist jedoch auch in einer globalisierten Welt die nationalstaatliche Politik nicht mit einem Schlag vollständig handlungsunfähig geworden, so „dass die gängige Annahme eines globalisierungsinduzierten Steuerungsverlustes nationalstaatlichen Rechts nur bedingt zutreffend ist“<sup>994</sup>. Auch in einer zunehmend globalisierten Welt ist der Nationalstaat immer noch in der Lage, Politik zu betreiben:

„Vom Ende des Nationalstaats wird oft zu leichtfertig gesprochen. Tatsächlich sind nach wie vor die für die Lebenschancen von Einzelnen ausschlaggebenden Politiken nationalstaatliche Politiken.“<sup>995</sup>

Denn es handelt sich „beim Verlust der Effektivität nationalstaatlicher Politiken nicht um einen absoluten Prozeß“<sup>996</sup>, und so beeinflusst die nationalstaatliche Politik nach wie vor die Sozialpolitik, die Bildungspolitik und die Kulturpolitik. Und auch in wirtschaftsordnungspolitischen Fragen hat die nationalstaatliche Politik nicht jedwedes Mitspracherecht verloren.

Der Abgesang auf die nationalstaatliche Politik entspringt jedoch dem Umstand, dass all diese Politikbereiche durch die ökonomische Globalisierung unter Druck geraten. Auch wenn der Nationalstaat die Sozial- und Bildungspolitik, die ganz ausschlaggebend für eine Politik der Freiheit ist, selbst gestalten kann, sind dies doch beides Bereiche, die den Staat Geld kosten. Wenn gleichzeitig an anderer Stelle, nämlich bei der Steuerpolitik, die Souveränität verloren geht, so führt das dazu, dass der Staat auch weniger Spielraum für die ihm noch verbliebenen politischen Felder übrig hat. So kommt es, dass die Nationalstaaten in eine „Zwickmühle von Sozialpolitik im Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung geraten: Die

---

<sup>991</sup> Habermas (2012: 48).

<sup>992</sup> Habermas (2012: 49). Für eine allgemeine Betrachtung von Demokratie und Globalisierung vgl. Höffe (2002). Für eine genauere Beschreibung der Legitimierung der transnationalen Demokratie vgl. Habermas (2012: vor allem 49-55).

<sup>993</sup> Beachtenswert sind in diesem Zusammenhang auch die beiden Werke „Was ist Globalisierung?“ (Beck (1998a)) sowie „Politik der Globalisierung“ (Beck (1998b)). Etwas polemischer hingegen das Manifest „Für Europa!“ von Cohn-Bendit / Verhofstadt (2012).

<sup>994</sup> Abländer / Ulrich (2009: 22).

<sup>995</sup> Dahrendorf (2003: 128).

<sup>996</sup> Zürn (2002: 222).

wirtschaftliche Entwicklung entzieht sich nationalstaatlicher Kontrolle, während ihre sozialen Folgen – Arbeitslosigkeit, Migration, Armut – sich in den Auffangnetzen des nationalen Sozialstaats sammeln.“<sup>997</sup> Nichtsdestotrotz macht es auch im substantiellen Liberalismus durchaus noch Sinn, die genannten Bereiche auch weiterhin im Einflussbereich der nationalstaatlichen Politik anzusiedeln. Der Nationalstaat weiß am besten, wo es an Lebenschancen der Einzelnen mangelt, und ist näher an den Bürgern als eine europäische Politik. Dennoch verliert die Politik eben hier ihren Spielraum aufgrund der wettbewerblichen Zwänge der Globalisierung. Darum muss die Politik der Freiheit auf den Kontrollverlust in wirtschaftspolitischen Fragen reagieren, denn vor allem die Ausformulierung der vitalpolitisch eingehegten Wirtschaftsordnung basiert ja auf der Annahme, dass die Politik den Primat vor der Marktwirtschaft zurückerlangt. Mit einer Politik, die nur damit beschäftigt ist, sich im Standortwettbewerb zu behaupten, kann dies kaum gelingen. Hier wäre es dann an der Zeit, eine Wechselwirkung zwischen nationaler und transnationaler Politik zu gestalten, denn was die Globalisierung uns in erster Linie zu Bewusstsein gebracht hat, ist unsere Interdependenz.<sup>998</sup> Und nur „[e]in transnationales Staatengebilde von der Größe der Europäischen Union könnte den Vorrang der Politik, die demokratisch kontrollierbare gesellschafts- und wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit für die kooperierenden Staaten wiederherstellen.“<sup>999</sup>

Dies zeigt sich beispielsweise an ganz konkreten Umsetzungsschwierigkeiten der nationalen Ordnungspolitik. Denn würde man versuchen, den substantiellen Liberalismus allein auf nationaler Ebene durchzusetzen und die reale Freiheit aller ins Zentrum der bundesrepublikanischen Politik zu rücken, gäbe es zwei wesentliche Probleme, die die nationalstaatliche Politik kaum allein lösen könnte: zum einen eben den Wettbewerbsdruck, dem die Staaten bisher ausgesetzt sind, und zum anderen die aktuelle Einbindung Deutschlands in die Entwicklung der EU.

Der erste Punkt sollte bereits anhand der Schilderung der Probleme der ökonomischen Globalisierung deutlich geworden sein. Sobald Deutschland im Alleingang mit einer Politik der Freiheit ernst machen würde, also die ordnungspolitischen Grundsätze tatsächlich wie vorgeschlagen umsetzen würde (also bspw. das vitalpolitische Grundprinzip, die Systembedingungen der Finanzmarktpolitik, die Chancengerechtigkeit oder auch die von wirtschaftlichen Interessen unabhängige Wirtschaftspolitik usw. durchsetzen würde), käme es mit Sicherheit zu bedrohlichen,

---

<sup>997</sup> Beck (1998a: 34).

<sup>998</sup> Vgl. Hessel (2012: 204f.).

<sup>999</sup> Beck (1998a: 263).

negativen Reaktionen seitens der transnationalen Unternehmen. So wären mit einer Politik der Freiheit möglicherweise Mindestlöhne zu zahlen, die Körperschaftssteuer könnte steigen usw. Nun würde die Regierung unter Druck geraten, wenn plötzlich eine große Zahl von Unternehmen mit Abwanderung drohen würde. Diesem Druck ließe sich nur begegnen, wenn Deutschland nicht alleine, sondern im Schulterschluss und mit der Unterstützung der anderen europäischen Länder agieren könnte. Denn dass viele Unternehmen gleich allesamt geschlossen die EU verlassen würden, ist doch eher unwahrscheinlich.

Zweitens könnte auch ein Alleingang Deutschlands bedeuten, dass die Politik der Freiheit, die ja gerade schlechter gestellten Bürgern eine bessere Ausgangslage und faire Lebenschancen verspricht, zu einer Welle der Migration führt. Da sich EU-Bürger ja in der gesamten EU niederlassen können, wäre es für viele sicherlich attraktiver, ihre Heimat zu verlassen und nach Deutschland zu kommen. Da Deutschland jedoch seit drei Jahrzehnten selbst schon keine Vollbeschäftigung mehr hatte (das dieser Begriff ebenfalls reformbedürftig ist, wurde in Abschnitt 7.1.2.2 diskutiert), wäre eine Politik der Freiheit mit den damit verbundenen Mehrausgaben durch einen solchen Zuzug sicherlich überfordert. Eine Politik der Freiheit braucht darum nach Möglichkeit eine Implementierung auf EU-Ebene. Institutionell wäre dies vielleicht sogar denkbar, denn die EU hat ohnehin bereits eine „soziale Marktwirtschaft“ als gemeinsame Wirtschaftsordnung der Europäischen Union festgelegt.<sup>1000</sup> Da diese dort genauso wenig mit Inhalt gefüllt ist wie im Deutschen Grundgesetz, könnte es ein Anhaltspunkt sein, um den substantiellen Liberalismus als Versuch der Modernisierung der sozialen Marktwirtschaft auf europäischer Ebene zu verankern.

### **7.3.3 – Zwischenfazit: Problemlösungskompetenz einer transnationalen Demokratie**

Entscheidet man sich also für eine transnationale Ausrichtung an substantieller Freiheit und gelingt es, die demokratischen Strukturen der europäischen Institutionen zu verbessern, braucht der substantielle Liberalismus sowohl von Seiten der Bürger als auch von Seiten der Regierungen das Engagement, eine Politik der Freiheit ins Zentrum einer demokratisch legitimierten EU-Politik zu rücken. Dies würde dazu führen, dass die beteiligten Staaten ihre Wirtschaftspolitik vitalpolitisch ausrichten und

---

<sup>1000</sup> Europäische Union (2007: Artikel 2 (3)).

bestmöglich sowie gemeinsam versuchen, die Märkte zu zivilisieren und die Lebenschancen der Bürger in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen zu rücken. Eine so ausgerichtete EU, die dann (gemäß der Systembedingung) unabhängiger von Wirtschaftsinteressen agieren kann, könnte dann auch die frappierenden Probleme (der Finanzindustrie beispielsweise), die bisher leider noch keine Lösungen in Aussicht haben, gemeinschaftlich und demokratisch legitimiert in Angriff nehmen: „Mit dem Zeitalter der Globalität wird [dann, A.L.] gerade *nicht* das Ende der Politik eingeläutet, sondern ihr Neubeginn eröffnet.“<sup>1001</sup>

Wie sie hier konstruiert wird, wäre es naheliegend, eine Politik der Freiheit der zwei Geschwindigkeiten vorzuschlagen. Die Bundesrepublik sollte sich, als größtes und sehr einflussreiches Land der EU, den substantiellen Liberalismus zunächst glaubwürdig auf die eigene Fahne schreiben. Sie muss dann versuchen, wo sie kann, im eigenen Land die Probleme im Sinne einer substantiellen Freiheit zu lösen. So kann Deutschland beispielsweise auch alleine schon an vielen Stellschrauben drehen, um die stetig zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen zu beheben oder Bildungschancen gerechter zu gewähren (vgl. Abschnitt 7.1). Das „auf nationaler Ebene verwirklichte Maß an staatlich garantierten Bürgerfreiheiten soll [dann, A.L.] als Standard dienen, dem das europäische Recht genügen muss, bevor es auf nationaler Ebene umgesetzt werden darf.“<sup>1002</sup> Mit der Außenwirkung einer gelingenden Politik der Freiheit ließen sich so hoffentlich Impulse geben für eine europäische Politik nach diesem Vorbild. Diese europäische Politik muss als allererstes und in erster Linie den Entwicklungen der ökonomischen Globalisierung Herr werden, indem sie versucht, Gesetze auf den Weg zu bringen, die die bis dato anarchische Weltwirtschaft (und allen voran die Finanzwirtschaft, vgl. Abschnitt 7.2) zähmt und den Standortwettbewerb (wenigstens) auf EU-Ebene entschärft. Sollte die EU der Idee eines substantiellen Liberalismus folgen, wären dann die institutionellen Rückenstützen für tiefgreifendere und interessantere Veränderungen im Sinne eines substantiellen Liberalismus möglich. Zunächst muss zwar die Nationalpolitik agieren, sie muss darüber hinaus aber dann vor allem, auch in Krisenzeiten, glaubhaft hinter der Idee einer politischen Europäischen Union stehen und sich für eine transnationale Politik der Freiheit einsetzen. Sie muss zeigen, dass die gleiche substantielle Freiheit aller das Ziel einer liberalen Politik sein sollte. Die Antwort auf den ökonomischen

---

<sup>1001</sup> Beck (1998a: 217).

<sup>1002</sup> Habermas (2012: 71).

Globalisierungsprozess wird darum „nicht in einem supranationalen Großstaat oder gar Weltstaat gesucht, sondern in einem ‚Schulterschuß‘ der Nationalstaaten.“<sup>1003</sup>

Der substantielle Liberalismus ist insofern national wie postnational: Die grundsätzliche Annahme, dass die gleiche substantielle Freiheit aller das Ziel eines modernen Liberalismus sein muss, lässt sich auf Ebene des Nationalstaats bereits denken und eine Politik der Freiheit, die darauf hinarbeitet, dort einsetzen – so „dass der jeweils eigene Nationalstaat auch in der Rolle eines Mitgliedstaates *weiterhin* die bewährte Rolle eines *Garanten von Recht und Freiheit* spielt.“<sup>1004</sup> Gleichzeitig ist der Nationalstaat heute jedoch in manchen Bereichen zu beschränkt, um alleine die Weichen so zu stellen, dass tatsächlich die größtmögliche Freiheit der Bürger realisiert würde. Er ist darum auf ein demokratisch voll legitimes Europa angewiesen, an das die Bewältigung gewisser Probleme delegiert werden kann. Damit es dazu kommen kann, muss dieses Europa eine wie Rousseau schon forderte „europäische Republik“<sup>1005</sup>, ein *Zielhorizont der nationalen Politik* werden. Dazu müssen die nationalen Parteien glaubhaft „innerhalb des nationalen Spielraums – des einzigen, in dem sie aktuell handeln können – auf den europäischen Handlungsspielraum vorausgreifen“<sup>1006</sup> und „innenpolitisch wahrnehmbar in bindende Kooperationsverfahren einer kosmopolitisch verpflichtenden Staatengemeinschaft eingebunden werden“<sup>1007</sup> – in diesem Fall zunächst der Staatengemeinschaft der EU. Der Nationalstaat ist dann wiederum „notwendig, um die Politiken umzusetzen, die jenseits des Nationalstaats formuliert worden sind.“<sup>1008</sup> Der Nationalstaat muss also anerkennen, dass es auch an ihn moralische Ansprüche gibt – er muss als Akteur gleichsam eine Art „Individual“-Ethik jenseits nationaler Interessen entwickeln und dieser gerecht werden.

So bleibt der Nationalstaat einerseits das „Rückgrat der Verfassung der Freiheit“<sup>1009</sup> und wird andererseits zum Initiator einer europäischen Politik der Freiheit. Er hat in diesem Sinne also sogar eine Ausweitung seiner Kompetenzen erlangt, und „[d]er zwischenstaatliche Zusammenschluß eröffnet den postnationalen Einzelstaaten neue Handlungsspielräume.“<sup>1010</sup>

---

<sup>1003</sup> Beck (1998a: 220).

<sup>1004</sup> Habermas (2012: 72), Hvh. im Original.

<sup>1005</sup> Rousseau (1713/61: 28).

<sup>1006</sup> Habermas (1998: 169).

<sup>1007</sup> Habermas (1998: 88).

<sup>1008</sup> Zürn (2002: 222).

<sup>1009</sup> Dahrendorf (2003: 128).

<sup>1010</sup> Beck (1998a: 223).

Eine Politik des substantiellen Liberalismus kann eine Verschiebung der Wirtschaftsordnung hin zu einer demokratisch legitimierten Vitalpolitik nur erreichen, wenn sie diese Entwicklung je auf nationaler Ebene anstößt und für mehr substantielle Freiheit sorgt, indem sie gleichzeitig als Beispiel für andere Länder gilt und das Anliegen glaubhaft nach Europa trägt. So können die substantielle Freiheit und die Politik der Freiheit „eine konstruktiv vorausgreifende, impulsgebende Wirkung haben, indem sie Lern- und Anpassungsprozesse anstoßen“<sup>1011</sup> und die Grundlagen schaffen für einen „weltbürgerlichen Republikanismus“<sup>1012</sup>. Das Anliegen des substantiellen Liberalismus auf europäischer Ebene ist dann „keine schwärmerische Utopie des grundsätzlichen Nirgendwo; sie ist eine Utopie des Noch-Nicht: ein politisches Ideal, dessen Verwirklichung nicht nur rechtsmoralisch geboten ist, zu der wir auch schon realiter unterwegs sind.“<sup>1013</sup>

Dazu bedarf es einer ziemlich umfassenden Neuordnung der Organe der Europäischen Union – die hier jedoch nicht noch weiter skizziert werden kann. Die Erkenntnis der Untersuchung lautet: „Ohne Europa gibt es keine Antwort auf Globalisierung“<sup>1014</sup> – auch für den substantiellen Liberalismus nicht.

---

<sup>1011</sup> Habermas (2012: 75).

<sup>1012</sup> Beck (1998a: 26).

<sup>1013</sup> Höffe (1995: 270).

<sup>1014</sup> Beck (1998a: 261).



## **7.4 – Die Bedeutung des substantiellen Liberalismus für aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen**

Das vorliegende Kapitel hat die praktische Bedeutung eines substantiellen Liberalismus für die Analyse und Bewältigung konkreter gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Herausforderungen aufgezeigt. Im Bemühen eines prinzipiengeleiteten Pragmatismus stellte sich die Arbeit der Herausforderung, nicht nur konzeptionell eine Leitidee für eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu erarbeiten, sondern auch zu zeigen, welche Bedeutung diese für konkrete empirische Probleme haben kann.

Deutlich geworden ist, dass praktisch betrachtet die Lösungen oft nicht so elegant ausfallen können, wie dies in einer konzeptionellen Arbeit der Fall sein kann. Empirisch läuft vieles auf Kompromisse und Second-best-Arrangements sowie den Appellen an das Engagement der Bürger hinaus. So müssen alle die vorgeschlagenen Maßnahmen abgewogen werden zwischen privatem und öffentlichem Interesse. Die Vorschläge sind selbstverständlich auch leichter gesagt als getan: Den Staat aufzufordern, Verantwortungsstrukturen zu schaffen, lässt sich vom Schreibtisch aus relativ schnell erledigen – während die konkrete Aufgabe natürlich eine Herkulesaufgabe ist. Doch betrachtet man andere Bereiche, so scheinen die Dinge einfacher und mitunter tatsächlich nur an mangelndem politischen Willen – sei es der Bürger oder der Politik – zu scheitern. Der Zugang zu Bildung und einige ökonomische Ungerechtigkeiten, die bspw. durch die deutsche Erbschaftssteuer immer weiter zementiert werden, ließen sich wohl vergleichsweise leicht ändern. Dies wären möglicherweise erste Schritte, um strukturell benachteiligten Bürgern der Bundesrepublik mehr Freiheiten zu gewähren.

Die Analyse empirischer Herausforderungen macht letztlich vor allem deutlich, wie tiefgreifend und umfassend substantielle Freiheit als konzeptionelle Grundlage ist. Die konsequente Ausrichtung an dieser Leitidee hat sich in allen drei betrachteten Herausforderungen immer wieder gezeigt und deutlich gemacht, dass eine solche Grundsatzentscheidung für ein gesellschaftspolitisches Modell hilfreich ist, da es Orientierung zu geben vermag – auch und vor allem in wirtschaftspolitischen Fragen. Es zeigt sich, dass die theoretischen Grundlagen – die Bedingungen zur Realisierung von Freiheit, der sparsam eingeforderte Bürgersinn sowie die Übernahme von Verantwortung – auch praktisch gewendet stets ineinandergreifen. So stellt vor allem die Verknüpfung von Individual- und Ordnungsethik eine grundlegende Bedingung zur Bewältigung der ausgewählten Probleme dar. Der substantielle Liberalismus hat

darüber hinaus auch nicht zwangsläufig neue oder bessere Ideen als die, die vielerorts bereits debattiert werden. Aber er ist eben eine grundlegende Leitidee, die viele zusammenhängende Debatten in *einem* politischen Programm vereinen kann.

## 8 – Substantieller Liberalismus als gesellschaftliche Fortschrittsperspektive

### 8.1 – Fazit: „Freiheit für alle“ statt „Wohlstand für alle“

Die vorliegende Arbeit hat, gemäß der ihr zugrundeliegenden Leitfragen eine Antwort darauf gegeben, wie eine freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung heute begründet und legitimiert werden kann. Es ging der Untersuchung darum, bei der Suche nach einer freiheitlichen Fortschrittsperspektive an den Ordnungsdebatten des Ordoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft anzuknüpfen und aus dem Fundus der vielen Ideen der Vordenker dieser Theorien und Konzepte und mit der Unterstützung der politischen Philosophie eine moderne Konzeption einer liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu entwerfen. Dies alles vor dem Hintergrund, die derzeit vielgescholtene Marktwirtschaft ganz ordoliberal „endlich stabil, gerecht, befriedigend und menschlich“<sup>1015</sup> zu gestalten.

Daraus ist ein Entwurf des substantiellen Liberalismus entstanden, mit dem eine Idee vorliegt, die einen Impuls für weitere Debatten geben kann. Der grundlegende Kern dieses Entwurfs war die substantielle Freiheit, die als regulatives Prinzip dafür sorgen soll, dass im Liberalismus der universelle Wert der individuellen Freiheit auch wirklich ernst genommen und gefördert wird.

Dabei hat die Arbeit gezeigt, dass der Ordoliberalismus und die Soziale Marktwirtschaft von ihrem konzeptionellen Ausgangspunkt her ganz ähnlich versucht hatten, die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung miteinander in Einklang zu bringen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass sie heute, bedingt durch ihre historische Situation, nicht mehr ganz angemessen scheinen. So stellt sich abschließend nun noch die Frage, ob und inwieweit der entwickelte substantielle Liberalismus überhaupt noch anschlussfähig an den Ordoliberalismus oder die Soziale Marktwirtschaft ist. Die Antwort auf diese Frage hängt ein wenig davon ab, welche Aspekte des Ordoliberalismus man betonen möchte.

Wenn man die ordolibérale Forderung ernst nimmt, die Marktwirtschaft sei angewiesen auf „das Vorhandensein und die dauernde Pflege und Verbesserung einer ganzen Reihe von politischen, rechtlichen, sozialen, zivilisatorischen Vorbedingungen“<sup>1016</sup> und erkennt, wie sehr der Ordoliberalismus um eine Einbettung

---

<sup>1015</sup> Röpke (1944: 44).

<sup>1016</sup> Böhm (1971: 304).

der Marktwirtschaft in eine höhere Gesamtordnung bemüht war, um ihr Ergebnis so gerecht wie möglich ausfallen zu lassen, so ist der substantielle Liberalismus nur konsequent ordoliberal: Er ist eine liberale Idee, die der Wirtschaft systematisch gesellschaftlich-emanzipatorische Aspekte vorlagert und die Verwirklichung der Freiheit des Individuums unterstreicht. Denn der Ordoliberalismus betonte bereits ganz richtig, „dass das sinngemäße befriedigende Funktionieren des Marktmechanismus durchaus nicht autonom erfolgt, sondern ganz im Gegenteil vollkommen abhängig ist von der Erfüllung ganz bestimmter soziologischer und institutioneller Randbedingungen.“<sup>1017</sup> Die Idee substantieller Freiheit wäre somit nur folgerichtig, wurde sie doch als regulatives Prinzip identifiziert, um die gleiche Freiheit aller tatsächlich sicherzustellen. Dem Ordoliberalismus wurde in Kapitel 3 vorgeworfen, dass er entgegen seines Anliegens oft nur die Wirtschaftsfreiheit betont hat bzw. ihr mitunter (implizit oder explizit) den Vorrang vor anderen Erwägungen eingeräumt hat. Es war darum notwendig, die Freiheit als ganz wesentliche Grundlage des Liberalismus genauer zu betrachten, bevor es an die Entwicklung einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ging. Diesen Schritt hatten die ordoliberalen Autoren versäumt.

Es gibt allerdings auch Stimmen, die den Ordoliberalismus per se, also auch in seiner historischen Form, bereits als durchaus kompatibel mit dem Aspekt der Teilhabe und Befähigung verstehen. Interessanterweise gibt es bereits einen Versuch, diese „Teilnahme und Befähigung als Schlüsselemente einer modernen Ordnungsethik“<sup>1018</sup> zu betrachten und sie mit dem Ordoliberalismus zu verknüpfen. Dieser Versuch ist jedoch geprägt von der modernen Ordnungsökonomik von Buchanan und hat folglich nicht viel mit dem gesamtgesellschaftlichen, politischen Liberalismus, der hier entwickelt wurde, zu tun; geht es ihm am Ende dann doch nur darum, „gesellschaftliche Teilhabe durch marktwirtschaftliche Teilnahme zu verwirklichen“<sup>1019</sup> – und dass dies für die Autoren anschlussfähig an den Ordoliberalismus erscheint, bestätigt nur die vorgenommene Analyse der einseitig wirtschaftlichen Ausprägungen des Ordoliberalismus (vgl. Kapitel 3). Klump und Wörsdörfer hingegen würden vermutlich ebenfalls den Ordoliberalismus (in der Ausprägung der Freiburger Schule) kompatibel mit dem vorgestellten Freiheitsverständnis sehen, verstehen sie ihn doch auch grundsätzlich kompatibel mit

---

<sup>1017</sup> Rüstow (1950: 99).

<sup>1018</sup> Vgl. den Beitrag von Goldschmidt / Lenger (2011).

<sup>1019</sup> Goldschmidt / Lenger (2011: 307).

der integrativen Wirtschaftsethik von Ulrich.<sup>1020</sup> Auch hier muss jedoch widersprochen werden, da ein substantielles Freiheitsverständnis – wäre es denn im Sinne Euckens – nicht konsequent genug verfolgt wird. Wäre ein solches Verständnis für Eucken zentral, hätte es seinen Niederschlag in seinen regulativen Prinzipien finden müssen. Diese Prinzipien sind aber nicht geprägt von substantieller Freiheit, sondern von vollständiger Konkurrenz und flexiblen Preisen, also eben *wirtschaftlicher* Freiheit (vgl. Abschnitt 2.3.1 und 3.6).

Die ordoliberalen Ordnung, die eben Wirtschaftsfreiheit betonte, ist darum auch nur noch bedingt anschlussfähig an den vorliegenden Entwurf. Zwar orientiert sich Kapitel 6 an den Prinzipien einer Wettbewerbsordnung von Eucken. Diese wurden jedoch maßgeblich verändert, da sie um die regulative Idee der substantiellen Freiheit ergänzt wurden. Dies hat sich im vitalpolitischen Grundprinzip, das den wirtschaftlichen Erwägungen vorrangig ist, niedergeschlagen. Der substantielle Liberalismus würde für einen Ordoliberalen nun vermutlich zu viele Eingriffe in das Marktgeschehen (die vor allem nicht immer marktkonform sein müssen) rechtfertigen – und wäre darum im Grunde nicht mehr an die historischen Ideen der Wettbewerbsordnung anschlussfähig. Wie gezeigt wurde, ging es hier jedoch darum, den *gesellschaftspolitischen* Aspekten der Freiheit den Vorrang einzuräumen und an diese Stoßrichtung des Ordoliberalismus anzuknüpfen.

Der hier skizzierte substantielle Liberalismus wäre der Idee der Sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich wohl nicht ganz fern. Er versucht zum einen, die Dialektik von Freiheit und Gerechtigkeit zu überwinden. Dies gelingt ihm, indem das Gerechtigkeitskriterium in der gleichen, substantiellen Freiheit aller gesucht wird. Zum anderen nimmt er den Versuch, „Wohlstand für alle“ zu realisieren, tatsächlich und umfassend ernst, und zwar nicht nur durch eine möglichst freie Wirtschaft mit nachträglicher Umverteilung, sondern durch eine wohlverstandene Gesellschaftspolitik, die systematisch die *Vorbedingungen* umfassender Freiheit sicherstellen soll. Im substantiellen Liberalismus geht es darum, dass emanzipierte, mündige Bürger sowohl mit den Fähigkeiten und Chancen als auch mit den Rechten ausgestattet werden, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Das bedeutet, dass sie zum einen eben in die wirtschaftlichen Prozesse integriert werden müssen, zum anderen aber auch aus den Zwängen der marktwirtschaftlichen Struktur befreit werden.<sup>1021</sup> Ganz entscheidend dafür ist, dass die *sozioökonomischen Voraussetzungen* der Freiheit „nicht innerhalb der Marktprozesse als dessen Ergebnis, sondern außerhalb der

---

<sup>1020</sup> Vgl. Klump / Wörsdörfer (2009).

<sup>1021</sup> Vgl. Ulrich (1999: 64-66.).

Marktwirtschaft auf der übergeordneten Ebene der Gesellschaftsordnung“<sup>1022</sup> thematisiert werden. Grundlegend ist, dass die Politik der Freiheit darauf gerichtet sein muss, „im Interesse der Inklusion und Teilhabe aller Menschen [...] Wirtschaft und Gesellschaft sozial zu gestalten sowie einen gemeinschaftlichen Konsens über solidarische Werte herzustellen und fortzuentwickeln.“<sup>1023</sup>

Der Erhardsche Slogan vom „Wohlstand für alle“ hatte das Materielle in den Mittelpunkt gestellt, indem er argumentierte, das dringende gesellschaftliche Anliegen wäre eine möglichst erfolgreiche Wirtschaft, um dann möglichst viel umverteilen zu können. Betrachtet man die historische Situation der Autoren, sind diese Überlegungen auch durchaus nachvollziehbar: In der Folge des Zweiten Weltkriegs musste es zunächst darum gehen, überhaupt einen Grundstock an Wohlstand und materieller Sicherheit zu gewährleisten. Die heutige Situation ist davon jedoch sehr verschieden, und darum ist es fraglich, ob „Wohlstand für alle“ noch als Orientierungspunkt taugt. Der vorliegende Entwurf folgte dem Impuls, dass es bedeutender ist, substantielle Freiheit zu gewährleisten, also ex-ante den Zugang zu Chancen und Optionen für Lebensentwürfe sowie die Inklusion in und Emanzipation von Marktprozessen zu sichern, als sich bloß auf Wachstum und Umverteilung der Marktergebnisse, die im Grunde nur ex-post stattfindet, zu beschränken. Denn es geht heute nicht mehr nur um soziale Sicherung, sondern um soziale Teilhabe. Der neue Imperativ sollte darum wohl besser „Freiheit für alle“ lauten.

Die Aufgabe, gesellschaftliche Institutionen gemäß dieser neuen Perspektive eines substantiellen Liberalismus zu verändern oder sie durchzusetzen, erfordert eine Menge Mut und politisches Geschick. Denn sie umzusetzen bedeutet, bestehende Strukturen und Verhältnisse zu hinterfragen und längst gefestigte Denkmuster in Politik und Ökonomie aufzubrechen. Mut wird benötigt, da die Durchsetzung des liberal-emanzipatorischen Imperativs sicherlich nicht allen gleichermaßen gefallen wird – vor allem denen nicht, die bisher von den aktuellen Strukturen profitiert haben und dementsprechend auch meist die Mittel zur Verfügung haben, um ihren Einfluss politisch geltend zu machen. Doch nicht Macht, sondern die gesellschaftliche Legitimität der Forderungen sollte der ausschlaggebende Faktor einer Politik der Freiheit sein. Darum muss zunächst geprüft werden, ob eine Mehrheit der Bürger diesen Wandel hin zu einer Politik der Freiheit überhaupt wünscht und trägt. Darüber hinaus muss auch aus der Gesellschaft heraus die Gestaltung einer solchen Politik

---

<sup>1022</sup> Ulrich (2009b: 369).

<sup>1023</sup> Sozialverband Deutschland (2012: 16).

bestimmt werden und bedarf darum immer des Diskurses der Bürger. Was genau wo und wie verändert wird, ist dann immer eine Frage des „abwägenden Urteils“<sup>1024</sup>. Es wäre wünschenswert, dass die schrittweise Konkretisierung im Sinne eines prinzipiengeleiteten Pragmatismus dazu beigetragen hat, klar zu machen, was eine solche Konzeption tatsächlich bedeuten kann. Inwieweit die vorgestellten Ideen dann tatsächlich umsetzbar sind, muss sich im politischen Diskurs beweisen.

---

<sup>1024</sup> Dahrendorf (2003: 103).

## 8.2 – Grenzen der Untersuchung und weiterer Forschungsbedarf

Nachdem nun gezeigt wurde, wie ein substantieller Liberalismus begründet werden kann, wie seine Institutionen gestaltet sein könnten und welche Perspektive er zur Lösung realpolitischer Probleme anbietet, sollen nun noch Anknüpfungspunkte in der Forschung aufgezeigt und mögliche Einwände vorweggenommen werden. Der vorliegende Entwurf ist sich durchaus einiger Schwierigkeiten bewusst; die damit verbundenen Themen sollen in aller Kürze diskutiert werden – auch wenn sie hier nicht mehr ausführlich behandelt werden können.

Aus den möglichen Einwänden gegen die vorliegende Arbeit gibt es vier Themen, die aufgrund ihrer Bedeutung für die Untersuchung vorweggenommen und diskutiert werden sollen. Dies sind: a) die zentrale Bedeutung des Werts der Freiheit, b) das republikanische Bürgerethos, c) das Fehlen der Meso-Ebene sowie d) die Grenzen des Wachstums.

### a) Freiheit

Ein möglicher Einwand gegen die vorliegende Arbeit könnte der starke Fokus auf den Wert der Freiheit sein. So ist in gegenwärtigen Debatten der politischen Philosophie die *Gerechtigkeit* viel stärker im Fokus, und auch die Idee der *Gleichheit* hat Vertreter, die bspw. einen Egalitarismus statt eines Liberalismus fordern. Kapitel 4 hat jedoch ausgeführt, dass Freiheit eben der *unhintergehbare Grundwert* der *conditio humana* ist. Als Wert rangiert er vor den genannten anderen Werten, da diese wiederum nur dann Sinn machen, wenn der Mensch in Freiheit gedacht wird. Ohne die Autonomie des Menschen, also die Fähigkeit zur Selbstgesetzgebung, sind die anderen beiden Werte ohne Grundlage. Dennoch sind natürlich Gerechtigkeit und Gleichheit ebenso zentral für eine sinnvolle Gesellschaftsordnung. Das Anliegen des substantiellen Liberalismus war es demzufolge, beide Werte zu integrieren: Die substantielle Freiheit *ist* letztlich das *Gerechtigkeitskriterium*, das die Legitimation der politischen Institution bestimmt, und die Gleichheit ist ebenso in der *gleichen* substantiellen Freiheit aller immer mitgetragen worden (vgl. dazu ausführlicher Kapitel 4).

Ein zweiter möglicher Einwand gegen die *diskursethische Legitimation* der Freiheit ist der hohe Anspruch ihrer Durchführung. So sei es in manchen Situationen schlichtweg unmöglich, einen Diskurs durchzuführen oder im Diskurs gegensätzliche Vorstellungen zu vereinbaren. Bspw. kann jeder für sich gute Argumente für den eigenen Lebensentwurf haben, „ohne dass es möglich wäre, durch rationale



Argumente einen allgemeinen Konsens herbeizuführen.“<sup>1025</sup> Insofern die Argumente nicht für sich sprechen, ist in diesem Fall allerdings anzunehmen, dass vernünftige Individuen „auf nicht-argumentative Formen kollektiver Entscheidungsfindung zurückgreifen.“<sup>1026</sup> Dies wären dann Wege wie faire Kompromisse oder Abstimmungen, die hier greifen müssten, um Sackgassen oder eine Überforderung der Deliberation zu vermeiden.

Ein weiterer Einwand bezüglich der Freiheit wäre die etwas provokante Frage, wie viel Freiheit der Mensch überhaupt vertragen kann. Moderne Gesellschaften können den Eindruck erwecken, als hätte die Ausweitung der Freiheit (als Optionsspielräume der Bürger) nicht unwesentlich Mitschuld an einigen Zivilisationskrankheiten und Überforderungen des modernen Menschen. Die Ausweitung der individuellen Freiheit ist mitunter eine Entwicklung, die für manche Individuen „die zweideutige Erfahrung zunehmender Kontingenz bedeutet: die Desintegration haltgebender, im Rückblick autoritärer Abhängigkeiten, die Freisetzung aus gleichermaßen orientierenden und schützenden wie präjudizierenden und gefangennehmenden Verhältnissen. Kurzum, die Entbindung aus einer stärker integrierten Lebenswelt entläßt die Einzelnen in die Ambivalenz wachsender Optionsspielräume. Sie öffnet die Augen und erhöht zugleich das Risiko, Fehler zu machen.“<sup>1027</sup> Diese Optionsspielräume werden, vor allem vom Neoliberalismus, dazu genutzt, dem Individuum das Gefühl zu geben, für alles selbst verantwortlich zu sein: Arbeitslosigkeit oder Armut sind dann keine strukturellen Probleme, sondern Ausdruck von individuellem Versagen und eigener Schuld. Wie der moderne Mensch mit dieser Diktatur der Freiheit umgehen kann, bleibt zu diskutieren. Sicher ist aber, dass der substantielle Liberalismus ja genau anerkennt, dass es eben viele *strukturelle* Einschränkungen bei der Verfolgung des eigenen Lebensentwurfs gibt. Im substantiellen Liberalismus ging es daher ganz wesentlich darum, diese Strukturen zu verändern. So wurde deutlich gemacht, dass es eben nicht nur mit dem Verweis auf Selbstverantwortung getan ist, sondern die Realisierung von Freiheit, die mehr ist als nur Wirtschaftsfreiheit, eben auch gestaltet und gefördert sein muss (vgl. Kapitel 5).

### **b) Republikanisches Bürgerethos**

Der vorliegende Entwurf baut außerdem nicht unwesentlich auf ein (wenn auch sparsam eingefordertes) republikanisches Bürgerethos, das die geforderte

---

<sup>1025</sup> Hinsch (2002: 127).

<sup>1026</sup> Hinsch (2002: 127).

<sup>1027</sup> Habermas (1998: 126f.).

Ordnungskonzeption trägt und ergänzt. Es ließe sich natürlich die Frage stellen, inwiefern ein solcher Entwurf einen Bezug zur Realität hat oder nur bloßes Wunschdenken ist. Der vorliegende Entwurf ist jedoch nicht gewillt, einem misanthropischen Menschenbild Platz einzuräumen. Es sollte vielmehr deutlich geworden sein, dass sich die Ordnung und die Bürgertugend gegenseitig bedingen und auch die Ordnung ihren Teil dazu beitragen muss, die Bürgertugend zu fordern und zu fördern. Der vorliegende Entwurf hat gezeigt, dass die Schaffung einer Atmosphäre der Freiheit, welche die Bürger ein wenig aus den wirtschaftlichen Selbstbehauptungszwängen unserer Zeit befreit, dazu beitragen kann, dass sich wieder mehr Bürger politisch engagieren und sich für eine bessere Gesellschaftsordnung einsetzen.

### **c) Meso-Ebene**

Des Weiteren wurde bei der Ausarbeitung des substantiellen Liberalismus immer wieder die Wechselwirkung zwischen Ordnungs- und Individualebene betont. Dabei fehlt jedoch noch eine konzeptionelle Ebene der Wirtschaftsethik, nämlich die Meso-Ebene, also die Rolle, die Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften und andere Akteure spielen. Diese haben häufig einen nicht geringen Einfluss auf die Gestaltung der Politik, der jedoch selten systematisch erfasst wird. Im Rahmen der Konzeption des substantiellen Liberalismus wurde deutlich, dass die Grundlegungen sowohl der Politik der Freiheit (Ordnungsethik) als auch der individualethischen Bürgertugend voneinander abhängig sind und sich gegenseitig stark beeinflussen. Die Vermittlung zwischen diesen Ebenen scheint jedoch auch zwischen der Mikro- und der Makro-Ebene stattzufinden und über andere Akteure abzulaufen. Der Entwurf des substantiellen Liberalismus hat diese Akteure nur an einer Stelle berücksichtigt, nämlich dort, wo er als Systembedingung der Wirtschaftsordnung die Unabhängigkeit der Politik von Interessensgruppen forderte. Dieser Appell ist zwar richtig, doch sieht die Realität natürlich anders aus.

Die Agenda der Unternehmensvertreter, Verbände und Think-Tanks besteht darin, zwischen Gesetzgebung und Unternehmen zu vermitteln und den politischen Akteuren die Interessen der Wirtschaft zu verdeutlichen. Ein entscheidender Aspekt dieser Akteure ist jedoch, dass sie ihren Einfluss oft nur in ihrem eigenen Interesse geltend machen, ihre Einflussnahme oft nicht transparent gemacht wird, sie diesbezüglich kaum demokratischen Regelungen unterworfen sind und sie sich in ihrem Handeln oft den Legitimationsdiskursen entziehen können und so nicht immer rechenschaftspflichtig zu sein scheinen. Die (zunächst grundsätzlich legitime)

Interessenvertretung kann so schnell zu einer Gefährdung der demokratischen Prinzipien werden. Wenn die Lobby-Gruppen der Unternehmen bspw. Gesetze blockieren oder diese gar selbst verfassen, müssen die Fragen gestellt werden, woher sie die Legitimation dazu erlangen, ob diese gerechtfertigt ist und warum es akzeptiert (oder zumindest geduldet) wird, dass sie nicht mehr Rechenschaft über ihr Tun ablegen müssen. Nicht nur beeinflussen sie die geltenden Normen, sie blockieren zum Teil auch die Herausbildung neuer Ordnungen. Sie sind darum ein ganz wesentlicher Akteur in Bezug auf die Herausbildung normativer Ordnungen.

Im Rahmen seiner deliberativ-demokratischen Grundlegung fordert der substantielle Liberalismus darum einen starken Staat und damit eine von „pressure groups“ unabhängige (Wirtschafts-) Politik. Diese Forderung ist vor dem Hintergrund der diskursethischen Ausrichtung der substantiellen Freiheit folgerichtig, doch ist die Realität eben eine andere: Der substantielle Liberalismus kommt nicht viel weiter darüber hinaus, als von den privaten Akteuren eine diskursethische Legitimation *einzufordern* und darauf zu bauen, dass diese gelingt. Eine von Interessengruppen unabhängige Politik scheint heute jedoch mehr denn je in weiter Ferne, und so bleibt der Entwurf des substantiellen Liberalismus an dieser Stelle nur appellativ. Dieser Herausforderung müsste konzeptionell noch begegnet werden, indem die Rolle der Unternehmen (bspw. in Form der Diskussionen um Corporate Social Responsibility oder Corporate Citizenship) berücksichtigt wird.

#### **d) Grenzen des Wachstums**

Ein weiterer möglicher Einwand ist der Hinweis darauf, dass die Frage um Wirtschaftswachstum und die Begrenzung des selbigen keinen Eingang in die vorliegende Arbeit gefunden hat. Dieser Hinweis ist berechtigt, doch hätte es schlichtweg zu weit geführt, dieses Argument weiterzuverfolgen. Eine umfassendere gesellschaftliche Perspektive muss jedoch auch darauf Bezug nehmen. Der Zwang zu immer mehr Wachstum, der aufgrund des kapitalistischen Wirtschaftssystems herrscht und der auch durch das derzeitige Wirtschafts- und Finanzsystem immer weiter gefestigt wird, muss von einem politischen Konzept, das die Wirtschaft einbetten und das Wohl seiner Bürger ernst nehmen will, in Frage gestellt und diskutiert werden. Im Rahmen einer Erweiterung des vorliegenden Konzepts wäre beispielsweise die Frage zu stellen, inwiefern die substantielle Freiheit zukünftiger Bürger nicht ebenso berücksichtigt werden muss. Diese Frage würde dann direkt zum Thema Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit führen.

Auch wenn diese Themen hier nicht explizit behandelt wurden, sollte doch durch die allgemeine Stoßrichtung des vorgestellten substantiellen Liberalismus deutlich geworden sein, dass die substantielle Freiheit auch die zukünftigen Generationen mit einschließt und der Entwurf des substantiellen Liberalismus folglich ein Umdenken und eine Begrenzung des Wachstums aufgrund der erschöpflichen Ressourcen unseres Planeten befürworten würde. Denn ein jeder Bürger hat das Recht auf die gleiche Freiheit, auch *zukünftig* die Möglichkeit zu haben, unsere Natur und Umwelt zu erleben und zu nutzen.

Dies entspricht auch einer aktuellen Forderung der Bürger, wie eine aktuelle Studie deutlich macht:

„Der Umweltschutz für künftige Generationen und ein Abbau der öffentlichen Schulden werden persönlich als wichtiger empfunden als ein Zuwachs an materiellem Wohlstand. Um die politische Stabilität zu erhalten, ist ein Zuwachs an materiellem Wohlstand in der Bevölkerung, der möglicherweise die Umwelt schädigt oder zu hoher Verschuldung führt, nicht notwendig.“<sup>1028</sup>

Der substantielle Liberalismus würde diesen Gedanken zustimmen, müsste jedoch noch konzeptionelle Antworten auf die Begrenzung des Wachstums geben. Anschlussfähig wären diese natürlich bspw. an das vitalpolitische Grundprinzip.

Dies sind nur einige exemplarische Einwände und Herausforderungen, mit denen sich ein substantieller Liberalismus konfrontiert sehen könnte. Es gibt sicherlich noch viele andere, und an all diesen Ecken und Kanten soll auch weiterhin gearbeitet werden. Hessel ist der begründeten Überzeugung, „dass im Grunde alles reformiert werden muss – nicht nur die Verwaltungen und die eingerosteten und verbürokratisierten Institutionen, nicht nur die Wirtschaft, das Finanzsystem, der Verteilungsapparat, sondern alles, die Versorgung mit Nahrungsmitteln, der Konsum, das Bildungswesen, das Denken. Unser ganzes Leben muss sich ändern.“<sup>1029</sup>

Ganz in diesem Sinne sollte auch zukünftig ganz grundsätzlich über unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nachgedacht werden. Die Idee und die damit verbundene Hoffnung der Arbeit ist, dass der vorliegende Entwurf ein übergeordnetes Konzept für tiefgreifende Änderungen liefert, dass er dafür Orientierung anbieten kann und zur Diskussion und Weiterentwicklung anregt.

---

<sup>1028</sup> Bertelsmann Stiftung (2010b: 1).

<sup>1029</sup> Hessel (2012: 35).

## Literaturverzeichnis

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948): *Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948*, zu finden unter: [http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR\\_Translations/ger.pdf](http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR_Translations/ger.pdf), abgerufen am 09.01.2013.

An der Heiden, U. / Schneider, H. (2007): *Hat der Mensch einen freien Willen? Die Antworten der großen Philosophen*, Stuttgart.

Andersen, U. / Woyke, W. (2003): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland : Grundrechte*, Bonn.

Arendt, H. (1991): *Freedom and Politics*, in: Miller, D. (Hrsg.): *Liberty*, Oxford, S. 58-79.

Aristoteles (1994): *Eudemische Ethik*, in: Dierlmeier, F. (Hrsg.): *Aristoteles Werke in deutscher Übersetzung*, Bd. 7, Berlin.

Arlt, H.-J. (2012): *Erwerbsarbeit und soziale Existenz. Leitbilder von gestern und Werte für morgen*, in: Werner, G. W. / Eichhorn, W. / Friedrich, L. (Hrsg.): *Das Grundeinkommen : Würdigung - Wertungen - Wege*, Karlsruhe, S. 138-149.

Abländer, M. S. (2011): *Totgesagte leben länger. Die Wiedergeburt der Sozialen Marktwirtschaft angesichts der globalen Wirtschaftskrise?*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (zwfu)*, Jahrgang 12 / Heft 2, S. 200-221.

Abländer, M. S. / Ulrich, P. (2009): *60 Jahre Soziale Marktwirtschaft : Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel*, Bern ; Stuttgart ; Wien.

Abländer, M. S. / Ulrich, P. (2009): *Einführung: Das Soziale der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Abländer, M. S. / Ulrich, P. (Hrsg.): *60 Jahre Soziale Marktwirtschaft : Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 9-25.

Bayer, T. / Bihler, A. (2003): *Philippe van Parijs: real freedom for all : what (if anything) can justify capitalism? ; eine kritische Betrachtung*, Institut für Wirtschaftsethik Sankt Gallen: Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik ; Nr. 98, St. Gallen.

Beck, U. (1997a): *Kinder der Freiheit: Wider das Lamento über den Werteverfall*, in: Beck, U. (Hrsg.): *Kinder der Freiheit*, Frankfurt a.M., S. 9-33.

Beck, U. (1997b): *Väter der Freiheit*, in: Beck, U. (Hrsg.): *Kinder der Freiheit*, Frankfurt a.M., S. 333-381.

Beck, U. (1998a): *Was ist Globalisierung?*, 4. Auflage, Frankfurt am Main.

Beck, U. (1998b): *Politik der Globalisierung*, Frankfurt am Main.

Becker, U. / Wiedemeyer, M. (2002): *Wider den Mythos der Vollbeschäftigung - Ein Plädoyer für die Wiederaneignung solidarischer Arbeitsmarktpolitik*, zu finden unter: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m2302.pdf>, abgerufen am 10.01.2013.

Berlin, I. (1995): *Freiheit : vier Versuche*, Frankfurt am Main.

Bertelsmann Stiftung (2008): *BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft – Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerumfrage zu den Vorschlägen des BürgerForums Soziale Marktwirtschaft*, Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2010a): *Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland? Sustainable Governance Indicators 2011*, Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2010b): *Zusammenfassung der Studie: „Bürger wollen kein Wachstum um jeden Preis“*, zu finden unter: [http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms\\_bst\\_dms\\_32005\\_32006\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_32005_32006_2.pdf), abgerufen am 05.01.2013.

Bertelsmann Stiftung (2012): *Kinderarmut in Deutschland*, zu finden unter [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-3E6B7997-E6D521C9/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_36670\\_36722\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-3E6B7997-E6D521C9/bst/xcms_bst_dms_36670_36722_2.pdf), abgerufen am 08.01.2013.

Bertelsmann Stiftung / Heinz Nixdorf Stiftung / Ludwig-Erhard-Stiftung (1996): *Ordnung, Anreize und Moral : Ethik und wirtschaftliches Handeln in der modernen Gesellschaft*, Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung / Institut für Schulentwicklungsforschung (2012): *Chancenspiegel - Zur Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme*, Gütersloh.

Bieker, T. (2002): *Die soziale Marktwirtschaft : zukunftsträchtiges oder totes Leitbild für eine lebensdienliche Ordnungspolitik?*, Institut für Wirtschaftsethik Sankt Gallen: Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik ; Nr. 97, St. Gallen.

Bienfait, A. (1999): *Freiheit, Verantwortung, Solidarität : Zur Rekonstruktion des politischen Liberalismus*, Frankfurt am Main.

Blum, R. (1982): *Wirtschaftsordnung II: Wirtschaftsordnungspolitik*, in: Albers, W. (Hrsg.): *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft. - Bd. 9. Wirtschaft und Politik bis Zölle, Nachtrag*, Stuttgart, S. 149-155.

Blum, R. (1995): *Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Privater Reichtum, öffentliche Armut*, in: Kleinhenz, G. (Hrsg.): *Soziale Ausgestaltung der*

*Marktwirtschaft : die Vervollkommnung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ als Daueraufgabe der Ordnungs- und Sozialpolitik*, Berlin, S. 57-72.

Blum, U. (2009): *Deutsche Einheit und Globalisierung als Herausforderungen an die Soziale Marktwirtschaft*, in: Abländer, M. S. / Ulrich, P. (Hrsg.): *60 Jahre Soziale Marktwirtschaft : Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 175-194.

Böckenförde, E.-W. (1995): *Von welchen Ressourcen leben wir? Erfolge und Herausforderungen der Aufklärung*, in: *Neue Züricher Zeitung*, 20.05.1995, S. 66.

Böhm, F. (1971): *Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen (2009), S. 299-312.

Böhm, F. / Eucken, W. (Hrsg.) (1948): *ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft: Bd. 1*, Bad Godesberg.

Brenke, K. (2009): *Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig*, in: *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 33, S. 550-560.

Brenner, M. (2012): *Das Solidarische Bürgergeld im Lichte der Grundrechte des Grundgesetzes*, in: Werner, G. W. / Eichhorn, W. / Friedrich, L. (Hrsg.): *Das Grundeinkommen : Würdigung - Wertungen - Wege*, Karlsruhe, S. 100-117.

Brunetti, A. (2011): *Wirtschaftskrise ohne Ende? : US-Immobilienkrise, globale Finanzkrise, europäische Schuldenkrise*, 2. Aufl., Bern.

Bundesfinanzministerium (2010): *Was ist Basel III?*, zu finden unter: [http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Service/Einfach\\_erklaert/2010-11-04-einfach-erklaert-basel-III-flash-infografik.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Service/Einfach_erklaert/2010-11-04-einfach-erklaert-basel-III-flash-infografik.html), abgerufen am 27.01.2013.

Bundesverfassungsgericht (2012): *Regelungen zu den Grundleistungen in Form der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verfassungswidrig*, Pressemitteilung Nr. 56/2012 vom 18. Juli 2012, zu finden unter: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-056.html>, abgerufen am 10.01.2013.

Bundeszentrale für politische Bildung (2008): *Die soziale Situation in Deutschland*, zu finden unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61781/vermoegensverteilung>, abgerufen am 08.01.2013.

Bündnis 90/Die Grünen (2007): *Grüne Marktwirtschaft, Fraktionsbeschluss vom 3. Juli 2007*, Berlin.

Cassirer, E. (1994): *Das Erkenntnisproblem in der Philosophie und Wissenschaft der neueren Zeit*, 4 Bände, Darmstadt, (Reprint der 3. Aufl. 1922).

Chamfort, N. (2008), in: Gross, Stefan (Hrsg.): *Die Kunst der Leichtigkeit: Die 15 wichtigsten Lebenskunst-Strategien für mehr Erfolg und Lebensqualität*, München.

Cohn-Bendit, D. / Verhofstadt, G. (2012): *Für Europa! : Ein Manifest*, München.

Crouch, C. (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*, Bundeszentrale für Politische Bildung: Schriftenreihe ; Bd. 1228, Bonn.

Dahrendorf, R. (2003): *Auf der Suche nach einer neuen Ordnung : Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert*, München.

Datenreport / Statistisches Bundesamt (DeStatis) (2011): *Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Band I*, Bonn : Bundeszentrale für Politische Bildung.

De Weck, R. (2009): *Nach der Krise : Gibt es einen anderen Kapitalismus?*, München.

Deutsches Grundgesetz (2003): *[vom 23. Mai 1949] / [Bundesrepublik Deutschland]*, Sonderausg., 38., Neubearb. Aufl., Stand: 15. Oktober 2002, München.

Dierksmeier, C. / Pirson, M. (2010): *The modern Corporation and the Idea of Freedom*, in: *Philosophy of Management*, 9 (3), S. 5-25.

Dietzfelbinger, D. (1998): *Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsstil: Alfred Müller-Armacks Lebenswerk*, Gütersloh.

Dworkin, R. (1998): *Liberalism*, in: Nida-Rümelin, J. / Vossenkuhl, W. (Hrsg.): *Ethische und politische Freiheit*, Berlin / New York, S. 180-204.

Erhard, L. (2009): *Wohlstand für alle*, Köln.

Erhard, L. / Müller-Armack, A. (1972): *Soziale Marktwirtschaft. Ordnung der Zukunft, Manifest 72*, Frankfurt/Berlin/Wien.

Etzioni, A. (1997): *Die Verantwortungsgesellschaft : Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie*, Frankfurt am Main

Eucken, W. (1947): *Konzerntflechtung und Kartellauflösung (Gutachten)*, Freiburg.

Eucken, W. (1947): *Über die zweifache wirtschaftspolitische Aufgabe der Nationalökonomie*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen (2008), S. 133-151.

Eucken, W. (1950): *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 6. durchgesehene Auflage, Berlin ; Göttingen ; Heidelberg.



Eucken, W. (1952): *Die Politik der Wettbewerbsordnung - Die konstituierenden Prinzipien*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen, S. 197-220.

Eucken, W. (1990): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik / Walter Eucken. Hrsg. von Edith Eucken und K. Paul Hensel*, 6., durchges. Aufl. / mit e. Vorw. zur Neuauflage 1990 von Ernst -Joachim Mestmäcker, Tübingen.

Eucken, W. (1997): *Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus*, in: Lenel, H. O. / Gröner, H. / Hamm, W. et al (Hrsg.): *ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 48. Soziale Marktwirtschaft: Anspruch und Wirklichkeit seit fünfzig Jahren, Stuttgart, S. 5-26.

Eucken, W. (1999): *Ordnungspolitik*, hrsg. von Walter Oswalt, Münster.

Europäische Union (2007): *Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft*, Brüssel, Wortlaut des Vertrags zu finden unter:  
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/cg00014.de07.pdf>, abgerufen am 15.01.2013.

Farmer, K. / Mestel, R. (2011): *Von der US-Immobilienkrise zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise*, in: Lachmann, W. / Haupt, R. / Farmer, K. (Hrsg.): *Die Krise der Weltwirtschaft : zurück zur sozialen Marktwirtschaft und die ethischen Herausforderungen auf dem Weg dahin*, Berlin, S. 23-55.

Financial Crisis Inquiry Commission (2011): *The financial crisis inquiry report : final report of the National Commission on the Causes of the Financial and Economic Crisis in the United States*, New York.

Financial Stability Board (2012): *Update of group of global systemically important banks (G-SIBs)*, zu finden unter:  
[http://www.financialstabilityboard.org/publications/r\\_121031ac.pdf](http://www.financialstabilityboard.org/publications/r_121031ac.pdf), abgerufen am 10.01.2013.

Forst, R. (1993): *Kommunitarismus und Liberalismus - Stationen einer Debatte*, in: Honneth, A. (Hrsg.): *Kommunitarismus : eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt/Main, S. 181-212.

Frick, J. R. / Grabka, M. M. (2009): *Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland*, in: *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 4, S. 54-67.

Friedman, J. (2011): *What caused the financial crisis*, Philadelphia.

Gauck, J. (2012): *Freiheit. Ein Plädoyer*, München.

Gertenbach, L. (2008): *Die Kultivierung des Marktes - Foucault und die Gouvernementalität des Neoliberalismus*, 2. Auflage, Berlin.

Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) (2011): *Pressemitteilung: Wem die Deutschen vertrauen. Ergebnisse des GfK Global Trust Reports 2011*, Nürnberg, abrufbar unter:

[http://www.gfk-verein.de/files/pm\\_gfk\\_verein\\_global\\_trust\\_report\\_2011\\_fin.pdf](http://www.gfk-verein.de/files/pm_gfk_verein_global_trust_report_2011_fin.pdf),  
abgerufen am 30.01.2013.

Giddens, A. (1995): *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt am Main.

Goebel, J. / Gornig, M. / Häußermann, H. (2010): *Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert*, in: *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 24, S. 2-8.

Goldschmidt, N. / Lenger, A. (2011): *Teilhabe und Befähigung als Schlüsselemente einer modernen Ordnungsethik*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (zwfu)*, 12/2, S. 295-313.

Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (2004a): *Vorwort*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft : sozialetische und ordnungsökonomische Grundlagen*, Tübingen, S. V-XIV.

Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (2004b): *Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft : sozialetische und ordnungsökonomische Grundlagen*, Tübingen.

Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (2008a): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen.

Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (2008b): *Entstehung und Vermächtnis der Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen, S. 1-16.

Goodpaster, K. E. / Wettstein, F. (2009): *Freedom and Autonomy in the 21st Century: What Role for Corporations?*, in: Breuer, M. / Mastronardi, P. / Waxenberger, B. (Hrsg.): *Markt, Mensch und Freiheit : Wirtschaftsethik in der Auseinandersetzung ; aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 117-134.

Gosepath, S. (2004): *Gleiche Gerechtigkeit : Grundlagen eines liberalen Egalitarismus*, Frankfurt am Main.

Grossekettler, H. (1997): *Die Wirtschaftsordnung als Gestaltungsaufgabe: Entstehungsgeschichte und Entwicklungsperspektiven des Ordoliberalismus nach 50 Jahren Sozialer Marktwirtschaft*, Münster.

Gutmann, A. (1993): *Die kommunitaristischen Kritiker des Liberalismus*, in: Honneth, A. (Hrsg.): *Kommunitarismus : eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt/Main, S. 68-83.

Gutmann, G. (1989): *Ethische Grundlagen und Implikationen der ordnungspolitischen Konzeption "Soziale Marktwirtschaft"*, in: Schüler, A. / Gutmann, G. (Hrsg.): *Ethik und Ordnungsfragen der Wirtschaft*, Baden-Baden, S. 323-355.

Habermas, J. (1983): *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*, Frankfurt am Main.

Habermas, J. (1998): *Die postnationale Konstellation : politische Essays*, Frankfurt am Main.

Habermas, J. (2012): *Zur Verfassung Europas : ein Essay*, 4. Auflage, Berlin.

Hasbach, W. (1890): *Über die allgemeinen philosophischen Grundlagen der von Francois Quesnay und Adam Smith begründeten politischen Ökonomie*, Leipzig.

Haselbach, D. (1991): *Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft : Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*, Baden-Baden.

Hayek, F. A. v. (1991): *Die Verfassung der Freiheit*, 3. Aufl. (Nachdr. der 2. Aufl.), Tübingen.

Heidbrink, L. (2003): *Kritik der Verantwortung : zu den Grenzen verantwortlichen Handelns in komplexen Kontexten*, Weilerswist.

Heinig, H. M. (2008): *Der Sozialstaat im Dienst der Freiheit : zur Formel vom "sozialen" Staat in Art. 20 Abs. 1 GG*, Tübingen.

Heinz Nixdorf Stiftung / Bertelsmann Stiftung (2010): *Einstellungen zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland am Jahresanfang 2010 - Erkenntnisse aus repräsentativen Trendfortschreibungen*, Allensbach.

Hengsbach, F. (2004): *Soziale Marktwirtschaft - Konstrukt, Kampfformel, Leitbild?*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft : sozialetische und ordnungsökonomische Grundlagen*, Tübingen, S. 163-174.

Hentschel, V. (1998): *Ludwig Erhard, die "soziale Marktwirtschaft" und das Wirtschaftswunder : historisches Lehrstück oder Mythos? = Ludwig Erhard, l' "économie sociale de marché" et le miracle économique*, Bonn.

Herrmann, U. (2010): *Der Selbstbetrug der Mittelschicht*, in: Göttermann, L. (Hrsg.): *Denkanstöße 2011 : Ein Lesebuch aus Philosophie, Kultur und Wissenschaft*, München ; Zürich, S. 26-50.

Hesse, J.-O. (2007): *"Der Staat unter der Aufsicht des Marktes" - Michel Foucaults Lektüren des Ordoliberalismus*, in: Krasmann, S. / Volkmer, M. (Hrsg.): *Michel Foucaults "Geschichte der Gouvernementalität" in den Sozialwissenschaften : internationale Beiträge*, Bielefeld S. 213-238.

Hessel, S. (2012): *Empörung : meine Bilanz*, München

Hinsch, W. (2002): *Gerechtfertigte Ungleichheiten : Grundsätze sozialer Gerechtigkeit*, Berlin.

Hobbes, T. (1984): *Von der Freiheit der Untertanen*, in: Fetter, H. v. I. (Hrsg.): *Leviathan*, Frankfurt a. M. 1984 (1651), S. 163-172.

Höffe, O. (1995): *Ausblick: Die Vereinten Nationen im Lichte Kants*, in: Höffe, O. (Hrsg.): *Immanuel Kant, zum ewigen Frieden*, Berlin S. 245-272.

Höffe, O. (2002): *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, 1., überarb. und aktualisierte Neuausg., München

Höffe, O. (2004): *Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger : Politische Ethik im Zeitalter der Globalisierung*, München.

Honegger, C. (2010): *Strukturierte Verantwortungslosigkeit : Berichte aus der Bankenwelt*, Berlin.

Honneth, A. (Hrsg.) (1993). *Kommunitarismus : eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt/Main.

Honneth, A. (2011): *Das Recht der Freiheit : Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*, Berlin.

Horn, C. (2003): *Einführung in die Politische Philosophie*, Darmstadt.

Jäger-Ambrożewicz, M. / Puls, T. / Koza, R., et al. (2011): *Das D A CH-Reformbarometer – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Köln.

Joerges, C. / Zürn, M. (2005): *Law and governance in postnational Europe : compliance beyond the nation-state*, Cambridge.

Jonas, H. (1982): *Das Prinzip Verantwortung*, 3. Auflage, Frankfurt am Main.

Joób, M. (2008): *Globale Gerechtigkeit im Spiegel zeitgenössischer Theorien der Politischen Philosophie*, Ödenburg.

Kant, I. (1784): *Beantwortung der Frage : Was ist Aufklärung?*, in: Stollberg-Rilinger, B. (Hrsg.): *Was ist Aufklärung? : Thesen, Definitionen, Dokumente (2010)*, Stuttgart, S. 9-18.

Kant, I. (1793): *Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis*, in: Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): *Kant's gesammelte Schriften, Band VIII: Abhandlungen nach 1781*, Berlin und Leipzig 1923. Abrufbar unter:

<http://archive.org/stream/kantsgesammeltes08imma#page/n5/mode/2up>, abgerufen um 20.01.2013, S. 273-313.

Kant, I. (1902 ff.): *Akademie-Ausgabe*, Hrsg. von d. Preuss. Akademie d. Wiss. u.a.

Kant, I. (1974a): *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, in: Weischedel, W. (Hrsg.): *Werkausgabe : in 12 Bänden / Immanuel Kant.*, Frankfurt a.M., S. 7-102.

Kant, I. (1974b): *Kritik der praktischen Vernunft*, in: Weischedel, W. (Hrsg.): *Werkausgabe : in 12 Bänden / Immanuel Kant*, Frankfurt a.M., S. 103-302.

Kant, I. (2003): *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, in: Weber-Fas, R. (Hrsg.): *Staatsdenker der Moderne : Klassikertexte von Machiavelli bis Max Weber*, Tübingen, S. 144-151.

Kersting, W. (2010): *Marktwirtschaft, Staat und soziale Gerechtigkeit*, in: Kersting, W. (Hrsg.): *Freiheit und Gerechtigkeit : Die moralischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft*, Frankfurt am Main, S. 45-61.

Kettner, M. (2012): *Die Sorge um das Argument*, in: *Die Zeit*, Nr. 12 (15.03.2012), S. 50.

Klump, R. / Wörsdörfer, M. (2009): *Über die normativen Implikationen des Ordoliberalismus für die moderne Wirtschaftsethik*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (zwfu)*, 10/3, S. 322-340.

Kraiker, G. (2001): *Grundbegriffe der politischen Theorie*, unveröffentlichtes Vorlesungs-Manuskript, in Gebrauch in der gleichnamigen Vorlesung im Wintersemester 2001/2002 an der Universität Oldenburg.

Kriesi, H. (2010): *Der politische Einfluss der internationalen Grossunternehmen*, in: Von Cranach, M. / Mastronardi, P. (Hrsg.): *Lernen aus der Krise : auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus - ein Dossier von kontrapunkt*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 68-74.

Küng, H. (2012): *Handbuch Weltethos : eine Vision und ihre Umsetzung*, München.

Kymlicka, W. (1996): *Politische Philosophie heute : eine Einführung*, Frankfurt a.M.

Liebermann, S. (2005): *Freiheit statt Vollbeschäftigung*, zu finden unter: <http://www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de/images/stories/pdf/FSV-ThesenErlaeuterungen.pdf>, abgerufen am 10.01.2013.

Liebermann, S. (2006): *Freiheit ermöglichen, das Gemeinwesen stärken*, in: Werner, G. W. (Hrsg.): *Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Interviews und Reaktionen*, 4. Auflage, Stuttgart, S. 98-114.

Liebermann, S. (2009): *Politische Vergemeinschaftung und Autonomie der Bürger - Soziologische Überlegungen zum Verhältnis von Staats- und Wirtschaftsbürger*, in: Breuer, M. / Mastronardi, P. / Waxenberger, B. (Hrsg.): *Markt, Mensch und Freiheit : Wirtschaftsethik in der Auseinandersetzung ; aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 151-171.

Limbach, J. (2003): *Vorwort*, in: Dürig, G. (Hrsg.): *Grundgesetz : [vom 23. Mai 1949] / [Bundesrepublik Deutschland]*, Sonderausg., 38., neubearb. Aufl., Stand: 15. Oktober 2002 München, S. VII-VIII.

Lindner, C. / Vogl, J. (2012): *Welche Zukunft blüht dem Kapitalismus*, in: *Philosophie Magazin*, 06/2012, S.12-19.

Lorch, A. (2010): *Wirtschaftsethisch fundierte Ordnungspolitik - Impulse für eine ethisch wohlverstandene Soziale Marktwirtschaft*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (zwfu)*, 11/3, S. 342-349.

Maak, T. (1999): *Die Wirtschaft der Bürgergesellschaft*, Bern ; Stuttgart ; Wien.

Maak, T. / Ulrich, P. (2000): *Lebensdienliches Wirtschaften in einer Gesellschaft freier Bürger - Eine Perspektive für das 21. Jahrhundert*, in: Maak, T. / Ulrich, P. (Hrsg.): *Die Wirtschaft in der Gesellschaft: Perspektiven an der Schwelle zum 3. Jahrtausend*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 11-34.

Maier-Rigaud, F. P. / Maier-Rigaud, G. (2001): *Das neoliberale Projekt*, in: Maier-Rigaud, F. P. / Maier-Rigaud, G. (Hrsg.): *Alexander Rüstow: Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*, 3., überarb. Aufl. mit Übers. hrsg. von Frank P. und Gerhard Maier-Rigaud, Marburg, S. 201-306.

Mann, G. (2011): *Marktwirtschaftlich ausgerichtete Regulierung der Finanzmärkte*, in: Lachmann, W. / Haupt, R. / Farmer, K. (Hrsg.): *Die Krise der Weltwirtschaft : zurück zur sozialen Marktwirtschaft und die ethischen Herausforderungen auf dem Weg dahin*, Berlin, S. 77-89.

Mastronardi, P. (2010): *Der Finanzmarkt ist ein Service public*, in: Mastronardi, P. / von Cranach, M. (Hrsg.): *Lernen aus der Krise : auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus - ein Dossier von kontrapunkt*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 125-132.

Mastronardi, P. (2010): *Freiheit und Verantwortung im "freien Markt"*, in: Mastronardi, P. / von Cranach, M. (Hrsg.): *Lernen aus der Krise : auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus - ein Dossier von kontrapunkt* Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 61-67.

Merkel, A. (2008): *Rede der CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, auf dem Parteitag in Stuttgart. Auszug aus dem Stenografischen Bericht*, Stuttgart, zu finden unter:

<http://www.stuttgart08.cdu.de/wp-content/uploads/2008/12/081201-rede-merkel-stbericht.pdf>, abgerufen am 11.01.2013.

Merkel, A. (2009a): *Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Veranstaltung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft „Erfolg made in Germany – die soziale Marktwirtschaft“*, Berlin, zu finden unter:

<http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2009/06/2009-06-02-merkel-insm.html?nn=273438>, abgerufen am 07.01.2013.

Merkel, A. (2009b): *Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Tages der Deutschen Einheit*, Saarbrücken; zu finden unter:

<http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2009/10/2009-10-03-merkel-deutsche-einheit.html?nn=273438>, abgerufen am 08.01.2013.

Miksch, L. (1947): *Wettbewerb als Aufgabe*, Godesberg.

Miksch, L. (1949): *Versuch eines liberalen Programms*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen (2008), S. 163-170.

Mill, J. S. (2010): *Über die Freiheit*, Stuttgart.

Möllers, C. (2011): *Demokratische Ebenengliederung*, in: Appel, I. / Hermes, G. / Schönberger, C. (Hrsg.): *Öffentliches Recht im offenen Staat : Festschrift für Rainer Wahl zum 70. Geburtstag*, Berlin, S. 759-778.

Müller-Armack, A. (1946): *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, Hamburg.

Müller-Armack, A. (1952): *Stil und Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen (2008), S. 457-466.

Müller-Armack, A. (1960): *Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik*, Wiederabdruck in: Ders.: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*, 2. erw. Aufl. 1981, Bern und Stuttgart, S. 267-291.

Müller-Armack, A. (1962): *Das gesellschaftspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln (Hrsg.): *Wirtschaftspolitische Chronik*, Köln.

Müller-Armack, A. (1966): *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*, Bern/Stuttgart.

Müller-Armack, A. (1972): *Die Soziale Marktwirtschaft und ihre Widersacher*, in: Ders.: *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte*, 2. erw. Aufl. 1981, Bern und Stuttgart, S. 147-160.

Müller-Armack, A. (1973): *Der humane Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Tuchtfield, E. (Hrsg.): *Soziale Marktwirtschaft im Wandel*, Freiburg i. B., S. 15-26.

Müller-Armack, A. (1974): *Zur Einführung: Zeitgeschichtliche Notizen*, in: Ders.: *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft*, 1. Aufl. Bern 1974, 2. Aufl. Bern/Stuttgart 1981, S. 7-12.

Müller-Armack, A. (1976 [1956]): *Soziale Marktwirtschaft*, in: Ders. (Hrsg.): *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik - Studien und Konzepte der Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*, Bern ; Stuttgart, S. 243-249.

Müller-Armack, A. (1976 [1960]): *Die Soziale Marktwirtschaft nach einem Jahrzehnt ihrer Erprobung*, in: Ders. (Hrsg.): *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik - Studien und Konzepte der Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*, Bern ; Stuttgart, S. 251-265.

Müller-Armack, A. (1981): *Religion und Wirtschaft : geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform*, Bern.

Müller-Armack, A. (1990): *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, Sonderausg., München.

Nell-Breuning, O. v. (1990): *Wie "sozial" ist die "Soziale Marktwirtschaft"?*, in: Ders.: *Den Kapitalismus umbiegen. Schriften zu Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft*, hg. v. F. Hengsbach, Düsseldorf, S. 222-238.

Nida-Rümelin, J. (2005): *Über menschliche Freiheit*, Stuttgart.

Nida-Rümelin, J. (2011): *Verantwortung*, Stuttgart.

Nonhoff, M. (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie : das Projekt "Soziale Marktwirtschaft"*, Bielefeld.

Nozick, R. (1974): *Anarchie, Staat, Utopia*, München.

Nutzinger, H. / Schumann, O. (2009): *Ordoliberalismus und Gerechtigkeit: Zum Verhältnis von Eucken und Kant*, in: Breuer, M. / Mastronardi, P. / Waxenberger, B. (Hrsg.): *Markt, Mensch und Freiheit : Wirtschaftsethik in der Auseinandersetzung ;*



aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 55-78.

OECD (2008): *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? Einkommensverteilung und Armut in OECD-Ländern - Zusammenfassung in Deutsch*, zu finden unter: <http://www.oecd.org/germany/41525363.pdf>, aufgerufen am 09.01.2013.

Oswalt, W. (1997): *Die liberale Revolution. Ideen für eine andere Moderne*, in: Iben, G. (Hrsg.): *Demokratie und Ethik wohin?*, Münster, S. 164-216.

Patry, E. (2010): *Das bedingungslose Grundeinkommen in der Schweiz : eine republikanische Perspektive*, Bern.

Petersen, T. / Wohlgemuth, M. (2009): *Wilhelm Röpke und die Europäische Integration*, in: Rieter, H. / Zweynert, J. (Hrsg.): *"Wort und Wirkung" : Wilhelm Röpkes Bedeutung für die Gegenwart*, Marburg, S. 165-200.

Philosophisches Wörterbuch (1974): *Stichwort: Liberalismus*, 19. Auflage, Stuttgart.

Precht, R. D. (2010): *Die Kunst, kein Egoist zu sein : warum wir gerne gut sein wollen und was uns davon abhält*, München.

Ptak, R. (2004): *Vom Ordoliberalismus zur sozialen Marktwirtschaft : Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*, Opladen.

Quaas, F. (2000): *Soziale Marktwirtschaft : Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts*, Bern ; Stuttgart ; Wien.

Quaas, F. (2002): *Alfred Müller-Armacks Idee der "Sozialen Irenik" und ihre Anwendungsmöglichkeiten*, in: Quaas, F. / Hasse, R. H. (Hrsg.): *Wirtschaftsordnung und Gesellschaftskonzept : zur Integrationskraft der Sozialen Marktwirtschaft*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 207-225.

Rapold, M. U. (1958): *Demokratie und Wirtschaftsordnung*, Zürich.

Rauscher, A. (2002): *Das Menschenbild der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Hasse, R. H. / Quaas, F. (Hrsg.): *Wirtschaftsordnung und Gesellschaftskonzept : zur Integrationskraft der Sozialen Marktwirtschaft*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 187-205.

Rawls, J. (1979): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt am Main.

Rawls, J. (1994): *Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978-1989*, hersg. v. W. Hirsch, Frankfurt am Main.

Rawls, J. (1998): *Politischer Liberalismus*, Frankfurt am Main.

Rawls, J. (2003): *Gerechtigkeit als Fairneß : Ein Neuentwurf*, Frankfurt am Main.

Recki, B. (2009): *Freiheit*, Wien.

Reese-Schäfer, W. (2004): *Kommunitaristische Sozialstaatstheorie als Hermeneutik der Bedürfnisse*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft*, Tübingen, S. 27-32.

Richter, E. (2004): *Republikanische Politik. Demokratische Öffentlichkeit und politische Moralität*, Reinbeck bei Hamburg.

Ring, A. M. (2000): *Die Verteilung der Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland : Analyse und politische Schlußfolgerungen*, Frankfurt am Main et al.

Rodenstock, R. (2012): *Ordnungspolitischer Bericht 2012 des Aktionsrats Marktwirtschaft. Teil 1: Ordnungspolitische Grundlagen*, vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., München. Abrufbar unter:  
[www.vbw-bayern.de/agv/downloads/65596@agv/Ordo+Bericht+Teil+1\\_FINAL.pdf](http://www.vbw-bayern.de/agv/downloads/65596@agv/Ordo+Bericht+Teil+1_FINAL.pdf),  
aufgerufen am 12.01.2013.

Röpke, W. (1942): *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, Erlenbach-Zürich/Stuttgart.

Röpke, W. (1944): *Civitas humana : Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform*, Erlenbach-Zürich.

Röpke, W. (1945): *Internationale Ordnung*, Erlenbach-Zürich.

Röpke, W. (1947): *Das Kulturideal des Liberalismus*, Frankfurt/Main.

Röpke, W. (1954): *Wirtschaftssystem und Internationale Ordnung*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen (2008), S. 475-493.

Röpke, W. (1955a): *Ethik und Wirtschaftsleben*, in: Henecke, H. J. (Hrsg.): *Wilhelm Röpke : Marktwirtschaft ist nicht genug : gesammelte Aufsätze*, Waltrop ; Leipzig (2009), S. 270-288.

Röpke, W. (1955b): *Der Wohlfahrtsstaat im Kreuzfeuer der Kritik*, in: (Hrsg.): *Marktwirtschaft ist nicht genug : gesammelte Aufsätze*, Waltrop und Leipzig (2009), S. 289-302.

Röpke, W. (1956): *Jenseits von Angebot und Nachfrage. Die Marktwirtschaft ist nicht alles*, in: Henecke, H. J. (Hrsg.): *Marktwirtschaft ist nicht genug : gesammelte Aufsätze*, Waltrop und Leipzig (2009), S. 303-314.

Röpke, W. (1958): *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 2. (durchgesehene) Auflage, Erlenbach-Zürich / Stuttgart.

Röpke, W. (1960): *Wirtschaft und Moral*, in: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (Hrsg.): *Was wichtiger ist als Wirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 15*, Ludwigsburg, S. 17-31.

Röpke, W. (1966): *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 4. Aufl., Erlenbach-Zürich.

Röpke, W. (1979): *Mass und Mitte*, 2. Aufl., nach d. im Eugen-Rentsch-Verl., Erlenbach-Zürich u. Stuttgart, erschienenen 1. Aufl. gedr. u. von Eva Röpke durchges., Bern, Stuttgart.

Röpke, W. (1994): *Die Lehre von der Wirtschaft*, 13. Aufl., Bern ; Stuttgart ; Wien.

Rosecrance, R. N. (2001): *Das globale Dorf : New economy und das Ende des Nationalstaats*, Düsseldorf

Rousseau, J.-J. (1713/61): *Auszug aus dem Plan des Ewigen Friedens des Herrn Abbé de Saint-Pierre*, in: Stollberg-Rilinger, B. (Hrsg.): *Was ist Aufklärung? : Thesen, Definitionen, Dokumente (2010)*, Stuttgart, S. 24-28.

Rousseau, J.-J. (1996): *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des politischen Rechts*, Frankfurt am Main.

Rudzio, K. (2012): *Wie viel Erbe ist gerecht?*, in: *Die Zeit*, 19. Juli 2012 (Nr. 30), S. 19-20.

Ruggie, J. (2010): *Principled pragmatism – the way forward for business and human rights*, zu finden unter:  
<http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/PrincipledpragmatismBusinessHR.aspx>,  
abgerufen am 13.01.2013.

Rüstow, A. (1949): *Zwischen Kapitalismus und Kommunismus*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen (2008), S. 423-448.

Rüstow, A. (1950): *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*, 3., überarb. Aufl. mit Übers. hrsg. von Frank P. und Gerhard Maier-Rigaud (2001), Marburg, S. 21-200.

Rüstow, A. (1960): *Wirtschaft als Dienerin der Menschlichkeit*, in: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (Hrsg.): *Was wichtiger ist als Wirtschaft*, Ludwigsburg, S. 7-16.

Rüstow, A. (1961): *Paläoliberalismus, Kommunismus und Neoliberalismus*, in: Greiss, F. / Meyer, F. W. (Hrsg.): *Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festgabe für Alfred Müller-Armack*, Berlin, S. 61-70.

Rüstow, A. (2001): *Die Religion der Marktwirtschaft : Mit einem Nachwort von Sibylle Tönnies*, Münster.

Sandel, M. (1993): *Die verfahrensrechtliche Republik und das ungebundene Selbst*, in: Honneth, A. (Hrsg.): *Kommunitarismus : eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt/Main, S. 18-35.

Schattenmann, M. (2006): *Wohlgeordnete Welt. Immanuel Kants politische Philosophie in ihren systematischen Grundzügen*, München.

Schäuble, W. (2010): *Ordnung der Märkte – Bindung der Freiheit*, Rede des Bundesfinanzministers, Dr. Wolfgang Schäuble, bei der Tagung der Allianz SE und der Stiftung Marktwirtschaft „Finanzmarkt- und Steuerpolitik: Wie sieht die Perspektive 2020 aus?“, Berlin. Zu finden unter: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2010/2010-02-10-rede-ordnung-der-maerkte.html>, abgerufen am 13.01.2013.

Schmalz-Bruns, R. (1999): *Deliberativer Supranationalismus - Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jahrgang 6 (Heft 2), S. 185-244.

Schnitzlein, D. (2013): *Wenig Chancengleichheit in Deutschland: Familienhintergrund prägt eigenen ökonomischen Erfolg*, in: *DIW Wochenbericht*, 4 / 2013, S. 3-8.

Schopenhauer, A. (1988 (1839)): *Preisschrift über die Freiheit des Willens*, in: Ders.: *Werke*, Bd. III, Hg. von Ludger Lütkehaus, Zürich.

Sen, A. (1979). *Equality of What? The Tanner Lecture on Human Values*.

Sen, A. (2011): *Ökonomie für den Menschen : Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, 5. Auflage, München.

Smith, A. (1776): *Wert der Arbeitsteilung - Aufgaben des Staates*, in: Stollberg-Rilinger, B. (Hrsg.): *Was ist Aufklärung? Thesen, Definitionen, Dokumente*, Stuttgart, S. 32-36.

Söllner, F. (1999): *Die Geschichte des ökonomischen Denkens*, Berlin ; Heidelberg et al.

Soros, G. (2008): *The new paradigm for financial markets : the credit crisis of 2008 and what it means*, New York.

Sozialverband Deutschland (2012): *Für einen solidarischen und verteilungsgerechten Sozialstaat - Kernforderungen des SoVD*, Berlin.

Starbatty, J. (2004): *Soziale Marktwirtschaft als Konzeption*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft : sozialetische und ordnungsökonomische Grundlagen*, Tübingen, S. 135-151.

Statista (2011): *Entwicklung des verfügbaren Einkommens je Arbeitnehmer in Deutschland von 1960 bis 2011 und Prognose des BMF bis 2016*, zu finden unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/164049/umfrage/verfuegbares-einkommen-je-arbeitnehmer-in-deutschland-seit-1960/>, abgerufen am 09.01.2013.

Steinbach, A. (2010): *Wie eine Finanztransaktionssteuer funktionieren kann*, in: *Wirtschaftsdienst - Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, 90. Jahrgang (Heft 12), S. 814-817.

Steinbrück, P. (2012): *Gleichgewichtsstörungen*, in: *Die Zeit*, 26. April 2012 (Nr. 18), S. 33.

Steinvorth, U. (1999): *Gleiche Freiheit : politische Philosophie und Verteilungsgerechtigkeit*, Berlin.

Stiglitz, J. E. (2010a): *Im freien Fall : vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft*, München.

Stiglitz, J. E. (2010b): *Damit nicht alles beim Alten bleibt*, in: *Le Monde diplomatique* (Hrsg.): *Atlas der Globalisierung*, Berlin, S. 10-11.

Taylor, C. (1988): *Negative Freiheit? : Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus*, Frankfurt am Main.

Taylor, C. (1993a): *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt am Main.

Taylor, C. (1993b): *Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus*, in: Honneth, A. (Hrsg.): *Kommunitarismus : eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt/Main, S. 103-130.

The Economist (2012): *For richer, for poorer - Special report world economy*, in: *The Economist*, Volume 405 Number 8806 (October 13th 2012).

Thielemann, U. (1996): *Das Prinzip Markt : Kritik der ökonomischen Tauschlogik*, Bern ; Stuttgart ; Wien.

Thielemann, U. (2004): *Freiheit unter den Bedingungen des Marktes oder doch gegenüber der Marktlogik? : vom verfehlten Umgang mit Sachzwängen*, Institut für Wirtschaftsethik Sankt Gallen: Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik ; Nr. 101, St. Gallen.

Thielemann, U. (2009): *System error : warum der freie Markt zur Unfreiheit führt*, Frankfurt am Main.

Thielemann, U. (2010): *Wettbewerb als Gerechtigkeitskonzept : Kritik des Neoliberalismus*, Marburg.

Thielemann, U. / Ulrich, P. (2003): *Brennpunkt Bankenethik : der Finanzplatz Schweiz in wirtschaftsethischer Perspektive*, Bern ; Stuttgart ; Wien.

Tuchtfeld, E. (1982): *Die philosophischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Gedanken zur Weiterentwicklung der sozialen Irenik*, in: Deutscher Industrie und Handelstag (Hrsg.): *Zwischen Utopie und Realität, Zur Philosophie der Sozialen Marktwirtschaft*, Bonn, S. 14-36.

Tuchtfeld, E. (2002): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik der Sozialen Marktwirtschaft*, in: Quaas, F. / Hasse, R. H. (Hrsg.): *Wirtschaftsordnung und Gesellschaftskonzept : zur Integrationskraft der Sozialen Marktwirtschaft*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 27-45.

Ulrich, P. (1977): *Die Grossunternehmung als quasi-öffentliche Institution : eine politische Theorie der Unternehmung*, Stuttgart.

Ulrich, P. (1993): *Transformation der ökonomischen Vernunft: Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft*, 3., rev. Aufl., Bern; Wien; Stuttgart.

Ulrich, P. (1999): *Grundrechte und Grundfähigkeiten - Gedanken zu einem Leitbild sozioökonomischer Entwicklung aus der Perspektive der integrativen Wirtschaftsethik*, in: Peter, H.-B. (Hrsg.): *Globalisierung, Ethik und Entwicklung*, Bern, S. 55-76.

Ulrich, P. (2000): *Arbeitspolitik für alle - eine Einführung aus wirtschaftsethischer Sicht*, in: Dietschy, B. / Maak, T. / Ulrich, P. (Hrsg.): *Arbeitspolitik für alle : eine Debatte zur Zukunft der Arbeit*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 9-25.

Ulrich, P. (2005a): *Sozioökonomische Bildung für mündige Wirtschaftsbürger*, Institut für Wirtschaftsethik Sankt Gallen: Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik ; Nr. 105, St. Gallen.

Ulrich, P. (2005b): *Gleichheit und Marktwirtschaft*, in: Denknetz (Hrsg.): *Jahrbuch 2005*, S. 13-25.

Ulrich, P. (2007): *Wirtschaftsethische Reflexionen zu Wachstum und Nachhaltiger Entwicklung*, Tagung "Wachstum und Nachhaltige Entwicklung – 30 Jahre NAWU-Report", Zürich am 13.11. 2007. Zu finden unter: <http://www.alexandria.unisg.ch/publications/42107>, abgerufen am 14.01.2013.

Ulrich, P. (2008): *Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, 4., vollständig überarbeitete Auflage, Bern, Stuttgart, Wien.

Ulrich, P. (2009a): *Die gesellschaftliche Einbettung der Marktwirtschaft als Kernproblem des 21. Jahrhunderts : eine wirtschaftsethische Fortschrittsperspektive*, Institut für Wirtschaftsethik Sankt Gallen: Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik ; Nr. 115, St. Gallen.

Ulrich, P. (2009b): *Marktwirtschaft in der Bürgergesellschaft - Die Soziale Marktwirtschaft vor der nachholenden gesellschaftspolitischen Modernisierung*, in: Abländer, M. S. / Ulrich, P. (Hrsg.): *60 Jahre Soziale Marktwirtschaft : Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 349-380.

Ulrich, P. (2009c): *Markt, Mensch und Freiheit: Eine integrative wirtschaftsethische Perspektive*, in: Breuer, M. / Mastronardi, P. / Waxenberger, B. (Hrsg.): *Markt, Mensch und Freiheit : Wirtschaftsethik in der Auseinandersetzung ; aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 215-258.

Ulrich, P. (2010a): *Zivilisierte Marktwirtschaft. Eine wirtschaftsethische Orientierung*, Bern.

Ulrich, P. (2010b): *Die Finanz- und Wirtschaftskrise als normative Orientierungskrise*, in: Von Cranach, M. / Mastronardi, P. (Hrsg.): *Lernen aus der Krise : auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus - ein Dossier von kontrapunkt*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 34-46.

Universal-Lexikon (2012): *Begriffssuche: "Irenik"*, Online abrufbar unter: [http://universal\\_lexikon.deacademic.com/93028/Irenik](http://universal_lexikon.deacademic.com/93028/Irenik), abgerufen am 20.01.2013.

Van Parijs, P. (1995): *Real freedom for all : what (if anything) can justify capitalism?*, Oxford.

Vanderborght, Y. / Van Parijs, P. (2005): *Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags*, Frankfurt.

ver.di (2010): *Verfälscht, getrickst und verschleiert*, zu finden unter: <http://publik.verdi.de/2010/ausgabe-11/gewerkschaft/brennpunkt/seite-3/A0>, abgerufen am 10.01.2013.

Viroli, M. (2002): *Die Idee der republikanischen Freiheit : von Machiavelli bis heute*, Zürich ; München.

Von Cranach, M. / Mastronardi, P. (2010): *Ein neuer Finanzmarkt nach der Krise: Auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus*, in: Von Cranach, M. / Mastronardi, P. (Hrsg.): *Lernen aus der Krise : auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus - ein Dossier von kontrapunkt*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 136-162.

Von Cranach, M. / Mastronardi, P. / Stückelberger, C. (2010): *Zweites Manifest von kontrapunkt zur Finanzmarktkrise vom 29.3.2009*, in: Von Cranach, M. / Mastronardi, P. (Hrsg.): *Lernen aus der Krise : auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus - ein Dossier von kontrapunkt*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 19-24.

Wagenknecht, S. (2011): *Freiheit statt Kapitalismus*, Frankfurt am Main.

Walzer, M. (1992a): *Sphären der Gerechtigkeit : ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*, Frankfurt am Main/New York.

Walzer, M. (1992b): *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Berlin.

Walzer, M. (1993): *Die kommunitaristische Kritik am Liberalismus*, in: Honneth, A. (Hrsg.): *Kommunitarismus : eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt/Main, S. 157-180.

Walzer, M. (1999): *Vernunft, Politik und Leidenschaft - Defizite liberaler Theorie*, Frankfurt am Main.

Watrin, C. (2008): *Alfred Müller-Armack - Einführung von Christian Watrin*, in: Goldschmidt, N. / Wohlgemuth, M. (Hrsg.): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen S. 451-455.

Wellmer, A. (1993): *Endspiele. Die unversöhnliche Moderne*, Frankfurt a.M.

Werner, G. W. / Eichhorn, W. / Friedrich, L. (2012): *Das Grundeinkommen : Würdigung - Wertungen - Wege*, Karlsruhe.

Wulff, M. (1976): *Die neoliberale Wirtschaftsordnung. Versuch einer dynamischen Analyse der Konzeption und der Realität*, Tübingen.

ZDF Mediathek (2012): *"Merkel flüchtet vor Innenpolitik"*, zu finden unter: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1567150/Merkel-fluechtet-vor-Innenpolitik#/beitrag/video/1567150/Merkel-fluechtet-vor-Innenpolitik>, abgerufen am 10.01.2013.

Zinn, K.-G. (2009): *Überdauert die Soziale Marktwirtschaft? Aufstieg und Niedergang des bundesdeutschen Erfolgsmodells*, in: Abländer, M. S. / Ulrich, P. (Hrsg.): *60 Jahre Soziale Marktwirtschaft : Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel*, Bern ; Stuttgart ; Wien, S. 257-289.

Zürn, M. (2002): *Zu den Merkmalen postnationaler Politik*, in: Jachtenfuchs, M. / Knodt, M. (Hrsg.): *Regieren in internationalen Institutionen*, Opladen, S. 215-234.



## Lebenslauf

### Dipl.-Kfm. Alexander Lorch

alexander.lorch@unisg.ch

\* 6. Juli 1982 • Bad Soden | Deutschland

## Ausbildung

---

09•2008 - 04•2013	UNIVERSITÄT ST. GALLEN   St. Gallen, Schweiz Doktoratsprogramm <i>Organisation und Kultur</i>
09•2007 - 07•2008	UNIVERSITÄT ZU KÖLN   Köln, Deutschland Studien zu Philosophie und Wirtschaftsethik als Vorbereitung auf das Promotionsstudium
08•2003 - 07•2007	EUROPEAN BUSINESS SCHOOL (ebs)   Oestrich-Winkel, Deutschland Studium der Betriebswirtschaftslehre
01•2006 - 06•2006	STELLENBOSCH UNIVERSITY   Stellenbosch, Südafrika Austauschsemester
08•2005 - 12•2005	UNIVERSITÉ DE SHERBROOKE   Sherbrooke, Québec, Kanada Austauschsemester
09•2000 - 07•2002	PHILIPP-REIS-SCHULE   Friedrichsdorf, Deutschland Abitur

## Berufserfahrung

---

seit 08•2009	INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSETHIK   St. Gallen, Schweiz Wissenschaftlicher Assistent, Programmleiter Weiterbildungsprogramme
10•2007 - 06•2008	KPMG DEUTSCHE TREUHAND-GESELLSCHAFT AG   Köln, Deutschland Werkstudent bei KPMG Transaction Services Advisory im Bereich Insurance